C 21734 D



Hamburg: Ins Rathaus muß eine Alternative S.14/15

Arbeiterkampf

Jg.11 Nr.203 9.6.81 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 3 Förderpreis DM 5,–

Polen: "Freibrief für einen sowjetischen Einmarsch"

Wie von den „Bruderparteien" seit Monaten gefordert, traten Ende Mai die *„gesunden Elemente"* der polnischen KP (PVAP) mit gepfefferten Kritiken an dem Kurs und der Parteitagsvorbereitung der PVAP-Führung öffentlich hervor. Die Delegierten-Wahlen zum Mitte Juli stattfindenden Außerordentlichen Parteitag der PVAP haben klare Mehrheiten für die „Kräfte der Erneuerung" gebracht und führten zur weitgehenden Auflösung des alten Parteiapparates, so daß sich Parteichef Kania verpflichtet fühlte, davor zu warnen, *„durch freie Wahlen innerhalb der Parteigremien die bewährten Kader der PVAP auszuschalten"* („FAZ", 8.5.81).

Der Parteitag wird – sofern er überhaupt stattfindet – die als „Erneuerung" bezeichnete Umgestaltung Polens legitimieren, was der von den „Bruderländern" geforderten „U m k e h r u n g" der Entwicklung total entgegengesetzt wäre. Parallel zu der an Schärfe zunehmenden Kritik der RGW-Staaten und -Parteien an der PVAP bildete sich in Polen das „Katowicer Parteiforum beim Wojwodschaftskomitee der Vereinigten Arbeiterpartei". Dieser Kreis, dessen etwa 140 Mitglieder zunächst anonym blieben, trat mit Stellungnahmen auf, die in der Sowjetunion und anderen RGW-Staaten breit publiziert wurden. **Ihre Kritiken an der PVAP-Führung sind ausgesprochen scharf:**

– Die PVAP nehme die *„ansteigende Welle von Revisionismus und Rechtsopportunismus"* widerstandslos hin; in der Parteiführung säßen *„Inspiratoren und Schirmherren der Revisionisten"* („FR", 1.6.);

– in Polen herrsche eine „**antisowjetische Psychose**" (ebd);

– ein Sprecher der „Forum", Owczar, erklärte laut TASS, die Streiks im letzten Herbst seien für die PVAP zwar überraschend gekommen: „Aber damals **h a t t e n wir eine Partei, während nun ein Bruch in ihr entstanden ist, fraktionalistische Gruppierungen sind gebildet worden,**

Fortsetzung Seite 3

apparates, so daß sich Parteichef Kania verpflichtet fühlte, davor zu warnen, *„durch freie Wahlen innerhalb der Parteigremien die bewährten Kader der PVAP auszuschalten"* („FAZ", 8.5.81).
Der Parteitag wird – so-
zunächst anonym blieben, trat mit Stellungnahmen auf, die in der Sowjetunion und anderen RGW-Staaten breit publiziert wurden. Ihre Kritiken an der PVAP-Führung sind ausgesprochen scharf:
hatten wir eine Partei, während nun ein Bruch in ihr entstanden ist, fraktionalistische Gruppierungen sind gebildet worden,
Fortsetzung Seite 3



21 Stiche, Kehle durchgeschnitten: Mordopfer Johannes Bügner

Neuer Nazi-Mord in Hamburg

Alles alte Bekannte!

Neuer Nazi-Mord in Hamburg
Alles alte Bekannte!

Am Abend des 28. Mai ermordeten Mitglieder der Hamburger „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (ANS), also der Hansa-Bande, das ANS-Mitglied **J o h a n n e s B ü g n e r**. **Die drei direkt Tatbeteiligten, M i c h a e l F r ü h a u f, O l a f K ö n i g und F r i e d h e l m E n k, hatten Bügner am späten Abend aus dem von dem Neonazi L o t h a r W r o b e l geführten Schwulenlokal „Can-Can" in St. Georg abgeholt, waren mit ihm nach Stemwarde/Kreis Stormarn vor den Toren Hamburgs gefahren und hatten ihn dort mit einem Fahrtenmesser bestialisch ermordet.**
Die Mordtat flog auf, weil einer der Tatbeteiligten, Michael Frühauf, sich der Polizei stellte und Friedhelm Enk als den eigentlichen Haupttäter bezeichnete. Neben den genannten dreien wurden von der Polizei noch verhaftet: Der vorbestrafte W i l l i W e g e n e r sowie T h o r s t e n K ö n i g, wohnhaft Hamburg-Altona, Große Brunnenstraße 77.

In der Berichterstattung über diesen Mord wurde vor allem die Tatsache herausgestellt, daß der ermordete Johannes Bügner schwul gewesen sei und daß Friedhelm Enk, ein erst kürzlich nach Verbüßung einer Haftstrafe nach Hamburg gezogener Neonazi, einen **Brief** von dem in Celle einsitzenden Führer der Hansa-Bande, **Michael Kühnen**, vorweisen konnte. In diesem Brief wurde Enk beauftragt, die Hansa-Bande in Hamburg neu aufzubauen und gegen „Schwule, Verräter und Perverse" vorzugehen.

Die Version vom Schwulen-Mord wird vor allem von den Nazis selbst verbreitet. Tatsächlich scheint diese Version aber eher dazu angetan, die hauptsächlichen Hintergründe der Tat zu verschleiern. Fakt ist auf alle Fälle, daß in der Hansa-Bande von Beginn an auch schwule Nazis mitgemischt haben. Insbesondere **Lothar Wrobel**, Wirt des „Can-Can", war als Kellner im Schwulenlokal „Götterstuben" tätig, als er Anfang der 70er Jahre zum ersten Mal wegen Nazi-Propaganda vor Gericht stand. Das „Can-Can" selbst, das Wrobel nun leitet, hieß bis vor kurzem „Endstation" und ist auf der Rückseite durch

weiter Seite 31



Hamburg: Polizei mit Panzerwagen und scharfen Hunden gegen Besetzer

siehe Artikel auf Seite 19

Ilse Schwipper-Jandt in den nächsten Tagen frei?

Endlich, endlich, endlich! Das Gericht hat den wiederholten Anträgen auf Haftverschonung für die Hauptangeklagte im Westberliner Schmücker-Prozeß, Ilse Schwipper-Jandt, stattgegeben. Ilse ist aufgrund jahrelanger Haft gesundheitlich am Ende und selbstmord-gefährdet. Noch ist Ilse allerdings nicht frei, weil die Staatsanwaltschaft bereits Einspruch gegen die Haftverschonung angekündigt hat. Über einen solchen Einspruch würde dann vom zuständigen Kammergericht voraussichtlich erst in zwei Wochen entschieden werden – ein unverantwortliches Spiel mit dem Leben von Ilse!
Damit Ilse Schwipper-Jandt endlich freikommen kann, müssen 20.000 DM Kaution gezahlt werden. Die Prozeß-Initiative ruft deshalb zu r a s c h e n Spenden auf, damit das Geld möglichst schnell zusammen ist. Einzahlungen bitte auf das
PSchK 197449/100, PSchA Berlin West
Kennwort Ilse Schwipper-Jandt
Die Prozeßinitiative ist zu erreichen über die Anschrift:
Anke von Gierke
Waldemarstr. 81
1000 Berlin 36

(Artikel zum Prozeß auf S. 30)

Italien P2-Skandal

Der Klan, der seine Feinde lebendig einmauert

Kaum irgendwo auf der Welt - vielleicht mit Ausnahme der USA - ist die Verfilzung von Politik, Finanzkapital und organisiertem Verbrechen so offensichtlich und alltäglich wie in Italien. Trotzdem wäre es naiv, den jetzt explodierten Riesenskandal um die Freimaurerloge P2 nur als eine italienische Spezialität zur Kenntnis zu nehmen. Denn dieser Skandal gestattet uns einen hochinteressanten Blick auf die ansonsten verborgene Funktionsweise des Staatsapparats im kapitalistischen System: Die Länder der „freien Welt" werden von kriminellen Vereinigungen regiert, gegen die sich jede Terroristengruppe wie eine Abteilung der Heilsarmee ausnimmt.

Die Liste der 1000 Namen

Die Freimaurerei entstand in der ersten Hälfte des 18.Jahrhunderts als konspirative Organisations- und Kommunikationsform der aufsteigenden Bourgeoisie. Dem damals noch,revolutionären' Charakter der Bourgeoisie entsprechend hatten die Logen zunächst fortschrittliche Funktionen, z.B.im Unabhängigkeitskampf der Vereinigten Staaten und in der französischen Revolution. In dem Maß, wie sich die Bourgeoisie als herrschende Klasse durchsetzte und stabilisierte, nahmen auch die Logen ganz den Charakter eines bürgerli-

hatten die Logen zunächst fortschrittliche Funktionen, z.B.im Unabhängigkeitskampf der Vereinigten Staaten und in der französischen Revolution. In dem Maß, wie sich die Bourgeoisie als herrschende Klasse durchsetzte und stabilisierte, nahmen auch die Logen ganz den Charakter eines bürgerli-

chen Machtzentrums an. Das erklärt, warum bei der Errichtung der faschistischen Diktatur in Italien und später auch in Deutschland die Ausschaltung der Logen (als unerwünschtes paralleles Machtzentrum) zu den ersten Maßnahmen gehörte. Hinzu kommt, daß die Freimaurerei ihrer ganzen historischen Tradition nach atheistisch und antiklerikal ist. Darum verbietet beispielsweise in Italien die Katholische Kirche bei Strafe der Exkommunikation die Mitgliedschaft in einer Loge. Die Christdemokratische Partei (DC) hat einen entsprechenden Unvereinbarkeitsbeschluß.

Daß eine der vielen italienischen Freimaurelogen, P 2 genannt, noch etwas geheimnisvoller war als ähnliche Vereine, war seit Mitte der 70er Jahre bekannt. Daß die P2 im Zusammenhang mit den Mordtaten des Neofaschismus wiederholt erwähnt wurde, daß einige sehr seltsame politische Morde direkt auf das Konto dieser kriminellen Vereinigung zu kommen scheinen, konnte über Jahre hinweg vertuscht werden. Warum man jetzt die P2 auffliegen ließ, wird wohl ein Geheimnis bleiben. Jedenfalls „entdeckte" die Polizei im März in der Wohnung des P2-„Großmeisters" **Licio Gelli** kofferweise heisses Material: Eine Mitgliederliste der P2 mit



P2 - Großmeister Licio Gelli

953 Namen, Belegmaterial über Beitragszahlungen, über Zuwendungen der P2 an Politiker, Zeitungen usw., Korrespondenzen, Beitrittsanträge mit prominenten Bürgschaftern ... Ministerpräsident Forlani (DC) hielt die Liste über einen Monat lang zurück, bevor er sie zur Veröffentlichung freigab. Auf dieser Liste der erlauchten Namen stehen beispielsweise:

* General Santovito, Chef des Geheimdienstes der Armee (SISMI).

weiter Seite 4

Kiel: »Graue Wölfe« überfallen Antifaschisten

Für Sonntag, 31.Mai, hatte die „Türkische Gemeinschaft in Kiel und Umgebung e.V.", örtlicher Tarnverein der „Grauen Wölfe" (sogar mit entsprechendem Emblem vor dem Vereinsbüro) zu einer öffentlichen Veranstaltung in einer Schule geladen. Etwa 200 deutsche und türkische Antifaschisten hatten sich zur Gegendemonstration eingefunden. Ihnen standen etwa zwanzig „Graue Wölfe" gegenüber, teilweise mit Ketten und Brechstangen bewaffnet. Als eine Delegation der Gegendemonstranten die Faschisten auffordern wollte, ihre Veranstaltung abzusetzen, wurden sie sofort mit diesen Waffen angegriffen. Dabei gab es die ersten Verletzten.

Was dann geschah, schildert die „Kieler Rundschau" so: *„Plötzlich fuhr nach übereinstimmenden Aussagen von Polizei und Demonstranten ein roter PKW mit drei Insassen von hinten in die demonstrierende Menge. Mehrere der Umstehenden wurden durch den Aufprall durch die Luft gewirbelt und erlitten zum Teil sehr schwere Verletzungen. Am Steuer des PKWs: der 33jährige Türke Ahmet Güner, bis vor kurzem Vorsitzender der ‚Türkischen Gemeinschaft' in Kiel. Der Attentäter, seine beiden Beifahrer sowie sieben weitere Personen wurden von der Polizei vorläufig festgenommen. Güner sitzt mittlerweile unter dem Verdacht des versuchten Totschlags in Untersuchungshaft... Im Anschluß an die Auseinandersetzungen fand die Polizei dann auf dem Schulgelände eine scharf geladene Pistole älteren Fabrikats, einen Holzknüppel und ein kleines Schlachterbeil".*

Dies ist bisher der Höhepunkt des „Graue Wölfe"-Terrors in Kiel. Allerdings gibt es schon seit Jahren Überfälle, u.a. mit Hieb- und Stichwaffen, auf türkische Antifaschisten, ohne daß irgend etwas gegen die „Grauen Wölfe" unternommen wurde. Im Gegenteil: Eine Woche vor ihrer geplanten Veranstaltung wurde bekannt, daß die „Türkische Gemeinschaft" vom Kieler Finanzamt als gemeinnützig geführt wird. Das bedeutet, daß Spenden an diesen Tarnverein vom steuerpflichtigen Einkommen abgezogen werden dürfen. Darüberhinaus erhielten die „Grauen Wölfe" noch Tips vom Finanzamt, wie sie die Grundsteuer für ihren Grundbesitz einsparen können. An dieser Haltung hat sich auch nach dem Attentat nichts geändert. Das Kieler (CDU-)Innenministerium verweist auf die Zuständigkeit Bonns. Man wolle „nichts übers Knie brechen"; „alle extremen Bewegungen der linken und rechten Türken" sollen genauestens beobachtet werden. Die Reaktion der SPD-Landtagsfraktion ist eine ähnliche Frechheit: *„Die blutigen Zusammenstöße zwischen rechts- und linksextremen türkischen Organisationen unter Mitwirkung sogenannter ‚Grauer Wölfe' und deutscher KBW-Mitglieder ... hat die SPD-Landtagsfraktion ... aufs Schärfste verurteilt".*

Ein Kieler Genosse

Papst-Attentat: Agcas Freunde bleiben ungeschoren

Nachdem die erste Aufregung um das Papst-Attentat vorbei ist und Herr Woityla sich sichtbar auf dem Wege der Genesung befindet, sind der „Fall Agca" und die „Grauen Wölfe" auch in den bundesdeutschen Medien wieder in den Hintergrund gerückt. Regen Anteil an dieser Entwicklung haben Bundesregierung und Staatsschutzbehörden, die nicht müde werden, jeden Anhaltspunkt zu zerstreuen, wonach Agca sich längere Zeit in der BRD aufgehalten haben könnte.

So soll der Reisepaß, der bei dem Papst-Attentäter gefunden wurde, nun doch keinen Stempel westdeutscher Grenzbehörden erhalten. Auch die Vernehmung des in München lebenden Türken Ömer M., der laut Agca bei der Beschaffung des gefälschten Passes behilflich gewesen sein soll, habe noch keine Beweise erbracht. Ömer M. befindet sich selbstverständlich auf freiem Fuß, ebenso auch *Hasan Taskin*, der noch am Tage des Papst-Attentates mit Agca telefoniert hatte. Taskin, der in Sarstedt bei Hildesheim lebt, ist als Aktivist der „Grauen Wölfe" bekannt. Er soll in Hannover zwei Jahre lang als Leiter des dortigen der „Türk-Föderation" angehörenden „Idealistenvereins" tätig gewesen sein. Taskin ist zweifellos in den „Fall Agca" verwickelt; er kannte nicht nur den Decknamen des Attentäters („Osgum"), sondern war auch darüber informiert, in welchem Hotel Agca sich aufhielt. Den Tip bezüglich Taskin erhielt die Polizei durch einen ehemaligen türkischen Kripo-Mann, der jetzt in Hannover lebt und 1979 in der Türkei gegen den „Grauen Wolf" ermittelt hatte.

Offenbar scheint den Staatsschutzbehörden bei der Verfolgung dieser bislang „heißesten" Spur hinsichtlich Agcas Verbindungen und Aktivitäten in der BRD etwas unwohl geworden zu sein. Jedenfalls wurde Taskin — da angeblich kein ausreichender Haftgrund bestand — nach dem Verhör wieder laufengelassen und ist seitdem spurlos verschwunden . . .

Umso mehr ist man stattdessen bemüht, fehlende Taten durch starke — freilich folgenlose — Worte wettzumachen. Ausgerechnet der niedersächsische Verfassungsschutz, der im letzten Jahr noch unverblümt f ü r die faschistische MHP Stellung genommen hatte (vgl. auch AK 202), will nun seine „Beobachtungen" auf die „Türk-Föderation ... konzentrieren" („taz", 25.5.). Selbiger Nazi-Verein hat allerdings am 21.5. völlig ungehindert in Bonn eine Pressekonferenz abhalten können, auf der jede Verbindung zum Papst-Attentäter pauschal abgestritten wurde. Der türkische Nazi-Terrorist Serdar Celebi, der als Vorsitzender der „Türk-Föderation" fungiert, verstieg sich sogar zu der Behauptung, daß Agca sich „zu keiner Zeit in der Bundesrepublik" aufgehalten habe.

Vorübergehend hat auch der schleswig-holsteinische CDU-Innenminister Barschel die Backen dick aufgeblasen: *„Wie Barschel in einem Interview für die ‚Schleswig-Holsteinische Landeszeitung' sagte, sollte die Bundesregierung ernsthaft prüfen, ob die rechtsradikale Organisation der ‚Grauen Wölfe' verboten werden kann"* („Tagesspiegel", 24.5.). Der gleiche Politiker hatte noch im vergangenen Jahr geäußert, es gebe gar keine faschistische Terror-Gruppe „Graue Wölfe" und der „Graue Wolf" sei im übrigen *„ein Emblem, das man mit dem Bundesadler vergleichen könne"* („taz", 8.9.80). (Oha, das ist doch Staatsverunglimpfung! — Anm. der Red.).

Gegenüber solchen Sprüchen bleibt festzuhalten, daß sich die „Grauen Wölfe" schon am 31.Mai wieder zu einer Veranstaltung in einer Kieler Schule versammeln konnten, die nur deshalb nicht ungestört verlief, weil sich ca. 200 zumeist türkische Antifaschisten ebenfalls am Ort des Geschehens eingefunden hatten. Dabei zeigte sich einmal mehr, zu welchen Provokationen die türkischen Nazis fähig sind: *„Ungefähr 20 anwesende Graue Wölfe zogen Schlagwerkzeuge und lt. Augenzeugenberichten begann ein Kampf, bei dem sich die Mehrheit der anwesenden Protestierer — darunter Frauen und Kinder — in der Schulhofeinfahrt auf- und zurückhielten. Plötzlich fuhr ein roter PKW (KI-WX 42) volle Kanne in die Menschenmenge, schleifte drei Leute ca. 20 Meter weit mit, direkt vorbei an einem in der Einfahrt haltenden Wagen der ‚Ordnungshüter'. Es gab 4 Schwer- und etliche Leichtverletzte. Während die beiden ‚Wölfe' aus dem roten Auto am Tatort vorläufig festgenommen wurden, hielt ein Polizist die Antifaschisten gleichzeitig in Schach — mit der Dienstwaffe, versteht sich. Ein weiterer Versuch der Grauen Wölfe, mit einem Auto in die Menschenmenge zu fahren, scheiterte an dem Mißgeschick, dabei fast einen Polizisten überfahren zu haben. Dieser schlug mit seinem Knüppel zwar auf das Fahrzeug ein, ließ den Fahrer aber unbehelligt verschwinden"* („taz", 2.6.81).

AG-Ausländer

Die Junta etabliert sich — keine Spur von »Demokratisierung«

„Demokratie" ist ein Zauberwort in der öffentlichen Meinungsbildung in und außerhalb der Türkei. Die türkischen Putschisten propagierten als Ziel ihrer Regierungsübernahme die „Rückkehr zur Demokratie", setzten in ihrem Namen die demokratischen Rechte außer Kraft, verfolgen, foltern und töten demokratische und sozialistische Oppositionelle. Westliche Gremien wie Europarat und Bundestag fordern die „Rückkehr zur Demokratie" als Bedingung für weitere wirtschaftliche und militärische Hilfen, verabschieden diese jedoch hier und heute, wie in der letzten Woche im Bundestag und zuvor im Europaparlament, und beschränken sich darauf, eine möglichst r a s c h e „Rückkehr zur Demokratie" zu wünschen.

Wie abgesprochen sieht dieses Spiel mit verteilten Rollen aus, mit dem nicht nur die seit dem 12. September 1980 ausgeübte Unterdrückung der Opposition und Volksbewegung in der Türkei verharmlost wird, sondern ein Demokratieverständnis offenbart wird, was in dem Motto „die Demokratie muß gelegentlich in Blut gebadet werden" ein Verständnis ausdrückt, als ob demokratische Verhältnisse über den Weg der blutigen Zerschlagung der Volksbewegung zu erreichen seien.

Es ist allerdings nicht nur eine Agitationsformel, wenn die türkischen Generäle von „Rückkehr zur Demokratie" und von „Demokratisierung" reden – es entspricht durchaus der geschichtlichen Erfahrung der Herrschenden, daß a u f D a u e r eine Kombination von Scheindemokratie, sozialer Demagogie u n d Terror ihre Macht wirkungsvoller absichert als der Verzicht auf jegliche demokratische Legitimation.

Das als „Kampf gegen den Terrorismus" erklärte Ziel der türkischen Junta, die Klassenkämpfe in der Türkei durch Zerschlagung der militanten Organisationen und der Gewerkschaften nachhaltig einzuschränken, kann nach einem großangelegten Kahlschlag in der Arbeiter- und Linkenbewegung (der heute, neun Monate nach dem Putsch noch unvermindert anhält) einmünden in ein geschnürtes ‚demokratisches' Korsett, daß ein Wiedererstarken einer Massenbewegung zu verhindern sucht. Deshalb wird die Junta versuchen, das Verbot politischer Parteien und Gewerkschaften möglichst lange aufrecht zu erhalten und ihre Macht durch scheindemokratische Institutionen propagandistisch abzusichern.

Die Konstitutionelle Versammlung

Was die faschistische Junta in Griechenland als „Liberalisierung" und „Demokratisierung" verkaufte, was Pinochet mit einer Volksabstimmung im letzten Jahr in Chile versuchte, liegt in der Türkei in der Ankündigung der Bildung einer verfassungsgebenden Versammlung, die durch Verfassungsänderungen das Korsett unter dem Deckmantel einer demokratischen Legitimation so eng schnüren soll, daß der Entwicklung der demokratischen und sozialistischen Massenbewegung die Luft wegbleibt.

Schon im Januar kündigte General Evren die Bildung einer konstitutionellen Versammlung für den Herbst 1981 an, die Monate September/Oktober sind im Gespräch. Schon zu der Zeit war es erklärte Absicht, die Mitglieder dieses „Parlaments" durch die Junta zu berufen und keine ehemaligen Parlamentarier und Politiker an ihr zu beteiligen. Eine so eingerichtete verfassungsgebende Versammlung hat allerdings nur beratende Funktion, die Beschlußfassung obliegt dem „Nationalen Sicherheitsrat" (Junta der 5 Generäle) (nach „türkei information", 8/Mai 81).

Das Verbot politischer Parteien, Gewerkschaften und Organisationen bleibt aufrechterhalten. Zusätzlich erließ die Junta Beschlüsse, die die Organisationsfreiheit auf ständische Organisierung beschränkt. So ist es Polizisten, Wächtern und Sicherheitsbeamten verboten, Vereine zu gründen oder ihnen beizutreten (ausgenommen ist die Stiftung zur „Stärkung türkischer Polizeibeamte"). Beamte dürfen nur e i n e Vereinigung für jeden Berufszweig bilden. Schüler und Studenten haben nur das Recht auf e i n e n Schüler- bzw. Studentenverein („türkei information", 8/Mai 1981). Entsprechend kann und soll die konstitutionelle Versammlung eine von den Generälen zusammengestellte Ständeversammlung sein.

Ein Kommentar im „Tercüman" zeigt die Rechtfertigungslinie für eine solche Volksvertretung: Obwohl eine *„Vertretung des Volkes"* demnach *„eigentlich nur über die Vertretung verschiedener gesellschaftlicher Schichten am konstituionellen Parlament, d.h. durch politische Parteien, Gewerkschaften, Jugend- und Berufsverbände, verschiedene Kammern....."* gewährleistet werden könne, wird eine Ernennung der Parlamentsmitglieder damit gerechtfertigt, daß *„die Aktivitäten der politischen Parteien eingestellt wurden"* wie auch die der DISK und der Jugendverbände, deshalb eine Kandidatenwahl nur in einigen Kammern und Berufsverbänden legal möglich wäre. Eine kurzfristige Legalisierung der Parteien und des DISK wird als *„ungesund"* abgelehnt, weil eine Legalisierung *„für wenige Tage zur Wahl der Kandidaten.....die Wahlqualität und die Kompetenz der Kandidaten beeinträchtigen"* könnte und zudem gegen Teile der verbotenen Organisationen und Parteien noch Prozesse laufen. *„Daraus folgt, daß das konstitutionelle Parlament seine Mitglieder durch „Ernennung" gewinnen wird....Sowohl die neue Verfassung als auch verschiedene Gesetze, die das Parlament ausarbeiten wird, sollen durch ein Referendum vom Volk abgestimmt werden. Auf diesem Wege wird das Prinzip der „Vertretung durch das Volk" erfüllt werden können"* („Tercüman", 19.5.81, übersetzt in „tid" 5/1.6.81).

Dieser oder ein ähnlicher Weg der „Demokratisierung" wird in aller Welt von faschistischen Putsch-Regimen mit zweifelhaftem Erfolg eingeschlagen. Die türkischen Militärs haben durch den Papst-Attentäter und die MHP Schützenhilfe erhalten — seitdem gelingt es ihnen noch besser, sich als „Retter der Demokratie" gegen den „Terror von Links u n d Rechts" zu verkaufen.

Was von den Demokratisierungsformeln zu halten ist, zeigt auch die jüngste Verordnung der Militärs:

- **Das Verbot der politischen Betätigung für ehemalige Politiker wird auf das Abgeben von mündlichen oder schriftlichen Erklärungen gegenüber der Presse ausgeweitet.**
- **Jede Erörterung oder Kritik der von der Kriegsrechtsverwaltung erlassener Maßnahmen ist verboten.**
- **Über politische Parteien, Gewerkschaften und Organisationen und Personen, die vor dem Putsch aktiv waren und gegen die derzeit gerichtlich ermittelt wird, dürfen keine mündlichen oder schriftlichen Kommentare abgegeben werden.**
- **Der Presse sind Kommentare über z.Z. inhaftierte Personen nicht erlaubt** (vgl. „FR", 4.6.81).

Dieser Verordnung, die Anfang Juni in der Türkei erlassen wurde, war ein Verbot einer Einladung der Ex-CHP-Führung (Sozialdemokraten) zu einem Essen in Ankara durch den CHP-Senator von Izmir vorausgegangen („Milliyet", 24.5.81, übersetzt in „tid" 5/1.6.81). Eine Vermutung ist, daß die beiden letzteren Teile der Verordnung, die Kommentare über gerichtliche Ermittlungen gegen Inhaftierte, Parteien etc. verbietet, zum Schutz der unter Anklage stehenden MHP-Faschisten Türkes und Co. dienen sollen. Mit diesem Verbot wäre jedenfalls gesichert, daß die Öffentlichkeit diesen Prozeß nicht verfolgen kann. Sicher ist jedenfalls, daß Kommentare über Linke, in denen z.B. verhaftete Frauen als „Huren" beschimpft werden, hier nicht gemeint sein können.

Die politische Verfolgung hält unvermindert an

Während an der „Demokratisierung" mit verschärfter Pressezensur und Ausweitung der Unterdrückung politischer Meinungsäußerung gearbeitet wird, hält die Verfolgung der Opposition unvermindert an.

Im Monat April wurden nach offiziellen Angaben 4075 Personen festgenommen, davon sollen 1562 Linke, 186 Rechte und 482 „Separatisten" (kurdische Linke) gewesen sein („Tercüman", 17.5.81, übersetzt in „tid" 5/1.6.81).

Bis Ende Mai wurden insgesamt 1033 Anträge auf Todesstrafe gestellt, 70 Todesurteile wurden bereits gefällt, davon sind inzwischen fünf vollstreckt.

Der Kriegsrechtsgeneralstab erklärte, daß im April 13 „Terroristen" bei „Operationen" des Militärs getötet wurden („Tercüman", 17.5.81, übersetzt in „tid", 5/1.6.81).

Bis Ende Mai erhöhte sich die Zahl der aus politischen Gründen von Militärs erschossenen auf 440 Personen, in der Mehrheit Linke („tid", 5/1.6.81). Nach wie vor werden Leichen gefolterter Personen aufgefunden.

Die Bauarbeitergewerkschaft Yol-Is, Mitglied der Türk-Is, wurde nach §§ 1-4 der Verfassung verboten, weil sie laut Satzung von der „Wissenschaft der Arbeiterklasse" ausgeht („Cumhurriyet", 21.5.81, übersetzt in „tid", 5/1.6.81).

Türkei-Kommission

**14-tägig erscheint in Hamburg der „türkei infodienst" (tid) mit Übersetzungen aus der in der Türkei erscheinenden Presse zur Lage in der Türkei, Wirtschafts- und Militärbeziehungen, Menschenrechtsverletzungen u.a. Der „türkei infodienst" kann bezogen werden über:
S. Akhan
Rostockerstr. 4
2000 Hamburg 1**

660 Millionen für die Militärjunta

In der Haushaltsdebatte des Bundestages wurden von den sich demokratisch nennenden Parlamentariern insgesamt 660 Mio.DM für die Militärjunta zur Verfügung gestellt. Eine Handvoll Parlamentarier wollte gegen die Türkei-Hilfe stimmen, wurde aber von der SPD-Fraktionsführung buchstäblich fertig gemacht bzw. ließ sich auf einen durchsichtigen Kompromiß ein.

Die Bundesregierung war anfänglich nur bereit, einen Passus aufzunehmen, in dem sie ihre Erwartung nach „Demokratisierungsschritten" in der Türkei ausdrückt. Manfred Coppik (SPD, Alternative Türkeihilfe) sammelte daraufhin 24 Unterschriften unter einen Antrag, nach dem die Gelder an bestimmte Auflagen gebunden sein sollten. Dann schlug die SPD-Spitze zu: Alle Unterzeichner wurde von den Fraktionsgeschäftsführern Karl Liedke und Jürgen Linde vorgeladen. Das Ergebnis war, daß sich bis auf Coppik und Hansen alle Unterzeichner zurückzogen. Gegen Coppik selbst wurde ein wahrer Psychoterror veranstaltet, diesmal jedoch nicht von der SPD-Spitze, sondern von den „linken Parlamentariern", die ihn zwingen wollten, seinen Antrag zurückzuziehen. Nach Berichten der „Neuen" (5.6.) wurden ihm dabei sogar Schläge angedroht. Offensichtlich wäre ihnen ein Gegenstimmen gegen den Antrag von Coppik in der Öffentlichkeit denn doch zu peinlich gewesen (immerhin reisen einige dieser Herren in Sachen Türkei-Solidarität umher, wie z.B. Duve und Thüsing).

Schließlich wurde vor dem Bundestag ein abgekartertes Spiel vorgeführt: Coppik vertrat seinen Antrag, Genscher erwiderte, daß *„angesichts der heutigen Meldungen über neue Maßnahmen der türkischen Militärregierung (siehe nebenstehenden Artikel, Anm. AK),.....die Bundesregierung die geplante Hilfe für die Türkei laufend prüfen und im Einvernehmen mit den zuständigen Ausschüssen des Deutschen Bundestages durchführen wird"* (zitiert nach „Die Neue", 5.6.). Coppik zog daraufhin seinen Antrag zurück (was blieb ihm auch noch anderes übrig). Wer bis jetzt noch nicht das Zugeständnis bemerkt hat, das die „linken" SPDler bewogen hat, ihren Antrag zurückzuziehen, dem sei auf die Sprünge geholfen: Die Gelder sind zwar bewilligt, aber die Auszahlung wird im Nachherein in Bundestagsausschüssen beraten, womit dies Thema gänzlich der öffentlichen Diskussion entzogen ist.

Es ist schon jämmerlich anzusehen, mit welch durchsichtigen Manövern die „Parlamentarische Linke" abzuspeisen ist.

Fortsetzung von Seite 1

Polen: "Freibrief für einen sowjetischen Einmarsch"

und die Kommunisten haben kein scharf umrissenes Konzept oder Strategie, um die Krise zu bewältigen". Es war die Rede von einer *„realen Bedrohung der sozialistischen Ordnung"* (FR, 3.6.);
– Owczar erklärte zu den Parteitagsdokumenten des ZK: *„In den Thesen sind das Wesen der Krise in Polen und ihre Ursachen nicht aufgedeckt worden. Wir finden keine Antwort auf die wichtige Frage: wer hat eine falsche Politik verfolgt und wem hat sie genutzt?"* In Polen bestehe die Gefahr, daß *„Revisionismus und Opportunismus fest in das Bewußtsein der Menschen eindringen werden"*. Owczar forderte (laut Bericht der KPdSU-Zeitung „Prawda"): „Die Partei muß im Kampf gegen die Konterrevolution alle vorhandenen Mittel nutzen" (FAZ, 3.6.);
– Das „Katowicer Forum" hat einige Resolutionen verabschiedet mit Titeln wie etwa *„Über das wahre Gesicht und Wesen der Konterrevolution"*, *„Über die internationale Verantwortung der PVAP"*, die als alternative Programmatik zu den ZK-Vorlagen aufgefaßt werden müssen (FR, 4.6.).

Völlig unklar blieb dabei, auf welche Kräfte in der Parteiführung sich dieses „Forum" stützen konnte. Stefan Olszowski, Sprecher der harten Linie im Politbüro, hat laut TASS an der Sitzung des „Forums" teilgenommen (FR, 3.6.), sich allerdings hinterher mehr oder weniger d i s t a n z i e r t. Er sprach davon, in den Stellungnahmen des „Katowicer Forums" komme ein *„unklarer Marxismus"* zum Ausdruck (Neue, 3.6.).

Während in a l l e n RGW-Staaten auf einer ganz ähnlichen Linie wie der des „Katowicer Forums" die „Konterrevolution" in Polen angeprangert und dessen Verlautbarungen in großer Aufmachung publiziert werden, hat das Politbüro der PVAP die Thesen des „Forums" verurteilt (FAZ, 4.6.). Und das Bulletin der 'Solidarnosc' erklärte: „Man scheut sich davor, es niederzuschreiben, aber 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei wurde die Lage von den Sowjets ebenso beschrieben, wie die jetzige Situation vom 'Katowicer Forum' beschrieben wird" (FR 3.6.).

Zu Recht sprach 'Solidarnosc' von einem „Freibrief für eine sowjetische Intervention". Der polnische Schriftstellerverband schätzt das „Forum" ebenso ein: *„Die Erklärungen des Katowicer Forums sind ein Versuch, die Notwendigkeit eines bewaffneten Konfliktes in unserem Land zu begründen"* (FR, 4.6.). Der bislang wohl wesentlichste Unterschied zwischen der Entwicklung in der CSSR 1967/68 und der in Polen seit dem Sommer 1980 lag darin, daß es in der CSSR ein wesentlicher Teil des Parteiapparates selbst war, der die „Reformen" ingangsetzte, es also keine Macht gab, die garantieren konnte oder wollte, daß die Veränderungen innerhalb des „realsozialistischen" Systems blieben, während in Polen die Partei mit einer Arbeiterbewegung konfrontiert wurde, die zwar umfangreiche Forderungen stellte und realisierte, aber den Machtapparat selbst weitgehend intakt ließ. Die PVAP hat versucht, durch verschiedene Taktiken die 'Solidarnosc' mit dem gesellschaftlichen System halbwegs zu vereinbaren, in der Hoffnung, den Umgestaltungsprozeß zunächst zu verzögern und langfristig umzudrehen. Die „Bruderparteien" haben – wenn auch nicht gerade begeistert – der PVAP hierfür eine Frist gelassen. Die Entwicklung lief jedoch in eine andere Richtung:
I. In Polen ist die Machtstellung der PVAP weiter untergraben worden; ihre Massenorganisationen führen ein Schattendasein, während oppositionelle Organisationen der Arbeiter, der Studenten etc. nach wie vor an Gewicht gewinnen und die Mitgliedschaft der PVAP eindeutig in ihrer Mehrheit an der Seite der Opposition steht. Die Ernennung Jaruzelskis zum Ministerpräsidenten und seine Politik haben deutlich gemacht, daß die polnische Armee nicht ohne weiteres zur Bereinigung der Situation bereit ist. Die politische und soziale Basis, die eine erzwungene „Umkehrung" des Prozesse mittragen würde, ist schmaler denn je. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß nach dem Außerordentlichen Parteitag der PVAP die Stellung der „orthodoxen" Kräfte im



Parteiapparat erheblich geschwächt sein wird. Die von den „Bruderparteien" immer dringender geforderte Kursänderung der PVAP hin zu einer Konfrontation mit der polnischen Arbeiterbewegung dürfte nach dem Parteitag vollends zur Illusion werden. Insoweit steckt in den Vergleichen mit der Situation in der CSSR 1968 ein realistisches Element: die Partei wird nicht mehr Gegner, sondern Teil der Umgestaltungskräfte werden.
II. Auf internationaler Ebene schwindet die Notwendigkeit einer Rücksichtnahme der Sowjetregierung gegenüber Polen in dem Maße dahin, wie die NATO-Politik auf kompromißlose Konfrontation einschwenkt. Die Sowjetunion hat sich unter anderem d e s h a l b bislang gegenüber Polen zurückgehalten, weil sie sich die Chancen, wenigstens Reste der „Entspannung" zu erhalten, nicht verbauen wollte. Die Hoffnungen, doch noch mit den USA bzw. der NATO zu Verhandlungen (sprich: einer friedlichen Aufteilung der Einflußzonen) zu kommen, dürften aber inzwischen auch bei den sowjetischen Strategen gegen Null sinken. Diese Situation könnte es mit sich bringen, daß der SU trotz aller politischer und ökonomischer Kosten die gewaltsame Bereinigung der „besorgniserregenden Lage" in Polen als das kleiner Übel gegenüber einem drohenden Herausfallen Polens aus der sowjetischen Einflußzone erscheint.

Es dürfte aber auch klar sein, daß eine gewaltsame „Lösung" der polnischen Krise eine weitere Verschärfung des Konfrontationskurses der NATO nach sich ziehen würde, die von NATO-Politikern schon seit Monaten angedroht wird. „Die Sowjetführer müssen zwischen einem friedlichen Wandel ihres kommunistischen Systems in der Art des Westens wählen oder einen Krieg auslösen. Es gibt keine andere Alternative, und die Wahl könnte in der einen oder anderen Weise ausfallen". (Richard Pipes, Sowjetexperte des Nationalen Sicherheitsrats der USA – zitiert nach „Hefte..." der KDS Nr.8/1981).

Angesichts dieser Situation ist es unserer Auffassung nach völlig irrelevant, wie die polnische Arbeiterbewegung jeweils eingeschätzt wird. Es gibt so oder so nicht die geringste Legitimation für einen Angriff auf die polnische Souveränität. G e r a d e die westdeutsche Linke ist zur aktiven Unterstützung des Rechts des polnischen Volkes auf S e l b s t b e s t i m m u n g verpflichtet.

RGW-Kommission Hamburg

Auszüge aus der Stellungnahme der „TASS zum Parteiforum von Katowice"

(aus: „Neues Deutschland" vom 3. Juni 1981)

„Die Eröffnungsansprache zur Diskussion über die zwei ersten Abschnitte der Thesen des ZK der PVAP zum IX. Parteitag der PVAP hielt S. Owsczarc, Mitglied des Präsidiums des Forums... Er erklärte unter anderem: *In den Thesen wird nicht auf das Wesen der Krise in Polen und auf seine Ursachen hingewiesen ... Die Verfasser des Dokuments* (das ZK der PVAP- Anm. AK) *versuchen die politische Krise im Lande mit politischen Ursachen zu erklären, doch dies widerspricht der marxistisch-leninistischen Lehre ... Politische Erscheinungen sind immer aus ökonomischen Ursachen zu erklären. (...)*

In den programmatischen Bestimmungen wird nicht erwähnt, daß die Hauptursache für das Aufkommen antisozialistischer Kräfte in Polen wie auch für Revisionismus und Opportunismus in der PVAP das Privateigentum ist, das die Arbeiterklasse, die Bauern und die Intelligenz zersetzt. Irgendwie vergißt man das die ganze Zeit über bei uns, heißt es weiter in der Rede, und man versucht, alle Schuld auf den Sozialismus abzuwälzen. Dies bringt die Menschen letzten Endes auf den Gedanken, daß an allem die Partei schuld ist, die sich bereits überlebt habe und angeblich ersetzt werden müsse. Wenn wir die Ursachen für die Krise so erklären (– wie das ZK – Anm. AK), *dann können wir darauf warten, daß Revisionismus und Opportunismus im Bewußtsein der Menschen festen Fuß fassen.* **Es muß deutlich gesagt werden, daß sich im Lande ein konterrevolutionärer Prozeß vollzieht und daß deshalb gegen diesen Prozeß entsprechende Methoden angewandt werden müssen. Das heißt, die Partei muß im Kampf gegen die Konterrevolution alle vorhandenen Mittel einsetzen. (...)**

Falls wir eine auf diesen Thesen (- des ZK der PVAP - Anm. AK) *basierende Kaderpolitik betreiben, betonte der Redner weiter, so büßt die Partei völlig ihre führende Rolle ein.* (...) Auf dem Forum sprachen Vertreter von Industriebetrieben, die erklärten, daß die Werktätigen die schwachen Seiten der Partei erkennen. Die Teilnehmer der Sitzung haben eine Resolution über die Arbeit der Leitungsorgane der staatlichen Verwaltung der VR Polen angenommen, in der es unter anderem heißt:

Die Leitungsorgane der staatlichen Verwaltung führen keinen entschlossenen Kampf gegen die Feinde des Sozialismus, der es der Partei ermöglichen würde, die marxistisch-leninistischen Kräfte zu mobilisieren. Entschlossenen Aktionen auszuweichen und Entscheidungen zu treffen, die Konflikte herbeiführen - das sind begünstigende Faktoren dafür, daß der Hauptschlag nach wie vor gegen die Partei gerichtet ist und zu deren weiterer Spaltung führt." (Alle Hervorhebungen von uns).

Ein den TASS-Bericht flankierender Artikel des „Neuen Deutschland" ergänzt: *„Ein weiteres Glied in der Kette schwerer politischer Provokationen ist die Schändung eines sowjetischen Ehrendenkmals in der südostpolnischen Stadt Przemsyl ... waren dieser Schandtat schon Provokationen und Beleidigungen gegenüber Soldaten der im Lande stationierten Gruppe der sowjetischen Streitkräfte vorausgegangen. Die von den konterrevolutionären Kräften angestrebte Schwächung des Bündnisses der VR Polen mit der UdSSR und den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft wird von ausländischen Geheimdiensten auf jede Weise gefördert..."*

Nach der Revolte im Kosovo

Ausnahmezustand, militärische Besetzung, Massen-Internierungen, Polizei-Fahndung nach jedem Stück nationaler Identität – das ist die Lage im Kosovo, wo rund 1,5 Millionen Albaner die stärkste nicht-slawische Nationalität Jugoslawiens bilden. Die jugoslawische Zentralregierung hat inzwischen ihre offizielle Version zu den Massendemonstrationen vor einigen Wochen fertig: An den Demonstrationen hätten sich höchstens 2000 Menschen beteiligt; maximal 200 Gewalttäter seien aktiv gewesen; 95% der albanischen Bevölkerung Kosovos seien „verbittert" über die „Gewalttäter".

In einem Prozeß wurden kürzlich fünf Kosovo-Albaner abgeurteilt, da sie für die (selbstverständlich verbotene) Albanische Arbeiterpartei geworben hätten. Die Strafen: Zwischen 7 und 13 Jahren Haft („Welt", 22.5.) Weitere Prozesse wegen der Demonstrationen, Streiks usw. der letzten Zeit stehen zweifellos in großer Zahl bevor.

Die Unruhen begannen am 11.März an der Universität von Pristina, als ein großer Teil der über 30 000 Studenten gegen die materiellen Zustände an der Uni und für die Autonomie Kosovos als siebenter jugoslawischer Bundesstaat demonstrierte. Das Kosovo ist die ärmste der jugoslawischen Regionen und die albanische Mehrheit leidet unter dem serbischen Chauvinismus. Am 26.März setzte die jugoslawische Führung gegen erneute Demonstrationen eine Spezialtruppe der Miliz ein, die eine auf die Niederschlagung von Unruhen ausgerichtete Ausbildung und Bewaffnung besitzt. Die Revolte weitete sich bis Anfang April über das ganze Kosovo aus. Gegen die Demonstrationen und Streiks wurden reguläre Truppen in Marsch gesetzt. Die offizielle Bilanz: 10 Tote, 130 Verletzte (davon 55 Schußverletzungen). Diese Angaben dürften mehr als untertrieben sein, Journalisten schätzen etwa 1000 Verletzte! Aufgrund der jugoslawischen Politik ist es so gut wie unmöglich, exakte Informationen zu erhalten. Das Kosovo wurde zum Sperrgebiet erklärt; nur einige ausgewählte Journalisten durften unter strenger Bewachung Pristina und Pec besuchen. Im Kosovo herrscht der Ausnahmezustand: Versammlungsverbot und nächtliches Ausgehverbot. –

Das Verhältnis zwischen Jugoslawien und Albanien, das sich nach Titos Tod zu entspannen begann, ist durch die brutale Niederschlagung der Unruhen umgeschlagen. Jugoslawien wirft Albanien vor, die albanische Bevölkerung im Kosovo aufzuhetzen. Der magere Beweis für diesen Vorwurf ist die Stellungnahme des albanischen Zentralorgans „Zeri i Popullit", in der die Forderung nach einer autonomen Republik Kosovo (im Rahmen des jugoslawischen Staates!) als berechtigt bezeichnet und das Vorgehen der jugoslawischen Führung verurteilt wird. Mehr als merkwürdig ist der kurz darauf erfolgte Bombenanschlag auf die jugoslawische Botschaft in Albanien, der lediglich Sachschaden anrichtete. Jugoslawien beschwerte sich schärfstens über diesen „Akt des Terrorismus". Den albanischen Untersuchungen zufolge ist es nahezu unmöglich, daß der Anschlag v o n a u ß e r h a l b des Botschaftsgeländes verübt wurde, und der albanische Außenminister reihte den jugoslawischen Protest wohl nicht zu Unrecht in die anti-albanische Kampagne der jugoslawischen Führung ein.

Neben Albanien hat die jugoslawische Führung „feindliche Tätigkeit" als Ursache der Unruhe ausgemacht. Traditionell führt der jugoslawische Staatsapparat j e d e oppositionelle Aktion auf die Tätigkeit faschistischer und/oder „stalinistischer" Emigrantengruppen zurück. So auch diesmal. Als Ausweg propagieren die Regierungsblätter einen verstärkten Kampf gegen den „Nationalismus", worunter umstandslos die Autonomieforderung des Kosovo ebenso wie der Terror der faschistischen Ustasha subsummiert wird, und verstärken die „Sicherheitsorgane".

Die jugoslawische Wirtschaft ist in einem miserablen Zustand, so daß der Spielraum für materielle Zugeständnisse sehr eng ist. Da die jugoslawische Führung mehrheitlich zudem augenscheinlich nicht bereit ist, die politischen Forderungen (autonome Republik) zu erfüllen, werden die Spannungen im Kosovo zunehmen. Seit Jahren versucht der Staatsapparat mit Prozessen und langjährigen Haftstrafen gegen „Nationalisten", „Irredentisten" und „Stalinisten" die Opposition im Kosovo zu zerschlagen. Diese Repression hat jedoch, wie die neueren Unruhen zeigen, die Widersprüche eher verschärft als beseitigt. Das Kosovo ist jetzt faktisch besetzt von jugoslawischen Truppen, was das Gerede der BKJ-Führung von der angeblich existierenden Gleichberechtigung der Nationalitäten in Jugoslawien endgültig zur Farce werden läßt.

Die westdeutsche Linke hat bislang zur Repression in Jugoslawien weitgehend geschwiegen. Von den Jusos bis zum KBW und der mittlerweile aufgelösten 'KPD' fand man lobende Worte für das „jugoslawische Modell", die sich nicht daraus erklären lassen, daß Jugoslawien irgendwie 'sozialistischer' als die RGW-Staaten wäre, sondern wohl eher aus dem Antisowjetismus des BKJ.

Zu den jüngsten Vorfällen wird hoffentlich niemand schweigen, denn es besteht überhaupt kein prinzipieller Unterschied zwischen der bewaffneten Niederschlagung der polnischen Streiks 1970 und dem von jugoslawischen Truppen im Kosovo angerichteten Gemetzel.

RGW-Kommission

(Ak-Artikel zu Jugoslawien:
AK 172: Jugoslawien – Spielball imperialistischer Interessen ?;
AK 175: Prozesse im Kosovo;
AK 176: Der jugoslawische „Selbstverwaltungs-Sozialismus";
AK 180: Der Kominform-Konflikt 1948;
AK 199: Es gärt in Jugoslawien)

Der Klan, der seine Feinde lebendig einmauert

Fortsetzung von Seite 1

* General Grassini, Chef des Geheimdienstes der Carabineri (SISDE - die Carabineri sind eine dem BGS vergleichbare Bürgerkriegstruppe).
* Der Koordniator aller italienischen Geheimdienste, Pelosi.
* Der frühere Geheimdienstchef Miceli, der nach vielen Skandalen abgelöst wurde und heute als Abgeordneter der neofaschistischen MSI im Parlament sitzt.
* Der Chef des Generalstabs der Streitkräfte, Admiral Torrisi.
* Torrisi's Vorgänger in diesem Amt, General Mereu.
* Giannini, Generalkommandant der Guardia di finanza (Polizeitruppe, dem Finanzministerium untersteht) und sein Amtsvorgänger Giudice (wegen eines Finanzskandals bereits im Knast).
* Drei Generäle der Publica sicurezza (Sicherheitspolizei).
* General Dalla Chiesa, Kommandant der Carabinieri-Division „Pastrengo".

Insgesamt sind rund 20% der Personen auf der bei Gelli gefundenen Namensliste der P2 Militärs, wobei die Carabineri mit rund 50 Funktionären besonders auffallend repräsentiert sind. Noch bemerkenswerter ist die praktisch komplette Präsenz der Spitze aller Geheimdienste in diesem Bruderbund. Es fehlen auch nicht Namen wie Maletti und La Bruna - frühere hochrangige Geheimdienstler, deren Namen in Zusammenhang mit den blutigsten Massakern der Neofaschisten in den 70er Jahren stehen.

Kommen wir nun zu den Politikern. Da gibt es beispielsweise 43 Parlamentsmitglieder und drei Minister der letzten Regierung Forlani auf der Liste. Dieser Umstand führte zum „Rücktritt" Forlanis - freilich nicht mehr als eine alberne Geste, die damit endete, daß Forlani vom Staatspräsidenten Pertini erneut mit der Regierungsbildung beauftragt wurde. Weitere Politiker aus der P2 sind u.a.:
- Diverse Staatssekretäre der Regierung Forlani.
- Diverse Politiker der DC, unter ihnen der rührige Partei-Rechte Massimo De Carolis.
- Einige Politiker der Liberalen (PLI) und der Republikaner (PRI), d.h. der kleineren bürgerlichen Parteien.
- Pietro Longo, Chef der Sozialdemokratischen Partei (PSDI) samt einigen Parteifreunden, darunter dem bisherigen Staatssekretär im Außenministerium.
- Eine beachtliche Zahl von Politikern der Sozialistischen Partei (PSI), darunter der bisherige Außenhandelsminister Manca und der PSI-Fraktionsvorsitzende im Parlament, Labriola.
- Politiker der neofaschistischen MSI, darunter Mario Tedeschi (Freund der CSU) und der frühere NATO-Admiral Birindelli.
- Mit 187 Namen stellt die Toskana die stärkste regionale Gruppe unter den prominenten Namen der P2; allein 115 Logenbrüder kommen aus Florenz, einem traditionellen Zentrum der italienischen Freimaurerei. Unter den toskanischen P2-Leuten befinden sich z.B. die Provinz-Präsideten von Florenz und Pisa, beides PSI-Mitglieder.

Die Massenmedien waren in der P2 u.a. vertreten durch
- die Christdemokraten Selva und Colombo in der Direktion des italienischen Fernsehens (RAI).
- Durch die Verlags- und Pressegruppe Rizzoli, deren Inhaber Angelo Rizzoli und deren Generaldirektor Tassan Din der P2 angehörten. Zur Rizzoli-Gruppe gehört die wohl bedeutenste italienische Tageszeitung, der „Corriere della Sera". Deren bisheriger Chefredakteur Di Bella war gleichfalls Logenbruder der P2. Und Mitglied des Bruderbundes war auch der Bankier Calvi (Italiens größter Privatbankier)., der kürzlich mit einigen 100 Millionen der finanziell ruinierten „Corriere" aufgekauft hatte. Calvi und seine engsten Mitarbeiter sind derzeit wegen illegalem Devisen-Transfer in die Schweiz hinter Gittern.

Auf der Prominenten -Liste der P2 stehen außerdem Repräsenatnten aller großen Staatsunternehmen und Banken Italiens.

Die Logenbrüder der P2 bieten somit einen repräsentativen Querschnitt durch die reale Spitze der italienischen Gesellschaft. Bemerkenswert ist, daß Parteibücher in diesem Bruderbund offensichtlich nur eine untergeordnete Rolle spielten. Die „Sozialisten" von der PSI mauerten hier ganz einträchtig neben ihren Brüdern von der neofaschistischen MSI. Man darf schlußfolgern, daß vieles, was als lärmiger Parteienstreit öffentlich ausgetragen wird, nur ein sehr genau geplantes Spiel mit verteilten Rollen ist. Man darf dies übrigens nicht nur für Italien schlußfolgern.

Cecco

D'ALTRA PARTE ERA L'ORA CHE APRISSI UN CONTO IN SVIZZERA...

Die italienische Wochenzeitschrift „Panorama" erfuhr Einzelheiten über den Aufnahme-Ritus in „P2". Üblicher Ort: Rom, Hotel Excelsior, Zimmer Nr. 176. Der Kandidat erscheint im blauen Anzug. Vor dem Ehrwürdigen Großmeister Gelli und dem Großen Wächter General Picchiotti verliest der Kandidat einige rituelle Formeln, krempelt sich dann die Hose bis zu den Knien hoch und umrundet dreimal eine Art Altar. Dann umarmen ihn die beiden Logen-Meister dreimal und überreichen ihm ein Paar weiße Handschuhe und eine einfache Schürze. Der „Repubblica"-Karikaturist läßt den Kandidaten bei dieser Zeremonie vor sich hinmurmeln: „Was soll's, schließlich wurde es Zeit, daß ich in der
Schürze. Der „Repubblica"-Karikaturist läßt den Kandidaten bei dieser Zeremonie vor sich hinmurmeln: „Was soll's, schließlich wurde es Zeit, daß ich in der
Schweiz ein Konto eröffnete ..."

(übernommen aus der "KVZ" vom 1.6.81)

Die Geschäfte der P 2

Über das heimliche und unheimliche Treiben der P2 ist bisher relativ wenig preisgegeben worden.

+ Sicher ist, daß man in Gelli's toskanischer Villa illegale Dossiers des früheren Geheimdienstes SIFAR gefunden hat. Der SIFAR hatte diese Kartei über Politiker aller Parteien, Gewerkschafter, Intellektuelle usw. in den 60er Jahren angelegt und zwar u.a. in direktem Zusammenhang mit konkreten Putschplänen, die vom SIFAR ausgegangen waren. Das Bekanntwerden dieser Putschpläne und der illegalen Dossiers verursachte seinerzeit einen großen Skandal. Das führte u.a. dazu, daß nach manchem Hin und Her schließlich die Verbrennung der Dossiers angeordnet wurde. Daß nun trotzdem einige Tausend Blatt dieser Sammlung bei Gelli aufgetaucht sind, beweist, daß entweder nicht alle Dossiers verbrannt wurden oder daß vorher – was auch kaum anders zu erwarten war – Fotokopien angefertigt wurden. Unter dem Verdacht, diese Papiere an Gelli geliefert zu haben, ist der ehemalige Geheimdienstfunktionär Viezzer (ehem. Leiter der 'Abteilung Innere Sicherheit' des Geheimdienstes SID) verhaftet worden.

+ Ebenso interessant ist eine weitere Namensliste, die in der Gelli-Villa gefunden wurde: Sie nennt Namen von Personen, die in der letzten Phase des Krieges mit den deutschen Besatzern „zusammengearbeitet" hatten. Bei dieser „Zusammenarbeit" handelt es sich um Denunziationen, Weitergabe von Informationen über den italienischen Widerstand usw. Viele italienische Politiker haben damals, während sie schon ihre demokratische Nachkriegskarriere in die Wege leiteten, insgeheim auch mit den Nazis kollaboriert, um sich für alle Fälle rückzuversichern. Mit dieser Liste (die bisher bezeichnender Weise nicht veröffentlicht wurde) waren zahlreiche „Personen des öffentlichen Lebens" durch die P2 erpreßbar, wobei es wohl weniger um Schweigegelder, als vielmehr um praktische Gefälligkeiten ging. Diese Liste könnte sich Gelli besorgt haben, als er in jener Zeit 'Verbindungsoffizier' zwischen den Nazi-Besatzern und der „Republik von Saló" (dem von den Allierten noch nicht besetzten faschistischen Reststaat) war.

Ein hochinteressantes Kapitel sind die Beziehungen Gelli's und der P 2 nach Argentinien. Nach Argentinien, das damals viele Faschisten und Nazis gastfreundlich aufnahm, hatte sich Gelli nach dem Krieg abgesetzt. Aus dieser Zeit datieren gute Kontakte Gelli's zum (inzwischen verstorbenen) damaligen argentinischen Präsidenten Peron und der nach ihm benannten sozial-demagogischen Bewegung. Die Bande nach Argentinien rissen auch nicht ab, als Gelli Anfang der 60 er Jahre nach Italien zurückkehrte. Da sind beispielsweise die Argentinien-Reisen des P 2-Bruders Torrisi (Stabschef der Streitkräfte), der in seiner Zeit als Stabschef der Marine herzliche Beziehungen zu seinen argentinischen Kollegen pflegte. Und da gab es ein Spektakel um ein – vermutlich von der P 2 gemanagtes – umstrittenes Waffengeschäft mit Argentinien, nämlich der Lieferung von FIAT-Kampfflugzeugen. Der P 2-Bankier Ortolani verfügte, ebenso wie sein Kollege Calvi, über glänzende Geschäftsverbindungen nach Argentinien. Einige hohe argentinische Militärs (genannt werden der Admiral Massera und der General Suarez Mason) sollen direkt Mitglieder der P 2 gewesen sein, ebenso wie der italienische Militärattache in Argentinien, Federico Lenci.

Es paßt ins Bild, daß Gelli, gegen den inzwischen in Italien Haftbefehl besteht, in Montevideo/Uruguay ge-

Es paßt ins Bild, daß Gelli, gegen den inzwischen in Italien Haftbefehl besteht, in Montevideo/Uruguay gesichtet wurde. Es paßt ebenso ins Bild, daß mehrere italienische Botschafter aus südamerikanischen Ländern nach Rom zurückberufen wurden, nachdem ihre engen Kontakte zu Gelli und Ortolani öffentlich bekannt wurden.

Von der P 2 arrangiert wurde ein Geschäft mit saudi-arabischem Erdöl, bei dem am Ende eine saftige „Provision" von 200 Millionen Mark unter saudische Prinzen und Logenbrüder (darunter der damalige Außenhandelsminister Stammati) verteilt werden konnte.

Nicht aufzuzählen sind die Geschäfte und Skandale, die über den Mafia- und P 2-Bankier Michele Sindona (jetzt in USA in Haft) zugunsten der Logenbrüder und einiger Parteikassen gelaufen sind.

Die P 2 nahm aber nicht nur kräftig ein, sondern schenkte auch großzügig aus – ganz im Sinne der offiziellen Freimaurerei, zu deren obersten Prinzipien ja die Wohltätigkeit gehört. In den Genuß finanzieller Zuwendungen in Höhe einiger 100 000 Mark durch die P 2 kamen z.B. der Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Bandiera (PRI), und der Staatssekretär Belluscio (PDSI). Über 2 Millionen Mark flossen von der P 2 an den rechten Richterverband Magistratura Indipendente; Summen in ähnlicher Höhe bekamen ein Mitarbeiter des früheren Außenhandelsministers Stammati und der später ermordete Journalist Mino Pecorelli...

Die Morde der P 2

Wieweit die P 2 in den neofaschistischen Terror verwickelt ist, dem in den letzten 10-12 Jahren mehrere Dutzend Menschen zum Opfer gefallen sind, ist bisher nicht belegt. In direkte Verbindung gebracht wird die P 2 aber mit 6 politischen Morden, bei denen Widersacher des Geheimen Bruderbundes aus dem Wege geräumt wurden.

1. Der Fall Occorsio.

Der Richter Occorsio wurde am 10.7.76 mit einer MP-Garbe niedergeschossen. Neben seinem Körper fand man Flugblätter der neofaschistischen Terrorgruppe Ordine Nero. Occorsio hatte gegen die neofaschistischen Banden ermittelt und war dabei vermutlich auf deren Verbindungen zur P 2 gestoßen.

2. Der Fall Alessandrini.

Der Richter Alessandrini wurde am 29.1.79 durch Pistolenschüsse getötet. Ein Anrufer behauptete im Namen der linken Terrorgruppe Prima Linea, für den Anschlag verantwortlich zu sein. Alessandrini hatte u.a. in Sachen Piazza Fontana (faschistischer Anschlag 1969, 16 Tote) ermittelt und war ganz kurz vor seinem Tod auch in die Untersuchungen gegen den P 2-Bankier Calvi einbezogen worden.

3. Der Fall Pecorelli.

Der Journalist Mino Pecorelli wurde am 20.3.79 ermordet. Er war verantwortlicher Direktor des Skandalblattes „OP", war zugleich Mitglied der P 2 und hatte von der Loge erhebliche finanzielle Zuwendungen bekommen. Er hielt sich aber nicht an die wichtigste Spielregel der Freimaurerei, („Schweigen ist Gold"), sondern begann in seiner Zeitung eine Serie über Intrigen in der DC und „rätselhafte" Morde in Sizilien. Eine Woche später war er tot.

4. Der Fall Ambrosoli.
Giorgio Ambrosoli war Konkurs-

4. Der Fall Ambrosoli.

Giorgio Ambrosoli war Konkursverwalter der Banca Privata Italiana. Die gehörte dem Mafia- und P 2-Bankier Sindona. Am 11.7.79 wurde er vor seiner Haustür erschossen.

5. Der Fall Varisco.

Antonio Varisco war Chef des Sicherheitsdienstes der Carabinieri im Justizministerium. Am 13.7.79 wurde er erschossen. Zu dem Anschlag bekannten sich angeblich die Roten Brigaden. Sicher ist, daß Varisco gegen Gelli und die P 2 ermittelt hatte.

6. Der Fall Giuliano.

Boris Giuliano, Leiter der squadra mobile (Spezialeinheit der Polizei) in Palermo/Sizilien wurde am 21.7.79 ermordet. Giuliano ermittelte über die Verbindungen zwischen dem P 2-Bankier Sindona und der sizilianischen Mafia. Sein Nachfolger wurde ein gewisser Impallomeni – eingeschriebenes Mitglied der P 2.

Ablenkungsmanöver und Schlußfolgerungen

Einige der auf Gelli's Liste geführten Herren leugnen strikt jede Beziehung zur P 2. Daneben wird – da sich aufgrund von Bankauszügen, Korrespondenz usw. viele Mitgliedschaften konkret nachweisen lassen – die Legende aufgebaut, die P 2 sei womöglich gar keine echte Geheimorganisation gewesen, sondern mehr eine Fiktion und Laune Gelli's, bei der Scharen von Politikern, Militärs, Geheimdienstlern usw. aus bloßer Dusseligkeit ein bißchen mitgespielt haben, ohne sich aber auf Kriminelles einzulassen.

Warum jetzt trotzdem die Belasteten zu Dutzenden zurücktreten, „um ihre Entlassung bitten" oder „beurlaubt" werden, müßte angesichts dieser rührenden Legende noch erklärt werden.

Bemerkenswerter ist ein offensives Ablenkungsmanöver, das aus Gelli einen „Ost-Agenten" zu machen versucht. Das Stichwort dazu gab der General a.D. Battelli, ‚Großmeister' des ‚Großen Orient' von Italien, d.h. der Zentrale der italienischen Freimaurerei. Battelli behauptete, auf Gelli's Liste seien Namen bewußt falsch eingesetzt worden. Andererseits sei es auffällig, daß eine Partei (gemeint ist die KPI) auf der Liste überhaupt nicht vertreten sei. Gelli habe zudem Geschäfte mit osteuropäischen Ländern gemacht. Im übrigen bestritt Battelli jede Verbindung zwischen der P 2 und der offiziellen Freimaurerei.

Eine passende Antwort bekam Battelli von Marco Boato, Abgeordneter der Radikalen Partei (PR): Wieso könne Battelli behaupten, daß die Namensliste der P 2 gefälscht sei, wenn die P 2 überhaupt nicht mit dem ‚Großen Orient' in Verbindung stand?! Battelli solle gerichtlich verhört werden, welche Namen seiner Ansicht nach fälschlich auf die Liste gesetzt wurden...

Daß auch hierzulande die wichtigsten Entscheidungen nicht in den regulären Strukturen der etablierten Parteien fallen, beweisen u.a. die Operationen mit der Westberliner FDP oder Rücktritt des Hamburger Bürgermeisters Klose. Soweit kann der Sachverhalt als allgemein bekannt gelten. Weniger offensichtlich ist, daß die Entscheidungsprozesse selbstverständlich trotzdem irgendwo organisiert werden müssen und daß es dafür selbstverständlich auch

feste Strukturen gibt, die aber nicht öffentlich bekannt, die

feste Strukturen gibt, die aber nicht öffentlich bekannt, die also konspirativ und illegal sind. Daß die BRD bisher ohne P 2-Skandal bzw. Vergleichbares ist, ist deshalb kein Grund zur Sorglosigkeit, sondern deutet eher darauf hin, daß hierzulande die herrschenden kriminellen Vereinigungen sorgfältiger organisiert werden als in Italien. Welche Rolle spielt z.B. hierzulande, um nahe am Fall zu bleiben, die Freimaurerei für die Entscheidungsprozesse und für die Schiebereien in der etablierten Parteienlandschaft? Ist es bloßer Zufall oder nur liberale Tradition, daß gerade die klassische Umfaller-Partei unseres Landes eng mit der Freimaurerei verfilzt ist? Welche Rolle spielen die diversen Herrenclubs (Rotary, Lions u. ä.) ? Welche Rolle spielen die überparteilichen Interessenverbände, deren Ringen wir unlängst in der Frage der Waffenlieferungen an Saudi-Arabien verfolgen konnten? – Demokratische Journalisten und Politiker sind herausgefordert, etwas Licht ins Dunkel zu bringen!

Mafia droht den „Roten Brigaden"

Neapel (SAD) – Die neapolitanische Mafia hat den „Roten Brigaden", die seit dem 26. April den Politiker Ciro Cirillo festhalten, ein Ultimatum gestellt. In einem offenen Brief droht der in einem sardischen Gefängnis sitzende Chef der Mafia, Raffaele Cutolo, „entweder Ihr laßt Cirillo frei oder wir lassen euren Verein auffliegen."

(Welt, 30.5.81)

Eine Hand wäscht die andere

Italienische Freimaurer

Henri Curiel - ein Opfer der „Gemeinschaft der westlichen Geheimdienste"



In seiner Ausgabe vom 25.5.81 (Nummer 22/81) eröffnet der „Spiegel" seine Auslandsrubrik mit dem Artikel: *„Moskau, Quelle allen Terrors".* Diese Überschrift, die der „Spiegel" in Anführungszeichen gesetzt hat, gibt die Ansicht Reagans und Haigs wieder, *„hinter dem Terrorismus jeder Art"* stecke *„die Sowjet-Union".* Etwas distanziert kommentiert der „Spiegel" diese Meinung: *„eine unbewiesene Behauptung, die auch in Amerika bestritten wird".*

(Zur Erinnerung: auch der CIA bekundet mitunter Zweifel daran. Vorhandene *„Erkenntnisse widersprächen eindeutig der von Präsident Reagan und Außenminister Haig geäußerten Ansicht, Moskau stecke hinter dem internationalen Terrorismus und den Waffenlieferungen an die Guerilleros"* („Süddeutsche Zeitung", 30.3.81).

Desweiteren stellt der „Spiegel" sogenannte „neue" Mitarbeiter in der „Antiterrrorismus"-Abteilung des US-Außenministeriums vor: einen **Arnaud de Borchgrave** sowie eine gewisse **Claire Sterling**; erwähnt wird auch ein Institut namens **„Center for Strategic and International Studies"** (Zentrum für strategische und internationale Studien, „CSIS") an der Washingtoner Georgetown-Universität.

So „neu" und unbekannt dürften sowohl die beider. erwähnten Personen als auch dieses „CSIS" dem „Spiegel" allerdings nicht sein, griff er doch 1977 selber auf ihre Dienste zurück, um an der Rufmordkampagne gegen Henri Curiel teilzunehmen.

Wer war Henri Curiel?

Am 4. Mai 1978, am hellichten Tag, wurde Henri Curiel in Paris ermordet.

Es war 2 Uhr nachmittags. Curiel verließ seine Wohnung im 7. Stock mit dem Fahrstuhl. Als er unten ankam, standen zwei Killer vor der Tür, die drei Schüsse auf Curiel abfeuerten. Eine Stunde später bekannte sich ein „Kommando Delta" bei einer Pariser Zeitung zu diesem Mord („Kommandos Delta" waren sog. „Choc-Kommandos" der faschistischen Parallelarmee „OAS" zur Zeit des Algerienkriegs).

Nach wie vor sind Curiel's Mörder unbekannt. Henri Curiel wurde 1914 in Kairo geboren, als Kind einer jüdischen Familie aus Italien.

Curiel begann 1941 mit seiner politischen Arbeit. Der Einmarsch der Nazis in die Sowjetunion war für ihn der Anlaß.

Als die Nazitruppen 1942 auch nach Ägypten vordrangen, wurde Curiel von den ägyptischen Behörden zum ersten Mal inhaftiert. 1943, wieder frei, gründete er die

Curiel von den ägyptischen Behörden zum ersten Mal inhaftiert. 1943, wieder frei, gründete er die

„MELN" („Ägyptische Bewegung zur nationalen Befreiung").

Innerhalb der „MELN" waren damals auch viele sudanesische Genossen organisiert, die später die KP Sudan gründeten. Die „MELN" unterstützte außerdem auch den Kampf der griechischen Antifaschisten. Aus der Fusion mit einer anderen Organisation namens „ISKRA" entstand die „MDLN" („Demokratische Bewegung zur nationalen Befreiung"). 1948 war die „MDLN" die einzige linke Organisation in den arabischen Länder, die für die Teilung Palästinas in zwei gleichberechtigte Staaten eintrat (ein jüdischer und ein palästinensischer Staat).

Damals wurden Hunderte von Mitgliedern der „MDLN" verhaftet, unter anderem Henri Curiel und seine Frau Rosette Curiel.

Nach ihrer Freilassung 1950 wurden beide aus Ägypten ausgewiesen. Die damalige französische Regierung verweigerte ihnen die Einreise, sodaß sie zunächst illegal nach Frankreich kamen (1951).

In Frankreich engagierte sich Henri Curiel besonders für die Sache der Unterdrückten und Ausgebeuteten in der 3. Welt. U.a. auf Initiative Curiels wurde 1958 in Frankreich die „Bewegung junger Widerstand" gegründet, die aus Deserteuren der französischen Armee bestand. Sie richtete sich gegen den Kolonialkrieg in Algerien. 1960 gründete Curiel die „Französische antikolonialistische Bewegung" (MAF).

Die „MAF" stellte sich als Aufgabe, eine politische Plattform und einen organisatorischen Rahmen für Unterstützungsaktivitäten zugunsten der „FNL" (algerische nationale Befreiungsfront) zu stellen, sowie die erwähnte „Bewegung junger Widerstand" zu stärken („Mouvement Jeune Resistance"). Diese Unterstützung bestand z.B. darin, verfolgte algerische Genoss(inn)en zu beherbergen oder FNL-Flugblätter in Frankreich herauszugeben.

Aufgrund dieser Aktivitäten wurde Henri Curiel, diesmal in Frankreich, erneut verhaftet. Zwei Jahre verbrachte er im berüchtigten Fresnes-Gefängnis, in dem bis zu 1.800 algerische Freiheitskämpfer und 50 Franzosen/innen eingesperrt waren.

Ein weiterer Schwerpunkt des Engagements von Henri Curiel waren seine Bemühungen um Frieden im Nahen-Osten.

Nach dem letzten Krieg (1973) schrieb Henri Curiel:

„Das wesentliche Problem bleibt das gleiche wie 1947. Es handelt sich um die Anerkennung des Rechts auf Existenz und auf einen nationalen Staat für die Palästinenser natürlich, aber auch für die Israelis... Ausgehend von dieser prinzipiellen Position muß der nur nationalen Konfrontation ein wirkliches Bündnis zwischen fortschrittlichen Kräften aus beiden Lagern entgegengesetzt werden, gegen die israelischen Expansionisten und ihre natürlichen Verbündeten, die arabischen Endlöser" (*„Für einen gerechten Frieden im Nahen-Osten",* Henri Curiel, Vertrieb: „Difference et Alternative", 36 rue des Bourdonnais, 75001 Paris; 30 F.). In diesem Sinne initiierte Curiel als einer der ersten Begegnungen zwischen linken Israelis und Palästinensern („Gespräche von Paris" 1976, „Bologne-Konferenz").

Anläßlich von Curiels Ermordung schrieb Uri Avneri (Gründungsmitglied des israelischen „Rat für den palästinensisch-israelischen Frieden", Ex-Knesseth-Abgeordneter und Herausgeber der auflagenstärksten Wochenzeitschrift in Israel, „Ha'olam Haze"): *„Wer hat ihn ermordet? Man kann mindestens eins sagen ... Henri Curiel ist von Feinden des Friedens umgebracht worden. Sein Grab ist ein weiterer Markstein auf dem Weg des Friedens, ein Weg voller Opfer, neben dem Grab von Said Hamani"* (ein ermordetes PLO-Führungsmitglied). *„Nie wieder werde ich einem solchen Menschen begegnen"* (Nachruf in „Ha'olam Haze", 10.5.78).

„Al-Ittihad", Zeitung der KP Israels, schrieb: *„...Die imperialistischen zionistischen und reaktionären Elemente haben um seine Person diverse Legenden aufgebaut: mal wurde er als ‚sowjetischer Agent', mal als ‚Verbindungsmann' zwischen verschiedenen terroristischen Gruppen in der Welt dargestellt. Als Jude. wurde er von extremistischen zionistischen Kreisen entweder als ‚von den Palästinensern gekauft' oder als ‚Verräter am jüdischen Volk' diffamiert.*

Palästinensern gekauft' oder als ‚Verräter am jüdischen Volk' diffamiert.

...Henri Curiel kann – wie Said Hammami, in London ermordet - das Opfer von denjenigen gewesen sein, die an der Verhinderung von Kontakten zwischen den palästinensischen und israelischen Friedenskräften Interesse haben... Dies führt zu den israelischen Geheimdiensten, die in verschiedenen europäischen Städten in den letzten Jahren Blut vergossen und Verbrechen gegen die Palästinenser begangen haben" (12.5.78).

Am 11. Mai 1978 wurde Curiel in Paris beerdigt.

1.000 Menschen erwiesen ihm die letzte Ehre. Unter ihnen: Lionel Jospin (heute 1. Sekretät der PS), Lucien Villa (KPF-Abgeordneter), Gewerkschaften (CGT, CFDT, FEN), bekannte Demokraten wie Georges Casalis, Delegationen ausländischer Organisationen und Parteien (FNL, KP Ägyptens, KP Israel u.a.).

Seit nunmehr drei Jahren sabotiert das französische Innenministerium jegliche Ermittlungsarbeit wegen des Mordes an Curiel – mehrfach wurde der ehem. Innenminister Bonnet in der Nationalversammlung befragt, zum Beispiel zur Behauptung einer südafrikanischen Zeitung, der französische Geheimdienst habe Curiel „liquidiert". Die Reaktionen der alten Regierung können in einem Wort benannt werden: Schweigen.

Mittlerweile wurde Rosette Curiel ebenfalls Opfer und Zielscheibe faschistischer Provokationen. Der Bürgermeister von Paris, J. Chirac (RPR), verbot ihr übrigens sogar, die folgende Aufschrift am Grab ihres Mannes anzubringen: *Henri Curiel, geboren am 13.9.1914 in Kairo, in Paris am 4. Mai 1978 ermordet. Gefallen im Kampf für den Sozialismus und für den Frieden, denen er sein Leben widmete."*

Die Verschwörung

Die Verschwörung gegen Henri Curiel begann mit der Veröffentlichung eines Artikels von Georges Suffert am 21.6.76 in der Zeitschrift „Le Point" (kürzlich von der „FAZ" als „liberales Magazin" gelobt).

Henri Curiel wird dort einerseits als „KGB-Agent", andererseits als „Superchef aller Terrororganisationen" präsentiert.

Unter anderem schreibt Suffert lang und breit über Verbindungen Curiels zu weißen Apartheid-Gegnern in der RSA (Südafrika).

Im August 1975 wurde der Dichter Breyten Breytenbach in Südafrika verhaftet. Er war einer der Führer der Gruppe „Okhela", die aus weißen Antirassisten bestand. Breytenbach hatte zuvor mehr als 10 Jahre im Exil in Frankreich verbracht, wo er Henri Curiel kennengelernt hatte.

Curiel hatte in Frankreich eine Gruppe „Solidarité" aufgebaut, deren Zielsetzung Hilfe und Unterstützung für die Völker der III. Welt war.

„Solidarité" wurde in Pretoria während des Prozesses gegen B. Breytenbach mitangeklagt. Das Interesse des südafrikanischen Geheimdienstes „BOSS" an Curiel erwies sich als sehr groß. Später, nach der Ermordung Curiels, schrieb „Le Monde", Suffert habe für seinen Artikel sowohl die Hilfe des französischen Geheimdienstes „SDECE" als auch die „ausländischer Geheimdienste" genossen („Le Monde", 19.7.78).

Dies wurde von den „Betroffenen" nie dementiert.

1976, als der Artikel von Suffert erschien, war Curiel hauptsächlich mit der Vorbereitung der sogenannten „Pariser Gespräche" beschäftigt, bei denen zum ersten Mal Vertreter der PLO und des „Israelischen Rat für den Israel-Palästina-Frieden" um den gleichen Tisch versammelt waren.

Im Oktober 1977 fand in Paris ein Kolloquium über den Frieden im Nahen Osten statt, organisiert vom „Französischen Initiativkomitee für einen gerechten Frieden im Nahen Osten".

Eine Woche später war der „Spiegel" am Zuge (24.10.77): *„Paris ist heute das Zentrum des internationalen Terrorismus. Unter der Führung eines Ägypters organisieren sich lateinamerikanische Guerilleros, fanatische Palästinenser und Mitglieder der ‚Roten Armee Fraktion'. ...Die Kontakte auf organisatorischer Ebene zwischen der Zentrale der lateinamerikanischen ‚Junta de Coordinacion Revolucionaria' und der arabischen PFLP wurden von dem aus Ä-*

cion Revolucionaria' und der arabischen PFLP wurden von dem aus Ä-

gypten stammenden Henri Curiel hergestellt, dessen Macht durch die ‚Bewaffneten Kerne zur Volksautonomie' (NAPAP) gesichert ist.

Im Laufe der vergangenen Jahre hat er 19 verschiedene Untergrundorganisationen, vom ANC bis zur KP Iraks, von den baskischen Separatisten bis zu den Kadern der westdeutschen Terroristen, koordiniert. Unter der Führung von Curiel haben sich die verschiedenen Organisationen gegenseitig Unterstützung geleistet" (Rückübersetzung aus dem Französischen).

Am 25.10.77 wurde Henri Curiel über einen Ausweisungsbeschluß gegen ihn informiert; er wurde zunächst von Paris nach Südfrankreich (Digne) ‚deportiert'.

Erst im Januar 1978 durfte er wieder nach Paris; der Ausweisungsbeschluß wurde annulliert; zum ersten Mal in den 27 Jahren, die er in Frankreich verbrachte, wurden ihm sogar Reisepapiere und eine reguläre Aufenthaltsgenehmigung ausgestellt.

Curiel stellte gegen den „Spiegel" Strafanzeige wegen Verleumdung.

Die „Spiegel"-Anwälte zogen eine „gütliche Einigung" einem juristischen Verfahren vor. Nach der Ermordung Curiels veröffentlichte der „Spiegel" (29.5.1978) folgende Erklärung:

„In seiner Ausgabe Nr. 44 vom 24.10.1977, unter der Überschrift ‚Neuer Terrortypus', behauptete ‚Der Spiegel' aufgrund von Quellen, die für ihre Seriösität bekannt sind, Henri Curiel sei an der Spitze einer Organisation beteiligt gewesen, die die Aktivitäten südamerikanischer Terroristengruppen, der PFLP und der RAF koordinierte; in der Vergangenheit, so schrieben wir, hätte er vergleichbare Aufgaben für 19 verschiedene Untergrundorganisationen übernommen, die in verschiedenen Ländern in den Terrorismus abgeglitten sind und dort für Attentate verantwortlich sind.

Henri Curiel hatte diese Anschuldigungen energisch zurückgewiesen und vor einem Pariser Gericht Klage gegen den ‚Spiegel' erhoben. Am 4. Mai 1978 wurde Henri Curiel in Paris als Opfer unbekannter Terroristen ermordet.

Bereits vor diesem tragischen Ereignis hatte ‚Der Spiegel' mit Henri Curiel über seine Rechtsanwälte Kontakt aufgenommen zwecks einer gütlichen Einstellung des Verfahrens.

‚Der Spiegel' respektiert die Trauer von Frau Curiel und ihrer Familie und bedauert es, gegen Henri Curiel öffentlich Anschuldigungen vorgebracht zu haben, die sich später als nicht erwiesen herausstellten" (Rückübersetzung).

Ähnlich wie der ‚Spiegel' hatten auch südafrikanische Zeitungen Curiel diffamiert. Am 11. Mai 1978 veröffentlichte die südafrikanische Zeitung „The Citizen" einen ähnlichen Artikel über Curiel. Am 3. Februar 1980 wurde Curiel abermals in der

Artikel über Curiel. Am 3. Februar 1980 wurde Curiel abermals in der

südafrikanischen Zeitung „Sunday Times" (Cape Town) als „KGB-Agent" und als eine Art „Carlos" das Blatt, die französische Polizei sei für die Ermordung von Curiel verantwortlich. Diese Behauptung wurde, trotz Anfragen, von der damaligen Giscard-Regierung nicht dementiert. Weiterhin wurde im „Foreign Report", vertraulicher Rundbrief der britischen Zeitschrift „The Economist" (Herausgeber: Robert Moss), am 21.6.78 Curiels Arbeit in ähnlicher Weise verleumdet. Zudem veröffentlichte „Foreign Report" die Polizeikartei von Curiel beim französischen Geheimdienst.

Zuvor war allerdings diese Kartei in der französischen faschistischen Zeitschrift „Minute" veröffentlicht worden. Der betreffende Artikel war unterschrieben von einem Roland Gaucher („Ex"-Waffen-SS) und einem Jacques Tillier („Ex"-Mitarbeiter bei der „DST", französischer Geheimdienst zur „Sicherung des Territoriums").

„Die Gemeinschaft westlicher Geheimdienste"

Zu seiner Verteidigung gab der von der Familie Curiel angeklagte Georges Suffert während des Prozesses den folgenden Brief bekannt:

„1.2.1980.
Lieber Georges,
Wie Sie wahrscheinlich wissen, bin ich meistens in allen Ecken der Welt unterwegs, und bis vor kurzem hatte ich nicht mitbekommen, daß Sie im Zusammenhang mit der Curiel-Affaire in ein juristisches Verfahren verwikkelt sind. Ich empfinde es als besonders kurios, daß in dieser Curiel-Affaire etwas, das in den letzten Jahren als offenes Geheimnis innerhalb der Gemeinschaft westlicher Geheimdienste gehandelt wurde, nun vor Gericht verhandelt werden soll. Bei allen Kontakten, die ich in meiner Eigenschaft als Auslandskorrespondent mit westlichen Geheimdiensten hatte, bestand bei mir kein Zweifel, daß Herr Curiel nicht das war, was er vorgab zu sein, sondern daß er eine Schlüsselfigur in der Ost-Spionage gewesen ist.

Da mir bekannt ist, daß die westlichen Geheimdienste nicht die Gewohnheit pflegen, präzise Informationen zu bestätigen, vor allem, wenn es sich um etwas so Delikates wie Agentennamen handelt, dachte ich, daß das, was ich aus erster Hand von hochgestellten Agenten in verschiedenen Ländern des Westens gehört habe, Ihnen in Ihrem Anliegen dienen könnte. Ich autorisiere Sie, diesen Brief dem Vorsitzenden des Gerichts bekannt zu machen.
Ihr
Arnaud de Borchgrave
Chief Foreign Correspondent
NEWSWEEK,
444 Madison Ave., New York
(nachgedruckt im Bulletin Nr. 8 der „Association Henri Curiel").

„Association Henri Curiel").

Einige Zeit später ließ A. Borchgrave wieder in Frankreich von sich hören, indem er ein Interview

Borchgrave wieder in Frankreich von sich hören, indem er ein Interview

mit **Claire Sterling** in „Paris-Match" herausbrachte, die heute gemeinsam mit ihm zu den „Terrorismus-Experten" der US-Administration gehört. Das Interview trug die vielsagende Überschrift *„Es ist die PLO, die die Nazis unterstützt".* Einmal mehr wird die nun bekannte Story über Curiel dort gebracht („Paris-Match", 17.10.80).

Im „Spiegel" 22/81 werden Borchgrave und Sterling vorgestellt:

„Arnaud de Borchgrave, langjähriger ‚Newsweek-Chefkorrespondent, jetzt freier Journalist und Co-Autor des Bestsellers ‚The Spike' (‚Die Falschmelder'). Thema des Romans: wie Moskau die Medien manipuliert. Claire Sterling, Korrespondentin mehrerer US-Publikationen und Autorin von ‚The Terror Network'. Thema des Sachbuchs: wie Moskau den Terrorismus in der Welt fördert".

Die „Association Henri Curiel" veröffentlichte einige weitere Details über diesen Kreis von „Literaten": *„Robert Moss* (Herausgeber der britischen Zeitung „The Economist", deren enge Beziehungen zum CIA sowie zum „BOSS" in England ebenso bekannt sind wie diejenigen des „Spiegel" zum BND hierzulande – Anm. AK), *Arnaud de Borchgrave und Claire Sterling, sagen wir es ganz deutlich, sind Desinformationsagenten, die dem CIA verbunden sind.*

Die Desinformation besteht für die amerikanische Zentrale darin, systematisch falsche Nachrichten ins Kommunikationssystem des Gegners hineinzutragen mit dem Ziel der Konfusion, der Spaltung und Demo-

Fortsetzung nächste Seite

Eine »wohldosierte« Regierung

Am 14. und 21. Juni finden in Frankreich die Wahlen zur neuen Zusammensetzung der jetzt aufgelösten Nationalversammlung statt. Bis dahin ist eine sogenannte Interimsregierung im Amt.

Indessen hat die PS- Führung der PSU, den MRG („Radikale der Linken“) und der KPF einen Vorschlag für ein Regierungsabkommen unterbreitet, worüber gegenwärtig verhandelt wird. In der Interimsregierung finden sich nahezu alle Tendenzen der PS wieder. Darüberhinaus sind an der Regierung Mitglieder der MRG beteiligt, sowie der sogenannte Linksgaullist Michel Jobert.

Das neue Kabinett unter der Führung von Premier-Minister Pierre Mauroy zählt 43 Mitglieder. Die wichtigsten Ressorts sind wie folgt verteilt worden:

- Innenministerium und Dezentralisierung: Gaston Deferre (PS,Bürgermeister von Marseille),
- Justiz: Maurice Faure (MRG),
- Auslandsbeziehungen: Claude Cheysson (PS),
- Verteidigung: Charles Hernu (PS),
- Wirtschaft und Finanzen: Jacques Delors (PS).

Mitterands Kontrahent Michel Rocard ist Staatsminister für Planung und Landesentwicklung. Der CERES, die linke Strömung innerhalb der PS, ist mit vier Mitgliedern vertreten:
J.-P. Chevenement (CERES-Führer) ist Staatsminister für Forschung und Technologie, Nicole Questiaux übernimmt ein neu geschaffenes Ressor: „Nationale Solidarität“. Während MRG-Führer Michel Crepeau für Umweltschutz zuständig ist, wurde Linksgaullist Michel Jobert zum Staatsminister für den Außenhandel ernannt. Viel Wirbel rief die Nominierung von Regis Debray zum persönlichen Berater Mitterands für Auslandsbeziehungen in der hiesigen Presse hervor. Nun ist aber Regis Debray schon längst kein „Guerillero“ mehr, sondern langjähriges Mitglied der PS.

Zwei spektakuläre Maßnahmen sind von der neuen Regierung ergriffen worden: den Baustopp des geplanten AKWs in Plogoff (Bretagne) und der Verzicht auf eine Ausweitung des militärischen Übungslagers in Larzac (Südfrankereich) - allerdings sind beide Maßnahmen als „Suspendierung“ der unter der Giscard Regierung geplanten Schritte bezeichnet worden. Es bleibt also abzuwarten, ob dies endgültig ist. Der gesetzliche Mindestlohn wurde um 10% erhöht. Heraufgesetzt wurden auch das Wohngeld und Familienzuschüsse. Desweiteren ist nicht nur das Einreiseverbot von RA K. Croissant nach Frankreich aufgehoben worden, sondern auch das von Simon Malley (Herausgeber der Zeitung „Afrique-Asie“). Alles übrige bleibt unklar: Premier-Minister Mauroy wird nicht müde zu betonen, die neue Regierung wolle „Veränderung und Realismus“ miteinander vereinbaren.
„Die Rigorosität wird sich mit der Phantasie und die Wirksamkeit mit der Klarheit verbinden, die Veränderung wird schrittweise erfolgen“ („LM“, 1.6.81).

Zwar hatte Kandidat Mitterand und die PS angekündigt, keine Waffen mehr an faschistische Regimes zu liefern - der PS-Außenminister Cheysson erklärte aber klar und deutlich, alle bisherigen derartigen Verträge würden eingehalten werden, insbesondere würde die Lieferung von angereichertem Uran an Irak nicht aufgehoben werden.
„Die Unterschrift Frankreichs ist heilig. Wir gehen von Verträgen aus, die Frankreich unterschrieben hat, und die alle respektiert werden. Ich will alle Lügen hierzu dementieren“ („LM“, 27.5.81). Wirtschaftsminister J. Delors (PS) erklärte gegenüber der „Washington Post“, Frankreich werde auch seine Verträge gegenüber der Republik Südafrika erfüllen. Die Verhandlungspositionen der PS gegenüber der KPF bleiben unverändert, wobei als Hauptpunkte jetzt die Frage der SS 20 und der sowjetische Einmarsch in Afghanistan gelten.

Dazu erklärte P. Jaquin, Mitglied des Politbüros der KPF:
„Wir sind bereit über alle Fragen zu diskutieren. Natürlich gibt es Unterschiede zwischen der PS und der KPF. Es handelt sich nicht um die Fusion zu einer einzigen Organisation ...Wir verlangen nicht von den Sozialisten, daß sie Kommunisten werden. Ich glaube nicht, daß sie von uns verlangen, Sozialisten zu werden. Jedenfalls glauben wir, daß es möglich ist, gemeinsam zu regieren... (Zu Afghanistan) habe ich die gleiche Position wie vor einem Jahr (die KPF begrüßte den Einmarsch, Anm. AK). *Frankreich könnte Verhandlungen zwischen den direkt betroffenen Ländern vorschlagen, das heißt zwischen Iran, Pakistan und Afghanistan. Es muß in der Tat nach einer gemeinsamen Lösung gesucht werden, die den Rückzug der sowjetischen Truppen ermöglichen würde“*.
Zu den SS 20: *„Es ist keine erfreuliche Situation zu wissen, daß es Euroraketen gibt, nicht nur die SS 20... Eine Diskussion über Europa und die Mittelstreckenraketen muß eröffnet werden. Frankreich würde es zur Ehre gereichen, es wäre im Sinne des Frankreichs der Revolution, wenn es zum ersten Abrüstungsschritt beitragen würde“* („LM“, 29. 5.81). Schließlich ließ auch J. Chirac (RPR) verlauten, er habe nichts gegen eine Regierungsbeteiligung, vorausgesetzt, dort würden keine Kommunisten sitzen:

„Ein großer, nicht verachtenswerter Teil der sozialistischen Vorschläge beunruhigt mich überhaupt nicht. Was mich beunruhigt, sind einige wirtschaftliche Vorschläge, was mich vor allem beunruhigt, ist das Bündnis mit den Kommunisten. Wenn morgen die sozialistische Partei klar und deutlich ihren Bruch mit der kommunistischen Partei erklären oder demonstrieren würde, dann sage ich, daß aufgrund der Schwierigkeiten, die unser Land heute kennt, alles getan werden müßte, um eine tatsächliche nationale Mehrheit zu schaffen“ („LM“, 3.6.81).
Fazit: alles ist offen.

Frankreich-Kommission

Henri Curiel - ein Opfer der „Gemeinschaft der westlichen Geheimdienste“

Fortsetzung von Seite 5

ralisierung. Die Technik besteht darin, ‚Denkdosen' (think thank') zu schaffen. In der Hauptsache sind es Forschungsinstitute, aus reaktionären Figuren zusammengesetzt, die nach einer Desinformationskampagne in den Medien Lösungen für die provozierte Krise darstellen.

Diese Technik wurde von Robert Moss in Chile erfolgreich angewandt, mittels eines ‚Institutes für allgemeine Studien' unter dem Allende-Regime, organisiert und kontrolliert vom CIA. Aus diesem Institut wurden alle nicht-militärischen Mitglieder der Pinochet-Regierung nach dem Staatsstreich vom 11. September 1973 rekrutiert.

Diese Technik wurde ebenfalls in Großbritanien angewandt über das 'Konfliktforschungsinstitut' und die 'Nationale Assoziation für die Freiheit', deren verantwortliche Mitglieder sich heute in der konservativen Regierung wiederfinden; in kleinerem Ausmaß wurde sie in Portugal angewandt: 1974/75 bereitete der CIA einen Plan zur Abtrennung der Azoren vor, falls Portugal das 'Lager' wechseln sollte. Hauptdrahtzieher war Richard Allen, heute Direktor des Sicherheitsrates in der Reagan-Regierung. Das britische 'Konfliktforschungszentrum' ist nicht uninteressant: Im Juni 1976 hielt es eine Serie von Strategiekonferenzen ab zum Thema: 'Wie die Entspannung beerdigen und die USA wieder in ihre Weltgendarmen-Rolle zurückführen?'. Anwesend waren unter anderen Robert Moss, Arnaud de Borchgrave sowie Brian Crozier, Gründer dieses Instituts, Frank Barnett, Präsident des 'Nationalen Zentrums zur strategischen Information', Jan Vandracek, Kommunikationsdirektor des 'Zentrums für internationale und strategische Studien' ('CSIS') der Georgetown-Universität in Washington, woher zahlreiche Berater der Reagan-Regierung stammen.
Brian Crozier und Frank Barnett waren im Juni 1978 auf der Brighton-Konferenz wieder anzutreffen. An dieser Konferenz beteiligten sich zahlreiche Personen aus 30 verschiedenen Ländern, insbesondere Südafrika war stark vertreten. B. Crozier war die zentrale Figur dieser Konferenz, die mit einem Appell an die westlichen Regierungen beendet wurde, ihre Solidarität gegen die Sowjetunion untereinander zu stärken. Auch Claire Sterling gehört zu diesem CIA-nahen Milieu. Ihre Aktivitäten betreffen vor allem Italien. Kurz vor den italienischen Wahlen von 1976 wurde in Italien eine Konferenz des weiter oben erwähnten 'CSIS' abgehalten. Claire Sterling war dabei, ebenso William Colby und Ray Cline, beides wichtige Mitglieder des CIA. Claire Sterling wurde besonders mit dem Abfassen von Desinformationsartikeln beauftragt, die im 'Rome Daily American' und 'Il Borghese' erschienen. Sie erschien auch als Kommentatorin eines Fernsehprogramms, das unter Kontrolle der DC (Christdemokraten) steht.“

Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß der schon genannte Georges Suffert in „Le Point“ nicht nur das Borchgrave-Buch „The Spike“ voller Lob rezensierte, sondern daß er auch des öfteren für überaus RSA-freundliche (Südafrika) Artikel zeichnet.

All diese Fakten lassen darauf schließen, daß das Auftauchen von Georges Suffert, vom „Spiegel“, vom „SDECE“, vom „BOSS“, von Robert Moss, Claire Sterling und A. de Borchgrave, von „Minute“ usw. in dieser Affäre nicht als zufällig betrachtet werden kann.

„Die Gemeinschaft westlicher Geheimdienste, um die Begriffe von Arnaud de Borchgrave selber anzuwenden, besteht also zumindest aus SDECE, BOSS und ... CIA“ (Bulletin Nummer 9, „Association Henri Curiel“).

Jean-Marie Domenach, ex-Herausgeber der links-katholischen Zeitschrift „Esprit“ und Mitglied der „Henri-Curiel Association“, schrieb kürzlich zum dritten Jahrestag der Ermordung von Henri Curiel in „Le Monde“ (17.5.81): „... *Das Wort Terrorismus dient heute zu allem. Es ist selber eine Terrorwaffe geworden. Die Aktionen der deutschen und italienischen Banden werden gleichgesetzt mit denen der PLO, der ETA, der lateinamerikanischen Guerilleros oder der nordamerikanischen Antirassisten. Ein einziger Begriff, der auch tötet, für unterschiedliche Situationen und Motivationen. Haben die Franzosen vergessen, daß die Nazis die Widerstandskämpfer ebenfalls 'Terroristen' schimpften? Diese, für die Beruhigung des Gewissens der Europäer so nützliche Begriffsvermengung nützt heute der amerikanischen Politik. Ob Rote Brigaden, ob Widerstandskämpfer aus Salvador oder Namibia, ob baskische oder korsische Nationalisten – alle sind von Moskau manipulierte Terroristen. Sogar die CIA, der eine solche Perspektive nur dienlich wäre, mußte zugeben, keine ausreichenden Beweise über die SU als Inspiratorin einer 'Terror-Internationale' zu haben ... Dafür gibt es aber vielleicht eine Internationale des Antiterrorismus, ähnlich wie es eine 'Gemeinschaft von Geheimdiensten' gibt. (...) Welches Gericht hat Curiel mit nie gezeigten Beweisen zum Tode verurteilt? Was ist denn diese Republik, die Unverantwortliche zu Richtern, Unbekannte zu Henkern werden ließ, als ob jenseits der offiziellen Justiz eine Untergrundjustiz existierte, die sich wenig um Gefühle und Beweise schert und die Toleranz der Autoritäten und die Komplizenschaft – bis zu welchem Punkt? Bis zu welcher Ebene? – bestimmter Polizeidienste genießt?“*

Anmerkungen

1) 1978 brach in Südafrika der sogenannte „Muldergate-Skandal“ aus, benannt nach der Hauptperson Connie Mulder, Informationsminister der RSA von 1968 bis 1978. Eine Konsequenz dieses Skandals war der Rücktritt des Staatspräsidenten John Vorster.

Mulder und sein Kumpan Eschel Rhoodie (Staatssekretär) sowie der Chef des südafrikanischen Geheimdienstes „BOSS“ hatten kolossale Summen zur internationalen Imagewerbung für das Apartheid-Regime ausgegeben.

U.a. wurde die Zeitung „The Citizen“ in Südafrika selber dazu eingesetzt. In Norwegen wurde die „Partei gegen Steuern und Bürokratie“ finanziert, in Nigeria dem Kolonel Ojukwu Waffen geliefert; in Japan, in der BRD und in den USA bekamen „Persönlichkeiten“ der politischen Welt, die ein Faible für Rassismus haben, Gelder zugeschanzt. In Frankreich wurden vor allem massiv Aktien bei einer Pressegesellschaft eingekauft. Man versuchte, den „Express“ (wo gerade vor zwei Wochen Claire Sterlin wieder ein Interview geben konnte...) sowie „Paris-Match“ zu kaufen.

Das scheiterte aufgrund der Enthüllungen über diesen Skandal. Ganz nun aber auch wieder nicht: So wurde 1978 eine „Gesellschaft der Freunde der südafrikanisch-französischen Gemeinschaft“ gegründet, deren Ehrenpräsident Antoine Pinay ist, der wiederum des öfteren in „Paris-Match“ publizieren kann (in jüngster Zeit vor allem mit „flammenden Appellen“ für die Wiederwahl von Giscard). Weiterhin hat Georges Suffert (!) des öfteren sehr wohlwollende Artikel über die RSA für „Le Point“ verfaßt.

2) In diesem Zusammenhang sei nochmal die sogenannte Vigier-Affäre erwähnt, die ähnlich wie die Curiel-Affäre eingeleitet wurde.

Am 16. Februar 1979 erschien in der Zeitschrift „Paris-Match“ ein Artikel eines gewissen Gerard de Villiers, in dem Jean-Pierre Vigier beschuldigt wurde, einen DDR-Spion ins nationale Forschungszentrum (CNRS) eingeschleust zu haben. Am 15.10.79 warf ein RPR-Abgeordneter, Robert Vivien, während einer Debatte in der Nationalversammlung Vigier Spionage-Tätigkeit zugunsten der DDR vor, und der damalige Innenminister, Christian Bonnet, bestätigte ihn dabei!

Vigier erhob eine Klage wegen Verleumdung; der Herausgeber von „Paris-Match“ und der Journalist wurden verurteilt.

Nach dem Angriff von Robert Vivien bekam Vigier zahlreiche Morddrohungen seitens einer Gruppe „Ehre der Polizei“ („Honneur de la Police“) – dieselbe Gruppe, die sich zur Ermordung von Pierre Goldmann bekannt hatte. Am 18.12.79 wurde versucht, J.P. Vigier auf offener Straße in Paris zu erschießen.

Das Muster ist das Gleiche: Ob Curiel oder Vigier – beide wurden beschuldigt, „Ostagenten“ zu sein, im Falle Vigier für die DDR, im Falle Curiel für die SU.

Vigier „manipuliert Atomgeheimnisse“, Curiel „organisierte den internationalen Terrorismus“ – beide für die Rechnung des „Internationalen Kommunismus“. Curiel wurde kurz daraufhin umgebracht, Vigier wurde verfehlt. In beiden Fällen scheinen die betreffenden „Journalisten“ großzügig von der Polizei beliefert worden zu sein (oder läuft es umgekehrt?).

Frankreich-Kommission

Chile: Illegale Rückkehrer verhaftet

Die Meldung, daß Laura Allende, Schwester des ehemaligen chilenischen Präsidenten, in Havanna Selbstmord begangen habe, ging gerade durch die Nachrichten. Sie hatte, obwohl schwerkrank und obwohl sie in Chile schon einmal im Knast gesessen hat, mit allen Mitteln für ihre Rückkehr nach Chile gekämpft. Sie hatte versucht, die Junta zu zwingen, ihr einen rechtmäßigen und öffentlichen Prozeß zu machen. Alle ihre Bemühungen wurden von der Diktatur zurückgewiesen, im Mai machte sie ihrem Leben ein Ende. Viele Chilenen/innen im Exil kämpfen seit Jahren um das Recht, in ihre Heimat zurückzukehren. Manche warten nicht, bis die Junta in diesem Sinne Zugeständnisse macht und reisen illegal nach Chile ein.

Im März wurden in Concepcion zwei Männer und eine Frau im Rahmen der allgemeinen Verhaftungswelle zur Zeit des Internationalen Frauentages festgenommen. Juan Sandoval Torres, Juan Medardo Bustos Troncoso und Arinde Ojeda Aravena hatten seit 1974 bzw. 1973 in Italien im Exil gelebt. Der Hauptvorwurf, der gegen die drei erhoben wird, ist die illegale Rückkehr nach Chile, ein „Vergehen“, auf das die Todesstrafe steht. Außerdem werden die Verhafteten beschuldigt, Mitglieder des MIR zu sein, eine „kriminelle Vereinigung“, und Kampfgruppen gebildet und sich an allen bewaffneten Aktionen der letzten Zeit beteiligt zu haben. Ein Vorwurf, der offenbar gegen alle aus politischen Gründen Verhafteten seit einiger Zeit erhoben wird (vgl. AK 199).

Eine weitere Festnahme wegen illegaler Einreise ereignete sich bereits im Februar. Jose Alejandro Campos Cipuentes war 1973 nach dem Putsch verhaftet und zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt worden. 1976 ließ man ihn frei unter der Bedingung, daß er ins Exil gehe. Seit Februar '76 lebte Jose Campos in Dänemark. Im Februar dieses Jahres wurde er bei dem Versuch, die chilenische Grenze von Argentinien aus zu überschreiten, verhaftet. Es waren argentinische Grenzbeamte, die ihn wegen falscher Papiere festnahmen und er sitzt auch bis heute in Argentinien im Gefängnis. Die Coordinacion für Menschenrechte in Chile schickt jetzt 2 Anwälte aus Frankreich nach Argentinien.

Spenden für diese Verhafteten (z.B. für die Reise dieser Anwälte) auf das Konto:
COSECh (Coordinacion de derechos humanos en Chile)
Sparkasse Bochum
Kto.-Nr. 133 107 870
BLZ 430 500 01
E. Tullney
Zur Frage, warum Chileninnen und Chilenen trotz der Gefahren und Risiken in ihr Land zurückkehren, bringen wir in einem der nächsten AKs ein Interview.

KB-Ferienlager '81

In der Tradition früherer gemeinsamer Sommerferien wollen die KB-Gruppen in Baden-Württemberg in diesem Jahr wieder ein Ferienlager durchführen.
Termin: 13. - 21. August 1981

Über den Ort sind wir uns noch nicht ganz im Klaren. Im Gespräch sind Südtirol/Gardasee, Schweiz oder Bodensee. Neben breit gefächerten Freizeitmöglichkeiten wollen wir auch inhaltlich etwas „bieten“. Hier ist in der Diskussion eine Schulung zur chinesischen Kulturrevolution und zu den Perspektiven, die wir nach ihrem vorläufigen scheitern (noch) haben.

Alles nähere könnt Ihr in den folgenden AKs erfahren! **Bitte richtet Eure Anmeldungen schon möglichst bald an:**
KB/Gruppe Freiburg
c/o Buchladen Jos Fritz
Wilhelmstr. 15
7800 Freiburg
Eingeladen sind selbstverständlich auch unorganisierte Freunde des KB. Bei der Anmeldung werden Interessenten aus Baden-Württemberg vorgezogen! Ansonsten entscheidet das Los, der Rechtsweg ist ausgeschlossen auch für Berufs-Interessierte!

Bundesweiter Aktionstag: Kampf dem Atomstaat

Aktionstag für den 26. September beschlossen

Am 30.5. fand in Marburg ein zweites Vorbereitungstreffen zu dem Vorschlag für einen bundesweiten Aktionstag statt, der die Erfolge und Mängel der Brokdorf-Demo vom 28.2. berücksichtigen soll. Es waren etwa 50 Leute aus ca 30 BI's vertreten. Aus den Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein war niemand erschienen. Gegenüber dem vorherigen Treffen war aber eine erheblich stärkere Resonanz vorhanden (siehe Bericht in AK 200).

In den Berichten aus den Regionen spiegelte sich wieder, daß nach der Brokdorf-Aktion vom Februar an vielen Brennpunkten BI's aktiv geworden sind, weil die Atomindustrie nicht nur in Brokdorf versucht, ihr Programm jetzt massiv voranzutreiben. Als Stichpunkte seien genannt: Die Pläne für Wiederaufarbeitungsanlagen in Hessen und Rheinland-Pfalz, der für die nächsten Wochen bevorstehende Baubeginn des Zwischenlagers in Gorleben, das Atommüllager im Schacht Konrad bei Salzgitter, der Streit um die Startbahn-West des Frankfurter Flughafens, das Verfahren um das AKW Biblis C sowie Auseinandersetzungen um in Bau befindliche AKW's (Krümmel, Grafenrheinfeld) bzw. geplante Standorte, besonders in Nordhessen.

Vor allem in den BI's aus Nordhessen, Nordrhein-Westfalen und Ostniedersachsen war die Diskussion um den Vorschlag für einen bundesweiten Aktionstag z.T. derart weit vorangeschritten, daß nur noch auf einen Termin gewartet wird bzw. der Wunsch geäußert wurde, doch schon im Juni die bundesweiten Aktionen durchzuführen. Jedoch war die Meinung vorherrschend, daß die Debatte um das politische Konzept der neuen Aktionsform, die die praktischen Vorteile eines dezentralen Vorgehens mit der politischen Mobilisierungsfähigkeit zentraler Aktionen verbinden soll, noch weiter geführt und verbreitet werden muß. Deshalb solle der Aktionstag erst im Herbst stattfinden.

tet werden muß. Deshalb solle der Aktionstag erst im Herbst stattfinden.

In vielen Regionen herrscht noch Skepsis und Abwarten vor. Dort besteht aber die Hoffnung, daß ein Termin für einen Aktionstag mit ausreichender Vorbereitungszeit und das Beispiel anderer BI's zur aktiven Unterstützung führen. An regionalen oder lokalen Schwerpunkten für Aktionen dürfte es nicht mangeln. Auch die Städte sind in das Konzept mit einbezogen, wo die Atomindustrie zwar keine Anlagen hinbaut, wo sie aber wohl ihre Entscheidungszentren sitzen hat. Ob es in den verschiedenen Regionen und Bundesländern zu Aktionen landesweiter Art oder ob es zu einem lokalen Vorgehen kommt, wird jede Region für sich entscheiden. Auch im Hinblick auf die Aktionsform soll jede BI d i e Form finden, die hinsichtlich der politischen, praktischen und öffentlichen Wirksamkeit sowie entsprechend ihrem politischen Standort als zweckmäßig erscheint. Entscheidend ist, daß es die Anti-AKW-Bewegung bei allen Aktionen gemeinsam auszudrücken versteht, mit welcher Kraft sie gegen das Atomprogramm vorzugehen in der Lage ist.

Der Aktionstag im Herbst bedeutet kein „Moratorium" der Anti-AKW-Bewegung. Im Gegenteil: Für Ende Juni ist ein nordhessischer Aktionstag gegen WAA und AKW-Ansiedlung vorgesehen. Zu Pfingsten veranstalten Bremer und niedersächsische BI's eine Sternfahrt nach Gorleben „auf den Atommüll-Routen", wozu auch andere aufgerufen sind. In Nordrhein-Westfalen ist von der Landeskonferenz dazu aufgerufen worden, bei Baubeginn des Gorleben-Zwischenlagers dezentral Aktionen durchzuführen. Von dem sog. Zwischenlager-Treffen wurde vorgeschlagen, drei Wochen nach Baubeginn rund um das für das Zwischenlager vorgesehene Gelände der ehem. Tiefbohrstelle 1003 ein Camp zu errichten. (Das wäre frühestens am 25. Juni.) Am 27.6. findet in Krümmel/Elbe eine Demonstration statt. In Bremen gibt es entsprechende Aktionen anläßlich einer Energie-Ausstellung der Atombetreiber vom 12. - 15.6. In Hessen wird überlegt, ob anläßlich des Sonderparteitages der SPD am 21.6., auf dem Börner seine Atom- und Flughafenpolitik absegnen lassen will, eine Demonstration stattfinden soll.

Inwiefern es noch bis zum Herbst gelingen wird, auch andere Bewegungen (z.B. Anti-Kriegs- oder Häuserkampfbewegung) für den Aktionstag zu bewegen, zu ihren Themen ebenfalls gleichzeitig aktiv zu werden, ist noch offen. Die verbleibende Zeit sollte für Diskussionen in diese Richtung genutzt werden.

Beschlossen wurde auf dem Marburger Treffen: Das gemeinsame Motto soll lauten: **„Bundesweiter Aktionstag: Kampf dem Atomstaat".** Termin soll der 26.September sein. Ein weiteres bundesweites Treffen soll am 29.August in Kassel stattfinden, auf dem der gemeinsame Aufruf verabschiedet werden soll. Schon möglichst bald sollten regional Plakate unter dem gemeinsamen Motto mit einem oder mehreren Aktionsschwerpunkten verbreitet werden.

Bundesweites Koordinierungstreffen am 27.Juni in Schweinfurt

Als drittes Nachfolgetreffen zur Koordinierung der Anti-AKW-Bewegung nach der Bremer Bundeskonferenz wird für den 27.6. nach Schweinfurt eingeladen. Auch dort wird u.a. über den bundesweiten Aktionstag diskutiert werden.

Ort: Gemeinderäume der St.Lukaskirche. – Anmeldungen und Vorschläge bzw. Materialien zur Tagesordnung sowie 10,- DM für die Kosten sind zu schicken an:
Bernd Schüll, Städt. Sparkasse Schweinfurt Nr.: 73 01 76, BLZ 793 500 00, Stichwort: Ko-Treffen, Heinrich Winklerstr. 16 1/3, 8720 Schweinfurt; Tel: 09721/41679. Anmeldung möglichst bald, da Materialien verschickt werden.

Zum Zwischenlager-Baubeginn Großaktion in Gorleben

Marburg, (taz). Zu einer Großaktion kurz nach dem schon bald anstehenden Baubeginn für das Zwischenlager in Gorleben (siehe taz von gestern) will die "Atommüllager-Konferenz" aufrufen. Eine Kombination aus Platzbesetzung, Blockade und Großdemonstration ist in Planung.

"Atommüllager-Konferenz" aufrufen. Eine Kombination aus Platzbesetzung, Blockade und Großdemonstration ist in Planung.

Dem Vorschlag zu dieser Aktion lagen vor allem zwei Überlegungen zugrunde:
- Das Zwischenlager ist für das gesamte Atomprogramm in der Bundesrepublik zu wichtig, als daß der Widerstand ein Samstagsausflug zu einer Großdemo nach Gorleben sein könnte.
- Das Zwischenlager läßt sich nicht durch eine einzelne Aktion verhindern, eine Entscheidungsschlacht kann es also genauso wenig geben. Daher der folgende Vorschlag.

Die Großaktion beginnt an einem Donnerstag. Die Baustelle beim Bohrloch 1003 wird durch ein Blockadecamp rund um den Bauzaun für die gesamte Dauer der Aktion von der Außenwelt abgeriegelt. Daraus ergibt sich schon, daß ein, zwei, oder fünftausend Leute dafür nicht genug sind. Das weitere Vorgehen hängt von der Beteiligung und von der Reaktionen der Gegenseite ab. Es werden jedoch mehrere Aktionen geplant sein:
- Besetzung des Bauplatzes;[ja, ja, wir haben aus 1004 gelernt...d.S.]
- Maßnahmen gegen die am Zwischenlagerbau beteiligten Firmen sowie gegen die Deutsche Gesellschaft für die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK)
- Wendlandblockade;
- Bahnblockade;
- Großkundgebung;

Diese und weitere noch zu planende Aktivitäten sind keine Alternativen zueinander. Was genau gemacht wird, kann erst vor Ort entschieden werden.
Natürlich sollte auch schon auf dem Weg nach Gorleben klargemacht werden, daß das Problem Atommüll jeden betrifft und daß wir den Zwischenlagerbau nicht hinnehmen werden.

Außerdem muß während des Camps besprochen und geplant werden, wie der weitere Widerstand gegen das Zwischenlager aussehen soll. Ein Vorschlag hierzu ist, die schon öfter in die Diskussion gebrachte Bundesbahnblockade, mit der, sollte der Bau nicht eingestellt werden, immer wieder der gesamte Zugverkehr lahmgelegt werden könnte. Eine andere Idee, wie der Transport des Atommülls ins Zwischenlager verhindert werden kann, ist eine dauerhafte Wendlandblockade.
Als Termin für das Blockadecamp schlägt die "Atommüllager-Konferenz" zwei bis vier Wochen nach Baubeginn, frühestens jedoch den 25. Juni vor.

(aus "taz", 3.6.81)

WAA-Standorte bald fest

Seit Oktober 1980 ist der Bau einer WAA in Rheinland-Pfalz offiziell im Gespräch. Da die Landesregierung bei den ersten möglichen Standorten (s. AK 188) auf massiven Widerstand stieß, wurde die WAA-Frage in den Medien wieder etwas in den Hintergrund gestellt, aber nur bis zur Landtagsdebatte am 18.12., wo sich alle drei Parteien für den Bau einer WAA aussprachen.

In Zusammenarbeit mit dem Land Hessen sollen zwei baugleiche WAA's errichtet werden, mit je 350 t/u, die aber jederzeit auf 700 t/u ausgebaut werden können. Die Zusammenarbeit mit Börner bezeichnete Ministerpräsident Vogel schlicht als „zweckmäßig". Man rechne *„mit einer Versachlichung der politischen Diskussion, da es sich um SPD- und CDU-geführte Länder handele"* („TV", 3.10.80).

Schon im Jahre 84/85 soll Baubeginn der WAA sein. Bis dahin möchte es Wirtschaftsminister Holkenbrink dahin bringen, *„daß dann sowohl die Punkte oder der Punkt erreicht sind, unter denen diese acht Kriterien, die der Bund benannt hat, und einschließlich derer, die wir jetzt ermitteln müssen in den einzelnen Ländern, ihren Abschluß gefunden haben in der Beratung und das atomrechtliche Verfahren, Antrag nach § 7 Atomgesetz, seine Erledigung erfahren hat, das heißt also, dann mit dem Bau begonnen werden könnte"* (Landtagsdebatte vom 18.12.80).

In Hessen ist es inzwischen ein offenes Geheimnis, daß Volkmarsen als Standort der WAA vorgesehen ist. Die „Frankfurter Allgemeine" vom 2.6. berichtete, daß *„ein Gelände in der Nähe des nordhessischen Ortes Volkmarsen"* vorgesehen sei. Dabei wird hinzugefügt, daß es sich um ein Gelände a u ß e r h a l b der Gemeinde handele (voraussichtlich Diemelstadt), was nach dem Wahlerfolg der WAA-Gegner in Volkmarsen „verständlich" ist. Die DWK (ihr Sprecher Gries) bestätigte gegenüber der „taz", daß ihre Entscheidung „firmenintern längst gefallen" sei („taz", 3.6.81). Innerhalb der nächsten drei Wochen sei auch offiziell mit der Bekanntgabe zu rechnen.

Die Landesregierung in Rheinland-Pfalz hatte am 12.5. erst einmal einen ‚Kriterien-Katalog' für den Standort vorgelegt, ohne den Standort-Namen zu nennen, da man nicht *„das ganze Land mit einem Netz von möglichen Standorten überziehen und alles unnötig in Unruhe versetzen"* wolle („TV", 13.5.81). So enthält der Katalog dann auch eine Liste, wen man alles beruhigen wolle: Die WAA soll nicht näher als zwei km an Altersheimen und Krankenhäuser herangebaut werden; Wasser-, Naturschutz- und Fremdenverkehrsgebiete sollen ebenso wie der Rheingraben, der Pfälzer Wald und das Moseltal ausscheiden. Das deutet in der Konsequenz darauf, daß die beiden bekannten möglichen Standorte südlich von Kandel im Bienwald und Renneroth im Westerwald tatsächlich ein ‚‚heißer Tip" sein dürften. Dies dürfte sicherlich in nächster Zeit Schwerpunkt der Widerstandsarbeit dortiger BI's werden. Die Landeskonferenz der BI's am 13.Juni in Bad Kreuznach bietet eine gute Möglichkeit, über die weitere Arbeit zu diskutieren und den Widerstand zu forcieren.

Landeskonferenz in Bad Kreuznach am 13.Juni 81, Ort: Bildungszemtrum St.Hildegard, Bahnstraße 26 (Nähe Bahnhof) Beginn: 14.30 Uhr.

***

Am 16.5. fand in Trier eine Demo für den sofortigen Baustopp des AKW in Cattenom mit ca. 1500 Teilnehmer/inne/n statt. Dies war eine der größten Demos in der Nachkriegsgeschichte Triers. Aufgerufen hatten BI's aus dem Saarland und aus der Mosel/Eifel/Hunsrück-Region.

Nach Tsuruga jetzt AKW-Unfall in Mihama

Am 22.5. traten 3 Tonnen radioaktiv verseuchtes Kühlwasser aus dem primären Kreislauf des Atomreaktors Nr. 1 Mihama (Fukui Präfektur) aus. Nach offiziellen Meldungen ist kein Wasser außerhalb des Reaktorgebäudes gelangt. Allerdings sind unbekannte Mengen radioaktiver Gase nach aussen entwichen. Drei Arbeiter sollen mit dem verseuchten Kühlwasser in Berührung gekommen sein; mit nur 10 Millirem sei die Strahlendosis ungefährlich gewesen, so die AKW-Betreiber...

Nach den Enthüllungen über die konsequent betriebene Vertuschungspolitik der AKW-Betreiber in Japan, insbesondere nach dem Skandal vom AKW-Tsuruga im April dieses Jahres, läßt sich das tatsächliche Ausmaß des Unfalls in Mihama nur erahnen. Die Unfallursache bei dem seit Mitte Mai wegen Routineuntersuchungen (?) abgeschalteten Reaktor wird auf „unsachgemäße Arbeitsabläufe" zurückgeführt. Der Reaktor Nr. 1 war erst im Dezember 1980 wieder in Betrieb genommen worden, nachdem er im Juli 1974 wegen eines Unfalls in den Dampfturbinen gestoppt worden war. Während dieser sechseinhalbjährigen Stillegung (!) wurde im Dezember 1977 entdeckt, daß die Betriebsleitung verkrümmte und teilweise gebrochene Brennstäbe im Reaktor verschwiegen hatte.

Angesichts der Tatsache, daß im Fiskaljahr 1980 (April 1980 - März 1981) die durchschnittliche Betriebsauslastung der japanischen AKWs erstmals seit acht Jahren wieder über 60 %, nämlich bei 60,8 %, lag, ist es die Betreiber-Logik, daß derzeit in Japan trotz des erhöhten Unfallrisikos mit allen Mitteln der AKW-Betrieb und -Ausbau forciert werden soll.

Asien-Australien Kommission

Diskussionsvorschlag autonomer AKW-Gegner

Aktionen gegen den Weiterbau in Brokdorf und das Atomprogramm

Am Montag nach der Großdemonstration am 28.2. in Brokdorf hatten die NWK und HEW unter tatkräftiger Beihilfe von Stoltenberg und der Bundesregierung nichts Eiligeres zu tun, als den Weiterbau zu betreiben.

Verschiedene Bürgerinitiativen haben in der letzten Zeit Maßnahmen ergriffen, um sich gegen den Weiterbau in Brokdorf zu wehren.

Nachdem am 24.3. ein Bagger der am Bau beteiligten Firma Matthiesen gegenüber des Bauplatzes beschädigt und mit Parolen besprüht aufgefunden wurde, gehen die Sabotageaktionen bei den am Bau beteiligten Firmen weiter.

In der „Norddeutschen Rundschau" vom 9.4. wird berichtet, daß bei Alsen/Breitenburg, Lägerdorf (Alsen liefert den Zement für die Baustelle Brokdorf) ein 2,25 km langes Transportband, das täglich rund 12 000 t Kreide ins Zementwerk fördert, angesägt und mit Parolen gegen Brokdorf versehen worden ist und das Band mehrere Tage nicht funktionsfähig war. Bei Nord-Beton in Itzehoe, die täglich Beton auf die Baustelle fahren, sind alle 14 auf dem Werksgelände abgestellten Transport-Mischfahrzeuge mit Parolen wie „AKW Brokdorf Stop" beschriftet, Reifen zerstochen und Bremsleitungen zerschnitten worden. Es soll mit Leitern oder Gerüsten gearbeitet worden sein, um an die vier Meter hohen Mischtrommeln heranzukommen. In den „Elmshorner Nachrichten" vom 13.4. war zu lesen, daß in der vorigen Nacht das Führerhaus eines Mischfahrzeugs der Firma Nord-Beton Elmshorn in hellen Flammen stand. Ende April wurden zwei Masten vom AKW Esensham von AKW-Gegnern gesprengt. Mit dieser Aktion sollte erreicht werden, das AKW Esensham abzuschalten.

Wie soll man nun diese praktischen Maßnahmen sehen?

In den beiden Fällen aus Itzehoe werfen die Alsen- und Nord-Beton-Vorstandssprecher den AKW-Gegnern vor, Menschenleben gefährdet zu haben. Sie behaupten, daß nur durch die Umsicht der LKW-Fahrer, die die defekten Bremsleitungen bemerkt haben sollen, nichts passiert ist. Dabei wissen sie, daß LKW's mit Luftdruckbremsen arbeiten. Ist kein Druck in der Bremsanlage aufgebaut, zeigt eine Leuchte auf dem Armaturenbrett das an, außerdem blockieren die Bremsen automatisch.

Sie unterstellen uns, daß wir Menschenleben gefährden, obwohl sie wissen, daß es nicht stimmt. Kann eine Gefährdung von Menschenleben in dem einen oder anderen Fall nicht untergebracht werden, sind zumindest die „Arbeitsplätze" und die „demokratische Freiheit" in Gefahr, so ein Alsen-Sprecher. Sie sagen es, die gerade alles tun, um unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen ihren wirtschaftlichen Interessen zu unterwerfen.

Es ist selbstverständlich und bedarf kaum einer weiteren Erklärung, daß sich unser Widerstand nie gegen die Bevölkerung, die Arbeiter und auch nicht gegen die Bauern, deren Wohnungen, Höfe und Vieh richtet, wie es Stoltenberg vor der Demonstration am 28.2. glauben machen wollte (siehe Interview vom 21.2.81 mit der „Bild-Zeitung" zwischen Stoltenberg und „Bild": „Wir zünden eure Häuser an!").

Wir kennen die Verantwortlichen.

Wir sehen diese Aktionen als einen notwendigen und berechtigten Teil des Widerstandes gegen Atomanlagen an. Durch Demonstrationen und Aufklärung alleine läßt sich Brokdorf nicht verhindern. Am 28.2. waren wir Hunderttausend in Brokdorf. Am 2.3. wurde weitergebaut.

Wir haben ein starkes Interesse daran, daß die BI's dieses Papier diskutieren, weil diese breite Auseinandersetzung und Stellungnahme Grundlage für weitere Widerstandsformen sein kann. Nehmt Stellung, die Ergebnisse werden wir Mitte Juni '81 veröffentlichen.

Stellungnahmen können u.a. an folgende Kontakte geschickt werden:

**BUU und Bewegung Weiße Rose Itzehoe
Postfach 1253
2210 Itzehoe**

**BUU-Hamburg (autonomes Plenum) - Hamburg
c/o AK pol. Ökologie
Postfach 202, 2 Hamburg 6**

**Arbeitskreis gegen Kernenergie Elmshorn „Die Bude"
Flamweg (Hinterhaus)
22 Elmshorn**

**BI-Umweltschutz Neumünster
Autonomes Jugendzentrum
(gegenüber der Post)
Friedrichstr., 235 Neumünster**

Ohne Drogen ins Fusionszeitalter – Umweltschutz ist Völkermord!

Seit einigen Monaten ist die bundesdeutsche Presselandschaft um ein Produkt reicher. „**FUSION**", so lautet der Titel, soll zweimonatlich mit angeblich 20.000 Auflage erscheinen. Das Editorial wartet mit scharfen Tönen auf: „ ... *Sabotage der Kernenergie in aller Welt. Keine neuen Investitionen für Modernisierung und Ausbau der Grundstoffindustrie und für Forschung und Entwicklung in diesen Bereichen, sondern stattdessen Miliardenbeträge für arbeitsintensive Projekte mit sanfter Technik und niedriger Produktivität, für Dienstleistungen, Vergnügungen, Pornographie und Rauschgift. Die Ausbildung einer ganzen Generation künftiger Wissenschaftler, Ingenieure und Facharbeiter wird durch die Verbreitung der grünen Ideologie und der Rock-Drogen-Gegenkultur durchkreuzt*". Es darf geraten werden ..., ja, es ist die **Europäische Arbeiterpartei (EAP)** mit einem schlecht getarnten neuen Ansatz ihrer Desinformationstätigkeit. Der Inhalt besteht aus einem ihrer traditionellen Schwerpunkte, der Propagierung ungezügelter Nutzung der Atomenergie. Neueste Variante: Kernfusion und die menschliche Besiedelung des „*gesamten Sonnensystems*" durch fusionsgetriebene Raketen. Weit sind sie der Zeit voraus ...

Diese Sprüche sind nicht besonders neuartig, schon zur Europawahl 1979 wurde ein Spot der EAP-Vorsitzenden Helga Zepp-La Rouche im Fernsehen gesendet: „*Diese ausgezeichnete Kernanlage hier in Biblis ist ein Symbol für die wirtschaftliche Stärke der Bundesrepublik ... Wählen Sie mich, damit Europa viele solcher Kernkraftwerke erhält*" („Spiegel", 22/79). In Flugblättern und Broschüren versuchen sie seit dieser Zeit, ihrem ideologischen Baggermatsch Form zu verleihen. Nur schwer ist zu begreifen, daß „*Grüne Terroristen*" und andere „*Sturmtruppen*" der Umweltschutzbewegung (wie z.B. der KB, „*die schillerndste Blüte im maoistischen Sumpf*") im Auftrag der britisch-niederländischen Königshäuser die westliche Zivilisation wie überhaupt den größten Teil der Weltbevölkerung in den Untergang treiben wollen. Auch sonst ist viel von „*dunklen Kräften*" und weltumspannenden Geheimdienstverschwörungen die Rede; im Diesseits sind sie dafür stramm technologisch-faschistisch orientiert.

Ihre organisatorische Zentrale, die US-Labor-Party, ist Kopf von Unterorganisationen in 26 westlich orientierten Ländern und arbeitet auf dem Gebiet der gezielten Desinformation sowie der Informationsbeschaffung für Polizei- und Geheimdienstbehörden. In den USA „*werden die Leiter der Elektrizitätsgesellschaften und Kraftwerke über die Antinuklearbe-*

sowie der Informationsbeschaffung für Polizei- und Geheimdienstbehörden. In den USA „*werden die Leiter der Elektrizitätsgesellschaften und Kraftwerke über die Antinuklearbe-*

wegung auf dem Laufenden gehalten" , hieß es in der auszugsweisen Übersetzung eines Beitrages der „New York Times" in der „Süddeutschen Zeitung" (12.5.80). „*Geld fließt der Partei auch durch steuerfreie Deckorganisationen zu, wie die Anti-Drogen-Koalition und die Stiftung für Fusionsenergie zur Förderung von Nuklear-Kraftwerken*" („SZ", 12.5.80).

Anti-Drogen-Koalitionen wurden seit 1979 von den USA ausgehend in bisher acht Ländern gegründet; in der BRD verschaffte sich die als „gemeinnützig" anerkannte ADK v.a. durch die Diffamierung jeglicher, auch nur ansatzweise fortschrittlicher Drogenpolitik einen zweifelhaften Ruf (s. AK 184 und 190). Zu dieser „*Krieg dem Rauschgift*"-Kampagne ist jetzt die Politik getreten, eine „Lobby für den **Fortschritt**" aufzubauen. Tarnorganisation für diese Tätigkeit ist die „Fusion Energy Foundation" („FEF"), ebenfalls ein Kind der CIA-freundlichen US-Labor-Party. Wieder stehen EAP-ADK-Mitglieder im soliden Zwirn an Straßenkreuzungen und vertreiben zur Abwechslung mal „FUSION". Der Ehemann der norddeutschen ADK-Verantwortlichen hat es inzwischen zum „FUSION"-Redakteur gebracht, ein EAP-Bundestagskandidat des Vorjahres ist jetzt Münchner Anlaufadresse und eine Frau, die vor sieben Jahren Einladungen des EAP-Vorläufers „ELC" (European Labor Committees) an linke Organisationen noch „*mit sozialistischen Grüßen*" unterzeichnete, ist FEF-Verantwortliche für den Raum Wiesbaden.

Die Aprilausgabe der „FUSION" bringt in lockerer Reihenfolge ein Gespräch mit dem „Vater der H-Bombe", **Dr. Edward Teller**, einen Beitrag des Leiters des **Instituts für Reine und Angewandte Kernphysik an der Universität Kiel, Prof. Dr. Erich Bagge**, über die kommerzielle Nutzung der Atomschiffahrt und weitere Artikel über das „Goldene Atomzeitalter". Für den einleitenden Kommentar hat sich ein ganz spezieller Atomfreund zur Verfügung gestellt, ein Herr namens **Dr. Gerhard Stoltenberg**, der sich über „*Wissenschaftspolitik und Forschungsförderung*" ausläßt: „*Unsere wirtschaftliche Zukunft in der Bundesrepublik Deutschland kann aber nur gesichert werden, wenn wir Ingenieurleistung und hochwertige bzw. intelligente Produkte exportieren. Dem muß sowohl die Energie- als auch die Wissenschaftspolitik sehr viel mehr Rechnung tragen*", fließt es ihm seriös aus der Feder. Wie schön für ihn, zu wissen, daß Grüne und „*Drogenlobby*" den Ruin der Weltwirtschaft auf dem Gewissen haben werden. Vielleicht stolpert der Herr Ministerpräsident ja auch über das als Anzeige getarnte Nachwort der EAP, das ihm eigentlich so richtig aus der Seele sprechen müßte: „ ...**Holger Börner hat völlig recht, die Grünen als Öko-Faschisten zu bezeichnen. Wenn ihre Politik sich durchsetzen würde, wäre das Ergebnis ein Massenmord, der hundertmal schlimmer wäre als der, den die Nazis auf dem Gewissen haben! ... Wer hingegen meint, der homo sapiens sei eine vorübergehende Ausnahmeerscheinung der Evolution gewesen und der Mensch müsse sich jetzt auf eine Stufe mit Affen**

ben! ... Wer hingegen meint, der homo sapiens sei eine vorübergehende Ausnahmeerscheinung der Evolution gewesen und der Mensch müsse sich jetzt auf eine Stufe mit Affen

und Würmern dem Ökosystem unterwerfen, der soll bitte so konsequent sein, nicht Häuser zu besetzen, sondern freistehende Gehege in den Zoos. Allerdings ist dann zu erwarten, daß alle Tiere, die etwas auf sich halten, dagegen Demonstrationen vor den Käfigen veranstalten".

Wir haben nicht übel Lust, diesen Verein mal tierisch auf die Hörner zu nehmen – grunz, schnaub, knurr!

Drogenkommission

Volksbegehren/Volksentscheid gegen die Startbahn West

Ein neues Kapitel im Widerstand der demokratischen Bewegung

Am 2.Juni 1981 feierten an die 5000 Menschen den Auftakt des hessischen Volksbegehrens und Volksentscheids „Keine Startbahn West". Auf den Tag genau 14 Jahre nach der Ermordung von Benno Ohnesorg am 2.6.67, einem der wesentlichen Ereignisse, in deren Verlauf sich die APO formierte, wurde in der Rüsselsheimer Walter-Köbel-Halle ein neuer Abschnitt des Widerstands eingeleitet. Mit der Einleitung einer Volksabstimmung erhebt eine außerparlamentarische Bewegung den Anspruch, den Forderungen der M e h r h e i t zum Durchbruch zu verhelfen.

Volksbegehren und Volksentscheid sollen eine der größten Waldvernichtungsaktionen stoppen. Gleichzeitig geht es darum, der hessischen Landesregierung zu demonstrieren, daß die Errichtung einer atomaren Wiederaufbereitungsanlage, der Bau eines weiteren Blocks im AKW Biblis, zusätzliche Autobahnen, womöglich quer durch die Städte, Giftmülldeponien usw. nicht hingenommen werden.

Nachdem die Landesregierung den geschlossenen Protest der Bevölkerung in den Anliegergemeinden des Frankfurter Flughafens weder durch Drohungen noch durch Spaltungen und schon gar nicht durch Bestechung auseinanderdividieren konnte, wird sie nun versuchen, das Volksbegehren mit allen möglichen Schikanen zu behindern. Sie wird seine juristische Zulässigkeit anzweifeln und nicht einmal davor zurückschrecken, Hand an das Hüttendorf zu legen und durch Baumaßnahmen vollendete Tatsachen zu schaffen.

Dies kann nur verhindert werden, wenn die Unterschriftensammlung mit einer Mobilisierung verbunden wird, die auch den letzten Startbahngegner in den Wald holt, falls dort der status quo verändert werden soll.

Die Arbeitsgemeinschaft und die Unterstützer des Volksbegehrens

Am 30.5.wurde in der Rüsselsheimer Stadthalle die „**Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren und Volksentscheid 'Keine Startbahn West'** " gegründet. Vertreten waren 115 hessische Gruppen, Initiativen etc.

Nicht anwesend waren die Vertreter der lokalen SPD - und FDP - Gliederungen, die eine Unterstützung des Volksbegehrens beschlossen hatten.

Den Kommunen wurde eine Beteiligung an Volksbegehren und Volksentscheid von Innenminister Gries (FDP) ausdrücklich verboten, da eine Unterstützung angeblich der „Neutralitätspflicht" der Gemeinden wider-

ligung an Volksbegehren und Volksentscheid von Innenminister Gries (FDP) ausdrücklich verboten, da eine Unterstützung angeblich der „Neutralitätspflicht" der Gemeinden wider-

spräche.

In einem Erlaß des hessischen Innenministers vom 29.5.81 heißt es unter anderem: „*Die Gemeinden (haben) bei der Vorbereitung und Durchführung eines Volksbegehrens strikte Neutralität zu wahren. Hieraus folgt, daß Gemeinden nicht Mitglied einer Arbeitsgemeinschaft oder sonstigen Vereinigung werden dürfen, die ein Volksbegehren vorbereitet oder dafür wirbt*" (FR.3.6.81). Auch eine finanzielle Unterstützung sei nicht zulässig.

Alexander Schubart betonte die Verfassungswidrigkeit dieses Verbots und bezeichnete es als gesetzwidriges Eingreifen in das Selbstbestimmungsrecht der Kommunen.

Der "Arbeitsgemeinschaft" gehören – wie bereits im letzten AK erwähnt – neben der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung der hessische "Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland" (BUND), der "Deutsche Bund für Vogelschutz" (DBV), die "Hessische Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz" (HGON) und der BBU an.

Daneben besteht ein breiter „Unterstützerkreis", dem alle übrigen Gruppen angehören.

Das Statut der "Arbeitsgemeinschaft" sieht aber ausdrücklich vor, daß in einem Koordinationsausschuß für das Volksbegehren j e d e Gruppe mit einer Stimme gleichberechtigt ist. Neben dem Statut wurden von der Versammlung der dem Volksentscheid zugrundeliegende Gesetzentwurf „**über die Raumordnung im Bereich des Verkehrsflughafens Frankfurt a.M.**" verabschiedet, ebenso wie ein Brief an die hessische Landesregierung mit der Forderung nach einem Moratorium für die Dauer des ganzen Verfahrens und ein „*Aufruf an das Volk in Hessen*" .

Die Landesregierung: Verbot wird erwogen !

Die hessische Landesregierung hat am 3.6. erklärt, daß sie die von der "Arbeitsgemeinschaft" eingereichten Unterlagen zur Durchführung des Volksbegehrens und Volksentscheides "sorgfältig prüfen" werde. Was damit gemeint ist, erläuterte der Regierungssprecher. Wie bereits Vertreter des hessischen Justizministeriums vor Wochen erklärten, bestünden für die Landesregierung Bedenken hinsichtlich der Zulassung des Verfahrens, „*da gemäß der hessischen Verfassung nur eine in die Kompetenz des Landtags fallende Entscheidung Gegenstand eines Volksbegehrens sein könne. Der Startbahnbau falle jedoch nicht in die Zuständigkeit des Landesparlaments. Überdies sei zu prüfen, ob mit dem Volksbegehren nicht eher auf Bundesrecht abgezielt werde, das wiederum nicht Gegenstand eines hessischen Volksbegehrens sein könne*" (FR.4.6.81). Gleichzeitig lehnt die hessische Landesregierung die Forderung nach einem Moratorium für die Dauer des Verfahrens ab. Der Regierungssprecher erklärte, „*daß die Einleitung eines Volksbegehrens keine Planungspause erzwingen könne*" (FR.4.6.81).

Mit dieser Erklärung begibt sich die hessische Landesregierung auf einen gefährlichen Weg. Der Versuch,

„*Einleitung eines Volksbegehrens keine Planungspause erzwingen könne*" (FR.4.6.81).

Mit dieser Erklärung begibt sich die hessische Landesregierung auf einen gefährlichen Weg. Der Versuch,

noch vor dem Ende des Verfahrens im Wald vollendete Tatsachen durch einen Baubeginn zu schaffen oder gar die Durchführung des Volksbegehrens mit fadenscheinigen Argumenten zu verbieten, würde zu einer Eskalation des Konfliktes führen, über deren Ausmaß wir nicht spekulieren wollen.

Die CDU hatte einen Tag zuvor ebenfalls starke "Bedenken" gegen die Durchführung des Volksbegehrens geäußert. Ihrer Meinung nach müsse die Landesregierung mit „*äußerster Akribie*" prüfen, ob der vorliegende Gesetzentwurf ein sogenanntes "unzulässiges Einzelfallgesetz" ist. Ein solches Gesetz ist nach Meinung der hessischen CDU nämlich "verfassungswidrig", wenn es ein Grundrecht verletze oder einschränke. „ *Im vorliegenden Fall könne eine unzulässige Enteignung zu Lasten der Flughafen AG vorliegen, weil dadurch bereits im Eigentum der FAG befindliches Gelände außerhalb des Flughafens von der Gesetzmaßnahme berührt werde*".

Tatsächlich handelt es sich um ein Einzelfallgesetz, nur können keine "Grundrechte der FAG" verletzt oder eingeschränkt werden, da die FAG als öffentliche Institution keine "Grundrechte" besitzt!

Zum anderen gehört schon eine große Portion Unverschämtheit dazu, mit einem "Eigentum der FAG" zu argumentieren, das ihr zur Zeit noch gar nicht gehört, sondern erst am 15. 6.81 durch Zwangsenteignung in ihren Besitz überführt werden soll.

Besonders starke Bauchschmerzen bereitet es der CDU, daß die US-Air-Base auf dem Rhein-Main-Flughafen an einer Stelle des Gesetzentwurfs namentlich erwähnt wird. „**Hier würden möglicherweise Rechte der Alliierten verletzt**"!!(alle Zitate FR.3.6.). Ein interessanter Hinweis: Wie weit gehen eigentlich die "Rechte" der USA in diesem Land? Etwa noch über den einmaligen Luxus hinaus, den größten Flughafen der BRD militärisch nutzen zu können?? Tatsächlich heißt es in dem Gesetzentwurf, der dem Volksbegehren zugrundeliegt, der Flughafen solle einschließlich der US-Air-Base seine jetzige Ausdehnung nicht überschreiten. Dies ist (leider, leider !) beinahe eine Art "Anerkennung" der Militärbasis (und damit einer der Schwachpunkte des Volksbegehrens) – was sich aber aus rechtlichen Gründen nicht anders machen ließ. Politisch kämpft die Bürgerinitiative und ebenso die „Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren und Volksentscheid" natürlich gegen eine militärische Nutzung des Frankfurter Flughafens.

Aber vielleicht meint die CDU ja, daß ein Verzicht auf die Startbahn West "die Rechte (?) der Alliierten verletzt", bzw. daß die Startbahn West für die militärischen Zwecke der US-Armee benötigt wird. Dafür sprechen erneut Enthüllungen, die in letzter Zeit bekannt geworden sind (siehe Artikel).

Bedenkliche Entwicklungen im Kreis Groß-Gerau

Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder von SPD, FDP und CDU im

Bedenkliche Entwicklungen im Kreis Groß-Gerau

Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder von SPD, FDP und CDU im

Kreis Groß-Gerau und darüber hinaus viele SPD-Mitglieder im Rhein-Main-Gebiet stehen dem Volksbegehren sehr positiv gegenüber. Die Funktionäre der lokalen Gliederungen versuchen jedoch mit allen möglichen Tricks eine von der Basis geforderte Beteiligung der Parteien an dem Volksbegehren zu verhindern.

Gleichzeitig mit der Erpressung der SPD durch die Drohung Börners, als hessischer Ministerpräsident zurückzutreten, falls die an seiner Poli-

Fortsetzung nächste Seite

Urteil in 1. Instanz: Großflughafen München II »rechtlich einwandfrei«

München – Im Mammutprozeß gegen den Mammutflughafen wurde nun, nach einjähriger Verhandlungsdauer, das Urteil in erster Instanz gesprochen. Das Verfahren, das von 5724 betroffenen Anwohnern und Gemeinden angestrengt worden war, endete mit der Feststellung der drei Verwaltungsrichter, daß die Planung des Großflughafens München II rechtlich einwandfrei sei:

Weder das Planungsverfahren noch die Größe und die Standortauswahl des Projektes seien zu beanstanden. Lediglich an zwei Fragen kam man den Flughafengegnern entgegen. Zum einen sei der Lärmschutz nicht ausreichend und zum andern soll auf die Reserveflächen für eine spätere Erweiterung (!) des Flughafens verzichtet werden. Die Doppelrolle Jaumanns im Planfeststellungsverfahren, als bayerischer Wirtschaftsminister einerseits und Aufsichtsratsmitglied der Flughafen München Gesellschaft andererseits, wurde nicht als Verfahrensfehler anerkannt.

Widersprüche zwischen den Instanzen

Dieses Urteil hätte wohl kaum Verwunderung ausgelöst, stünde es nicht in einigen Punkten völlig konträr zur Argumentation des Verwaltungsgerichtshofes (= 2. Instanz). Dieser hatte nämlich am 16.April die von der ersten Instanz erteilte sofortige Baugenehmigung Ende Oktober vergangenen Jahres auf den Einspruch der Kläger hin wieder rückgängig gemacht, nachdem schon 50 Millionen Mark im Erdinger Moos verbaut worden waren.

Begründet wurde der Baustopp mit der Überdimensionierung der Flughafenplanung und der Doppelrolle Jaumanns im Genehmigungsverfahren. Konsequenterweise würde dies ein neues, einwandfrei zustande gekommenes Planfeststellungsverfahren notwendig machen.

Das Verfahren in zweiter Instanz dürfte also eine pikante Angelegenheit werden, denn die Richter-Crew ist dieselbe, die den Baustopp verhängt hat. Es ist allerdings zu erwarten, daß einige Kompromißformeln gefunden werden, die auf eine Verkleinerung des Projekts hinauslaufen, jedoch ohne es selbst noch einmal infrage zu stellen.

Parteienstreit

Vor dem Hintergrund der Gerichtsentscheidungen ist der Parteienstreit voll entflammt. Obwohl im Grunde genommen alle Parteien den neuen Flughafen befürworten, finden sich immer wieder Anlässe für ein Hickhack zwischen den einzelnen Parteienvertretern. Während sich die SPD/FDP–Opposition für eine Verkleinerung des Flughafens einsetzt, hält die CSU den Bau „eines neuen, modernen Großflughafens für die Entfaltung der Landeshauptstadt als Messe– und Kongresszentrum" und als „europäisches Wirtschaftszentrum" für unerläßlich („SZ", 7.5.81).

Flughafengeschädigte gehören zusammen

Auf einem Flughafensymposium in Weihenstephan bei München setzten sich Mitte Mai Wissenschaftler, Planer, Politiker und Journalisten drei Tage lang mit dem Flughafenprojekt auseinander. Podiumsdiskussionen mit Vertretern der Ministerien einerseits und Flughafengegnern des Bund Naturschutz, dem deutschen Naturschutzring und dem BBU andererseits ließen folgenden Schluß zu:

Der Flughafen München II ist unverantwortlich.

Auf einer anschließenden Kundgebung mit über 1000 Teilnehmern wurde den „Puschern, die an den Schalthebeln sitzen" der Kampf angesagt. Pfarrer Guggenmoos kündigte eine breitere Organisierung des Widerstands an. Man wolle sich in Zukunft stärker mit der vom Fluglärm geschädigten Bevölkerung rund um den jetzigen Flughafen Riem auseinandersetzen, denn „*wir Flughafengeschädigte auf beiden Seiten gehören zusammen* ... " („TAZ", 20.5.81).

Eine Genossin aus Nürnberg

Demo und Kundgebung gegen den Narita-Flughafen

Am 24.5. versammelten sich trotz strömenden Regens rund 6 500 Menschen in Sanrizuka, um gegen den genau vor drei Jahren eröffneten Flughafen Narita sowie gegen die Ausbauvorhaben zu protestieren. Zum Ausdruck kamen auch der Protest gegen die US-japanische Militärpolitik, die Solidarität mit der unterdrückten Bevölkerung in Südkorea, mit der Burakumin in Japan (ein etwa 3 Mio. Menschen zählender entrechteter Bevölkerungsteil, die ethnisch unsichtbaren „Neger" Japans) sowie mit den im Sanrizuka-Kampf verhafteten, verurteilten und sonstwie disziplinierten Genossen/innen. „*Der Sanrizuka-Kampf darf nicht bei der Zerschlagung des Flughafens stehenbleiben, sondern die jetzige Gesellschaft muß verändert werden!*" „ *In Kwangschu* (südkoreanische Provinzhauptstadt, wo ein Volksaufstand im Mai 1981 blutig niedergeschlagen wurde, Anm. AK) *haben die Menschen gekämpft bis das Blut versiegt und bis der letzte Knochen gebrochen war. Für Sanrizuka gilt das gleiche!*" Erklärten zwei Vertreter der Oppositionsliga der Sanrizuka-Shibayama Bauern („Sekai Kakumei", Nr. 682).

Die schwarzen Rauchwolken brennender Autoreifen sowie die Fesselballons um das Flughafengelände herum im Anschluß an die Kundgebung waren schließlich ein deutliches Zeichen dafür, daß der 16jährige Flughafenkampf in Sanrizuka noch lebt.

Börner droht mit Rücktritt – na und?

Überraschend hat der hessische Ministerpräsident und SPD-Landesvorsitzende Holger Börner angekündigt, er wolle seine Partei vor die Frage stellen, ob sie noch regieren oder in die Opposition gehen wolle. Um die Zweifel, die den Wiesbadener Regierungschef quälen, ausräumen zu lassen, hat der SPD-Vorstand einen Landesparteitag für den 21.6. angesetzt, auf dem Börner die „Vertrauensfrage" stellen will: Ich oder Dregger. Dabei soll nicht etwa über einzelne Sachfragen abgestimmt werden, die in der SPD derzeit umstritten sind. Sondern es geht darum, gewissermaßen „in einem Abwasch" feststellen zu lassen, ob bzw. daß die Partei hinter der Regierungspolitik steht. So hat die SPD-Führung verlauten lassen, daß es sowohl um die Startbahn West des Frankfurter Flughafens als auch um die nordhessische Wiederaufbereitungsanlage gehe, um den Block C des Atomkraftwerks Biblis und (hört, hört!) um die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen. Es soll also die g a n z e reaktionäre Scheiße „abgesegnet" werden. Im Rausch der eigenen Offensive forderte Börner, die Partei müsse „wie ein Mann" hinter ihm stehen. Sozialdemokratischen Opponenten der Regierungspolitik wirft er vor, sie würden sich der „Lust am Untergang" hingeben. Wer ihm nicht blindlings Gehorsam leistet, der hievt die CDU in den Sattel.

Nachdem es in den sozialliberalen Regierungen allerorten kracht, hat nun scheinbar auch Hessen seine „Krise". Freilich sind alle Machtzentren fest im Griff: Die Regierung ist sich, was die o.g. Projekte betrifft, völlig einig und wird von den Landtagsfraktionen wie auch Parteivorständen von SPD und FDP vorbehaltlos unterstützt. „Aussteiger" oder gar „Linksabweichler" gibt es auf dieser Ebene nicht, weshalb es auch vollkommen überflüssig wäre, wenn Börner im Parlament die „Vertrauensfrage" stellen würde, wie es üblich ist. Für die Startbahn West bekäme er dort wahrscheinlich sogar einstimmige Beschlüsse. Opposition regt sich vielmehr an der Basis der SPD, die es leid ist, vor Ort die Prügel für die Regierungspolitik in Wiesbaden einstekken zu müssen.

Nach einem Jahrzehnt der Auseinandersetzungen schickt sich die Landesregierung an, mit dem Bau der Startbahn West ernst zu machen. Für die kommenden Wochen heißt das:
- drohende Räumung des Hüttendorfs im besetzten Waldgelände,
- Errichtung einer Betonmauer, hinter der mit der Untertunnelung der Okriftelerstr. unter die zukünftige Startbahn begonnen werden soll,
- zwangsweise Übereignung des gesamten Waldgeländes an die Frankfurter Flughafen AG,
- Be- und möglicherweise Verhinderung des Volksbegehrens „Keine Startbahn West" durch juristische Anfechtung.

Um dieses „unpopuläre" Programm ohne weiteren Verzug durchführen zu können, braucht Börner, wenigstens nach außen hin, eine geschlossene Partei. Dieser Effekt soll durch eine ziemlich einmalige Abstimmungsshow erzielt werden: In atemberaubender Folge werden die Parteitage zunächst der Bezirke Südhessen und Nordhessen und gleich darauf der Landesparteitag durchgepeitscht. Bekenntnisse sind angesagt, nicht Diskussionen. Einige Äußerungen führender SPD-Funktionäre lassen sogar darauf schließen, daß gegen diejenigen disziplinarisch vorgegangen werden soll, die gegen die auf diese Weise zustandegekommenen Beschlüsse verstoßen sollten.

Für die SPD-Untergliederungen, die im Kreis Groß-Gerau, in Frankfurt, Offenbach und Kassel mit unbotmäßigen Beschlüssen von sich reden gemacht haben (s. AK 202), ist dies ein schwerer Brocken. Das Hinunterwürgen haben sie sich offenbar so vorgestellt, daß dem Regierungschef zwar das Vertrauen ausgesprochen wird, andererseits aber die gefaßten Beschlüsse Gültigkeit behalten sollen. So hat der Frankfurter SPD-Vorstand sein Ja in der „Vertrauensfrage" zugesagt, aber angekündigt, die SPD Frankfurt wolle zu den Landtagswahlen 1982 „eigenständig" auftreten. Dies beinhalte auch die Absage an die Startbahn West, den Block C in Biblis und an eine Wiederaufbereitungsanlage. Diese „Doppelstrategie", mit der sich die SPD-„Linke" aus der Situation herauswinden will, kann jedoch gefährliche Folgen haben. Sie basiert auf einem Irrtum, wenn eingeschätzt wird, daß ein Vertrauensvotum der SPD für Börner keine größere Veränderung der jetzigen Situation bewirken würde.

Das Gegenteil ist der Fall. J e t z t – und nicht „irgendwann einmal" – werden in Hessen Entscheidungen gefällt und Weichen gestellt. Das von den Bürgerinitiativen gegen die Startbahn West eingeleitete Volksbegehren entwickelt sich zu einer Abstimmung über zentrale Bestandteile der Landespolitik insgesamt. Mehr noch: Läuft die Sache einigermaßen erfolgreich, könnten die Bürger (nicht nur in Hessen) „Blut lecken" und auf ganz und gar unkonventionelle Gedanken kommen – etwa, daß man diese Übung des öfteren praktizieren könnte, oder daß die bisherige Art des Regiertwerdens vielleicht doch nicht so „demokratisch" ist, wie von denjenigen immer behauptet wird, die das Regieren ausüben. Die hessische Landesregierung wäre nicht eine Institution dieses Staates, wenn sie nicht alles daransetzen würde, diese Erfahrung zu unterbinden. Verfassung hin, Verfassung her – hier stehen „höhere Güter" auf dem Spiel. Börner steht vor der Wahl, gegen das Volksbegehren eine „harte" oder eine „weiche Linie" einzuschlagen. Erstere könnte z.B. darin bestehen, daß sich die Landesregierung von „Gutachtern" (die sich gewiß finden lassen) eine angebliche „juristische Unzulässigkeit" dieses Volksbegehrens bescheinigen läßt, daß dann ein Rechtsstreit darüber vor dem Staatsgerichtshof stattfindet, bei dem sich wiederum Richter finden lassen werden (dieser Berufsstand genießt hierzulande ja einen einschlägigen Ruf), die der Regierung beipflichten. Dabei ist nicht einmal sicher, daß die Regierung den Ausgang dieses Rechtsstreits abwartet, bevor sie mit ihrer Waldvernichtungsaktion beginnt. Die „weiche Linie" könnte dagegen so aussehen, daß die Landesregierung im Vertrauen auf ihre Überlegenheit auf finanziellem und propagandistischem Gebiet den „Kampf aufnimmt" und ggf. im abschließenden Volksentscheid die Mehrheit zu erreichen sucht. Doch dazu muß sie erst gezwungen werden.

Niemand soll glauben, daß man in Hessen ein Volksbegehren über einen Gegenstand der Landespolitik durchführen kann, weil dieses Recht in der Landesverfassung enthalten ist. Vielmehr können demokratische Rechte nur wahrgenommen werden, wenn ihre Verweigerung den Herrschenden als noch g r ö ß e r e s Übel erscheint. So gut sollten wir dieses System eigentlich inzwischen kennen.

Ebenso spricht die konkrete Erfahrung dafür, daß es die Regierung mit der „harten Linie" versuchen will. Unisono äußert das g e s a m t e bürgerliche Lager „schwerwiegende Bedenken" gegen das Volksbegehren. Dies ist nur so zu interpretieren, daß man die direkte Abstimmung der Bevölkerung über die Flughafenerweiterung f ü r c h t e t, und daß deshalb die Öffentlichkeit allmählich auf ein juristisches Abblocken dieser Initiative vorbereitet werden soll. Dieser herbe Schlag, den die Herrschenden mit einiger Wahrscheinlichkeit im Schilde führen, muß natürlich politisch „abgesichert" werden. Immerhin geht es darum, die hessische Verfassung außer Kraft zu setzen! Und vor diesem Hintergrund gewinnt der SPD-Landesparteitag seine politische Bedeutung: **Börner braucht einen Blankoscheck, um mit der Dreckarbeit beginnen zu können.**

Wenn diese Bombe im Sommer oder Herbst gezündet wird, zählt für Börners Öffentlichkeitsarbeit allein, wieviel Prozent der Partei ihm das „Vertrauen" ausgesprochen haben. Dagegen fallen die hintergründigen Überlegungen, die eine SPD Frankfurt oder andere „Oppositionelle" mit ihrer Zustimmung verbunden haben mögen, kaum ins Gewicht. Die Börner-Opposition in der SPD steht vor der Entscheidung: **Jede Stimme für den Ministerpräsidenten ist in der aktuellen Situation objektiv eine Stimme für die „harte Linie". Je höher dagegen die Zahl der Nein-Stimmen, desto höher die Chance, Börner am Kahlschlag – nicht nur gegen 3 Millionen Bäume, sondern auch gegen verfassungsmäßig garantierte demokratische Rechte – zu hindern.**

Daß der Ministerpräsident sozialdemokratische „Lust am Untergang" beschwört, sollte seine innerparteilichen Widersacher nicht schrecken. Denn wer diesen „Untergang" organisiert und wie er vonstatten geht, läßt sich mit ziemlicher Klarheit absehen. Eine gewaltsame Durchsetzung der Startbahn West würde die Ära sozialdemokratischer Regierungen in Wiesbaden beenden. Sie würde einer grün/alternativen Liste – und das ist gut so – bei der nächsten Landtagswahl 1982 weit über 5 % bescheren, auf jeden Fall aber soviel, daß SPD und FDP nicht mehr über die Mehrheit der Abgeordnetensitze verfügen. Hinzu kommt, daß sich eine von Börner in den Wahlkampf geführte SPD nach dem Vorbild Vogels von vornherein darauf festlegen würde, keine Regierung zu bilden, die auf die Stimmen Grüner Abgeordneter angewiesen ist. Der Rest wird augenblicklich in Westberlin vorgeführt. Die FDP Hessen hat sich jetzt schon auf diesen „Trend der Zeit" eingerichtet. Mit Hoffie wurde demonstrativ ein neuer Wirtschaftsminister nominiert, der seit langem als Dregger-Freund gilt und eindeutig eine Koalition mit der CDU befürwortet.

Daß und wie es auch anders geht, beweist ein Blick auf die einzigen beiden, nicht von der CDU regierten hessischen Großstädte. In Darmstadt und Kassel wird jeweils eine SPD-Minderheitsadministration von der „Wählergemeinschaft Darmstadt" (WGD) bzw. den Kasseler Grünen gegen CDU und FDP toleriert. Darmstadt hat daraufhin als Kommune Einspruch gegen den Block C in Biblis erhoben und ist der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft gegen die Startbahn West beigetreten (was die SPD nichts gekostet hat, da die KAG faktisch keinen Widerstand mehr gegen die Startbahn leistet). Das Kasseler Stadtparlament wird mit der Mehrheit von SPD und Grünen einen Beschluß gegen eine WAA in der Umgebung der Stadt fassen.

Börner ist nicht der „Damm gegen die CDU", als der er sich gerne hinstellt. Er und seine Regierung sind vielmehr der beste Trumpf Dreggers und Wallmanns geworden, die heute so dicht wie noch nie davorstehen, die Macht in Hessen zu übernehmen. Linke Sozialdemokraten sollten sich diese Perspektive vor Augen halten und sich darüber im Klaren sein, daß mit einem Vertrauensvotum für Börner indirekt auch die Entscheidung über den Spitzenkandidaten und den politischen Kurs der SPD für 1982 fällt. Börner droht mit Rücktritt? Na endlich!

KB/Gruppe Frankfurt

Rock gegen die Startbahn West

Samstag, 27.6.81 ab 16 Uhr, Bürgerhaus-Foyer Bensheim (Odenwald), Eintritt: DM 5,-
Veranstalter: GLH-Bensheim und Gorlebeninitiative Bensheim
Mit: Circus Haselheck-Rockgruppe, Bensheimer Folk-Rock-Gruppe, Filme und Ausstellung über die Startbahn West, Informationen über das Volksbegehren von Alexander Schubart

Veranstaltung zum Volksbegehren und Volksentscheid

Mittwoch 10.6.81, 19 Uhr, Bürgerhaus Frankfurt Nordweststadt
Eintritt: DM 2,-
Veranstalter: Frankfurter Initiative für Volksbegehren, AStA, GLH

Mit: Dood und Deiwel, SCO Folk, Tanzgruppe Slawia, Informationen zum Volksbegehren, AKL zur Frage der Arbeitsplätze

Spendet zur Unterstützung des Volksbegehrens und Volksentscheids!

Alle Spenden sind steuerabzugsfähig, wenn sie auf das Konto Nr. 19085007, Volksbank Groß-Gerau, BLZ 50892500 zugunsten des Vereins zur Förderung des Volksbegehrens „Keine Startbahn West" gezahlt werden. Spendenquittungen werden auf Verlangen zugestellt.

Fortsetzung von S.8

tik geübte Kritik nicht aufhöre, zeichnen sich im Kreis Groß-Gerau bedenkliche Entwicklungen ab.

Im letzten ARBEITERKAMPF konnten wir berichten, daß die SPD-Delegierten des Groß-Gerauer Unterbezirks ihrem Vorstand eine erhebliche Niederlage beibrachten, als sie zu 80-90% gegen dessen Empfehlung für das Volksbegehren stimmten.

Aufgrund dieses Votums mußte die SPD-Fraktion im Kreistag ebenfalls ihre „Unterstützung" für das Volksbegehren zusagen. Anschaulich demonstrierten in den folgenden Tagen die SPD-Funktionäre und -Parlamentarier, wie man aus einem Votum der SPD-Basis das Gegenteil macht: Obwohl SPD und Grüne im Groß-Gerauer Kreistag eine überwältigende Mehrheit haben, verabschiedete der Kreistag am 1.6. eine eindeutige und totale Absage an jegliche politische und finanzielle Unterstützung des Volksbegehrens. Schlimmer noch: Der Kreistag verabschiedete eine Resolution, in der die Bevölkerung des Kreises aufgefordert wird, für den Fall des Scheiterns des Volksbegehrens *„die dann im Blick auf den Startbahnbau entstandene Lage hinzunehmen* (!!!), *allen Tendenzen zu einer Verschärfung entgegenzutreten und die Auseinandersetzungen zu beenden* (!!)" (FR, 3.6.81).

Damit hat es die SPD mit Hilfe der CDU geschafft, nicht nur das Votum ihrer Basis in krimineller Weise ins Gegenteil zu kehren, sondern darüber hinaus der hessischen Landesregierung signalisiert, daß sie für Ruhe und Ordnung sorgen wird, falls das Volksbegehren v e r b o t e n wird (denn für den Fall eines demokratischen Scheiterns wäre ein so dringender Appell wohl weniger vonnöten!). Ebenso frech verhielt sich die SPD in Kelsterbach (Kreis Groß-Gerau). Auch sie stimmte zusammen mit der CDU gegen einen Antrag der „Wählerinitiative Kelsterbach" zur Unterstützung des Volksbegehrens und zwar mit dem lächerlichen Argument, daß die Frage des Flughafenausbaus ein regionales und kein hessenweites Problem sei. Auch in Dreieich und Neu-Isenburg (beide Kreis Offenbach) stimmten SPD und CDU gemeinsam gegen Pro-Volksbegehren-Anträge der Grünen. Der SPD-Unterbezirk Darmstadt, der sich die Unterstützung der „Wählergemeinschaft Darmstadt" (WGD) für seinen Oberbürgermeisterkandidaten damit „erkaufte", daß die Stadt Darmstadt der inzwischen funktionslosen „Arbeitsgemeinschaft" der gegen die Startbahn klagenden Städte beigetreten ist, hat sich ebenfalls gegen eine Unterstützung des Volksbegehrens ausgesprochen. Daß es auch anders geht, muß im Kreis Groß-Gerau kurioserweise eine CDU-Ortsgruppe in Nauheim beweisen (siehe Artikel).

Diese Entscheidungen werden mit Sicherheit im Kreis Groß-Gerau zu einer Isolierung der etablierten Parteien führen. Denn aller Voraussicht nach dürften in diesem Kreis 50-80% der Bevölkerung der Startbahn durch Volksbegehren und Volksentscheid eine deutliche Absage erteilen.

Zwangsenteignung des Startbahnwaldes

Die FAG besitzt bekanntlich erst ein Drittel des für den Bau der Startbahn benötigten Waldes, den sie Ende letzten Jahres unter mysteriösen Umständen von der Stadt Flörsheim kaufte. Die Städte Rüsselsheim und Bischofsheim, beide im Besitz der noch benötigten 164 ha, weigern sich bislang, den für den Bau benötigten Wald an die FAG zu verkaufen. Deshalb lief seit einigen Monaten ein Enteignungsverfahren von seiten des Darmstädter Regierungspräsidiums. Die Enteignungsbehörde des Regierungspräsidiums hat jetzt die „sofortige Vollziehung der Besitzanweisung" beschlossen, wonach die FAG am 15. Juni in den Besitz des enteigneten Waldes kommen wird. Die beiden Gemeinden haben Widerspruch gegen diese Entscheidung eingelegt.

KB/Gruppe Frankfurt

Rüsselsheim – 2. Juni 1981:
5.000 feiern den Beginn von Volksbegehren und Volksentscheid

An die 5000 Menschen feierten in einem euphorischen Fest am 2.6. in der Rüsselsheimer Walter Köbel Halle den Auftakt des Volksbegehrens und Volksentscheids „Keine Startbahn West". Im Foyer wurden nicht nur die frisch aus der Druckerei kommenden Unterschriftenlisten an die Leute verteilt, sondern auch die ersten 5000 Unterschriften gesammelt. Als erster konnte der Frankfurter Liedermacher „Lerryn" mit teilweise aktualisierten Liedern von Berthold Brecht und Hans Eisler begeistern. An der Zustimmung gerade bei traditionellen Arbeiterkampfliedern konnte man und frau unschwer erkennen, daß man hier in der Opel-Stadt Rüsselsheim war, in deren Umgebung bekanntermaßen kämpferische Gewerkschafter, Linke und Startbahngegner leben.

Lerryn rief die Startbahngegner dazu auf, gerade in der heutigen Zeit der drohenden Kriegsgefahr aus den Fehlern der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik zu lernen und nicht getrennt unterzugehen, sondern geschlossen den „herrschenden Parteien und der NATO" eine Abfuhr zu erteilen.

Bevor er das „Resolutions-Lied" sang („müssen wir dann eben die Kanonen auf euch drehn... schubi du..."), betonte er, daß die Gewalt immer von den Herrschenden ausginge und unser Widerstand legitime Gegengewalt sei.

Danach spielten die Gebrüder Engel und zum Schluß die Bots. Zwischen den Auftritten sprachen Leute aus Mainhausen (geplante Giftmülldeponie), Besetzer der geplanten B-8 im Taunus und ein Vertreter aus Volkmarsen (WAA-Standort). Eine Vertreterin des Frankfurter Frauenforums erklärte unter großem Beifall ebenfalls die Unterstützung der Frauengruppen (Zusammenschluß von über 40 Frankfurter Frauengruppen) für das Volksbegehren.

Als schließlich die Bots ihre bekannten Lieder spielten, fand die Veranstaltung ihren Höhepunkt. 5000 Leute tanzten ausgelassen und viele fühlten sich erinnert an das große Rock-gegen Rechts-Fest 1979 in Frankfurt.

Einen geglückteren Auftakt für die Massenkampagne hätte es nicht geben können.

US-Air-Force fordert Startbahn West!

Anfang Mai hat die DKP enthüllt, daß ganz offensichtlich ein starker Druck der USA im Hinblick auf einen Ausbau des Frankfurter Flughafens existiert. Die DKP kam in den Besitz der Mai-Ausgabe der sogenannten „Fuchsbriefe", einer Informationsschrift für Manager im Industrie- und Bankbereich, deren Zweck es sein soll, interne Kenntnisse über landes- und wirtschaftspolitische Fragen zu vermitteln.

Unter dem Aktenzeichen XXXV/5 Z 2810 BX finden sich folgende Sätze:

„Zur umkämpften dritten Startbahn in Frankfurt hören wir aus zuverlässigen Quellen, daß die US-Air Force auf diese Kapazitätausweitung besteht und drängt. Das ist in der ganzen Diskussion von allen Beteiligten verschwiegen worden, um die Sache nicht zu einem Politikum zu machen. Frankfurt sei für die Air Force – so sagen die Amerikaner – als Drehscheibe und Stützpunkt für den Verkehr mit dem Vorderen und Mittleren Osten unerläßlich. Wenn die geplante Eingreiftruppe für die Ölregion geschaffen ist, sollen Geräte und Ausrüstungen und auch Personal zu einem Teil im Raum Frankfurt stationiert werden" **(Zitate aus einem Offenen Brief der DKP an Börner).**

In dieser Offenheit wurde bislang noch nie über die militärische Nutzung der Startbahn West gesprochen. So wurden diese Informationen auch keineswegs dementiert und die „Frankfurter Neue Presse" schrieb am 9.5.81 lapidar: *„Von Sachkennern wird allerdings nicht bestritten, daß die Flughafenerweiterung naturgemäß für militärische Zwecke ebenso hilfreich sein könnte wie für zivile".*

Grüne wollen nicht gegen das NATO-Hauptquartier demonstrieren

Die Heidelberger Grünen und mit ihnen die DFG/VK und das SB sind aus der Aktionseinheit zur Headquarter-Demonstration am 13.6.81 ausgestiegen. Als Begründung nennen sie, daß es keinen gemeinsamen Aufruf gibt, der von allen Gruppen getragen wird, und daß der Aufruf der HQ-Demo-Initiative – der auch auszugsweise im AK abgedruckt war – sich hauptsächlich gegen den US-Imperialismus und die NATO richte. Die gegenwärtige Friedensbewegung sei aber hauptsächlich gegen die Nachrüstung in Ost und West gerichtet. Ihre Orientierung nennen sie „antimilitaristisch", während sie den Aufruf zur Demo als „antiimperialistisch" bezeichnen. Zudem hätte man mit einem solchen Aufruf keine Chance, auch ins bürgerliche Lager einzudringen.

Wie sich die Grünen dieses „Eindringen" ins bürgerliche Lager vorstellen, machten sie dann auch in einem Flugblatt klar: *„Unsere Bundesregierung braucht Nachhilfe – von uns, liebe Heidelberger – Nachhilfe im Fach Sicherheitspolitik."* Der Grünen *„anderes Sicherheitskonzept"* sieht wie folgt aus: *„Man könnte z.B. die Bundeswehr mit Defensivwaffen ausrüsten (keine Atomwaffen, Flak statt Bomben, Panzerabwehr statt Panzer usw.) und die über die ganze BRD gleichmäßig verteilen. Es gäbe dann keine so gefährlichen Angriffsziele mehr und verteidigen könnten wir uns immer noch"* (Flugblatt der Grünen Heidelbergs, verteilt am 30.5.81).

Immerhin geht es bei der Demonstration um einen Protest gegen zentrale Kriegsplanungsstäbe bzw. Kommandozentralen der NATO (siehe gesonderten Artikel). Die Position der Heidelberger Grünen besagt nichts weiter, als daß man der NATO nicht das Recht bestreiten dürfe, sich konventionell auf einen Krieg vorzubereiten.

Im Saarbrücker Programm der Grünen heißt es zu diesem Thema noch: *„Soziale Verteidigung anstelle des Wettrüstens, das zum 3. Weltkrieg führt. Soziale Verteidigung bedeutet, daß sich die Gesellschaft in der Bundesrepublik so organisiert und umorientiert (in Richtung auf Zivilcourage, Widerstand, alternative und dezentrale Strukturen), daß einer aggressiven fremden Macht von vornherein deutlich wird, daß der Versuch der Besetzung und Beherrschung ihr mehr Schwierigkeiten und Belastung als Machtzuwachs und Gewinn bringen werde"* (Programm Seite 19).

Kann man dieses Bundesprogramm noch als zwar blauäugigen, aber ehrlichen Pazifismus einschätzen, da es die konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse nicht nennt, unter denen eine solche Art Verteidigung überhaupt realistisch ist, und deshalb auch die Frage außen vorbleibt, ob etwa dieser kapitalistische Staat zu verteidigen ist, so stellt die Forderung an die Bundesregierung nach einer „anderen" Verteidigungspolitik eine neue und – wie wir meinen – gefährliche Politik von Teilen der Grünen dar.

Die Heidelberger Grünen wollen offensichtlich aus dem „Pazifisten-Ghetto" dadurch herausfinden, *„daß sie breiten Massen die Möglichkeit wirksamer militärischer Selbstverteidigung ohne eine damit verbundene Selbstzerstörung plausibel"* zu machen versuchen (W. Harich in „Dokumente der 2. Sozialistischen Konferenz").

Die Grünen akzeptieren mit ihrer Forderung nach einer alternativen Verteidigungspolitik – bewußt oder unbewußt sei dahingestellt – die herrschende Ideologie der Notwendigkeit der Nachrüstung aufgrund der Überlegenheit der Sowjets. Nicht der Versuch der Gewinnung der Weltherrschaft des US-Imperialismus müsse bekämpft werden, sondern „wir" müssen uns gegen die „überlegenen" Panzer des Ostens (oder warum sonst panzerbrechende Waffen?) wehren. Um tief ins bürgerliche Lager einzudringen, blasen diese Grünen auf demselben Horn wie alle Herrschenden: Verteidigen gegen die Sowjets – ja bitte; rüsten – ja bitte, aber eben nur etwas anders. Wie das mit der Grundsäule „Gewaltfreiheit" der Grünen unter einen Hut gebracht werden soll, ist vollkommen schleierhaft. Logischerweise wollen diese Grünen ja auch der BRD-Regierung Nachhilfe geben, anstatt den konsequenten Kampf gegen die Aufrüstung der NATO bzw. der BRD in den Mittelpunkt zu stellen.

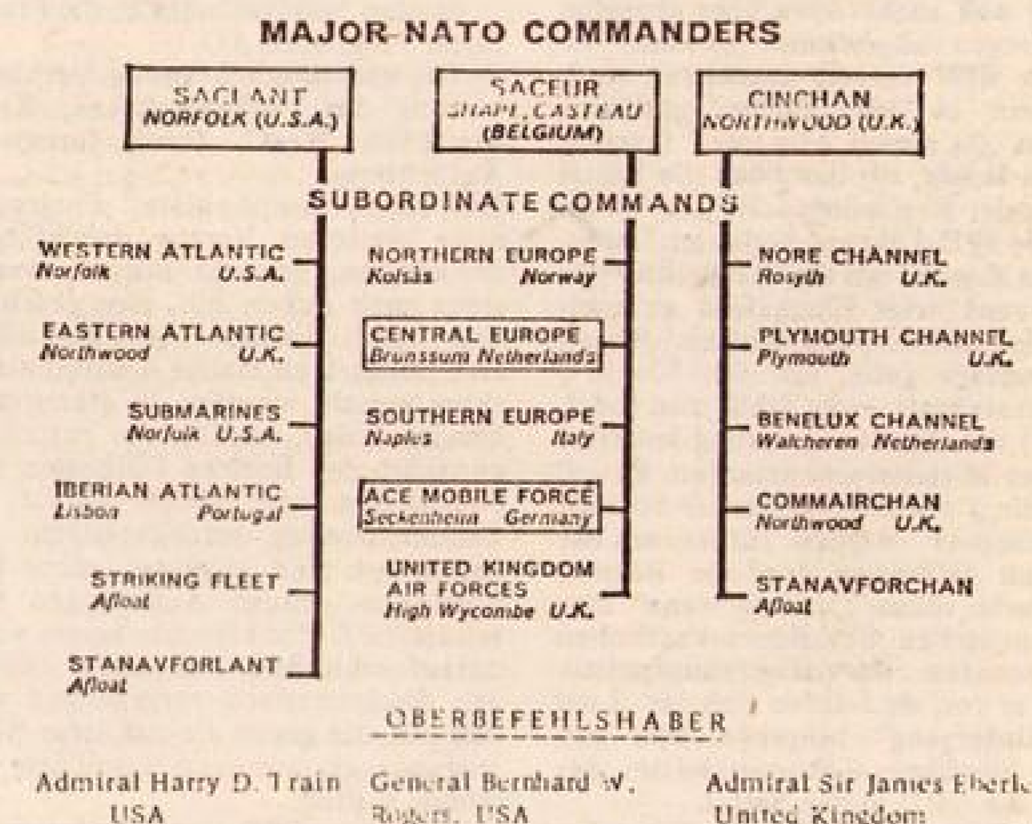
Die Frage, ob dieser kapitalistische Staat überhaupt zu verteidigen ist (und gegen wen eigentlich?!) wird dann auch schon gar nicht mehr gestellt.

Die Position der Grünen hat zumindest einen Touch von „Vaterlandsverteidigung". Wir meinen, daß solche Positionen in der Anti-Kriegs-Bewegung äußerst schädlich sind und langfristig nur dazu führen können, die Friedensbewegung wieder ins proimperialistische Lager zu integrieren.

KB-Gruppe Heidelberg

NATO-Headquarter Heidelberg – hier wird Krieg geplant!

Im Laufe des Jahres 1980 wurden insgesamt 4 NATO-Kommandozentralen in Heidelberg konzentriert, um eine gute und schnelle Koordination zu gewährleisten. Es sind dies:



– **USAEUR**, zuständig für die amerikanischen Landstreitkräfte in Mitteleuropa und die 7. amerikanische Armee. Hier laufen alle planerischen Fäden der über ganz Westeuropa verteilten US-Truppen zusammen. USAEUR mit den ihr unterstellten Truppen und zahlreichen Nachschublagern war Ausgangspunkt für alle Aktionen des US-Imperialismus in Europa und im Nahen Osten (Geiselbefreiungsaktion im Iran, Suez-Abenteuer 1956).

– **Die CENTAG (Central Army Group)** ist für den mittleren und südlichen Teil der BRD zuständig. Im Kriegsfall werden in den Wehrbereichskommandos IV (Rheinland-Pfalz, Saarland, Hessen), V (Baden-Württemberg) und VI (Bayern) 300.000 Soldaten eingesetzt: Das II. und III. Bundeswehrkorps, das V. und VI. US-Korps sowie die 4. kanadische Panzerbrigade. Allesamt stehen sie unter gemeinsamem NATO-Oberbefehl und werden vom Stab der CENTAG geleitet.

– **Der multinationale Eingreifverband ACE/MF**

Bei der ACE/MF (Allied Command Europe/Mobile Force) handelt es sich um eine mobile Truppeneinheit aus elf NATO-Ländern. Die AMF wurde 1960 gegründet und 1980 unter dem Kommando von Mike F. Reynolds von Seckenheim nach Heidelberg verlegt. Als „NATO-Feuerwehr" besitzt diese Eingreifreserve weniger strategischen als vielmehr politisch-militärischen Wert. Große Fallschirmspringer-Kontingente sind in der Lage, bei politischen Krisen – Aufständen, massenhaften Streiks u.a. – zentrale Punkte, wie beispielsweise Schiffs- und Flughäfen, zu besetzen und die betreffenden Gebiete zu kontrollieren. Die AMF ist an jedem beliebigen Ort in Europa innerhalb kürzester Zeit einsetzbar. Insbesondere ist der Einsatz zur Stabilisierung der Nord- und Südflanke vorgesehen. Sowohl im Mittelmeerraum als auch im nördlichen Raum bis nach Norwegen wurden unter Beteiligung der Bundeswehr Manöver zur Aufstandsbekämpfung und zur Unterstützung regionaler Truppenverbände durchgeführt. Auch an den Einsatz außerhalb NATO-Europas, beispielsweise im Nahen Osten oder in der Golfregion, wird gedacht.

Das erste Manöver der AMF fand 1961 statt. Seither werden diese Manöver in der Regel zweimal jährlich unter der Bezeichnung „Express" durchgeführt, nicht zuletzt auch als politische Drohgebärde: „Deep Express" wurde in der Türkei während der Errichtung einer Militärdiktatur inszeniert, und in Griechenland übte diese Einheit während des Sturzes der Militärjunta als Gegendemonstration zur linken Opposition.

Im Oktober 1976 fand in der Nähe von Viterbo in Mittelitalien unter dem Kommando des damaligen Oberbefehlshabers der NATO in Europa (SACEUR), Alexander Haig, eine Übung statt, deren Ziel die militärische Einnahme der Arbeiterstadt Turin war. Beteiligt waren englische, italienische und US-Soldaten. FIAT-Boss Agnelli war als Beobachter und Ehrengast eingeladen.

– **Die Vierte Taktische Luftflotte (4. ATAF)** ist die Ergänzung zu CENTAG. Sie deckt den südlichen und mittleren Luftraum der BRD ab, während die 2. ATAF zusammen mit der NORTHAG für den Norden zuständig ist.

Der 4. ATAF unterstehen etwa 900 Bomber, Aufklärer und Jäger ebenso wie die 72 Pershing-IA-Raketen, die unter gemeinsamer amerikanisch-deutscher Befehlsgewalt in Süd- und Mittelwestdeutschland stationiert sind.

Der Einsatz der 4. ATAF wird auch mit der AMF für gemeinsame Operationen koordiniert.

Friedenskoordinations- und -initiativen-Treffen in Hamburg

Am vorletzten Wochenende fand ein größeres Treffen arbeitender Friedensgruppen statt. Der Sonnabend war wesentlich bestimmt von einem regen Erfahrungsaustausch über die Arbeit, die Ansätze, Probleme und Schwerpunkte in den verschiedenen Orten. Dieser Tagesordnungspunkt gab einen intensiven Einblick in das „Innenleben" der Gruppen und wurde wohl von den meisten Teilnehmern/innen als sehr wohltuend für ihre Arbeit empfunden. Am Nachmittag wurde in thematisch aufgegliederten Arbeitsgruppen weiter beraten. Die Ergebnisse finden sich in der nachstehenden Presseerklärung wieder.

Der zweite Tag wurde bestimmt durch eine Kontroverse über den Russell-Aufruf für eine atomwaffenfreie Zone in Europa, über die Arbeit mit dem Aufruf und die Fragestellung, Russell-Aufruf contra Krefelder Apell. Diese Kontroverse wurde hauptsächlich durch ehemalige „KPD"-ler/innen bzw. der Bahro-Richtung Nahestehende entwickelt. Die Standpunkte konnten aufgrund der Unterschiedlichkeit der Meinungen nicht ausdiskutiert werden. Im folgenden geben wir die Presseerklärung wieder, die im Auftrag des Treffens von den Veranstaltern herausgegeben wurde.

PRESSEMITTEILUNG

Auf Einladung der Hamburger Friedenskoordination haben sich am 23./24.5.81 in Hamburg ca. 100 Mitarbeiter/innen von rund 30 Friedensinitiativen aus 20 Städten der BRD (vor allem aus Norddeutschland) getroffen.

Für uns war dies ein erstes Treffen dieser Art, um gemeinsame Erfahrungen der Anti-Kriegsarbeit auszutauschen und gemeinsame Perspektiven zu beraten.

Die Ergebnisse werden im einzelnen schriftlich zusammengefaßt und den Beteiligten zugestellt, sie sind bei der Hamburger Friedenskoordination erhältlich.

Alle Beteiligten erklärten ihre Unterstützung der im Rahmen des Kirchentages in Hamburg vorbereiteten Demonstration für den Frieden (20. Juni).

Wir setzen uns für die Durchführung eines bundesweiten Treffens von Friedensinitiativen ein und fordern alle Initiativen auf, sich an der Vorbereitung zu beteiligen.

Als Termin schlagen wir das Wochenende vom 17./18.10 vor, wir werden uns um Räumlichkeiten in Göttingen bemühen. Am 5.9. wird ein Vorbereitungstreffen dazu (ebenfalls in Göttingen) stattfinden.

Die Arbeitsgruppe für die Verbreitung des Aufrufes der Russell-Peace-Foundation für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa wird ihre Beratungen am 17.6. in Hannover (Raschplatzpavillon) fortsetzen.

Die Arbeitsgruppe „Frauen gegen Krieg und Militarismus" plant ebenfalls ihren Erfahrungsaustausch fortzusetzen und wird sich an der Vorbereitung eines bundesweiten Treffens beteiligen. Ein solches Treffen war bereits auf einem bundesweiten Auswertungstreffen der diesjährigen Frauen-Friedenswoche von Anfang März für den Februar kommenden Jahres geplant worden.

Es wird dazu aufgerufen den Friedensmarsch 1981 von Kopenhagen nach Paris (vom 21.6.–9.8.81) bzw. die Vorbereitung dafür zu unterstützen (s.Anlage).

Ebenso wird zur Unterstützung des 6. internationalen „Gewaltlosen Marsches für Entmilitarisierung" aufgerufen (s.Anlage).

i.A. des Treffens

Hamburger Friedenskoordination
c/o Christel und Bernd Kruse
Jungfrauenthal 16
2000 HH 13
Tel: 040/476321



Göttingen: Protest gegen Übungsplatzerweiterung

Trotz strömenden Regens kamen etwa 500 Menschen zum Sternmarsch und Waldfest gegen die geplante Erweiterung des Standortübungsplatzes Kerstlingeröder Feld. Zusätzlich zu den ihr schon gehörenden 200 Hektar will sich die Bundeswehr weitere 100 Hektar einverleiben, die Teil eines beliebten Naherholungsgebietes sind. Die Aktionsgemeinschaft, in der u.a. Bunte Liste, DFG/VK, GA, DKP, einzelne SPD-Gliederungen, mehrere BIs aus den umliegenden Gemeinden und Einzelpersonen mitarbeiten, hat bereits über 6.000 Unterschriften gegen das Projekt gesammelt. Angesichts des schlechten Wetters wertete die Aktionsgemeinschaft das Ergebnis als Erfolg. Sie will den Sternmarsch und das Fest aber im Spätsommer wiederholen, um die tatsächliche Breite des Widerstandes deutlich zu machen.

Zu einigen unerfreulichen Zwischenfällen kam es im Vorfeld der Aktion: Auf massive Intervention einiger SPDler, die erst drei Wochen vorher auf den Zug aufsprangen, wurde die breite Unterstützerliste des Marsches nicht veröffentlicht. Unterschrieben hatten u.a. AStA, Bund für Naturschutz, CfS, DKP, KB, SPD-Unterbezirke usw. zusammen mit etwa 30 Gruppen. Dieses „Volksfrontbündnis" war den SPDlern offensichtlich zu links. Auch das Aufstellen von Büchertischen war verboten. Einzelne SPDler taten sich dann auch noch dadurch hervor, daß sie Transparente zensierten und einrollen ließen. Bedauerlicherweise ließen sich sogar einzelne Linke im Bündnis (GA, DKP, DFG) auf diese Erpressungsmanöver ein.

Antimil-Kommission/KB Göttingen



Frauenüberraschung gegen Waffenschau



Wildeshausen, Sonntag, den 24.5.: Tag der Offenen Tür in der Kaserne; Waffenschau, so richtig was für den „technisch interessierten Mann" und für die „kleinen Soldaten von morgen" – doch eins paßte nicht ins Militaristen-Show-Bild: Ca. 20 Frauen öffneten einfach ihre Handtaschen und zogen Transparente hervor: „Wir machen euern Krieg nicht mit!" – „Den nächsten Krieg überlebt keiner!" – „Wir wollen keine Kriege lindern – sondern sie verhindern!" – „Nach diesem Krieg gibt's nicht einmal mehr Trümmerfrauen!" – „Abrüstung sofort!" – „Frauen in die Bundeswehr – wir sagen nein!" – „Keine Atomraketen in Europa!" – „Frieden schaffen ohne Waffen!" – „Kinderkrippen statt Kasernen!"

Die Wildeshauser staunten nicht schlecht – so harmlos aussehende Frauen und dann so was! Klar, daß viele „Waffenliebhaber" pöbelten. Die Frauen sollten sich lieber an den Kochtopf scheren, war noch der harmloseste Spruch. – Klar, daß die Bundeswehr von ihrem Hausrecht Gebrauch machte: Über Lautsprecher wurden die Frauen aufgefordert, das Gelände sofort zu verlassen. Als die Einkreisung durch Feldjäger begann, zogen sie langsam mit offenen Transparenten wie 'ne kleine Demo vom Gelände und machten vor dem Kasernentor noch eine halbe Stunde weiter Protest gegen Kriegsverherrlichung mit Singen und Parolenrufen.

Die Aktion der Frauen vom Bremer „Frauenbündnis gegen Krieg und Militarismus – für Frieden" hatte den totalen Überraschungseffekt und ist darum so gut gelungen. Sogar der Bremer „Weserkurier" berichtete darüber.

Eine Genossin der AG Frauen Bremen



„Verdammte Pazifisten!"

den totalen Überraschungseffekt und ist darum so gut gelungen. Sogar der Bremer „Weserkurier" berichtete darüber.

Eine Genossin der AG Frauen Bremen

„Verdammte Pazifisten!"

»Wird der Krieg befohlen, marschieren wir nach Bonn«

Am 20.5.1981 fand bei mir – Carl-Christian Ebell, 6502 Mainz-Kostheim – eine Hausdurchsuchung zur Sicherstellung von Beweismaterial im Zuge eines Ermittlungsverfahrens wegen „Verfassungsfeindlichen Einwirkens auf die Bundeswehr" statt. Es wurden 11 Exemplare des Soldatenaufrufs „Für den Frieden! Erklärung gegen den Krieg!" beschlagnahmt, dessen presserechtlich Verantwortlicher ich bin.

Dieser Aufruf wurde von Reservisten und einer zunehmenden Zahl von aktiven Soldaten herausgegeben, die hiermit erklären, daß sie nicht bereit sind, in andere Länder zu marschieren, um dort zu töten. Schon zweimal ging von deutschem Boden ein Krieg aus, und jedesmal wurde „zurückgeschossen".

„Wird mit Alarm die Marschbereitschaft für den Krieg befohlen, marschieren wir nach Bonn." (Aus: Soldatenaufruf)

Es findet eine fieberhafte Aufrüstung der Bundeswehr statt bei gleichzeitiger psychologischer Kriegsvorbereitung der Bevölkerung (öffentliche Rekrutengelöbnisse). Durch die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen in Europa könnte ein Krieg wieder gewinnbar werden. So rechneten wenigstens die Nato-Planer, aber auch diejenigen in unserem Lande, die ein besonderes Interesse daran haben, daß die Raketen hier in der Bundesrepublik stationiert werden. Das sind diejenigen, die von der Supermacht Deutschland träumen und uns – wie auch schon unsere Väter und Großväter – für ihre Kapitalinteressen in den Krieg schicken wollen.

Die Zahl der Gegner dieser Aggressionspolitik wächst ständig. Die Friedensbewegung wird ständig stärker und erfaßt immer breitere Teile der Bevölkerung. Gleichzeitig nehmen die Versuche zu, diesen Kampf zu kriminalisieren:

– Dem 'Stern' wurde „Landesverrat" vorgeworfen, weil er eine Karte der bereits in der BRD stationierten Atomwaffen veröffentlichte.
– In München und Regensburg wurde Strafanzeige gegen ein breites Bündnis demokratischer Personen und Organisationen gestellt wegen „Beleidigung der Bundeswehr" und „Verunglimpfung des Staates", da sie mit einem Plakat (Fotomontage) gegen die öffentlichen Rekrutengelöbnisse protestierten.

Jetzt sollen wir, die Unterzeichner des Soldatenaufrufs, kriminalisiert werden, indem gegen mich als Stellvertreter ermittelt wird. Der Kampf für den Frieden soll zu einer verfassungsfeindlichen Straftat deklariert werden – das Friedensgebot des Grundgesetzes (Art. 26 GG) scheint Herrn Apel nicht zu interessieren. Wir fordern die Einstellung des Ermittlungsverfahrens. Auch durch Drohungen und Bestrafungen kann der Kampf für den Frieden nicht verhindert werden.

Mainz, den 30.5.1981
Carl Christian Ebell

Solidarität hilft gegen Repression in der Kaserne

Das hat sich jedenfalls im Fall des Jürgen F. (siehe auch AK 202) ge- st/inn/en, daß Solidaritätsarbeit hilft, Leute aus dem Bundeswehrknast zu

Solidarität hilft gegen Repression in der Kaserne

Das hat sich jedenfalls im Fall des Jürgen F. (siehe auch AK 202) gezeigt, der für 3 Wochen in die Arrestzelle der Wittekind-Kaserne Wildeshausen sollte, weil eine Fahne mit der Aufschrift „Soldaten sagen nee zur Bürgerkriegsarmee" versehen worden war. Nach 14 Tagen wurde der Arrest ausgesetzt, nachdem ein Rechtsanwalt wegen Verfahrensfehlern und der miserablen Beweislage Beschwerde eingelegt hatte. Das Fehlen echter Beweise war den Verantwortlichen natürlich von vornherein klar gewesen. Aber der Verdacht war gezielt auf Jürgen gelenkt worden, um ihn als unbequemen Mannschaftsvertrauensmann loszuwerden. Die Herren Offiziere hatten gehofft, Jürgen isolieren zu können. Doch darin hatten sie sich diesmal getäuscht.

Die Überraschung bei Jürgens Vorgesetzten war schon groß, als kurz nach der Einknastung ein Rechtsanwalt in der Kaserne auftauchte. Schließlich ließen sie den sogar zu Jürgen rein, nachdem sie sich von diesem über das Recht des Soldaten auf freie Wahl des Verteidigers hatten aufklären lassen müssen. Besondere Kopfschmerzen bereitete dem Bataillonskommandeur der anstehende „Tag der offenen Tür". Jürgen hatte täglich Post erhalten, insgesamt fast 50 Briefe sowie Päckchen, mehrere Blumensträuße; seine Eltern waren da und zahlreiche Freunde drängten darauf, ihn besuchen zu dürfen. Schließlich befahl der Kommandeur, Jürgen für einige Tage bis nach dem „Tag der offenen Tür" nach Lippstadt zu verfrachten. Begründung: Er habe „Kontakt zu extremistischen Gruppen im Raum Bremen/Oldenburg/Delmenhorst". Dennoch verlief besagter „Tag ..." in Wildeshausen nicht ganz planmäßig. Eine 18köpfige Bremer Frauengruppe schmuggelte Anti-Kriegs-Transparente auf das Kasernengelände, um sie dort öffentlichkeitswirksam zu entrollen. Die Gruppe Delmenhorster Antimilitarist/in-n/en verteilte Flugblätter zu Jürgens Fall. Wenige Tage später war Jürgen dann erstmal wieder frei. Er erwartet jetzt sein Verfahren vor dem Truppendienstgericht und schätzt seine Chancen angesichts fehlender Beweise und der nunmehr hergestellten Öffentlichkeit gut ein.

Es ist dies nicht die erste Erfahrung der Delmenhorster Antimilitarist/inn/en, daß Solidaritätsarbeit hilft, Leute aus dem Bundeswehrknast zu holen. Vor einigen Monaten war Ralf H. in Delmenhorst zwei Monate lang fast ununterbrochen immer wieder in die Arrestzelle gesteckt worden, weil er als nichtanerkannter Kriegsdienstverweigerer konsequent jeden Befehl verweigert hatte. Als schließlich ein Anwalt eingeschaltet wurde,und eine öffentliche Solidaritätskampagne in Gang kam, war Ralf bald darauf wieder frei. Ralf gegenüber gab sein Vorgesetzter zum Abschied verärgert zu, daß er den Spruch „Freiheit für Ralf H.!" nicht mehr länger an jeder Straßenecke der Stadt zu lesen wünsche.

Wir wollen diese Erfahrungen zum Anlaß nehmen, alle Antimilitarist/in-n/en insbesondere in Garnisonsstädten aufzufordern, Kontakte in die Kasernen zu knüpfen. Mal abgesehen von der Perspektive, politisch weitergehend in die Kaserne hineinzuwirken, ist der Nutzen im Repressionsfall offensichtlich:

1. Allein die außergewöhnliche Tatsache, daß ein Anwalt eingeschaltet wird, kann Eindruck im Widerstand gegen die in der Kaserne üblichen Willkürakte machen. Normalerweise fehlen den Wehrpflichtigen jedoch genaue Informationen über ihre Rechte oder ihnen fehlen, hunderte Kilometer von ihrer Heimatstadt entfernt, die Kontakte, um einen Anwalt zu beschaffen. Aufgaben also für Antimilitarist/inn/en außerhalb der Kaserne.
2. Die verantwortlichen Offiziere reagieren mitunter recht verärgert, wenn ihr repressives Treiben nach außen dringt. Wenn beispielsweise ungewöhnlich viel Post für den Eingeknasteten deutlich macht, daß draußen eine Reihe von Leuten aufmerksam geworden sind. Oder wenn gar ordentlich öffentlicher Rummel in der zugehörigen Garnisonsstadt veranstaltet wird. Wenn es dann noch gelingt, gute Kontakte zu den Kameraden des Eingeknasteten zu knüpfen, die in der Regel auf dessen Seite stehen, kann der Punkt erreicht werden, wo der Herr Kommandeur seine Maßnahme bereut. Weitere Aufgaben also für Antimilitarist/inn/en außerhalb der Kaserne.

Und lösbar sind diese Aufgaben übrigens durchaus. Antimilitaristische Wehrpflichtige, die auch für politischen Kontakt dankbar sind, gibt es fast überall.

KB-Gruppe Delmenhorst

Militärspektakel in Verden

In Verden/Aller, der „traditionsreichen Garnisonsstadt" im norddeutschen Raum, fand am 22.5. eine öffentliche Rekrutenvereidigung statt. Nach den mißglückten Rekrutengelöbnissen des letzten Jahres scheint es die BW-Führung wieder für notwendig zu halten, Militärspektakel (jetzt im „neuen" Gewand mit Musikkorps und Serenaden) öffentlich durchführen zu müssen.

Verdens Bürgermeister Dr. Friedrich: *„Es ist wichtig, der Öffentlichkeit vor Augen zu führen, welches Opfer gebracht wird für die Sicherheit unserer Bundesrepublik."*

Ein Verdener Aktionsbündnis organisierte eine Gegendemonstration, unterstützt durch die Bremer „Initiative Krieg dem Kriege". Insgesamt drückten 500 bis 600 Menschen lautstark ihren Protest gegen Militarisierung und Kriegsvorbereitung aus.

Die Kundgebung konnte direkt vor dem Stadion abgehalten werden, und die Teilnehmer der Gelöbnisfeier mußten zwei Stunden lang Protestparolen und Pfeifen über sich ergehen lassen. Insgesamt ein schöner Erfolg für Verdener Verhältnisse!

Bei dieser Bürgerkriegsübung in einer norddeutschen Kleinstadt waren ca 1.000 Bullen im Einsatz, einige zusätzlich mit MPs bewaffnet. Aber wahrscheinlich waren die Bullen nur zum Schutz der Demo eingesetzt, genau wie die Soldaten der Bundeswehr ja auch *„die Freiheit der Wehrdienstverweigerer und derjenigen schützen, die gegen den Nachrüstungsbeschluß und die öffentlichen Gelöbnisfeiern kämpfen"* (Bürgermeister Friedrich in seiner Ansprache im Stadion).

Und zum Schluß noch ein Ausspruch desselben Scharfmachers, der klarstellte, warum die Bundeswehr auf derartige Militärspektakel nicht verzichten darf: *„Eine Armee ohne Tradition ist ein nihilistischer Haufen."* Welche Tradition er damit meint, dürfte klar sein.

Zwei Bremer Genossen

KEINE NACHRÜSTUNG, AUCH NICHT IM ZIVILDIENST!

WEIL WIR ALS ANTIMILITARISTEN WISSEN

- daß aufgerüstet wird, um die Waffen einzusetzen, nicht um sie irgendwann einzumotten!
- daß das weltweite »Abschreckungssystem versagen wird. »Die Drohung, bei einem Angriff Selbstmord zu begehen, ist nicht sehr überzeugende (Fritz Erler 1965) und die Aussage von US-Außenminister Haig »es gibt wichtigere Dinge, als im Frieden zu sein!« verdeutlichen dies.
- daß die Entspannungspolitik gescheitert ist. Konkrete Abrüstungsforderungen werden von den Politikern ignoriert.
- daß die sogenannte »Nachrüstung« (Stationierung von Pershing 2-Raketen und Cruise Missile) in Westeuropa den Weltfrieden verstärkt bedroht; die BRD und Westeuropa werden Hauptkriegsschauplatz sein!
- daß Kriege mit Atomwaffen durch die veränderte Technologie vor allem für die Militaristen im »freien Westen« wieder führbar werden (Neutronenbombe etc.)
- daß wir als Kriegsdienstverweigerer auch Kriegsdienst leisten müssen (§§ 23 und 79 Zivildienstgesetz!)

HABEN WIR ANGST!

WEIL WIR ALS KRIEGSDIENSTVERWEIGERER WISSEN

- daß Gewissen nicht prüfbar ist,
- daß die Bundeswehr über unser Gewissen »entscheidet« und somit die Anerkennungsquoten nach ihrem Bedarf steuert,
- daß das Bremer Urteil kein Einzelfall ist (Führerschein = Waffenschein), sondern daß täglich in den Prüfungsverfahren Kriegsdienstverweigerer diskriminiert werden,
- daß das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung immer mehr diskriminiert wird; jüngst durch die neuen Gesetzesvorschläge der Parteien, die den Kuhhandel planen, den Zivildienst erheblich zu verlängern (Apel: 20 Monate) und zu verschärfen, dafür die Gewissensprüfung zu lockern oder abzuschaffen,
- daß immer mehr Jugendliche ihre Kriegsdienstverweigerung beantragen (ca. 60.000 1980!)

FORDERN WIR AUF: VERWEIGERT DEN KRIEGSDIENST!

WEIL WIR ALS ZIVILDIENSTLEISTENDE WISSEN

- daß unsere demokratischen Rechte stark eingeschränkt sind (Beschwerderecht, Unverletzlichkeit der Wohnung, Unverletzlichkeit der Person, Meinungsfreiheit),
- daß wir oft als billige Arbeitskräfte betrachtet werden,
- daß eine Art Grundausbildung ähnlich der Bundeswehr eingeführt wird auf Kosten einer fachlichen Einführung; die staatliche Kontrolle in der politischen Bildung wird verstärkt!
- Zivildienststellen in politisch brisanten Bereichen werden ausgetrocknet (Entwicklungshilfe in Afrika etc.)
- daß immer mehr Dienstunterkünfte errichtet werden, wo wir größtenteils heimatfern und kaserniert wohnen sollen,
- daß dieser Zivildienst kein Friedensdienst ist und sein wird,
- daß dieser Zivildienst immer mehr in das militärische Konzept integriert wird,
- daß Zivildienstleistende immer offener in direkt militärisch verwendbare Bereiche gesteckt werden, wie z.B. den Zivilschutz (Wartung und Nachschub fürs Militär, Pseudo-Umweltschutz als kasernierte Waldsoldaten),
- daß die Verschärfung im Zivildienst zu Lasten der gesellschaftlich Benachteiligten geht (Altenbetreuung, Behinderte etc.),
- daß dieser Zivildienst Schritt um Schritt in einen Kriegsdienst ohne Waffen umgestaltet werden soll,

WENDEN WIR UNS GEGEN JEGLICHE »NACHRÜSTUNG« IM ZIVILDIENST!

KEIN KRIEGSDIENST MIT UND OHNE WAFFEN!

WIR FORDERN:
RÜCKNAHME DER NACHRÜSTUNGSBESCHLÜSSE!
KEIN GEWISSENS-TÜV! BEDINGUNGSLOSE ABSCHAFFUNG DES ENTWÜRDIGENDEN PRÜFUNGSVERFAHRENS!
KEINE VERLÄNGERUNG UND MILITARISIERUNG DES ZIVILDIENSTES!

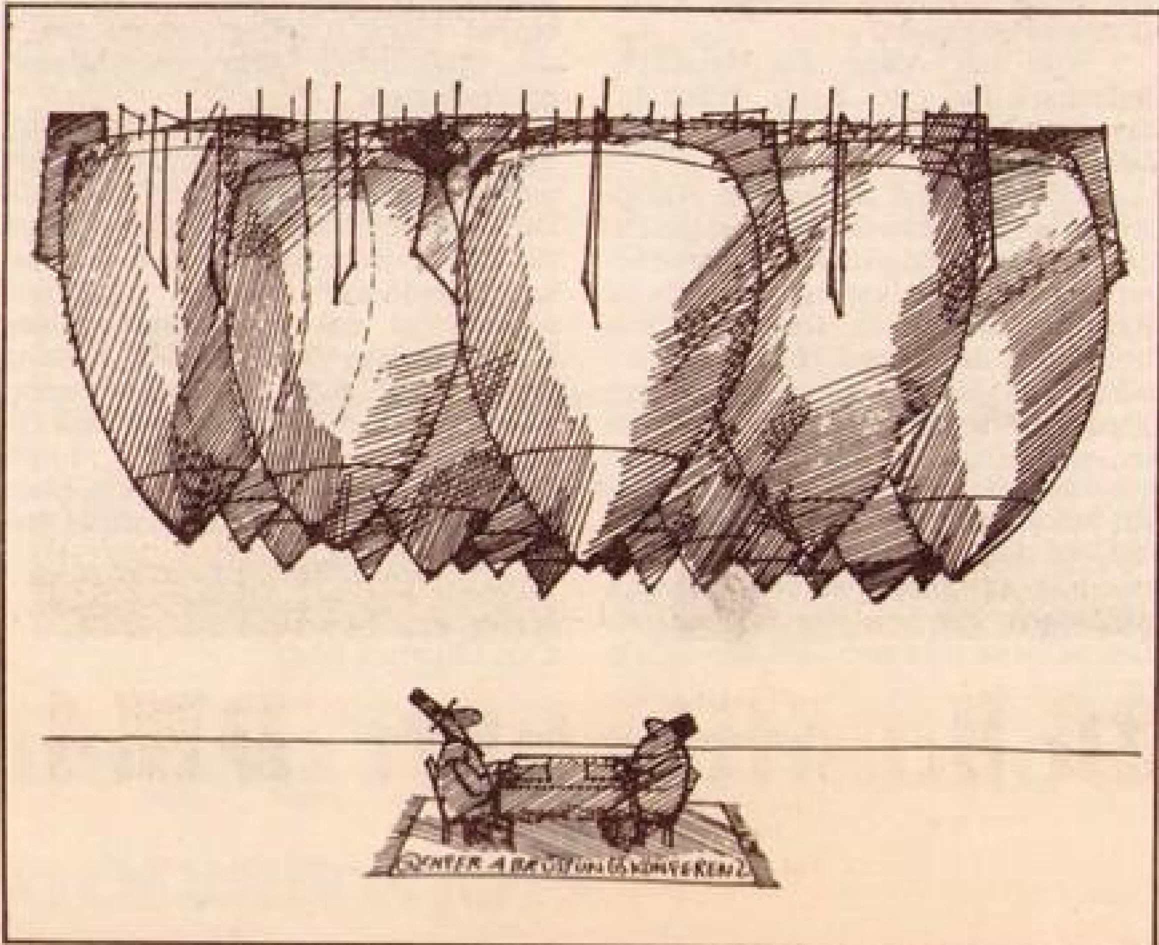
Deshalb führen die Selbstorganisationen der Zivildienstleistenden am Samstag, den 13. Juni, einen BUNDESWEITEN AKTIONSTAG durch!

V.i.S.d.P. M. Sielaff, Grevenweg 73d, 2 Hamburg 26

Demonstrationen gegen Raketenstützpunkte

Ungefähr 1000 Menschen demonstrierten am 30. Juni in Kempten im Allgäu gegen die NATO-Nachrüstungsbeschlüsse. In der Nähe von Kempten stehen schon heute Atomraketen, und es sollen dort Pershing II-Raketen stationiert werden. Viele Leute aus der Anti-AKW-Initiative Kempten, Unorganisierte, Grüne und DKP'ler haben sich zur „Bürgerinitiative gegen Atomraketen im Kemptener Wald" zusammengeschlossen, die diese Demonstration hauptsächlich trug. Ähnliche Zusammenschlüsse in Ravensburg, Kaufbeuren und Landsberg hatten sie unterstützt. Aufgerufen hatten außerdem einige Friedens- und Basisinitiativen, die Grünen (u. a. Landesverbände Baden-Württemberg und Bayern), DKP, GEW und Falken.

Zwei getrennte Demonstrationszüge führten durch die Stadt. Die Reaktionen der Zuschauer waren verhältnismäßig freundlich; viele nahmen Flugblätter, ohne das doch oft übliche „geht doch nach drüben".



Die Parolen gingen von „zersetzt die Wehrkraft" bis „eine Reise, die sich lohnt – schießt den Reagan auf den Mond"; sie richteten sich hauptsächlich gegen den Nachrüstungsbeschluß und die US-Aufrüstung.

Bei der Kundgebung hörten sich noch ca. 700 - 800 Leute die verschiedenen Reden an, die durch Lieder und Sketche aufgelockert wurden. Es sprachen: Eine Vertreterin der BI, ein Nürnberger Gewerkschafter, ein Vertreter der GEW und Petra Kelly.

2000 gegen Nachrüstung in Pfullendorf

2000 gegen Nachrüstung in Pfullendorf

In Pfullendorf (geplanter Standort für Pershing II-Raketen) fand eine Demonstration gegen die Nachrüstung statt, an der mehr als 2000 Menschen teilnahmen. Aufgerufen hatten dazu Jusos, Grüne, DKP sowie Friedensinitiativen und die Sigmaringer Jugendzeitung „Wanze".

Auf die Demo wagte sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Bindig als Redner. Nachdem er massiv befragt wurde, mußte er nach einigem Friedensgeschwafel zugeben, im Bundestag für die „Nach"rüstung gestimmt zu haben, woraufhin seine Entschuldigungen und weitere Rede in Pfeifen unterging...

Ein Sympathisant aus Oberschwaben

friedenskinder

meine mutter
meinte neulich zu mir
wer heute
kinder in die welt setzt
handelt
aus eigensucht

die kinder
hätten ja nichts mehr davon

ich sagte
na hör mal
ich lebe doch auch
immerhin:
vierundvierzig geboren

durftest du das?

ke, 22.5.81

Krieg der Sterne?

Militarisierung des Weltraums schreitet zügig voran

Mit dem ersten erfolgreichen Flug der amerikanischen Weltraumfähre Space Shuttle sind nicht nur „Amerikas Hoffnungen, Amerikas Selbstverständnis als führende Weltraum- und Technikmacht" (1) erneut einer ob dieser Fähigkeiten staunenden und weitgehend faszinierten Weltöffentlichkeit demonstriert worden. Der Erfolg dieses Projektes und die zeitgleichen Meldungen über den Start eines sowjetischen Killersatelliten (2) dokumentiert auch, wie weit die Militarisierung des Weltraums bereits fortgeschritten ist, daß das im Weltall angehäufte Arsenal an Technik und Waffen, sowohl vom Umfang als auch von der Gefährlichkeit her, den Vergleich mit der „Nach"Rüstung kaum zu scheuen braucht,

„Mit dem neuen amerikanischen Weltraumschiff Space Shuttle beginnt die zweite Phase in der Eroberung des Weltraums" (3), eine Phase, die eindeutig unter dem Schwerpunkt der Kriegsvorbereitung steht: „Der Weltraum wird zum Schlachtfeld" (1). Der ehemalige Abrüstungsbeauftragte der USA, P.Warncke, meinte gar: „Schon am Ende dieses Jahrzehnts kann der Krieg im Weltraum Wirklichkeit sein" (1). Die Raumfähre soll dabei das „Rückgrat einer zukünftigen Weltraumstreitmacht" der USA sein, angestrebt wird eine „dauernde Anwesenheit Amerikas im Weltall" (1). Im Folgenden wollen wir einen kurzen Überblick über die bisherige militärische Nutzung des Weltraums, den Stand der technischen Entwicklung und vor allem die besorgniserregenden Neu-

blick über die bisherige militärische Nutzung des Weltraums, den Stand der technischen Entwicklung und vor allem die besorgniserregenden Neu-

entwicklungen und Planungen auf diesem Gebiet geben.

Eine Analyse der in den vergangenen 6 Jahren (70-76, d.V.) gestarteten Satelliten zeigt, daß die Sowjetunion seit 1968 im Durchschnitt jährlich etwa 30 Fotoaufklärungssatelliten gestartet hat, wohingegen die Rate der Vereinigten Staaten seit 1971 etwa sieben pro Jahr beträgt, stellte das schwedische Friedensforschungsinstitut SIPRI in seinem Jahresbericht 1976 fest. Was heute bereits in ersten Szenarios durchgespielt wird, ein Krieg im Weltraum, erscheint erst als noch ferne Möglichkeit: „*Das Konzept einer Kontrolle durch Satelliten könnte durch die Entwicklung von Techniken gefährdet werden, wodurch diese Satelliten durch andere abgefangen und zerstört werden können*" (4).

1978 waren es bereits 112 Satelliten, die militärischen Zielen dienten, hauptsächlich Aufklärungssatelliten und Satelliten zu deren Bekämpfung (5). „*Im Jahre 1979 wurden 94 militärische Satelliten (10 von den USA, und 84 von der UdSSR) auf ihre Umlaufbahn gebracht*" (6). Und für 1980: „*Von den 89 sowjetischen Raumstarts im vergangenen Jahr waren 81 militärisch, von 12 amerikanischen Raumraketen trugen 10 eine militärische Nutzlast" (1) „Bis Ende des Jahres 1979 wurden etwa 1700 für militärische Aufgaben bestimmte Satelliten in eine Erdumlaufbahn gebracht, das sind etwa 75 Prozent aller bisher gestarteten Erdtrabanten. Fast alle sind sowjetischen und amerikanischen Ursprungs. Allein in den letzten fünf Jahren von 1975 bis 1979 setzten die UdSSR 451 und die USA 90 militärische Satelliten ein*" (7).

Auch die meisten der offiziell „zivilen" Raumfahrtunternehmen dienen keineswegs nur der Erforschung der Gestirne „im Dienste der Menschheit", sondern weisen starke militärische Komponenten auf. Nur ein Beispiel: „*Die GEMINI-Flüge der Jahre 65 - 69 haben aber die amerikanischen Fähigkeiten auf dem Gebiet der bemannten Raummanöver und in der Rendevous-Technik unter Beweis gestellt, die die wesentlichen Voraussetzungen für den Einsatz von Abfangsatelliten darstellen. Außerdem ist die Forschung auf dem Gebiet von raumgestützten Anti-Satelliten-Systemen seit den 60er Jahren weitergeführt worden; die im Rahmen der Apollo-Mondflüge und der ABM-Programme (Anti-Raketen-Raketen, d.V.) entwickelten Technologien könnten bei der Entwicklung von Abwehrsatelliten eingesetzt werden*" (7). Ähnliches dürfte auch für die sowjetischen Soljut-Programme gelten.

Der Weltraum ist also bereits seit Anfang der 60er Jahre voll in die Kriegsplanung der Großmächte einbezogen. „*Sicherheitspolitische und militärische Lagebeurteilung und Entschlußfassung wie auch die Durchführung von militärischen Operationen selbst sind heute ohne Satelliten nicht mehr denkbar" (7). „Ohne Raumstationen, ohne Satelliten ist die Unterhaltung der strategischen Streitmacht nicht mehr möglich. Das ist schon seit einer ganzen Reihe von Jahren der Fall" (8).*

UdSSR: Herrscher des Kosmos?

Tatsächlich hat die UdSSR bereits seit den fünfziger Jahren ein außerordentlich ehrgeiziges und wohl ebenso kostspieliges Weltraumprogramm durchgeführt. Der „Sputnik-Schock" 1957 zeigte erstmals, über welche technologischen Fähigkeiten sie bereits verfügten. Diese Versuche waren, wie Meldungen über erfolgreiche Versuche mit Abfangsatelliten zeigten, keineswegs rein friedlicher Natur. Dennoch drückt die fast erdrückend wirkende Überzahl sowjetischer Starts, fast 5:1, vor allem die technologische Überlegenheit der USA auf diesem Sektor aus.

Direkt vergleichbare Daten gibt SIPRI nur für den Bereich der 1979 gestarteten fotographischen Aufklärungssatelliten: Während BIG Bird auf 179 Tage kommt, arbeiten die sowjetischen Cosmos-Aufklärer nicht länger als 32 Tage, der Durchschnitt liegt gar bei 12 - 13 Tagen (9). „*Die fünffache Anzahl der sowjetischen Satelliten mag unter anderem dadurch verursacht sein, daß viele von ihnen eine vergleichsweise kürzere Lebensdauer haben als die amerikanischen, so daß zur konstanten Erfüllung eines identischen Auftrags mehr Satelliten gestartet werden müs-*

nischen, so daß zur konstanten Erfüllung eines identischen Auftrags mehr Satelliten gestartet werden müs-

sen" (7). Eindeutig im Vorteil sind die USA jedoch, was die Operationshöhe ihrer Himmelsgeschosse angeht: „*Nicht erreicht wurden bisher von den sowjetischen Versuchen die großen Höhen, die die USA zunehmend für ihre Fernmelde- und Navigationssatelliten nützen... Daraus läßt sich schließen, daß die meisten amerikanischen Satelliten derzeit noch relativ ungefährdet sind*" (7). Endgültig alles klar ist dann, wenn die USA ihre Satelliten„abwehr" auf die in Entwicklung befindlichen Laser- und Teilchenstrahl-Waffen umstellen, die gegnerische Systeme aus großer Entfernung zerstören können. Dagegen explodieren die „Killer" der UdSSR in direkter Nähe des feindlichen Objekts und sind somit auf Distanz wirkungslos..

Der technische Vorsprung der USA kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch die UdSSR ein Waffenpotential im Weltraum aufgefahren haben, das nicht gerade dazu angetan ist, die Kriegsgefahr zu verringern.

Neue Entwicklungen

Stratsat: „*In den USA wird der Aufbau eines Systems von Nachrichtensatelliten erwogen, die die Erde in rund 185.000 km Höhe umkreisen und dort vorläufig unerreichbar und somit geschützt wären*" *(11)*. Ein weiteres globales Navigationssystem (NAVSTAR) soll in ca. 48.000 km aufgebaut werden (7). Darüberhinaus soll eine Reihe von Ersatzsatelliten die Erde „stumm" umkreisen, um bei Bedarf per Funkbefehl aktiviert zu werden und die Funktion zerstörter Systeme zu übernehmen. Weitere Ersatzsatelliten sollen auf festverbunkerten Raketen auf der Erde montiert werden (1). Die Bedeutung dieser Satelliten läßt sich sehr einfach an einigen Beispielen verdeutlichen: Die gesamte Aufklärung läuft heute über solche Satelliten. Es ist damit möglich, die Bewegung von Gegenständen in der Größe von Militärlastwagen zu verfolgen! So konnte etwa auch die Tatsache, daß die SS-20 auch für 3 Sprengköpfe erprobt wurde, per Satellitenüberwachung festgestellt werden.

Satelliten übernehmen neben Aufklärungsaufgaben auch die Steuerung von Raketen, um Ziele punktförmig treffen zu können. Dies gehört allerdings schon seit Jahren zum Standard (s. Kasten). Wenn jetzt mit dem Start der Space-Shuttle die Propaganda-Trommel eines Weltraumkrieges kräftig geschlagen wird, so hat dies zwei Gründe: Zum einen hofft man, die gegnerischen Satelliten ausschalten zu können, zum anderen, damit ein Abwehrsystem für Interkontinentalraketen aufbauen zu können. Gerade die von der Reagan-Administration geforderte Möglichkeit, einen Atomkrieg auf allen Ebenen führbar zu machen (s. den Artikel „Victory is possible") und nicht nur sogenannte 'chirurgische Atomschläge' ausführen zu können (z.B. mit der Nachrüstung), beruht auf der Fähigkeit, Interkontinentalraketen anders als mit bisherigen Abwehrsystemen, d.h. eigenen Atomexplosionen, abschiessen zu können. An beiden Möglichkeiten (Abschuß von Satelliten und Interkontinentalraketen) wird heute fieberhaft gearbeitet.

HIT: Der HIT-Flugkörper ist ein kleines, etwa 1 m langes Geschoß, das von F-15 Flugzeugen und Raketen aus gestartet werden kann und dessen irdische Erprobung bereits seit 1980 läuft. In der Nähe eines Ziels wird der genaue Standort durch Infrarot-Sensoren ermittelt und der Flugkörper wird mit einer Geschwindigkeit von 7,8 km/sec. ins Ziel gesteuert. Aufgrund seiner geringen Größe kann der HIT mit der Space Shuttle ins All transportiert und dort ausgeladen werden (12).

Laserwaffen haben den unersetzbaren Vorteil, daß sie bei Bedarf flächendeckend in alle Richtungen und über weite Entfernungen einsetzbar sind. Bei Satelliten sind Änderungen der vorgegebenen Flugbahn maximal um einige wenige Grad möglich. „*Die USA gehen dabei von der Überlegung aus, daß mit dieser Waffe der unmittelbare Zugriff zum Weltraum kontrolliert werden kann. Laser-Waffen, die im Raum stationiert sind, können gegen angreifende, hochfliegende Flugzeuge sowie besonders gegen Interkontinental-Raketen eingesetzt werden: mit einer hohen Geschwindigkeit schon in der Startphase, mit großer Treffsicherheit, mit Reichweiten von Tausenden von Kilometern..*" *(10)*. „*Mit nur 4*

Startphase, mit großer Treffsicherheit, mit Reichweiten von Tausenden von Kilometern.." *(10)*. „*Mit nur 4*

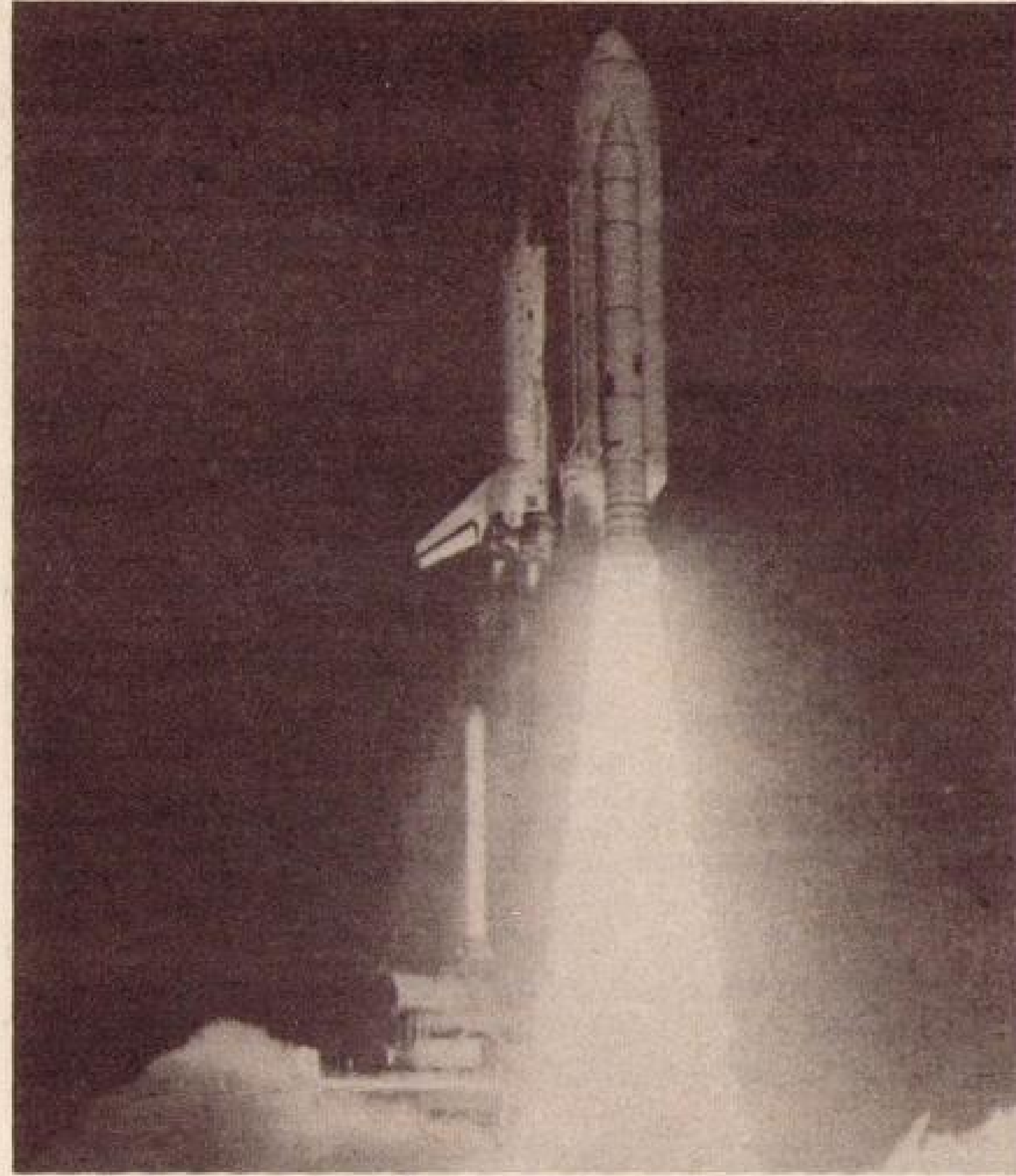
Laserstationen im All könnten die Sowjets alle B-52-Bomber, die F-111 und die meisten KC 135 Tanker abschiessen", da sie die im All stationierten Laser passieren müßten. Diese Aussage eines US'Senators wird angesichts des US-Vorsprungs in der Laser-Forschung wohl eher in umgekehrter Richtung sinnvoll. Bereits 1975 haben die USA jedenfalls ihre ersten Laserkanonen (auf Panzern) erfolgreich gegen Flugkörper getestet (13). 1978 gelang mit Laserstrahlen der Abschuß einer schnellfliegenden Panzerabwehrrakete. Das Problem bei erdstationierten Lasern liegt in der Wolkendecke, die der Strahl nicht zu durchdringen vermag. „*Diese Hemmnisse fielen weg, wenn sich die Strahlenkanone im Weltraum stationieren ließe. Dazu ist sie einstweilen (!) noch zu schwer und zu groß*" (14). Inzwischen wird bereits ein erstes Modell eines transportablen Laser an Bord eines Jumbo-Jet erprobt. „*Mitte der achtziger Jahre soll ein fünf Megawatt-Hochleistungslaser mit 4 Meter Spiegeldurchmesser im Weltall erprobt werden. Erste mit Laser-Waffen ausgerüstete Kampfstationen im All werden für Ende der achtziger Jahre, noch stärkere Laser-Waffengenerationen (15 m Spiegeldurchmesser, 25 Megawatt-Leistung) für Anfang der neunziger Jahre erwartet*" (1). Ebenfalls in Entwicklung ist ein riesiger Röntgen-Laser, der mit einer Mini-Atombombe angetrieben, „bis zu 50 Ziele gleichzeitig" zerstören kann (1). Allerdings wird die Mitte der 80er Jahre erprobte Lasergeneration noch nicht dazu in der Lage sein, über größere Entfernungen Abschüsse zu tätigen. Neben der Größe der Laser (5 Megawatt) müßte der Laser mit einer Genauigkeit von einem fünfmillionstel Grad auf sein Ziel gerichtet sein. Nach einer internen Studie, die US-Außenminister Haig anfertigen ließ, hofft man Ende des Jahrhunderts innerhalb eines Tages 60 Satelliten auf niedrigen Umlaufbahnen abschießen zu können. Ein Interkontinentalraketenabwehrsystem sei allerdings bis dahin kaum zu schaffen. Dafür benötige man „mindestens 20 Kampfstationen" mit 50 bis 80 entsprechenden Strahlenwaffen (Angaben nach „FAZ", 3.6.81). Für all diese Einrichtungen und Erprobungen dient die Space-Shuttle als Raumtransporter, deren Start und zukünftige Fähigkeiten alle möglichen US-Größen in Entzücken versetzte.

Space Shuttle und Spacelab: „*Mit der Fähre beginnt die industrielle Nutzung des Weltraums, zugleich wird der Krieg im All nun denkbar*" (1). Neben der Wiederverwendbarkeit ist auch die Steuerbarkeit und damit die Beweglichkeit dieses „Straßenkreuzers des Weltraums" (1) sowie ihre Transportkapazität (bis zu 7 Mann und 30 Tonnen Nutzlast) von Bedeutung. „*Senator Harrison Schmitt, ein ehemaliger Astronaut, der dem Raumfahrtausschuß des Senats vorsteht, möchte, daß Reagan*

Schmitt, ein ehemaliger Astronaut, der dem Raumfahrtausschuß des Senats vorsteht, möchte, daß Reagan

die USA dazu bringt, ein großes dauerhaftes Kommandozentrum in einer Umlaufbahn um die Erde einzurichten, wobei die Raumfähre Bau-

Fortsetzung nächste Seite



Der erste Space Shuttle beim Start in Cape Canaveral

Fortsetzung von Seite 12

material, Ausrüstung und Personal hinaufbringen könnte. Nach Ansicht von Schmitt ist die Raumfähre allem überlegen, was die Sowjets gegenwärtig entwickeln" (15). Nach Willen der Pentagon-Strategen soll die Space Shuttle das Rückgrat einer künftigen Weltraumstreitmacht der USA bilden. Das geplante Weltraumlabor Spacelab soll mit der Fähre hochgebracht werden, aber auch der Transport von ganzen Satelliten, die oben zusammengebaut werden, und der o.g. Laserwaffen wird damit möglich. „*Die Größe des neuen Raumschiffes erlaubt es den Militärs sogar, feindliche Trabanten einfach im Orbit einzusammeln, im Frachtabteil zu verstauen und zur Erde zu transportieren*" (16). Entsprechend groß war auch das Interesse der Militärs an diesem Programm. „*Harold Brown, der frühere Kriegsminister, hatte das Shuttle-Programm als wesentlich für die künftige militärische Planung bezeichnet*" (8) und auch „*die Finanzierung für das Projekt wurde erst besser, als das Verteidigungsministerium beim damaligen US-Präsidenten Carter intervenierte*" (17). Seitdem sind einige wichtige Entscheidungen gefallen:

– Auf dem Raketengelände der Luftwaffe in Vandenberg (Kalifornien) wird ein zweiter Startplatz für die Fähre gebaut, der 1984 fertig sein soll (16).
– Bis Mitte 85 soll gleich neben der strategischen Luftwaffenzentrale NORAD in Peterson/Colorado eine militärische NASA eingerichtet werden (1).
– Mindestens ein Drittel der bisher geplanten etwa 500 Flüge ist für das Militär reserviert (1) . Von den zunächst vorgesehenen 5 Fähren sollen zwei ganz für militärische Zwecke zur Verfügung stehen.
– Schon der nächste Shuttle-Flug soll militärische Nutzlast ins Weltall bringen.

Das geplante und schon weitgehend fertiggestellte Weltraumlabor Spacelab wäre die erste durchgehend bemannte Kampfstation im All: Die Vision des 'Raumschiff Orion' wäre von der Wirklichkeit eingeholt: „*Amerikanische Militärs... drängen gegenwärtig den US-Präsidenten Ronald Reagan beim Kongreß die Mittel anzufordern, um in einer ständigen Umlaufbahn um die Erde eine Kommandozentrale des US-Verteidigungsministeriums (Pentagon) einzurichten*" (18).

Wozu dienen Satelliten?

– **Aufklärungssatelliten** dienen der Spionage. Durch ein hohes Auflösungsvermögen können Gegenstände bis zu 15 cm Größe identifiziert werden. Elektronische Systeme sind in der Lage festzustellen, ob ein Öltank gefüllt oder leer ist, was in einer Fabrik produziert wird usw.
– **Wetteraufklärung**
– **Landvermessung**: Die Herstellung möglichst exakter Karten vom Bodenrelief ist z.B. für die Cruise missile von größter Bedeutung, die sich anhand gespeicherter Karten selbstständig an Unebenheiten im Gelände orientieren und diese dann umfliegen können. Das gleiche gilt für die Zielprogrammierung der Interkontinentalraketen.
– **Frühwarnung**: Beobachtung gegnerischer Raketenstarts
– **Nachrichtenübermittlung**: „*Mehr als zwei Drittel des grenzüberschreitenden militärischen Fernmeldeverkehrs der USA werden über Satelliten abgewickelt*" (7), wobei noch zusätzlich „*bis zu 50% der Kapazität ziviler Nachrichten-Satelliten mitbenutzt werden*" (10).
– **Navigationssatelliten** „*dienen dem Einsatz der Waffensysteme selbst; die Genauigkeit der Standortbestimmung beträgt bei*
Standortbestimmung beträgt bei
ihnen 10 m, die der Geschwindigkeitsmessung 6 m/sec., so daß die Waffensysteme (Flugkörper, Flugzeuge, Schiffe etc.) weit effektiver eingesetzt werden können" (7). Sie sind „*für die nukleare U-Boot-Waffe der USA unerläßlich*" (8), von „*Präzision und Reichweite dieser Navigationssysteme hängt es somit ab, ob Politiker und Militärs die Möglichkeit zum Planen des selektiven nuklearen Krieges erhalten*" (28). Das geplante NAVSTAR-System soll u.a. als Leitsystem für den Einsatz der Cruise missile dienen (29). „*Die Vielfalt der den Satelliten übertragenen militärischen Aufgaben unterstreicht ihre Bedeutung im Rahmen globaler sicherheitspolitischer Überlegungen. Ihre ungehinderte Nutzung setzt die jeweilige Seite erst in Stand, ihr Abschreckungspotential politisch und notfalls auch militärisch zu nutzen*" (7).

BRD auch im Geschäft

Mit der europäischen Trägerrakete „ARIANE" basteln verschiedene europäische Länder, v.a. Frankreich und die BRD, an einem eigenen Transportsystem in den Weltraum. Die Ariane ist u.a. geeignet, kleinere Satelliten hochzuschiessen (8). „*Es ist das erstemal, daß Westeuropa in der Lage ist, die USA im Raketenbusiness zu attackieren,* " (19) klagte das Wallstreetjournal. Mit der Rakete können Nutzlasten bis zu 2450 kg hochgeschossen werden (20). Die gesamte zweite Stufe wurde von der VFW-Zweigstelle ERNO in Bremen gebaut. MBB ist maßgeblich am Bau
gebaut. MBB ist maßgeblich am Bau
diverse Satelliten beteiligt, „wie Meteosat II, Intelsat V, Exosat und TV-Sat" (21). Bereits 1978 wurden zwei an BRD-Instituten (Bonn, Freiburg) entwickelte Raumsonden von der NASA verwendet (22).

In der Hamburger Forschungsanlage DESY wird schon längere Zeit mit gebündelten Laserstrahlen experimentiert. Im Gespräch ist eine bodenstationierte „Strahlenkanone mit Doppellauf". Mit einem Strahl würde ein Loch in die Wolkendecke „gebrannt", der zweite Strahl könnte ungehindert durchdringen und gegnerische Ziele angreifen (23). Schon 1976 stellte L.Bölkow vom Rüstungskonzern MBB fest, „*daß Space Shuttle und Spacelab wenig Sinn für zivile Zwecke hätten*" und die Produktion nur unter militärischer Zielsetzung zu rechtfertigen sei (24). Entsprechend dick sind MBB und VFW auch im Geschäft: Große Teile des Weltraumlabors Space-Lab werden von ERNO, Raumfahrtabteilung des inzwischen vereinigten MBB-VFW-Konzerns, gebaut. Der Prototyp ist bereits fertiggestellt (25). Die Verträge für das zweite Labor bereits unter Dach und Fach (20).

Mit dabei ist auch die „Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt" (DFVLR), die gemeinsam mit ERNO die „erste Mission unter deutscher Federführung vorbereitet" (26). Einige Bedeutung könnte in diesem Zusammenhang auch der OTRAG zukommen, die ja an der Entwicklung von Billigraketen u.a. für den Satellitenstart arbeitet. Die Startbahnplätze der OTRAG (früher Zaire, jetzt Libyen) zeichnen sich u.a. durch ihre Äquatornähe aus, die für Raketenstarts optimal ist. Der Rüstungskonzern DORNIER ist an Forschungsprojekten für den Einsatz im europäischen Weltraumlabor beteiligt und stellt eine Reihe von Experimentalanlagen für Spacelab her (27).

Wenn auch die Beteiligung westdeutscher Astronauten an Raumflügen noch nicht in Sicht ist, so bleibt dennoch festzustellen, daß die BRD zumindest seit Jahren dabei ist, sich wichtiges technisches Know-How zu sichern und zu erarbeiten. Eine Beteiligung der BRD am Wettrüsten im Weltraum ist längst nicht so unwahrscheinlich, wie es aufgrund der äußerst zurückhaltenden Presseberichterstattung scheinen mag. Aber auch so ist die Situation im Weltraum gespannt genug. Das verfrühte Ableben eines Satelliten versetzt die Strategen in Ost und West bereits heute regelmäßig in größere Unruhe, da sie nie genau wissen, ob nicht doch ein gegnerischer „Killer" am Werk war. Man darf gespannt sein, wann die ersten Meldungen über „Fehlalarme" durch die Zeitungen gehen, gar nicht zu reden von der geradezu einladenden Möglichkeit, den Gegner – und das gilt vor allem für die US-Kriegsstrategen – mit einem Überraschungsangriff lahmzulegen, ihm so auch die Möglichkeit zum gezielten Einsatz der strategischen Atomwaffen zu nehmen.

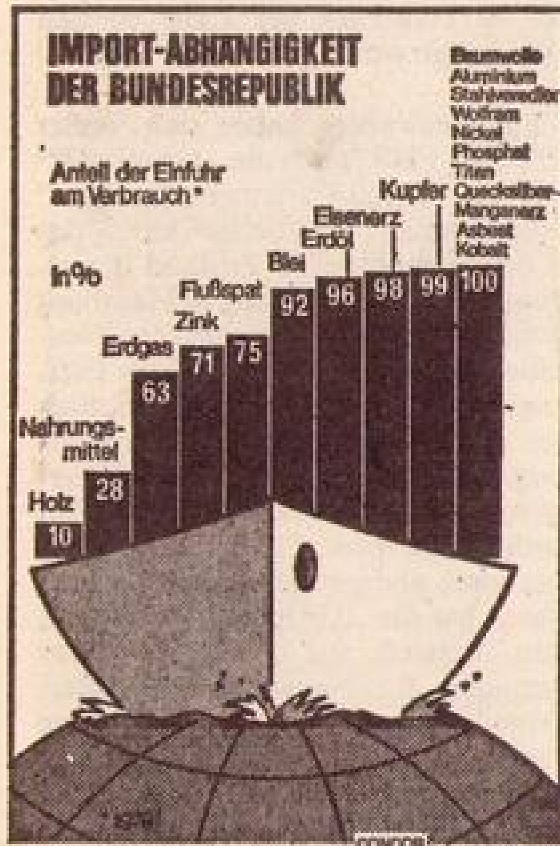
Antimil-Kommission KB/Göttingen

Anmerkungen:

(1) „Spiegel", 14/81
(2) „FAZ", 20.3.81 zit. n. ami 5/81
(3) „FR", 13.4.81
(4) SIPRI Jahrbuch 76 zit n Rüstung
(4) SIPRI Jahrbuch 76, zit. n. Rüstung und Abrüstung im Atomzeitalter
(5) Sipri-Jahrb. 79 , zit. n.ami 3/80
(6) Rüstungsjahrbuch 80/81; S.19
(7) Oberstleutnant H.Pickert in „Aus Politik und Zeitgeschichte" 41/80 Angaben aus div., Sipri-Jahrbüchern u. IISS-Berichten
(8) „FR",10.4.81
(9) Rüstungsjahrbuch 80/81, S. 122-23
(10) Wechselwirkung, Mai 81
(11) Arned Forses Journal International zit. n. Wechselwirkung
(12) Sipri 78, zit. n. Wechselwirkung u. (7)
(13) „FR", 19.3.77
(14) „Spiegel", 18.8.78
(15) „FR", 9.4.81
(16) „FR", 23.6.79
(17) „FR", 11.4.81
(18) „FR", 3.4.81
(19) „Spiegel", 24.9.79
(20) „VFW-aktuell", 3/81
(21) „Gött. Tageblatt" (GT), 27.12.79
(22) „GT", 25.11.78
(23) „Spiegel", 35/78
(24) „Flug Revue", 30/76, zit. n. ami 5/81
(25) „ERNO-aktuell", 9/80
(26) „Spacelab-Report", März 81
(27) „Dornier informiert", 3/81
(28) BW-Oberstleutnant Loose, zit.n. „Courage" 6/81
(29) nach „ami" 4 - 5 /79

USA horten Rohstoffe für den Krieg

Das „Zeitalter der Rohstoffkriege" sei bereits angebrochen, hatte der neue amerikanische Außenminister Haig im letzten Oktober vermelden lassen und seine Befürchtung geäussert, daß die Staaten im südlichen Teil Afrikas sich in Zukunft der Sowjetunion anschließen könnten. Die Reagan-Regierung machte sogleich Nägel mit Köpfen. Die Bereitstellung von 100 Millionen Dollar für den Ankauf von 1,2 Millionen Pfund Kobalt, begründete er mit den Worten, daß „...*die Verteidigungskraft und die Verteidigungsindustrie des Landes nicht durch mögliche Versorgungsengpässe und Lieferausfälle gefährdet werden dürfe*" („FAZ", 18.3.81).



Wie sehr diese Abhängigkeit von Kobalt besteht, hatte sich im Mai 1978 deutlich gezeigt. Als in Zaire Guerilla-Truppen in der Provinz Shaba eindrangen und e i n e Mine in Beschlag nahmen, fiel mehr als die Hälfte der westlichen (nicht nur USA!) Kobalt-Produktion weg!

Und die „Süddeutsche Zeitung" rechtfertigte das damalige militärische Eingreifen der NATO-Staaten USA, Belgien, Frankreich und England in Zaire ganz offen. Sie schrieb: „*Trotz neuer Technologien gehören Kupfer und Mangan immer noch zu den strategischen Bodenschätzen, deren wichtigste Vorkommen partout nicht in die Verfügungsgewalt der weltpolitischen Antagonisten (Gegenspieler, Anm. AK) fallen soll...*" (23.5.78).

Trotz Niederschlagung des Aufstandes und nur kurzfristigen Lieferausfalls war der Kobaltpreis von sechs Dollar je Pfund auf fast 45 Dollar geklettert.

Die Vereinigten Staaten sind heute bei solch wichtigen Rohstoffen wie Bauxit, Platin, Aluminium, Nikkel und Vanadium zu 75 % importabhängig; für Kobalt, Mangan, Chrom und Magnesium – wichtige Güter zur Herstellung von Stahl – erhöht sich dieser Anteil auf fast 100 Prozent („FR", 4.3.81).

Die amerikanische Regierung versucht, ihre Importe von einst sicheren Rohstofflieferanten wie Zimbabwe, Sambia oder Zaire auf stabilere Rohstoffländer wie Australien, Kanada, Mexiko, Brasilien oder Venezuela auszubauen.

Wie sehr sich die Rohstofflieferanten gewandelt haben, zeigt sich u.a. an dem Rohstoff Chromit, der zur Produktion von Rüstungsgütern unentbehrlich ist. In den 50er Jahren hatte die Sowjetunion noch 24 % des amerikanische Chromitverbrauchs geliefert, während 1978 der Lieferanteil auf 6 % sank (ebenda).

Auch die SU hatte sich in letzter Zeit durch den Ankauf von Wolfram, zur Produktion von Rüstungsgütern unerläßlich, auf dem Weltmarkt hervorgetan. Diese Politik der Rohstoffhortung hat mittlerweile internationale solche Ausmaße angenommen, daß vom „Rennverlauf auf der Rohstoffbahn" die Rede ist!

AKW-Nein-Kommission

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lerchenstraße 75, 2 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 54 15; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 90, halbjährlich DM 48 (als FörderAbo jährlich 140, halbjährlich DM 70; Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 / BLZ 200 100 20 oder Dresdner Bank Hamburg, Konto 4810 68500 / BLZ 200 800 00; Einzelpreis DM 3,-; erscheint 14täg. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung. Auflage dieser Ausgabe: 7.000.

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Hamburg: Klose zurückgetreten —

ins Rathaus muß eine Alternative!

Hamburgs Bürgermeister Klose ist zurückgetreten. Die Interessen der im Aufsichtsrat der Hamburger Elektrizitätswerke (HEW) vertretenen Konzerne, insbesondere der Elektrokonzerne HEW und Siemens am Kernkraftwerk Brokdorf waren stärker als der vorsichtige Kurs des Bürgermeisters zum Ausstieg Hamburgs aus dem Projekt. Ein Parteitagsbeschluß der SPD, der im Februar noch als „Sieg Kloses" gefeiert worden war, stieß auf den Widerstand nicht nur dieser Konzerne und der CDU, sondern auch in der SPD selbst. Eine starke rechte Fraktion (mit einer Mehrheit im Landesvorstand und in der Bürgerschaftsfraktion) um den Landesvorsitzenden Staack, den Fraktionsvorsitzenden Hartmann und Wirtschaftssenator Steiner verweigerte Klose die Gefolgschaft und drohte offen, mit der CDU für Brokdorf zu stimmen.

Der Konflikt um Klose/Brokdorf hat mittlerweile zu heftigen parteiinternen Auseinandersetzungen um den Kurs der SPD geführt. Diese Auseinandersetzungen werden derzeit vom rechten Parteiflügel beherrscht. So ist der aus Hamburg kommende Verteidigungsminister Apel als „Schlichter" und „Königsmacher" des zukünftigen Klose-Nachfolgers bestellt worden; so haben 5 dem linken Parteiflügel zugerechnete Mitglieder des Fraktionsvorstands ihre Ämter niedergelegt; zwei linke Landesvorstandsmitglieder (Gerhard Schmidt und die ASF-Vorständlerin und Mitarbeiterin der Hamburger „Leitstelle zur Gleichstellung der Frau", Regula Schmidt-Bott) sind sogar aus der Partei ausgetreten.

Während Klose wieder als Abgeordneter in die Bürgerschaft einkehrt und beruhigend darauf hinweist, daß seine politische Karriere nicht beendet sei („Spiegel"-Interview, 1.6.), hat der Landesvorstand einstimmig beschlossen, daß der zukünftige Bürgermeister darauf verpflichtet werden soll, den „Klose-Kurs" — auch in der Brokdorf-Frage — weiterzuverfolgen. Bleibt die Frage: warum ist Klose eigentlich zurückgetrenten?

Der Mythos vom Kernkraftgegner und Umweltschützer Klose

Es ist schon erstaunlich, daß Klose in den Augen der Öffentlichkeit und sogar nicht weniger Linker mittlerweile als Kernenergie-Gegner gilt. Er hat damit nicht unerheblich dazu beigetragen, daß zumindest in Teilen der Bevölkerung, die dem Atomprogramm kritisch und ablehnend gegenüberstehen, die Hamburger SPD wieder einige Hoffnungen weckte und ihre Glaubwürdigkeit zu festigen in der Lage schien. Grund hierfür: der Parteitagsbeschluß vom 2. Februar 1981, daß Hamburg sich aus dem Projekt Brokdorf zurückziehen soll. Voraussetzung hierfür: die zu 72% im städtischen Besitz befindliche HEW muß ihre finanzielle Beteiligung zurückziehen. In den HEW selber aber dominieren die Konzernvertreter sowie die ihnen willig zur Seite stehenden Vertreter der rechten SPD-Mafia, die Unterstützung beim DGB, insbesondere beim Hamburger IG Metall-Vorsitzenden Müllner, bekommen. Ihre Antwort auf den SPD-Beschluß: Wenn die Stadt Hamburg nicht mehr will, machen die HEW trotzdem weiter. Diesen deutlichen Affront beantwortete Klose mit einem ungewöhnlichen Denkmodell: er dachte laut darüber nach, die HEW unter Berufung auf das „Gemeinwohl" zu zwingen, der Energiepolitik des Hamburger Senats zu folgen. Eine Möglichkeit, die das Energiesicherstellungsgesetz (zumindest HEW unter Berufung auf das „Gemeinwohl" zu zwingen, der Energiepolitik des Hamburger Senats zu folgen. Eine Möglichkeit, die das Energiesicherstellungsgesetz (zumindest theoretisch, praktisch wurde dies bislang noch nicht erprobt) vorsieht; das hätte eine Teilverstaatlichung des privatwirtschaftlich arbeitenden Elektrizitätsunternehmens HEW zur Folge gehabt. Wobei die Chancen hierfür gar nicht so schlecht stehen sollten, könnte man meinen, angesichts 72% Anteile der Stadt an den HEW. Allerdings hätte dies einen erheblichen Bruch nicht nur mit der laut aufheulenden Springer-Presse und der CDU erfordert, sondern auch mit der sich dem kapitalistischen System mit Haut und Haaren verschreibenden Mehrheitsströmung in den Entscheidungsgremien der SPD.

Je dichter an den Schalthebeln der Exekutive sozialdemokratische Funktionäre sitzen, desto weniger sind sie zu solchen Eingriffen in das System bereit. Wurde der Anti-Brokdorf-Beschluß von den Kreisdelegierten der Hamburger SPD noch mit der klaren Mehrheit von 510 gegen 307 Stimmen gefaßt, waren es bei den Landesdelegierten nur noch 198 gegen 157 Stimmen, während in der Bürgerschaftsfraktion und im Landesvorstand eine Mehrheit g e g e n diesen Beschluß zu verzeichnen ist.

Klose hat sich in dieser Auseinandersetzung als Kernenergie-Gegner profiliert, obwohl er ganz nüchtern seine Brokdorf-Ablehnung mit der Gefahr einer 70-prozentigen Abhängigkeit Hamburgs vom Atomstrom begründet und stattdessen neue Kohlekraftwerke und den Ausbau des Fernwärmenetzes empfohlen hat. Gleichzeitig ist er Befürworter des nach Planung schon 1982 unter Hamburger Beteiligung in Betrieb gehenden AKW Krümmel, gleichzeitig ist er Befürworter der Hamburger Beteiligung am AKW Stade und am Schrottreaktor Brunsbüttel, dessen Stillegung er ablehnt.

Kloses Formel der Gleichrangigkeit von Umweltschutz und Wirtschaftswachstum hat ihm zudem nach SPD-Diktion den Ruf eines konsequent für den Umweltschutz eintretenden Mannes eingebracht. Zu diesem Zwecke wurde unter seiner Regierung eine Behörde für Umweltschutz unter Senator Curilla eingerichtet, stolz als „Bundes-Modell" propagiert. Gleichzeitig erreichte unter Kloses Regierung die Verschmutzung der Elbe durch die Industrie und das Fischsterben sowie die Existenzgefährdung der Elbfischer ihren Höhepunkt. Gleichzeitig wurden zum Nutzen der Industrie das Dorf Altenwerder dem Erdboden gleichgemacht, Moorburg und Francop müssen der Hafenerweiterung weichen, das große Hafenbecken Mühlenberger Loch soll für den Luftfahrt-Rüstungskonzern MBB zugeschüttet werden. Vertreibung der örtlichen Bevölkerung, Zerstörung der Umwelt sind die Folgen. Unter die Verantwortung der Regierung Klose fallen auch die ständigen Skandale um den Chemie-Konzern Boehringer, dessen Pflanzenschutzgift HCH in zunehmend höheren Werten in Pflanzen, Kuhmilch und Menschen entdeckt wurde.

Und schließlich ist die Zeit der Regierung Klose auch verbunden mit dem berüchtigten Stolzenberg-Skandal. Die Vertuschung dieses Giftgas-Produzenten-Skandals, der bis heute in Ausschüssen und Aktenordnern fest verschlossen ist, wurde von Klose gedeckt. Um den Schein von Konse- dal. Die Vertuschung dieses Giftgas-Produzenten-Skandals, der bis heute in Ausschüssen und Aktenordnern fest verschlossen ist, wurde von Klose gedeckt. Um den Schein von Konse- quenz zu erwecken, mußte der damalige Justizsenator Dahrendorf 1979 seinen Hut nehmen (um 1981 Innensenator in Westberlin zu werden), obwohl er nach Kloses eigenen Angaben eher weniger Verantwortung als der Bürgermeister selber für diesen Skandal hatte (Klose im Spiegel-Interview, 1.6.).

Klose — ein Linker?

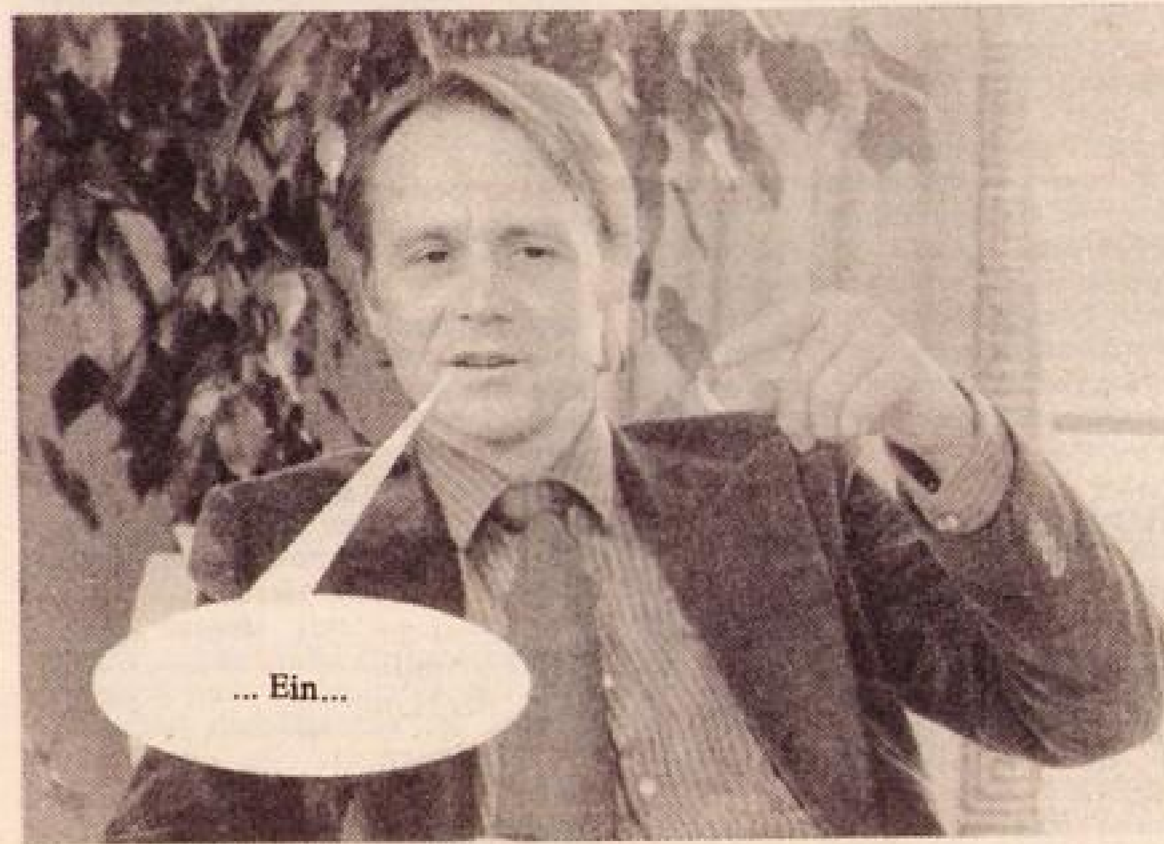
Auf dem Regierungskonto Klose sind noch eine Reihe rechter Entwicklungen in der Hamburger Politik zu verbuchen. Vorrangig sind dabei zu nennen: Der Ausbau des Schnüffelwesens (Verfassungsschutz in den Betrieben, „Rosa Listen" gegen Schwule und die „Spiegel-Affäre" auf öffentlichen Toiletten) sowie der massive Einsatz des Polizeiapparats gegen Demonstranten und Hausbesetzer. Kloses Innensenator Pawelczyk (Bundeswehr-Oberst und „Militär-Experte" der SPD) prahlt in Konkurrenz zu Bayerns Tandler, daß in Hamburg kein Haus länger als 24 Stunden besetzt bleibe. Entsprechend hart und brutal läßt er Hamburgs Polizei bei Hausbesetzungen aufmarschieren. Insbesondere der rücksichtslose Einsatz von Polizeihunden mit zum Teil schweren Verletzungen in der Folge geht auf sein Konto. Pawelczyk und sein Vorgänger Staack können als ihr Verdienst verbuchen, das Demonstrationsrecht in Hamburg erheblich eingeschränkt zu haben. So wurden die Demonstrationen gegen Strauß am 25.8.80 und gegen das AKW Brokdorf am 2.2.81 von ihnen verboten, gleichzeitig sind sie „Erfinder" der Taktik, selbst genehmigte Demonstrationen mit massiver Polizeibegleitung zu eskortieren.

In der Schulpolitik steht der Hamburger Senat mittlerweile im Schußfeld massenhafter Protestaktionen von Schülern und Eltern, die sich gegen die Schließung von 105 Schulen im Rahmen des Schulentwicklungsplans wehren.

Schließlich kann auch Hamburg nur mühsam die Folgen einer verfehlten Wohnungsbaupolitik im Griff halten, die in den letzten Jahren unter der Regierung Klose der Abrißpolitik und dem monströsen Wohnungsneubau von Betonsilos und Trabantenstädten den Vorrang vor dem Erhalt bestehenden Wohnraums und gewachsener Strukturen in den Stadtteilen gab. Mittlerweile gibt selbst der Senat die Zahl der Wohnungssuchenden mit 50.000 an.

Diese Bilanz muß man sich vor Augen halten, wenn jetzt vom „Linken" Klose die Rede ist und die Jusos ihn inzwischen zu ihrem Favoriten gekürt haben.

Was ist so „links" an diesem Mann, der seine steile Karriere 1973 als Innensenator begann, 1974 Bürgermeister wurde, der in dieser Zeit Befürworter des AKW Brokdorf und der Berufsverbote war? Sein „Linkssein" begann im Bürgerschaftswahlkampf 1978, damals war er noch eindeutig Kandidat der Parteirechten. Klose erkannte, daß der SPD der Einfluß in der Jugend flöten geht. Vor allem der Wahlerfolg der Bunten Liste hat ihn hierin bestätigt. Fortan gab Klose sich als Kritisch, gesprächs- und diskussionsbereit. Real anzurechnen ist dieser Entwicklung die „Liberalisierung" der Berufsverbotepraxis in Hamburg, die er unter dem Ausspruch „lieber 20 Kommunisten im Schuldienst, als 20.000 verunsicherte Jungbürger" einleitete. Seither pflegt Klose das Image des Grüblers und Denkers mit einigem Erfolg für die SPD. Der Wahlerfolg 1978 (51'5 % für die SPD) ist bereits zu einem Teil diesem Image zu verdanken gewesen. An der Brokdorf-Frage, mit der die SPD-Linke die SPD zur „legitimen Vertreterin der Anti-AKW-Bewegung" profilieren wollten, ist Klose allerdings gescheitert.







Was an realer linker Politik unter Klose gelaufen ist, ist mehr als dürftig gegenüber der konsequenten Rechtsentwicklung, den Einsparungen im sozialen Bereich, der Mißachtung des Bürgerwillens und der Repression, die in seiner Regierungszeit gelaufen ist. Daran muß auch das Geschrei um den „linken" Klose gemessen werden, wobei uns relativ wenig interessiert, ob dieser Mann tatsächlich seine Ansichten geändert hat. Es ist eher ein Armutszeugnis für die Durchsetzungsfähigkeit linker Positionen in der SPD, daß sie sich einen Mann wie Klose zur Gallionsfigur ihrer Ziele aussuchen muß, und es zeugt von der Perspektivlosigkeit, mit und in der SPD antikapitalistischer Politik zum Durchbruch zu verhelfen.

Wie geht es weiter in der SPD?

Während Klose sich in der Pose des konsequenten Idealisten sonnt, ist er in Wahrheit mit seinem Rücktritt vor einer Konfrontation mit dem rechten Parteiflügel ausgewichen. Daß das AKW Brokdorf wie geplant weitergebaut wird, stand ohnehin fest, da das Land Schleswig -Holstein und die SPD-geführte Bundesregierung den Bau längst beschlossen haben. Kloses Brokdorf-Gegnerschaft war daher nicht viel mehr als ein S c h e i n - gefecht mit dem Ziel der Werbung um Glaubwürdigkeit nach links, nicht aber ein Kampf zur praktischen Verhinderung des AKW.

Kloses Rücktritt ist Ausdruck der Tatsache, daß der Widerspruch zwischen linken Phrasen einerseits und immer rechterer Politik in der Praxis andererseits in einer Person nicht auszuhalten ist. Die Regierungspolitik der SPD in Hamburg stand vor einem doppelten Dilemma: Nach links konnte sie keine Glaubwürdigkeit gewinnen, sondern baute im Gegenteil noch weiter ab. Aber auch nach rechts drohten durch den in Klose personifizierten Widerspruch zwischen rechter Politik und linken Phrasen Verluste an die CDU. Klose's Rücktritt gibt der Partei-Rechten Raum, i h r e Politik noch stärker zur Geltung zu bringen. Er gibt aber zugleich Klose Gelegenheit, sich als neuer Landesvorsitzender der SPD — dieses Amt soll ihm nun wohl zugeschoben werden — ungenierter nach Links hin profilieren zu können, ohne dabei ständig durch seine eigenen Taten Lügen gestraft zu werden. Es könnte sich dadurch in der Hamburger SPD ein ähnliches Verhältnis einspielen wie in Bonn, wo Schmidt knallhart regiert und Willy Brandt als Parteivorsitzender salbungsvolle Reden hält.

Neuwahlen in Hamburg?

Neuwahlen angesichts einer Entwicklung, wo mitten in einer Legislaturperiode die regierende Partei ihren Kurs entgegen dem Programm, mit dem sie gewählt wurde, nach rechts verändert, bzw. eine personelle Anpassung an den eingeleiteten Rechtskurs vornimmt, wären sicher eine berechtigte Forderung.

Erhoben wird diese Forderung vor allem von CDU und FDP. Erstere wittern ihre Chance, angesichts der Krise der SPD endlich aus dem kümmerlichen Schattendasein in Hamburg herauszukommen. Schon seit Monaten trommelt die CDU auf der Welle der allem von CDU und FDP. Erstere wittern ihre Chance, angesichts der Krise der SPD endlich aus dem kümmerlichen Schattendasein in Hamburg herauszukommen. Schon seit Monaten trommelt die CDU auf der Welle der Schulproteste schwimmend für ihre „Elite-Schulen", versucht sie aus der Pleite der „Hamburger Stadtentwicklungsgesellschaft" im Iran einen „Garski-Skandal" zu machen.

Die FDP spekuliert auf vorzeitige Rückkehr ins 1978 verloren gegangene Parlament, wobei die Hamburger FDP-Spitze anscheinend eine Koalition mit der CDU vorbereitet. Die als FDP-Linke in den Bundestag gewählte Helga Schuchard hat dies gleichfalls signalisiert, als sie sich vom Merhheitsverhalten der Westberliner FDP (keine Koalition mit bzw. keine Unterstützung für Weizsäcker) öffentlich distanzierte. Auch Versprechen vor der Wahl und linke Mehrheiten werden — wie das Westberliner Beispiel klar zeigt — nichts daran ändern, daß die FDP auch in Hamburg der CDU in den Sattel helfen würde.

Für Neuwahlen haben sich außer CDU und FDP auch die „Gruppe Z" und die „Buli-Parlamentsfraktion" ausgesprochen. Wünschen kann das bei dem zersplitterten Zustand der alternativen Wahlbewegung in Hamburg eigentlich niemand; vorgezogene Neuwahlen würden den notwendigen Einigungsprozeß der Linken vermutlich eher erschweren; für die inhaltliche Einigung und den Aufbau einer alternativen Liste wäre etwas mehr Zeit gewiß ein Gewinn. Offensichtlich von einer ganz anderen Einschätzung ausgehend hat die „Gruppe Z" versucht, einen Vorstoß zur Initiierung einer Kampagne für Neuwahlen zu unternehmen. Getragen werden sollte diese Kampagne durch verstärkten außerparlamentarischen Druck (aktuell: eine Brokdorf-Demonstration, verstärkte

WAHLBEWEGUNG



Hausbesetzungsaktionen etc.), womit die „Z" die Hoffnung verband, die Krise der SPD nutzen und zuspitzen zu können.

Dies Projekt stieß außerhalb der „Z" bislang auf wenig Gegenliebe. Zum einen, weil in Hamburg die Bedingungen anders sind als in Westberlin (weder gibt es die Möglichkeit des Volksentscheids, noch hat sich die mit 69 gegen 41 Sitze regierende SPD real als dermaßen abgewirtschaftet und regierungsunfähig erwiesen wie die Westberliner SPD; noch hat in Hamburg eine der Westberliner Hausbesetzerbewegung vergleichbare außerparlamentarische Bewegung diese Krise beschleunigt). Zum anderen, weil solche Aktionen in der Hamburger Situation in Verbindung mit dem Klose-Rücktritt, real als Klose-Sympathie-Kundgebungen wirken würden.

Mißtrauen gegenüber dem Neuwahlen-Projekt der „Z" scheint auch angebracht angesichts der Frage, w e r in der alternativen Wahlbewegung derzeit ein Interesse an vorgezogenen Wahlen haben kann, wenn nicht diejenigen, die über ihre festen Positionen bei den Grünen schon in der Vergangenheit lauthals ihren „Führungsanspruch" für eine alternative Wahlliste proklamiert haben?

Auf Initiative der „BuLi-Parlamentsfraktion" fand zur Situation nach dem Klose-Rücktritt am 26.5. ein Treffen statt, an dem Vertreter aller Strömungen der Bunten Liste, der Grünen, der DKP, des KB, der „Z" und der Jungdemokraten teilnahmen. Von allen Teilnehmern (mit Ausnahme der Jungdemokraten) wurde akzeptiert, daß beschleunigt ein öffentlicher Diskussionsprozeß zum Programm und zur Bildung einer alternativen Liste in Hamburg angegangen werden muß. In diesem Sinne sollte aus Anlaß des Klose-Rücktritts eine gemeinsame öffentliche Erklärung abgegeben werden. Der KB übernahm es, hierzu einen Entwurf vorzulegen. Einige Tage später, am 4.6., wurde allerdings dieses für die Hamburger Verhältnisse beispiellose Vorhaben abgeblasen: Die Grünen waren aus ungeklärten Gründen nicht erschienen. Sowohl die DKP wie auch die Gruppe „Z" fanden die geplante Erklärung auf einmal nicht mehr so wichtig, zweifelten gar deren beabsichtigte, positive Wirkung für die Wahldiskussion in Hamburg an — sodaß zunächst nicht mehr als der im Gespräch erklärte gute Wille übriggeblieben ist.

Die Situation der alternativen Wahlbewegung

Die Bunte Liste Hamburgs ist nach ihrem Wahlerfolg 1978 (3.5%) in mehrere Lager zerfallen. Da ist zum einen die „Parlamentsfraktion", die den Positionen der „Z" nahesteht und sich den Hamburger Grünen zugehörig fühlt. Nach dem Konzept der „Z" soll

einen die „Parlamentsfraktion", die den Positionen der „Z" nahesteht und sich den Hamburger Grünen zugehörig fühlt. Nach dem Konzept der „Z" soll

die „Parlamentsfraktion" zusammen mit den Grünen das Grundgerüst einer Liste für die Bürgerschaftswahlen im Frühjahr 1982 bilden. Die Grünen werden dabei von der „Z" zur *„deutlich dominierenden und damit auch hauptverantwortlichen Kraft der alternativen Wahlbewegung Hamburgs"* erklärt, wie der „Z"-Vorsitzende im AK 194 (2.2.81) schrieb.

Auf ihrer Landesversammlung am 16./17. März lehnten die Grünen ausdrücklich Bemühungen um ein gleichberechtigtes Bündnis als „verfrüht" ab und beauftragten stattdessen den Landesvorstand, einen „kommunalpolitischen Kongreß" der Grünen (zu dem interessierte Unorganisierte herzlich eingeladen sind) zur Vorbereitung der Kandidatur 1982 durchzuführen.

Die „Z" verbindet ihren Führungsanspruch für die Grünen mit diffamierenden Herabsetzungen der Bunten Liste: Diese sei *„abgewirtschaftet"* und für eine Wahlalternative *„uninteressant"* geworden; *„interessant"* für ein Wahlbündnis seien hingegen Theoriegruppen wie die SOST oder das SB. Kurzfristig wurde auch mit einer Einbeziehung der DKP geliebäugelt; auf diese Blüten scheint jedoch inzwischen Frost gefallen zu sein.

Der „Block der Unorganisierten"

Neu eingemischt in die Hamburger Wahldiskussion hat sich ein „Block der Unorganisierten" (fast alles Mitglieder der Grünen), der sich zum großen Teil aus Bunte-Liste-Anhängern (hauptsächlich aus der BI Osterstraße) zusammensetzt, die nach der BuLi-Spaltung im „Bergpartei"-Flügel der BuLi („Parlamentsfraktion", „Z" u.a.) organisiert waren. Am 15. Mai veranstaltete dieser „U-Block" eine Diskussion aus Anlaß der Wahlen in Westberlin. Ca. 200 Interessierte kamen zu dieser Veranstaltung, seither trifft sich der „U-Block" wöchentlich. Inhaltlich vertritt dieser Block ein Konzept zur Vorbereitung einer „Alternativen Liste Hamburg", die beinhalten soll:

— Als Schwerpunkt Strukturen der Liste, die nach dem Modell der AL-Westberlin auf der Einzelmitgliedschaft (und nicht wie bei der BuLi von 1978 auf dem Bündnis von Initiativen) aufbaut und das Konsensprinzip (Wille zur Einheit, keine Kampfabstimmungen) zur Grundlage hat.
— Veränderung des Klimas, weg vom „Hick-Hack KB/Z" in der Phase der BuLi-Spaltung. Das neue Umgangsklima soll wesentlich von den Unorganisierten bestimmt werden.
— Erarbeitung eigener inhaltlicher Vorstellungen. Dazu soll ein „Kongreß der Unabhängigen" stattfinden (nach „Bunte Liste Info", nr. 5/81).

Offensichtlich begreift sich der „U-Block" neben der Entwicklung eigener inhaltlicher Vorstellungen auch als Bindeglied zwischen den zerstrittenen Strömungen, wobei aber ein eigentümlicher Avantgarde-Anspruch dieser „Unorganisierten" leider nicht zu übersehen ist.

Das „BULI-Initiativentreffen"

Das BuLi-Initiativentreffen ist der Mehrheitsflügel der gespaltenen Bunten Liste. In der neuen Ausgabe des „Bunte Liste-Infos" wird aus Anlaß des Klose-Rücktritts die Haltung dieses Teils der Bunten Liste zur Bürgerschaftswahl 1982 formuliert: *„Wir unsererseits halten ein einziges Wahlbündnis der verschiedenen Strömungen der Hamburger Wahlbewegung für unbedingt notwendig, um einerseits 1982 die 5 %-Hürde zu überspringen und andererseits die SPD nicht wieder aus unserer Schwäche und Uneinigkeit profitieren zu lassen. In den letzten Tagen hat es einige ermutigende Anzeichen dafür gegeben, daß der Wille da ist, die Differenzen zu überwinden".* Positiv werden dabei Diskussionen im „U-Block" und die gemeinsamen Gespräche nach dem Klose-Rücktritt erwähnt. *„Wir werden uns in diesen Prozeß einschalten ohne Führungs- und Dominanzansprüche und ohne Ausgrenzungsbeschlüsse. Wir halten auch eine Beteiligung der DKP an dieser Diskussion für sinnvoll. Das vielfach ihr gegenüber existierende Mißtrauen ist mehr als berechtigt. Allerdings sollten wir mögliche Gemeinsamkeiten davon abhängig machen, wieweit eine Einigung zu den vor uns liegenden Aufgaben erzielt wird, wieweit alle Beteiligten sich demokratischen Willens- und Meinungsbildungsprozessen unterwerfen. Eine Öffentlichkeit über laufende Diskussio-*

wieweit alle Beteiligten sich demokratischen Willens- und Meinungsbildungsprozessen unterwerfen. Eine Öffentlichkeit über laufende Diskussio-

nen ist dabei unbedingt notwendig". Positiv erklärt sich das Initiativentreffen zum geplanten kommunalpolitischen Kongreß der Grünen, *„wenn er a] offen ist für alle Strömungen und b] bemüht ist, ein gemeinsam getragenes kommunalpolitisches Programm zu erarbeiten, das allen Strömungen der Hamburger Wahlbewegung Rechnung trägt"* (Bunte Liste Info, Nr. 5/81).

Das „Problemkind" DKP

Der bemerkenswerte Taktik-Wechsel der DKP gegenüber der Neuen Linken und der alternativen Wahlbewegung (siehe dazu Artikel in diesem AK und in AK 201) scheint sich am stärksten gerade in Hamburg mit Blick auf die Bürgerschaftswahlen zu vollziehen. Bekanntgeworden ist in diesem Zusammenhang das Angebot der BuLi-„Parlamentsfraktion" an die DKP, einen Sitz der BuLi im Schulausschuß des Bezirksparlaments Eimsbüttel einzunehmen, worauf die DKP positiv reagiert hat.(Dieses Angebot ist übrigens seitens der „Parlamentsfraktion" ohne vorherige Diskussion in irgendeinem BuLi-Teil außerhalb der „Z" selbst gemacht worden).

Neue Umgangsformen signalisierte auch eine Diskussions-Veranstaltung auf dem Stadtteilfest der DKP in Hamburg-Nord Ende Mai: Auf dem Podium saßen und diskutierten Vertreter von Mieterinitiativen, DKP, KB, Grünen, Jungdemokraten, BULI-Initiativentreffen und Jusos. Dabei äußerte der DKP-Sprecher sich eindeutig positiv für ein Bündnis zu den Bürgerschaftswahlen und kündigte den Verzicht der DKP auf eine Alleinkandidatur an. Sicher ist, daß dies keine vereinheitlichte Meinung d e r DKP in Hamburg ist, zumal in Gesprächen mit DKPlern immer wieder auffällt, daß viele noch gar nicht über solche laufenden Diskussionen und Überlegungen in der Partei informiert sind. Auf der anderen Seite hat es im außerparlamentarischen Bereich in der letzten Zeit eine Zusammenarbeit auf Stadtteilebene, bei Hausbesetzungen und im Antifa-Bereich gegeben.

In der Hamburger Linken stößt die „Öffnung" der DKP allerdings auf sehr viel Skepsis und Ablehnung. Das liegt zum einen daran, daß die DKP ihren neuen Kurs weder mit einer ehrlichen (offenen) Debatte noch mit einer Selbstkritik ihrer bisherigen miserablen Umgangsformen verbindet, sondern im Gegenteil ihre neue Taktik sogar noch als konsequente Weiterführung ihrer immer schon richtigen Linie zu verkaufen versucht. Auf demselben Stadtteil-Fest, wo jetzt ein Sprecher des KB auf dem Podium mitdiskutieren konnte, wurden noch vor wenigen Jahren Verkäufer des „Arbeiterkampf" von DKP-Ordnern brutal zusammengedroschen. Und noch im Januar dieses Jahres waren DKPler für ein Flugblatt verantwortlich, in dem in unbeschreiblicher Weise der KB und die Bunte Liste für den Tod des Jugendlichen Olaf Ritzmann (nach einer Anti-Strauß-Demo im August 1980) verantwortlich gemacht worden.

Zusätzlich problematisch wird eine Zusammenarbeit wegen der inhaltlichen Differenzen (AKW-Frage; Verhalten zu außerparlamentarischen

Zusätzlich problematisch wird eine Zusammenarbeit wegen der inhaltlichen Differenzen (AKW-Frage; Verhalten zu außerparlamentarischen

Aktionen, die bei der DKP unter dem Stichwort „Gewalt" laufen; Verhalten zur Politik der Sowjetunion; Situation in Polen; Beschimpfung der Gewerkschaftsopposition als „Gewerkschaftsfeinde" u.a.). Hier wird die DKP ihre Lernfähigkeit noch unter Beweis stellen müssen, wenn sie wirklich bündnisfähig werden will.

Aktuell ist festzustellen, daß gerade bei der „Gruppe Z", die noch vor kurzem eine *„bevorzugte Bündnisachse"* mit der DKP aufzubauen versuchte (das ging soweit, daß „Z"ler auf DKP-Schulungen als Referenten auftraten!), ein Abrücken erkennbar ist. Die „Z" trägt damit dem Umstand Rechnung, daß ihr kleiner Flirt mit der DKP in der Grünen Partei großes Mißtrauen ausgelöst hat, was für die „Z", gegen die ja ohnehin ein parteiinternes Untersuchungsverfahren läuft, nicht gerade bekömmlich sein kann. Zudem haben sowohl der „Block der Unorganisierten" wie auch wichtige Hamburger Grüne, die nicht zur „Z" gehören (so vor allem Corny Littmann, Hamburger Spitzenkandidat zu den Bundestagswahlen 1980), unmißverständlich ihren Widerwillen gegen ein Wahlbündnis mit der DKP ausgedrückt. Für die „Gruppe Z" ist das Grund genug, gegenüber der DKP zumindest nach außen hin auf mehr Distanz zu gehen.

Alle diese Umstände zusammengenommen lassen derzeit eine Einbeziehung der DKP in ein Hamburger Wahlbündnis ziemlich schwierig erscheinen.

„Kommunalpolitischer Kongreß — eine Chance zur Einigung

Die Wahlen in Westberlin und der Klose-Rücktritt haben die alternative Wahldiskussion in Hamburg erheblich belebt. Außer bei den genannten Strömungen laufen in verschiedenen Basisinitiativen und Zusammenschlüssen auf Stadtteilebene Diskussionen, u.a. auch zur Beteiligung an den Wahlen zu den Bezirksparlamenten.

Die Grünen haben für den 12. Juni zur Vorbereitung eines kommunalpolitischen Kongresses im August/September aufgerufen. Offensichtlich scheint die Bereitschaft, diesen Kongreß tatsächlich anderen Strömungen zu öffnen, gewachsen. So interpretiert beispielsweise Reiner Link in der „Bunten Zeitung" Nr. 5 den Grünen-Beschluß so, daß die geschaffenen Arbeitsgruppen *„zwar von den Grünen initiiert* (sind), *sie stehen aber allen interessierten Personen und Organisationen offen"*. Ähnlich äußerten sich Grünen-Vertreter auf einer Versammlung des „U-Blocks" am 24.5. Wichtig erscheint uns, daß die proklamierte Aufgabe der Arbeitsgruppen, eine offene Programmdiskussion und Erarbeitung zur Vorbereitung des kommunalpolitischen Kongresses, auch realisiert wird. In diesem Sinn sollten wir uns an dem geplanten Kommunalpolitischen Kongreß und seiner Vorbereitung beteiligen. Gleichzeitig halten wir es für erforderlich, auf diesem oder einem weiteren Kongreß die Frage der Bildung einer Liste, ihrer Struktur- und Arbeitsweise sowie die Frage des imperativen Mandats, des Verhältnis parlamentarischer/außerparlamentarischer Arbeit zu klären. U.E. sollten die Hamburger Grünen nicht mehr daran festhalten, angesichts der begonnenen

parlamentarischer/außerparlamentarischer Arbeit zu klären. U.E. sollten die Hamburger Grünen nicht mehr daran festhalten, angesichts der begonnenen

Diskussion in verschiedenen Kreisen, ihre Partei als den Grundstock dieser Liste zu betrachten (was den Listenbildungsprozeß eher behindern wird), sondern den begonnen Ansatz in der Programmdiskussion auch auf den organisatorischen Aufbau der Liste ausdehen.

Für alle Interessierten: Das Vorbereitungstreffen für den kommunalpolitischen Kongreß findet am Freitag, 12. Juni um 19 Uhr im Martin-Luther-King-Haus, Grindelallee 9 statt.

Berichtigung

Ein Satzfehler hat sich in den Artikel „Schildbürgerstreiche der GIM" (AK 202, S. 9) eingeschlichen. In der rechten Spalte oben des Artikels muß es heißen: „51 Sitze hat die SPD, 9 Sitze hat die AL, 65 Sitze hat die CDU, 7 Sitze hat die FDP".

AL-Mitgliederversammlung: Mit CDU, SPD und FDP läuft nichts

Am 25. Mai fand die mit Spannung erwartete Mitgliederversammlung der Alternativen Liste (AL) statt, die über die künftige Politik, insbesondere über die Taktik gegenüber den bürgerlichen Parteien, entscheiden sollte. Die sehr gut besuchte MV (ca. 1500 ALler) wurde mit insgesamt 7 Anträgen konfrontiert, in denen sich die unterschiedlichen politischen Positionen wiederspiegelten. Im Kern handelte es sich um drei Strömungen:

- 2 Anträge forderten, daß die AL-Abgeordneten bei der Wahl des CDU-Bürgermeisters Weizsäcker mit Nein stimmen sollen. Eine — in der AL heftig umstrittene — an Bedingungen geknüpfte Tolerierung eines SPD/FDP-Minderheitensenats komme für die AL derzeit nicht in Betracht, nachdem die SPD von sich aus erklärt hatte, sie wolle auf alle Fälle in die Opposition gehen. Einem *„wie immer gearteten Minderheitensenat“* wolle die AL ohnehin nicht zur Macht verhelfen. Die AL wolle vielmehr, gestützt auf die außerparlamentarischen Bewegungen, ihre politischen Forderungen in Form eines Sofortprogramms ins Parlament einbringen und in einen offensiven Dialog *„mit allen politischen Kräften und Parteien“* eintreten, um Möglichkeiten zur Durchsetzung dieses Sofortprogramms auszuloten, zumindest aber ein breiteres Bündnis mit allen fortschrittlichen Kräften zu schaffen. Besondere Gesprächsangebote an SPD und FDP waren in diesen Anträgen bewußt nicht enthalten.
- Ein weiterer Antrag, der u.a. von Ernst Hoplitschek, Dieter Kunzelmann und Wolfgang Kaiser eingebracht wurde, unterschied sich nicht wesentlich von den beiden erstgenannten Anträgen. Dieser Antrag bemühte sich deutlich um einen tragfähigen Konsens in der AL und lehnte eine etwaige Tolerierungspolitik gegenüber SPD/FDP ab. Die Antragssteller kamen damit den ‚radikalen‘ Kräften in der AL insofern entgegen, daß sie auf die Forderung nach Gesprächsangeboten zur Verhinderung eines Weizsäcker-Senats gegenüber SPD und FDP verzichteten. Ein solcher Passus tauchte entgegen ursprünglichen Absichten nicht mehr auf. Dennoch bestanden die Antragsteller darauf, ausdrücklich öffentliche Gesprächsangebote an SPD und FDP auf der Grundlage des AL-Sofortprogramms zu richten, um die Möglichkeiten einer zumindest punktuellen Oppositionsführung gegenüber einem von der FDP-Fraktion geduldeten CDU-Senat praktisch zu prüfen.
- 4 weitere Anträge aus der Bezirksgruppe Tempelhof, von eingen Schöneberger Igeln und aus Kreuzberg — in letzterem Fall von der „Gruppe Z“ initiiert — forderten öffentliche Gesprächsangebote an die SPD und FDP *„zum Zwecke der Verhinderung eines Weizsäcker-Senats“* (Antrag Tempelhofs) auf der Grundlage eines AL-Sofortprogramms. Die AL müsse ihre Bereitschaft erklären, einen SPD/FDP-Minderheitssenat gegebenfalls zu tolerieren. Ein Vertreter der „Gruppe Z“ plädierte gleichfalls für die eventuelle Unterstützung der Wahl eines SPD-Bürgermeisters nach erfolgten öffentlichen Gesprächen mit SPD und FDP.

Die Strömung der „Tolerierer“ innerhalb der AL war auf der MV aber in einer klaren Minderheit. Vor allem deshalb, weil sie die AL bei realistischer Sichtweise die Frage der Tolerierung eines SPD/FDP-Minderheitssenats derzeit gar nicht zu stellen braucht, da die SPD dies aus bundes-, außen- und innenpolitischen Gründen derzeit gar nicht w i l l. Sie verharrt einstweilen lieber in der Opposition, um Weizsäcker die bevorstehende Drecksarbeit der Häuserräumungen zu überlassen. Unter Berufung auf einen angeblichen „Wählerwillen“, auf den sich bekanntlich j e d e bürgerliche Partei im Nachhinein bezieht, heißt es im von der „Z“ unterstützten Kreuzberger Antrag, daß die AL *„nichts unversucht“* lassen sollte, *„was zu einer politischen Wende in die Richtung führen kann.* SPD und FDP sind aufgefordert, ihren Wählerauftrag wahrzunehmen . . .“, da die Westberliner Bürger in ihrer Mehrheit gegen einen Weizsäcker-Senat voziert hätten. Diese Argumentation ist allzu windig, denn Fakt ist, daß die Mehrheit der Westberliner Wähler auch der Fortsetzung einer SPD/FDP-Koalition eben k e i n e Mehrheit verschafft haben — es sei denn, man rechnet die 90000 AL-Stimmen mit hinzu. Da die AL aber v o r den Wahlen sowohl eine Unterstützung der CDU als auch eines sozialliberalen Minderheitssenats a b g e l e h n t hatte, sind die AL-Stimmen am ehesten als Protest- und Denkzettel gegen alle drei bürgerlichen Parteien zu verstehen. Keinesfalls ist der Wählerwille so schlitzohrig umzuinterprezieren, daß diejenigen, die AL wählten, damit eine AL-geduldete SPD/FDP-Minderheitsregierung mitwählen wollten.

Da die Strömung der „Tolerierer“ in der AL eine nicht sehr relevante Minderheit darstellt, wurde der Kompromiß in den beiden erstgenannten Anträgen gefunden. Mit großer Mehrheit verabschiedete die MV schließlich folgende Resolution als Richtschnur der künftigen außerparlamentarischen und parlamentarischen Arbeit: Die 9 Igel-Parlamentarier werden bei der Wahl von Weizsäcker mit Nein stimmen. Die AL will weder eine offene noch verdeckte Koalition mit der SPD und wird keinem wie immer gearteten Minderheitensenat zur Macht verhelfen. Dies vor allem deshalb, weil sie diese Frage angesichts des Nicht-Wollens der SPD derzeit erübrigt hat. Die Parlamentsarbeit der AL im Abgeordnetenhaus wird zunächst in der Vorlage eines politischen Sofortprogramms bestehen, in dem u.a. die

„• Kürzung der Abgeordnetenhaus-Diäten,
- *Streichung der Autobahn Westtangente,*
- *Finanzierung eines dritten Frauenhauses,*
- *Amnestie für die im Zusammenhang mit den Hausbesetzungen und entsprechenden Demonstrationen Angeklagten,*
- *Integration der S-Bahn in das öffentliche Verkehrsnetz,*
- *Verhinderung der BVG-Fahrpreiserhöhungen,*
- *Modernisierung alter Kraftwerke, kein Kraftwerk Reuter-West,*
- *Änderung der Wohnungspolitik (Schwarzer Kreis und mehr; Legalisierung der Hausbesetzungen),*
- *Abschaffung des Hochsicherheitstrakts,*
- *Wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“*

gefordert werden. Die AL wird zwecks Durchsetzung dieser Forderungen Gespräche mit allen politischen Kräften anbieten, um *„der Verwirklichung der Ziele der außerparlamentarischen Bürger- und Basisbewegung Schritt für Schritt näherzukommen“* (aus der verabschiedeten Resolution).

Sollte der Weizsäcker-Senat scheitern und sich die bürgerliche Machtkonstellation verändern, wird sich die AL auf einer entsprechenden MV mit dieser Problematik erneut befassen.

Harte Kampfabstimmungen gab es lediglich bei einem Passus aus dem Hoplischek/Kunzelmann/Kaiser-Antrag, in dem explizit der SPD und FDP öffentliche Gespräche auf der Grundlage des Sofortprogramms angeboten werden sollten, *„um die Diskussion um Machterwerb und Machterhalt zu durchbrechen und den Bedürfnissen und Interessen der Bevölkerung Geltung zu verschaffen“*. Die Antragsteller zogen nach einem Abstimmungs-Patt diesen Passus zunächst zurück. Damit konnte sich das ‚authentische‘ oder ‚radikalere‘ Spektrum innerhalb der AL vor allem gegenüber SB-nahen Kräften sowie fortschrittlichen Gewerkschaftern durchsetzen, die zumindest eine punktuelle gemeinsame Oppositionsführung mit der SPD befürworten würden und teilweise schon vor den Wahlen in Zeitungsanzeigen die AL aufforderten, einen SPD/FDP-Senat zu stützen.

D., Westberlin

Auf der MV der AL (siehe Artikel in diesem AK) wurde eine Resolution verabschiedet, in der die neuesten Beschlüsse des Westberliner Kammergerichts verurteilt werden, wonach es dem frischgebackenen AL-Bezirksverordneten in Tiergarten, Gerald Klöpper, verwehrt wurde, sowohl auf der AL-MV als auch auf einer ersten Fraktionssitzung der AL teilzunehmen. AL-Mitglied Gerald Klöpper, nicht rechtskräftig verurteilt wegen der Entführung von Peter Lorenz und der Erschießung des ehemaligen Kammergerichtspräsidenten Drenckmann, seit 6 Jahren in U-Haft, wurde eine „Ausführung“ vom Gericht vor allem wegen der angeblichen Fluchtgefahr verweigert — mit einer sehr pikanten Begründung: sollte das Kammergericht einer „Ausführung“ Klöppers auf einer ordentlichen Parlamentssitzung im Bezirk Tiergarten zustimmen und kehrt Gerald freiwillig in die U-Haft zurück, lösen sich sämtliche Begründungen des Gerichts wegen angeblicher „Fluchtgefahr“ in Luft auf und sie müßten konsequenterweise Gerald Klöpper bis zur rechtskräftigen Verurteilung freilassen. Aus Justizkreisen wird deshalb schon an einer neuen Version gebastelt: es bestehe die Gefahr, daß Gerald Klöppers Sicherheit in der Öffentlichkeit gefährdet sei und deshalb eine Art „Schutzhaft“ erforderlich sei. Das Kammergericht wird sicherlich noch weitere derartige rechtsstaatliche Verrenkungen ausüben müssen, um das passive Wahlrecht von Gerald Klöpper zu hintertreiben. Die AL hat damit begonnen, gegen diese Schikanen und die massive Behinderung der Parlamentstätigkeit Gerald Klöppers seitens des Kammergerichts eine breite Gegenöffentlichkeit herzustellen.

D. Westberlin

Vom Ökofonds zur »Grünen Kreditbank« — Wahlbeteiligung als Einnahmequelle

Unter Federführung von Kadern der „Freien internationalen Universität“

dings die meisten nur mittelbar mit den Grünen zusammenhängen. Das

menhang mit dem Öko-Fonds finden, die sachkundig und tüchtig genug

einer sehr pikanten Begründung: sollte das Kammergericht einer „Ausführung“ Klöppers auf einer ordentlichen Parlamentssitzung im Bezirk Tiergarten zustimmen und kehrt Gerald freiwillig in die

Parlamentstätigkeit Gerald Klöppers seitens des Kammergerichts eine breite Gegenöffentlichkeit herzustellen.

D. Westberlin

Vom Ökofonds zur »Grünen Kreditbank« — Wahlbeteiligung als Einnahmequelle

Unter Federführung von Kadern der „Freien internationalen Universität“ (FIU), die dem „Unternehmensverband der Aktion Dritter Weg/Achberger Kreis“ angeschlossen ist, wird zur Zeit im Landesverband NRW der Grünen Partei ein bemerkenswertes Konzept zur Verwendung der aus der Wahlkampfkostenrückerstattung in die grünen Parteikassen geflossenen Gelder erarbeitet. Vor der eingehenden Würdigung dieses neuen Konzepts einer aufzubauenden „alternativen Grünen Kreditbank“ zunächst ein Rückblick auf die bisherige Geldvergabepraxis des niedersächsischen Öko-Fonds als dem mit Abstand finanzkräftigsten Fonds.

Der niedersächsische Öko-Fonds

Dieser Fonds wurde nach der niedersächsischen Landtagswahl 1978 mit 100.000 DM aus der Wahlkampfkostenrückerstattung der GLU aufgebaut. Nach Gründung der Grünen Partei wurde im niedersächsischen Landesverband beschlossen, künftig mindestens 10% der Wahlkampfkostenrückerstattung in den Fonds fließen zu lassen. Nach der mageren Ausbeute der Bundestagswahl (300.000 DM für Niedersachsen, also nur 30.000 DM für den Fonds) veranstalteten die Öko-Fonds-Verwalter ein Go-in beim Landesvorstand, um eine Anhebung des garantierten Öko-Fonds-Anteils auf 20% durchzusetzen. Beschlossen wurde dann schließlich eine 15%-Regelung.

Bis Februar 1981 wurden von dem Fonds 135.000 DM an Spenden vergeben, die sich nach dem Protokoll vom 10.2.81 folgendermaßen aufschlüsseln:

„Bildungsprojekt (Tagungsstätte Gorleben; Anm.AK) *: 25.000 DM; Kritische Wissenschaft (Gutachten): 22.000 DM; Umweltfreundliche Technik, Alternativ-Energien: 22.000 DM; Öffentlichkeitsarbeit, Ausstellungen, Medien: 17.000 DM; Kriminalisierungsverhinderung von Demonstranten* (d.h. vor allem Unterstützung von Grohnde-Angeklagten; Anm. AK) *: 15.000 DM; Umweltprozesse: 14.000 DM; Demonstrationen: 13.000 DM; Verschiedenes: 7.000 DM.“*

Detailliertere Aufstellungen zeigen eine deutliche Bevorzugung von Umweltschutzprojekten, von denen allerdings die meisten nur mittelbar mit den Grünen zusammenhängen. Das Beispiel der Prozeßunterstützung für Grohnde-Angeklagte oder etwa eine 2.500-DM-Spende an den Medienladen Hannover machen aber auch deutlich, daß hier bisher recht großzügig und nicht parteiborniert verfahren worden ist.

Die Grüne Kreditbank

Die Unterstützer des Kreditbank-Konzepts greifen die Großzügigkeit des niedersächsischen Öko-Fonds als verantwortungslose Anwendung des „Gießkannenprinzips“ an. Jürgen Binder (FIU), Verfasser eines Papiers „Überlegungen und Vorschläge zur Einrichtung eines Öko-Fonds“ (vom 29.3.81), entwirft sein Modell in deutlicher Abgrenzung zum ‚naiven‘ niedersächsischen „Wohltätigkeitsdenken“:

„Der Öko-Fonds muß sich der Notwendigkeit erfolgreichen Wirtschaftens stellen und sich als kontinuierliche, produktive und soziale Wirtschaftseinrichtung verstehen. Er darf nicht als karitative Geldverteilerorganisation mißbraucht werden, um wirtschaftliches Unvermögen im alternativen Bereich zu überdecken, auszugleichen und um selbständig nicht lebensfähige Wirtschaftsformen zu unterstützen. Der Öko-Fonds arbeitet deshalb nur mit Finanzierungsformen, bei denen die Mittel vollständig an den Fonds zurückfließen. Herkömmliche Wohltätigkeits- und Spendenvorstellungen werden vollständig abgelöst. (....) Die Arbeit des Öko-Fonds ist deswegen darauf gerichtet, seine Finanzmittel, seine Finanzkraft abgelöst. (...) Die Arbeit des Öko-Fonds ist deswegen darauf gerichtet, seine Finanzmittel, seine Finanzkraft zu verstärken, um in die Aufgabe einer alternativen Grünen Kreditbank hineinzuwachsen.“

Über die demokratische Kontrolle dieses Öko-Fonds, „der in die Aufgabe einer alternativen Grünen Kreditbank hineinwächst“, durch die Grüne Partei schreibt Binder:

„Die schönsten Kriterien und feinsten demokratischen Spielregeln bleiben für sich genommen eine abstrakte Hülle, die schon bald wie eine schmerzhafte materielle Verhärtung wirken kann. Es kommt entscheidend darauf an, ob sich Menschen für die Aufgaben und die Arbeit im Zusammenhang mit dem Öko-Fonds finden, die sachkundig und tüchtig genug sind, um ein alternatives Wirtschaftsunternehmen daraus zu machen.“

Spätestens an dieser Stelle, wo Binder die entscheidende Rolle tatkräftiger Männer – pardon, er selbst schreibt „Menschen“ – ins Spiel bringt, muß an eine Affäre erinnert werden, die den „sachkundigen und tüchtigen“ damaligen NRW-Landesschatzmeister Jürgen Binder scharfer innerparteilicher Kritik ausgesetzt hat. Für 56.000 DM hatte er damals bei der Hamburger Firma „CCS – Compact Computer Systeme“, die „zufällig“ auch zum Achberger Unternehmensverband gehört, einen Computer für die grüne Landesgeschäftsstelle angeschafft, der erstens überflüssig und zweitens teurer war als vergleichbare Fabrikate. Binder begründete diesen offenkundigen Fall von Vetternwirtschaft damit, er habe ein alternatives Wirtschaftsunternehmen unterstützen wollen. Daß es um die „Computer-Affäre“ dann allmählich wieder ruhiger wurde, lag auch daran, daß bei der insgesamt verschwenderischen Finanzpolitik des Landesverbandes dieser Posten gar nicht mehr ins Gewicht fiel: Annähernd 3 Millionen DM Wahlkampfkostenrückerstattung aus drei Wahlen (Europawahl, Landtagswahl und Bundestagswahl) sind mittlerweile so gut wie durchgebracht.

Partei pleite? — Die nächste Wahl kommt bestimmt!

Das Geld war schon von jeher ein gewichtiges Argument in der Grünen Partei. Mit den 4,5 Millionen DM aus dem Europawahlkampf ist schon im Gründungsprozeß der Partei massiv Druck gemacht worden. Auch heute ist selbst bei nach links kooperationsbereiten Grünen die nächste grüne Alleinkandidatur ein unerbittlicher Sachzwang zur Finanzierung ihrer Partei. Ein von der Bundesgeschäftsstelle vorgelegter Vier-Jahres-Plan rechnet schon mit den 1984 zu erwartenden Geldern aus der nächsten Bundestagswahlbeteiligung. Ein grünes Bankwesen und sonstige „alternativ wirtschaftende“ Unternehmungen dürften diesen Kandidaturzwang weiter verschärfen, zumal wenn sie unter der Leitung von unkontrollierbaren Geschäftemachern arbeiten.

Zwischenbericht der Kommission zur »Z-Problematik«

Die vom Bundeshauptausschuß der Grünen Partei auf seiner Sitzung am 21./22.2. eingesetzte „Kommission zur Problematik der Gruppe Z in den Grünen“ (so nennt sie sich selbst) hat am 11.5. einen ersten Zwischenbericht über ihre Arbeit vorgelegt. Das gerade eine Schreibmaschinenseite umfassende Papier enthält allerdings zur Sache selbst nichts. Zwar hätten „klärende Gespräche in Schleswig-Holstein und Hamburg“ stattgefunden – was da von wem „geklärt“ worden ist, verrät die Kommission aber vorerst nicht. Überhaupt will man sich Zeit nehmen und sich nicht durch ultimative Aufforderungen, wie sie z. B. schon von Georg Otto und dem bayrischen Landesvorstand gekommen sind, unter Druck setzen lassen. Ein abschließender Bericht soll erst vier Wochen vor dem nächsten Bundesparteitag im Oktober an die Delegierten verschickt werden. *„Auf der Grundlage der Überprüfung des gesamten Sachverhalts wird die Kommission in ihrem Bericht dazu Stellung nehmen, ob die Haltung der Gruppe Z mit Programm und Satzung der Grünen übereinstimmt und der Bundesversammlung die notwendigen Maßnahmen vorschlagen.“*

Bis dahin hat die Kommission noch die „Bearbeitung umfangreichen Materials“ vor sich. Bundesvorstandsmitglied Hannelore Saibold regte sogar an, daß die Kommission *„alle Z-Hefte danach durchliest, ob Verstöße gegen die vier Grundsäulen der Grünen in den Texten zu finden sind.“* Roland Vogt (selbst Kommissionsmitglied) ist das noch zu wenig. Er *„will die Arbeit der Kommission nicht nur auf schriftliche Dokumente beschränken, sondern auch auf die psychologischen Imponderabilien* (laut Brockhaus: Unwägbarkeiten, Tatsachen mit unbekannter Wirkung; Anm. AK), *die den Auseinandersetzungen in Norddeutschland zugrundeliegen.“*

Wie weit sich die übrigen Kommissionsmitglieder auf solcherlei Forderungen einlassen, wird abzuwarten sein. Denkbar wäre auch die Erstellung von Mehrheits- und Minderheitsberichten. Das letzte Wort hätte in jedem Fall der Bundesparteitag. Bestrebungen von unterschiedlicher Seite, die Z-Problematik auf dem Parteitag ganz auszuklammern, werden wohl kaum durchsetzbar sein.

PS: Die schon im November beschlossene und immer wieder verschobene Podiumsdiskussion zu Fragen der Z-Politik soll nach Beschluß des Bundesvorstands nun endgültig noch vor den Sommerferien stattfinden – wer's glaubt ...
(Zitate nach dem Bericht der Kommission und dem Bundesvorstandsprotokoll vom 5.4.81).

Letzte Meldung:

Inzwischen gibt es von verschiedener Seite Versuche, die Z-Problematik schon vor dem Bundesparteitag abschließend zu behandeln, um den Parteitag nicht mit langen internen Auseinandersetzungen zu belasten. So fordern es die Landesverbände Niedersachsen und Bayern, die die Z-Frage einem *„überschaubaren Gremium, nämlich dem Bundeshauptausschuß“* übergeben wollen. Der BHA soll nach diesen Vorstellungen im August oder September zu einer Sondersitzung ausschließlich zum Thema „Z“ zusammentreten, *„um auf Grund der festgestellten Sachverhalte einen mit breitester Zustimmung gefaßten Beschluß der Bundesversammlung vorlegen zu können“*. Der Bundesparteitag soll also über eine BHA-„Empfehlung“ dann lediglich abstimmen.

Ob das von Niedersachsen und Bayern vorgeschlagene Verfahren durchgeführt wird, muß der BHA auf seiner Sitzung Anfang Juli entscheiden. Klar ist, daß dieses Verfahren die Chancen der „Gruppe Z“, einigermaßen glimpflich davonzukommen, weiter verringern würde.

Westberlin:

Widerstand gegen Räumungen

Immer deutlicher wird in Westberlin, wie sich der Staat die „politische Lösung" der nach wie vor ca. 150 Hausbesetzungen vorstellt: Räumung, Kriminalisierung, „Knüppel frei". An eine „Verhandlungslösung" mögen mittlerweise auch diejenigen Besetzer nicht mehr glauben, die sich bislang mit verschiedenen „Legalisierungsmodellen" auseinandergesetzt haben.

Da der kommende CDU-Senat voll auf Räumungen – und damit auf weitere Eskalation – setzt, geben die Straßenschlachten rund um den Winterfeldplatz vom 26. Mai einen Vorgeschmack auf die kommenden Auseinandersetzungen um besetzte Häuser.

Räumung hier...

Am Morgen des 26.5. wurde eine besetzte Fabrik geräumt und innerhalb kürzester Zeit dem Erdboden gleich gemacht. Unmittelbar danach fuhr die Polizei vor den Häusern Bülowstr.54/55 auf, um eine der bekannten „Durchsuchungen" durchzuführen. Es wurden sämtliche im Haus anwesenden 48 Personen festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Das Haus wurde von den Polizisten stark verwüstet.

Aber noch immer hatte die Polizei nicht genug: Ab 11.00 Uhr wurden Polizeieinheiten in der Nähe des Winterfeldplatzes zusammengezogen. Das Haus Goltzstr.30 sollte – entgegen nachher vom Senat verbreiteten Gerüchten – geräumt werden: Die benachbarte katholische Grundschule gab ab 11.15 Uhr schulfrei, weil den Kindern der Anblick der Räumung nicht zugemutet werden sollte.







...und Widerstand, dort

Doch, noch während sich die „Wannen"(Polizei-Autos) sammelten, versammelten sich auch immer mehr Leute, die etwas gegen die geplante Räumung unternehmen wollten, in der Nähe des besetzten Hauses. Als die Polizei schließlich kam, mußte sie zunächst eine brennende Barrikade beiseite räumen.

Knüppelschwingend vertrieben die Bullen die ca. 250 Demonstranten vom Winterfeldplatz. Der Platz wurde ca. eine Stunde lang von den 250 Bullizisten umstellt und für alle Passanten gesperrt.

Gegen 14.00 Uhr fuhren ein polizeieigener Möbelwagen und ein Gefangenentransporter vor das Haus. In den Seitenstraßen stand bereits schweres Gerät zum Erstürmen des Hauses. Aber – auch die Gegenseite hatte nicht geschlafen. Über die Telefonkette mobilisiert trafen immer mehr Leute ein, während die Polizei offensichtlich nicht in der Lage war, die weiträumige Sperrung der Straßen mit den aufgebotenen Kräften aufrecht zu erhalten.

In dieser Situation wurden die Polizeisperren aufgehoben. Sofort standen vor dem Haus ca. 700 Leute. Als die Polizei erneut provokativ am Haus aufmarschierte, setzten sich alle Leute davor.

Mit so vielen wollte man sich dann doch nicht am hellen Tag anlegen, und zunächst zog die Polizei ab. Dafür tauchten im Haus plötzlich Vertreter der katholischen Kirche auf, der das Haus gehört.

Mit den Besetzern und einem AL-Vertreter wurde ausgehandelt, daß zumindest bis zum 1. Juni nicht geräumt würde. Derweil wurden erneut Barrikaden in der Nähe des Hauses errichtet. Mißtrauen zum einen und die Wut in der Scene über die Durchsuchungen, Festnahmen und Räumungen der letzten Zeit bestimmten das Handeln.

Auf 21.00 Uhr war eine Demonstration vom Nollendorfplatz aus angesetzt. Gegen 21.30 Uhr zogen ca. 1200 Demonstranten über die Potsdamerstraße zurück zum Winterfeldplatz.

Dort flogen die ersten Steine, kam es zu ersten Prügeleien seitens der Polizei, die mittlerweise 1000 Beamte im Einsatz hatte. *„Ein Augenzeuge berichtete, wie gegen 22.00 Uhr drei Vermummte aus einer Gruppe von Steinewerfern heraus in einen Einsatzwagen sprangen, der mit ihnen davonfuhr. Ob die drei sich zuvor direkt als Provokateure betätigt hatten, war freilich nicht festzustellen"* (TAZ, 29.5.).

Die noch stehenden Barrikaden wurden angezündet, der Winterfeldplatz füllte sich immer mehr mit den Wannen der Polizei. Angst und Wut bei den Demonstranten. Als sich eine Polizeikette erneut den Barrikaden am Haus näherte, wurde sie mehrmals mit einem solchen Steinhagel eingedeckt, daß sie sich wieder zurückzog. Zum ersten Mal seit Jahren wurden dann Wasserwerfer am Südende des Winterfeldplatzes eingesetzt. 200 Polizeibeamte wurden gleich hinterhergeschickt, um auf all diejenigen loszuknüppeln, die nicht schnell genug weggekommen waren.

An anderen Stellen wurden aus Baustellenmaterial neue Barrikaden errichtet.

Im Laufe des Abends brutalisierten sich die Bullen immer mehr: Mit ihren über einen Meter langen Holzknüppeln schlugen sie wahllos zu. An der Nordseite des Winterfeldplatzes wurden zwei Passanten, die sich an Haustüren drückten, von fünf Beamten mit hölzernen Schlagstöcken solange geschlagen bis sie blutend zusammenbrachen. Als ein Demonstrant schrie, daß die Polizisten aufhören sollten, wurde zurückgerufen: **„Das macht Spaß, wir schlagen zu"**. Gleich darauf wurde ein Demonstrant zu Boden geworfen und ebenfalls blutig geschlagen. Einem Pressephotograph, der die Szene aufnehmen wollte, rief ein Beamter zu: „Wenn Du einmal blitzt, schlage ich Dir die Birne ein." Und weiter: *„Als ein Demonstrant vor Schmerzen schreiend weggeschleift wurde, rief ein Journalist, ob der Verletzte nicht wenigstens getragen werden könne. Ein Polizist trat vor, hob den Knüppel und schrie: ‚Hau ab'. Der Journalist zog seinen Presseausweis, worauf der Polizist schrie: ‚Das ist mir im Moment scheißegal'. Der Journalist bekam einen Hieb mit dem Schlagstock auf den Rücken"* (TSP, 29.5.).

Passanten, Kneipengängern und Anwohnern erging es nicht besser. Im Laufe der Auseinandersetzung wurden mindestens drei Kneipen, davon eine türkische, teils äußerst brutal von der Polizei geräumt. Ab ca. 24.00 Uhr machte die Polizei Jagd auf einzelne Demonstranten, nach Augenzeugenberichten bis in die Vorgärten der Häuser.

Positiv war, daß viele Anwohner bedrängten Demonstranten die Türe öffneten und sie in Sicherheit brachten. Andererseits prügelten verhetzte Kneipengänger aus mindestens einer Kneipe auf Seiten der Polizei mit.

Die Bilanz des Bullen-Einsatz: Ein lebensgefährlich Verletzter

In den folgenden Tagen wurden dem Ermittlungsausschuß mehr als einhundert Verletzte gemeldet. Für einen der Menschen, die in dieser Nacht unter Polizeiknüppel gerieten, besteht akute Lebensgefahr! Nachdem ihn mehrere Polizisten zusammengeschlagen hatten, mußte er mit Gehirn blutungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Nach der operativen Entfernung des Blutgerinsels ging es ihm erst etwas besser, nach dem Wochenende verschlimmerte sich sein Zustand so, daß die Ärzte die Eltern informierten, da „mit dem Schlimmsten zu rechnen sei". (aus TAZ, 4.6.). Ein anderer Demonstrant liegt mit einem Lungenriß im Krankenhaus. Weitere Verletzungen sind z.B. gebrochene Arme, Finger und Nasenbeine, Platzwunden und Prellungen an allen Körperteilen. Nach Augenzeugen- und Betroffenenberichten sind die Bullen besonders brutal gegen Frauen vorgegangen – mit Vorliebe traten sie ihnen in den Unterleib. Darüberhinaus wurden zehn Leute festgenommen, von denen vier fürs erste im Knast sitzen. Von den angeblich hundert verletzten Polizisten ließen sich lediglich zehn krank schreiben, einer von ihnen soll im Krankenhaus liegen.

Der SPD/FDP-Senat: „Lob und Dank" für die Polizei

Nach den Knüppelorgien dieser Nacht hat der Senat den Polizeibeamten „Lob und Dank" ausgesprochen. *„Eine schnelle Einführung ‚distanzhaltender Polizeiwaffen' hat der stellvertretende Berliner Landesvorsitzende der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund, Wolfgang D'Hargus, gestern unter Hinweis auf die jüngsten Krawalle gefordert"*, (TSP, 28.5.).

Unter distanzhaltenden Waffen sind Gummigeschosse zu verstehen, die anderorts bereits mehrfach für tote Demonstranten gesorgt haben.

Hände weg von den besetzten Häusern!

Anti-Repressionskommission KB Westberlin

Aktueller Nachtrag: Der Schwerverletzte wurde am Wochenende von der Intensivstation verlegt.

53,7 % für Hausbesetzungen!

Hamburg, 28. Mai (dpa). Die Mehrheit der Bundesbürger sieht die Hausbesetzer nach einer von der Zeitschrift „Playboy" in Auftrag gegebenen Umfrage im Recht. Nach dem in Hamburg vom Kehrmann-Marktforschungsinstitut veröffentlichten Ergebnis antworteten 53,7 % Prozent von 1002 repräsentativ ausgewählten Frauen und Männern Ende April mit „Ja" auf die Frage: „Haben die Hausbesetzer Ihrer Meinung nach recht oder nicht?" 46 Prozent der Befragten waren dagegen der Ansicht, daß die Hausbesetzer nicht im Recht seien, 0,3 Prozent hatten keine Meinung.

Die größte Sympathie genießen die Hausbesetzer bei Frauen zwischen 16 und 39: 64,9 Prozent antworteten positiv. Bei den befragten Männern bescheinigten mit 56,2 Prozent vor allem die über 40jährigen den Hausbesetzern ein Recht. Auf die Frage, wie gegen die Hausbesetzer vorgegangen werden sollte, sprachen 32 Prozent sich für „gewähren lassen". 53,3 Prozent stimmten der Antwort-Vorgabe zu, man sollte die Hausbesetzer „mit den üblichen juristischen Mitteln herausklagen", 14,3 Prozent waren dafür, die Hausbesetzer „durch harten Polizeieinsatz zu entfernen".

(aus: „FR", 29.5.81)

Freiburg: Alle wieder frei

Am letzten Freitag (29.5.) war es endlich soweit: als letztes Mitglied der von der Staatsanwaltschaft erfun- *oder ob es eine Gruppe gegeben habe, die strafbare Handlungen im Rahmen eines 'Gesamtkonzepts' geplant und als Gründer der kriminellen Vereinigung vermuteten) Beschuldigten B. (Schorsch) auf dem Briefkasten dane-*

Freiburg: Alle wieder frei

Am letzten Freitag (29.5.) war es endlich soweit: als letztes Mitglied der von der Staatsanwaltschaft erfundenen "Viererbande" konnte Schorsch den Karlsruher Knast verlassen - während vor dem "Mariengrab" (vorläufige Bleibe für einen Teil der ehemaligen Schwarzwaldhofbewohner) eilig der für solche Fälle bereitgehaltene rote Teppich ausgerollt wurde. Schon vorher waren Günter (nach 2 Wochen U-Haft), Uwe und Winne nach ebenfalls mehrwöchiger U-Haft freigelassen worden. Bei allen vieren wurden freilich die Haftbefehle nicht aufgehoben, sondern nur außer Vollzug gesetzt. Der für den Karlsruher Staatsschutzsenat zuständige Staatsanwalt Griesbaum begründete die Freilassung von Schorsch damit, daß keine Fluchtgefahr mehr angenommen werde (nach fast 3 Monaten U-Haft). Auch sei bei dem zu erwartenden Strafmaß eine längere Dauer der U-Haft nicht zu vertreten(BZ,3.6.81).

Staatsanwaltschaft auf dem Rückzug ?

„Im gegenwärtigen Stadium der Ermittlungen konnte Griesbaum nicht verläßlich mitteilen, ob die vier Personen nun vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts Karlsruhe wegen Bildung oder Unterstützung einer kriminellen Vereinigung angeklagt würden oder ob die Verfahren gegen sie an die Staatsanwaltschaft Freiburg zurückgegeben würden" (BZ,3.6.81). Nachdem weder monatelanges Observieren durch ganze Horden von Spitzeln, noch eine Großrazzia im Buchladen Jos Fritz, dem TAZ-Büro und sechs Wohnungen u.v.a. die offenkundige Beweisnot der Staatsanwaltschaft beseitigen konnten, erscheint es jetzt zumindest möglich, daß sich die StA mit den Anklagen nach § 129 lieber nicht blamieren will.

Gönnerhaft sichert Griesbaum zu, er wolle prüfen, *„ob Straftaten der im Schwarzwaldhof zusammenlebenden Personen 'spontan' in 'aufgeheizten Situationen' verübt worden seien oder ob es eine Gruppe gegeben habe, die strafbare Handlungen im Rahmen eines 'Gesamtkonzepts' geplant und ausgeführt habe, um im Besitz des besetzten Schwarzwaldhofs zu bleiben"* (BZ,3.6.81). Mit der Formulierung im zweiten Teil des Zitats soll offensichtlich den Kriterien des BGH zur Anwendung des § 129 auf Hausbesetzer Rechnung getragen werden. Bislang jedenfalls hatte die Justiz der "kriminellen Vereinigung" ohne den Schatten eines Beweises der Einfachheit halber alle einschlägigen Delikte der letzten Monate angelastet:

„– *Seit Mai 80 – 10 Brandanschläge (bisher kein Täter ermittelt)*
– *58 x gesprüht (29 beim Zug der Unzufriedenen) nur 1 x Tatverdacht auf 3 SWH-Bewohner*
– *1 Shillum und 1 Pfeife im SWH beschlagnamt - auch das geplant und organisiert*
– *Klatschen beim Verlesen des Hirtenbriefs im Münster – auch dadurch hat sich die ‚kriminelle Vereinigung' hervorgetan..."* (Stadtzeitung 57, Mai 81).

Selbst wenn wir für einen Moment einmal annehmen, daß für all dies tatsächlich eine "kriminelle Vereinigung" verantwortlich war - was soll das mit einem *„Gesamtkonzept, um im Besitz des besetzten Schwarzwaldhofs zu bleiben"*, zu tun haben? Es wird wohl für immer das Geheimnis der StA bleiben.

Von durchschlagender Beweiskraft sind auch die "Indizien", die die Justiz für die Mitgliedschaft in ihrer "kriminellen Vereinigung" vorgelegt hat. Bei Winne z.B. wird folgendes angeführt:

„ *1. Der Beschuldigte sei schon '78 bei der Räumung des Hauses Schusterstr. 36 vorläufig festgenommen worden, habe daher mindestens seit dieser Zeit Kontakte mit Personen des heutigen 'harten' Kerns der SWH-Besetzer.*
2. Er gehöre mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit von Beginn an zu den SWH-Besetzern. Beweis: Sein Name stünde an einem Briefkasten des Hauses Nr.5.
3. Weil der Name des (von der Polizei als Gründer der kriminellen Vereinigung vermuteten) Beschuldigten B. (Schorsch) auf dem Briefkasten daneben stünde, ergäbe sich schon aus dem räumlichen Zusammenhang der Kontakt zu B.
4. Wegen dieser Beziehung zu B. könne angenommen werden, daß R. (Winne) an der Plenumsdiskussion am 4.3.81 teilgenommen habe.
5. Nicht auszuschließen sei die Teilnahme des Beschuldigten an der 'Scherbennacht'.
6. Bezüglich der Beteiligung des Beschuldigten an der Zeitschrift 'Zunder' seien die Ermittlungen noch in Gange (§ 129 a)" (Stadtzeitung 57, Mai 81).

Nein, das ist überhaupt nicht lächerlich und sechs Wochen U-Haft durchaus angemessen...

Was rollt noch auf uns zu ?

So erfreulich es ist, daß alle Festgenommenen im Augenblick wieder frei sind, so besteht doch absolut kein Grund, jetzt die Hände in den Schoß zu legen. Schon aus politischen Erwägungen wird die Justiz versuchen, ganz unabhängig von der konkreten Beweislage, einzelne stellvertretend für die Bewegung im Knast verschwinden zu lassen. Die Sonderkommission Schwarzwaldhof des LKA teilte kürzlich mit, daß in acht weiteren Fällen wegen Verdacht auf Bildung oder Unterstützung einer kriminellen Vereinigung und des Werbens für eine terroristische Vereinigung ermittelt werde. Das reicht, um mindestens zwei weitere kriminelle Vereinigungen zu kreieren. Bis Mitte Mai hat die Sonderkommission nach eigenen Angaben „insgesamt 525 Strafanzeigen erfaßt, von denen bereits 478 den Staatsanwaltschaften vorgelegt wurden und von denen sich, wie es heißt, 246 gegen bekannte Täter richten" (BZ, 5.6.81). Die Kriminalisierungswelle wird immer gefräßiger.

Ein Freiburger Genosse

Auftakt für die »Nürnberger Prozesse« 1981 –

Der Justiz-Putsch ist noch nicht zu Ende

Bisher haben wir mit dem Begriff „Nürnberger Prozesse" immer eine ganz bestimmte Vorstellung verbunden: die Abrechnung der Alliierten mit den größten Kriegsverbrechen des Hitler-Faschismus. Heute wandelt der Begriff seine Bedeutung, verkehrt sich geradezu in sein Gegenteil. Die „Nürnberger Prozesse" sind in aller Munde – allerdings ist damit die Vollendung einer Aktion gemeint, die der SPD-Staatsrechtler Professor Küchenhoff einen „Justiz-Putsch" nannte. Diese Aktion sollte ein für alle Mal Schluß machen mit sämtlichen Ansätzen von „Jugendunruhen" im Freistaat Bayern. Diejenigen, die damals von den Alliierten „vergessen" wurden oder sonstwie an eine neue weiße Weste kamen, sowie deren Zöglinge, sind h e u t e die Ankläger, führen h e u t e die Regie oder urteilen „im Namen des Volkes".

Der Prozeß, der jetzt in Nürnberg gelaufen ist, behandelt einen Vorfall, der nur am Rande bzw. als Folge der Massenverhaftungen geschehen ist: Der 21jährigen Angela G. wurde vorgeworfen, zur Entlastung von zwei der 141 damals Inhaftierten einen Meineid geschworen zu haben.

Seine Bedeutung erhält der Prozeß durch den politischen Zusammenhang, in dem er stattfindet. Vorgeschichte, Ablauf und Ausgang sind nur aus diesem Zusammenhang zu verstehen.

Er ist ein Vorgeschmack dessen, was im Sommer oder Herbst auf uns zukommt, wenn die „großen Prozesse" beginnen, bei denen womöglich rund 70 Leute auf der Anklagebank sitzen werden.

Der Fall Angela G.

Am 11. März sagte Angela G. vor dem Ermittlungsrichter als Entlastungszeugin aus. Sie hatte sich am Abend des 5. März in der Teestube aufgehalten und benannte zwölf Leute, die sie an diesem Abend zwischen 22 und 23 Uhr in der Teestube des KOMM gesehen hatte. Alle zwölf waren im Zuge der Massenverhaftung eingeknastet worden. Am 1. April wurde sie noch einmal vor den Staatsanwalt geladen, weil angeblich zwei dieser zwölf Leute von Polizeizeugen bei der Demonstration gesehen worden seien. Angela G. blieb bei ihrer Aussage und wurde sofort wegen Meineid in Untersuchungshaft genommen. Am 26./27. Mai fand der Prozeß gegen Angela G. statt – sie hatte also inzwischen 56 Tage in U-Haft gesessen.

Neben – in Nürnberg bei Prozessen gegen Linke schon üblichen – Ausweiskontrollen und Leibesvisitationen für alle Prozeßbeobachter sind starke Polizeieinheiten im und um das tionen für alle Prozeßbeobachter sind starke Polizeieinheiten im und um das Gerichtsgebäude aufgefahren worden, darunter auch ein Sondereinsatzkommando, ein sogenanntes PSK (Präzisionsschützenkommando). Die Anwesenden werden von zwei Bullen fotografiert. Wer keinen Platz im Gerichtssaal findet (der ist wie immer zu klein) wird rausgeschmissen.

Und das sind viele an diesem Tag – nie waren in Nürnberg so viele Besucher zu einem politischen Prozeß erschienen. Der Verteidiger stellte den Antrag, den Prozeß auszusetzen, bis die Verfahren gegen Wolfgang B. und Dieter C. abgeschlossen sind (diese beiden sollen angeblich bei der Demo gewesen sein). Das Gericht lehnte ab mit der zynischen Begründung, daß nach der Konvention über die Menschenrechte (!) jeder Angeklagte ein Recht darauf habe, daß sein Verfahren so schnell wie möglich abgewickelt wird.

Der wesentliche Streitpunkt im weiteren Verhandlungsverlauf war die Frage, ob die Formulierungen „von 22.00 bis 23.00" bzw. „zwischen 22.00 und 23.00" aus der beeideten Aussage bedeuten, ununterbrochen von 22.00 bis 23.00 oder irgendwann einmal im Zeitraum zwischen 22.00 und 23.00. Angela G. sagt aus, daß sie sich sicher ist, die beiden irgendwann in dem Zeitraum in der Teestube gesehen zu haben. Der Ermittlungsrichter vom 11. März sagte dagegen aus, daß er bei der Vernehmung die ununterbrochene Anwesenheit gemeint habe. Er muß allerdings zugeben, daß er die Formulierung in der Aussage nach seinen Aufzeichnungen diktiert hat. Das gleiche mußte der Staatsanwalt zugeben, der die Vernehmung am 1. April geführt und die Untersuchungshaft angeordnet hat. Bezeichnenderweise ist der gleiche Staatsanwalt auch Anklagevertreter im Prozeß.

VS-Spitzel als Schlüsselfigur

Am Nachmittag wurden die Belastungszeugen vernommen. Ein Kripo-Beamter trat als „Zeuge vom Hören-Sagen" für einen V-Mann des bayerischen Innenministeriums auf. Der Auftritt war gut vorbereitet: Es lag bereits eine Stellungnahme des Innenministers vor, nach der dem Spitzel keine Aussagegenehmigung erteilt werden könne, weil durch die Preisgabe des Namens *„dem Wohle der Bundesrepublik und des Freistaates Bayern Nachteile entstehen könnten"*. Aus der Aussage dieses Spitzels – von dem keiner weiß, ob er überhaupt existiert – ging nun hervor, daß eine der beiden Personen, für die Angela G. ausgesagt hatte, auf der Demo gewesen sein soll.

Beim Vorlesen seiner sonstigen Aussagen stellte sich heraus, daß der V-Mann auch für die zukünftigen Prozesse eine entscheidende Rolle spielen wird. Er führt in seiner Aussage etwa 20 Personen namentlich auf, die an der Demo beteiligt gewesen sein sollen. Außerdem will er zwei Personen als Steineschmeißer erkannt haben. Das ist deshalb von Bedeutung, weil er damit der einzige Zeuge bisher ist, der nicht nur allgemeine Angaben macht, wie sämtliche anderen Bullen-Zeugen, die immer nur gesehen haben, daß „aus einem Pulk von Leuten" Steine geworfen sein sollen. Alles deutet darauf hin, daß der entscheidende Zeuge nicht nur für diesen, sondern auch für alle noch kommenden Verfahren jener obskure V-Mann sein wird. **Seine problemlose „Einführung" im Fall Angela G., die Tatsache, daß sein Nicht-Auftreten ohne Einspruch vom Richter akzeptiert wurde, bedeutet deshalb eine wichtige Vorentscheidung für alle weiteren Verfahren.**

Die zweite Person, für die Angela als Entlastungszeugin aufgetreten war, war angeblich von einem normalen Streifenwagen-Bullen auf der Demo gesehen worden. Danach wurden zwei Jugendliche vernommen, die behaupteten, mindestens eine der beiden Personen im besagten Zeitraum im KOMM gesehen zu haben. Beide konnten ihre Aussagen mit Hilfe von Straßenbahn-Abfahrtszeiten zeitlich genau belegen.

Aber so geht das natürlich nicht vor einem Nürnberger Gericht: Da stellen zwei Polizisten eine Behauptung auf, und da erdreisten sich zwei hergelaufene Bürger, das Gegenteil auszusagen! Die logische Folge: Die beiden Nicht-Beamten haben sich der Falschaussage schuldig gemacht. Das stellt der Staatsanwalt dann auch sofort, noch während des Prozesses, fest und kündigt jeweils ein Ermittlungsverfahren gegen die beiden Schüler an. Er legt es noch als eine fest und kündigt jeweils ein Ermittlungsverfahren gegen die beiden Schüler an. Er legt es noch als eine ganz besondere Rücksichtsmaßnahme seinerseits aus, daß er die beiden nicht sofort verhaften läßt. „Aus Rücksicht auf ihr Alter", so meinte der Staatsanwalt.

In seinem Plädoyer machte er dann deutlich, daß es ihm und seinen Hintermännern bei dem ganzen Verfahren eigentlich um eine nachträgliche Rechtfertigung ging: Er beschuldigte Presse und Politiker, eine Stimmung erzeugt zu haben, in der „ein armes Luder" wie Angela G. sich zu einem Meineid entschlossen habe, um ihre Freunde vor einer Strafverfolgung zu schützen. Rechtswissenschaftler, Bundesverfassungsrichter und andere Juristen, die gegen die Massenverhaftung Stellung bezogen hatte, titulierte er kurzerhand als „Quacksalber" und „Wanderprediger", die von den Fakten keine Ahnung hätten. Im übrigen sei mit diesem Prozeß überhaupt keine Vorverurteilung der von der Massenverhaftung Betroffenen beabsichtigt. Er versuchte auch Angela G. persönlich fertig zu machen, in dem er behauptete, die „Szene" hätte sie im Stich gelassen und in den „einschlägigen Blättern" sei nicht einmal zum Prozeß aufgerufen worden, umso verwunderlicher sei das plötzliche Interesse (mehr als 100 Leute im Gericht). Dann beantragte er zwei Jahre Haft ohne Bewährung ...

Einen Kommentator der Nürnberger Nachrichten veranlaßte das zu einer scharfen Kritik:

„Staatsanwalt Hubmann wird nachgerühmt, er kenne keine Skrupel, wenn er das Recht vertritt. Im Gesetz steht es zwar ein bißchen anders, aber im Gesetz steht viel. Kurt Tucholsky schrieb im Jahr 1929 den folgenden Satz: ,Es hat sich in der Praxis eingebürgert, daß die meisten Staatsanwälte ein Interesse daran haben, den Angeklagten ,hineinzulegen' – sie machen damit Karriere.' Ob sich seit 1929 viel geändert hat, das wird man doch noch fragen dürfen" (NN, 28./29.5.81).

Der Verteidiger von Angela G. beantragte Freispruch.

Am nächsten Tage wurde dann „im Namen des Volkes" das Urteil gesprochen: 18 Monate mit Bewährung wegen vorsätzlichen Meineids. In seiner Begründung schloß sich das Gericht im wesentlichen den Ausführungen des Staatsanwaltes an. Besonders berücksichtigt wurden natürlich die Aussagen der Bullen, die Entlastungsaussagen der Jugendlichen seien weniger gewichtig.

Zur Bedeutung des Prozesses

Die Nürnberger Justiz und ihre Drahtzieher in München stehen unter einem massiven Rechtfertigungsdruck. Mit ihrer chilenischen Aktion Anfang März haben sie sich sogar außerhalb der bei uns (noch) geltenden Gesetze gestellt bzw. Gesetze angewandt, die derzeit nur in der Phantasie der CSU existieren (z.B. der alte Landfriedensbruch-Paragraph). Das muß nun irgendwie wieder geradegebügelt werden, und zwar in dem Sinne, daß nachträglich die Gründe und „Beweise" gesucht werden, die das Vorgehen seit dem 6. März rechtfertigen könnten. Nur unter dieser Voraussetzung ist zu verstehen, unter welchen Vorzeichen der Prozeßbeginn im Meineidsverfahren gegen Angela stand:

– seit über 7 Wochen mußte Angela in Untersuchungshaft sitzen, angeblich wegen Verdunkelungsgefahr.

– Auf der gleichen Linie liegt die Entscheidung der Justiz, das Verfahren gleich vor einem Landgericht zu eröffnen, statt, wie üblich, vor einem Amtsrichter.

– Am Tag des Prozesses fanden in Nürnberg mehrere Hausdurchsuchungen statt, und zwar in Wohnungen, in denen bekanntermaßen die „Hausbesetzer-Scene" verkehrt. Offizielle Begründung: Suche nach der „Bewegung 5. März", die vor Wochen einige Brandanschläge aus Protest gegen die Massenverhaftungen durchgeführt hatte. Die Durchsuchungen waren offensichtlich also ein Vorwand, denn die Wohnungen sind seit langem bekannt, es gab nur einen Grund, ausgerechnet an diesem Tag dort einzudringen: Die öffentliche Aufmerksamkeit auf die „kriminellen Hausbesetzer" zu lenken. Vor dem Gericht sollte kein Opfer der Justiz, sondern eher ein Opfer der „gewalttätigen Jugendlichen" stehen.

– Den gleichen Zweck verfolgte ein Brief von Strauß an den Nürnberger Oberbürgermeister, der natürlich ganz zufällig am Tag des Prozeßbeginns in der Presse erschien. In diesem Brief hetzt Strauß in gewohnter Manier ge- Oberbürgermeister, der natürlich ganz zufällig am Tag des Prozeßbeginns in der Presse erschien. In diesem Brief hetzt Strauß in gewohnter Manier ge-gen das KOMM und fordert den OB auf, endlich „seiner Verantwortung gerecht" zu werden. Auch dieser Brief, besonders der Zeitpunkt seiner Veröffentlichung, ist nur als zusätzlicher Paukenschlag zur Rechtferigung des Prozesses und des Skandal-Urteils zu erklären, denn er enthält nur uralte und bekannte Vorwürfe.

Die gesamte Prozeßvorbereitung sowie die am Prozeßtag einsetzenden „flankierenden Maßnahmen" beweisen zweierlei: Erstens gab es offensichtlich Absprachen zwischen Strauß, Nürnberger Polizei und Justiz, denn sonst wäre ein so gut abgestimmtes Vorgehen wohl kaum möglich gewesen. Diese Art von „Absprachen" sind in der Vergangenheit von den Verantwortlichen immer abgestritten worden. Zweitens ging es bei dem Prozeß in erster Linie um die Weichenstellung für die „großen Prozesse" im Herbst. Für die Justiz waren dabei drei Punkte von großer Bedeutung:

1. Polizeizeugen haben immer recht, gegenteilige Aussagen sind von vornherein Falschaussagen und werden mindestens mit Ermittlungsverfahren (deren Ausgang ebenso vorbestimmt ist), geahndet, die Zeugen müssen aber auf jeden Fall mit wochenlanger Untersuchungshaft rechnen.

Warum dieser Punkt von so großer Bedeutung ist, liegt auf der Hand: Viele, die sich in letzter Zeit als Zeugen zur Verfügung gestellt haben, erwägen verständlicherweise jetzt, ihre Aussagen zurückzuziehen. Für die Betroffenen hat das zur Folge, daß sie entweder kein Alibi für die besagte Zeit haben oder sonst wie durch jeden x-beliebigen Bullenzeugen belastbar sind. Eine Verteidigung ist unter solchen Bedingungen praktisch unmöglich.

2. Die Einführung des V-Mannes wird auch für die folgenden Prozesse große Bedeutung haben (s.o.). Er hat seine „Feuertaufe" bestanden und gilt als akzeptierter Zeuge. Dieser Spitzel, in Verbindung mit dem 1. Punkt macht die Verhandlung für die Polizei in jeder Hinsicht konstruierbar und kalkulierbar.

3. Zu schaffen macht der Justiz die nicht enden wollende öffentliche Kritik an den Massenverhaftungen. Mit dem Prozeß gegen Angela und seinem Ausgang soll nun der Spieß umgedreht werden: In der Urteilsbegründung argumentierte Richter Pickhan, gerade w e g e n der öffentlichen Kritik seien Leute wie Angela G. zum Meineid motiviert worden. „Die öffentliche Meinung" sei „angeheizt worden, bis hinauf in die Parlamente. Dieses Freiwerden von Emotionen und Aggressionen gegen die Justiz ist uns seit langem bekannt", so der Richter. Das sind Zitate aus der Urteilsbegründung, hier wird also ganz offen zugegeben, daß mit dem Verfahren gegen Angela die Justiz reingewaschen werden sollte. Die Verurteilungen erscheinen so als „Schutz" für die 141, denn durch ihre Verhaftung konnten sie keine falschen Zeugenaussagen machen. Dieser Logik schließt sich bezeichnenderweise die „Faz" in einem Kommentar am 30.5. an: *„Heute kann man fragen, wie viele junge Leute ähnlichen Verurteilungen entgangen sind, weil die Verhaftung solche Absprachen verhinderte."*

Eigentlich haben wir diesem Staat zu danken!

KB/Gruppe Nürnberg

Wegen Aufruf zur Hausbesetzung verurteilt

„Hiermit erstatten wir Kleinanzeige gegen alle Leut', die sich nicht an der ersten Bamberger Hausbesetzung beteiligen, die irgendwann demnächst stattfinden wird, und zu der alle, aber auch wirklich alle herzlichst eingeladen sind (denn je besetzter ein leeres Haus, desto bewohnter ist es)."

Das ist der Text, für den die presserechtlich Verantwortliche des „Goblmoo", Marika K., am 18.5. vom Jugendrichter am Amtsgericht Bamberg zu einer Geldstrafe von 10 Tagessätzen verurteilt wurde.

Öffentliche Aufforderung zum Hausfriedensbruch war ihr vom inzwischen schon berühmt-berüchtigten Polit-Staatsanwalt Rachor vorgeworfen worden. (Rachor ist der Staatsanwalt, der bundesweit Aufsehen erregte, weil er den Bamberger DGB-Vorsitzenden Haarkötter zu kriminalisieren versuchte, um wirkungsvoll die Bamberger Neo-Nazi-Scene zu schützen. Diese war von Haarkötter belastet worden. Alle Ermittlungsverfahren wurden von Rachor mit grausigen Begründungen eingestellt.)

Der beanstandete Text war in der Januarausgabe des „Goblmoo" im Kleinanzeigenanteil erschienen.

In diesem Zusammenhang und vom Inhalt her ist es schon gewagt, dies als Aufforderung zum Hausfriedensbruch zu werten. Deshalb verlegte sich Herr Rachor darauf, die presserechtlich Verantwortliche als Person zu diskreditieren.

Zivilbullen sollten belegen, daß sie selbst an einer Hausbesetzung beteiligt gewesen sei. Aussagen konnten sie nur, daß Marika eine Instandbesetzungsaktion fotografiert habe. Sie hätten aber von Kollegen g e h ö r t, daß M. sich auch daran beteiligt hätte.

Skandalös wurde es, als Rachor darlegte, daß M. zum „Herausgeber" der „Goblmoo", Rudi S., gute persönliche Beziehungen hätte (woher weiß der das?) und daß Rudi S. gerichtsbekannt an einer Hausbesetzung beteiligt gewesen sei. Weiterhin sei in der Januarausgabe des „Goblmoo" ein größerer Artikel über eine Instandbesetzung in Nürnberg erschienen. Aus alledem ergäbe sich, daß M. selbst Hausbesetzungen gegenüber nicht abgeneigt sei!

Er forderte 20 Tagessätze zu 20 DM. Am Rande war für das zahlreich anwesende Publikum interessant zu sehen, daß der Herr Staatsanwalt während des Prozesses in einem Fotoalbum blätterte und nach Meinung kritischer Zeitgenossen dabei anwesende Prozeßbeobachter zu indentifizieren suchte.

Im Urteil schloß sich der Richter voll der Argumentation des Staatsanwalts an. Als Bonbon zum Skandal senkte er die Strafe auf 10 Tagessätze zu 10 DM.

Doch dieses Urteil darf nicht stehenbleiben. Marika muß freigesprochen werden!

Bamberg, 20.05.81, ein Genosse

Geldstrafen für 17 Angeklagte

Die erste Instandbesetzung in Düsseldorf-Bilk fand September 1979 statt. Kommunalwahlen stehen bevor, deshalb stellte die damals noch regierende SPD in Aussicht, eventuell die bereits erteilte Abrißgenehmigung zurückzunehmen. Die Instandbesetzer/innen wurden solange hingehalten, bis die Wahlen vorbei waren. Um endlich eine klare Zusage zu erhalten, wurde am 8.10. das Amt für Wohnungswesen besetzt. Der Oberstadtdirektor stellte Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch, die Bullizei räumte recht brutal.

Am 22.5. begann vor dem erweiterten Schöffengericht der Prozeß gegen 17 Besetzer/innen. Von Anbeginn ging es recht turbulent zu. Es waren mehr Zuschauer erschienen, als der Sitzungssaal Plätze hatte, es wurde zusammengerückt, einige der Angeklagten stellten ihre Stühle in den Zuschauerraum. Aufforderungen, sich in der durch die Anklageschrift vorgegebenen Reihenfolge hinzusetzen, wurden abgelehnt, Fragen nach dem Beruf mit: „Ich gehe in die Schule der Revolte" etc. beantwortet. Nachdem drei der Angeklagten eine Erklärung zum Prozeß verlesen hatten, verließen 15 Angeklagte und ein Großteil der Zuschauer den Gerichtssaal.

Kurz danach wurde die Fassade des nahegelegenen Rathauses mit Farbbeuteln beworfen.

Die Richterin erließ Haftbefehle gegen 12 der Angeklagten, da sie sich eigenmächtig entfernt und noch nicht zur Anklage geäußert hätten. Gegen die drei, die die Erklärung vorgelesen hatten, wurde in Abwesenheit weiterverhandelt, ebenso gegen zwei Mitglieder der „Selbsthilfe Düsseldorf", die im Saal geblieben waren. Da diesen beiden „gewisse ideelle Ziele nicht zu widerlegen" seien, wurden sie zu Geldstrafen von 50 und 100 DM auf ein Jahr Bewährung verurteilt. Hingegen sei den dreien, gegen die in Abwesenheit weiterverhandelt wurde, „guter Wille" nicht abzunehmen. Deshalb wurden sie zu je 500 DM Geldstrafe verurteilt.

Über das Wochenende gelang es der Bullizei lediglich, einen der zwölf festzunehmen. Am Montag wurde weiterverhandelt. Alle zwölf erschienen zur Verhandlung. Da diesmal die Personalausweise der Zuschauer kontrolliert wurden, blieb ein Großteil draußen.

Der zweite Verhandlungstag wurde innerhalb einer Stunde durchgezogen, da die Angeklagten diesmal lediglich erklärten, sich der am Freitag verlesenen Erklärung anzuschließen.

Während der Staatsanwalt 300 DM Geldstrafe für jede/n der Angeklagten forderte, ging das Gericht über das geforderte Strafmaß hinaus. Alle zwölf wurden zu je 500 DM Geldstrafe verurteilt. Angesichts der recht hohen Geldstrafen für 15 Angeklagte, die am ersten Verhandlungstag gegangen waren, und die demgegenüber niedrigen Geldstrafen für die beiden Mitglieder der „Selbsthilfe", stellt sich die Frage, wie sinnvoll das betont „revolutionäre" Auftreten der 15 war. Am 26.5. fand vor dem Jugendgericht der Prozeß gegen acht Jugendliche statt, denen vorgeworfen wurde, ebenfalls an der Besetzung des Amts für Wohnungswesen teilgenommen zu haben. Eine Frau wurde wegen erwiesener Unschuld freigesprochen. Die sieben anderen wurden gerichtlich verwarnt.

Detlef/Düsseldorf

»Haus für alle« von der Polizei geräumt!



Der erste, vorgeschickte Bullentrupp wird wieder vom Gelände gedrängt

24 Stunden hatten wir ein HAUS FÜR ALLE!

Hamburg – Am Freitag haben wir, die Initiative „Ein Haus für alle", unsere Forderung praktisch zu verwirklichen versucht. So gegen 17.00 Uhr sind wir in ein altes seit Jahren leerstehendes Fabrikgebäude beim Grünen Jäger reingegangen und haben das Gebäude für besetzt erklärt. Wir sind gleich darangegangen, uns zu verbarrikadieren, damit wir von der Polizei nicht gleich wieder geräumt werden. Dabei haben uns einige Anwohner tatkräftig unterstützt. Dann haben wir Transparente rausgehängt und unser Haus nach dem Jugendlichen benannt, der nach der Anti-Strauß-Demonstration im letzten Jahr auf dem Sternschanzenbahnhof von der Polizei in den Tod getrieben wurde. Unser Haus hieß also „Olaf-Ritzmann-Haus".

Nach und nach trafen dann immer mehr Leute vorm Haus ein, die uns praktisch unterstützen wollten und unsere Sache zu ihrer machten. Erst etwa zwei Stunden nach erfolgter Besetzung traf zum erstenmal die Polizei ein, die sogleich mit ca. 10 bis 15 Mann versuchten, den Zugang zum Haus dichtzumachen. Aber sofort tat sich eine große Gruppe von Leuten zusammen und vertrieb die Polizisten vom Gelände. Nachdem diese Sache erledigt war und sich vorm und im Haus eine Bombenstimmung breitmachte, wurde versucht, ein Fest zu organisieren. Eine Reihe von Leuten fuhr nach Hause und holte ihre Gitarren. Gleichzeitig wurde darangegangen, das Haus zu verschönern.

Wir haben dann das Haus soweit geöffnet, daß auch Leute von draussen reinkonnten, um sich im Haus umzuschauen und eine Vorstellung davon zu kriegen, wie wir unser neues HAUS FÜR ALLE wohl einrichten würden. Bis in die späten Abendstunden kamen viele hundert Leute zu dem Haus, um zu gucken und um die Besetzung zu unterstützen.

Doch eine entspannte Atmosphäre konnte die ganze Zeit nicht eintreten.

Ständig lag die Frage in der Luft: Wann versucht die Polizei zu räumen?

Von vielen Leuten wurde dann beschlossen, an der Stresemannstraße eine Barrikade zu bauen, um das Haus besser verteidigen zu können. In der Zwischenzeit hatten wir des öfteren Kontakt mit einem Mann, der sich als Besitzer des Hauses ausgab. Dieser versicherte uns immer wieder, daß er keinen Strafantrag auf Räumung des Hauses stellen würde. Es wurde immer später, immer mehr Leute gingen müde nach Hause, und bei einigen begann sich die leise Hoffnung breit zu machen, daß die Polizei vielleicht doch nicht kommen würde. Eine ganze Reihe von Leuten holte sich Schlafsäcke und begab sich zur Nachtruhe nicht kommen würde. Eine ganze Reihe von Leuten holte sich Schlafsäcke und begab sich zur Nachtruhe ins Haus oder in eine Ecke auf der Wiese.

Die Räumung

Morgens um 4.30 Uhr war es dann doch soweit. Mit wohl vier Hundertschaften, einem Wasserwerfer, zwei Hundestaffeln und zwei als Räumfahrzeuge umgerüsteten Panzerspähwagen rückte die Staatsmacht heran. Dann ging alles ziemlich schnell.

Ungefähr 100 von uns, die in der Nacht ausgehalten hatten, standen an der Barrikade. Widerstandslos würden wir die Räumung nicht hinnehmen. Viele von uns nahmen die bereitgelegten Steine in die Hand.

Als die Polizei unter Führung der Panzerspähwagen zur Räumung ansetzte, wurde sie von einem Steinhagel empfangen. Uns war beim Anblick der Panzer und des martialischen Polizeiaufgebots ziemlich klar, daß wir das Haus nicht halten können.

Wir sind deshalb über Hinterhöfe und durch Gärten abgehauen. Dabei ist vielen von uns von den Anwohnern geholfen worden.

Das gesamte Viertel war weiträumig abgesperrt worden. An verschiedenen Punkten wurden junge Leute von Zivilbullen angemacht.

Nach der Räumung wurden von der Polizei noch zwei Hundeeinsätze gegen Passanten durchgeführt, wobei einige z.T. schwer verletzt wurden. Insgesamt sind bei der Räumung 16 Leute festgenommen worden, wobei gegen zwei Anzeige wegen Landfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt gestellt worden ist.

Klar war, daß der Senat mit allen Mitteln eine Räumung versuchen würde. Polizeisenator Pawelczyk rühmt sich ja schon seit langem damit, daß in Hamburg kein Haus länger als 24 Stunden besetzt bleibt. Aber es ist schon bezeichnend, daß dem Senat kein anderes Mittel bleibt, uns zu begegnen, als mit einem riesigen Polizeiaufgebot.

Dieser Tag hat gezeigt, daß wir immer stärker werden, und daß wir bereit sind, unsere Häuser auch zu verteidigen!

Bei unserer Besetzung kommt noch hinzu, daß der Senat in unserem Viertel sanieren will – und klar ist, wenn alle Leute die vom Abriß bedrohten Häuser, in denen sie wohnen oder die leerstehen, besetzen würden, dann wäre es Essig mit der Sanierung, und wir könnten hier wohnen bleiben.

Deshalb ist der Senat gezwungen, seine Polizeischergen massiv und mit brutaler Gewalt auf uns zu hetzen.

Wir haben uns zunächst zurückgezogen vor ihrer Übermacht. Aber, was sie mit ihrem Einsatz nicht zerstören konnten, ist unser Wille, auch weiter für unser HAUS FÜR ALLE im Schanzenviertel zu kämpfen. Unser Stadtteil ist einer der wenigen in Hamburg, der noch nicht kaputt saniert worden ist. Hier findet noch Leben auf der Straße statt, hier gibt es Hamburg, der noch nicht kaputt saniert worden ist. Hier findet noch Leben auf der Straße statt, hier gibt es eine Menge Initiativen, und es werden immer mehr, die in letzter Zeit angefangen haben, sich zusammenzuschließen, um den Widerstand gegen unsere Vertreibung in die Betonghettos zu organisieren.

Dafür brauchen wir ein Zentrum, in dem wir gegen die Vereinzelung unser Zusammenleben selber organisieren können und damit auch eine grössere Stärke gegen die Sanierungspolitik entwickeln können.

Wer denkt, wir lassen uns einschüchtern, der hat sich geirrt!

Unsere Forderung ist nicht erfüllt! Wir werden weiter für ein ‚HAUS FÜR ALLE' kämpfen!

(Flugblatt-Text der MI)

* * * * * * * * * * * * * * * * * * *

Nachtrag zu AK 202

Im Artikel zur ersten Lüneburger Hausbesetzung (AK 202) hieß es: „Die Grünen ließen sich entgegen ihres kommunalpolitischen Anspruchs während der Besetzung weder hören noch sehen." Diese Aussage bezieht sich selbstverständlich auf den Lüneburger Kreisverband Die Grünen, der weder während noch unmittelbar nach der Besetzung eine Stellungnahme hierzu veröffentlichte. Personell wurde die Besetzung von zwei grünen Mitgliedern unterstützt; außerdem erschien zum Zeitpunkt der Räumung die Kreisvorsitzende Scholing, um sich in die Verhandlungen mit der Polizei einzuschalten.

sich in die Verhandlungen mit der Polizei einzuschalten.

* * * * * * * * * * * * * * * * * * *

In Celle stehen Häuser leer, doch das dulden wir nicht mehr

Am 27.5. wurde eines der vielen in Celle leerstehenden Häuser besetzt. Es handelt sich um eines von 4 leerstehenden Häusern am „Heiligen Kreuz" in Celles Innenstadt.

Seit etwa drei Jahren stehen die Häuser leer. Die Häuser gehören der Stadt Celle, die die letzten Bewohner mit Räumungsklagen vertrieb. Vor ca. 8 Monaten hat ein Abrißtrupp die bis dahin funktionierenden Installationen herausgerissen.

Der Vorschlag der „Alternativen Jugendaktion" (AJA), die Räume als unabhängiges Jugendzentrum zu verwenden, wurde mit der Begründung abgelehnt, daß die Stadt selbst die Räumlichkeiten nutzen wolle. Das ist bis heute nicht geschehen.

Es kann vermutet werden, daß die Stadt auf steigende Grundstückspreise spekuliert, um dann nach Abriß der Häuser das Grundstück gewinnbringend zu verkaufen.

Eine Frechheit angesichts der herrschenden Wohnungsnot in Celle. Über 2000 Celler sind auf Wohnungssuche. Wohnungen sind kaum noch anders als über Makler zu bekommen und auch dann nur Wohnungen mit horrenden Mieten. 400 Leute sind allein auf der Liste der Celler Wohnungsfürsorgegesellschaft. Besonders horrenden Mieten. 400 Leute sind allein auf der Liste der Celler Wohnungsfürsorgegesellschaft. Besonders betroffen sind wie überall: kinderreiche Familien, Arbeitslose, Familien mit geringem Einkommen, Wohngemeinschaften und Jugendliche.

So ist es kein Wunder, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung der ersten Celler Hausbesetzung durchaus positiv gegenübersteht.

Trotzdem wurde das Haus am 29.5. vormittags von der Polizei – ohne Räumungsbefehl – geräumt und zugenagelt.

Von allen Besetzern wurden die Personalien aufgenommen, und es ist mit einer Anzeige wegen Hausfriedensbruch zu rechnen.

Nach einer Spontan-Demo wurde das Haus am Abend desselben Tages von 24 Leuten erneut besetzt.

Doch schon um 23 Uhr rückten zwei Hundertschaften an, die unter Einsatz von Hunden wieder räumten. Ein Bautrupp machte sich noch in der Nacht daran, weitere Fenster zuzunageln und Türen zuzumauern.

Nach einem spontanen Fest vor den Häusern kam es am Samstag erneut zu Übergriffen seitens der Polizei. Bei einem abschließenden Rundgang durch die Celler Innenstadt wurden 5 Leute ohne Angabe von Gründen vorläufig festgenommen, die aber nach Feststellung der Personalien wieder freigelassen wurden, nachdem über 50 Leute sich protestierend vor dem Polizeipräsidium gesammelt hatten.

Die lokale Presse (Cellesche Zeitung) erhielt vertrauliche Mitteilungen nach Schreibverbot über die Ereignisse, die Redakteure erhielten ein Rundschreiben vom Verleger, in dem sie aufgefordert werden, nicht über die Hausbesetzungen zu schreiben.

Angesichts dieser „Nachrichtensperre" fielen Besetzerflugblätter bei der Bevölkerung in dankbare Hände. Um eine noch größere Öffentlichkeit zu schaffen, und unserem Protest der Bevölkerung in dankbare Hände. Um eine noch größere Öffentlichkeit zu schaffen, und unserem Protest gegen die Zerstörung von Wohnraum den nötigen Ausdruck zu verschaffen, fand am Samstag, den 6.6. eine Demonstration unter folgenden Forderungen statt:

- Schluß mit Wohnraumzerstörung und Mietwucher
- keine Kriminalisierung der Instandbesetzer
- öffentliche Stellungnahme der Stadt zu ihren Plänen mit den Häusern
- für die Instand(be)setzung der Häuser am Heiligen Kreuz

R., AK-Leser



Mit Panzerwagen wird die Barrikade niedergewalzt

Hausbesetzer-Demo am 26.5.81 in Köln

Nach dem Beschluß über einen nationalen Aktionstag der Häuserkampfbewegung beim Kongreß in Münster initiierte der Kölner Unterstützerrat eine breite Aktionseinheit für eine Demo am 26.5. in Köln. Eine Aktionseinheit aus Bunte Liste/Wehrt Euch, Kreisverband Köln der Grünen, Basisgruppen an der Uni Köln, Kölner Alternative - Stadtbezirk 1, SDAJ, MSB, Initiative FAU Köln, KBW, DKP, Sprecherrat Philosophische Fakultät, KB, TAZ, „Schauplatz" und der Unterstützerrat riefen auf einem gemeinsamen Flugblatt zur Demo auf. Im Vorfeld der AE-Verhandlungen gab es Schwierigkeiten mit der DKP, die eine Passage gegen die Hochsicherheitstrakte nicht akzeptieren wollte. Dennoch stand im Flugblatt: „...*Hochsicherheitstrakte in Gefängnissen – nicht nur die jetzigen Insassen, sondern jeder der hier was macht, sei es eine Hausbesetzung oder eine Demonstration bis hin zum Streik wird mit dem Begriff ‚Terrorismus' in Verbindung gebracht und kann bei einer Verhaftung in den Hochsicherheitstrakt kommen...*".

Die Demonstration selbst war mit etwa 800 Leuten sehr schwach besucht, die Stimmung war dementsprechend mies, kaum Parolen und Transparente, irgendwie wirkte sie wie eine Pflichtübung. Dies änderten auch nicht die hundert Leute, die im Anschluß der Kundgebung etwas „Zoff" in der City abzogen, dabei kam es leider zu einigen Festnahmen.

Felix, Köln

BESETZT GERÄUMT

Hamburg.
Die bisherige (und nicht gerade zu neuen Taten beflügelnde) Praxis der Hamburger Innenbehörde – sofortige Räumung besetzter Häuser – konnte erstmals erfolgreich außer Kraft gesetzt werden. Im Brockmannsweg, gegenüber dem Fernsehturm, besetzten die verbliebenen Bewohner der Hinterhäuser 2a und b am 23.5.81 drei leerstehende Wohnungen in ihren eigenen Häusern (!), um deren Wiedervermietung und Renovierung, insbesondere aber auch die Instandsetzung der Häuser zu fordern und den andererseits drohenden Abriß zu verhindern.

Im Haus 2a mit seinen 14 ruhigen, preiswerten 1 1/2 - 2 1/2 Zimmer-Wohnungen haben die Bewohner schon seit 3 Jahren Reparaturen gefordert. Nachdem sich der Hauswirt lange nicht rührte, die Wohnungspflege abwiegelte, führte der Dauerdruck der Mieter (Minderungen, Veröffentlichungen) dazu, daß der Vermieter keinen Spaß mehr an dem Haus hatte – mehr Profit bringen die Vorderhäuser – und Antrag auf Unbewohnbarkeit und Abriß stellte. Nur aufgrund von Kostenvoranschlägen des Vermieters wurde dem Antrag weitgehend stattgegeben, bis die Mieter ihrerseits ein Gutachten erstellten, daß das Haus als durchaus instandsetzbar auswies. Nun fing der Besitzer plötzlich an, sich Sorgen um die Bewohner zu machen und bezweifelte die Standfestigkeit des Hauses. Als kurz vor dem Statiktermin noch nichts passiert war, besetzten die Bewohner und Freunde ihr Haus, zumal von den leeren oberen Wohnungen her Rott und Feuchtigkeit die anderen zunehmend gefährdeten.



Die Polizei ließ sich nach einer Weile mit 6 Mannschaftswagen sehen – ohne jedoch einzugreifen. Denn der Hauswirt war nicht erreichbar und hatte keinen Strafantrag gestellt. Auch taktisch war die Konstellation ganz witzig: Besetzer rausprügeln, Haus verrammeln ging schlecht, denn die Besetzer wohnten nebenan.

So blieb alles, wie es war, und in den nächsten 10 Tagen wurden mehrere Verhandlungen geführt, die letztlich mit einem 90 %igen Erfolg für die Besetzer abgeschlossen werden konnten.

Die nötigen Gutachten zur Statik wurden sofort gefertigt, die Wohnung in 2b vermietet und instandgesetzt und die Instandsetzung von Haus 2a sowie Wiedervermietung dann zugesagt, wenn die Kosten 1/3 des Wertes des Hauses nicht übersteigen.

Leere Wohnungen in bewohnten Häusern – die Besetzungsform der Zukunft in Hamburg? Die Besetzer (und in diesem Fall Bewohner) hatten seit langer Zeit konsequent um ihr Haus gerungen, unterstützt von einer Mieterinitiative, von Juristen und Architekten. Auch in der Öffentlichkeit hatten sie darstellen können, wieviel Dreck die behördlichen Wohnungspflege am Stecken hatte, die ja eigentlich zum Schutz der Mieter dasein sollte. Diese „Vorarbeiten" sollten nicht übersehen werden.

Wohnungskommission

* * *

Essen.
Nach einem zunächst gescheiterten Besetzungsversuch im Stadtteil Steele wichen die Besetzer in die Friedrich-Liszt-Str. 31 aus und bezogen ein seit zwei Jahren leerstehendes Haus. Es soll abgerissen werden. Die Besetzer verlangen Mietverträge („taz", 26.5. 81).

Wohnungskommission

Düsseldorf: Freiwillig wieder geräumt wurde das am 13.5. besetzte Haus Benrather Rathausstraße 10. Die Instandbesetzer/innen hatten zum Zeitpunkt der Besetzung die Information, daß das seit mehreren Jahren leerstehende Haus dem Düsseldorfer Regierungspräsidenten gehört. Der Verkauf des Hauses an einen beim Finanzamt beschäftigten Architekten war ihnen noch nicht bekannt. Als u.a. in Gesprächen mit diesem klar wurde, daß er dort mit seiner Familie wohnen will, erklärten sich die Instandbesetzer/innen bereit, das Haus wieder zu räumen. Denn der Architekt gehöre nicht zu den „verbrecherischen Spekulanten und Kaputtbesitzern". Am 19.5. zogen die Instandbesetzer/innen aus, sie besetzten das leerstehende Herz-Jesu-Kloster.

Der Pastor hat inzwischen Strafanzeige und einen Antrag auf Abrißgenehmigung gestellt.

* * *

Düsseldorf: Seit drei Monaten bemühen sich die beiden noch verbliebenen Mietparteien um den Erhalt des Hauses Venloer Straße 8. Die Besitzer, das Ingenieursbüro Gehlen/Heering, arbeiten als Prüfstatiker für die Stadt. So dürfte es kein Zufall sein, daß zum ersten Mal eine Abrißgenehmigung erteilt wurde, bevor eine Zweckentfremdungsgenehmigung vorlag. Eine Eingabe der Mieter an den Beschwerdeausschuß des Stadtrates hatte keinen Erfolg, die Abrißgenehmigung wurde bestätigt. Am 22.5. wurden die leerstehenden Wohnungen besetzt. Die Mieter erklärten sich solidarisch mit den Besetzern. Die Besitzer haben inzwischen Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch gestellt, gegen einen Mieter wegen Beihilfe und Anstiftung zum Hausfriedensbruch.

* * *

Düsseldorf: Am 23.5. besetzte die Gerresheimer Jugendzentrumsinitiative das leerstehende Heyebad. Vergangenes Jahr wurde das Heyebad der Gerresheimer Glashütte von der Stadt für 100.000 DM gekauft, mit dem erklärten Ziel, das Heyebad für ein Jugendzentrum umzubauen. Da angeblich nicht genug Geld dafür da ist, stand das Heyebad weiterhin leer. Da sich Gespräche mit der Stadtverwaltung, Unterschriftensammlungen, etc. als fruchtlos erwiesen, schritt die Jugendzentrumsinitiative nun zur Tat. Am 27.5. fand ein sehr gut besuchtes Rockkonzert im Heyebad statt; einige Arbeitsgruppen wurden eingerichtet. Inzwischen fanden auch erste Gespräche mit den Vertretern der Stadt statt, es ist zu hoffen, daß diesen Herren einmal mehr als Hinhaltetaktik und Polizeiknüppel einfällt.

Detlef/Düsseldorf

* * *

Neuß. Die Besetzer/innen der Krefelder Straße Nr.53 gaben am 3.5. auf, nachdem eine Gruppe jüngerer „Bürger" das Haus gestürmt, die Besetzer/innen verprügelt, Möbel und Inneneinrichtungen zerstört hatten. Derartigen Angriffen waren die Besetzer/innen seit Beginn der Besetzung ausgesetzt. Bereits in der zweiten Nacht nach der Besetzung versuchten ca.20 Besucher einer nahegelegenen Discothek, das Haus zu stürmen. Sie traten die Haustür ein, zerschlugen eine Schaufensterscheibe und warfen Bierflaschen durch die Fensterscheiben. Zwar wurde Schlimmeres von der Bullizei verhindert, aber ansonsten beschränkte sie sich darauf, die Personalien von einem dieser Typen festzustellen. Später in der Nacht wurden erneut Scheiben eingeworfen. Nur zwei Tage später, am 24.3., versuchte schon wieder eine Gruppe, das Haus zu überfallen. Als sie die Fensterscheiben einschmissen, nahm die Bullizei sie diesmal fest. Als ein Besetzer diese Typen auf der Wache identifizieren sollte, wurde ihm seine Ermordung angedroht.

Detlef/ Düsseldorf

* * *

Recklinghausen. Ein leeres Haus, dessen Abriß für 1983 geplant ist, wurde von 15 Leuten besetzt. Die Räumung ist bereits angekündigt bzw. bereits passiert („taz", 18.5.81).

Birgden. Einen Umweltschutzskandal deckten Instandbesetzer/innen in Birgden bei Gangelt im Kreis Heinsberg auf. Sie hatten die seit drei Jahren leerstehende Villa eines Textilfabrikanten besetzt. Auf dem Gelände der stillgelegten Textilfabrik entdeckten sie rund 200 offene Plastikfässer mit Maschinenöl, Farben und Lösungsmitteln. Diese sind zum Teil ausgelaufen, die Erde mit den oben genannten Stoffen durchtränkt. Auf dem Boden des ehemaligen Farblagers bilden große Mengen von Öl, Salz und Chemikalien einen zähen Belag, in den Fabrikhallen liegt freies Quecksilber auf dem Boden. Gemeinsam mit den Grünen führten sie Pressevertretern diese Gifte vor („RP", 11.5.).

Detlef/Düsseldorf

* * *

Hilden. Die Instandbesetzer/innen des Hauses Marktstr. 11 hatten sich sechs Wochen lang bemüht, mit der Stadt als Besitzerin über einen Nutzungsvertrag zu verhandeln. Aber die Stadt blieb unnachgiebig. Am 5.5. wurde das Haus unter Einsatz von mehr als 100 Bullizisten geräumt. Ein Bautrupp machte das Haus unbewohnbar, indem Fenster und Türen rausgerissen wurden, teilweise wurden auch Mauern eingeschlagen. Die neun Instandbesetzer/innen wurden nach erkennungsdienstlicher Behandlung wieder freigelassen. Am 8.5. beteiligten sich rund 250 Menschen an einer Protestdemo gegen die Räumung. Gleichzeitig besetzte eine Gruppe von Instandbesetzer/innen "Haus Jägerhof", in dem sich neben Wohnraum auch eine größere Kneipe befindet, die sich hervorragend als Kommunikationszentrum nutzen läßt.

Detlef/Düsseldorf

* * *

Stuttgart. Der Großoffensive von Stadtverwaltung und Bullen fiel erneut ein besetztes Haus zum Opfer. Bei der Räumung des Hauses Gerokstr. 13a wurden 71 Menschen – Besetzer, Demonstranten und unbeteiligte Passanten – nach einer wahren Prügelorgie verhaftet und erkennungsdienstlich behandelt. 6 von ihnen bleiben in Haft („taz", 15.5.81).

* * *

Regensburg. Die eintägige Besetzung eines Altstadtgebäudes beendete bayrische Bereitschaftspolizei am 15.5. Von den 29 Besetzern wurden die Personalien festgestellt („taz", 18.5. 81).

* * *

Münsteraner Aktion am 26.5.

Etwa 80 Personen beteiligten sich am 26.5. an einer Aktion der Wohnraumrettungsinitiative und anderer Münsteraner Häuserkämpfer, die im Rahmen des bundesweiten Aktionstages gegen Wohnungsnot in Münster stattfand.

Nachdem bereits in der vorangegangenen Nacht eine Reihe leerstehender Häuser als solche gekennzeichnet worden waren, sollte den verantwortlichen Verwaltungsbeamten bzw. Politikern eine Liste leerstehender Häuser und ein diesbezüglicher Bürgerantrag übergeben werden. Oberbürgermeister, Oberstadtdirektor und Wohnungsbaudezernent ließen sich jedoch allesamt verleugnen.

Als die Leute daraufhin in die Fußgängerzone zogen und dort Liste und Antrag öffentlich verlasen, „*entschloß sich Polizeioberrat Dieter Broschat, die Versammlung aufzulösen... Er wies seine Beamten an, einen bestimmten Personenkreis unter den Demonstranten (Redner, Transparentträger und Träger von* P l a s t i k t ü t e n – Hervorhebung AK) *zur Feststellung der Personalien festzunehmen*" („Münstersche Zeitung", 27.5.81). Die Bullen griffen daraufhin brutal durch. Obwohl es angeblich um nicht mehr als bloße Personalienfeststellung ging, wurden selbst vorgezeigte Personalausweise entweder schlicht ignoriert oder kurzerhand einkassiert. Massive Einschüchterung war Trumpf, es sollten Gefangene gemacht werden! Fragen nach den Dienstmarken der Bullen waren praktisch schon Beamtenbeleidigung und Widerstand gegen die Staatsgewalt. Und wer sich solcher „Widerstandsformen" bediente, bekam Prügel oder wurde sogar über den Boden geschleift. Erfolgsmeldung von Broschat: „*Schließlich seien gezielt acht Personen zur Feststellung der Personalien festgenommen worden, die als ‚Sprecher, Rädelsführer oder Transparententräger' aufgefallen seien*" („Westfälische Nachrichten", 27.5.81).

Vier der acht wurden zur Polizeidirektion geschafft, jedoch nach 1 bis 2 Stunden wieder entlassen. Einer von ihnen, dem Widerstand gegen die Staatsgewalt, Körperverletzung und versuchte Gefangenenbefreiung vorgeworfen wird, wurde dort erkennungsdienstlich behandelt. Über die den übrigen sieben zur Last gelegten Taten ist bislang nichts bekannt geworden. Angesichts des harten Vorgehens der Bullen ist jedoch kaum zu erwarten, daß auf die gerichtliche Variante der Kriminalisierung verzichtet wird. Ein juristisches Nachspiel wird es davon unabhängig in jedem Fall geben: Mehrere Zeugen des Bullenüberfalls haben wegen des brutalen Vorgehens der Bullen Strafanzeige erstattet.

Kurze Zeit nach den Vorfällen in der Fußgängerzone kam es zu weiteren Provokationen der Bullen, in deren Verlauf noch zwei Personen festgenommen wurden. Besonders in einem Fall, gegenüber dem 16-jährigen Schüler F., wurden Rücksichtslosigkeit und Willkür auf die Spitze getrieben. F. schlenderte mit einem Begleiter durch die Münsteraner Innenstadt, als ein Bullen-Auto an ihnen vorbeifuhr, dem der Begleiter ein kräftiges „fuck off" hinterherrief. Als der Begleiter daraufhin mit seinem Fahrrad das Weite suchte, nahmen die Bullen F. wegen Beamtenbeleidigung fest, durchsuchten ihn und schleppten ihn zur Polizeidirektion. Weil die Durchsuchung eine Pfeife zutage gefördert hatte (Verdacht auf Drogenmißbrauch!), mußte sich F. dort im Beisein von Beamten völlig entkleiden, bevor er schließlich wieder auf freien Fuß gesetzt wurde. Noch unklar ist, mit welchen weiteren Repressionen F. zu rechnen hat.

Mit ihrem Vorgehen haben die Bullen ein Zeichen gesetzt, daß sie nunmehr gewillt sind, den Protest gegen Häuserabriß und Leerstehenlassen von Häusern bereits im Keim zu ersticken. Sogenannte „Rädelsführer" sollen herausgegriffen werden, wobei „Träger von Plastiktüten" schon verdächtig sind. Gegen diese Kriminalisierungsstrategie den breit getragenen demokratischen Protest zu organisieren, muß alsbald zu einem Schwerpunkt des Häuserkampfes (nicht nur) in Münster werden. Erste Überlegungen, einen ständig arbeitenden Ermittlungsausschuß einzurichten, gehen bereits in diese Richtung.

KB/Gruppe Münster



Gottscheber

Mieterhöhungen statt neue Wohnungen

Eigenheimbesitzer Helmut Schmidt schickte seinen vielbeschäftigten Wohnungsnotminister Haack vor, der die am 27.5. ausgebrüteten neuesten ‚Peinlichkeiten' sozialliberaler Wohnungsbaupolitik verkünden durfte. Unter dem Motto, den Wohnungsbau zu fördern, hat das Kabinett ein neues Gesetz zur Vereinfachung von Mieterhöhungen sowie die Einführung der Staffelmiete und der Fehlbelegungsabgabe für besserverdienende Sozialmieter beschlossen. Gleichzeitig wurde das von einigen realitätsfremden Sozialschwärmern geforderte Zwei-Jahres-Programm für den Bau von 60.000 Sozialwohnungen zusätzlich mit dem sattsam bekannten Hinweis abgeschmettert, die FDP sei dagegen und im übrigen habe der Finanzminister dafür sowieso kein Geld.

Schon am Tage darauf meldete sich Herr Paul, Präsident des Haus- und Grundeigentümerverbandes, zu Wort, und erklärte allen erwartungsvollen Mietern, was sie von den Errungenschaften des Herrn Haack zu erwarten haben: „**sprunghafte Mietsteigerungen**", bzw. einen „**kräftigen Mietschub**" schon in der nächsten Zeit. („FR", 1.6.81)

Wie es sich für einen anständigen Hausbesitzer gehört, hat natürlich auch Herr Paul einiges an den Regierungsbeschlüssen auszusetzen. Um „echten Druck" zu erzeugen, hätte Paul anstatt der aufwendigen Fehlbelegungsabgabe lieber den Sozialmietern gleich 5000 bis 10000 DM abgeknöpft. Ein Vorschlag, der in Bonn sicherlich nicht ungehört verhallt. Ansonsten aber hat Paul allen Grund, für sich und seinen Verband hoffnungsvoll in die Zukunft zu blicken. Das Gesetz zur Vereinfachung von Mieterhöhungen beinhaltet beispielsweise, daß der Vermieter eine Mieterhöhung zukünftig nicht mehr wie bisher üblich begründen muß. So hat der Mieter fast gar keine Möglichkeit mehr, die ‚Rechtmäßigkeit' einer Mieterhöhung anzuzweifeln, geschweige denn sie zurückzuweisen.

Als ebenso hinterhältig und mieterfeindlich ist der Plan zu bezeichnen, ab 1983 in allen Städten und Gemeinden Mietspiegel aufzustellen. Dann nämlich brauchen Vermieter nicht mehr allein den Durchschnittswert der Vergleichsmiete zur Begründung der Mieterhöhung angeben, sondern sie können die Spitzenmiete der Vergleichsgruppe von Wohnungen verlangen.

Kein Wunder, daß Kritik an diesen Schweinereien auch aus dem sozialdemokratischen Lager laut wird. So erkannte Alois Pfeiffer, Vorstandsmitglied des DGB, daß die verabschiedeten Beschlüsse keines der gegenwärtigen Probleme lösen werden. Und auch die Jusos bezeichneten die heutige Wohnungspolitik als „*zutiefst unsozial und überdies unwirksam*". („FR", 1.6. 81) Mit dem ersten Teil ihrer Einschätzung haben die Jusos sicherlich recht. Daß diese Politik aber auch ihre Wirkung hat und haben wird, müßten eigentlich auch die Jusos gemerkt haben.

Wohnungskommission

10. Bundesfrauenkonferenz des DGB:

»Wir haben hier eine schöne Schau organisiert und die Politiker hatten ihre Spielwiese“

Vom 20. bis 22.5.81 fand die 10. Bundesfrauenkonferenz in Essen statt. Sie stand unter dem Motto: „30 Jahre gewerkschaftliche Politik für Arbeitnehmerinnen“. Ca. 400 Delegierte und Gäste waren geladen. Bei den Einladungen der 186 Ehrengäste war die DGB Führung nicht gerade zimperlich, insbesondere was reaktionäre und frauenfeindliche Parteien und sonstige Organisationen angeht. So konnten die Fauenunion der CSU und das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken ihre Repräsentanten entsenden. Arbeitsdirektoren von Thyssen, Neue Heimat u.a. waren geladen und wie selbstverständlich waren diverse Vertreter der etablierten Parteien anwesend, die zum Teil Gelegenheit erhielten, Reden und Grußbotschaften an die 219 Delegiertinnen zu richten. Wie sollte es auch anders sein, vor allem die „Herren der Schöpfung“ hatten das Wort, während nur eine Frau als Vertreterin des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) als Ehrengast eine Rede hielt, die sich wohltuend von den sonstigen Reden abhob und in der vor allem auf die weltweiten Probleme der arbeitenden Frauen hingewiesen und auf eine solidarische Zusammenarbeit orientiert wurde.

Insbesondere die Politiker Farthmann (Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales in NRW) und Ehrenberg (Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung) gaben so einige frauenfeindliche Klopse von sich, die wir den Leserinnen nicht vorenthalten möchten. So wollte Herr Farthmann den Delegiertinnen erzählen, daß *„die alte Forderung ‚gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘ inzwischen weitgehend verwirklicht“* sei. Ebenso *„weitgehend verwirklicht ist auch die rechtliche Gleichstellung der Frau“*, wozu seiner Meinung nach das EG-Anpassungsgesetz wesentlich beigetragen habe. Herr Farthmann, der in dem Motto der DGB Frauenkonferenz „30 Jahre ...“ ein „Jubiläum“ vermutet und den Frauen stattdessen eine „kritische und nüchterne Bilanz“ empfiehlt, wird selbst zu einem Jubelierer mit höchsten falschen Tönen (Zitate aus seiner Rede).

Den Vogel schoß dann aber Bundesminister Ehrenberg ab, der seine Rede wie folgt einleitete: *„Glücklicherweise ist es bei den Frauenkonferenzen des DGB nicht so wie bei*

Den Vogel schoß dann aber Bundesminister Ehrenberg ab, der seine Rede wie folgt einleitete: *„Glücklicherweise ist es bei den Frauenkonferenzen des DGB nicht so wie bei manchen Veranstaltungen – so zum Beispiel kürzlich in Bonn – unter dem falsch verstandenen Schlagwort ‚Emanzipation‘, daß Männer nichts sagen, ja nicht einmal anwesend sein dürfen oder auch nur als Kellner für das leibliche Wohl der Frauen sorgen: Gewerkschafterinnen haben schon seit jeher gewußt, daß Isolation und falsche Fronten am allerwenigsten zum Erfolg führen“*. Nach diesem Seitenhieb gegen die „feministischen“ Ansichten aus der Frauenbewegung wollte Herr Ehrenberg sich nicht lumpen lassen und zeigte Verständnis für die Säuernis einiger Gewerkschafterinnen über die „männerbeherrschten Gewerkschaften“. So rief er dann den Frauen zu: *„Gerade weil ich um Euer Engagement weiß, möchte ich Euch in Abwandlung eines Bibelverses dazu aufrufen: ‚Gehet hinaus in alle Welt und lehret alle Frauen, daß sie sich organisieren müssen, um sich und anderen zu helfen.“* Diese Peinlichkeit stieß auf den zornigen Protest einiger anwesenden Frauen. In der langen, inhaltsleeren Rede von Herrn Ehrenberg werden bestehende Probleme wie die Frauenarbeitslosigkeit restlos heruntergespielt. So opperiert er mit gefälschten Zahlen und behauptet, daß die Erwerbstätigkeit der Frauen 1970 bei 33,9 % lag und eine Steigerung bis 1980 auf 36,9 % erreicht werden konnte. Dies ist ein recht plumper Versuch, die Frauenarbeitslosigkeit zu verschleiern, denn gerade bei den gewerkschaftlich organisierten Frauen ist wohl bekannt, daß seit mehr als 20 Jahren der Anteil der Erwerbstätigkeit bei 37 % liegt. Nicht weniger grandios ist die Bewertung über die teilweise abgeschafften Leichtlohngruppen. Den Erfolg sieht Ehrenberg nicht in den Kämpfen der Arbeiterinnen, sondern in einer von der Bundesregierung angeforderten „wissenschaftlichen Untersuchung“, die viel Problembewußtsein über die Leichtlohngruppen vermittelt haben soll. Generell lobte der Arbeitsminister die tarifpolitischen Erfolge, um gleichzeitig denjenigen die Grenze zu zeigen, die *„irgendwelche vollmundigen Forderungen nach einem Anti-Diskrimierungsgesetz, das sozusagen mit einem Schlag die Gleichberechtigung in allen Bereichen ... verwirklichen soll“*, erheben. Wie Herr Farthmann malte er den angeblichen Erfolg des EG-Anpassungsgesetz bis ins letzte Detail aus, und es scheint den Herrn Politikern im wesentlichen auch darum gegangen zu sein, das Alibi-Gesetz endlich an die Frau zu bringen. Mit dem Slogan *„die Geduld der Frauen ist die Macht der Männer“ – „Seid ungeduldig“* endete die Rede des Herrn Ehrenberg (Zitate aus seiner Rede).

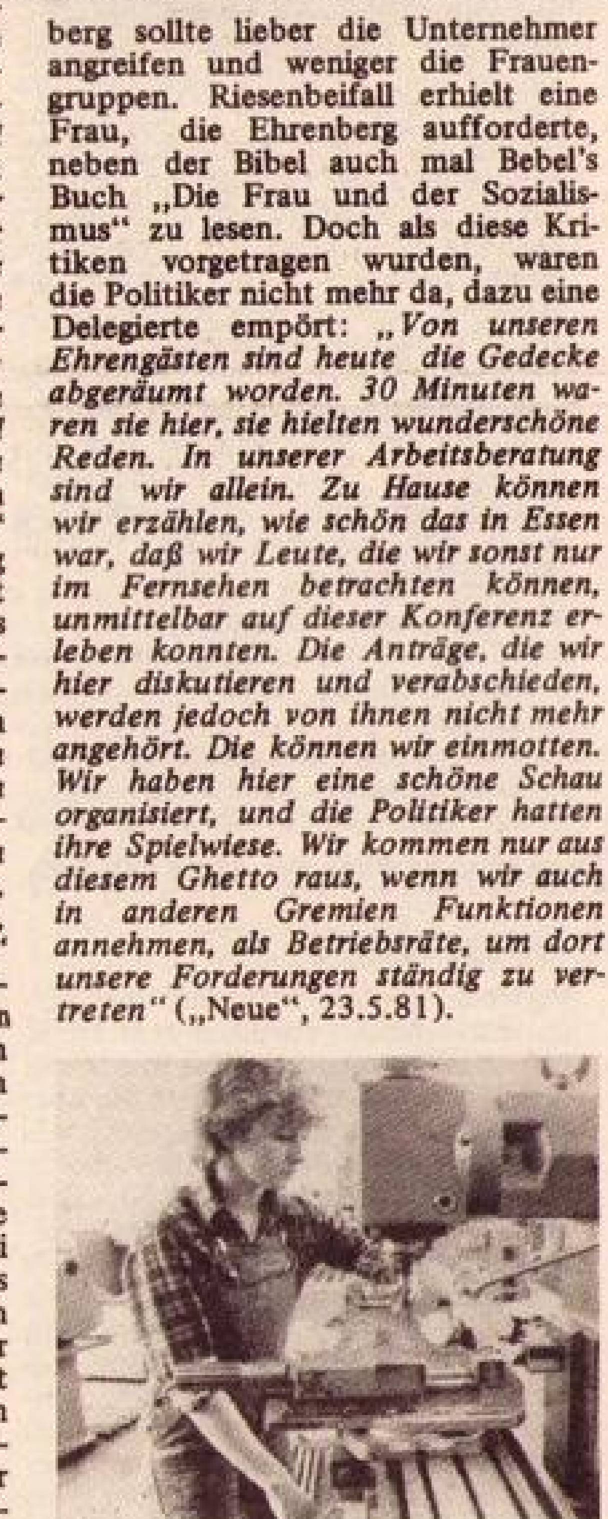
Wenngleich eine Aussprache unter den Delegierten zu den Reden der Ehrengäste nicht vorgesehen war, nahmen einige Frauen die erstbeste Gelegenheit wahr, um ihre Kritik an den Bibelzitaten zu äußern. Ehren-





berg sollte lieber die Unternehmer angreifen und weniger die Frauengruppen. Riesenbeifall erhielt eine Frau, die Ehrenberg aufforderte, neben der Bibel auch mal Bebel's

berg sollte lieber die Unternehmer angreifen und weniger die Frauengruppen. Riesenbeifall erhielt eine Frau, die Ehrenberg aufforderte, neben der Bibel auch mal Bebel's Buch „Die Frau und der Sozialismus“ zu lesen. Doch als diese Kritiken vorgetragen wurden, waren die Politiker nicht mehr da, dazu eine Delegierte empört: *„Von unseren Ehrengästen sind heute die Gedecke abgeräumt worden. 30 Minuten waren sie hier, sie hielten wunderschöne Reden. In unserer Arbeitsberatung sind wir allein. Zu Hause können wir erzählen, wie schön das in Essen war, daß wir Leute, die wir sonst nur im Fernsehen betrachten können, unmittelbar auf dieser Konferenz erleben konnten. Die Anträge, die wir hier diskutieren und verabschieden, werden jedoch von ihnen nicht mehr angehört. Die können wir einmotten. Wir haben hier eine schöne Schau organisiert, und die Politiker hatten ihre Spielwiese. Wir kommen nur aus diesem Ghetto raus, wenn wir auch in anderen Gremien Funktionen annehmen, als Betriebsräte, um dort unsere Forderungen ständig zu vertreten“* („Neue“, 23.5.81).



demokratie wird immer noch kleingeschrieben

Da der erste DGB Konferenztag für die Ehrengäste verplant war, konnte erst am zweiten Tag die Frauenkonferenz richtig beginnen. Die anwesenden Frauen kamen aus den verschiedenen Städten der BRD, sie sind in der Regel nicht gewählt sondern von den DGB-Ortsvorständen benannt worden. So wissen viele gewerkschaftlich organiserte Frauen an der Basis gar nicht, wer für ihren Bereich delegiert wurde. Ebenso hat die einzelne Delegierte kein Mandat für die abzustimmenden Anträge, die meistens innerhalb der Gewerkschaften gar nicht diskutiert wurden, und selbst Delegierte wissen manchmal nicht, wie und wo die Anträge zustandegekommen sind. Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang auch die Zusammensetzung der anwesenden Delegiertinnen: Von den 219 Delegiertinnen sind nur 58 Arbeiterinnen, das steht in einem krassen Mißverhältnis zu den 133 Angestellten und 28 Beamtinnen. 133 (60 %) sind Hauptamtliche und der Rest Ehrenamtliche. Traurig ist auch die Zahl von 2 (zwei) Delegiertinnen für die Ausländerinnen. Darüberhinaus liegt das Durchschnittsalter bei 48 Jahren, d.h. es waren nur wenige jüngere

Delegierte anwesend. Auch der hohe Durchschnitt des gewerkschaftlichen Monatsbeitrags von 35 DM gibt ein entsprechendes Bild von den ernann-'ten Delegierten dieser 10. DGB

Delegierte anwesend. Auch der hohe Durchschnitt des gewerkschaftlichen Monatsbeitrags von 35 DM gibt ein entsprechendes Bild von den ernann-'ten Delegierten dieser 10. DGB Bundesfrauenkonferenz.

Welches Demokratieverständnis im weiteren vorherrschte, sollte mit der am Vortag verabschiedeten Geschäftsordnung spätestens deutlich werden: *„Intiativanträge, außer solchen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen und müssen mit mindestens 30 Unterschriften von Delegierten versehen sein. Als Initivanträge werden nur solche Anträge zugelassen, deren Antragsbegehren bis zum Termin der Antragsstellung (16. Februar 1981) noch nicht bekannt sein konnte“*. In der Praxis heißt dies, daß keine inhaltlichen Anträge mehr gestellt werden konnten, zumal eine zusätzliche Antragsfrist am zweiten Tage der Konferenz bis 10 Uhr bestand und damit nur Geschäftsordnungsanträge möglich waren, die zudem noch sehr rigide gehandhabt wurden, wie der Verlauf der Konferenz zeigt.

Bleibt noch eine Information zu ergänzen. Frau Maria Weber, stellvertretende Vorsitzende des DGB-Bundesvorstandes (CDU), hat ihre Funktion als Frauenverantwortliche an Irmgard Blättel übertragen, die Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB ist und natürlich auch in der CDU Mitglied ist. Warum und weshalb diese Ablösung bzw. warum gerade diese, erfuhren die anwesenden Delegiertinnen nicht. Ein Wahlverfahren gibt es offensichtlich nicht, wiederum zum Erstaunen mancher Delegierten.

Autonome Frauen als Spalter der Frauenbewegung?

Zunächst gab es einige Referate. Das erste hielt Maria Weber zum Thema des Frauenkongresses *„30 Jahre gewerkschaftliche Politik für Arbeitnehmerinnen“*. Die 30 Jahre beinhalten für Frau Weber im wesentlichen gesetzliche Veränderungen. Angefangen mit dem Grundgesetz Artikel 3 zum Mutterschutz, Ehe- und Familienrecht, sowie diverse andere Gesetze enden in einem einzigen gewerkschaftlichen Erfolg. Die Bilanz der letzten 30 Jahre ist unkritisch und wenig analytisch, stattdessen verteilt Frau Weber einige Rügen an die kritischen *„jüngeren Frauen, die meinen ‚Frauenfragen‘ seien etwas völlig Neues, von ihnen entdeckt, erkannt, man müsse sich ihnen endlich zuwenden, sie anpacken und lösen“* (Zitat aus dem Referat).

In dem zweiten Referat von Frau Blättle *„Rationalisierung – Risiko oder Chance für Frauen?“* wird sehr allgemein auf die neue Technologie und sonstige Rationalisierungsmaßnahmen eingegangen. Was dies im Konkreten für die Frauen für Auswirkungen hat bzw. in Zukunft haben wird, fehlte leider völlig, geschweige denn, daß konkrete Maßnahmen gegen die Rationalisierungen angekündigt oder vorgeschlagen wurden. Die Forderungen bleiben wie gehabt: für

mehr Humanisierung in der Arbeitswelt.

Die Ergänzungen zum Geschäftsbericht, von Helga Tölle vorgetragen, hören sich zu Beginn ganz informa-

mehr Humanisierung in der Arbeitswelt.

Die Ergänzungen zum Geschäftsbericht, von Helga Tölle vorgetragen, hören sich zu Beginn ganz informativ an, insbesondere zur Frauenarbeitslosigkeit und Teilzeitarbeit, bis sie zum eigentlichen Thema kommt: *„Traditionelle und autonome Frauenbewegung“*. Helga Tölle sieht die derzeitige Spaltung in der Frauenbewegung als Problem an. Ein selbstkritisches Wort, welchen Anteil an der Spaltung die Gewerkschaften selbst tragen, bleibt völlig aus. Stattdessen holt Frau Tölle offensichtlich



gegen die autonome Frauenbewegung aus, was die Spaltung eher vertiefen wird. *„Dabei erschweren jene Frauengruppen die Verwirklichung der Gleichberechtigung, die radikalfeministisch sind und das Vorhandensein der Männer am Liebsten leugnen möchten. Da sie es aufgrund der gegebenen Tatsachen nicht können, versuchen sie, die Welt, auch die Arbeitswelt in solche für Frauen und für Männer aufzuteilen, um so für Frauen die gleichen Arbeitsplätze und Stellungen wie für die Männer zu bekommen“*. Frau Tölle suggeriert dann, die Frauenbewegung wolle Universitäten und Betriebe getrennt für Männer und Frauen. Sie tut gerade so, als hätten sich die gewerkschaftlich organisierten Frauen seit langem mit solchen Posititionen auseinandergesetzt und eine Zusammenarbeit sei vor allem an den autonomen Frauen gescheitert, die den gemischten Charakter (Männer und Frauen) in den Gewerkschaften ablehnten. Angesicht der Beschlußfassung zum Internationalen Frauentag durch den DGB Vorstand, keine Bündnisse mit autonomen Frauengruppen zu schließen, ist diese Behauptung von Frau Tölle besonders grotesk. Recht demagogisch ist auch folgende Aussage von Tölle: *„Wir geben gern zu, daß die Art des Vertretens ihrer Forderungen öffentlichkeitswirksam ist. Leider steigert sie aber auch den Widerstand der Männer zu Frauenforderungen, was sie selber wahrscheinlich nicht merken – weil sie sich wenig mit Männern direkt auseinandersetzen und kaum mit ihnen direkt verhandeln. Wir bekommen dies hier und da zu spüren, und es erschwert uns derzeit manchmal auch das Verhandeln im internen Bereich“*, womit wohl der Internationale Frauentag gemeint sein soll. Aber wie dem auch sei, die Gewerkschaftsführerinnen scheinen die autonome Frauenbewegung als Bedrohung zu empfinden und deshalb wurde auf diesem 10. DGB Frauenkonkreß die Zusammenarbeit von Männern und Frauen sehr oft betont. Eine Delegierte griff diese Abgrenzungshysterie zur autonomen Frauenbewegung an, indem sie davon sprach, daß man mit extremen Beispielen, die überall vorkommen, nicht eine ganze Bewegung diskriminieren darf. Sie fragte, wer denn die § 218 Bewegung und die Frauenhäuser gemacht habe und ob dies nicht auch die Aufgabe der gewerkschaftlich organisierten Frauen gewesen wäre? Dieser Beitrag war der einzig kritische zu den oben benannten Referaten. Die sonstige Aussprache hierzu verlief harmonisch, aber auch Ratlosigkeit und die fehlende Orientierung dürfte dazu beigetragen haben, daß keine richtige Aussprache stattfand.

Die Diskussion um die Anträge: Ein Hohn!

Die 137 vorliegenden Anträge sind wie üblich von einer eingesetzten Antragskommission der DGB-Führung auf linientreue Inhalte sortiert und mit entsprechenden Hinweisen wie „zur Annahme empfohlen“ oder als „Material an den Bundesvorstand“ versehen worden. Bezeichnenderweise gab es gar keinen Antrag, der von der Antragskommission abgelehnt wurde. Mit anderen Worten, es lagen zu keinem Thema kontroverse Anträge vor. Zum EG-Anpassungsgesetz la-

se gab es gar keinen Antrag, der von der Antragskommission abgelehnt wurde. Mit anderen Worten, es lagen zu keinem Thema kontroverse Anträge vor. Zum EG-Anpassungsgesetz la-

gen z.B. mehrere Anträge vor, die sich aber nur in der Formulierung und in der einen oder anderen weitergehenden Forderung unterschieden. Einen Antrag, der z.B. das EG-Anpassungsgesetz verurteilt gab es nicht, so daß eine kontroverse Debatte darum nicht stattfinden konnte, zumal ja auch Intitiativanträge nicht mehr erlaubt waren. Nicht anders war es, um noch ein weiteres Beispiel zu nennen, mit dem Internationalen Frauentag. Die vorliegenden Anträge forderten die Beibehaltung des 8. März und Ausweitung der gewerkschaftlichen Aktivitäten, wie sie in diesem Jahr bereits stattgefunden haben. Ein Bündnis mit anderen Gruppen und Organisationen kann nach diesen beschlossenen Anträgen auch demnächst nicht stattfinden. Wie diese Beispiele könnte frau diverse andere nennen, aber wir wollen unsere Leser/innen nicht langweilen, zumal die meisten Anträge bekannte gewerkschaftliche Forderungen wiederholten. Die vorliegenden Anträge befaßten sich mit allen möglichen gesellschaftlichen Frauenfragen wie Arbeitslosigkeit, Benachteiligung in der beruflichen Bildung, Lohndiskriminierung, Gesundheit am Arbeitsplatz, Mutterschutz, Doppelbelastung der Frauen in Beruf und Familie usw.

Im folgenden wollen wir die interessanteren Diskussionen und Kontroversen darstellen, die sich im wesentlichen auf die Themen der Teilzeitarbeit, den § 218 und die Friedenspolitik bezogen.

Teilzeitarbeit ja oder nein?

Noch vor wenigen Jahren haben die DGB-Frauen Teilzeitarbeitsplätze als eine Lösung der Frauenarbeitslosigkeit gefordert. Die Entwicklung insbesondere in den Einzelgewerkschaf ten zeigt, daß viel über diese Forde

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von S.21

rung diskutiert wurde und heute kaum noch eine Gewerkschaft diese aufrecht erhält, was nicht bedeutet, daß es keine Differenzen mehr gibt. So haben auch DGB-Frauen sich dieser Forderung angeschlossen. Die vorliegenden Anträge unterscheiden sich insofern, als einige Frauen heute Teilzeitarbeitsplätze grundsätzlich ablehnen, weil sie der verschärften Ausbeutung dienen. Andere Delegierte wiederum akzeptieren für manche Frauen die Teilzeitarbeit als Notlösung, fordern dann aber in ihren Anträgen die soziale Absicherung (Rente, Versicherung etc.) für teilzeitarbeitende Frauen. Einigkeit gab es unter den Delegierten darüber, daß die Arbeitszeitverkürzung insgesamt gefordert werden müsse. Die oben beschriebenen Differenzen in den Anträgen führten zu Tumulten in der Diskussion, weil einige Delegierte meinten, wer nicht voll arbeitet, könne auch nicht so viele Rechte haben, denn das ginge schließlich auf Kosten derjenigen, die voll arbeiteten. Eine Delegierte wollte die sozialen Rechte nur für gewerkschaftlich organisierte Frauen bzw. Gewerk- [illegible]

Trotz dieser Differenzen wurden alle vorliegenden Anträge mit großer Mehrheit verabschiedet. Einige Delegierte waren über diesen Abstimmungstrick empört und forderten in einem Geschäftsordnungsantrag die Wiederaufnahme der Debatte, weil die Position unklar sei. Dies wurde kurzerhand von der Versammlungsleitung abgeblockt.

§ 218 Anträge für die „Materialmappe"?

Vorweg ist zu sagen, daß bei der Debatte um den § 218 die ersatzlose Streichung weder in Antragsform noch in der Diskussion eine Rolle spielte. Die vorliegenden Anträge fordern *„überkonfessionelle Beratungsstellen sowie deren Finanzierung und Ausweitung." „Ziel bleibt es, den § 218 StGB im Sinne der Fristenlösung zu novellieren"* (Antrag 78). Im gleichen Antrag wurde sogar der DGB-Beschluß von 1972 zitiert und erneut zur Abstimmung gestellt: *„Das Problem des Schwangerschaftsabbruches berührt auch ethische, moralische und religiöse Fragen, die nur der einzelne für sich entscheiden kann. Entstehen hieraus Gewissenskonflikte, so wird den Mitgliedern freigestellt, ihre von dieser Entschließung abweichende Meinung auch weiterhin zu vertreten".* Ein weiterer Antrag fordert, *„sich gegen die Aushöhlung des § 218 StGB zur Wehr zu setzen"* und wendet sich gegen Versuche, *„legale Schwangerschaftsabbrüche wegen sozialer Notlage zu kriminalisieren"* (Antrag 79). Alle Anträge zum § 218 wurden von der Antragskommission als „Material" für einen Antrag für mehr Familienberatungsstellen empfohlen, d.h. keine Abstimmung zum § 218. Den einleitenden Beitrag hielt Frau Blättel. Sie erinnerte noch einmal daran, daß die DGB-Mitglieder in dieser Frage nicht an Mehrheitsbeschlüsse gebunden seien. Sie selbst sei auch gegen die Abtreibung, könne aber alle anderen Vorstellungen auch akzeptieren. Sie apellierte, die Anträge nicht zur Abstimmung zu stellen. Dies war im Weiteren auch die entscheidende Kontroverse. Einige Delegierte forderten die Abstimmung der Anträge zum § 218 und hielten dazu Beiträge. So wurde von einer Frau aus Baden-Württemberg über die Hetzkampagne gegen den DGB als „Mordsyndikat" berichtet. Ärzte und Katholiken haben es den Frauen schwer gemacht, eine Abtreibung zu bekommen. Die Anträge wurden alle mit großer Mehrheit abgestimmt und angenommen.

Sehr beeindruckt waren die Delegierten vom Beitrag einer Frau, die eine Fehlgeburt hatte und deren Fötus in der achten Schwangerschaftswoche angeblich Herzaktionen zeigte. Die Klinik bescheinigte ihr deshalb eine Lebendgeburt und sie sollte dem Fötus einen Namen geben, was sie verweigerte. Der Arzt begründete dies mit dem Personenstandsgesetz und ließ das „Kind" ins Sterberegister eintragen. Die Delegierte beantragte eine Änderung des Standesgesetzes, so daß bei einer Fehlgeburt nicht von Lebensfähigkeit gesprochen werden darf. Der Antrag wurde angenommen.

Einbeziehung in den Zivildienst umstritten

Allein fünf Anträge lagen zum Thema Friedenspolitik vor. In ihnen wird die Bundesregierung erneut zu *„Entspannung und Abrüstung"* aufgefordert. Sie *„verurteilen die massive Rüstungspolitik in Ost und West und den Beschluß des NATO-Rates zur Bestückung West-Europas mit Mittelstrecken-Raketen sowie die Ab-* [illegible] *ren"* (verabschiedeter Antrag Nr. 127).

Sechs Anträge lagen zum Thema Frauen in die Bundeswehr vor. Da sie alle in der politischen Stoßrichtung gleich liegen, wurde der Antrag der IG Metall-Frauen zur Diskussion und Abstimmung gestellt. Dieser Antrag spricht sich grundsätzlich gegen die Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr und in den Zivildienst aus. Der Dienst an der Waffe für Frauen ist von allen DGB-Delegierten abgelehnt worden. Allerdings machten sich insbesondere einige ÖTV-Frauen für die Einbeziehung der Frauen in den Zivildienst stark: *„Das sei kein Einstieg in den Wehrdienst für Frauen. Es würden auch tausende weibliche Schreibkräfte bei der Bundeswehr arbeiten das sei doch nichts anderes. Im Gegenteil, je mehr Zivilisten bei der Bundeswehr arbeiten, um so größer seien die Hemmnisse für verrückte Militärs. Die Chance des Angebots von qualifizierten technischen Ausbildungsplätzen sollte genutzt werden"*, meinte die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Matthies („Neue", 27.5.81). Insbesondere die IG-Metall-Frauen diskutierten gegen diese Position: *„Der Hintergrund für dieses Angebot ist die personelle Lücke in der Bundeswehr. Da Wehrpflicht für Frauen gegenwärtig nicht durchsetzbar ist, versucht man mit anderen, feineren Methoden das Problem zu lösen. Freiwillig sollen die Frauen kommen. Angesichts von 560 000 Arbeitslosen eine sehr eingeschränkte Freiwilligkeit".* Eine andere IGM-Delegierte sagte: *„Eines Tages wird die freiwillige Beschäftigung in eine Dienstverpflichtung umgewandelt. Wehret deshalb den Anfängen. Wer heute Panzer repariert, muß sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß er sie morgen fährt"* („Neue", 27.5.81). Diese Auseinandersetzung, die wohl die weitestgehende auf dem gesamten DGB-Frauenkongreß war, endete zum Glück für den Antrag der IG Metall-Frauen mit 106 gegen 63 Stimmen (Antrag 121).

Insgesamt gesehen wird einiger frischer Wind notwendig sein in den DGB Frauenkreisen. Ein Frauenkongreß, der keine kontroversen Anträge zuläßt, der rigide geführt wird, kann nur alte Hüte bringen, nicht aber den tatsächlichen Interessen der arbeitenden Frauen dienlich sein.

Kommission
Betrieb und Gewerkschaft

Hoesch-Dortmund:
Das endgültige »Aus« für 8.000 Kollegen

Am 29.5. stimmten die Aufsichtsräte der Estel Hoesch Werke AG und der Estel Hüttenwerke Dortmund AG (vormals Hoesch Dortmund) den Konzepten des Vorstandes zur „Umstrukturierung" der Stahlerzeugung in Dortmund zu. Kernstück dieses Vorhabens ist die Konzentration der Stahlerzeugung auf ein Werk, die Westfalenhütte, was bedeutet, daß die Werke Union und Phoenix geschlossen werden. Zeitlicher Ablauf: die Umstrukturierungsmaßnahmen sollen bis 1987 abgeschlossen werden, wenn es dabei bleibt, daß ab 1983/84 mit dem Neubau des Stahlwerks auf der Westfalenhütte begonnen wird. Mit den Zustimmungen der Aufsichtsräte vom 29.5.81 ist der endgültige Abschluß eines mehrmonatigen Kampfes der von Stillegung und Entlassungen bedrohten Belegschaft sicherlich zu Ende, der zu mehreren großen Demonstrationen geführt hatte, zu mehrstündigen Blockaden in der Dortmunder Innenstadt, zur vorläufigen Besetzung der Tagungsräume der Aufsichtsräte („Lieber Hoesch instandbesetzen als durch Estel kaputtbesitzen") etc.

Mit den Folgen dieses Beschlusses müssen sich jetzt 8000 Beschäftigte aus Dortmund herumschlagen. Leidtragende sind die betroffenen Familienangehörigen vor dem Hintergrund der Tatsache, daß Dortmund im Ruhrgebiet nach Duisburg und Gelsenkirchen die dritthöchste Arbeitslosenquote hat, für die Entlassenen keine Alternativen auf dem Arbeitsmarkt bestehen, wenn man weiß, daß auch bei Hoesch die Altersstruktur der Belegschaft im großen und ganzen dem Durchschnitt der Stahlindustrie entspricht: ca. 44 Jahre. Da dürfte klar sein, daß für ältere Kollegen auf dem Arbeitsmarkt überhaupt nichts zu machen ist.

Aufsichtsratsentscheidung einstimmig !

Auffällig ist die Einstimmigkeit im Beschluß des Aufsichtsrats von Estel Dortmund, d.h. auch die Arbeitnehmervertreter haben dem Vorstandsvorschlag zugestimmt. Sicherlich ist auch auf diese Seite im Aufsichtsrat Druck ausgeübt worden, durch die Forderungen von Land und Bund, nur bei einstimmig gefaßten Beschlüssen im Aufsichtsrat finanzielle Zuschüsse zu gewähren (z.B. die berühmten 250 Mill. Mark für „Stahlwerk jetzt").

Aber sehen wir uns genauer an, was bisher über die Entscheidung bei Estel bekannt geworden ist. Kernpunkt des „Sanierungsplans" ist der Neubau eines Oxygen-Stahlwerks auf dem Standort der Westfalenhütte mit einer Kapazität von 4 Millionen Jahrestonnen. Konzentration der Produktion soll erfolgen auf „Flachstahlprodukte", d.h. hauptsächlich Autobleche. Mehr ist tatsächlich bislang vom Estel-Vorstand in Dortmund überhaupt nicht bekanntgegeben worden, denn das eigentliche A und O der Umstrukturierung, die Finanzierung dieses Großprojektes, steht absolut in den Sternen. *„Vorstand und IG Metall wollen sich mit Nachdruck dafür einsetzen, daß baldmöglichst (!) Zusagen zur Finanzierung des Konzeptes und der sozialbegleitenden (!) Maßnahmen vorliegen"* („Ruhr-Nachrichten", 30.5.81). Klarer geht's nicht: die Umstrukturierung wird beschlossen, Geld ist nicht da, Land und Bund sollen bewegt werden, feste zu zahlen. Wenige Tage vor der entscheidenden Sitzung des Aufsichtsrates war der Vorstand noch einmal in die Offensive gegangen: Jetzt wurden auf einmal 800 Millionen DM verlangt, das sind die vollen Investitionskosten für ein neues Stahlwerk. Gnädigerweise erklärte sich der Vorstand unter dieser Bedingung bereit, mit dem Neubau 1983/84 zu beginnen. Gleichzeitig sickerte die Meldung durch, daß die bereits von Land und Bund zugesagten 250 Mill. DM statt für „Stahlwerk jetzt" zum Bau einer hochmodernen Durchlaufglühe für Autobleche verwendet werden soll. Der Hoesch-Vorstand begründete seine unverschämten und grenzenlosen Forderungen damit, *„daß er mit dieser Planung den Aufforderungen der Bundesregierung und der EG-Kommission zum Kapazitätsabbau und zur Modernisierung in der Stahlindustrie folge"* („Ruhr-Nachrichten", 30.5.81), und so kann hinzugefügt werden — dafür will Estel Dortmund reichlich Kohle sehen. Wie hoch der Eigenanteil an den Investitionen von Estel eigentlich ist, bleibt nach wie vor unklar. Hoffnungen auf Zuschüsse von Bund und Land vom Estel-Vorstand gehen in die Richtung von 1,6 Milliarden DM („FAZ", 1.6.81).

Und noch ein dicker Hammer ist in dem Konzept enthalten. Die IG-Metall, die die Mitbestimmung in der Montanindustrie immer den Belegschaften verkauft hat unter dem Motto Sicherung der Arbeitsplätze, bekam jetzt erneut die Unzulänglichkeit ihrer Propaganda um die Ohren gehauen. Strittigster Punkt in den Aufsichtsratssitzungen war die Formulierung und die Durchführung des Abbaus von 8000 Arbeitsplätzen.

Kündigungen sollen vom „Grundsatz" her ausgeschlossen werden. Die Ausnahmen sind nur möglich, wenn *„andere vorrangige Personalmaßnahmen (z.B. Umsetzungen, vorzeitiges und freiwilliges Ausscheiden) zu keinem Ergebnis führen"* („RN", 30.5.).

Einem Konzept zustimmen, das finanziell absolut in der Luft hängt; dem Verlust von 8000 Arbeitsplätzen sein Ja geben; Kündigungen „vom Grundsatz her" ausschließen, gummiweiche Ausnahmeregelungen als Hintertür offen lassen; Hoffen auf „umfangreiche Sozialpläne mit großzügigen Abfindungen bei freiwilligem Ausscheiden ... Einstellungsstop, Umschulungen und vorzeitige Pensionierungen" („FAZ", 1.6.81) — wenn diese Hoffnungen durch Hartnäckigkeit des Estel-Vorstandes nicht erfüllt werden, hat die gewerkschaftliche Seite immer noch die Möglichkeit, sich auf die Ausnahmeregelungen zurückzuziehen: ein typisches, weiteres Beispiel einer bankrotten Mitbestimmungspolitik.

Vorläufig reagiert die Bundesregierung auf Forderungen nach staatlicher Hilfe für die Stahlindustrie eher zurückhaltend. Die SPD-Bundestagsfraktion legte einen Forderungskatalog vor in Höhe zwischen 50 bis 150 Mill. DM für 3 Jahre: u.a.

- 8 %ige Investitionszulage;
- 15 %ige Investitionszuschüsse bei Anschaffungs- und Herstellungskosten;
- Fortsetzung des Stahlforschungsprogramms der Bundesregierung;
- 120 Millionen für Estel Dortmund für technologische Modernisierung und Umweltschutz.

Angesichts der miserablen Finanzlage im Bundeshaushalt sicherlich gewaltige, vielleicht sogar unrealistische Erwartungen der SPD-Politiker. Vor dem Hintergrund, daß jetzt schon Zahlen darüber auftauchen, daß weitere 40000 Arbeitsplätze in der Stahlindustrie auf dem Spiele stehen, damit aber auch ein traditionell von SPD-Mitgliedern geführter Arbeitsbereich in Betriebsräten und Aufsichtsräten gefährdet wird, dürfte die Vermutung nicht ganz falsch sein, daß SPD und Bundesregierung auch aus Gründen der Erhaltung ihres Wählerstammes im Ruhrgebiet etwas tun müssen. Denn *„es gibt in der Bundesrepublik kaum einen treueren SPD-Wählerstamm als in diesem (Dortmunder) Raum. Wer in Bonn würde in einer Zeit, da — was die Basis angeht — so viele in der SPD untreu werden, sich trauen, die letzten Treuen zu verprellen"* („Handelsblatt", 2.6.81).

Auch das ist sozialdemokratische Politik. Über die 8000 soll nicht mehr gesprochen werden, jetzt gilt es, den Einfluß bei denen, die bei Estel verbleiben, zu sichern.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft
Nordrhein-Westfalen

Gekündiger 'ran-Redakteur mußte wieder eingestellt werden

Der vor über einem Jahr vom DGB-Bundesvorstand gekündigte 'ran-Redakteur Ingolf Zera mußte wieder eingestellt werden. ('ran ist die Jugendzeitung des DGB.) So lautet der Beschluß des Landesarbeitsgerichtes. Revision ist nicht zugelassen.

Ingolf war zusammen mit anderen 'ran-Redakteuren damals gekündigt worden (ein Teil kündigte aus Solidarität), weil in der 'ran-Ausgabe 12/79 ein Cartoon abgedruckt war (Maria und Joseph im Gespräch mit dem lieben Gott), durch den sich zahlreiche „christliche Kollegen" verletzt gefühlt haben sollen. So jedenfalls äußerte sich damals die stellvertretende DGB-Vorsitzende Maria Weber (CDU).

Ingolf klagte nun vor dem Arbeitsgericht auf Weiterbeschäftigung. Ohne Rechtsschutz von der IG Druck und Papier erreichte er vor dem Arbeitsgericht Köln, daß sowohl die fristlose als auch die vorsorglich ausgesprochene fristgemäße Kündigung für unwirksam erklärt wurden.

Zuerst argumentierten die DGB-Vertreter vor Gericht, daß das Vertrauensverhältnis zwischen dem DGB-Vorsitzenden und dem 'ran-Redakteur inzwischen zu sehr erschüttert sei, aber der Richter sah das ganz anders. Als nächstes boten die DGB-Vertreter dann eine Abfindung an. Als alles nichts fruchtete, wurde Berufung eingelegt. Aber auch der Richter vor dem Düsseldorfer Landesarbeitsgericht mochte sich dem Rechtsverständnis des DGB-Bundesvorstandes nicht anschließen. Er urteilte: Selbst wenn Ingolf für den Cartoon verantwortlich gemacht werden könnte, was er aber nicht konnte, selbst dann hätte eine Ermahnung ausgereicht. Der Anspruch auf Weiterbeschäftigung sei daher berechtigt.

Wie Ingolf nun in der völlig neuen, bereinigten Redaktion klarkommt, darüber gibt es bisher keine Informationen. In der Zeitung „Spitze Feder" (1/81) äußerte er, daß es ihm darum gegangen sei, *„zu zeigen, daß Kündigungsschutz mehr als ein Aushandeln von Abfindungen ist."*

Tarifnachrichten

IG Chemie

Die große Tarifkommission sowie die Sekretäre und Geschäftsführer der IG-Chemie haben auf einer vom Hauptvorstand einberufenen bundesweiten Tagung einstimmig das Scheitern der Verhandlungen in den Bezirken Rheinland-Pfalz, Nordrhein und Hessen gebilligt. Sollten die bevorstehenden Schlichtungsverhandlungen am 11., 13. und 14. Juni ohne Ergebnis bleiben, dann würden die Beschäftigten „im gesamten Bundesgebiet auf die Straße gehen". Das „Angebot" der Kapitalisten steht bei ganzen 4 Prozent.

Druck & Papier

Nahezu unter Ausschluß der Öffentlichkeit ist es der IG-Drupa-Führung gelungen, den ca. 150000 in dieser Branche Beschäftigten einen 5-Prozent-Abschluß zu servieren. Die Kapitalisten haben sich inzwischen recht herzlich bedankt: *„Die Arbeitgeber können mit dem Ergebnis zufrieden sein. Denn zum einen konnte die Branche 1980 ein überdurchschnittliches Wachstum – 6,9 (real 3,5) Prozent auf 18,8 Mrd. Mark – erzielen. Zum anderen stieg auch die Produktivität – nach Berechnungen der IG-Druck je Arbeitsstunde um 9,7 % auf 88,62 DM – deutlich an"* („Handelsblatt", 4.5.).

Zweibrücken

Nach einem dreitätigen Proteststreik ihrer Belegschaft hat die Zweibrückener Teppichfirma „Allfloor", eine hundertprozentige Tochter der Deutschen Linoleum Werke (DLW), 52 der 150 Beschäftigten fristlos gekündigt. Der von der IG-Chemie organisierte Streik ging um die Anerkennung des für die Belegschaft günstigeren Chemietariefs. Die Geschäftsleitung hingegen will die GTB (Gewerkschaft Textil, Bekleidung) für diese Branche anerkannt haben. „Allfloor" will außerdem den Betriebsratsvorsitzenden sowie ein weiteres Mitglied des Betriebsrates entlassen.

Brauereien Hamburg/ Schleswig-Holstein

Am 20. Mai protestierten gut 200 Arbeiter und Angestellte der drei Hamburger Brauereien nach der Arbeitszeit vor dem Verhandlungslokal in der „Elbschloss-Brauerei". Nach einer mit 100 Kolleg/inn/en außerordentlich gut besuchten Mitgliederversammlung wurde zu dieser Aktion von den Vertrauensleuten der NGG mobilisiert. Die Tarifkommission kündigte den Brauereikapitalisten an, diesen Protest „notfalls" auch in die Betriebe zu tragen. Immerhin haben die Hamburger Brauereien Umsatzzuwächse von 12 Prozent zu verzeichnen bei durchgeführter Preissteigerung für das Bier um ca. 10 Prozent.

Das Verhandlungsergebnis nach dem 5. Tag: Entgelterhöhungen von 5,5 Prozent bei einer Laufzeit von 13 Monaten plus Relationsverbesserungen mit Schwerpunkt auf der Lohngruppe unterhalb des Ecklohns.

GEW-Hamburg:
Solidaritätsveranstaltung mit Gewerkschaftern in der Türkei

Immer mehr Gewerkschafter werden seit dem Militärputsch in der Türkei verfolgt, verhaftet und angeklagt. Aktuell führt das Militärregime einen Prozeß großen Ausmaßes gegen den zweitgrößten Gewerkschaftsverband DISK, 600000 Mitglieder sollen kriminalisiert werden. Diese Situation war Anlaß für den Ausländerausschuß der GEW Hamburg, unterstützt vom Aktionskreis Leben und dem Vertrauensleutekörper von Gruner & Jahr, eine Diskussions- und Informationsveranstaltung zur Solidarität mit den verfolgten türkischen Gewerkschaftern durchzuführen. Etwa 80 bis 100 Kollegen — darunter viele Türken — kamen zu der Veranstaltung. In Referaten wurde

- über das Verbot und die Zerschlagung der demokratischen türkischen Gewerkschaftsbewegung informiert — insbesondere über die Verhaftungen und Folterungen der Mitglieder der zweitgrößten Gewerkschaft DISK;
- die Entwicklung der türkischen Gewerkschaftsbewegung dargestellt;
- über die Arbeit und Entstehung der Lehrerverbände (türkische Lehrer dürfen sich nicht gewerkschaftlich organsieren) „TÖS" und „TÖB-DER" von dem „Demokrat"-Herausgeber Dursun Aksam berichtet.

Ein türkischer Kollege stellte als IGM-Vertreter aus seiner Sicht die Haltung des DGB zu den türkischen Ein türkischer Kollege stellte als IGM-Vertreter aus seiner Sicht die Haltung des DGB zu den türkischen Gewerkschaften dar. Im Anschluß daran wurde diskutiert, wie Gewerkschaftsmitglieder in der BRD den Kampf türkischer Gewerkschafter um die Wiederherstellung der Gewerkschafts- und Menschenrechte unterstützen können.

Zerschlagung der demokratischen Gewerkschaftsbewegung

Bereits vor dem Militärputsch am 12.9.80 versuchte die Regierung Demirel, Gewerkschaftsrechte allmählich außer Kraft zu setzen, die Repressionen gegen aktive Gewerkschafter nahmen zu. Nach dem Putsch wurden zunächst einmal sämtliche Gewerkschaften verboten: die „Türk-Is" (von Regierungsseite offiziell anerkannte staatstreue gelbe Gewerkschaft — etwa 1 Mio. Mitglieder), „DISK" (gegründet 1967 als Reaktion auf die systemkonforme, gleichgeschaltete Türk-Is — 600000 Mitglieder) und die faschistische Gewerkschaft „MISK" (zahlenmäßig unbedeutend — etwa 5000 Mitglieder).

Zu diesem Zeitpunkt befanden sich etwa 50000 Arbeiter im Streik, für 600000 Arbeiter standen die Tarifverträge noch aus, waren also auch Streiks und Kämpfe zu erwarten. Während die Türk-Is sehr schnell wieder zugelassen wurde, bereits am 25.9.80, ihr Generalsekretär Side ein Amt als Sozialminister innerhalb der Militärjunta bekam, blieben DISK und MISK verboten. Besonders starker Verfolgung, Verhaftungen und Folterungen waren Mitglieder und Funktionäre des DISK ausgesetzt. Aktuell läuft in Istanbul ein Prozeß des türkischen Militärregimes gegen DISK, in dem der Gewerkschaftsverband angeklagt wird, er habe die türkische Verfassung mit gewalttätigen Mitteln umstürzen wollen (Verstoß gegen § 141 und 142 der türkischen Verfassung). Auf dieses „Vergehen" stehen Gefängnisstrafen von 8 bis 15 Jahren, die über Mitglieder und Funktionäre verhängt werden können. Parallel dazu sind mehr als 300 DISK-Vertreter auch einzeln angeklagt, viele von ihnen wurden bereits kurz nach dem Putsch gefangen genommen und sitzen seitdem in den Gefängnissen.

Die Durchführung dieser Prozesse würde die endgültige Liquidierung einer freien demokratischen Gewerkschaftsbewegung in der Türkei bedeuten. Übrig bliebe die Staatsgewerkschaft „Türk-Is", die auch international bereits unter dem Schlagwort „Einheitsgewerkschaft" aufgebaut wird.

... und die Haltung des DGB

Der DGB unterhielt bislang nur zur „Türk-Is" offizielle Beziehungen. Beide Verbände gehören demselben gewerkschaftlichen Dachverband an — dem „Internationalen Bund freier Gewerkschaften". Da bislang eine Zusammenarbeit des internationalen Gewerkschaftsbundes mit DISK abgelehnt wurde, konnte sich der DGB um eine Stellungnahme zum DISK herumdrücken.

Auf der GEW-Veranstaltung bestand in der anschließenden Diskussion Übereinstimmung, daß unbedingt engere Kontakte — Zusammenarbeit, Anerkennung, Unterstützung — des DGB zum DISK hergestellt werden müssen. Daß sich der DGB aktiv für die Wiederherstellung der Gewerkschaftsrechte in der Türkei einsetzt.

Wohl der einzige wesentliche Diskussionspunkt entstand an der Frage, ob gleichzeitig auch gefordert wird, daß der DGB seine Beziehungen zur „Türk-Is" abbricht oder ob der Punkt „Türk-Is" sozusagen „ausgespart wird", man sich also auf die Forderung nach Anerkennung des DISK beschränkt.

Besonders von dem türkischen IGM-Kollegen wurde darauf orientiert, sich **nicht** für einen Abbruch der Beziehungen zu „Türk-Is" einzusetzen. Er argumentierte damit (sinngemäße Wiedergabe), daß es unter den Mitgliedern der „Türk-Is" fortschrittliche Kräfte gebe, daß wir einen „Anhaltspunkt" innerhalb der Gewerkschaften in der Türkei brauchen — und das wäre nun mal derzeit die „Türk-Is".

Dem wurde entgegengehalten, daß sich der „offizielle Kontakt" nun einmal nicht an die Basis (und damit an möglicherweise fortschrittliche Kollegen) richte, sondern an die Führungsspitzen, und da hätte man es auf jeden Fall mit Vertretern des Militärregimes zu tun.

Entsprechend der Diskussion wurde eine Resolutionsvorlage, die sich für eine Zusammenarbeit des DGB mit DISK ausspricht, einstimmig angenommen.

Ein extra Passus, der den Abbruch der Beziehungen zur „Türk-Is" fordert, wurde mit 41 Stimmen angenommen — bei etwa 24 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen.

Die Resolution sowie die Zusatzforderung soll mit dem Abstimmungsergebnis an den GEW-Vorstand, den DGB und sämtliche Einzelgewerkschaften weitergeleitet werden, um so erste Schritte in Richtung Solidarität mit den verfolgten DISK-Mitgliedern einzuleiten.

AG—Ausländer

werkschafter ausgeschlossen worden. Darunter viele, die als Kandidaten bei Bundestags- und Land-

Aus den Landesverbänden der GEW

Aus den Landesverbänden der GEW

Es brodelt und knistert in der GEW-NRW

In Nordrhein-Westfalen steht derzeit ein Gesamtschulgesetz vor der Verabschiedung, das unter Lehrern, Schülern und Eltern großen Protest hervorgerufen hat. Umstritten ist vor allem die Bestandgarantie für Gymnasien und Realschulen, die Absage an Ganztagsschulen, die gesetzliche Festschreibung der Fachleistungsdifferenzierung, die Vergrößerung der Klassen und die Erhöhung der Arbeitszeit der Lehrer in der Sekundarstufe I.

Aus Protest gegen diesen Gesetzentwurf der SPD-Alleinregierung versammelten sich am 24.2. in Düsseldorf ca. 1200 GEW-Gesamtschullehrer, die beschlossen, am 17.3. zur Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen zur Gesamtschule eine landesweite demonstrative Arbeitsniederlegung zu organisieren. Der GEW-Landesvorstand schloß sich dieser Forderung nicht an. Er war der Meinung, daß es „zu früh" für Kampfmaßnahmen sei. Stattdessen wurde auf eine schon seit längerem geplante Demonstration zur Gesamtschule am 17.3. orientiert. Da der DGB für diesen Tag eine Saalveranstaltung gegen das Sparprogramm der Landesregierung angesetzt hatte und in der Gesamtschuldemonstration eine lästige Konkurrenzveranstaltung sah, intervenierte er bei der GEW. Am 9.3. sagte der Landesvorstand unter Federführung seiner Vorsitzenden Ilse Brusis die Demonstration ab.

Die Wogen über diesen Beschluß schlugen so hoch, daß die GEW-Stadtverbände Essen, Köln, Düsseldorf die Demonstration ohne den Segen des Landesvorstandes organisierten. Ca. 4000 Kolleginnen und Kollegen nahmen daran teil. Für die Landesvorsitzende Brusis war die Demonstration eine *„Mißachtung von Entscheidungen demokratisch legitimierter Gremien"* („NDS", 9/81). In der Zeitung der GEW-NRW wurde die Demonstration zunächst totgeschwiegen. Da sich die Proteste dagegen häuften und auch in diversen Infos von GEW-Stadtverbänden über die Vorgänge berichtet worden war, sah sich Ilse Brusis genötigt, Stellung zu nehmen. Sie tat dies mit der ihr eigenen Arroganz und kündigte an, daß sie *„zur Fortsetzung dieser Politik"* (ebenda) auf der Landesvertreterversammlung im November erneut zur Landesvorsitzenden kandidieren werde. Diese Ankündigung wird in NRW als offene Kampfansage aufgefaßt. Selbst der GEW-Geschäftsführer Manfred Wilke mußte feststellen, daß *„die Zeichen auf Sturm stehen"* („WdA", 7.5.81).

Tatsächlich wird sich auf der Vertreterversammlung entscheiden, ob die GEW-NRW weiter auf Frister-Kurs bleibt oder ob sich linkere Sozialdemokraten im Bündnis mit anderen Linken durchsetzen. Die Chancen für die Linken stehen nicht schlecht.

Bremen: Sozialdemokratischer Landesvorstand abgelöst

Mit der zur undogmatischen Linken zu rechnenden Helga Ziegert steht erstmals kein Schulleiter an der Spitze der Bremer GEW. Auch sonst wurden auf der am 17./18.3. tagenden Landesvertreterversammlung unorganisierte Linke, linke Sozialdemokraten und DKPler in den Landesvorstand und die Redaktion der Bremer Lehrerzeitung gewählt. Der bisherige Landesvorsitzende Stelljes und andere Sozialdemokraten kandidierten nicht mehr. Sie hätten ihre Positionen auch nicht halten können. Stelljes hatte sich lächerlich gemacht, als er sich beim Streik der Bremer Lehrer im Sommer 1979 völlig zurückzog und den Bezirksvorständen die Arbeit überließ. Auch den Beschluß der GEW, sich an der denkwürdigen Demonstration am 6.5.80 gegen das Rekrutengelöbnis zu beteiligen, hatte er nicht verhindern können.

Die Linken haben damit wieder Positionen inne, die vor Jahren leichtfertig verspielt wurden. 1971 spalteten die Rechten den Landesverband und gründeten den VBLE, der trotz massiver Unterstützung durch die GEW-Bund nie die Masse der Lehrer anziehen konnte. 1975 kam es zu einer Wiedervereinigung beider Verbände, die mit einer Übernahme undemokratischer Satzungsbeschlüsse gekoppelt war. Mit den Stimmen der Linken wurden in Bremen als erstem Landesverband die berüchtigten „Mainzer Beschlüsse" (die den Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie enthielten) übernommen. In der neugebildeten Landesvertreterversammlung konnten die Sozialdemokraten damals 80 % der Plätze besetzen. Ursache dafür war auch die Vernachlässigung einer Arbeit, die an den unmittelbaren Interessen der Lehrer an den Schulen anknüpft.

Mit dem jetzigen Landesvorstand sind die Bedingungen dafür gegeben, daß die GEW Eltern und Schüler im Kampf gegen die Sparpolitik wirksam unterstützt und selbst in diese Auseinandersetzungen eingreift.

Heinrich-Rodenstein-Fonds: Geteilte Solidarität?

Zum GEW-Gewerkschaftstag 1980 brachte der Westberliner Landesverband einen Antrag zur Solidarität mit verfolgten Gewerkschaftern aus der Türkei ein. Dies wurde dahingehend verändert, daß die GEW etwas für die Solidarität mit verfolgten Gewerkschaftern auch aus anderen Ländern tun wolle. „In Ausführung dieses Beschlusses" wurde im März vom Hauptvorstand der „Heinrich-Rodenstein-Fonds — Internationale Solidarität mit verfolgten Gewerkschaftern" gegründet.

10000 DM aus diesem Fonds wurden inzwischen für die Unterstützung von in der Türkei verfolgten und inhaftierten Lehrerinnen und Lehrern der türkischen Lehrergewerkschaft TÖB-DER zur Verfügung gestellt.

So erfreulich dies auch ist, so besteht doch die Gefahr, daß der Hauptausschuß Unterstützungsgelder nach eigenem Gutdünken verteilt. Der Fonds wird als Verein organisiert, dem nur die Mitglieder des Hauptvorstandes angehören und in dessen Vorstand die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes der GEW sind. Auch eine politische Auslese ist schon angepeilt: *„In der Regel sollen Gewerkschaften, die der Internationalen Vereinigung Freier Lehrergewerkschaften* (IVFL; Vorsitzender dieser Vereinigung ist Erich Frister — Anm. AK) *oder Gewerkschaftsbünde, die dem Internationalen Bund freier Gewerkschaften* (IBFG) *angehören, als Übermittler der Unterstützungsbeiträge ausgewählt werden"* („Erziehung & Wissenschaft", 4/81).

Noch weicht der Hauptvorstand von dieser Regel ab, indem er den TÖB-DER unterstützt. Dessen Vorsitzender, Gületekin Gazioglu, soll sogar auf der GEW-Bundesfunktionärskonferenz im September sprechen.

Solidarität mit der SUTEP geht weiter

Im Januar berichtete die Zeitung „päd.extra" über ein Gespräch, das der GEW-Vorsitzende Frister mit einem Vertreter der peruanischen Lehrergewerkschaft SUTEP geführt hatte (vgl. AK 194, S. 39). Frister hatte in diesem Gespräch dem SUTEP-Vertreter empfohlen, *„nicht so weit zu reisen, sondern lieber in Amerika zu bleiben und mit seinem Büro in Costa Rica zu verhandeln und auf diese Weise Zeit und Reisekosten zu sparen".* Eine materielle Solidarität mit der SUTEP lehnte Frister ab, da sie nicht der Internationalen Vereinigung Freier Lehrerverbände angehöre. In einer Entgegnung an die „päd.extra" zweifelte der GEW-Pressesprecher an, ob dieses Protokoll *„überhaupt eine seriöse journalistische Arbeit sei"* und er behauptete, das Gesprächsprotokoll enthalte *„Verfälschungen, Verdrehungen, Halb- und Unwahrheiten in einem Umfang, daß der tatsächliche Gesprächsverlauf praktisch auf den Kopf gestellt wird"* („Päd.extra", 3/81). Inzwischen hat ein Mitglied der SUTEP klargestellt, daß das Gesprächsprotokoll authentisch ist. Weiter schreibt er: *„Wir hatten die Solidarität des GEW-Vorstandes erwartet. Wir erwarten sie nicht mehr"* („päd. extra", 5/81).

Da von der GEW-Führung hier keine Solidarität, sondern nur eine Unterstützung sozialdemokratischer Spaltergewerkschaften zu erwarten ist, sind diverse Kollegen inzwischen zur Tat geschritten:

- Die „päd.extra" veröffentlichte einen Aufruf zur Unterstützung der SUTEP: *„Perus Lehrer brauchen Geld: für ihre Zeitung, für ein Gewerkschaftshaus, für ihren Kampf . . ."* („päd.extra" 2/81). Auf dieses Konto (päd.extra, Stichwort SUTEP, Kto.Nr. 20048611, Volksbank Weinheim, BLZ 67092300) waren bis Ostern bereits 1800 DM eingegangen.
- Im GEW-Ortsvorstand Freiburg hat sich eine SUTEP-Gruppe gebildet, die gezielt die Wiederherausgabe der SUTEP-Zeitung regelmäßig finanziell unterstützen will. Ihr Aufruf ist in den „blätter des iz3w" Nr. 93 abgedruckt. Spenden sind erbeten, auf das GEW-Konto Ortsverband Freiburg, Kennwort SUTEP-Zeitung, Kto.Nr. 1688820 bei der Badischen Beamtenbank Karlsruhe, BLZ 66090800.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

AEG-Brunnenstraße Westberlin

Zwei oppositionelle Listen kandidieren gemeinsam: 36,8 %!

Am 19. Mai wählte die Belegschaft bei AEG-Brunnenstraße in Westberlin den neuen Betriebsrat. In der Gruppe der Arbeiter standen sich zwei Listen gegenüber: die IG Metall Liste und die oppositionelle Liste „Arbeitereinheit". Mit 36,8 % bekam die „Arbeitereinheit" ein gutes Ergebnis und konnte alle fünf Kandidaten in den Betriebsrat durchbringen.

Bei der letzten Betriebsratswahl vor drei Jahren war die Opposition noch in zwei Listen aufgespalten. Damals erhielt eine oppositionelle Liste knapp 23 % der Stimmen. Die „RGO", die erstmalig an einer BR-Wahl teilnahm, erhielt 6,7 % der Stimmen.

Die zusammengeschlossene Opposition konnte somit ihr Ergebnis gegenüber 1978 um 7 % verbessern. Eine Persönlichkeitswahl war schon Ende letzten Jahres durch das Abblocken der rechten Betriebsräte und der Ortsverwaltung gescheitert. Ihr Argument: *„Mit Chaoten und Gewerkschaftsfeinden gehen wir nicht auf eine Liste"* (nach „Roter Morgen", 29.5.81).

Freie Radios brechen Rundfunkmonopol

Gespräch mit Mitarbeitern des »Freundeskreises Radio Zebra«



Nach längerer Sendepause meldet sich in diesem AK die Medienkommission wieder zu Wort. Allerdings nur als Fragensteller. Wir interviewten 3 Mitarbeiter des Freundeskreises Radio Zebra (FRZ) aus Bremen.

In verschiedenen Regionen und Städten der Bundesrepublik sind in den letzten Jahren illegale Sender entstanden. Ihre Ansprüche waren dabei sehr verschieden, ihre Lebensdauer (z.T. gewollt, z.T. ungewollt) oft sehr kurz. Neben reinen Musiksendern brachen zu verschiedenen Anläßen ‚Aktionsradios' das staatliche Sendemonopol und damit oft auch die de facto verhängte Nachrichtensperre. Es gab und gibt jedoch auch Versuche, regelmäßig, Woche für Woche ein ‚Programm' auszustrahlen und so auch im Äther eine Gegenöffentlichkeit herzustellen.

Neben der Freiburger Antenne von Radio Grünes Fessenheim sind dies wohl insbesondere Radio Fledermaus in Münster und Radio Zebra in Bremen. In verschiedenen anderen Städten gibt es Versuche, gleichfalls derartige Sender zu installieren.

Dieses Interview dient neben der Information auch dem Zweck, das Für und Wider derartiger Versuche mit freien Radios zu diskutieren und eventuell derartige alternative Medien zu unterstützen. Wie unsere Gesprächspartner hoffen wir auf rege Beteiligung und zahlreiche Stellungnahmen.

Die... bedeuten, daß ein anderer Sprecher die Antwort fortsetzt. Das Interview wurde an 4 Stellen unwesentlich gekürzt ( ).
Medienkommission

AK: Ja, dann fangen wir mal mit der Frage an, was der ‚Freundeskreis Radio Zebra' ist, was überhaupt ‚Radio Zebra' ist?
FRZ: Radio Zebra ist ein freier Sender, den gibt's seit dem 3.März letzten Jahres. Wir sind vom Freundeskreis. Das gibt da eine strikte Trennung in Bremen, es gibt einmal den Freundeskreis, der die Öffentlichkeitsarbeit für diesen Sender macht, der sich öffentlich trifft einmal in der Woche, wo jeder kommen kann, der Interesse an der Arbeit hat, und davon völlig getrennt gibt es ein anderes Kollektiv. Die sind uns nicht bekannt und die übernehmen also den gesamten technischen Teil der Arbeit, d.h. das direkte Senden. Der Kontakt zwischen uns und dem Kollektiv läuft über Briefkästen, 2 Stück, wir haben 'nen Briefkasten für jedermann zugänglich im Laden hängen und dann gibt's 'nen zweiten Kasten für das Kollektiv, der hängt auf dem Klo und die fertigen Cassetten, die wir zusammenstellen und zusammenschneiden, kommen dann für das Kollektiv in den Kasten, und irgendwer holt die dann ab.



AK: Wie seid ihr überhaupt drauf gekommen, ein freies Radio zu machen?
FRZ: Ja, erstmal sind wir da nicht

AK: Wie seid ihr überhaupt drauf gekommen, ein freies Radio zu machen?
FRZ: Ja, erstmal sind wir da nicht drauf gekommen, sondern das Sendekollektiv hat irgendwann mal angekündigt, daß es demnächst ein freies Radio in Bremen gibt, und dann ham 'sie 'n bißchen rumgebastelt, 'n bißchen länger, fast 'n dreiviertel Jahr, und dann war es eben soweit, daß die erste Sendung lief, und da ham' sie nach einiger Zeit dazu aufgerufen, daß sich ein Freundeskreis bildet, der die Öffentlichkeitsarbeit macht, das Organisatorische, und der die Initiativen anspricht, Sendungen zu machen. . . . Und also auch selber Sendungen fertigmacht. . . ja also Medienkritik, klar, kann man schon sagen, daß wir mit dem öffentlich unrechtlichen Rundfunksystem hier in der Bundesrepublik überhaupt nicht mehr zufrieden sind. Seitdem die Verschärfungen da eingetreten sind, wird's wohl immer offensichtlicher. Z.B. daß die ‚Radiothek' eingestellt worden ist beim WDR . . ., daß der ‚Popkarton' in Bremen total zensiert wird, daß jede Sendung dem nächsthöheren Vorgesetzten vorgelegt werden muß, und daß es so nicht mehr möglich ist, daß Betroffene, so wie sie was sagen wollen, was sagen können.
AK: Beim Radio Zebra läuft das also so, daß jeder die Möglichkeit hätte, seine Casette über'n Äther schicken zu lassen? Wie groß ist die Bandbreite der eingehenden Beiträge? Wie groß ist überhaupt die Anteilnahme?
FRZ: Grundsätzlich rufen wir dazu auf, daß jeder, der meint, irgendwas vermitteln zu müssen, zu uns kommen oder 'ne Cassetten machen und bei uns in den Kasten schmeißen kann. Dann sprechen wir zu bestimmten Sachen ganz gezielt Initiativen an, die da nicht selber drauf kommen, daß sie neben einem Flugblatt für uns auch eine Cassette machen können. Und die Bandbreite, die ist ziemlich groß. Das geht von Leuten, die Häuser besetzen über Leute, die für'n Kultur-und Freizeitzentrum kämpfen. . . .Umweltschutzgruppen, Schwule, Frauengruppen . . . . also es ist praktisch die ganze Bandbreite von der Scene . . . . nicht nur von der Scene, es kommen sporadisch auch Sachen von außerhalb.Das ist halt nicht so viel, aber wichtig ist, daß der Sender tatsächlich von sehr vielen Leuten genutzt wird. . . . Inzwischen. . Ja,inzwischen. . .nach einer ziemlich langen, manchmal auch frustierenden Anlaufphase, bis bekannt wurde, bis die Leute überhaupt begriffen haben, was das für Möglichkeiten gibt, das auch auf dem Weg über den Äther zu machen. . . . Es läuft jetzt auch schon so, daß Leute 'n Flugblatt machen, und auf dem Flugblatt dann schreiben; auf Radio Zebra gibt's noch genaueres zu hören.
AK: D.H. ihr habt euch weiterentwickelt, die anfängliche Kritik, ihr wäret zu sehr auf Atomkraft-Sendungen begrenzt, trifft nicht mehr zu?
FRZ: Ja dazu steht auch mehr in unserer neuen Broschüre drin. . . Was überhaupt das Neue oder die unheimliche Möglichkeit dieses freien Radios ist, ist,daß da wirklich Betroffene unzensiert zu Wort kommen können. Wenn da z.B. eine Sauerei passiert ist, können die Redakteure vom öffentlich, unrechtlichen nichts bringen, während wir da keine Rücksicht auf Ausgewogenheit zu nehmen brauchen, sondern das einfach so über'n Äther gehen lassen können, wie die Leute das selber meinen, wie sie das gesendet haben wollen, was sie meinen, was wichtig an der Cassette ist.
AK: Ihr habt in einem Interview mal gesagt, daß ihr auch gerade Sachen bringen wollt, die ansonsten so in die Terroristenecke gestellt werden. Habt ihr über den Hungerstreik berichtet?

gesagt, daß ihr auch gerade Sachen bringen wollt, die ansonsten so in die Terroristenecke gestellt werden. Habt ihr über den Hungerstreik berichtet?

FRZ: Wir selber haben nichts gemacht, aber wir haben Cassetten zum Hungerstreik gekriegt. . . und es läuft jetzt noch am übernächsten Mittwoch eine sehr umfangreiche Sendung vermutlich über 5 oder 1o Minuten, die den Hungerstreik noch mal von Anfang bis Ende aufarbeitet.
AK:Hat es bislang irgendwelche Resonanz gegeben?
FRZ: Ja, das ist ein Problem, das wir haben, daß wir nicht allzuviel Kontakt zu den Leuten haben, die uns hören. Du kommst erstmal nicht an die Leute ran, es sei denn, du kennst sie persönlich. Oder durch Zufall triffst du mal irgendwelche Hörer. . . Wir versuchen das gerade mal durch eine Fragebogenaktion rauszukriegen, überhaupt mal ein Meinungsbild von den Hörern zu bekommen, die uns hören, wieviel es sind, was sie an den Sachen gut finden, am Konzept gut finden, wo die Kritik einsetzt.

AK: . . .es ist also schwer abzuschätzen? Soweit ich das sehe, wäre die Idealform ja wohl, daß jeder beim Sender direkt anrufen könnte und bestenfalls auch direkt über den Äther kommt. . .
FRZ: . . . so wie das in Italien ansatzweise gelaufen ist . . . ja aber das Ideal ist leider illegal . . . und das geht dann halt nicht, weil die strikte Trennung sein muß, aus Sicherheitsgründen, du kannst also nicht direkt mit dem Sender Kontakt aufnehmen . . . .zumal da empfindliche Strafen drauf stehen; wenn mal jemand vom Kollektiv geschnappt wird, dem drohen ein bis fünf Jahre Freiheitsstrafe, bei niedriger Sachen kann auch eine Geldstrafe ausgesprochen werden.
AK: Wißt ihr was über das Urteil gegen den Jan van de Loo . . .?
FRZ: . . . dem ist unsere Broschüre gewidmet . . . also Jan van de Loo hat einen Sender gebaut, der nie und nimmer funktioniert hätte, aber allein sein Anspruch war da, daß er angeblich senden wollte. Allein der Versuch war strafbar, nach dem Fernmeldeanlagengesetz, und Jan van de Loo wurde zu zwei Jahren Knast verurteilt. Von daher ist bei uns auch die absolute Trennung von Sendekollektiv und Freundeskreis, so daß wir absolut nicht wissen, wer im Sendekollektiv drin ist.
AK: Gibt es auch Unterstützung von politischen Gruppen?
FRZ: Es gibt schon Leute, die für uns mit plakatieren, weil wir das nicht im ganzen Bremer Stadtgebiet alleine machen können, dann gibt es Leute, die z.B. auf Flugblättern unten eine Vorlage mitraufsetzen, wo draufsteht: Hört Radio Zebra – jeden Mittwoch – 18.45 Uhr – 104 MHz UKW. Dann sind wir massiv von der Frauenfotogruppe unterstützt worden, die eine Postkartenserie über uns gemacht hat, die auch überall zu haben ist. Dann werden wir auch in gewissem Maß von der BBA unterstützt, die uns den Laden zur Verfügung stellen, damit wir dort tagen können. . . . . Und eben die ganzen Leute, die Cassetten machen für uns, . . . wir kriegen auch einen Haufen Geldspenden, denn aus Bremen sind 1o ooo Leute nach Brokdorf gefahren und dieser Konvoi wurde vom Sender dirigiert. Das hat sehr gut hingehauen, daß wir eine Bullensperre umfahren haben. Die Bullen haben im Radio gehört, es geht gleich nach rechts ab, daraufhin haben sie alles rechts dicht gemacht, und wir sind dann alle links gefahren. Ohne den Sender wäre das nicht möglich gewesen. Und da ist vielen Leuten klar geworden, wie wichtig und gut so ein Sender ist und daraufhin sind viele Spenden gekommen.
AK: Worin bestehen im Moment eure größten Schwierigkeiten?
FRZ: -Zeitnot- . . .

Radio Grünes Fessenheim/
Antenne Freiburg
Buchhandlung Jos Fritz
Wilhemstr. 15
78oo Freiburg

Radio Fledermaus
c/o Tageszeitungsinitiative
Bremer Str.57
44oo Münster

Freundeskreis Freie Radios
ebenda

Radio Zebra-Freundeskreis
BBA-Laden
Poststr. Ecke St.Paulistr.
28oo Bremen 1

Radio Zebra-Freundeskreis
BBA-Laden
Poststr. Ecke St.Paulistr.
28oo Bremen 1

Radio Freies Wendland –
Freundeskreis
c/o Norbert Möllemann
Salzwieseler Str. 19
3131 Lübbow

Radio Utopia
Freundeskreis Medien
c/o ‚Radikal'
Eisenbahnstr. 4
1ooo Berlin 36

Radio Paranoia
c/o Bambule
Glaserstr. 2
76oo Offenburg

Radio Pflasterstein
Buchladen
Rote Str. 1o
34oo Göttingen

Radio Querfunk –
Freundeskreis
c/o Gert & Christine
Weinhandlung
Schanzenstr.14
2000 Hamburg 6

AK:... die Viertelstunde in der Woche ...
FRZ: ...ist ein bißchen knapp. Und man muß eben schon sehen, daß man den 5 Minutentakt dann einhält ... 5 Minutentakt deshalb, weil nach 5 Minuten der Sendestandort gewechselt wird. Die Beiträge sind dann meist 5 oder 10 Minuten ... es gibt also mehrere Sender. Der erste fängt an, macht 5 Minuten, und dann nach 5 Minuten, macht der zweite weiter und dadurch ist es ziemlich unmöglich zu peilen.
AK: Muß man eigentlich dann sein Radio nachstellen?
FRZ: Ab und zu schon, dann mußt du aber nur kurz drehen.

AK: Seid ihr sicher, daß die 5 Minuten auch nach längerem Zeitraum von der Post nicht zum Peilen unterschritten werden können?
FRZ:, Durch einen sehr großen Zufall vielleicht, aber das ist eine Frage für die Techniker.
AK: Wie weit ist der Sender zu hören?
FAZ: Im gesamten Stadtgebiet, mitunter auch in Vororten ....das hängt ein bißchen von den Antennen ab.
AK: Ich wollte noch mal darauf zurückkommen, daß jeder Cassetten machen kann. Gibt es auch Fälle, wo ihr Cassetten nicht gesendet habt oder nicht senden würdet?
FRZ: Es gab noch keine Sendung, die uns zugegangen ist, die wir nicht gesendet haben, oder die wir nicht weitergeleitet haben an das Kollektiv. Wir haben bisher noch nie Zensur ausgeübt ... und dafür sind wir ja auch als Freundeskreis, wenn mal irgendwelche Komplikationen auftreten, daß wir dann in der betreffenden Sendung sagen können, da waren Leute, die haben eine Cassette gemacht, das war technisch saumiserabel, oder da war inhaltlich soviel Blödsinn drin, das müssen wir nochmal bereden; kommt doch mal vorbei – wir tagen ja öffentlich. Aber das ist wie gesagt noch nie passiert. Es läuft meistens dann so, daß Leute zu uns in den Freundeskreis kommen und sagen, wir wollen dazu eine Cassette machen und dann machen wir die zusammen oder die bringen die und man kann noch darüber reden. Das hilft den Leuten dann auch weiter, gerade bezüglich der Technik. Wenn sie zum Beispiel einen Geräuschpegel im Hintergrund haben. Weil durch's Senden immer ein Qualitätsverlust da ist, müssen die Cassetten schon sehr gut gemacht sein.
AK: Inwieweit experimentiert ihr auch mit neuen Formen, wie sieht's z.B. mit der Musik bei euch aus?

sein.
AK: Inwieweit experimentiert ihr auch mit neuen Formen, wie sieht's z.B. mit der Musik bei euch aus?

FRZ: Wir würden gern mehr Musik machen. Aber aus Zeitmangel wird das meist nur so ein Anspielen von Titeln. Wenn du nur so wenig Zeit zur Verfügung hast und willst irgendwelche Informationen rüberbringen, dann kannst du natürlich schlecht noch irgendwelche Musik spielen. Was wir in nächster Zeit stärker machen wollen ist, daß, wenn wir Musik spielen, wir Musik Bremer Gruppen spielen, also von Demo-Bändern oder von Life-Mitschnitten, anstatt immer wieder Ton,Steine,Scherben zu spielen oder Musik, die man sowieso genausogut bei Radio Bremen oder im NDR hört. Auf jeden Fall also unbekannte Gruppen, die darüber die Möglichkeit haben,bekannter zu werden.
AK: Gibt es eine Möglichkeit, wie wir euch helfen könnten, außer, daß wir in Zukunft eure Sendezeiten und Frequenzen abdrucken?
FRZ:Das wäre schon eine sehr große Hilfe. Ne andere Sache, die mir im Moment einfällt, ist, wenn ihr vom Arbeiterkampf selbst eine Diskussion machen würdet, wie ihr dazu steht, also zum freien Radio, zur Notwendigkeit, und uns über eure Diskussion halt mal einen Brief schickt.
AK: Dieses Interview ist für die Medienkommission auch ein Anfang, sich mit freien Radios zu beschäftigen. Wir hoffen auch, daß dadurch im KB darüber diskutiert werden wird.
Was ist denn für euch so das herausragenste Erlebnis, im Negativen als auch im Positiven?
FRZ: Im Positiven auf jeden Fall der Konvoi, daß die ganzen Leute ihre Autoradios auf 104 MHz eingestellt haben und daß der Sender den riesiglangen Zug, der über 20 km lang war, wirklich koordiniert hat. Es ist wirklich nur über den Sender gelaufen, daß man so gut bis Brokdorf gekommen ist.... ein anderer Erfolg ist aber auch, daß wir eben Cassetten kriegen. Es gibt noch einige andere freie Radios und die krebsen alle so'n bißchen rum, weil die Zuhörerschaft nicht so richtig reagiert.... und daß sie vom Kollektiv noch niemanden gekriegt haben. Trotz regelmäßiger Sendungen über ein Jahr hinweg.
AK: Wieviel Sendungen bis jetzt?
FRZ: Die 50ste ist letzte Woche gelaufen.
AK: Ich stelle es mir einfacher vor, wenn eine Demo wie in Brokdorf ist, da hat man doch automatisch sehr viele Zuhörer. Wer was wissen will, stellt das Radio an. Während, wenn man kontinuierlich 'alltags' sendet es mir schwieriger erscheint. Es ist doch gar nicht klar, ob man überhaupt gehört wird?
FRZ: Das ist genau das Gegenteil. Es ist zwar in gewissem Maß Spekulation, aber wir sind schon der Meinung, daß wir eine feste Stammhörerschaft haben. Wir haben halt auch eine andere Priorität, als zu informieren, was man wo gegen die Bullen machen kann, nämlich als freies Radio über einen längeren Zeitraum Betroffene systematisch zu Wort kommen zu lassen und wirklich eine Gegenöffentlichkeit damit herzustellen und zu unterstützen. Das andere ist auch eine gute Sache und man kann es nicht gegeneinander aufwiegen, was nun wichtiger ist, ich finde gut, daß beides gemacht wird.
AK: Wie aktuell könntet ihr sein?
FRZ: Was Montag, spätestens Dienstagmorgen da ist, wird am Mittwoch noch gesendet.
AK: Das ist gut.
FRZ: Oder wenn wirklich was am Sendetag passiert, müßte es das Kollektiv dann selbst machen ... es ist auch gar nicht so sehr eine Frage von Aktualität, weil die Sachen, die wir kriegen, beziehen sich meist auf den Zeitraum von Mittwoch bis zum Wochenende oder bis zum nächsten

Aktualität, weil die Sachen, die wir kriegen, beziehen sich meist auf den Zeitraum von Mittwoch bis zum Wochenende oder bis zum nächsten

Mittwoch.
AK: Vorhin habt ihr den negativen Aspekt vergessen....
FRZ: Enttäuschend war es kurz nach der Sommerpause letztes Jahr, wenn man da sitzt und nicht mehr allzuviele Leute mehr im Freundeskreis mitarbeiten....und keine Cassetten kommen....wenn man sich dann alles selbst aus den Fingern saugt und das Woche für Woche. Und es hat ziemlich lange gedauert, bis das wieder richtig angelaufen ist.
AK: Gibt es irgendwelche Tips, die ihr Neuanfängern geben würdet?
FRZ: Tja, absolute Trennung von Kollektiv und Freundeskreis ... zur Sicherheit. Und wer sowas anfangen will, der kann sich unsere Broschüre kaufen.
AK: Seid ihr schon 'ne ernsthafte Konkurenz für Radio Bremen?
FRZ: Wir verstehen uns nicht unbedingt als Konkurenz. Wenn zu uns Leute kommen, die eine Sendung machen wollen, die, wie wir meinen, auch im 'Popkarton' laufen könnte, dann sagen wir den Leuten zusätzlich, versucht doch mal, ob ihr das nicht noch irgendwie dort reinkriegt. Alles, was da möglich ist, sollte man ausschöpfen ... aber die Möglichkeiten werden immer beschissener. Vielleicht sind wir ein Auffangbecken, für Sachen die dort überhaupt nicht mehr kommen ... Die Notwendigkeit freier Radios wird immer größer, je stärker der Druck auf diese halbwegs noch fortschrittlichen Bastionen im öffentlichen Rundfunk wird. Wenn irgendwann die letzten fortschrittlichen Leute dort rausgeflogen sind, dann ist klar, muß das alles über sogenannte freie Radios laufen.
AK: Ja vielen Dank dann, falls jemand noch was sagen möchte.... es folgen noch zahlreiche Grüße an Verwandte und Bekannte.

Demonstrationsaufruf

Fürchtet Euch nicht vor der Homosexualität!

Demonstrationsaufruf

Wir nennen uns schwul und lesbisch, homosexuell und gleichgesinnt. Wir sind überall zu finden, in allen Berufen und Städten, auf allen Straßen. Gemeinsam ist uns das Verlangen nach dem gleichen Geschlecht, aber auch die Diskriminierung dieses Verlangens.

Der § 175 besteht 36 Jahre nach Ende des Nazi-Regimes als diskriminierendes Sondergesetz für homosexuelle Männer immer noch. Dieser Paragraph muß ersatzlos gestrichen werden. Uns ist aber gleichzeitig auch bewußt, daß diese Abschaffung nichts daran ändern wird, daß Erwachsene, die einvernehmliche Sexualität mit Kindern leben, weiterhin mit Gefängnis bestraft werden.

Wir protestieren gegen Unterdrückung:

– KZ-Häftlinge: Die homosexuellen Männer, aber auch Frauen mit dem „Rosa Winkel" haben bis heute keine Wiedergutmachung erhalten.
– In den Medien wird über Homosexualität nicht sachlich berichtet, sondern wir werden in die exotische Ecke gedrängt und sogar im Zusammenhang mit Verbrechen dargestellt.
– Im Schulunterricht wird Homosexualität unter Perversion oder Krankheit abgehandelt.
– Viele Mediziner und Psychologen behandeln Homosexualität als Krankheit. „Behandlungsmethoden" sind u.a.: Aversionstherapien, E-Schocks, Kastration, Gehirnschnippelei.
– Arbeitsplatz und Wohnung von Lesben und Schwulen sind gefährdet, wenn deren Orientierung bekannt wird.
– In „Rosa Listen" werden durch Polizei und Verfassungsschutz Daten über Homosexuelle gesammelt.
– Die christlichen Kirchen behandeln Homosexualität als Sünde und Verstoß gegen das „göttliche Schöpfungsgebot", wie das Berufsverbot gegen Pastor Klaus Brinker dieser Tage erneut bewiesen hat.
– Lesbische Frauen sind zwar nicht durch den § 175 betroffen, werden aber gesellschaftlich doppelt diskriminiert: als Lesben und als Frauen.

Noch immer werden Homosexuelle als Menschen zweiter Klasse behandelt!

In unserem Kampf gegen diese Diskriminierung stehen wir nicht allein: Frauen fordern das Selbstbestimmungsrecht über ihren Körper, alte Menschen wollen sich nicht länger abschieben lassen, Umweltschützer kämpfen gegen die Vernichtung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, Friedensgruppen gegen den atomaren Rüstungs-Wahnsinn, Jugendliche für selbstbestimmte Jugendzentren und eine sinnvolle Ausbildung. Ihr Kampf ist auch unser Kampf. Wir appellieren an sie:

Begebt Euch in die Gefahr, für Homosexuelle gehalten zu werden!

Wir treten für das Recht ein, homosexuell zu leben, denn wir haben ein Recht auf unseren eigenen Lebensstil und ein Recht auf uns selbst.

Diese Hamburger Demonstration ist Teil der internationalen Bürgerrechtsbewegung der homosexuellen Frauen und Männer. So wie in Hamburg gehen in diesen Tagen in vielen Städten der Welt Hunderttausende von Frauen und Männern auf die Straße.

Es ist kein Zufall, daß wir diese Demonstration am vorletzten Tag des gleichzeitig in Hamburg stattfindenden Evangelischen Kirchentags 1981 veranstalten. Es waren auch engagierte und kritische Christen, die in den letzten Jahren unsere Forderungen unterstützt haben.

Die Teilnahme an dieser Demonstration bedeutet für viele Überwindung der Angst vor dem Entdecktwerden und den Konsequenzen. Für viele von uns wird dies der erste Schritt in die Öffentlichkeit sein. Wir sind schwul und lesbisch und stolz darauf! Erfüllen wir unsere politischen Forderungen mit Leben und Fantasie! Alle in ihrer Verschiedenheit sind willkommen!
RAUS AUS DEN VERSTECKEN!
HINEIN IN DIE STRASSEN!

Hamburg:

11.00 Uhr Sternschanze (Sammeln ab 10.00 Uhr) Kundgebung mit Kulturprogramm. Anschließend Demonstration in die Innenstadt zum Gänsemarkt. Dort Abschlußkundgebung. Anschließend Zusammentreffen mit dem nachfolgenden Zug der Friedensdemo am Stephansplatz (gegen 13.00 Uhr).

Christopher Street Demo in West-Berlin am 27.6.

Wie in westdeutschen Städten wird auch in West-Berlin eine Demonstration am „Christopher-Street-Day" stattfinden. Hierzu hat am 30.5. ein Vorbereitungstreffen in der A.H.A. weitgehende Übereinstimmung unter den Vertretern verschiedener Schwulengruppen gezeigt. Ein Flugblatt soll noch von der Gruppe erarbeitet werden. Die Demonstration soll mit einem großen Fest im Tiergarten enden.



– Arbeitsplatz und Wohnung von Lesben und Schwulen sind gefährdet, wenn deren Orientierung bekannt wird.
– In „Rosa Listen" werden durch Polizei und Verfassungsschutz Daten über Homosexuelle gesammelt.
burg gehen in diesen Tagen in vielen Städten der Welt Hunderttausende von Frauen und Männern auf die Straße.
Es ist kein Zufall, daß wir diese Demonstration am vorletzten Tag des gleichzeitig in Hamburg stattfindenden Evangelischen Kirchentags 1981
Vorbereitungstreffen in der A.H.A. weitgehende Übereinstimmung unter den Vertretern verschiedener Schwulengruppen gezeigt. Ein Flugblatt soll noch von der Gruppe erarbeitet werden. Die Demonstration soll mit einem großen Fest im Tiergarten enden.

Für eine bundesweite Kampagne gegen den § 175

Für eine bundesweite Kampagne gegen den § 175

Wir haben ja bereits über die Versuche, Anstrengungen und lobenswerte Aktivitäten der Gruppe „Recht auf sich selbst" (RAUSS) berichtet, eine Kampagne gegen den § 175 anzu-
setzbuch, sondern um die ansatzweise Änderung des Bewußtseins. Und dazu müssen wir alle sozusagen in „Kleinarbeit" genau dort anpacken.
Neben einer großen Kiste von

Wir haben ja bereits über die Versuche, Anstrengungen und lobenswerte Aktivitäten der Gruppe „Recht auf sich selbst" (RAUSS) berichtet, eine Kampagne gegen den § 175 anzuleiern.

Daß hier von der Gruppe RAUSS bestimmte Schwule von vornherein aus der Planung der Sache rausgehalten werden ist umso bedauerlicher, als es unserer Meinung nach gerade auf die Schwulengruppen in den verschiedenen Städten ankommt – und genau die „dürfen" nicht an den Diskussionen des selbsternannten „Aktionskomitees gegen den § 175" (RAUSS) teilnehmen. Aber ohne die und nur mit einer Planung hinter verschlossenen Türen ist eine richtige bundesweite Aktion nicht möglich. Deshalb hat auch das letzte Treffen von regionalen bayerischen Schwulengruppen in Nürnberg einen Brief an alle Schwulengruppen in der BRD geschickt, in dem ein Treffen möglichst aller interessierten Schwulengruppen anläßlich der Schwulendemo in Hamburg durchgeführt werden soll. Der Brief mit der Bitte um Organisierung eines solchen Treffens ging auch an die Hamburger Schwulengruppen, die an der Organisierung der Schwulenwoche arbeiten.

Eine Gruppe Hamburger Schwuler, die auch eine ähnliche Kritik an der Politik der RAUSS haben, erklärten sich bereit, Räume für eine solche Diskussion zur Verfügung zu stellen.
Ort: Haus der Jugend Stintfang, Alfred-Weg ner-Weg 3 (direkt neben der Jugendherberge, U- und S-Bahn Landungsbrücken),
Zeit: Samstag (20.6.) 18.00 Uhr nach der Friedensdemo

Wir wollen dort über gemeinsame Aktivitäten vor Ort in unseren Städten sprechen; wie wir und was wir unter einer Kampagne gegen den § 175 (wie sieht es mit 174 und 176 aus?) verstehen. Nur eine Unterschriftensammlung und nur eine große Demo in nur einem Ort (auch wenn es Hamburg ist) ist zu wenig. Es geht ja schließlich nicht nur um die formale Streichung aus dem Gesetzbuch, sondern um die ansatzweise Änderung des Bewußtseins. Und dazu müssen wir alle sozusagen in „Kleinarbeit" genau dort anpacken.

Neben einer großen Kiste von Vorschlägen sollten wir auch z.B. über einen in vielen Städten gleichzeitig stattfindenden Tag der Aktionen sprechen. Bringt also viel Ideen und Vorschläge mit.

Zusagen liegen bereits aus Köln, West-Berlin, Hamburg und eben Nürnberg vor.

Die Redaktion des ROSA FLIEDER aus Nürnberg hat sich bereit erklärt, dies Treffen vorzubereiten. Außerdem würden wir Redaktionsfreaks gerne in der nächsten Nummer des ROSA FLIEDER über die verschiedenen gelaufenen Aktionen ausführlich berichten – mit Bildern natürlich ...

Also bis zum 20.6.
die ROSA FLIEDER Redaktion

Kontakt:
Rosa Flieder Kollektiv
c/o Wolfgang Kaaden
Lobsingerstr. 14
8500 Nürnberg 90
Tel.:
0911/268220
0911/330539

Hamburger Lesben- und Schwulenwochen

Rund um die Gay-Pride-Demo am 20.6. findet ein vielseitiges und interessantes Programm zahlreicher Veranstaltungen statt. Das Ganze hier umfassend darzustellen, ist absolut unmöglich. Kostenlose Programmhefte mit erläuternden Hinweisen gibt es nicht nur in vielen linken Buchläden, schwulen Pornoshops und schwulen Kneipen, sondern auch gegen 1 DM Porto von „Stonewall 81", Willi Klinker, Hospitalstr. 44, 2 Hamburg 50.

Auf wenige allgemein interessierende Termine sei hier hingewiesen. Daneben gibt es noch diverse Filmvorführungen, Lesungen, Konzerte, andere Aktionen, auch spontan.

16.6. – 18.30 Uhr – Audimax
Großveranstaltung: § 175 – Unrecht ohne Ende? – Mit Prof. Dr. Helmut Kentler, Dr. Gisela Bleibtreu-Ehrenberg. Vertretern von CDU, SPD und FDP, Juristen u.a. – Leitung: Dr. Luc Jochimsen (NDR, Panorama-Redaktion)

22.6. – 19.00 Uhr – Hamburg-Haus
„Homosexualität und Schule" – eine Veranstaltung der Gruppe „Schwule und lesbische Lehrer in der GEW

24.6. – 19.00 Uhr – ESG
Die Verfolgung der Schwulen und Lesben während des Nationalsozialismus.

25.6. – 18.00 Uhr – Tuc Tuc
In den Räumen über dem Schwulencafe Tuc Tuc findet ein Treffen lesbischer Schülerinnen und schwuler Schüler statt.

25.6. – 19.00 Uhr – Hamburg-Haus
Lesbentreffen – Gespräch über die Situation der Lesben in Hamburg

26.6. – 18.30 Uhr – PI-Hörsaal
Ist Homosexualität heilbar? – Eine Veranstaltung mit Dr. Martin Dannekker, Vorstandsmitglied der DGSF

26.6. – 20.00 Uhr – Schalom
„Rosa-Winkel ? Das ist doch schon lange vorbei..." – Film und Diskussion der BI Norderstedt in Zusammenarbeit mit der UHA-Schwulen- und Lesbengruppe in Norderstedt.

27.6. – 20.30 Uhr – Uni-Mensa
Christopher-Street-Festival! – Grosses Abschlußfest – Karten im Arbeiterbuch sowie vielen anderen Buchläden, Revolt-Shop, Kneipen, Uni-Mensa.

STONEWALL '81
CHRISTOPHER STREET FESTIVAL
GAY PRIDE DEMONSTRATION am 20.6.
Homosexualität und KIRCHE
FILMWOCHEN
Beratung, Information & Diskussion
PROGRAMM der Hamburger Lesben- und Schwulenwochen vom 14.-27. Juni

Theater- und Aktionsworkshops

Vom 14. bis 21. Juni findet in den Räumen des Hauses der Jugend auf dem Stintfang Alfred-Wegener-Weg 3, direkt neben der Jugendherberge am U-/S-Bahnhof Landungsbrücken ein Theater-und Aktionsworkshop statt. Zur Verfügung stehen etliche Räume, so Tonstudio, Filmstudio, Probebühne und Judoraum, sowie ein Saal für 300 Leute. Von diesem zentralen Punkt sollen dann Aktionen, Strassentheater, Aufführungen gestartet werden, um überall das Vorhandensein schwuler Kultur im Sinne des Kampfs um unsere Rechte zu dokumentieren.

Zur Eröffnung findet am 14.6. ab 18.00 Uhr auf dem Stintfang eine öffentliche Fete mit dem Hamburger Tuntenchor statt, ein Abschlußball ist für den 21.6. ab 19.30 Uhr angesetzt. Dazwischen soll ein buntes Programm mobiler. Vorführungen laufen, die von den anreisenden oder sich hier bildenden Gruppen bestritten werden.

Nähere Informationen und Anmeldungen:
Gunter Schmidt
Budapester Str. 40
2000 Hamburg 4
Tel.: 040/ 31 25 87

Kampf dem § 175

Westberlin. – Auf Vorschlag des Schwulenbereichs der Alternativen Liste soll in West-Berlin ein möglichst breites Aktionsbündnis gebildet werden, um verstärkt und gemeinsam gegen den § 175 vorzugehen. In ihrem Papier lädt die AL-Gruppe alle West-Berliner Schwulengruppen, die ein Interesse an der gemeinsamen Arbeit haben, zu einem Treffen nach Pfingsten ein.

Türkische Frauen in der BRD
Leben vierter Klasse

Etwa 500.000 türkische Frauen leben in der BRD, sie bilden die stärkste Ausländerinnengruppe.

Von ihnen redet eigentlich niemand. Jugendliche Ausländer und Schüler haben immerhin Freizeitheime – für sie wird über Integrationskonzepte räsonniert; türkische Männer haben ihre Treffpunktmöglichkeiten in Cafes, Kneipen und diversen Vereinen.

Für die türkischen Frauen gibt es kaum Hilfen oder Beratungsangebote. Sie leben weitgehend „sprachlos" in der Isolation ihrer Familie, gefesselt in ihrer meist viel zu engen, kleinen Wohnung. Sie kommen nicht freiwillig in die BRD.

Sie kommen, weil die hohe Anzahl der Arbeitslosen, die niedrigen Löhne, die vorhandene Armut, die ein Existenzminimum nicht gewähren, sie dazu zwingen.

Sie kommen hierher, um zu arbeiten, als Arbeitsemigrantinnen oder als nachreisende Ehefrauen.

In der Regel möchten sie gerne sehr schnell wieder zurück. Das ist meist nicht möglich. Die fehlende Aussicht auf einen Arbeitsplatz in der Türkei oder überhaupt eine Existenzsicherung oder auch die hier bereits erfolgte „Integration" ihrer Kinder verhindern eine schnelle Rückkehr.

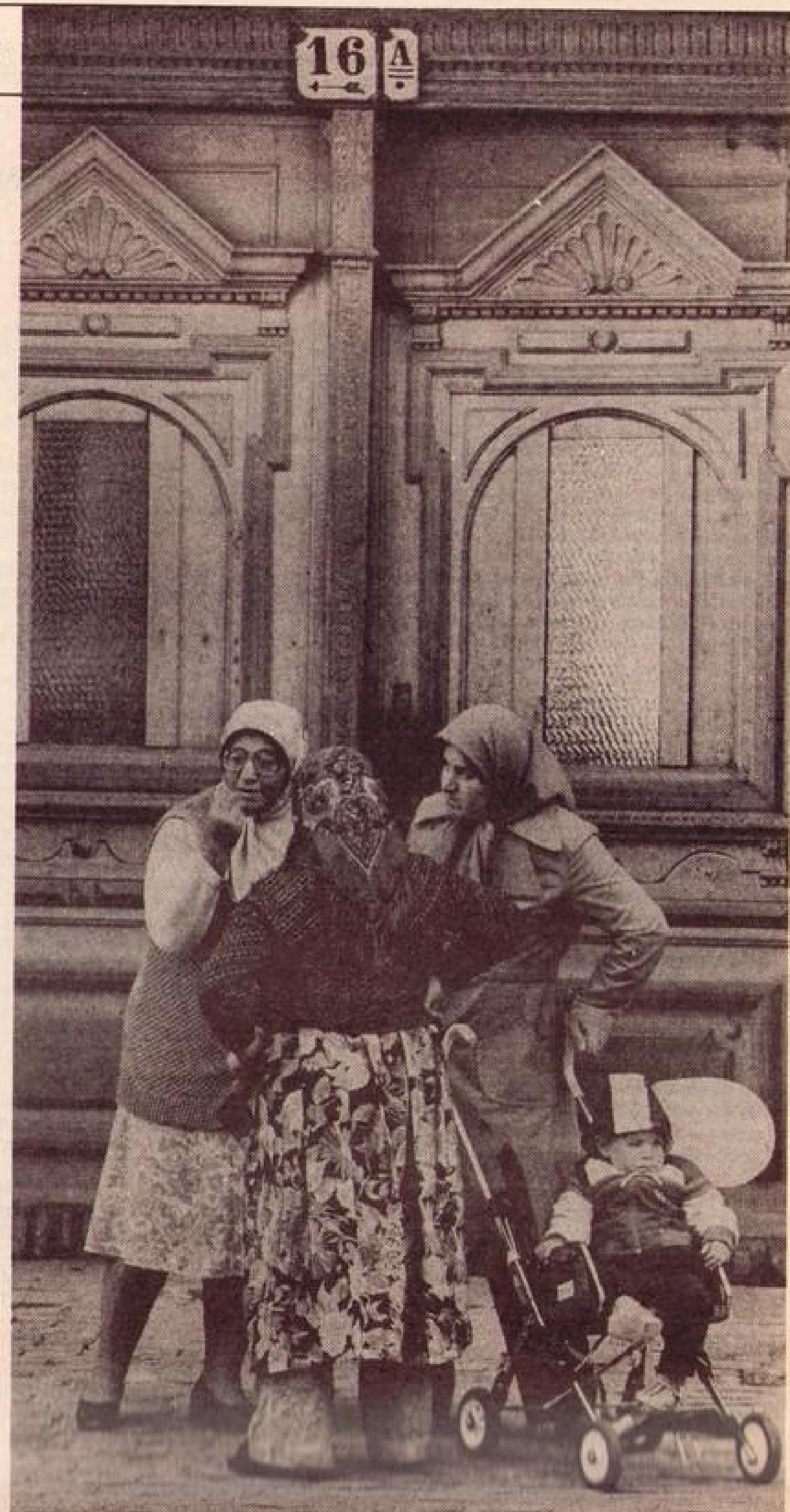
Viele leben nun schon lange Zeit hier und müssen tagtäglich schlechte Lebensbedingungen und Ausländerfeindlichkeiten ertragen.

Zu der „normalen" Benachteiligung, die Ausländer hier erfahren, kommt für die Frauen noch eine Vielzahl an Konflikten dazu, die sich aus ihrer besonderen Rolle als Frau und Ausländerin ergeben.

Die türkische Frau ist davon noch stärker betroffen als andere Ausländerinnen. Der Druck der unterschiedlichen Kulturen, der plötzliche Übergang aus einer Gesellschaft mit anderen Sitten, Bräuchen und Moralvorstellungen in unser westliches Industrieland, der Wechsel von bäuerlicher Haus- und Landarbeit zum Leben in Mietskasernen und zur Fabrikarbeit, die Anforderungen der Familie und Verwandschaft führen zu einer starken inneren Zerrissenheit, die noch durch Angst und Ungewißheit vor der Zukunft verstärkt wird. Die Lebensbedingungen in unserem Land sind für sie doppelt schwer, ihre Benachteiligung besonders krass.

Der Artikel soll ein Einstieg sein, um über die Situation der türkischen Frauen in der BRD zu berichten, und zwar speziell der Frauen, die der sog. ersten Generation angehören, die also in der Türkei aufgewachsen und von den Normen und Wertvorstellungen dort geprägt sind (5). Über diese Frauen gibt es in der BRD nur wenig Material; für Politiker, Wissenschaftler oder Journalisten sind sie kaum von Interesse; ihre Situation macht es ihnen fast unmöglich, Forderungen zu entwickeln, zu artikulieren und sich Gehör zu verschaffen. Bislang gibt es nur geringe Ansätze, den ausländischen Frauen bei der Bewältigung ihrer Probleme zu helfen.

Der Artikel kann auch deshalb nicht mehr als ein Einstieg sein, weil es für deutsche Frauen, die in der BRD leben, kaum nachzuvollziehen ist, was es für die türkischen Frauen bedeutet, in einem so fremden Land wie der BRD zu leben und zu arbeiten.



Die heimatliche Lebenssituation

„Frauen, die sterben, ohne daß sie gelebt hätten, und deren Platz am Eßtische erst nach unserem Ochsen kommt ..."

Dies Zitat aus dem Gedicht „Unsere Frauen" von Nazim Hikmet kennzeichnet die Stellung der Frau in der türkischen Gesellschaft.

Dabei ist es wichtig, zu berücksichtigen, daß sich die türkische Gesellschaft im Übergang von einem feudalistischen Agrarstaat zu einem kapitalistischen Industriestaat befin-

feudalistischen Agrarstaat zu einem kapitalistischen Industriestaat befin-

det. Die Unterschiede dazwischen sind sehr kraß. Die Lebensbedingungen der „Stadtfrau" lassen sich mit denen der Frauen ländlicher Herkunft kaum vergleichen.

Der städtische Anteil ist allerdings sehr klein; mehr als vier Fünftel der heutigen türkischen Bevälkerung leben nach alter Tradition; besonders die Rolle der Frau ist stark von alten Traditionen und dem Einfluß des Islam bestimmt (siehe dazu den Kasten). Der überwiegende Anteil der Frauen, die in der BRD sind, kommen unmittelbar aus den ländlichen rückständigen Gebieten, sie haben allenfalls als „Zwischenstufe" kurz in den Elendsvierteln der Großstädte gelebt.

Ihre Pflichten sind der Haushalt und die Betreuung der Kinder. Sie stehen dabei an untergeordnetster Stelle, noch unter ihren Söhnen. Sämtliche Entscheidungen werden vom Mann, vom Familienoberhaupt oder dem „Ältesten" der Familie getroffen, in die sie hineingeheiratet hat; die Frau muß sich unterordnen.

Die türkischen Mädchen erlernen meist keinen Beruf. Nur wenige Frauen in der Türkei sind berufstätig. Leider liegen mir nur ältere Zahlen vor; danach waren 1965 38 % der Frauen über 15 Jahre erwerbstätig, davon haben 94 % in der Landwirtschaft gearbeitet, d.h. auch auf dem Lande gelebt, nur 1,5 % haben in der Industrieproduktion gearbeitet, und 2,5 % in Dienstleistungen. Sicher werden sich die Zahlen heute etwas verschoben haben. Dennoch gilt, daß der weitaus überwiegende Anteil der türkischen Frauen im Haushalt bzw. in der Landwirtschaft tätig ist. Das Analphabetentum kommt unvergleichlich häufiger bei

tätig ist. Das Analphabetentum kommt unvergleichlich häufiger bei

Frauen vor als bei Männern. 1970 waren von den über 15jährigen in der Türkei 48,6 % Analphabeten – davon 30,9 % männlich und 64,4 % weiblich (1).

Aber auch wenn sie zur Schule gegangen sind, bleiben sie nach Abschluß ihrer 5jährigen Schulzeit (übliche Mindestschulzeit) zu Hause, helfen im Haushalt und versorgen ihre jüngeren Geschwister. Sie bereiten sich ausschließlich auf die Ehe vor. Hochzeit und Ehe haben für die türkischen Mädchen d i e zentrale Bedeutung überhaupt.

Bei den Eheschließungen gibt es auch heute noch (oder besser wieder) (2) den „Brautpreis", den der Bräutigam zahlen muß.

„Bei der Auswahl einer Braut für den Sohn prüfen die Eltern die Ehre und Leistungsfähigkeit des Mädchens. Zumindest theoretisch ist dabei die Ehre das wichtigste. Jedes offensichtliche Interesse am anderen Geschlecht, geschweige denn Kontakt zu einem Mann, schmälert den Ruf des Mädchens. Außerdem sollte sie gesund sein und hart arbeiten können. Drittens sollte sie geschickt sein und viertens gutmütig und unterwürfig" (3). Die Verheiratung des Mädchens wird zur Prestigesache und zum Gewinn des Vaters; das Mädchen ist dabei Objekt oder Ware – nicht mehr und nicht weniger. Sexuelle Beziehungen sind nur verheirateten Frauen gestattet; voreheliche oder außereheliche Beziehungen werden je nach Sitte des Dorfes hart bestraft – die Jungfräulichkeit in der Hochzeitsnacht hat einen hohen Stellenwert.

Die islamische Religion ist der entscheidende Maßstab für Wertvorstellungen. Zum einen die Fülle von direkten Anweisungen aus dem Koran, die das Leben der Frauen und Familien in allen Einzelheiten betreffen und regeln sollen.

Dazu ein Beispiel:

„Der Mann schuldet seiner Frau, solange die Ehe besteht, einen standesgemäßen bzw. seinen ökonomischen Verhältnissen angemessenen Lebensunterhalt sowie physischen Schutz und Verteidigung ihrer Ehre. Die Pflichten der Frau bestehen darin, ihre Ehre rein zu erhalten, ihren ortsüblichen Teil an Haus-, Feld- und Stallarbeit zu verrichten und Söhne zu gebären" (4).

Darüberhinaus werden Autoritätsglauben, Abhängigkeit und Unmündigkeit durch den starken Einfluß der islamischen Religion verstärkt, so daß ihre Lebenssituation von den Frauen als „gottgewollt" und „passend" akzeptiert bzw. hingenommen wird.

Insgesamt wirkt sich die „rechtliche Gleichstellung" der Frau in der Türkei kaum aus. Die Reformen Atatürks wie z.B. die allgemeine Schulpflicht, wurden nicht eingelöst. Über die Dorfgemeinschaft und die Regeln des Koran ist die Frau fest in ein Wert- und Moralgefüge eingebettet, aus dem sich zu lösen ihr kaum aus eigener Kraft gelingt. Von den Vorgängen außerhalb des Dorfes ist sie weitgehend isoliert. Aufgebrochen wird diese Situation erst, wenn sie in den größeren Städten lebt bzw. wenn sich ihr Ehemann oder ihre Eltern entschließen (müssen), in ein anderes Land zu gehen.

Die Auswanderung in die BRD

Die Entscheidung zur Auswanderung wurde in den wenigsten Fällen von den Frauen selbst getroffen. Sie folgten ihrem Ehemann im Rahmen der „Familienzusammenführung", oder sie wurden von ihm „vorausgeschickt".

Der größte Teil der verheirateten Ausländer kam als Einzelperson in die BRD; das lag an der bis zum Anwerbestop (1973) gültigen Anwerbepraxis. Sie beinhaltete, daß einzelne Arbeitskräfte angeworben wurden, keine Ehepaare gemeinsam. Die Familie konnte erst dann nachgeholt werden, wenn der Mann oder die Frau ein Jahr in der BRD gearbeitet hatte und geeigneten Wohnraum nachweisen konnte. Die westdeutsche Industrie warb besonders zu Anfang der 70er Jahre vor allem



Um die Lebenssituation und die Probleme der türkischen Frauen verstehen zu können, hier ein kurzer Blick in die historische, ökonomische und kulturelle Entwicklung in der Türkei.

Nach dem 1. Weltkrieg wurde das „Osmanische Reich", ein klassisch feudalistischer Staat, unter den Siegermächten (den Großmächten Großbritannien, Frankreich, Italien, Griechenland) bis auf einen kleinen Teil (innerhalb Anatoliens) aufgeteilt.

Der Kampf von Bauern und Arbeitern gegen Grundbesitzer und Kapitalisten, der durchaus entwickelt war, wurde in dieser Situation von der türkischen Bourgeoisie und den Militärs ausgenutzt und gegen die Großmächte gewendet.

Unter Führung von Mustafa Kemal wurde ein Kampf gegen die Besetzer und gegen das ausländische Großkapital geführt, der mit einem türkischen Sieg endete.

1923 wurde von Mustafa Kemal (später: „Atatürk" – „großer Türke") die Republik Türkei ausgerufen.

Ziel Atatürks war es, eine Angleichung der Türkei an den westlichen Kapitalismus sowie den Aufbau einer nationalen Industrie zu erreichen. Dabei arbeitete er aber weiterhin mit den Imperialisten zusammen, sodaß die türkische Industrie in Abhängigkeit von den imperialistischen Staaten blieb. Gegen das Volk entwickelte Atatürk eine Politik, die zum einen fortschrittliche Ansätze kompromißlos bekämpfte (Streikverbot, Einschränkung der Meinungs- und Koalitionsfreiheit der türkischen Arbeiter, Verfolgung von demokratischen und fortschrittlichen Aktivitäten, Unterdrückung von Minderheiten bis zum Versuch des Völkermords an den Kurden), zum anderen führte er ein gewisses Maß an bürgerlich-demokratischen, am Westen orientierte Reformen durch. Sie blieben aber meist nur auf die reicheren Bevölkerungsschichten sowie die Stadt- und Küstengebiete beschränkt. Diese Politik der Reformansätze verband er zugleich mit einem hohen Maß an nationalistischem Gedankengut. dies spielte insbesondere in der Erziehung der Kinder und Jugendlichen eine große Rolle. Im Rahmen dieser Reformen wurden die Frauen dem Mann rechtlich gleichgestellt.

1928 wurde der Islam als Staatsreligion abgeschafft. Die bis dahin gültige islamische Gesetzgebung (Seriat) wurde verboten und durch Zivilgesetze ersetzt.

Die Zivilehe und die gesetzliche Scheidung wurden eingeführt, die Polygamie abgeschafft, 1931 wurde die allgemeine Schulpflicht eingeführt, 1930 erhielten die Frauen das Wahlrecht für Kommunalwahlen, 1934 auch für die Nationalversammlung.

Dennoch änderte sich für die Masse der Frauen nichts. In Kampagnen und fast gewaltsamen Übergriffen der Regierungssoldaten wurden die Schleier und die traditionelle Kleidung der Frauen bekämpft. Militärs waren angewiesen, den Frauen den Schleier wegzureißen. Da aber der Feudalismus auf dem Lande, die autoritären Dorf- und Familienstrukturen, die Armut und die primitive Arbeitsweise dieselbe blieben, ändert sich auch im Bewußtsein der Menschen nichts.

Nach der Machtübernahme der „Demokratischen Regierung" in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg setzte wieder eine verstärkte Rückkehr zu den alten Traditionen ein. Der Einfluß des Islam setzte sich stärker durch, Koranschulen wurden erneut eingerichtet, die Besucherzahlen in den Moscheen stiegen an. Bedeutung hatte faktisch nur die islamische Eheschließung, auch wenn sie rechtlich nicht anerkannt wird. Seit dem Militärputsch wird eine Entwicklung in diese Richtung weiter begünstigt. Neuerdings wird erwogen, auch offiziell das Brautgeld wieder einzuführen.

In der Türkei besteht heute keine einheitliche Gesellschaftsform. Es ist eine Übergangsgesellschaft, die sowohl Züge der traditionellen feudalistischen Bauerngesellschaft hat, als auch Merkmale der modernen Industriegesellschaft (ohne bürgerlich-demokratische Revolution) in sich trägt. Die Menschen, besonders die Frauen, haben die Auswüchse beider Systeme – des Feudalismus und des Kapitalismus – zu ertragen: – zum einen eine brüchige, überholte patriarchalische Ordnung und Lebensweise sowie mittelalterliche Produktionsbedingungen, unter denen die Menschen kaum existieren können;
– zum anderen den „modernen Industriestaat", durchsetzt von Bürokratie und Korruption, Großstädte, die aber der Entwicklung und der Landflucht in keiner Weise standhalten. Durch Wohnungsknappheit und enorme Mieterhöhungen haben sich, hauptsächlich in Ankara und Istanbul, riesige Elendsviertel und Slumgebiete gebildet. Hier lebt die zugewanderte Landbevölkerung, viele in selbstgebastelten Hütten ohne Strom, Kanalisation und fließendes Wasser. Politischer Druck von Rechts und eine enorme Ausbeutung lassen es nicht zu, daß sie sich eine ausreichende Existenz aufbauen können.

Diese Elendsviertel sind dann auch meist die letzte Station vor der Abwanderung als Arbeiter ins Ausland. Die Perspektive der Rückkehr ist dabei völlig ungewiß.

Frauen an. Türkische Ehemänner entschlossen sich deshalb aufgrund ihrer Existenznot, ihre Frauen in die BRD zu schicken, um dann selbst möglichst schnell nachkommen zu können.

Kamen die Frauen als „nachreisende Familienangehörige" in die BRD, waren sie in ihrer Existenz völlig von ihrem Ehemann abhängig. Sie erhielten die Aufenthaltserlaubnis nur auf der Grundlage, daß ihr Ehemann sie „ernähren" konnte. Sie selbst bekamen keine Arbeitserlaubnis; die gibt es in der Regel erst nach 3 bis 4 Jahren zusammen mit der Aufenthaltsgenehmigung.

Die westdeutsche Ausländergesetzgebung macht es der türkischen Frau damit unmöglich, sich hier, wenn sie möchte, selbständig und unabhängig zu machen.

Will sie sich z.B. von ihrem Ehemann trennen, dann müßte sie Sozialhilfe beantragen, da sie ja noch nicht arbeiten darf. In einem solchen Fall droht ihr aber nach dem Ausländergesetz („bei Inanspruchnahme von Sozialleistungen") die Ausweisung.

Selbst nach dieser Zeit ist eine eigene Existenzsicherung für sie nur sehr schwer möglich, wenn frau an die miese Bezahlung, die Wohnbedingungen etc. denkt.

Für die BRD-Regierung sind die Frauen kein „Integrationsobjekt", sondern eher nutzloses, unbrauchbares Beiwerk für notwendige Arbeitskräfte. In den Überlegungen, Erlässen und sonstigen dicken Papieren zur Situation der Ausländer in der BRD wie etwa dem „Kühn-Memorandum" oder den „Regierungsbeschlüssen vom 19.3.1980" (siehe AK 191, „ ... und willst du nicht ein Deutscher sein ...") sind die Frauen nicht erwähnt. Für sie sind keinerlei spezielle Förderungen oder Angebote vorgesehen. Sie tauchen lediglich im Rahmen von Integrationsvorhaben für die ausländischen Jugendlichen und Kinder (die 2. und 3. Generation) auf. So wird etwa erwogen, daß die „Eltern verstärkt in die Kindergartenarbeit" einbezogen werden, oder es wird eine intensivere Sozialbetreuung ausländischer Familien überlegt, damit die Eltern die Eindeutschungsversuche ihrer Kinder in den deutschen Schulen nicht hemmen (6).

So ohne jegliche Hilfe und Unterstützung müssen sie in einer Umwelt existieren, die in allen Bedingungen völlig unterschiedlich ist von der, in der sie aufgewachsen sind, deren Menschen ihnen insgesamt feindlich und ablehnend voller Vorurteile gegenüberstehen.

schen ihnen insgesamt feindlich und ablehnend voller Vorurteile gegenüberstehen.

Bedeutung der islamischen Religion

Rolle und Einfluß des Islams werden in der BRD-Linken meist zusammen mit den türkischen Faschisten, den Koranschulen, den „Grauen Wölfen" und der MHP diskutiert.

Das ist insofern richtig, weil von der türkischen Rechten ihre politische Ideologie mit islamischen Normen und Verhaltensregeln verbunden wird.

Gezielt werden diese Normen als Maßstab angelegt, um beispielsweise türkische Mädchen und Frauen vor der Entwicklung der Frauen in westlichen Ländern zu warnen. Frauen in der Bundesrepublik werden danach wie Huren und Freiwild behandelt und dienen als abschreckendes Beispiel.

Auf die türkischen Familien wird auf diese Weise Druck ausgeübt, damit eine engere Bindung an islamische Werte entsteht. In den hierzulande existierenden Koranschulen und Moscheen wird dann neben der Unterrichtung im Islam und anknüpfend an dessen rückschrittlichsten Inhalte die politische Propaganda der Faschisten betrieben.

Der Islam als Religion kann damit aber nicht als faschistisch gekennzeichnet werden. Die Aussagen gerade zum Punkt Frauen liefern allerdings die ideologische Begründung für ihre gesellschaftliche und private Unterdrückung – dabei steht der Islam aber durchaus in guter Gesellschaft z.B. neben dem Christentum.

Für die islamische Frau ist als einzige Rolle die der gehorsamen Ehefrau und aufopferungsvollen Mutter vorgesehen.

„Männer sollen bevorzugt werden, weil Allah auch die einen vor den anderen mit Vorzügen begabte, und weil jene diese erhalten".

„Männliche Erben sollen so viel haben wie zwei weibliche".

„Rechtschaffene Frauen sollen gehorsam, treu und verschwiegen sein, damit auch Allah sie beschütze. Denjenigen Frauen aber, von denen ihr fürchtet, daß sie euch durch ihr Betragen erzürnen, gebt Verweise, enthaltet euch ihrer, sperrt sie in ihre Gemächer und züchtigt sie. Gehorchen sie euch aber, dann sucht keine Gelegenheit, gegen sie zu zürnen..." (zitiert aus dem „Koran" nach: „Die verkauften Bräute"/Baumgartner-Karabak, Landesberger, rororo Hamburg 1978).

Befürwortet wird außerdem die vollständige Trennung der Lebensbereiche von Frauen und Männer. Die Frau ist zuständig für den Haushalt, dem Mann sind die öffentlichen Bereiche vorbehalten.

Die jungen Mädchen werden strengsten Jungfräulichkeitsbestimmungen unterworfen. Mädchen, die vor der Eheschließung sexuellen Verkehr haben, wird Tod angedroht, weil nur so die Ehre wieder hergestellt werden kann.

Die Zahlung eines Brautgeldes ist vorgeschrieben, Polygamie ist erlaubt und wird als „soziale Tat" gekennzeichnet. Begründung ist, daß dadurch „mittellose und hilflose Frauen" Mitglieder „ehrbarer Familien" werden können. Polygamie wird deshalb als im Interesse der Frau liegend gekennzeichnet.

Ein weiteres Merkmal ist die insgesamte fatalistische Ergebenheit in das Schicksal, dessen Verlauf sich für sie ohne die Möglichkeit einer eigenen Einflußnahme nach den Fügungen Allahs vollzieht.



Die Lebenssituation der Türkinnen in der BRD

Die Wohnbedingungen

Die Wohnbedingungen für Ausländer sind katastrophal — das ist bekannt: Vier Kinder und zwei Erwachsene in einer 1 1/2 Zimmer-Wohnung; Wohnungen, die so feucht sind, daß Dreijährige schon unter Rheuma leiden, und so dunkel, daß auch im Sommer die Lampen vor der Dämmerung brennen müssen; sanitäre Einrichtungen sind selten vorhanden; mehrstöckige Betten werden einzeln vermietet. Das alles sind keine frühkapitalistischen Auswüchse, sondern wenige konkrete Beispiele des Umgangs unseres „Wohlfahrtsstaates" mit den ausländischen Familien.

Ausländische Frauen erleben diese Wohnsituation besonders krass. Sie sind diejenigen, die sich am häufigsten in der Wohnung aufhalten müssen, die in einer kleinen beengten Küche kochen müssen, die in der drangvollen Enge Ordnung halten und putzen müssen.

In dieser Wohnung sind sie zugleich isoliert; Sprachprobleme, Vorurteile und Ablehnung verhindern Kontakte zu deutschen Nachbarsfrauen. Aus dieser Situation heraus läßt es sich erklären, daß ausländische Familien „gern" in die sog. „Ausländerghettos" ziehen. 1973 wohnten bereits 56% aller Türken, die in Westberlin leben, in den Altbauvierteln Kreuzberg und

tos" ziehen. 1973 wohnten bereits 56% aller Türken, die in Westberlin leben, in den Altbauvierteln Kreuzberg und

Wedding (10). Auch wenn die Bedingungen in diesen Vierteln (meist Sanierungsviertel) wohnungmäßig schlechter sind, treffen sie hier zumindest Freunde und Bekannte, können mit anderen türkischen Frauen sprechen, finden Läden mit speziell den Lebensmitteln, die sie zu essen gewohnt sind, können sich so der Isolierung entziehen und ein kleines Stückchen ihrer eigenen Lebensgewohnheiten erhalten.

Die Ghettoisierung hat aber auch zur Folge, daß die materielle Lage der Ausländer sich verschlechtert, da sie Mietwucher und andere Formen von Ausplünderung, die an der speziellen Notlage der Ausländer ansetzt, begünstigt. Die Tatsache der Herausbildung von Ausländerghettos ist also auf keinen Fall von uns zu akzeptieren. Sie muß vielmehr als Reaktion der ausländischen Bevölkerung auf die ihr feindliche Umwelt begriffen werden. Nur unter den gegebenen schlechten Bedingungen kann das Leben in den Ghettos eine Erleichterung bedeuten. Unsere Forderungen gehen dahin, daß Ausländer bei der Wohnungssuche zumindest gleichberechtigt behandelt werden müssen, daß es spezielle Einrichtungen in den Stadtteilen zur Unterstützung der Ausländer geben muß sowie besondere Angebote für Frauen, z.B. Sprachkurse, die ihnen helfen, sich in ihrer Umgebung zurechtzufinden.

Leben in der Familie

Das Oberhaupt der türkischen Familie ist der Mann; die Frau ist s e i n Eigentum und s e i n e Untergebene.

Das Oberhaupt der türkischen Familie ist der Mann; die Frau ist s e i n Eigentum und s e i n e Untergebene.

Hier erlebt sie eine Umwelt, in der die Frauen zwar auch ungleich und unterdrückt sind, verglichen mit ihr aber über beträchtliche Freiheiten verfügen; diese drücken sich z.B. in den größeren Möglichkeiten aus, eine Ausbildung zu bekommen und einen Beruf zu erlernen und auszuüben, darin, daß sie allein und selbständig leben können; aber auch in den ganz alltäglichen Dingen wie Kleidung, Verhalten gegenüber den Männern, Sexualität, der Möglichkeit, allein oder mit Freundinnen abends aus- oder essen zu gehen usw.

Solche Vorbilder bringen türkische Frauen oftmals in scharfe innere Konflikte mit ihrer gewohnten Rolle und Tradition. Ein eigenständiges Leben ohne Mann zu führen — das ist in der Türkei für eine Frau undenkbar.

Wenn frau in dieser Moral erzogen ist, dann bedeutet es natürlich einiges, sich daraus zu lösen und selbständig zu machen. Erschwert wird ein solcher Prozeß — neben den inneren Konflikten — noch durch die BRD-Ausländergesetzgebung und die schlechten materiellen Bedingungen (wie der Arbeitssituation), die eine Türkin hat.

Am ehesten wird die berufstätige Frau mit diesen Problemen konfrontiert; dadurch, daß sie Geld verdient, zur Existenzsicherung mit beiträgt, erwachsen auch Forderungen nach Mitspracherecht. Auch Kontakte in ihrer Arbeitswelt können dazu beitragen. Das darf aber nicht überbewertet werden: Die meisten Türkinnen berichten, daß sie kaum Kontakte zu deutschen Frauen haben. Viele beherrschen ja auch nicht einmal die deutsche Sprache, so daß eine Verständigung nicht möglich ist.

Die Kehrseite für die berufstätige Türkin ist die Doppelbelastung — für sie tritt sie noch verschärfter auf als für die deutsche Frau: Aufgrund der geringen Einkünfte und ihrer Sparsamkeit kann sie sich viele arbeitserleichternde Geräte (wie Waschmaschine etc.) nicht leisten; dazu kommt eine oft hohe Kinderzahl. Türkische Männer helfen kaum im Haushalt.

Für die türkische Hausfrau gilt, daß sie wohl am allerwenigsten mit den Realitäten einer westdeutschen Großstadt in Berührung kommt. Ohne Kontakte lebt sie isoliert im engsten Kreis ihrer Familie und kleidet sich oft noch nach traditioneller türkischer Art mit Pluderhosen und Kopftuch.

Diese isolierte Lage der Frau kann zu Konflikten mit ihren Kindern führen: Aufgrund des Schulbesuchs können die Kinder schneller in Kontakt mit der deutschen Umwelt treten, sie passen sich schneller an, sie haben auch mehr Kontakte, beherrschen oftmals sehr schnell die deutsche Sprache. Damit lernen sie aber auch andere Lebensweisen und -vorstellungen kennen. Diese Entwicklung führt natürlich zu Konflikten innerhalb der Familie. Für die Frau wiegt das besonders schwer, weil sie die Hauptverantwortliche für eine „traditionelle" Erziehung der Kinder ist. Zu diesem Konflikt stellt ein türkischer Lehrer aus Westberlin seine Erfahrungen mit türkischen Schülern und ihren Eltern dar: *„Die Schülerin liebt einen Jungen aus ihrer Klasse. Nun hat der Vater der Schülerin Liebesbriefe in ihrer Tasche gefunden, die von dem Jungen geschrieben worden sind. Ein harmloser Fall. Harmlos? Ganz sicher für deutsche Eltern und deutsche Moralvorstellungen. Der Vater der Schülerin dreht durch und setzt sie unter Druck, sie hat drei Alternativen:*



Sie verlobt sich sofort mit dem Jungen. Sie verlobt sich mit einem anderen Türken, den der Vater kennt, den das Mädchen aber noch nicht gesehen hat.

Sie verlobt sich sofort mit dem Jungen. Sie verlobt sich mit einem anderen Türken, den der Vater kennt, den das Mädchen aber noch nicht gesehen hat.

Geht sie auf keinen dieser beiden Vorschläge ein, wird sie in die Türkei zu ihren Großeltern geschickt."

Beide Elternpaare treffen sich daraufhin, der Junge besteht auf einer Verlobung, das Mädchen möchte eigentlich nicht, möchte ihn aber auch nicht verlieren. An diesem Punkt greift die Mutter des Jungen ein: *„Sie erklärt, daß sie in dieser Gesellschaft kein Vertrauen zu irgendeinem Mädchen hat. Die Mädchen hier haben ihr zu viel Freiheit und sie ist davon überzeugt, daß das Mädchen trotz der Verlobung bereits nach kurzer Zeit mit einem anderen Mann flirten wird. Dies würde wiederum die Ehre der Familie verletzen. Sie könnte dann niemandem mehr ins Gesicht schauen und müßte dann das Mädchen und den anderen Mann umbringen, um dadurch die Ehre wieder herzustellen"* (11).

Die Darstellung zeigt in etwa, wie krass hier die Gegensätze aufeinanderstoßen.

Der Wechsel vom Leben in der Türkei zum Leben in der BRD führt zu einer starken Verunsicherung. Eine Gegenreaktion darauf kann z.B sein, daß türkische Familien eine besonders starke Religiösität entwickeln. Das feste Wertesystem, das sie dadurch gewinnen, hilft ihnen, sich gegen fremde Einflüsse zu immunisieren und abzukapseln. Eine andere Gegenreaktion kann eine verstärkte Aggressivität sein — vom türkischen Mann oftmals gegenüber seiner Frau und seinen Kindern; so beharrt er noch stärker als in der Türkei auf seiner alleinigen Entscheidungsgewalt.

Ein sehr krasses Beispiel für verletztes Ehrgefühl, für Eigentumsverhalten gegenüber Frauen, ist der Fall von Nuriye Bekir, die von ihrem Mann erschlagen wurde (12):
Nuriye Bekir hatte offenbar angefangen, sich gegen Prügel, Erniedrigungen und Abhängigkeit von ihrem Mann zu wehren. Sie hatte sich an ein Westberliner Frauenhaus gewandt und sich dort beraten lassen. Sie hat ihren Mann verlassen, um sich eine eigene Existenz aufzubauen und ist mit ihren Kindern in das Frauenhaus gezogen. Dadurch fühlte sich ihr Mann tief in seiner „Männerehre" gekränkt. Er lauerte ihr auf und tötete sie, indem er ihr viermal mit einer Gaspistole ins Gesicht schoß und auf sie mit 22 Messerstichen einstach.

Das Problem der Frauen, das hier so kurz angerissen ist, müßte von seiner Bedeutung her viel mehr Beachtung und Bewußtsein vor allem innerhalb der Linken und der linken türkischen Gruppen finden.

Die Arbeitssituation der türkischen Frauen

Die türkischen Frauen sind zum überwiegenden Teil Hausfrauen – sie haben meist nach Abschluß der Schule keine weitere Ausbildung erhalten – allenfalls waren sie bereits in der Türkei als ungelernte Arbeiterinnen tätig. Ein türkischer Mann hat auch heute noch sehr oft das Verständnis, daß es eine Schande ist – für ihn als Mann und Ernährer, wenn seine Frau mitverdienen muß.

Die Gründe, aus denen die türkischen Frauen arbeiten gehen, sind also zunächst einmal scharfe ökonomische Zwänge – nicht etwa das Streben nach Selbständigkeit und Unabhängigkeit oder der Wunsch, einen „befriedigenden Beruf" zu erlernen.

Daß sich über die Arbeitserfahrungen natürlich auch Wünsche nach einer ökonomischen und sonstigen Unabhängigkeit entwickeln können, daß sich ein höheres Maß an Selbstbewußtsein herausbildet, ist klar.

ner ökonomischen und sonstigen Unabhängigkeit entwickeln können, daß sich ein höheres Maß an Selbstbe-

Daraus ergeben sich dann wiederum Probleme mit der Erziehung, der Reaktion des Mannes und der sonstigen Umgebung. Diese Situation tritt besonders häufig bei den ausländischen Mädchen auf, die in der BRD aufgewachsen sind und stärker die Wertvorstellungen der westeuropäischen Frauen übernommen haben. Die Arbeit, die die türkischen Frauen hier in der BRD überwiegend machen müssen, ist wohl, kurz gesagt, der letzte Dreck. Sie sind außerdem am heftigsten den arbeitsmarktpolitischen Schwankungen unterworfen, sie sind sozusagen die „mobilste" Reservearmee des BRD-Kapitals. (Leider liegen mir keine aktuellen Zahlen vor – 1976 bildeten von den arbeitslosen Frauen in der BRD die Türkinnen die stärkste Gruppe).

Nach dem Stand vom 31.3.1980 arbeiten in der BRD:

		%
ausländische Arbeiter (insgesamt)	2 934 523	100
türkische Arbeiter	569 327	19.4
ausländische Frauen	638 065	21.7
türkische Frauen	151 949	5.2

Die Art der Arbeit läßt sich „statistisch genau" schwer ermitteln. Aus einer Aufstellung über die „Sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer nach Berufsgruppen" (Stand 31.3.1980) geht hervor, daß die meisten der in der BRD beschäftigten ausländischen Frauen in folgenden Berufsgruppen arbeiten:

berufstätige Frauen		%
insgesamt	638 065	100
Montiererin/ Metallberufe	87 825	13.8
Reinigungsberufe	67 802	10.6
Organisations-, Verwaltungs-, Büroberufe	52 285	8.2
Textil- und Bekleidungsberufe	50 075	7.8
Ernährungsberufe	46 957	7.4

Zum Vergleich: Bei den deutschen Frauen, die in der BRD-Wirtschaft ja auch keine besonders priviligierte

Stellung einnehmen, sieht die Reihenfolge immerhin so aus:

berufstätige Frauen		%
Insgeamt	7 473 913	100
Organisations-Verwaltungsberufe	2 341 792	31.3
Warenkaufleute (sprich: wohl überwiegend Verkäuferinnen)	1 001 513	13.4
.		
.		
.		
Reinigungsberufe	485 708	6.5
Montiererin, Metallberufe	188 392	2.5

Die ausländischen Frauen werden somit überwiegend am Fließband im Akkord- und Prämiensystem eingesetzt und als Putzfrauen.

Wenn sie in der Industrie arbeiten, müssen sie eine Arbeit verrichten, für die sie von ihrer sonstigen Erziehung her überhaupt nicht ausgebildet sind. Haben sie in der Türkei eher in Gruppen gemeinsam mit anderen Frauen ihre Arbeit verrichtet – vom ersten Handgriff bis zum Endprodukt, so stehen sie jetzt unter dem massiven Druck von Akkord- und Prämienarbeit; sie arbeiten dabei an Teilen, deren Endprodukt sie oft nicht einmal kennen. Ganz zu schweigen davon, daß sie eine Einführung in die Produktion oder ähnliches erhalten.

Dabei haben die Frauen ständig Angst, selbst diesen miesen Arbeitsplatz noch zu verlieren. Sie stehen daher unter dem Druck, besonders schnell arbeiten zu müssen, möglichst nicht aufzumucken und wenig krank zu sein. Diese Notsituation der Frauen wird von den Kapitalisten als Druck und Konkurrenz gegenüber deutschen Frauen eingesetzt. Solche Arbeitsbedingungen wirken sich natürlich auf die Zusammenarbeit verheerend aus. „*...Was am härtesten ist, ist die Kontaktlosigkeit im Betrieb, die Freudlosigkeit, die Unmenschlichkeit, das ist das schlimmste von allem. Eine Arbeit kann hart sein, aber wenn es freundlichen Umgang gibt, dann geht es. Das hat mich und andere Frauen am meisten schokkiert, das totale Fehlen von menschlichem Kontakt, daß man so schlecht behandelt wird, unmenschlich, das ist das schlimmste von allem*" („FR", 4.5.81) (8).

Die ausländischen Frauen haben kaum bis gar keine Möglichkeiten, sich zu wehren.

Dazu eine ausländische Betriebsrätin der Adler-Werke/Frankfurt: „*Für die ausländischen Frauen ist es eine große Belastung, hier zu arbeiten, sie haben wesentlich mehr Schwierigkeiten, sich zu verständigen und Gewicht zu bekommen innerhalb der Gewerkschaft. Sie bringen keine gewerkschaftlichen Erfahrung mit aus dem Land, aus dem sie kommen. Außerdem kriegen die Ausländerinnen die schlechtesten Arbeiten, die härtesten, und sie können sich nicht wehren, weil sie dem Meister unterworfen sind, weil sie die Sprache nicht können und kaum organisiert sind*" („FR", 4.5.81) (8).

Aber auch, wenn sie gewerkschaftlich organisiert sind, verbessern sich ihre Lage und ihre Rechte kaum.

Ausländische Frauen haben innerhalb der Gewerkschaft oder der betrieblichen Interessenvertretung keine Lobby. Dazu folgendes Beispiel: Seit längerer Zeit kämpfen 34 ausländische Frauen von Triumph-Adler/Frankfurt für eine gerechte Bezahlung. Nach längerer Verzögerung wurde ihr Prozeß von der Gewerkschaft übernommen. Solche Prozesse finden derzeit ja durchaus Beachtung in der Öffentlichkeit und Presse. Nicht jedoch dieser Prozeß – die Tatsache, daß er von ausländischen Frauen geführt wird, bedeutet zugleich, daß er totgeschwiegen wird (mit Ausnahme eines Artikels im Lokalteil der „FR" wurde in keiner Zeitung darüber berichtet), denn an einer solchen Aktion von ausländischen Frauen besteht kein „öffentliches Interesse". Ähnlich reagierte auch die betriebliche Interessenvertretung: sie setzte sich gegen den Prozeß und für einen „Verhandlungsweg" ein.

Das Argument war: „*Wenn die Frauen ihren Prozeß führen, dann werden alle Lohngruppen im Betrieb überprüft, und dann werden Männer runtergestuft*" (9).

Das Prinzip der Spaltung, das von den Kapitalisten eingesetzt wird, spiegelt sich auch unter den Arbeitern und Arbeiterinnen und ihren Interessenvertretungen wider.

Insgesamt hätte die Gewerkschaft und die gewerkschaftlichen Gremien sehr viel stärker die Aufgabe, sich den Forderungen der ausländischen Frauen anzunehmen und gegen deren Benachteiligungen aktiv zu werden.

Gesundheitliche und psychische Folgen

Es gibt meines Wissens keine brauchbaren Untersuchungen darüber, wie sich der Wechsel von der Türkei in die BRD, die hier erlebte Isolation, die Doppel- und Dreifachbelastung, der Druck sich anzupassen, die fehlenden Verständigungs- und Ausdrucksmöglichkeiten, die schlechte Arbeits- und Wohnsituation physisch und psychisch auf die türkischen Frauen auswirkt. Es gibt Vergleiche, in denen festgestellt wird, daß „ausländische Arbeitnehmer" häufiger krank sind als deutsche – und daß ausländische Frauen wiederum häufiger krank sind als ausländische

ausländische Frauen wiederum häu-

figer krank sind als ausländische Männer (44 % Frauen waren mehr als zehn Tage krank – gegenüber 38 % bei den Männern) (13).

Das drückt aber bei weitem nicht aus, in welchem Maße sich die anhaltenden körperlichen und seelischen Anspannungen auf die ausländische Frau auswirken, was sie langfristig bedeuten. Es handelt sich hier um eine im „gigantischen" Ausmaß von der kapitalistischen Gesellschaft betriebene psychische Gewaltanwendung gegen Frauen.

Phänomene dieser psychischen Gewalt sind häufige Kopfschmerzen, häufige Erkältungen als Ergebnis von geschwächter Widerstandskraft, Rükken- und Unterleibsschmerzen, Depressionen, Nervosität, Rheuma. Als Antwort auf die Frage nach bisherigen Krankheiten „*wurde Traurigkeit und Bedrückung fast ausschließlich von den Türken genannt*" (14).

Bei einer Untersuchung, die eine „*Planungsgruppe für Gesundheitsvorsorge*" beim Gesundheitsamt über die gesundheitliche Situation von Ausländerinnen und deren Kinder durchführte, wurden Ärzte, die in Ausländerwohngebieten praktizierten und Frauen befragt: „*Es zeigte sich, daß viele Krankheitsbefunde, die gehäuft auftreten, in direktem Zusammenhang mit der Wohn- und Arbeitssituation der türkischen Familien stehen. Die türkischen Frauen gaben dies allerdings erst an dritter Stelle...an. An erster Stelle rangierten für sie die alltäglichen Sorgen, mit denen sie im fremden Land nicht fertig werden. Sodann machen sie das von Allah gesandte Schicksal dafür verantwortlich, daß sie stärker als die vergleichbare deutsche Altersgruppe an Krankheiten der Atmungsorgane und an Rheuma leiden*" (15).

Ein besonderes Problem ist dabei die ärztliche Versorgung der Frauen. In der Türkei sind etwa nur 25 % der Bevölkerung krankenversichert, was zur Folge hat, daß nur im äußersten Notfall ein Arzt oder ein Krankenhaus aufgesucht wird. Den Frauen ist außerdem ein sehr viel stärkeres Schamgefühl anerzogen, was sie zusätzlich daran hindert, rechtzeitig einen Arzt aufzusuchen. Es ist ihnen unangenehm, sich vor einem fremden Mann auszuziehen oder gar noch berühren zu lassen. Deshalb geht auch der Bruder oder der Ehemann meist als „Kontrollinstanz" mit.

Die Distanz zu deutschen Ärzten ist noch größer, dazu kommen die Verständigungsprobleme bei der Beschreibung der Krankheitssymptome und bei der Behandlung. Auch die Angst davor, den Arbeitsplatz zu verlieren, gehört mit zu den Gründen, weshalb türkische Frauen oft zu spät zum Arzt gehen.

Mehr ausländische Krankenschwestern und Ärzte sind notwendig, um wenigstens geringfügig die Versorgung der Ausländer zu verbessern. Darauf wird in der BRD allerdings kaum Wert gelegt. In Bremen mußte ein türkischer Gynäkologe klagen, um als praktizierender Arzt anerkannt zu werden. Das war ihm zunächst verwehrt worden, mit der Begründung, „ *(man) müsse dabei von der Gesamtbevölkerung ausgehen und dürfe Deutsche und Türken nicht getrennt sehen. Das öffentliche Gesundheitswesen solle deutschen Ärzten vorbehalten bleiben, die Approbation ausländischer Ärzte sei nur gerechtfertigt, wenn es um unterversorgte Gebiete gehe*" (16). Dazu muß man wissen, daß in Bremen etwa 18 000 Türken leben, davon 7 500 Frauen; für sie gibt es keine Ärztin, die in ihrer Sprache spricht oder ihre Kultur kennt.

Diese Darstellung zeigt, wie notwendig es ist, daß die Situation der türkischen Frauen in der BRD endlich ins Bewußtsein (auch der linken) Öffentlichkeit rückt.

Auch wenn es letztlich immer die Betroffenen selber sind, die sich wehren müssen, so wäre es kaum sinnvoll, an diese Frauen den allgemeinen Anspruch zu stellen, sich zu emanzipieren:

Gerade bei dem Mangel an Information über die Lage der Türkinnen und an Einrichtungen in der BRD zur Unterstützung dieser Frauen bedeutet ja für sie jeder Schritt in Richtung Emanzipation und Widerstand eine ungeheure psychische Belastung und physische Gefährdung! Um die Möglichkeiten dieser Frauen zu erweitern, bedarf es vorrangig ganz konkreter Hilfsangebote.

Die Vergangenheit hat gezeigt, daß staatliche Institutionen nicht von sich aus initiativ werden, um etwas zur Verbesserung der Lage der türkischen Frauen zu unternehmen (an der sie im übrigen auch gar kein Interesse haben), und es ist nicht anzunehmen, daß sich daran in Zukunft – im Zuge der zu erwartenden Sparmaßnahmen gerade im Ausländerbereich – etwas ändern wird, es sei denn, es bildet sich auch in dieser Frage ein aktives Protestpotential. Es wäre insbesondere die Aufgabe von

Gewerkschaften, kommunalen Ein-

wäre insbesondere die Aufgabe von Gewerkschaften, kommunalen Einrichtungen und Initiativen, demokratischen und linken Verbänden und Organisationen, sich stärker als bisher für die Interessen der türkischen Frauen einzusetzen und so auf die Bildung eines solchen Potentials hinzuwirken.

Eine Genossin der AG Ausländer

Anmerkungen:

(1) vergl. Zahlenangaben in: „Die verkauften Bräute, Türkische Frauen zwischen Kreuzberg und Anatolien, von: A. Baumgartner-Karabak und G. Landesberger in rororo aktuell, Hamburg 1978.
(2) vergl. der Artikel in AK 196 vom 16.3. 81. Die Militärjunta in der Türkei zeigt Bestrebungen, das Brautgeld offiziell wieder einzuführen.
(3) a.a.O. „Die verkauften Bräute", S. 54/55.
(4) a.a.O., „Die verkauften Bräute", S. 60
(5) Die spezifische Situation der türkischen Frauen und Mädchen, die hier geboren bzw. aufgewachsen sind, muß als besonderes Problem behandelt werden und erfordert wohl einen extra Artikel.
(6) „Weiterentwicklung der Ausländerpolitik", Beschlüsse der Bundesregierung vom 19. März 1980, hier S. 20
(7) vergl. „Sonderdruck: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer Ende März 1980" aus „Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für die Arbeit" Nr. 12/1980 vom Dezember 1980.
(8) „FR", 4.5.1981 „Die Frauen enden kaputt. ‚Schrecklich' ".
(9) Die Prozeßdarstellung ist ebenfalls in dem „FR"-Artikel vom 4.5.1981
(10) a.a.O., „Die verkauften Bräute", S. 73
(11) „taz", 25.3.1981, „Türken-Leben in Berlin"; „... das Mädchen und den anderen Mann umbringen, um die Ehre zu retten ..."
(12) zu dem Fall „Nuriye Bekir" siehe: u.a. „Courage", Nov. 1980, „Emma", Juli 1980, „Emma", Dezember 1980, „taz", 7.10.80
(13) a.a.O., „Die verkauften Bräute", S. 99
(14) a.a.O., „Die verkauften Bräute", S. 89
(15) „Tagesspiegel" vom 1.2.1981, „Für die Wohnungssuche färbt Aise sich die Haare blond".
(16) nach „taz" vom 15.7.1980, vergl. auch „FR" vom 14.7.1980 und „FR" vom 18.7.1980.

Zur Verdeutlichung für die alte, in Traditionen befangene Rolle der Frau, hier die Geschichte der kurdischen Frau Berivan.

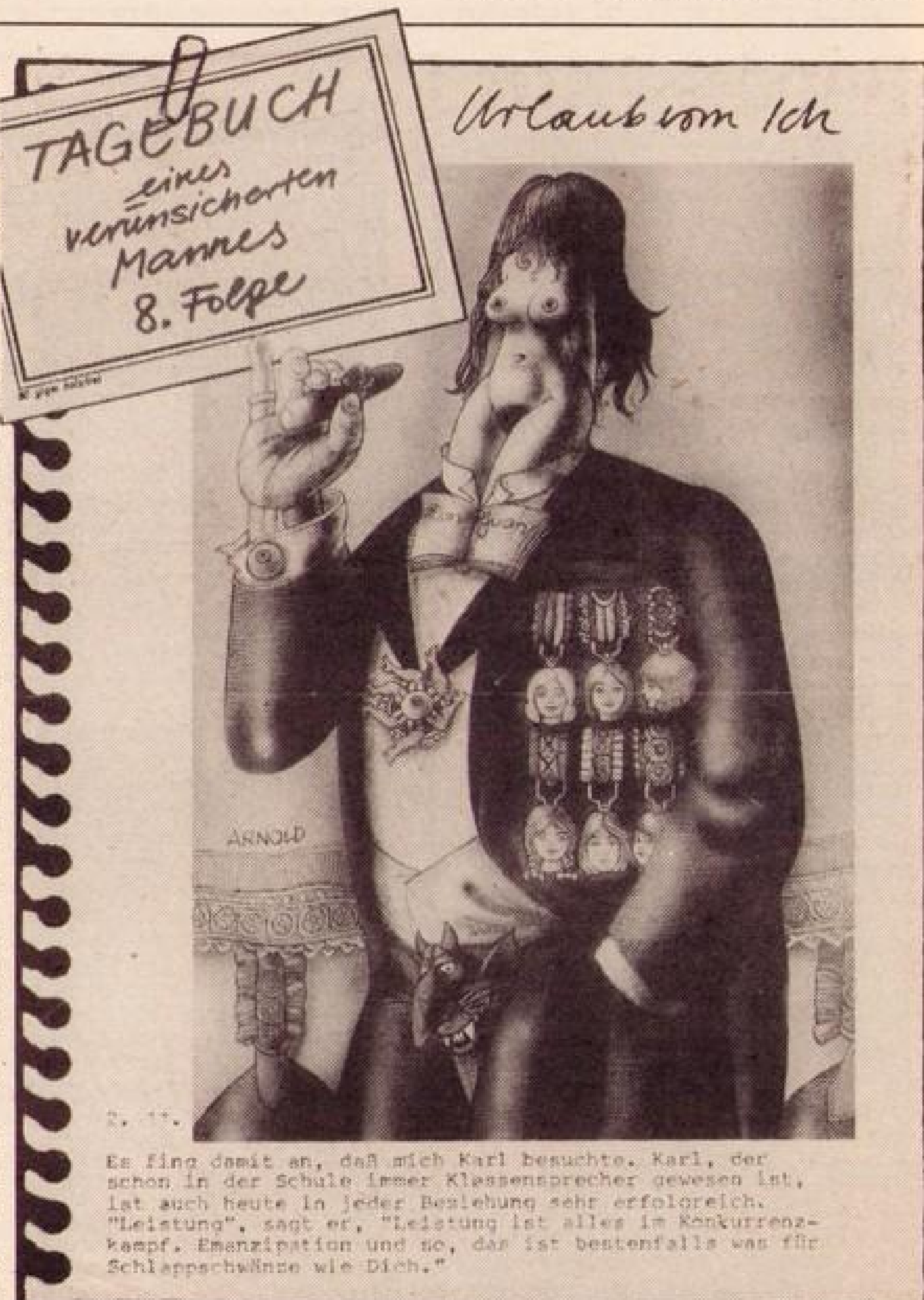
Die Darstellung ihres Schick-
kurdischen Frau Berivan.

Die Darstellung ihres Schicksals ist neben anderen einer der Kernpunkte in dem Film des türkischen Filmemachers Yilmaz Güney „Sürü" – „Die Herde".

Die Männer einer Familie haben ihre Schwester dem Mann einer anderen Familie, mit der sie verfehdet waren, zur Frau gegeben. Sie wollen damit ihren Friedenswillen bekunden. Der Patriarch, das Oberhaupt der Familie, in die sie hineinheiratet, verfügt über seine Familie wie über seine Schafherde. Er hat sie zwar als Schwiegertochter anerkannt und sich damit zum Frieden verpflichtet. Als sie aber kinderlos bleibt (sie erlebt eine Fehlgeburt, eine Totgeburt, ein Kind stirbt kurz nach der Geburt), verfolgt er sie mit seinem Haß und läßt auch die alte Fehde wieder aufleben. Trotz des Hasses des Patriarchen, dem Wiederaufleben des Krieges zwischen den Familien und ihrer Kinderlosigkeit geht sie nicht in ihre Familie zurück. Darüber verstummt sie. Ihre Sprachlosigkeit ist Ausdruck der Last, des Hasses, der Ausgeschlossenheit aus einer Gemeinschaft und der Aufgabe, für die sie erzogen ist.

In dem Film wird dann weiter über den vollständigen Zerfall der alten Ordnung berichtet: die Herde soll verkauft werden, auf dem Weg in die Stadt wird sie teilweise gestohlen, Teile der Tiere sterben, schließlich wird sie verramscht. Die Frau, die in der Hoffnung auf Heilung ihrer Stummheit mitgereist ist, stirbt in der Stadt. Die Söhne tauchen im Treiben der Großstadt unter – der Patriarch bleibt allein – als lächerliche Figur – zurück.

Anmerkung:
Die Filmerzählung „Sürü" – „Die Herde" von Yilmaz Güney ist erschienen beim „buntbuch-verlag", Hamburg 1980



Es fing damit an, daß mich Karl besuchte. Karl, der schon in der Schule immer Klassensprecher gewesen ist, ist auch heute in jeder Beziehung sehr erfolgreich. "Leistung", sagt er, "Leistung ist alles im Konkurrenzkampf. Emanzipation und so, das ist bestenfalls was für Schlappschwänze wie Dich."

Massenneurose

Ein 35-jähriger Frankfurter Rechtsanwalt wurde Ende Mai in zweiter Instanz vom Landgericht von der Anklage freigesprochen, eine 20-jährige Jurastudentin, die in seiner Kanzlei zur Aushilfe arbeitete, vergewaltigt zu haben. Worin sich dieser Freispruch von anderen unterscheidet, ist die Begründung. Während diese sonst i.a. darauf hinauslaufen, daß entweder gar nichts Ernsthaftes passiert sei, oder aber daß die Frau es eigentlich selbst gewollt oder provoziert oder jedenfalls nicht besser verdient hätte, stand in diesem Fall der Sachverhalt außer Frage. Der Anwalt war deswegen in erster Instanz auch schon zu zweieinhalb Jahren Knast verurteilt worden. Jetzt hieß die Begründung: **Der Angeklagte sei aufgrund einer „hochgradigen Neurose" nicht imstande gewesen, zu erkennen, daß die Studentin mit der Vergewaltigung nicht einverstanden war.** Ein psychiatrischer Gutachter bescheinigte ihm eine „narzistische Störung von erheblichem Krankheitswert" (Narzismus = Selbstliebe).

Das Urteil könnte richtungsweisend sein; ein Freibrief für alle Machos und Chauvis, die beseelt sind von ihrer eigenen Herrlichkeit und denen es nicht in den Kopf will, daß es Frauen geben könnte, die sich nicht wenigstens im tiefsten Innern wünschen, von so einem Supermann gebumst zu werden. Ach ja: Besagter Anwalt hat weiter keine Sanktionen zu befürchten, außer daß die Anwaltskammer in Zukunft eventuell dafür sorgen wird, daß er keine weiblichen Lehrlinge mehr ausbildet. Nach Feierabend kann er dann seiner Neurose wieder freien Lauf lassen.

Frauenzentrumstreffen

Vom 19. bis zum 21. Juni 1981 soll in Göttingen ein großes überregionales Frauenzentrumstreffen stattfinden. Die Frauen des Göttinger Zentrums laden dazu alle interessierten Frauen ein, auch wenn sie nicht in Zentren, sondern in anderen Frauengruppen zusammenkommen.

Die Anregung zu dem Treffen kommt aus dem Bedürfnis, Notwendigkeiten und Ziele der Zentren zu überdenken, und aus der Frage, ob und warum sie immer noch oder wieder für uns wichtig sind. Diskutiert werden sollen folgende Themenschwerpunkte:

1) Viele Frauenzentren existieren nicht mehr. Welches sind die möglichen Ursachen? Denkbar sind: Dominanz einzelner Frauen, Entstehung von Hierarchien, politische Differenzen, Druck von außen durch Kündigung, Finanzierungsschwierigkeiten, Diskriminierung durch Öffentlichkeit, fehlende Zusammenarbeit mit anderen örtlichen Frauengruppen.
2) Wie arbeiten die bestehenden Frauenzentren? Bestandsaufnahmen und Veränderungsmöglichkeiten.
3) Wie entstehen neue Frauenzentren? Welche Probleme ergeben sich bei Gründung und Weiterführung?
4) Brauchen Lesben ein Frauenzentrum – braucht das Frauenzentrum die Lesben?

Weitere Vorschläge können noch eingebracht werden.

Die Arbeitsgruppen finden in einem schönen alten Haus statt; für Samstagabend ist im Evangelischen Studentenheim ein großes Fest geplant. Für Unterbringung (Schlafsäcke mitbringen!) und Kinderbetreuung ist gesorgt, nur anmelden muß frau sich, und zwar schriftlich beim

**Frauenzentrum
Kurze Geismarstraße 24
34 Göttingen
Tel.: 0551/48267 (jeden Dienstag von 20 bis 22 Uhr).**

Wer sich anmeldet, soll bitte neben Name, Alter, Beruf angeben, wann sie ankommt, wie oft und wann sie übernachten will, besondere Wünsche bezüglich Unterbringung und Arbeitsthemen, ob sie ein Kind mitbringt, ob sie einem FZ angehört. Der Unkostenbeitrag beträgt für jede Frau DM 10,–.

(Da der Anmeldeschluß am 5.6.81 sein soll, dieser AK aber erst zum 9.6. erscheint, hoffen wir, daß Ausnahmen möglich sind. Die Säzzerinnen).

**Beginn des Treffens:
Freitag, den 19.6.81, 18.00 Uhr
Treffpunkt:
Frauenzentrum, Kurze Geismarstr. 24**

Betr.: „Der kleine Unterschied"

Alice Schwarzers Bestseller „Der kleine Unterschied" war vor mehreren Jahren Anlaß von Diskussionen im KB. Die Einschätzung, daß Alice Schwarzers Buch insgesamt eine eher desorientierende Stoßrichtung habe, stand gegen die Meinung, daß das Buch im Wesentlichen als positiver Beitrag zur Frauenfrage zu begreifen sei.

Diese Auseinandersetzung hat anläßlich der neuen Feminismus- Sozialismus - Diskussionen im KB ein Kreis von Essener Genossen und Genossinnen aufgegriffen und eine Broschüre zu dem Thema vorgelegt. Die Genossen und Genossinnen kommen zu der Schlußfolgerung, daß die damalige Kritik des KB an dem „Kleinen Unterschied" von ML-Dogmatismus geprägt gewesen sei.

Die Broschüre kann zum Preis von (voraussichtlich) 3 DM über die Kontaktaddresse der Essener KB-Gruppe bezogen werden.

Bundesweites § 218-Koordinationstreffen am 13./14. Juni

Das nächste bundesweite § 218-Koordinationstreffen findet am 13./14. Juni ab 14 Uhr im Frauenzentrum Neu-Isenburg (bei Frankfurt), Frankfurter Straße 125 (Hinterhaus) statt.

Es wäre toll, wenn dieses Treffen zu einem Erfahrungsaustausch und zu einer Diskussion von möglichst v i e l e n § 218- und Beratungsgruppen werden würde!

Eine ausführliche Diskussion der Perspektiven unserer weiteren Arbeit steht an. Voraussetzung dafür ist nach unseren Vorstellungen:

- Eine „Bestandsaufnahme" über die örtlichen und regionalen Aktivitäten und laufenden Diskussionen und deren Einschätzung.
- Austausch über die Beratungstätigkeit von § 218-Beratungsgruppen.
- Die Diskussion um die wieder stärker werdenden ideologischen Angriffe von rechten/klerikalen Kreisen gegen das Recht auf Abtreibung, vor allem um den Essener Schweigemarsch von 20.000 Katholiken.
- Diskussion über den Leserinnenbrief der Beratungsgruppen der Frauenzentren Frankfurt, Neu-Isenburg und Offenbach an den „Spiegel", in dem gegen die Gleichsetzung von „§ 218-Emanzen" mit „potentiellen Terroristinnen" protestiert wird.
- Bericht und Einschätzung: Wie läuft die bundesweite Koordination? Wie können örtliche und regionale Aktivitäten unterstützt werden?
- Diskussion der Überlegungen der einzelnen Gruppen über unsere eventuelle Beteiligung an der ICASC und Beschluß, ob wir als bundesweite Koordination eintreten wollen.

Dies ist unser vorläufiger Vorschlag für die Diskussion.

Die Neu-Isenburger Beratungsfrauen



Frauenüberraschung gegen Waffenschau

Wildeshausen, Sonntag, d. 24.5.: Tag der Offenen Tür in der Kaserne; Waffenschau, so richtig was für den „technisch interessierten Mann" und für die „kleinen Soldaten von morgen" – doch eins paßte nicht ins Militaristenshow-Bild: Ca. 20 Frauen öffneten ihre Handtaschen und zogen Transparente hervor. Plötzlich konnte man/frau zwischen Panzern, Soldaten und Hubschraubern Antikriegsparolen lesen: „Wir machen euern Krieg nicht mit!" – „Den nächsten Krieg überlebt keiner!" – „Wir wollen keine Kriege lindern – sondern sie verhindern!" – „Nach diesem Krieg gibt's nicht mal mehr Trümmerfrauen!" – „Abrüstung sofort! Frauen in die Bundeswehr – wir sagen nein!" – „Keine Atomraketen in Europa!" – „Frieden schaffen ohne Waffen!" – „Kinderkrippen statt Kasernen!"

Die Wildeshauser staunten nicht schlecht, so harmlos aussehende Frauen und dann so was!

Klar, daß viele „Waffenliebhaber" pöbelten. Die Frauen sollten sich lieber an den Kochtopf scheren, das war noch der harmloseste Spruch. Klar, daß die Bundeswehr von ihrem Hausrecht Gebrauch machte: Über Lautsprecher wurden die Frauen aufgefordert, das Gelände sofort zu verlassen. Als die Einkreisung durch Feldjäger begann, zogen sie langsam mit offenen Transparenten wie 'ne kleine Demo vom Gelände und protestierten vor dem Kasernentor mit Singen und Parolerufen noch eine halbe Stunde weiter gegen die Kriegsverherrlichung.

Die Aktion der Frauen vom Bremer „Frauenbündnis gegen Krieg und Militarismus – für Frieden" erzielte den totalen Überraschungseffekt und ist darum so gut gelungen, sogar der Bremer „Weserkurier" berichtete darüber.

Eine Genossin der AG Frauen Bremen

Foto: Anne Vaillant

„Wir entscheiden doch selbst" – unter dieser Parole demonstrierten am 16.5., dem Internationalen Tag zur Freigabe der Abtreibung, rund 2.000 Frauen im erzkatholischen Maastricht. Dieser Ort in den Südniederlanden war mit Bedacht gewählt worden: *„Bis vor kurzem konnten die christdemokratischen Notabeln und die katholische Kirche unter der Regie von Bischof Gijsen ruhig schlafen,"* sagte eine Frau von „Wij Vrouwen Eisen", *„denn es schien in den Südniederlanden wenige Frauen zu geben, die aus der Bevormundung durch die katholische Kirche raus wollten. Nach jahrelangem versecktem und individuellem Widerstand gibt es jedoch seit einiger Zeit auch hier eine Anzahl aktiver ‚Wij Vrouwen Eisen'-Komitees. Auch hier kann man nicht mehr darüber hinwegsehen, daß wir öffentlich das Recht einfordern, selbst über unsere Körper und unsere Fruchtbarkeit zu entscheiden."*

Die zentrale Parole in Maastricht war, wie auch in den anderen Ländern: „Für das Recht auf freie Abtreibung, Verhütungsmittel und gegen Zwangssterilisation". Im Mittelpunkt der Kundgebung stand die Solidarität mit jenen spanischen Frauen, die im Gefängnis sitzen, weil sie selbst abgetrieben oder dabei geholfen haben. In einer Resolution wurde die spanische Justiz aufgefordert, alle laufenden Verfahren sofort einzustellen.

An zwei Grenzübergängen zur BRD wurden Aktionen zur Solidarität mit den westdeutschen Frauen durchgeführt, die nach Verabschiedung der Abtreibungs„reform" in den Niederlanden nun auch der fünftägigen „Bedenkzeit" unterliegen (s. AK 201). Teils wurde den Frauen der Zugang zur BRD verweigert, teils wurden sie von niederländischen Zöllnern aus dem Grenzgebiet weggeschickt, als sie mit westdeutschen Frauen, die die Grenze überschritten, ein Gespräch anfangen wollten.

Die Abtreibungs„reform", die Ende April über die letzte parlamentarische Hürde gequält worden ist, wurde von den niederländischen Frauen als *„Mißgeburt"* bezeichnet. Dies Gesetz werde an der bestehenden Praxis faktisch legaler Abtreibung nichts ändern und habe lediglich den Effekt, *„am laufenden Band Übertretungen herauszufordern"*.

Niederlande-Kommission

Da staunt die Kommunistin

Mangelnde Einsatzbereitschaft für das realsozialistische Vaterland und Disziplinverstöße gibt es auch in der DDR-Armee. DDR-Generalmajor Heinz Exner hat jetzt jedoch die Erklärung gefunden: der unglücklich verliebte Soldat ist aufsässiger als der glücklich verliebte! Ganz klar auch, warum: *„Der Soldat, der sein Mädchen oder seine Frau liebe, (möchte sich) vor ihr beweisen"*. Beflügelt von den bewundernd zu ihm aufblickenden Augen seiner Maid wird er zu „Höchstleistungen" angespornt und versieht *„seinen Dienst im allgemeinen mit einem sehr hohen Verantwortungsbewußtsein"*.

Frau bedenke, welche Verantwortung für die Schlagkraft der Armee auf den Schultern der Frauen ruht. Eine noch schwerere Bürde tragen selbstverständlich die Offiziersfrauen. Sie müssen sich nämlich *„mit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung und der Politik der DDR identifizieren, um den Beruf ihres Mannes zu verstehen"*.

Da scheint es jedoch tatsächlich so ein paar Aufmüpfige zu geben, die gar nicht sehen, welche staatstragende Rolle sie als aufopfernde Gattin einnehmen, denn Generalmajor Exner schließt mit dem Rat: *„Wenn die Anschauungen nicht übereinstimmten, dann sei es auf jeden Fall besser, sich vor dem Eintritt in den Beruf des Soldaten zu trennen, als die Ausbildung mit unvermeidbaren Konflikten zu belasten"*.
Es lebe die proletarische Ehe!
Nur mit der proletarischen Offiziersgattin wird der Sozialismus siegen!
(alle Zitate aus FAZ, 14.5.81)

AG Frauen
KB/Gruppe Göttingen

Zweites Vorbereitungstreffen für eine feministisch-sozialistische Frauenkonferenz

Ca. 40 Frauen – darunter auch viele neue Frauen – kamen am 30./31.5. zum 2. Vorbereitungstreffen für eine Feministisch-Sozialistische Frauenkonferenz (auf diesen Namen einigte frau sich während des Treffens) nach Köln. Örtliche Vorbereitungsgruppen gibt es mittlerweile in West-Berlin, Düsseldorf, Duisburg, Bochum und Hamburg. Die Gruppen sind jedoch bislang alle noch in der Phase des Sichkennenlernens; z.T. ist es noch recht unklar, ob sie ein konkretes Thema für die Konferenz vorbereiten wollen oder ihren Schwerpunkt auf einen örtlichen Erfahrungsaustausch legen.

In den Arbeitsgruppen wurde diesmal recht unterschiedlich diskutiert. In einer Gruppe wurde, ausgehend von den Erfahrungen einer Westberliner Häuserkämpferin, sehr intensiv über die „Gewaltfrage" diskutiert: einerseits zu erkennen, daß ein militantes Vorgehen gegen die Bullen notwendig sein kann, sich selbst das aber nicht zuzutrauen; andererseits aber auch neue Kampfformen zu suchen und dabei oft von den „militanteren" Männern nicht ernst genommen zu werden.

In einer anderen AG wurde v.a. über die Frage diskutiert, wie wir uns eine sozialistische Utopie vorstellen. Dabei ging es im wesentlichen um die Frage, ob wir in einer sozialistischen Gesellschaft überhaupt die Vergesellschaftung der Hausarbeit wollen, ob dadurch nicht vielmehr eine noch größere Anonymität geschaffen wird.

Die dritte AG diskutierte am Konkretesten über eine Fem.-Soz. Frauenkonferenz. Ihre Vorschläge wurden dann auch im großen und ganzen vom Plenum unterstützt. Auf jeden Fall soll eine zentrale Veranstaltung zur Kriegsgefahr stattfinden, zu der u.a. Helen Caldicott eingeladen werden soll.

Ansonsten soll es zu den verschiedensten Themen AGs geben. Zu den folgenden Themen haben sich schon Frauen bereit erklärt, für das nächste Treffen kurze Papiere zu erstellen:

- Frau und Beruf;
- sozialistisch-feministische Utopien;
- historischer Zusammenhang zwischen bürgerlicher Gesellschaft und Frauenemanzipation;
- mündliche Geschichte (der neuen Frauenbewegung);
- welche Perspektiven bietet die marxistische Strategie zur Frauenbefreiung, welche Probleme sind nicht erfaßt, die vom Feminismus aufgegriffen werden? Welche Anteile der Frauenunterdrückung reproduzieren wir selbst?
- Frauen und Ökologie, welchen Beitrag können Frauen zur Verhinderung einer Umweltkatastrophe leisten?
- Kriegsgefahr, wie werden Frauen in die Kriegsvorbereitungen einbezogen? Sind Männer schuld an Kriegen? Feministische Strategien zur Kriegsverhinderung?

Darüberhinaus kann frau natürlich jederzeit noch weitere Themen bearbeiten.

Das nächste Vorbereitungstreffen wird am 10./11.Oktober in Bochum stattfinden. Für die Konferenz selbst ist noch kein fester Termin vereinbart worden, geplant ist jedoch März/April 1982.

Wer Interesse an weiteren Informationen hat bzw. selbst Papiere für das nächste Treffen vorbereiten will, kann diese bis zum 1. September an Ellen Diedrich, SB, Postfach 591, Ludwigstr. 33, 6050 Offenbach schicken.

Bleibt noch zu erwähnen, daß bei dem Abschlußplenum einstimmig eine Solidaritätserklärung mit den 5 in Koblenz verhafteten Frauen verabschiedet wurde.

Pa., KB Göttingen

Solidaritätserklärung

In der Nacht vom 16. zum 17.4. wurden 5 Frauen, die ihren Osterurlaub an der Mosel verbrachten, in Koblenz verhaftet. Am 16. war der Tod von Sigurd Debus bekanntgegeben worden. Die Frauen hatten sich „erlaubt", nachts ohne männliche Begleitung auf der Straße zu sein; mehrere 100 m entfernt von gesprühten Parolen gegen die Haftbedingungen der RAF-Gefangenen wurden sie mit der Frage verhaftet: „Was machen 5 Frauen um diese Zeit allein auf der Straße?"

Der bloße Verdacht des Parolensprühens reichte aus, um den Frauen „Werbung für eine terroristische Vereinigung" vorzuwerfen und sie 2 Tage lang unter schikanösen Bedingungen zu inhaftieren: Beschlagnahmung der Kleidung und sämtlicher privater Gegenstände, Einzelhaft, kein Hofgang, Hausdurchsuchungen bei ihnen und ihren Verwandten, um nur einige Beispiele zu nennen. Nach 2 Tagen wurden die Haftbefehle gegen Auflagen, d.h. Abgabe des Personalausweises und 2mal wöchentliches Melden bei der Polizei, ausgesetzt.

Alle 5 Frauen sind in der Frauenbewegung engagiert. Bereits das zufällige Stehen in der Nähe von politischen Parolen nimmt die Polizei zum Vorwand, jede politische Aktivität von Frauen zu kriminalisieren und Frauen einzuschüchtern. Sie findet dabei tatkräftige Unterstützung von der Presse und den Medien: Allein das Zusenden eines Frauenkalenders an politische Gefangene reicht aus, frau zur RAF-Sympathisantin zu erklären.

Bereits seit Wochen müssen wir erleben, wie jedes humanitäre Eintreten für die Verbesserung der Haftbedingungen der politischen Gefangenen kriminalisiert wird. Kriminell sind Äußerungen wie „Wir trauern um Sigurd Debus" und Forderungen nach menschlichen Haftbedingungen; nicht kriminell sind Äußerungen wie „Sollen die doch alle verrecken" oder „Die sollte man alle vergasen".

Wir, die Teilnehmerinnen des 2. Vorbereitungstreffens für eine Feministisch-Sozialistische Frauenkonferenz, wehren uns gegen die immer unerträglicher werdenden Einschüchterungen und Kriminalisierungen jeglichen politischen Widerstandes. Wir erklären uns solidarisch mit den 5 Frauen!

Wir fordern Aufhebung der 5 Haftbefehle und Strafverfahren gegen die in Koblenz verhafteten Frauen!
(ebenfalls verschickt an Emma, Courage, Neue, Taz).

Frauenfriedensmarsch wird vorbereitet

Mitten in der Vorbereitung stecken mittlerweile auch in der BRD die Unterstützerinnen des Frauenfriedensmarsches. Der Marsch, der am 21. Juni in Kopenhagen beginnt und in 45 Tagen über Holland, Belgien nach Paris geht, berührt in der BRD 3 größere Städte: Kiel am 28. Juni, Bremen am 5. Juli und Münster am 11. Juli. Vor allem für die norddeutsche Friedensbewegung ist der Frauenmarsch also interessant.

Ausgangspunkt für die skandinavischen Initiatorinnen ist die Forderung: „Für ein atomwaffenfreies Europa – von Polen bis Portugal" und der Aufruf der Russell-Peace-Foundation. In Skandinavien sollen in Verbindung mit dem Friedensmarsch Unterschriften für ein atomwaffenfreies Skandinavien gesammelt werden. Den Unterstützern in anderen Ländern wird allerdings offengelassen, ob sie mit dem Aufruf arbeiten. Die Idee ist, durch den internationalen Charakter des Frauen-Friedensmarsches deutlich zu machen: Wir arbeiten zusammen gegen die Atomkriegsgefahr und werden in unseren jeweiligen Ländern alles tun, um die Menschen wachzurütteln. Die Frauen werden dabei die Avantgarde sein (60 - 80 skandinavische Frauen bilden die Kerngruppe), zu den Unterstützern und Mitläufern gehören aber auch gemischte Gruppen und politische Organisationen. Während des Marsches können/sollen in den grösseren Städten Kundgebungen, Veranstaltungen, Feste stattfinden, phantasievolle Aktionen an Atomwaffenstützpunkten sind denkbar, Straßentheater auf den Dörfern unterwegs ist geplant... Der Marsch

phantasievolle Aktionen an Atomwaffenstützpunkten sind denkbar, Straßentheater auf den Dörfern unterwegs ist geplant... Der Marsch

soll so bekannt und so bunt wie möglich werden. Größere bis sehr große Aktionen/Manifestationen usw. sind in Brüssel und Paris vorgesehen. Z.Z. wird versucht, Simone de Beauvoir, Jean Baez, Admiral Sanguinetti, Sean McBright u.ä. für eine Beteiligung in Paris zu gewinnen. Der Abschluß und Höhepunkt des Frauenfriedensmarsches in Paris ist bewußt auf den 6. - 9. August gelegt worden, um anläßlich der 35. Wiederkehr des Atombombenabwurfs auf Hiroshima und Nagasaki besonders deutlich zu machen: Weil wir das Verbrechen in Hiroshima nicht vergessen haben, wehren wir uns ganz entschlossen gegen einen neuen Atomkrieg! Bisher wird der Frauenfriedensmarsch vor allem von Frauengruppen und pazifistischen Organisationen unterstützt. In Norwegen z. B. arbeiten im Unterstützerkomitee mit: Norwegisches Friedenskomitee, War resister's international, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Frauen für den Frieden, Nein zu Atomwaffen, Abrüstungsgruppe des Bundes der Umweltschützer. Die Skandinavierinnen rechnen übrigens mit 2000 „Mitläufern"!

Für die BRD sieht die Vorbereitung bisher so aus: In Kiel hat sich auf Initiative der ESG ein Unterstützerkreis zusammengefunden, in dem verschiedene Frauengruppen und Friedensorganisationen (u.a. DFG/VK, Friedenswerkstatt, DFU) zusammenarbeiten. Sie planen für den 28. Juni Kundgebungen mit Straßentheater, Singegruppen und bekannten Redner(inne)n in Kiel, kümmern sich aber auch um Unterkunft und Verpflegung in den Dörfern bis Itzehoe. In Bremen ging die Initiative vom Frauenbündnis gegen Krieg und Militarismus aus und es gibt mittlerweile einen recht großen Kreis von Frauengruppen, unorganisierten Frauen, kirchlichen Gruppen, Friedensgruppen (DFU, DFG/VK, Arbeitskreis Friedenspolitik...), Jusos, Judos, DKP, KB usw. Es gibt schon viele gute Ideen und Planungen, was im Vorfeld und am 4./5. Juli zusammen mit einer Demo, Fest usw. alles passieren soll (u.a. ist von der Mediengruppe eine Multimedia-Show zum Thema Krieg in Vorbereitung). Probleme gibt es allerdings noch mit der Unterbringung, insbesondere auf den Dörfern (Ferien!) und mit der Route (zu große Strekken).

In Münster bildet sich auch gerade ein Unterstützerkreis aus verschiedenen Frauengruppen wie DFI, Frauenzentrum, ASTA-Frauenreferat usw. der Friedensinitiative Münster (Zusammenschluß von sehr unterschiedlichen Friedensgruppen).

Außerdem wird der Frauenmarsch von den Hamburger Frauen gegen Krieg und Militarismus unterstützt, u.a. mit einer extra dazu gegründeten Theatergruppe. Interessant ist, daß die DKP bzw. DKP-nahe Gruppen mit zum Frauenfriedensmarsch auf-

u.a. mit einer extra dazu gegründeten Theatergruppe. Interessant ist, daß die DKP bzw. DKP-nahe Gruppen mit zum Frauenfriedensmarsch auf-

rufen wollen (trotz scharfer Ablehnung des Russell-Aufrufs) und der Forderung „Für ein atomwaffenfreies West- und Osteuropa" zustimmen.

Insgesamt halte ich den Frauenfriedensmarsch für eine sehr unterstützenswerte internationale Initiative. Allerdings müssen noch eine ganze Reihe von Problemen gelöst werden: Übernachtungsmöglichkeiten für mehrere hundert bzw. gar tausend Menschen zu besorgen, ist besonders in den kleinen Orten ganz schwierig, die Leute müssen verpflegt werden, es gibt eine Reihe von polizeilichen Auflagen für solche „Aufzüge" (s. auch Anachronistischer Zug) und vor allem fehlt Geld. Hier noch einmal die Kontaktadressen:

ESG, Wetring 385, 23 Kiel 1
Michaela v. Freyhold, Rückertstr. 27, 28 Bremen
Lisa Janssen, Oberschlesierstr. 72, 44 Münster

Am 31.5. findet in Bremen ein Koordinationstreffen aller BRD-Unterstützergruppen statt, im Klöntje, Lahnstr. 31 um 13.00 Uhr.

Eine Genossin der AG Frauen Bremen

Vorläufige Marschroute

21.6.	Kopenhagen	km	17.7.	Venraij-Eindhoven	33 km
	Bertrand-Russel-Tag		18.	E.-Lommel	30
22.6.	Kopenh.-Roskilde	32	19.	L.-Geel	25
23.	R.-Ringsted	32	20.	G.-Aarschot	25
24.	R.-Slagelse	31	21.	A.-Leuven	30
25.	S.-Korsor	18	22.	L.-Brüssel	10
26.	Lohals-Spodsberg	30			
27.	S.-Bagenkop	25	23.	Brüssel	
			24.	Brüssel	
28.	Kiel				
			25.	B.-Tubize	25
29.	K.-Nortorf	28	26.	T.-Mons	33
30.	N.-Itzehoe	37	27.	Mons-Bavay	23
1.7.	I.-Glückstadt-Fähre	24	28.	B.-Landrecies	26
2.	Wischhafen-Armsdorf	34	29.	L.-Guise	26
3.	A.-Kuhstedt	29	30.	G.-Vendeuil	30
4.	K.-Vegesack (Bremen)	32	31.	V.-Noyon	33
5.	Bremen		1.8.	Noyon	
6.	Vegesack-Wildeshausen	35	2.	Noyon-Compiegne	23
7.	W.-Lohne	34	3.	C.-Senlis	32
8.	L.-Bramsche	35	4.	S.-Paris Nord	28
9.	B.-Lengerich	33	5.	P. Nord-Paris	17
10.	L.-Münster	36			
			6.	Paris	
11.	Münster		7.	Paris	
			8.	Paris Friedensfestival	
12.	Münster-Dülmen	29	9.	Paris	
13.	D.-Rhade	28			
14.	R.-Wesel	32			
15.	W.-Kevelaer	32			
16.	K.-Grenze-Venraij (NL)	25		1.122 km in 45 Tagen	

Kontaktadresse: Wenche Sorangr, Pilestredet 36, N–Oslo 1, Tel. 02/200689

Sachverständige im Schmücker-Prozeß: Zustand von Ilse Schwipper lebensbedrohlich!

Nachdem zu Beginn des Prozesses um die Erschießung Ulrich Schmückers der Gutachter Prof. Cabanis die Haftverschonung Ilse Schwippers (nach fast sieben Jahren U-Haft!) für „medizinisch zweifellos indiziert" gehalten hatte, ein entsprechender Antrag aber abgelehnt worden war, wurde am achten Verhandlungstag (2.6.) nun auch die akute Lebensgefahr für Ilse festgestellt und aktenkundig. Ein neuer Haftverschonungsantrag wurde gestellt.



Die vom Gericht bestellte und während der Verhandlung ständig anwesende Nervenärztin des Haftkrankenhauses Moabit, Frau Dr. Barth, bestätigte als Sachverständige Zeugin noch einmal die von Prof. Cabanis dargelegten gesundheitlichen Haftschäden, die allein schon die sofortige Haftverschonung für Ilse zur Folge haben müßten (s. AK 202).

Frau Dr. Barth stellte aber darüber hinaus fest, daß Ilse inzwischen *„in höchstem Maße selbstmordgefährdet"* sei, da sie nicht mehr in der Lage sei, ihre Situation und ihren Gesundheitszustand nach bald sieben Jahren U-Haft (davon dreieinhalb Jahre Isolation!) zu ertragen. Der Gesundheitszustand von Ilse sei der einer Schwerkranken.

Die Anwälte Ilses stellten nach dieser Zeugenvernehmung einen neuen Antrag auf sofortige Haftverschonung; eine dreiviertel Stunde stellten sie dar, wie in den letzten Jahren systematisch versucht wurde, Ilse kaputt zu machen mit tagtäglichen Schikanen, mit jahrelanger Isolation und 1979 sogar mit der Drohung, sie nach Lübeck in den dortigen „toten Trakt" zu verlegen, wenn sie sich nicht öffentlich von Gewalt distanziere: *„Frau Schwipper hat sich in einem mehr als sechs Jahre andauernden Kampf gegen den drohenden Zusammenbruch ihrer Person gewehrt. Dieser Kampf ist nun in einem Stadium, in dem es um Leben und Tod von Frau Schwipper geht ... Angesichts einer medizinisch indizierten Haftentlassung machen wir das Gericht dafür verantwortlich, wenn Frau Schwipper diesen Prozeß nicht überlebt"* (aus dem Haftverschonungsantrag).

Die Verteidiger erinnerten in diesem Zusammenhang *„an die Haftentscheidungen deutscher Gerichte gegenüber Angeklagten, die sich wegen nationalsozialistischer Gewalttaten zu verantworten hatten. In einem vom Oberlandesgericht Hamm im Jahre 1970 entschiedenen Fall war ein Verfahren gegen einen SS-Obersturmbannführer wegen Mordes unter anderem deshalb eingestellt worden, weil das Reizwort ‚Mord' eine lebensgefährliche Blutdrucksteigerung bewirkt habe"* („Tagesspiegel", 3.6.81).

Die Staatsanwaltschaft hatte die nicht zu überbietende Unverschämtheit, sich über die *„Langatmigkeit"* des Haftverschonungsantrages zu beklagen, der nicht zu verlesen gewesen wäre, da in der Hauptverhandlung allein die Frage der angeblich (gegebenen) Verhandlungsunfähigkeit interessiere. *„Rein vorsorglich"* beantragte sie die Ablehnung des Antrages, da es Ilse Schwipper ja inzwischen besser ginge als in den letzten Tagen und eine akute Selbstmordgefahr nicht mehr bestünde. Dabei berief sich der Staatsanwalt perfiderweise auf Frau Dr. Barth, die gesagt hatte, daß der Zustand von Ilse in der Nacht von Donnerstag auf Freitag ganz besonders schlimm und erschreckend gewesen sei und Ilse kurz davor war, sich das Leben zu nehmen.

Die Anwälte beantragten daraufhin die Ergänzung der Staatsanwaltschaft um einen Vertreter, der *„in der Lage ist, medizinische Gutachten angemessen zu würdigen, statt sie in ihr Gegenteil zu verkehren"*.

Das Gericht muß dem Haftverschonungsantrag stattgeben, will es den Tod von Ilse Schwipper nicht billigend in Kauf nehmen.

Überlebt Ilse das siebente Jahr U-Haft und den dritten Schmücker-Prozeß nicht, sind uns die Mörder bekannt!

Antirepressionskommission des KB/Westberlin

»...ist der Selbstmord zum Mord

»...ist der Selbstmord zum Mord geworden«

Die renommierte niederländische Coornheert-Liga, eine Vereinigung für Strafrechtsreform, gab mit Datum vom 24.4.81 die folgende Meldung an die Presse:

„Nachdem in dem berüchtigten Maze-Gefängnis in Nord-Irland Robert Sands im Sterben gelegen hatte und in Westdeutschland Sigurd Debus nach einem Hungerstreik gestorben war, ist die Coornheert-Liga der Meinung, daß die niederländischen Behörden nicht länger unberührt dem zusehen dürfen, was jenseits unserer Grenzen in befreundeten EG-Ländern geschieht.

Die Liga, eine nationale Vereinigung für Strafrechtsreform, ist ernsthaft beunruhigt über die starre Haltung der westdeutschen und englischen Behörden gegenüber dem Hungerstreik Inhaftierter, die dieses einzige und letzte Mittel des Protestes gegen ein von ihnen als unmenschlich erfahrenes Strafverfahren gebrauchen.

Was den Tod von Sigurd Debus so erschütternd macht, ist, daß die westdeutschen Behörden bis zu seinem Tod in keinerlei Weise auf die von den gefangenen RAF-Mitgliedern u.a. gestellten Forderungen haben eingehen wollen, wovon zumindest die Forderung nach größerer Kommunikation untereinander gerechtfertigt erscheint."

Die Coornheert-Liga verweist auf das Memorandum von Amnesty International bezüglich der Haftsituation der politischen Gefangenen und die Feststellung des Psychiaters Prof. Dr. W. Rasch, daß eine Zusammenlegung in Gruppen von 15 oder 20 Gefangenen schon aus „Erwägungen des Überlebens" eine „Minimalforderung" ist. Es heißt weiter im Pressebericht:

„In gutem Vertrauen auf eine humane Behandlung haben die Niederlande seinerzeit drei RAF-Mitglieder an Westdeutschland ausgeliefert (Knut Folkerts, Christoph Wackernagel, Gert Schneider – Anm. AK). *Obwohl von den niederländischen Behörden erwartet werden kann, daß sie über die Verletzung der Menschenrechte bei den westdeutschen Isolationssystemen informiert waren, haben sie es unterlassen, ihrer Besorgnis offiziell Ausdruck zu verleihen.*

Die Coornheert-Liga fragt sich, ob diese Zurückhaltung nicht von derselben Art ist, wie sie hierzulande hinsichtlich der sich entwickelnden Kritik gegenüber den hier geltenden strengen Isolationsmaßnahmen gewahrt wird. (...)

Es sei daran erinnert, daß der niederländische Staatssekretär für Justiz 1978 Möglichkeiten der Kommunikation für die hier inhaftierten RAF-Mitglieder geschaffen hat, die daraufhin prompt ihren Hungerstreik beendet haben.

Auch unabhängig von den gegenwärtigen Hungerstreikaktionen jenseits unserer Grenzen verweist die Coornheert-Liga darauf, daß in einem Strafsystem, in dem die Freiheitsstrafe im Mittelpunkt steht, der Hungerstreik als einziges Mittel des Protestes verbleibt, wenn alle formellen Rechtsmittel ausgeschöpft sind. Selbstzerstörung ist das einzige, womit ein Gefangener dann noch die Aufmerksamkeit auf seine Situation ziehen kann. Die Reaktion der Behörden hat dann solcher Art zu sein, daß auf die gestellten Forderungen, soweit diese nur einigermaßen gerechtfertigt genannt werden können, in Verhandlungen eingegangen wird.

Die Coornheert-Liga ist der Meinung, daß in diesem Fall namentlich die Forderung nach der Kommunikation untereinander vernünftig ist und macht die westdeutschen Behörden aufgrund ihrer entschiedenen Verweigerung von Verhandlungen verantwortlich für den Tod des Hungerstreikers. Insofern ist der Selbstmord zum Mord geworden.

Die Coornheert-Liga fordert die niederländischen Behörden auf, daß die Haftsituation der von den Niederlanden ausgelieferten RAF-Mitglieder Folkerts, Wackernagl und Schneider von ihnen zu deren Gunsten beeinflußt wird."

Coornheert-Liga
– vereniging voor strafrechther-vorming –
postbus 13 080
NL – 3507 ZB Utrecht

(Übersetzung ins Deutsche: Niederlande-Kommission)

Gefangenen-Selbsthilfe in Heidelberg gegründet

Im Januar 81 entstand die „Gefangenenselbsthilfe Heidelberg – Mannheim". Diese aus derzeit Einsitzenden und draußen lebenden bestehende Gruppe hat es sich zur Aufgabe gemacht, sich um die Probleme der sozialen Gefangenen im süddeutschen Raum zu kümmern. Geplant ist die Herausgabe einer Zeitung sowie medizinische und juristische Hilfe für Gefangene. Es soll aber auch eine konkrete Betreuungsarbeit geleistet werden, wobei man sich aber strikt von bestehenden caritativen Organisationen abgrenzt und ein radikal-demokratisches Grundverständnis hat.

Nähere Informationen sind zu erhalten über:
Rolf Ficker, Oberbadgasse 10, 69 Heidelberg; Treffpunkt jeden Dienstag, 20 Uhr bei dieser Adresse.

»Deutschlandtreffen« der NPD am 17. Juni – Nun doch in Hamburg?

Nachdem es in den letzten Wochen ein reichliches Verwirrspiel der NPD um den Ort ihres diesjährigen Versuchs, nach drei Mißerfolgen nun doch ein „Deutschlandtreffen" am 17. Juni abzuhalten, gegeben hat, hat die NPD sich in ihrer Parteizeitung „Deutsche Stimme" öffentlich nach Hamburg orientiert.

Die öffentliche Mobilisierung nach Hamburg hat die NPD zu einem Zeitpunkt eingeleitet, als sie schon wußte, daß ihr erster Antrag auf den Kundgebungsort Hamburg/Moorweide abgelehnt war. Begründung dieser ersten Ablehnung seitens der Stadt war allerdings nicht der faschistische Charakter der Veranstaltung, sondern schlicht die Tatsache, daß angesichts des gleichzeitig stattfindenden Kirchentags für diese Woche und zumindest den gesamten Hamburger Innenstadtbereich ein allgemeines Demonstrations- und Kundgebungsverbot außerhalb des Kirchentags praktiziert wird.

Anscheinend sah die NPD angesichts dieser windelweichen Begründung eine reelle Chance, ihr Treffen doch noch genehmigt zu bekommen.

Gleichzeitig hat die NPD ihre Anhänger darauf hingewiesen, daß eine kurzfristige Umorientierung nötig werden könnte. Anmeldungen für das Deutschlandtreffen werden zentral gesammelt, und NPD-Mitglieder (Angabe der Mitgliedsnummer ist bei der Anmeldung obligatorisch) sollen wohl zu mehreren Treffpunkten gelotst werden, von denen aus sie dann zum Ort des Geschehens dirigiert werden.

Als Ausweichmöglichkeiten für die NPD sind bisher Anmeldungen in Philipsthal (hier gibt es ein Verbot durch den Landrat), Friedland bei Göttingen, „Deutsches Eck" am Rhein bei Koblenz, Husum, Rendsburg und ein Ort in Dithmarschen/Holstein im Gespräch. Weitere provisorische Anmeldungen seitens der NPD wird es mit Sicherheit noch geben, so daß dementsprechende Aktivitäten von antifaschistischer Seite in ganz Norddeutschland dringend geboten sind.

Inzwischen haben sich die Chancen der NPD, nach Hamburg zu kommen, in den letzten Tagen entschieden verschlechtert. Wäre es sowieso ein annähernd aussichtsloses Unterfangen gewesen, angesichts starker linker Beteiligung am Kirchentag ein Treffen in Hamburg zu unternehmen, so hat nun auch der Innensenator Pawelczyk öffentlich ein Verbot der NPD-Kundgebung für Hamburg angekündigt. Angesichts des jüngsten Nazi-Mordes in Hamburg sei eine „erste Besorgnis" innerhalb der Bevölkerung festzustellen und ein Nazi-Treffen deshalb unangebracht. Gleichzeitig warnte Pawelczyk allerdings die Kirchentagsbesucher, nicht gemeinsame Sache mit den Kommunisten zu machen...

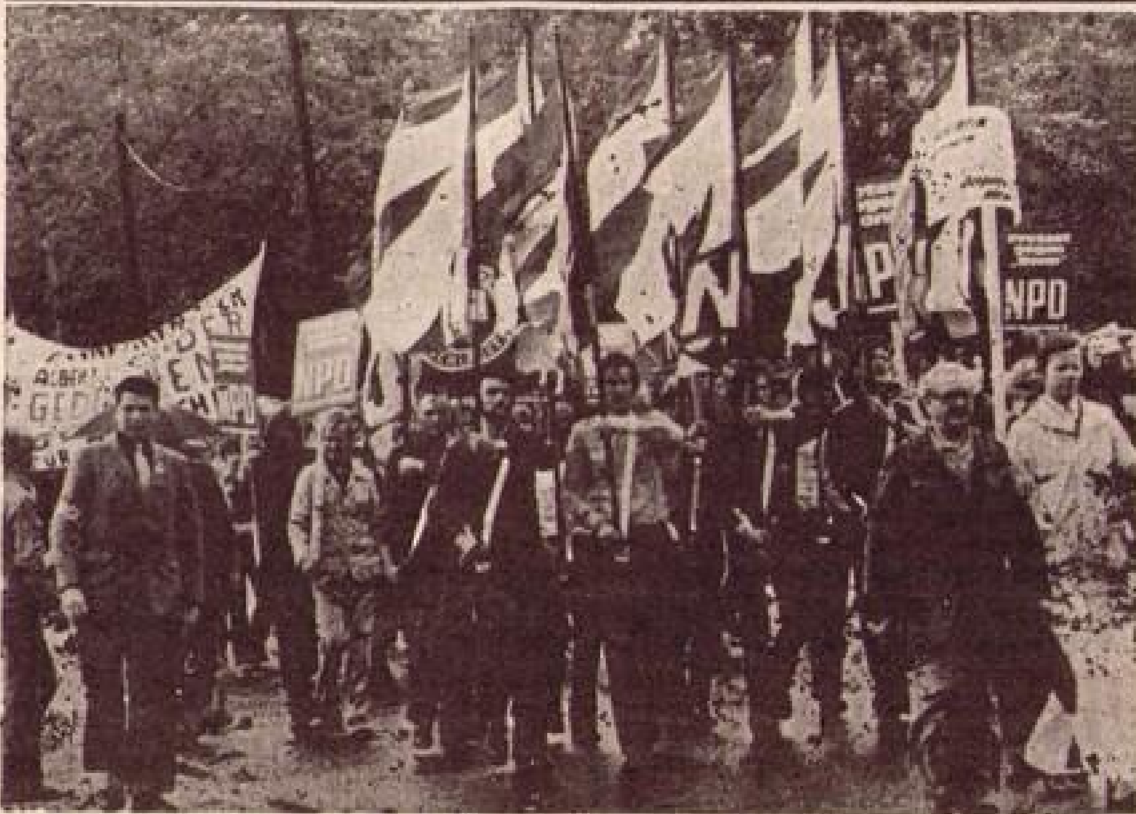
Auf jeden Fall wird die NPD sich in Hamburg oder in der nächsten Umgebung auf einen heißen Empfang einzustellen haben, sollte sie an ihrem Plan festhalten.

Zur Vorbereitung Hamburger Aktivitäten hat sich ein Bündnis aus KB, Grünen, Z, Bunte Liste, Eppendorfer gegen Rechts, Ausländergruppen, „Volksfront" u.a. gebildet, das vorsorglich für den 16. eine Kundgebung und Veranstaltung vorbereitet und für eine Aktion am 17. Juni gegebenenfalls mobilisieren wird.

Angesichts der unübersichtlichen Situation um das diesjährige „Deutschlandtreffen" der NPD stellt sich allerdings auch die Frage, ob nicht die seit Jahren zum 17. Juni in erfreulicher Breite entstehenden örtlichen Bündnisse erweitert werden können auf andere Aspekte des antifaschistischen Kampfes. Die NPD ist ja schließlich nur eine Organisation der Nazis.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg





17. Juni 1981 in Hamburg

Nationaldemokraten,
an dieser Stelle geben wir den Parteifreunden, die sich zum DT '81 noch nicht anmelden konnten, letztmalig die Möglichkeit, dies bis zum 5. Juni nachzuholen.

Bitte senden Sie Ihre Teilnahmemeldung mit voller Anschrift und NPD-Mitgliedsnummer



an die
NPD-Bundesgeschäftsstelle
Rötestr. 4
7000 Stuttgart 1

Sie erhalten dann sofort weitere Nachricht. Wegen des gleichzeitig stattfindenden Evgl. Kirchentages ist es erforderlich, daß weitere Anweisungen kurzfristig ergehen.

Udo Holtmann
Amt I

Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr ...

Strauß war Antifaschist!

Ein lang gehütetes Geheimnis der jüngsten deutschen Vergangenheit wurde kürzlich in München gelüftet: Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, langjähriges Haßobjekt der Linken, von Untergrundkommunisten wie Wallraff und Engelmann als zumindest Nazi-verwandt tituliert, ja beschuldigt, selbst aktiver Nazi gewesen zu sein, war in Wirklichkeit Antifaschist.

Ja, richtig gelesen: Antifaschist. Und so unermüdlich war dieser Franz Josef Strauß, daß er die Schmach auf sich nahm, Offizier für „wehrgeistige Führung" an der Heeresschule in Schongau zu werden, nur damit nicht ein anderer – äh, pardon – überhaupt ein richtiger Nazi diese wichtige Stelle einnehmen konnte. Und überhaupt: Unter Einsatz seines Lebens sorgte dieser unerschrockene Antifaschist dafür, daß die aktivsten Nazis nicht etwa ihre volksfeindliche Zersetzungsarbeit an der Heimatfront oder in der Heeresschule verrichten konnten, sondern möglichst schnell an die Front geschickt wurden.

Geschickt, geschickt, schlau eingefädelt! Da konnten diese Nazis zum einen durch ihre Verbrechen ein für alle Mal den Faschismus vor aller Welt diskreditieren und außerdem waren sie – Strauß sei gedankt – den antifaschistischen Kugeln der Roten Armee nahezu schutzlos ausgeliefert. Ja, wenn der Strauß nicht gewesen wäre, der seine antifaschistische

fert. Ja, wenn der Strauß nicht gewesen wäre, der seine antifaschistische



Antifaschist Strauß in Tarnkleidung

Arbeit so im Geheimen verrichtet hätte, so ohne Chance auf Ehrung, so ganz allein für sich und uns. ...

So bescheiden war dieser vielgeschmähte Mann, daß er über 36 Jahre lang seine Verdienste im Kampf gegen die Nazis geheim hielt und nicht einmal bekanntgab, daß er eigentlich ja auch zu den Männern des 20. Juli 1944 gehört hatte. Zwar hieß dieser Kreis zu Strauß Zeiten noch gar nicht so, aber was soll's. Immerhin war Strauß ja über den Anschlag auf Hitler informiert, nur Ort und Zeit habe er nicht gewußt.

Und daß dieser Mann so vorausschauend gewesen ist! Anstatt sich durch die trügerische Situation nach der Befreiung täuschen zu lassen und seine Tarnung aufzugeben, hat er seitdem weiter im feindlichen Lager gewühlt und geackert und dafür gesorgt, die geheimen Verbindungen zwischen sich – nein – zwischen wem eigentlich und der internationalen Konterrevolution und der nationalen Reaktion vor der demokratischen Öffentlichkeit bloßzulegen. Nur einmal hat er beinahe einen Fehler gemacht. Da hat ihm doch der Ochsensepp einmal vorgeworfen, er habe – oh, wie unvorsichtig für einen geheimen Antifaschisten! – mal einen Aufnahmeantrag in die KPD gestellt. Aber den Ochsensepp, den hat der Strauß damals fertiggemacht, daß es jeden Antifaschisten hätte freuen müssen, wenn er schon damals gewußt hätte, was gespielt wird.

Aber jetzt wissen wir's ja endlich – und wer's nicht glaubt, kann's im „Spiegel" nachlesen (23/81). Da hat der Strauß es nämlich nicht mehr ausgehalten, ständig so diffamiert zu werden von seinen antifaschistischen Freunden und da hat er vor Gericht ausgepackt.

Komitee zur Ehrenrettung geheimer Antifaschisten

Neuer Nazi-Mord in Hamburg

Neuer Nazi-Mord in Hamburg

Alles alte Bekannte!

Fortsetzung von S.1

eine Tür mit dem alten „Egerländer" (Heute „Mickey Mouse") verbunden, dem vor Jahren bevorzugten Treffpunkt der Hansa-Bande. Aus all dem ergibt sich eindeutig, daß Johannes Bügner nicht aus irgendeinem „normalen" Sub-Lokal herausgeholt wurde, sondern aus einem vorwiegend von Nazis und Rechten frequentierten Lokal.

Eher als die Version vom Feldzug gegen die Schwulen scheinen solche Versionen glaubhaft, denen zufolge Bügner entweder aussteigen wollte, oder aber – wie der „Stern" berichtet – eine Art Palastrevolution gegen den inhaftierten Kühnen anzetteln wollte.

Wie dem auch sei, bei diesem neuen Mord sind bruchstückhaft Details über einen Teil der Nazi-Terror-Szene wieder ans Licht gekommen die es wert sind, näher unter die Lupe genommen zu werden.

Friedhelm Enk

Da ist zum einen der von seinen Mittätern als alleiniger Mörder beschuldigte Friedhelm Enk (der den Mord bisher auch gestanden hat). Dieser war erst kürzlich nach Verbüßung einer Haftstrafe nach Hamburg gekommen und konnte einen Brief Kühnens vorweisen (datiert vom 21. 5.), in dem er nicht allgemein zur Reorganisierung der ANS, der Säuberung von „Schwulen, Perversen und Verrätern" aufgefordert wurde, sondern direkt der Name Johannes Bügner sowie ein zweiter genannt wird: als Personen, von denen man „sich trennen" müsse.

Im linken Milieu würde allein die Existenz eines solchen Briefes nicht nur ein Verfahren gegen alle Beteiligten nach sich ziehen, sondern insbesondere auch strengste Maßnahmen gegen die Anwälte; immerhin muß dieser Brief ja irgendwie aus der angeblichen Isolations-Haft Kühnens an Enk gelangt sein. Das wird die Staatsanwaltschaft der Öffentlichkeit auf alle Fälle noch zu erklären haben.

Auf jeden Fall war der uns bislang nicht bekannte Enk eine so bedeutende Figur in der Nazi-Szene, daß er für die Ausführung derartiger Aufträge vertrauenswürdig erschien.



Packte aus: Michael Frühauf

Michael Frühauf

Ebensowenig ein unbeschriebenes Blatt ist Michael Frühauf, der durch seine Aussage den Stein ins Rollen brachte. Frühauf baute nach dem ersten „Auffliegen" der Hansa-Bande 1978 deren Reste als „Antikominternjugend" wieder auf, die u.a. durch einen brutalen Schlägerüberfall auf ein SDAJ-Freizeitheim bei Hannover von sich reden machte und als deren prominentester „Führer" der Stader Neonazi **Edgar Geiss** bekannt wurde, der auch in anderen Fällen die „ANS"-Reste betreute.

Willi Wegener

Der wohl interessanteste mittelbar Mordbeteiligte (er war beim Mord selbst lt. „Stern" nicht anwesend und war bei der „Einsatzbesprechung" dabei) ist Willi Wegener. Er hatte insgesamt ca. 40 Monate Haft abgesessen, weil er 1974 zusammen mit den Neonazis **Harald Müller** von der NS-Kampfgruppe Mainz, dem Zollanwärter **Ralf Ollmann** (heute „Wiking-Jugend" Westberlin) und einem gewissen **Neumann**) der sich nach den Verbrechen 1974 angeblich als Söldner nach Afrika aus dem Staub gemacht hat) eine bewaffnete Nazi-Bande gebildet hatte. U.a. geht der Anschlag auf die Göttinger Buchhandlung „polibula" 1971 auf das Konto Wegeners, bei dessen Bande auch mehrere Maschinenpistolen etc. gefunden worden waren. Wegener wurde erst 1976 geschnappt, weil er sich solange in Hamburg bei Freunden hatte verstecken können.

Über die beiden übrigen Beteiligten, die Zwillinge König (Olaf und Thorsten) war uns bis dato nichts bekannt. Beim Staatsschutz allerdings galten beide als „Geheimtips", denen bisher nichts zugewiesen werden konnten.

Und noch ein weiterer alter Bekannter meldete sich anläßlich des Hamburger Mordes zu Wort: **Erwin Schönborn**, frisch aus dem Knast entlassener Altnazi, Aktivist nicht nur der „ANS", sondern insbesondere im Frankfurter Raum mit besten Kontakten zu den Nazi-Terroristen der VSBD ausgestattet, wußte zu berichten, daß er eine rege Korrespondenz mit Kühnen im Knast geführt habe. Er habe viel gelernt, aber einen derartigen Brief mit Mordaufträgen traue er dem „Kameraden" Kühnen nicht zu.

Alles in allem zeigt dieser Mord erneut, daß die Nazi-Szene immer mehr zu direkten Terroraktionen tendiert, und daß sie insbesondere in Norddeutschland wieder Anstrengungen unternimmt, die „Lücken" zu schließen, die nach der Inhaftierung von Worch, Kühnen, Rohwer etc. entstanden sind. Hamburgs und Norddeutschlands Antifaschisten werden sich anstrengen müssen, hier wieder „auf Stand zu kommen".

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch ein Hinweis des Hamburger Staatsschutzes, der sich ansonsten von dem Mord völlig überrascht zeigte und die „ANS" im Wesentlichen als „erledigt" darzustellen suchte: Demzufolge gibt es in Hamburg eine neue „Wehrsportgruppe" unter der Leitung des 42jährigen Verlagskaufmannes **Eckart Dems**, der der Polizei seit 1960 bekannt sein soll. Bei dieser Bande handelt es sich ganz offensichtlich um jene Bande in **Hamburg-Blankenese**, die u.a. in der Silvesternacht 1980/81 Jugendliche, die irgendwie freakig oder links aussahen, „kontrollierten", die beim Osterfeuer 1981 in Blankenese für unliebsame Zwischenfälle sorgten, und über deren „Übungen" in den Wäldern nördlich Blankenese schon seit langem immer wieder Meldungen bekannt werden. Speziell am Wohnort von Dems (**Hamburg 55, Falkensteiner Ufer 76**) parkt ein Militärjeep, der in Blankenese unter Antifaschisten als Kommandowagen dieser Bande bekannt ist.

Unklar ist bislang, ob auch die Bombendrohungen gegen VVN-Veranstaltungen in Blankenese im Frühjahr auf das Konto dieser Bande gehen.

Es scheint an der Zeit, sich angesichts dieses Mordes und angesichts der neuerlichen Umtriebe in Hamburg zu überlegen, wie eine antifaschistische Aufklärungs- und Untersuchungsarbeit wieder effektiv aufgenommen werden kann.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg



Der Polizei längst bekannt: Olaf und Thorsten König aus Altona

Immer wieder: Nazi-»Waffennarren« aufgeflogen

Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht wieder die Aufdeckung eines Waffenlagers der Faschisten bekannt würde.

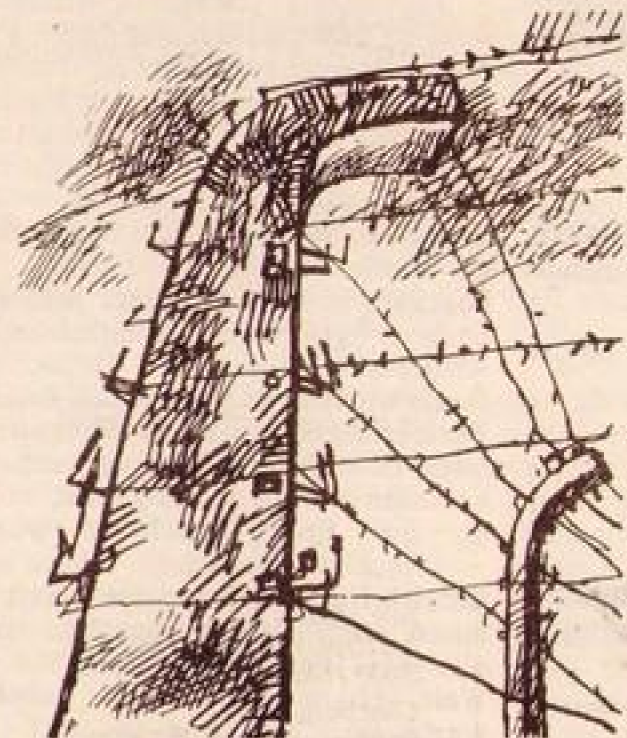
So wurden am 20.Mai bei einem 17jährigen Mitglied der „Wiking-Jugend" aus Schwarzenbruck bei Nürnberg funktionsfähige Maschinenpistolen, Munition, Sprenggranaten etc. gefunden. Er selbst sowie zwei weitere Jugendliche, die in Bundeswehruniform und bewaffnet durch das Gelände zogen, wurden festgenommen. Gegen den 17jährigen wird nun wegen Verstoß gegen das Kriegswaffengesetz etc. ermittelt.

Mit derartigen Ermittlungen haben drei Männer kaum zu rechnen, in deren Auto in Westberlin Gewehre, Gurtmunition, ein Stahlhelm und Messer gefunden wurden. Das Auto war aufgefallen, weil es mit einer schwarz-weiß-roten Flagge verziert war. Die Männer trugen zwar Marine-Orden aus dem ersten Weltkrieg am Revers ihrer Drillichanzüge, konnten aber Waffenscheine vorweisen.

Verfolgte von gestern - was sagen sie uns heute?

Schweigemarsch zur KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Kundgebung mit Vertretern von Gruppen, die im Nationalsozialismus verfolgt wurden



Prof. Dr. A. Friedlaender
Juden

Käthe Jacob
politisch Verfolgte

Udo Sierck
Behinderte

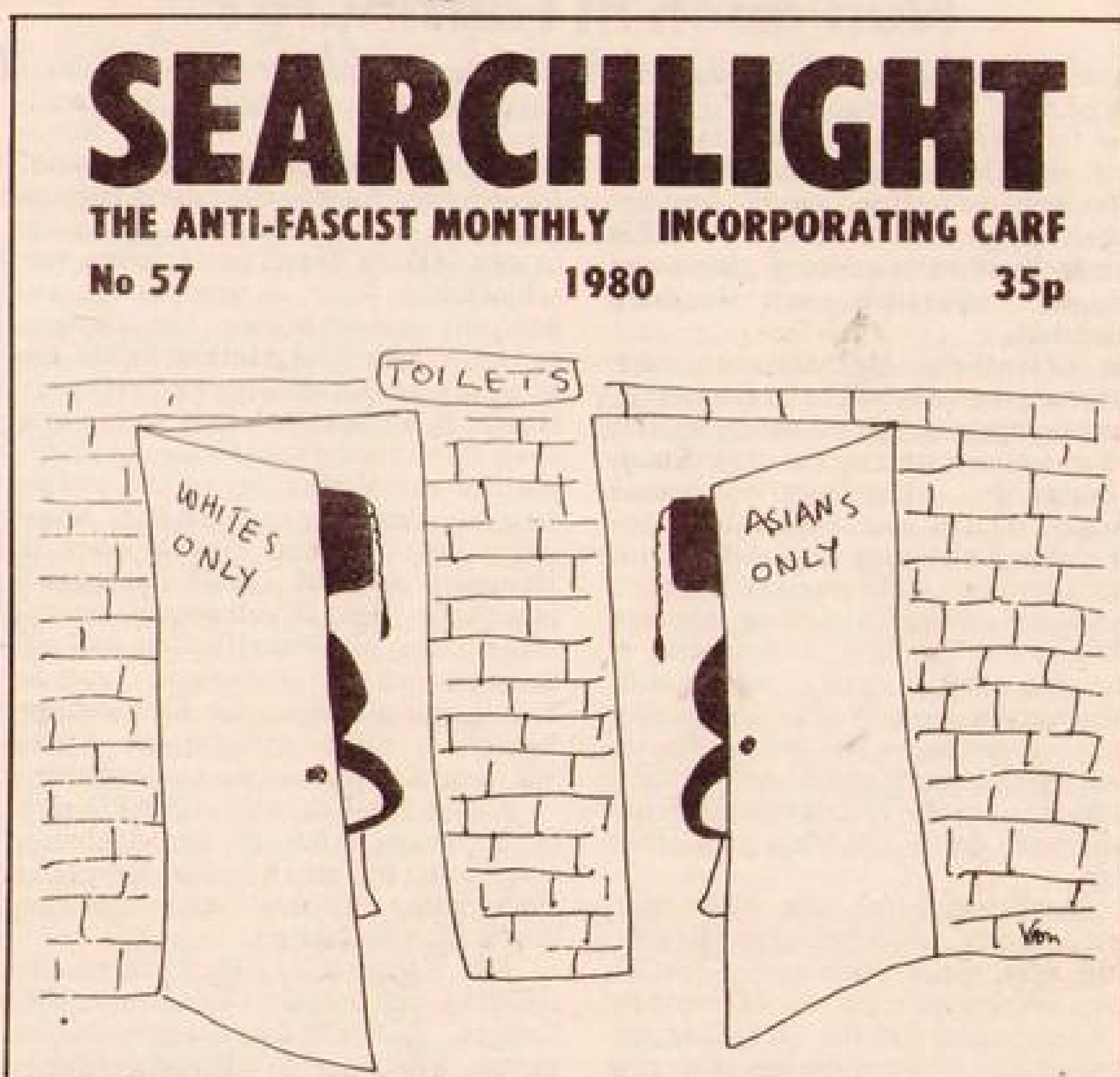
Helmut Zander
Homosexuelle

Eingeladen wurden ein Vertreter der Sinti - Roma, der religiös Verfolgten und Herbert Schemmel für die „Amicale Internationale de Neuengamme". Im Anschluß an die Veranstaltung findet eine Andacht mit Alt-Bischof Kurt Scharf aus West-Berlin statt.

Freitag, 19.Juni 81
10 Uhr Schweigemarsch ab Curslack
11 Uhr Kundgebung KZ-Gedenkstätte Neuengamme
(S-Bahn bis Bergedorf, dort stehen ab 9 Uhr Busse bereit)

Freitag, 19.Juni 81
10 Uhr Schweigemarsch ab Curslack
11 Uhr Kundgebung KZ-Gedenkstätte Neuengamme
(S-Bahn bis Bergedorf, dort stehen ab 9 Uhr Busse bereit)

»searchlight«-Herausgeber Maurice Ludmer gestorben



Der Herausgeber der englischen antifaschistischen Zeitschrift ‚searchlight', Maurice Ludmer, ist am 14. Mai infolge eines Herzschlages gestorben. Für die antifaschistische Bewegung in Großbritannien wie für die Gewerkschaftsarbeit (Ludmer war Präsident des Gewerkschafts-Dachverbandes in Birmingham) ist dies ein großer und unerwarteter Verlust (Ludmer wurde nur 54 Jahre alt.).

Ludmers Beitrag zum Aufbau einer antifaschistischen Bewegung in England, insbesondere durch die Herausgabe der Zeitschrift ‚searchlight' (seit 1975), ist kaum zu überschätzen; gleichzeitig wirkte er mit seinem Konzept einer unabhängigen, undoktrinären und sach-orientierten Arbeit weit in die Linke (innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften, auch der Labour Party) hinein. ‚Searchlight' hat sich schnell durch ausgezeichnete Sachkenntnis, verbunden mit einer klaren Ausrichtung gegenüber allen rechten, rechtsextremen und faschistischen Erscheinungen, die Position „der" Expertenstelle in Sachen Antifaschismus erarbeitet. Antifaschistische Initiativen wie „Anti Nazi League", „Campaign against Racism and Fascism", „Rock against Racism" u.ä. wären ohne die Untersuchungsarbeit und theoretische Unterstützung durch „searchlight" schwer vorstellbar; andererseits hat „searchlight" immer auch gegenüber solchen Initiativen, ganz zu schweigen etwa von der Labour Party, Kritik angemeldet, wo es nötig erschien. Wenn heute in Großbritannien über die politische Rechte und die Faschisten nicht mehr mit allzu leichter Hand hinweggegangen werden kann — im Sinn: das ist halt der ‚verrückte Rand', über den man am besten schweigt —, ist das sicherlich wesentlich ein Ergebnis der beharrlichen Aufklärungsarbeit von ‚searchlight'. Ludmer selbst, wie die Zeitschrift, solange sie besteht, hat darüber hinaus zwei Essentials durchgesetzt, die in der englischen Linken (durchaus aber auch nicht nur in der englischen) keineswegs selbstverständlich sind: die Betonung der internationalen Verbindungen der Faschisten und des antifaschistischen Kampfes; und den Zusammenhang faschistischer Erscheinungen mit gesamtgesellschaftlicher Repression. Immer wieder hat ‚searchlight' z.B. Artikel zur Situation und zum Kampf der Frauen im vom Faschismus befreiten Ländern (etwa dem unabhängigen Mozambik) oder unter dem Faschismus (z.B. in Südamerika) gebracht; ‚searchlight' hat auch sehr wohl die Verbindungslinien zwischen Faschisten und „seriöser" Rechten, in der Konservativen Partei usw., herausgearbeitet.

Was die von ‚searchlight' sorgfältig recherchierte internationale Szenerie der Rechten und Faschisten betrifft, ist die Zeitschrift von internationaler Bedeutung für die antifaschistische Bewegungen.

Das Gesamtkonzept von „searchlight" dürfte weit über die Grenzen Englands hinaus für Demokraten, Antifaschisten und Linke beispielhaft sein.

Ludmer hat nicht nur das Konzept der Zeitschrift entwickelt, sondern ganz konkret durch Herausgabe und journalistische Arbeit das „Gesicht" von ‚searchlight' geprägt. Nichts könnte sein Andenken besser ehren, als seine Arbeit — und damit ‚searchlight' — auf dem von ihm eingeschlagenen Weg fortzuführen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Geldstrafe für Trauer-Kundgebung

ddp, **München**

Geldstrafe für Trauer-Kundgebung

ddp, **München**

Wegen ihrer öffentlich gezeigten Trauer um die Opfer des Attentats auf dem Münchner Oktoberfest im September vergangenen Jahres, bei dem 13 Menschen ums Leben kamen, wurden nun zwei Münchner verurteilt. Das Amtsgericht München belegte einen 35jährigen Arzt und einen 32jährigen Lehrer mit Geldstrafen von je 800 Mark wegen eines Vergehens gegen das Versammlungsgesetz.

Die beiden hatten vier Tage nach dem Anschlag an einer Versammlung auf dem Marienplatz teilgenommen, während im Rathaus die offizielle Trauerfeier stattfand. Dabei zeigten sie ein Transparent mit der Aufschrift „Wir trauern um die Opfer der faschistischen Mörderbande". Staatsanwaltschaft und Richter erkannten zwar an, daß die beiden die Versammlung nicht gestört hätten und ihre Motivation verständlich sei. Die spontane Kundgebung müsse dennoch bestraft werden, weil der Anschlag schon vier Tage zurückgelegen habe. Die beiden Verteidiger, die Rechtsmittel gegen das Urteil einlegten, erklärten das Urteil sei ein „politischer Skandal". Die Anklage sei bereits „instinktlos und beschämend" gewesen.

"Welt", 30.5.81

Kurzmeldungen

Lüneburg. Ein nur noch als pro-faschistisch zu bezeichnendes Urteil fällte am 20. Mai das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg. Mit der zynischen *geschützt worden zu sein"* („Hamburger Abendblatt", 21.5.81).
Obwohl nach Auskunft von „amnesty international" mittlerweile rund

Kurzmeldungen

Lüneburg. Ein nur noch als pro-faschistisch zu bezeichnendes Urteil fällte am 20. Mai das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg. Mit der zynischen Behauptung, es gäbe in der Türkei „keine staatliche Verfolgung" von „Nichtstraftätern", wies der 11. Senat des Gerichts die Asylanträge von fünf türkischen Bürgern ab. Alle fünf Asylbewerber hatten darauf hingewiesen, daß sie in der Heimat von den „Grauen Wölfen" verfolgt worden seien. *„Ein 25jähriger türkischer Metallarbeiter aus Rendsburg berichtete, als Angehöriger einer linken Partei von ‚Grauen Wölfen' mit dem Tod bedroht und von der Polizei in Istanbul nicht geschützt worden zu sein"* („Hamburger Abendblatt", 21.5.81).

Obwohl nach Auskunft von „amnesty international" mittlerweile rund 200000 (!) politische Gefangene in türkischen Gefängnissen einsitzen, vertrat das Lüneburger Gericht die Auffassung, daß der türkische Staat seit der Regierungsübernahme durch die Militärs „in der Lage und Willens" sei, andersdenkende Bürger vor Verfolgungen zu schützen. Die Richter bezogen sich mit dieser Einschätzung — wie konnte es auch anders sein — auf Auskünfte des Bonner Auswärtigen Amtes.

AG-Ausländer

* * *

Einen kleinen Lichtblick in der fast totalen Willkür von Behörden und Verwaltungsgerichten gegenüber Asylanten stellt ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes dar.

Drei Asylsuchende hatten eine Verfassungsbeschwerde eingereicht, da sie von den Ausländerbehörden vor dem Abschluß ihrer Verwaltungsgerichtsverfahren gegen die Ablehnung der Asylanträge ausgewiesen werden sollten. Von den Verwaltungsgerichten waren die Ausweisungsverfügungen trotz der noch laufenden Verfahren bestätigt worden. Aufgrund der Verfassungsbeschwerde stellte das BVG fest, daß Asylsuchende nicht ausgewiesen werden dürfen, solange kein unanfechtbares Gerichtsurteil vorliegt. Eine vorherige Ausweisung sei grundgesetzwidrig. (Aktenzeichen: I BvR 413/80, I BvR 768/80, I BvR 820/80)(„Rheinische Post", 18.4.81)

Detlef/Düsseldorf

* * *

Düsseldorf. In ihrem Bemühen, möglichst viele Ausländer aus Nicht-EG-Staaten möglichst rasch abschieben zu können, lassen Beamte der Ausländerbehörde oftmals die letzten Hemmungen fallen. So auch ein Herr Rebmann, der der türkischen Familie T. schreibt: *„Ihr Sohn Ülfü ist zu Ihnen im Wege der Familienzusammenführung am 27.08.80 in das Bundesgebiet eingereist. Da die Voraussetzungen vorlagen, habe ich der Familienzusammenführung zugestimmt, dann jedoch feststellen müssen, daß ihr Sohn hochgradig schwachsinnig ist. Ein entsprechendes ärztliches Gutachten liegt mir vor. Ihr Sohn ist nach Ihren Angaben in einer Behindertenwerkstatt untergebracht. Die Kosten hierfür haben Sie übernommen.*

Gemäß § 2 Abs. 1 Ausländergesetz darf eine Aufenthaltsgenehmigung nur erteilt werden, wenn die Anwesenheit des Ausländers Belange der Bundesrepublik Deutschland nicht beeinträchtigt. Belange der Bundesrepublik Deutschland sind regelmäßig dann beeinträchtigt, wenn ein Ausländer an einer Geisteskrankheit leidet ... Den Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis muß ich daher aus diesen Gründen ablehnen".

Dies ist (bisher) der Gipfel einer Reihe von unverschämten und skandalösen Versuchen, insbesondere türkische Familien abzuschieben. Zwei weitere Beispiele:

- Die seit 20 Jahren in der BRD lebende türkische Familie K. wird von ihrem Vermieter aufgesucht, der sie kündigen will. Da die Familie über ihre Rechte als Mieter Bescheid weiß, hat er keinen Erfolg.

Tags darauf erhält die Familie ein Schreiben, in dem u.a. behauptet wird, Herr K. habe den Vermieter verprügelt und seine Ermordung angedroht. Herr K. stellt Strafantrag wegen übler Nachrede. Daraufhin wendet sich der Vermieter an die Ausländerbehörde. Diese schreibt an Familie K. einen Brief: *„Betr.: Ihr Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland"* und fragt drohend nach, wo die Familie denn nun wohnen wolle . . .

- Die sechsköpfige türkische Familie E. wurde vor zwei Jahren von einem Spekulanten aus ihrer Wohnung vertrieben. Da es ihr unmöglich war, auf dem „freien" Wohnungsmarkt eine neue Wohnung zu finden, mußte sie in ein Stadtwohnheim einziehen. Nun wird der Familie E. die Aufenthaltsgenehmigung versagt, da es nicht Aufgabe der Kommunen sein könne, Ausländern, die keine Wohnung finden, diese zur Verfügung zu stellen. (Informationen der Ausländergruppe Bilk e.V. im „Überblick", 5/81)

HIAG-Bundestreffen in Saarbrücken

Am 29.5. begann ein dreitägiges Bundestreffen der Waffen-SS-Nachfolgeorganisation HIAG im Saarbrücker Nobelhotel „Am Triller". Wieder einmal ließen es sich die alten SS-Schergen nicht nehmen, zusammen mit neonazistischer Gefolgschaft die Vergangenheit hochleben zu lassen und neue Zukunftsperspektiven zu entwickeln.

Mehr noch als die Ignoranz der Stadtverwaltung bzw. der Hotelleigung fiel die Schutzfunktion der Bullen auf. Mit geballter Kraft, durch einige Einheiten von Sondereinsatzkommandos unterstützt, schützten sie das Grundrecht der Nazis auf Provokation und Hetze.

Dabei ist es diesen willfährigen Staatsdienern egal, ob sie auch gegen ältere Menschen, die jahrelang in den Nazi-KZs gelitten haben, mit äußerster Gewalt vorgehen. So wurden während des Protestes vor besagtem Hotel neben drei jüngeren Teilnehmern drei Mitglieder der VVN unter brutalstem Vorgehen festgenommen, erkennungsdienstlich behandelt und Strafanträge wegen Störung einer genehmigten Veranstaltung, Teilnahme an einer nicht genehmigten Kundgebung und möglicherweise wegen Rädelsführerei eingeleitet. Eine über 80 Jahre alte Frau, die längere Zeit im Frauen-KZ Ravensbrück interniert war, sagte voller Empörung, daß sich gegenüber den 30er und 40er Jahren nichts geändert habe.

Nicht zuletzt durch die geschlossene Haltung der Demonstranten/innen, die die Festgenommenen zum Landeskriminalamt begleiteten und dort lautstark ihre Freilassung forderten, wurden die Betroffenen noch am selben Nachmittag freigelassen.

Trotz mangelnder organisatorischer Koordination bleibt zu bemerken, daß der Einschüchterung durch die Bullen, die nicht angemeldete Demonstration vor dem Hotel sofort aufzulösen, und dem darauf folgenden Prügeleinsatz nicht nachgegeben wurde. Durch „sit ins" und Kettenbilden blieben wir beharrlich auf unserem Platz. Beachtlich war die psychologische Taktik speziell der Sondereinsatzkommandos. Nach anfänglichen Handgreiflichkeiten meinte plötzlich einer, die Kundgebung könnte ja noch schnell angemeldet werden, zwischenzeitlich sollten wir uns auflösen und danach legal demonstrieren. Ganz abgesehen davon, daß die Kundgebung auf Anfrage weiter verboten wurde, kommt hier klar zum Ausdruck, welche Zielsetzung im Vorschlag gelegen war: von hinten durch die Brust ins Auge die Leute von der Straße wegzuschaffen. Wenn's nicht so ohne weiteres mit Gewalt geht, wird's eben mal auf die „freundliche" Tour versucht.

Konsequenz: Das HIAG-Treffen konnte zwar nicht verhindert werden; allerdings wurde dies mit etwa 200 zum Teil spontan mobilisierten Leuten versucht, praktische Solidarität gegenüber den Verhafteten wurde geübt und eindeutig klargestellt, welche Funktion die „grünen Männer" heutzutage haben.

Kleine Manöverkritik

Obwohl schon eine Woche vor dem HIAG-Treffen die Linke informiert war, blieb die Mobilisierung im Endeffekt doch wieder weitgehend an der VVN, SDAJ und DFI hängen. Durch ein breiteres Bündnis, über diese traditionell pazifistischen Organisationen hinaus, mit anderen antifaschistischen Gruppierungen in Saarbrücken (Komitee gegen Militarismus, Saarhexe, Stadtzeitung, Iran-Komitee, KB ...) wäre es weder den strammen SS'lern so einfach gelungen, ihrer gefährlichen Gesinnung Ausdruck zu verleihen, noch hätten die Bullen so ohne weiteres ihrem perversen Demokratieverständnis („das ist eine rechtmäßige Sitzung, die wir schützen müssen") freien Lauf lassen können.

Aus dieser und ähnlichen Aktionen zuvor (Faschistentreff im Hotel „Haus Berlin", NPD-Parteitag in St. Ingbert) muß endlich die Konsequenz gezogen werden, indem zukünftig ein b r e i t e r e s Aktionsbündnis geschaffen wird!

J., KB Saarbrücken

2.500 gegen »Schlageter-Feier«

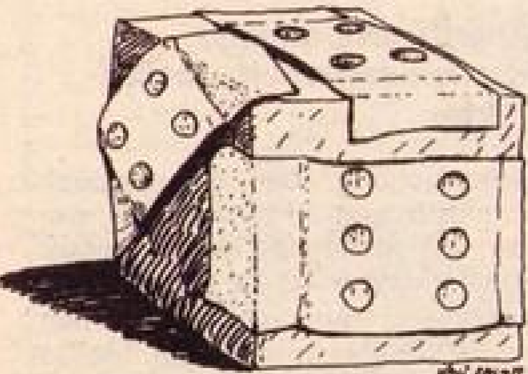
Schönau/Südbaden. 2.500 Antifaschisten demonstrierten am 24.5. in Schönau gegen die „Schlageter-Gedenkfeier" der NPD. Schlageter war nach dem 1. Weltkrieg einer der berüchtigten „Freikorps"-Führer und wurde unter den Nazis als „1. Soldat des 3. Reiches" verherrlicht. Er gehört auch heute zu den Symbolfiguren des Neofaschismus, benannte sich doch u. a. die „Wehrsportgruppe Ortenau" nach ihm und waren kritische Theaterstücke über Schlageter immer wieder Anlaß zu Nazi-Überfällen.

Nur massive Polizeipräsenz verhinderte, daß die spontan von der vorgeschriebenen Route abgebogene Demonstration der Antifaschisten der NPD schon am Schlageter-Grab einen gebührenden Empfang bereiten konnte. Die Nazis ihrerseits verzichteten angesichts des Kräfteverhältnisses lieber auf ihren geplanten Aufmarsch durch Schönau.

Polizei gegen Demo-Sanis:

»Nimm doch mal das Fadenkreuz vom Rücken!«

Philipp Müller, Benno Ohnesorg, Olaf Ritzmann – ein Jungkommunist, der 1952 auf einer Demo gegen die Wiederaufrüstung erschossen wurde, ein Student, der 1967 in „putativer Notwehr" abgeknallt wurde, ein Lehrling, der 1980 nach einer Anti-Strauß-Demo infolge eines Polizeieinsatzes an der Sternschanze unter die Räder einer Hamburger S-Bahn geriet. Keiner, der verantwortlichen Einsatzleiter wurde verurteilt; in Sachen Olaf Ritzmann ermitteln Hamburger Staatslederjacken seit 9 Monaten in eigener Sache ... Justitias „Blinder Fleck".



Pflasterstein

Stattdessen hat jetzt die Staatsanwaltschaft die Anklageschrift gegen einen der fünf am gleichen Tag festgenommenen Sanitäter eingereicht. Hans-Günter, Mitglied der Hamburger Sanigruppe, soll aus dem Sani-Bus eine Bierflasche auf Polizisten geworfen haben, wenig später noch eine und zu guter letzt auch noch einen Stein. Bei der Festnahme habe er dann Widerstand geleistet, meinen die Polizeizeugen. Wer's glaubt wird Bürgermeister.

Für Ungläubige: Sanigruppen gibt es in der BRD – mit Unterbrechungen – seit den Hochzeiten des SDS. Je nach „Bürgernähe" und vorherrschender Taktik der uniformierten Ordnungskräfte haben sie mehr oder weniger zu tun. Mal sind's die Fußblasen ungeübter Marathon-Demonstranten (Gorleben-Treck etc.), mal sind's Platzwunden am Hinterkopf, wo angreifende Gewalttäter dem Polizeiknüppel die Stirn bieten. In jüngster Zeit, da auch friedlichste Gemüter häufig etwas zu nahe in den Wirkungsbereich polizeilicher Maßnahmen geraten, haben Sanigruppen Konjunktur: in Bremen, Freiburg, Göttingen, Kiel, Hamburg, Westberlin – halt überall dort, wo bei Hausbesetzungen und Demos reichlich Erfahrungen mit „maßvollem polizeilichen Vorgehn" gesammelt werden konnten – gehören sie zum vertrauten Bild bei vielen Veranstaltungen.

Die Polizei reagiert wahlweise mit Zweckmeldungen oder Hau-Drauf-Methoden: In Bremen sollen Sanis „Waffen" zur Rekrutenvereidigung transportiert haben (ihr Bus ist seitdem beschlagnahmt); in Gorleben wurde am Vorabend der Räumung von „1004" das „Klinikum Wendland" als Molotowcocktail-Depot verleumdet; in Hamburg wurden bei der Anti-Strauß-Demo erst jene 5 Sanis festgenommen und anschließend ihr Bus zerschlagen (von dem Polizisten jetzt behaupten, aus ihm sei vorher eine Bierflasche geworfen worden und überhaupt sei er einem Steinhagel der Demonstranten zum Opfer gefallen). Wer sich in Freiburg Anfang März als gekennzeichneter Sani bei Demos oder am Schwarzwaldhof blicken ließ, erfuhr gleich eine Sonderbehandlung oder wurde gleich eingesackt. In Westberlin wurde eine mit großem Roten Kreuz gekennzeichnete Sanitäterin von einer Berliner Beamtenschnauze angezischt: „Nimm doch mal das Fadenkreuz vom Rücken!" Aus Brokdorf ist die Unterstellung, Hamburger Sanis hätten den verletzten SEK-Beamten Schütt (den aus dem Graben) als „Geisel" genommen, noch in frischer Erinnerung. Zur gleichen Zeit wurden zwei festgenommene Sanis aus Osnabrück auf dem Bauplatz mißhandelt.

Nur in seltenen Fällen sind Sanis den Einsatzleitungen willkommen: beispielsweise, wenn sie sich um – von Polizisten – verletzte Passanten kümmern oder kleine Kinder aus dichtem Demo-Gewühl tragen. Und als bei einer Hamburger Hausbesetzung (Amandastraße) ein MEK-Beamter ein Fenster des gestürmten Hauses derartig heftig schloß, daß es sich drei Stockwerke tiefer einem Kollegen in die Wade bohrte, da gab es sogar dankbare Gesichter für den behelmten und „vermummten" Sani, der sich des Pechvogels erbarmte.

Für Staatsanwaltschaften liegen solche Details natürlich außerhalb des Interesses. Ihre Aufgabe besteht darin, Anklagen zu produzieren; bei Hans-Günter bedurfte es mehrerer Anfragen an den ermittelnden Beamten der politischen Polizei, ehe die Staatsanwaltschaft die Aussagen der Polizeizeugen für eine Anklage zurechtgebastelt hatte. Mit der Prozeß-Eröffnung ist noch im Sommer zu rechnen, treffenderweise direkt vor seinem Physikum.

Nachdem es üblich geworden ist, Fotografen bei polizeilichen „Überreaktionen" nach Kräften zu behindern, sind jetzt die Sanis als nächste Gruppe an der Reihe, gezielt kriminalisiert bzw. von verletzten Demonstranten ferngehalten zu werden. Schonzeiten für Demonstrationen passen nun mal nicht in den Zeitgeist.

Sanitätergruppe Hamburg



Kontaktadressen

Sozialistischer Studentenbund
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Tel.: 44 98 14

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A
24 Lübeck 1

Ostholstein
(Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vetriebsbüro
Am Schwarzen Meer 104
28 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte 019182
3200 Hildesheim

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Bielefeld
Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62
46 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Köln
KB/Gruppe Köln
c/o BULI-Büro
Jülicher Straße 22
5000 Köln 1

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach

Münster
Postlagerkarte Nr. 029033 B
4400 Münster

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
Postlagerkarte 080 845 B
Heidelberg

Karlsruhe
Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Westberlin
Postlagerkarte Nr. 007429B
1000 Westberlin 62

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg

Trier
Postlagerkarte Nr. 031078 B
5500 Trier

Redaktion des
ARBEITERKAMPFES
Lerchenstraße 75
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 50
Redaktion: 040/43 54 15
Abonnement-Verwaltung:
040/43 53 46

Terrorszenen

Frankfurt. Nach fünfeinhalb Wochen U-Haft, die Mirjam und Jürgen wegen des Verdachts, für eine „terroristische Vereinigung" geworben zu haben (§129a), erdulden mußten, wurden beide, nach wiederholter Intervention ihrer Anwälte, am 1. bzw. 2. 6. entlassen. Der Vierte Strafsenat des Oberlandesgerichts (OLG) entschied allerdings nur für eine „Haftverschonung", da die „erforderlichen Sachbeweise gesichert sind und die Ermittlungen kurz vor dem Abschluß stehen". Eine hämische Beurteilung nahm sich das OLG noch zu M. heraus: da sie „über tragfähige soziale Bindungen verfügt", sei eine Verlängerung der U-Haft nicht erforderlich. Nach der Verhaftung vom 23.4. und anschließenden Hausdurchsuchungen war M's Wohnung nämlich fristlos gekündigt worden.

Einziger (genannter) Grund des Verfahrens gegen M. und J. ist die Beschuldigung, Plakate folgenden Inhalts geklebt zu haben:
„Samstag 25.4. Demonstration 11.00 Uhr Campus
Für Zusammenlegung. Gegen Isolationsfolter und Hochsicherheitstrakte. Für politischen Status der irischen Kriegsgefangenen. Der Kampf geht weiter. Den Widerstand organisieren. Die antiimperialistische Front in den Metropolen aufbauen!"

Der mittlere Teil war mit einem fünfzackigen roten Stern unterlegt (s. AK 201). Beständig wird nun in einem Teil der Presse der unsägliche Schwachsinn verbreitet, der von Bundesrichter Kuhn anläßlich des letzten Hungerstreiks in die Welt gesetzt worden war: daß nämlich ein roter Stern „das Symbol der RAF" sei ... Was mit einer Rechtsbeugung begann, wurde an zwei aufeinander folgenden Samstagen (23. und 30.5.) auf dem Frankfurter Flohmarkt konsequent von der Polizei fortgesetzt.

Um auf die Verhaftungen und 129a-Verfahren gegen Hungerstreik-Unterstützer aufmerksam zu machen, hängten am 23. einige Leute das inkriminierte Plakat plus einem informierenden Aufkleber an drei Häusern auf der dem Zentrum des Flohmarktes gegenüberliegenden Straßenseite an; ein Transparent mit den Aufschriften: *„Wir unterstützen die Hungerstreikforderungen"* und *„Wir lassen uns nicht einschüchtern"* wurde am Geländer einer Mainbrücke, die zum Flohmarkt führt („Eisener Steg"), angebracht.

Die ersten drei Bullen, die dies mitkriegten, drängelten sofort mit gezogenen Knüppeln und unter Gebrauch von Ellbogen und Fäusten durch die Menge der Flohmarktbesucher, um vermeintliche Akteure festzuhalten, woraufhin ihnen breiteste Antipathie entgegengebracht wurde. Als für die Polizei Verstärkung eingetroffen war, wurden die ersten von insgesamt neun Verhaftungen vorgenommen. Die mit der Zeit auf ca. 150 Bullen angewachsene Polizeitruppe (einschließlich der „Zivil-Aufklärer") begnügte sich nicht damit, die Plakate abzureißen und die Feuerwehr das Transparent herunterholen zu lassen. Vielmehr hielt sie drei Stunden lang die Straße besetzt, räumte zweimal den „Eisernen Steg", was zu Stillstand eines Teils des Innenstadtverkehrs führte.

Die Polizei, die von Zeit zu Zeit Schlagstockeinsätze gegen die anwachsende, opponierende Menge (bis zu 1.200 Leuten) führte und Ausfälle unternahm, um weitere Leute festzunehmen, kam allerdings nicht damit zurecht, daß sich Flohmarktbesucher, Passanten, Punker und Linke gleichermaßen gegen die staatliche Gewalt wandten. Einige leere Dosen und einzelne Flaschen flogen gegen die Uniformierten, ab und zu wurden Aktionen der Bullen behindert und die Straße auch noch nach Abzug der Polizei besetzt gehalten. Volksfeststimmung kam auf. So zog das Bullenaufgebot um 16 Uhr nochmal auf und räumte die Straße völlig, während Wasserwerfer Händler und Besucher (an diesem Tag etwa 18.000) in Mitleidenschaft zogen. Die unangenehme Seite dieser Stunden waren ca. 20 Verletzte und neun Verhaftete, die z.T. erst am folgenden Tag freikamen und mit Verfahren wegen schweren Landfriedensbruchs, Körperverletzung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt „bedacht" sind.

In der Presse wurde nur eine Zahl von angeblich 20 verletzten Polizisten angegeben und die Ursache der berechtigten Unruhe gegen das staatliche Vorgehen verwischt. Die „FAZ" (28.5.) kam gleich zur Sache, sprach die Verantwortung des Geschehens einer „Terrorszene" zu und plädierte für weitere Spezialeinheiten der Polizei auf Landesebene und für neue, noch auszuklügelnde Polizeiwaffen; Punker, Popper und Rocker kriegten auch tüchtig ihr Fett weg. – Die „Gewerkschaft" der Polizei, die verantwortlichen Polizeistellen und Politiker rechtfertigten das Polizeivorgehen uneingeschränkt.

Tage vor dem folgenden Samstag (30.5.) meinte die Polizei schon ausmachen zu können, daß insbesondere Gruppen von Punkern und Rockern wieder „Putz" auf dem Flohmarkt planen würden (FAZ, 29.5. und 2.6.). „Gesprächs"-Fetzen, die Zivilbullen am Vormittag des 30.5. angeblich erlauscht hätten („Wann geht es denn endlich los", „wir müssen uns beeilen" – FR, 2.6.), hätten dafür Bestätigung gebracht. Damit wurde die „Verwahrung" (früher: Schutzhaft) von 66 Personen gerechtfertigt, die die Polizei nach irgendwelchen Merkmalen Punkern oder Rockern zuordnete. Gesetzliche Grundlage dafür sei der § 46 des Hessischen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes, wonach ein solches Vorgehen „rechtens" sei, *„um jemanden an der unmittelbar bevorstehenden Begehung einer rechtswidrigen Tat zu hindern"*. Von offizieller Seite wird die Zeit der In-„Verwahrung"-nahme ab Mittag angegeben; die erste Festnahme traf jedoch schon um zehn Uhr einen 14jährigen auf dem „Römer", einen halben km vom Flohmarkt entfernt ... Eine Reihe weiterer Festnahmen ereignete sich in ähnlicher Entfernung und zu ähnlich früher Stunde. Ein Haftgrund, der über mißliebiges Aussehen hinausging, lag gegen keine(n) der 66 vor, die zumeist erst nach Flohmarktende, gegen 16.30 Uhr, wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Nachträglich schob die Polizei als Begründung nach, daß vier von den 66 am „Krawall" vom 23.5. beteiligt gewesen sein sollen; datenschutzbewußt wollen die Datensammler angeblich *„alle nicht polizeirelevanten Fotos vernichten"* (FR, 2.6.).

Um noch mehr „Krawallbeteiligte" verfolgen zu können, fotografierte die Polizei die Szene dieses Vormittags unter dem Schutz von Bullenketten ab.

Einige Eltern haben Anzeige gegen Polizeibeamte erstattet, da sie den Tatbestand der Freiheitsberaubung erfüllt sehen. Betroffene beklagen u. a., daß sie in aller Öffentlichkeit fotografiert wurden und Leibesvisitationen über sich ergehen lassen mußten. Die antifaschistische „BI gegen den Nazi-(buch-)laden" trat mit zwei Presseerklärungen und einem Flugblatt zu den Übergriffen an die Öffentlichkeit. U. a. wird die Abschaffung der §§ 129 und 129a gefordert. Ein SPD-Stadtverordneter und Richter am OLG kritisierte das Polizeivorgehen wegen Unverhältnismäßigkeit und sagte, die SPD-Fraktion werde sich damit befassen und Stellung nehmen. Kritisch äußerte sich auch die FR: der Stil von Nürnberg werde sichtbar.

Der AStA der Uni Frankfurt sagte unter dem Eindruck dieses und anderer Geschehnisse ein für den 9.6. geplantes öffentliches „Gespräch mit Polizeivertretern" über Motive und Verhalten von Polizisten und Demonstranten bei Demonstrationen ab. Derzeit sei ein solches Gespräch „phrasenhaft", da die Polizei *„augenscheinlich das Recht auf Unversehrtheit der Person, auf menschliche Würde außer Kraft setze"*.

KB/Gruppe Frankfurt



Zur ideologischen Ausrichtung einer feministischen Antifa-Arbeit

Da die doppelte Unterdrückung der Frau durch Klassen- und Geschlechtssklaverei im Faschismus einen besonders terroristischen Ausdruck fand, muß Antifa-Arbeit, die sich auf die Frauenfrage bezieht, gleichzeitig ein kommunistischer wie feministischer Ansatz sein. Um bei mehr Frauen Interesse für Antifa-Arbeit zu wecken, ist es notwendig, aus unserer Betroffenheit als Frauen Politik zu entwickeln und damit wiederum Betroffenheit bei anderen Frauen auszulösen.

Antifeminismus im Nationalsozialismus

Eine Gruppe Wissenschaftlerinnen gebraucht in einer Materialsammlung zu einer Ausstellung zur Geschichte von „Frauenalltag und Frauenbewegung im 20. Jahrhundert" (z.Zt. im Historischen Museum Frankfurt) den Begriff des faschistischen Antifeminismus. In fast allen Geschichtsschreibungen wird auf Antisemitismus und Rassismus im allgemeinen eingegangen. Faschistischer Antifeminismus aber ist mehr als eine Politik, die die Frauen an Heim, Herd und Familie bindet und sie als billige Reservearmee ausbeutet; sie ist rassistisch und Bestandteil der sozialdarwinistischen Ideologie und Praxis (Sozialdarwinismus = Recht des Stärkeren, Faustrecht, Unterdrückung und Ausrottung sozial schwächerer Bevölkerungsteile, teilweise „wissenschaftlich" legitimierter Rassismus). Denn erstens wurden die Frauen zur planmäßigen „Rassenerhaltung" mißbraucht, und zweitens erreichte der Sexismus ein Ausmaß, das selbst nur noch rassistisch war (1). Die Frauen wurden als biologisch bedingt minderwertige, dumme Rasse abgestempelt, ohne Verstand. Alfred Rosenberg (ab 41 ‚Reichsminister für die besetzten Ostgebiete', am 16.10.46 nach Todesurteil im Nürnberger Prozeß hingerichtet) versuchte in seinem Buch „Der Mythos der 20. Jahrhunderts" diesen rassistischen Sexismus ‚wissenschaftlich' zu legitimieren: *„Die Fähigkeitslosigkeit* (der Frau) *ist die Folge des rein auf das Pflanzenhafte und auf das Subjektive gerichteten Wesens. Es fehlt der Frau aller Rassen und Zeiten die Gewalt einer sowohl intuitiven als geistigen Zusammenschau. ... Halten wir uns die anfangs dargestellte Tatsache vor Augen, daß in der ganzen Weltgeschichte Staat, soziale Architektonik, überhaupt jeder dauernde Zusammenschluß die Folge männlichen Willens und männlicher Zeugungskraft gewesen sind, so ist klar,*

chen Willens und männlicher Zeugungskraft gewesen sind, so ist klar,

daß ein grundsätzlich zugestandener, dauernder staatlicher Einfluß der Frau den Beginn des offenkundigen Verfalls darstellen muß" (2).

Vergleichen wir dazu die Ausführungen von Christa Meves, Frauen- und Familienideologin im Spektrum zwischen CDU/CSU und Rechtsradikalismus: *„Es gehört zum Wesen des Weiblichen, personenbezogen zu sein, während der Mann mehr sachbezogen ist; erobern, entdecken, erforschen, expansiv sein, schöpferisch gestalten ist seine Domäne. Zum Wesen der Frau gehört mehr die Welt des Gefühls, der Innerlichkeit, der Schönheit, des Sorgens, des Hegens, Pflegens und Bergens"* (3).

„Die Frau hat von ihrer biologischen Aufgabe her ein natürliches Bedürfnis nach Unterwerfung, der Mann nach Eroberung und Beherrschung" (4).

Rosenberg spricht auch davon, daß es auf den *„Willen zur Selbstbehauptung"* des Mannes ankomme, denn die Frau strebe nach Macht.

Antifeministisch war nicht nur das Frauenbild im Nationalsozialismus, sondern Antifeminismus wurde bewußt und gezielt als Politik eingesetzt. In allen Bereichen wurden Frauen erniedrigt und beleidigt, jede Emanzipationsbestrebung wurde angegriffen *„Kürzlich ist die Assessorin S. Vorsitzende des Schöffengerichts Charlottenburg geworden. Wenn dann vielleicht noch, wie in der ersten Sitzung, ein weiblicher Schöffe vorhanden ist, das Gericht also mit zwei Frauen und einem Mann besetzt ist, so bedeutet das eine Herabwürdigung der Rechtspflege, wie sie kaum ärger gedacht werden kann"* (Goebbels 1933)(5).

Die Familienpolitik, die Christa Meves propagiert, weist zu der der Nazis erschreckende Parallelen auf: *„In einer jungen Ehe, in der Kinder erwünscht und das Nest für sie vorhanden ist, ist die leibliche Vereinigung eine grandiose Verwirklichung der Liebe"* (6). *„Im Innersten moralisch fragwürdig bleiben daher alle Verhütungsmethoden selbst in der Ehe"*, denn die ‚sexuelle Endhandlung' steht *„ja im Dienst der Arterhaltung"* (7).

1933: *„Herstellung und Verkauf von Schutz- und Verhütungsmitteln ist verboten; die Eheberatungsstellen wurden abgeschafft, an ihre Stelle treten die Rasseämter. Die Kinderfürsorge wird radikal vernichtet, fast alle Kinderkrippen fallen der Schließung anheim"* (8).

Die Frauen wurden aus den Berufen, dem Erwerbsleben und den Uni-



Mein Lehrer sagte immer:
– Jeden Tag kalt duschen, das formt den Charakter.
– Gelobt sei was hart macht.
– Ein deutsches Mädel muß hassen können.
– Ein deutsches Mädel weint nicht.



versitäten gedrängt: so wurden alle Asta-Sitze, die Studentinnen innehat-

versitäten gedrängt: so wurden alle Asta-Sitze, die Studentinnen innehat-

ten, sofort mit männlichen NS-Studenten besetzt. Es wurden Ehestandsdarlehen bis zu 1.000 RM gegeben, wobei die zurückzuzahlende Summe sich bei jedem geborenen Kind verringerte und bei dem 4. geschenkt wurde. Mit dem Argument des angeblichen „Doppelverdienertums" sollte männliche Arbeitslosigkeit beseitigt werden; das wirkliche Ziel war: durch eine drastische Erhöhung der Geburtenrate die militärische Kapazität zu erhöhen. In München wurden auf einer Kundgebung die Studentinnen dazu aufgefordert, *„sich nicht an den Universitäten herumzudrücken, sondern lieber dem Führer ein Kind zu schenken"* (9).

Zur aktuellen Poltik der CDU/CSU: Baden-Württemberg führte 1977 als erstes Bundesland das Familiendarlehen bis zu 8000 Mark ein. Dies führte zu einer Steigerung der Eheschließung von 17 % innerhalb eines Jahres. *„Wie sollen wir bei der Geburtenrate von heute in 25 Jahren unsere Natoverpflichtungen erfüllen? Für mich ist die Frage der Familienpolitik die zentrale Frage der staatlichen Politik!"* (Helmut Kohl auf dem CDU-Landesparteitag Niedersachsen)(10).

„Wie soll es mit der Welt besser werden, wenn sich die Völker dezimieren, die begabt genug sind, für sich selbst ausreichend zu sorgen und darüberhinaus anderen zu helfen? ... In jeder gesunden, überhaupt dazu fähigen Familie müssen durchschnittlich drei Kinder geboren werden, damit die Volkszahl erhalten bleibt . . ." (11)

Auch der heutige Familienlohn, der in die Taschen der Männer wandert, ist ein faschistisches Relikt, als Mittel zur Spaltung der Arbeiterklasse, im Sinne von verschärfter Polarisierung und Hierarchisierung in der proletarischen Ehe (Familie), als *„Wechselspiel von männlichem Lohnmonopol und Gebärmaschine"* (12).

Offen faschistischer Terror herrscht (e) in dem Augenblick, wo sich keine Frau mehr entziehen kann (konnte), wo sie nicht mehr nur gegen die ideologische und ökonomische Gewalt ankämpfen muß, sondern wo sie mit administrativer und militärischer Gewalt gezwungen wird, Folge zu leisten. So hatte Himmler den Plan, deutsche Frauen, die bis zum 30. Lebensjahr kein Kind geboren hatten, zu verpflichten, dies bei der „Lebensborn"-Institution zu „beziehen"!, wobei sie sich den Vater des Kindes unter drei SS-Männern „aussuchen" sollten (13).

Zur faschistischen Entmündigung der Frauen paßt auch die vollkommene Negierung weiblicher Sexualität, bzw. die Verbreitung eines völlig asexuellen Bildes der Frau. *„Sie liebt nicht mit den Sinnen, sondern mit Herz und Geist"* (‚Frauenweckruf': „Über die Preußin")(14). Christa Meves steht dem nicht nach. *„Der Orgasmus der Frau ist in seiner nackten Form eine höchst künstliche Anpassung an das*

Frau ist in seiner nackten Form eine höchst künstliche Anpassung an das

männliche sexuelle Erleben. Er geht von dem anatomischen ‚Rest', der Klitoris, aus und ist deswegen für die Frau ein Rückschritt in die infantile Sexualität. Die große Liebe der Frau, die keine Onanistin war, geht nicht phallisch als Anstieg und abrupter Abfall der Spannung vor sich, sondern sie schwingt in weichen Rythmen, und für sie gibt es eigentlich kein Ende; denn für sie ist das Ende der männlichen Erregung im Grunde die Hoffnung auf einen großen, langandauernden erregenden Anfang: nämlich die Hoffnung, ein Kind empfangen zu haben" (15)! *„Selbstaufgabe an den geliebten Mann bildet grundsätzlich das Zentralstück ihres Glücks, die Hauptmöglichkeit zur Sinnerfüllung ihres Lebens"* (16).

Der weibliche Körper hatte sich den optimalen Bedingungen der Empfängnis- und Gebärfähigkeit anzupassen. Die Frau sollte ein unwissendes Säugetier sein. *„Doch auch der Sport macht die Frauen nicht nur unfruchtbarer, sondern auch dreister, schamloser, unbescheidener"* (Dies war die speziell italienische Variante)(17). *„Die Frau muß wieder zur absoluten Unterordnung unter den Mann zurückkehren: den Vater oder Gatten. Unterordnung und infolgedessen Unterlegenheit: geistige, kulturelle und ökonomische. Es gilt, dieses Prinzip zu sanktionieren, indem man es überall verbreitet, Einfluß auf die Öffentlichkeit zu nehmen, es durch Maßnahmen zu unterstützen, wie z.B. die Modifizierung der Ausbildungsprogramme, das Verbot, Frauen zu beschäftigen, das Verbot des Frauensports sowie strenge Strafen bei Erregung öffentlichen Ärgernisses und Unbescheidenheit"* (18).

Christa Meves wiederum wendet sich gegen die „V e r k o p f u n g" der Frau. *„Für Frauen birgt die Entwertung des Gefühls eine geradezu existenzielle Gefahr: Sie entwertet sich selbst, denn Tragfähigkeit, Sinnfindung und Verinnerlichung sind Werte, die sich mit Hilfe rational-logischer Weltbewältigungsweisen allein nicht entwickeln lassen ... Fast die Hälfte der Baader-Meinhof-Bande besteht aus Frauen! Und diese sind fast alle Akademikerinnen"* (19).

Die Nationalsozialisten hatten die Konsequenz einer wirklichen Befreiung der Frau schon richtig erahnt. Darauf war ihre antifeministische Propaganda ausgerichtet: *„Wer einmal das Gekreisch und Gezeter der Kommunistinnen und Sozialdemokratinnen auf der Straße, im Parlament und in den Sälen bei Versammlungen gehört hat, wer sie bei den roten Umzügen beobachtet hat, der wird ohne weiteres zugeben, daß sich eine deutsche Frau dazu nicht hergeben darf und daß der deutsche Mann in solchen Frauen sein Ideal nicht verkörpert sehen kann"* (20).

Der rassistische Sexismus wird besonders deutlich, wenn Alfred Rosen-

Der rassistische Sexismus wird besonders deutlich, wenn Alfred Rosen-

berg die „Judenemanzipation" nicht nur als ebenso unsinnig wie die „Befreiung der Frau aus der männlichen Sklaverei" bezeichnet, sondern beides miteinander in Verbindung bringt: *„Mit der Lehre der erotischen ‚Wiedergeburt' greift der Jude heute — und zwar auch mit Hilfe der Lehren der Frauenemanzipation — an die Wurzeln unseres ganzen Seins überhaupt ... hörten noch viele Frauen auf das Ablenkungsgeschrei der Feinde unserer Rasse und unseres Volkstums und waren allen Ernstes bereit, um Stimmzettel und Parlamentssitze willen, dem Manne den Kampf bis aufs Messer anzusagen. ... Aufgabe der echten Frau ist es, diesen Schutt hinwegzuräumen. Emanzipation der Frau von der Frauenemanzipation ist die erste Forderung einer weiblichen Generation, die Volk und Rasse, das Ewig-Unbewußte, die Grundlage aller Kultur vor dem Untergang retten möchte"* (21).

Wenn frau/man bedenkt, welche Bedeutung gerade dieser Antifeminismus für die Macht-Sicherung und die Bevölkerungspolitik des Nationalsozialismus hatte, läßt sich ahnen, welche besonders terroristische und sadistische Vernichtungsmaschinierie von Faschisten gegen uns Feministinnen entfaltet werden kann. In den KZs waren Frauen — wie (heute) in allen faschistischen Diktaturen — besonders sexistischen Foltern ausgesetzt.

Einerseits müssen wir also angesichts unserer besonderen Betroffenheit als Frauen durch Faschismus alle Anfänge des Neonazismus, dessen widerrechtliche Legitimierung durch Gerichte, bewußte Verharmlosung und Individualisierung durch die zuständigen Behörden und die Versuche familienpolitischer Faschisierung seitens der CDU/CSU auf schärfste bekämpfen; andererseits gibt uns die Auseinandersetzung mit faschistischer Familienideologie die Möglichkeit, alle sonstigen gegenwärtigen politischen und chauvinistische Unterdrückungsmaßnahmen und -mechanismen schneller und besser zu begreifen, da diese häufig nur subtiler sind.

Da inzwischen einige Antifa-Genossinnen begonnen haben, eine frauenbezogene Antifa-Arbeit zu entwickeln, halten wir es für sinnvoll, als ersten Artikel zu diesem Thema das folgende Arbeitspapier abzudrucken. Wir sehen so die Möglichkeit, bisher nicht erreichte Antifa-Genoss(inn)en auf das Thema anzusprechen, es über Antifa-Kreise hinauszutragen und hoffen auf Kritik und Anregungen.

Antifa-Kommission Hamburg

In Angriff genommene Untersuchungsarbeit, Artikelprojekte:

a. Untersuchung der Frauenpolitik von SPD und KPD vor 1933, um besser zu verstehen, warum unter anderem später die faschistische Frauenpolitik durchgesetzt werden konnte. Wir haben uns gefragt: Mußte überhaupt eine sozialdemokratische oder kommunistische Frauenpolitik von den Nazis zerschlagen werden oder war das gar nicht ‚nötig'? So vermittelte die SPD-Frauenzeitschrift „Gleichheit" — nachdem diese durch die Gründung der KPD von den radikaleren Kräften um Klara Zetkin abgegeben worden war — ein Frauenbild, das den Frauen andere gesellschaftliche Aufgaben zuwies als Männern, mit der Begründung unterschiedlicher „natürlicher" Eigenschaften, z.B. die Frau als „Hüterin und Bewahrerin von Menschenleben" (Reichsfrauenkonferenz der SPD 1921). Da fragt frau/man sich natürlich heute, was da vor den Faschisten eigentlich noch verteidigt werden sollte/konnte. Die KPD-Politik wollen wir daraufhin untersuchen, ob und wie ihre Frauen-Politik dazu in der Lage war, den barbarischen Eingriffen in das Leben der Frauen etwas entgegenzusetzen, bzw. dies vorher annähernd angemessen zu erahnen und einzuschätzen. Die Untersuchung dieser geschichtlichen Zusammenhänge der Frauenpolitik vor dem Faschismus ist von großer aktueller Bedeutung. Dies heißt für uns einerseits die Entwicklung kommunistisch-feministischer Standpunkte und Stoßrichtungen im Antifa-Bereich, andererseits die Erkenntnis, daß jede Frauenpolitik eigentlich auch immer antifaschistisch sein muß.

Praktische Fernziele sind deshalb:

Praktische Fernziele sind deshalb:

Bündnispolitik, antifaschistisches Bewußtsein in die Frauenbewegung tragen! Eine feministisch ausgerichtete antifaschistische Massenbasis ist sicherlich eine wirksame Front gegen die Faschisierung von Staat und Gesellschaft: Denn wir Frauen sind tatsächlich die Hälfte des Himmels; eigentlich mehr, wenn frau sieht, wozu wir offensichtlich nötig waren und sind.

b. Genauere Untersuchung der Frauenpolitik der Nazis von 33-45 und der rassistischen und antifeministischen Ideologie und Propaganda, anhand konkreter Bereiche, z.B. des Roten Kreuzes unter den Nazis (s. Ausführungen oben).

Weitere Arbeitsvorschläge:

c. Untersuchung der zunehmenden Brutalisierung der Sexualität. Gegenüberstellung von Weimarer Republik, Faschismus, Nachkriegszeit bis heute, z.B. an der Veränderung des Stellenwerts von Prostitution, oder inwieweit ist Vergewaltigung nicht weniger sexuelle Unterdrückung als politische?

d. Wie haben sich die Konzeptionen von SPD und CDU/CSU zur Familienpolitik seit 45 entwickelt? Daran die Faschisierung von Staat und Gesellschaft aufzeigen!

e. Zur Untersuchung unserer besonderen Betroffenheit als Frauen durch polizeistaatliche Entwicklung wurde im AK 195 von einer Hamburger Genossin ein Anfang gemacht: *„Nachts ging der Schutzmann auf Frauenjagd"*. Sie beschrieb, wie Bullen als Vergewaltiger und Zuhälter auftreten: *„Die Frauenverachtung gerade von Polizisten ist kein Zufall: Wer sich zur Polizei meldet, muß schon ein recht festgefügtes Bild von ‚Recht und Ordnung' haben, und dazu gehört auch das rechte Bewußtsein vom Wesen der Frau: Sie hat sexuell verfügbar zu sein und wenn sie sich nicht der weiblichen Rolle gemäß verhält, ist*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von S. 34

sie an den ‚Konsequenzen' selber schuld. ... Es ist anzunehmen, daß der Polizeiberuf Männer mit besonders aggressivem Männlichkeitsbild, mit Neigung zu Sadismus und Machtausübung besonders anzieht — und das Klima und die Erziehung im Polizeidienst tun ein übriges. Die Ausrichtung der Bullen auf Autorität, Haß auf Außenseiter, brutale Machtausübung usw. senken ihre Hemmschwelle auch gegenüber körperlichen Angriffen auf Frauen: Freiwild''.

F. Frauen in Neo-Nazi-Gruppen und



deren Frauenbild und -ideologie.

g. Veranstaltungsreihen zu ‚Frauen und Faschismus' im Zusammenhang mit dem Institut für Sozialforschung (Uni Frankfurt) und KSG (Ffm) oder Fachbereich Geschichte (Hamburg) an den Unis.

„Neuer Antifaschismus" und Neo-Chauvinismus

Da der „Neue Antifaschismus'' teilweise denselben Strömungen und demselben politischen Hintergrund entspringt wie der Neochauvinismus, richtet er sich wiederum insbesondere gegen uns Frauen, was ein Grund ist, ihm in diesem Zusammenhang nochmals Aufmerksamkeit zu widmen, um ihn bekämpfen zu können. „Neuer Antifaschismus'' äußert sich durch die bewußte Tolerierung des Neonazismus, Neochauvinismus durch ‚linke' Gewalt an Frauen und ‚linke' Pornographie. Beiden Erscheinungen ist gemeinsam, daß sie nicht nur individuelle Phänomene sind, sondern daß mit ihnen Politik gemacht wird. Relativ leicht herzuleiten ist, daß die ‚Neuen Philosophen' in Frankreich ein unmittelbar theoretisches Gerüst der „Neuen Antifaschisten'' darstellen.
theoretisches Gerüst der „Neuen Antifaschisten'' darstellen.
Darüberhinaus soll untersucht werden, wie diese dem Neochauvinismus behilflich sind, bzw. wie die Faschisierung von Staat und Gesellschaft sich auch hier ausdrückt, bzw. in einer Wechselwirkung hierdurch begünstigt wird; anders ausgedrückt, die Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Neokonservativismus und Neochauvinismus.

Im folgenden will ich den ideologischen Hintergrund dieser Strömungen, wenn auch noch mangelhaft, umreißen: Die ‚Neuen Philosophen' spielen hierfür eine Vorreiterrolle: Jede organisiert durchgeführte Gesellschaftsveränderung führe nach Auschwitz. Als Beweise dienen Faschismus und (=) Stalinismus (schwerpunktmäßig), wobei die ‚Beweisführung' sich ungerechtfertigt auf diese beiden Beispiele zu beschränken pflegt. Die Übel der Welt werden nicht in objektiven, ökonomischen Bedingungen gesehen, sondern im einzelnen Menschen, der die Sehnsucht nach Macht in seinem Wesen trage. Geschichtliche Vorgänge werden nicht auf materiellen Grundlagen analysiert, sondern scheinen nur als Phänomene sichtbar, als Erfahrungen, die der Mensch auf ewig zu wiederholen gezwungen sei. Von Veränderungsbemühungen oder gar Revolutionen wird daher dringendst abgeraten. Es wird dem Irrationalen, also nicht Faßbaren, gleichzeitig Bösen im Menschen gehuldigt sowie dem Pessimismus als einzig wahrer Weltanschauung (22). Die „Neuen Philosophen'' sind ehemalige Linke, die ihre politischen Frustrationen derart produktiv aufarbeiten. Verbindungen zur Neuen Rechten, auch in der BRD, bestehen nicht nur bezüglich ideologischer Gemeinsamkeiten, sondern konkret. Im Vergleich dazu waren die Jungkonservativen vor 1933 Vorläufer und weitgehende ideologische Wegbereiter des Faschismus.

Entstehen kann sowas aber wiederum nur auf dem Hintergrund realer politischer Kräfteverhältnisse: *„Daß Frankreich der Ausgangspunkt dieser neuen ‚Bewegung' ist, überrascht nicht, handelt es sich hierbei doch genau um eine Strömung, deren reales Substrat in der französischen Politik der Ausdehnung neokolonialistischer Kriege besteht (Zaïre, Shaba 1977, Demokratische Republik der Sahara seit 1975, Tschad seit 13 Jahren)''* (Armin Newerla im AK 129 zum ‚Neochauvinismus').

In der BRD wird z.B. ein „Dritter Weg'' als Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus durch den „Achberger Kreis'' propagiert, eine Fraktion bei den Grünen (AK 188).

Gemeinsam ist diesen Strömungen:

- Negierung und Ablehnung des Klassenkampfes: Nicht der erfolgreiche Klassenkampf von unten wird das Leben der Menschen verbessern, sondern die Versöhnung der Klassen ohne Beseitigung dieses Ausbeutersystems durch eine Revolution;
- links = rechts-Strickerei, in Wirklichkeit Abgrenzung gegen links, Offenheit nach rechts (s. AK 163 „Frontenverschiebung links/rechts?''), wobei vergessen wird, daß beides weder eine Erfindung von ‚Philosophen', den Grünen oder des „Dritten Weges'' ist, sondern eine der internationalen Bourgeoisie. Daß der „Dritte Weg'' i m Kapitalismus endet, wird schon daran klar, wenn dabei an eine Gesellschaft von autonom handelnden, selbstverwalteten Unternehmen gedacht wird, die in „freiem Wettbewerb'' zueinander stehen (AK 188 zum „Achberger Kreis'');
- Irrationalismus, „Gefühl'' wird dem Bewußtsein vorgezogen;
- Toleranz, die über die bürgerlich-

Bewußtsein vorgezogen;
• Toleranz, die über die bürgerlich-

liberalistische noch hinausgeht;
- nicht der Mensch macht seine Geschichte, sondern sein ‚Wesen' und das ‚Schicksal' bestimmen den Menschen.

Auch für den „Neuen Antifaschismus'' bedeutet das: eine völlig geschichts- und theorielose Diskussion des Faschismus und der Faschisierung von Staat und Gesellschaft. Es wird nicht auf der Ebene realer politischer und gesamtgesellschaftlicher Kräfteverhältnisse diskutiert:

- Es kommt zu Erklärungen des Neonazismus wie, die Linke wirke „nicht anziehend'' auf Jugendliche („Pflasterstrand'' [PS] Nr. 65), also eine Umwandlung eines politischen in ein pädagogisches Problem.
- Neofaschismus wird als „Anachronismus'' (unzeitgemäß, auch im Sinne von unrelevant, nicht brisant) bezeichnet (PS Nr. 83).
- Aber dies kann nicht über das wahre Geschichts- und Faschismusverständnis dieser „neuen Antifaschisten'' hinwegtäuschen: D.Cohn-Bendit (Frankfurter Sponti-Chef) lehnt es ab, Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt zu „unterstützen'', da dabei nur ein „autoritäres'' Regime gegen ein anderes ausgetauscht würde. Aber die imperialistische Unterdrückung in der Dritten Welt ist ja wohl keine ‚anachronistische' Erscheinung.
- Die These, daß jede Organisierung nach Auschwitz führe, leugnet die Tatsache, daß es in der Geschichte immer n u r d a n n zu durchschlagenden gesellschaftlichen Veränderungen kam, wenn sie organisiert durchgeführt wurden; spontaneistisch auftauchende Visionen und Träume vielmehr sind immer wieder von den Herrschenden einverleibt worden.
- Die links = rechts-Strickerei der „Neuen Antifaschisten'' zeigt, daß sie sich in nichts von der herrschenden unterscheidet. So wird die notwendige Abgrenzung von „K-Gruppen'' einerseits, andererseits *„schafft zwei, drei, vier, viele Nazibuchläden!''* propagiert (PS Nr. 83), und neonazistische Terrorgruppen liebevoll als *„wilhelminische Freaks''* bezeichnet (ebenda). Da wird nicht drüber nachgedacht, warum Kommunismus immer noch das schlimmste Schimpfwort des internationalen Imperialismus ist. Einerseits wird antifaschistischer Protest als „rassistisch'' (ebenda) bezeichnet, da er sich gegen eine „Minderheit'' richte, andererseits die rassistische und antisemitische Aggression der Nazis totgeschwiegen, ja unterstützt, ja als berechtigte *„Sozialrebellion''* (PS Nr. 65) gewertet.
- Mitleid mit dem Zustand von Teilnehmern einer NPD-Kundgebung geht nahtlos über in die Einschätzung der Neofaschisten als ungefährlich (PS Nr. 83). Auch das ist ebenso theoriewie geschichtslos. Schon Marx hat festgestellt, daß die faschistische Staatsexekutive hauptsächlich von Bohême und Lumpenproletariat getragen wird (23).

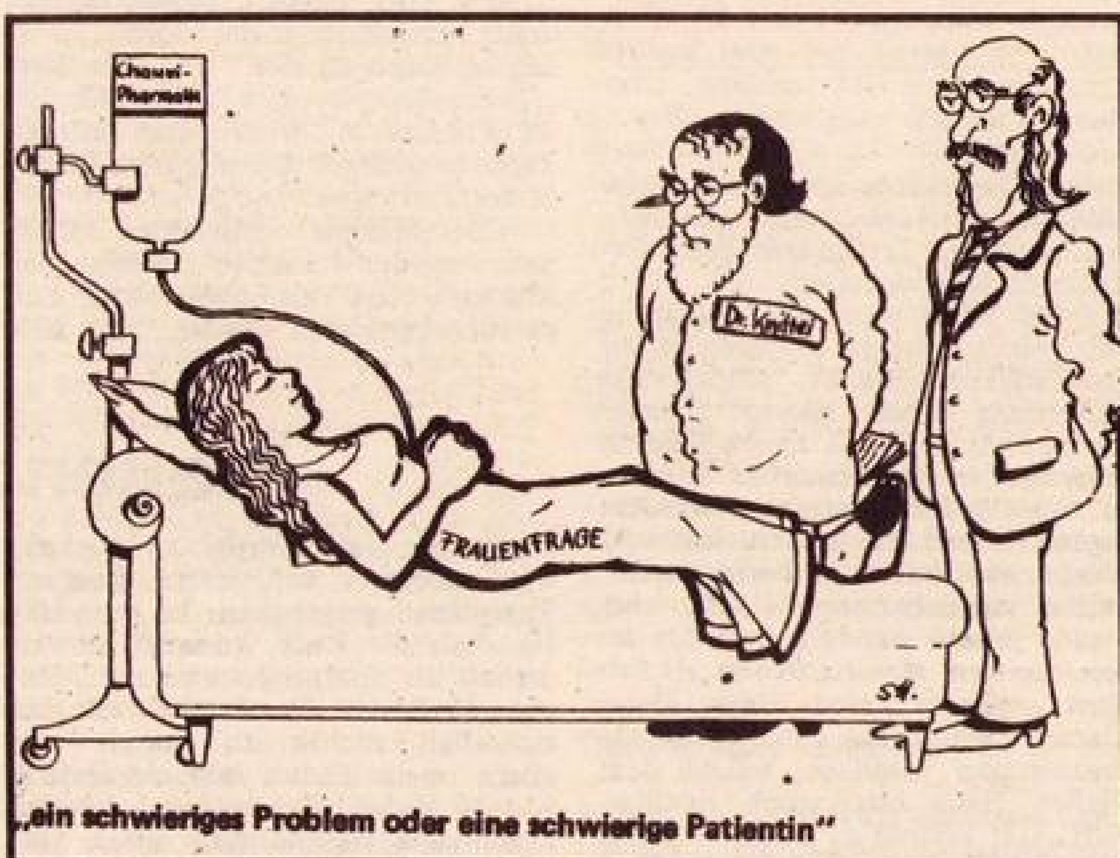
In Deutschland war es auch möglich, daß für Himmler „Verständnis'' aufgebracht wurde, weil er als Kind mit seiner Bezugsperson Probleme hatte . . . !

Kampf dem (Neo)-Chauvinismus!

Der „Neue Antifaschismus'' wie der Neo-Chauvinismus zeichnet sich nicht nur durch gleichgültige, liberalistische Toleranz aus, auch nicht nur durch das Primat des Gefühls vor dem Bewußtsein, sondern durch die Forderung nach dem Ausleben aller unmittelbar vorfindbaren Impulse und Regungen. Das zeigt sich beim „Neuen Antifaschismus'' z.B. an der Forderung nach mehr Nazibuchläden oder der Würdigung der „sozialrebellischen'' Faschisten, beim Neo-Chauvinismus durch das Ausleben von frauenfeindlichen, sexistischen, entwürdigenden und gewalttätigen Phantasien und Praktiken (Siegfried Knittel schilderte es im „Pflasterstrand'' als befreiende „männeremanzipatorische'' Tat, seiner schwangeren Freundin in den Bauch getreten zu haben; Gernot Gailer forderte in der „taz'' im Anschluß an seinen Porno — wo in seiner Phantasie 2 Frauen gleichzeitig vollkommen abhängig von ihm sind und er vollkommen über sie bestimmt — mehr „Peep-Shows'' und dies ausdrücklich gegen die Frauenbewegung).

Derart dem „Ausleben'' von Gefühlen gegenüber einer emanzipatorischen Bewußtseinsentwicklung den Vorrang zu geben, ist auf jeden Fall faschistoid. Die ganze „Dazu-steh-ich-Haltung'' gehört dahin. („Befreiung'' läuft eben nicht primär dadurch, daß

läuft eben nicht primär dadurch, daß



„ein schwieriges Problem oder eine schwierige Patientin''

mann lernt, seine „Gefühle zu akzeptieren'', weil diesen „Gefühlen'' leider häufig nicht zu trauen ist. Es wäre/ist schon viel gewonnen, wenn mann in seiner Beziehung zu Frauen seinen Kopf gebraucht(e), wie ihm das in anderen Lebensbereichen selbstverständlich ist.)

„... daß er und die Knittels mit der Emanzipation der Lust bei ihren faschistischen Vätern und ihren Propagandisten angekommen sind'' (Armin Newerla zum ‚Neo-Chauvinismus' im AK 129).

Faschismus ist unter anderem auf die Spitze getriebener männlicher Chauvinismus und Männlichkeitswahn. Welcher Mann, der vor dem „Ausleben'' der Faschisten keine Angst hat, ist bereit, sein chauvinistisches Alltagsverhalten zu überprüfen? Sowas ist vielmehr Chauvinisten- und Vergewaltiger-Kumpanei!

Der Ausdruck „Männlichkeitswahn'' hier ist nicht mißzuverstehen mit Äußerungen, die gerade aus der Ecke der „Neuen Antifaschisten'' kommen und die ja hier bekämpft werden sollen. So ist D.Cohn-Bendit am 17. Juni 78 mit der Parole aufgetreten: „Der Faschismus ist in uns allen'', und diesem gelte der Hauptkampf, womit vom Aufmarsch der Faschisten in Frankfurt abgelenkt werden sollte. Darüberhinaus zeichnen sich derartige Strategien nicht dadurch aus, daß deren Propagandisten nun wenigstens ihre chauvinistischen Mechanismen sehr ernsthaft aufs Korn nähmen, um das Leben der Frauen zu erleichtern, sondern sie wollen sich erstmal als Männer befreien, besser fühlen, „Zwänge'' loswerden. Die Theorie vom Männlichkeitswahn in diesen Zusammenhängen ist also nicht nur klassenkampf- sondern auch geschlechterkampfverneinend. Der Ausdruck Männlichkeitswahn im Zusammenhang mit Faschismus ist dennoch berechtigt, **denn Faschismus ist extremster Ausdruck der Herrschaft der Bourgeoisie, gleichzeitig extremster Ausdruck der Herrschaft des Patriarchats,** denn die (Neo)-Chauvinismusdebatte setzt eben an Punkten an, die sich nicht immer lediglich aus kapitalistischen Klassenwidersprüchen herleiten lassen (z.B. Vergewaltigung). Andererseits besteht ein direkter Zusammenhang zwischen Neo-Konservativismus und Neo-Chauvinismus; dies werden wir anhand der Neuen Philosophen genauer nachweisen: Eine Philosophie, die von Gesellschaftsveränderung abrät, gleichzeitig der Sehnsucht nach Macht in jedem einzelnen huldigt, ruft gerade dazu auf, männliche Unterdrückungsmechanismen zu entfalten. Haben die faschistischen Ideologen die Frauen immer wieder an ihre „natürliche Bestimmung'' erinnert, sollen hier wohl eher die Männer direkt auf ihre „Natürlichkeit'' festgeschrieben werden.

Es hat in letzter Zeit des öfteren Diskussionen um die Berechtigung des Begriffs „feministisch'' zur näheren Charakterisierung unserer frauenbezogenen Antifa-Arbeit gegeben. Ich meine, sowohl die Untersuchungen zum Neo-Chauvinismus, als auch die Tatsache, daß im Faschismus generell ein Bild der Frauen ohne Verstand, unfähig zu konstruktivem, rationalem Schaffen gezeichnet und in gesellschaftliche Praxis durchgesetzt wurde, wenn das also praktisch möglich ist, und zwar nicht vor 1000, sondern vor 40 Jahren, so reicht das, um einen gesonderten, eigenständigen Kampf der Frauen — als Geschlecht — nicht nur zu rechtfertigen, sondern zu fordern. Im übrigen sind diese Diskussionen im Zusammenhang mit der aktuellen Diskussion der KB-Frauen um die Frauenfrage zu sehen.

Frauenfrage zu sehen.

Schließlich ist unsere Arbeit auch deshalb eine feministische, weil sie gerade in diesem traditionell männerdominierten Gebiet einen Kampf an vielen Fronten bedeutet. Dabei sei an den Artikel „Frauen in der Antifa-Kommission'' (AK 196) erinnert, der eine lebhafte Diskussion unter uns Antifa-Genossinnen auf breiterer Ebene gefördert, andererseits auch bei Genossinnen außerhalb der Antifa-Kommissionen Betroffenheit ausgelöst hat, weil hier z.B. Ausprägungen männlicher Arbeits- und Diskussionsweisen sehr deutlich zutage treten, die in anderen Bereichen subtiler, aber genauso gegenwärtig sind.

Daß der Antifa-Bereich männerdominiert ist, ist jedoch nicht primär die Schuld der Genossen, sondern liegt im Thema begründet, aus dem die frauenspezifischen Ansatzpunkte nur sehr schwer — auch gerade wegen der hochgradig ideologischen Verwicklungen — zu erarbeiten sind (Die schlimmste Unterdrückung der Frau, nämlich im Faschismus, ist eben im Einzelnen auch am schwierigsten zu entschlüsseln.). Nicht umsonst sind Anläufe hierzu schon mehrmals gescheitert. Hierin liegt auch eine Quelle von Verunsicherungen, die in mangelndem Selbstbewußtsein bezüglich politischer Arbeit bei uns Frauen ihr Gegenstück hat. Schließlich ist unsere Arbeit nicht zu entwickeln ohne unermüdliche Arbeit an unserer eigenen Emanzipation, ohne Auseinandersetzung mit bzw. Mitarbeit in der Frauenbewegung und der Weiterentwicklung von allgemeinen Standpunkten zu Frauenfrage und Feminismus.

Wenn unser Kampf als Frauen an mehreren Fronten stattfindet, so auch im Antifa-Bereich.

Frauen, Genossinnen,
Kampf an allen Fronten!
Kampf dem Faschismus an allen Fronten!

Ch. Antifa-Kommission Hamburg, (erweiternde Überarbeitung in Diskussion mit Antifa-Genoss(inn)en)

„Wenn ich im Sinne dieser Gedankengänge sage: ‚Heran an die Massen!', so sei betont, was eine Voraussetzung des Erfolges ist. Wir dürfen das Wort Goethes nicht vergessen: ‚Getretener Quark wird breit, nicht stark'. Wir müssen unsere kommunistische Ideologie ganz stark, ganz klar erhalten. Je mehr wir an die Massen herantreten, um so notwendiger ist es, daß die kommunistische Partei eine organisatorisch und ideologisch festgeschlossene Einheit ist. Wir dürfen uns nicht breit, quallenartig, zerfließend in die Massen ausgießen. Das würde zum schädlichsten Opportunismus führen, und wir würden außerdem einen schimpflichen Bankrott unserer Bemühungen um die Massen erleiden. Von dem Augenblicke an, wo wir durch Konzessionen an den ‚Unverstand der Massen' — neuer und alter Massen — unsere wahre Existenz als Partei aufgeben, verlieren wir das, was für die Suchenden das Wichtigste, das Bindende ist: die Flamme des neuen geschichtlichen Lebens, die leuchtet und wärmt, Hoffnung gibt und Kampfeskraft''. (Klara Zetkin vor der Konferenz der erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau 1923).

Anmerkungen

1. s. dazu: Frauenalltag und Frauenbewegung im 20. Jahrhundert, Materialsammlung zu der Abteilung 20. Jahrhundert im Historischen Museum Frankfurt 80, S.III 2,
s. dazu: Autonomie, Sonderheft Nr. 2, Medizin und Nationalsozialismus, Juli 80 S. 68
2. Materialsammlung . . ebenda, S.II 95
3. Erziehung zu Reife und Verantwortung, Kassel-Harleshausen, zitiert in KB-Broschüre ‚Kinder, Küche, Heim und Herd sind kein ganzes Leben wert!'
4. Ehealphabet, zitiert in KB-Broschüre ‚Kinder, Küche ...'
5. zitiert in: Hanna Elling, Frauen im deutschen Widerstand 1933-45, Ffm 1979, S.16
6. siehe 4.
7. Frage und Anspruch der Jugend, zitiert in „Kinder, Küche ...'
8. Johanna Schumann, Die Knechtschaft der Frau im „Dritten Reich'', in : ‚Kampf dem Faschismus', Arbeiterbuch 5, S. 226
9. Hanna Elling, ebenda, S. 15
10. zitiert in KB-Broschüre, ebenda
11. Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung, in KB-Broschüre, ebenda
12. Karl-Heinz Roth, Neuer Faschismus? in ‚Faschismus heute?', Ästhetik und Kommunikation Heft 32, S. 74
13. vgl. KB-Broschüre „Die Welt der Frau ist der Mann — an anderes denkt sie nur ab und zu'', S.4
14. Frauenweckruf: Über „Die Preußin'' in Johanna Schumann, ebenda, S. 224
15. siehe 4.
16. siehe 3.
17. Der italienische rassistische Theoretiker Loffredeo zitiert in: Maria-Antoniette Macciocchi, Jungfrauen, Mütter und ein Führer, Berlin 79, S. 82
18. ebenda, S. 84 f
19. Manipulierte Maßlosigkeit, in ‚Kinder, Küche ...'
20. Dr. C. Rosten: ABC des Nationalsozialismus, in „Die Welt der Frauen .. '', S. 7
21. Der Mythos des 20. Jahrhunderts, in: Materialsammlung, ebenda, S. III 96
22. vgl. dazu: Bernard-Henri Levy, Die Barbarei mit menschlichem Gesicht, Reinbek bei Hamburg 78
23. Karl Marx, Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte

1984 fest im Auge:

CIA marschiert

Im Jahre 1950 gab der Nationale Sicherheitsrat eine Anweisung (NSC-68) heraus, in der es hieß: „*Eine freie Gesellschaft ist verwundbar, da es ihren Mitgliedern leicht fällt, in Maßlosigkeiten zu verfallen – die Maßlosigkeiten einer unbegrenzten freien Meinung ...*"

Indem sie diese Direktive wörtlich nahm, sorgte die CIA durch Unterwanderung und Steuerung von Medien und Hochschulen dafür, daß das amerikanische Volk vor den Gefahren der freien Meinung bewahrt wurde.

Inzwischen geht dies der CIA nicht mehr weit genug, denn „*es ist der Akt der Veröffentlichung (an sich) ohne geprüft worden zu sein (durch die CIA), welcher schädlich ist*". Wie CIA-Zensor Herbert E. Hetu es ausdrückt, liegt das Problem der CIA darin, daß „*wir seinen (des Autors) Kopf nicht einordnen können*". Damit sind wir bei zwei Gesetzesvorlagen mit dem schönen Titel „Intelligence Identities Protection Act". Danach wäre es strafbar, Informationen zu veröffentlichen, die zur Identifizierung von Geheimdienstbeamten und -agenten führen könnten, selbst wenn sie aus öffentlichen Quellen stammen. Dies Gesetz wendet sich gegen die zahlreichen ausgestiegenen CIA-Mitarbeiter wie Phil Agee, die durch ihre Enthüllungsarbeit sowohl allgemein als auch konkret an Beispielen und Namen die Arbeit der CIA weltweit bekanntgemacht und dadurch nicht unwesentlich getroffen haben.

Ein weiterer schwerer Schlag gegen die Rechte der US-Bürger stellt Reagans Vorstoß dar, inländische Aktivitäten der CIA zu legalisieren. Die CIA würde damit in die Lage versetzt umfassende Programme gegen „*mutmaßlich vom Ausland gesteuerte Terroristen*" zu starten. Damit ist



„Schön, wieder ins alte Büro zu kommen!"

der direkte Anschluß an das Projekt
hätten, „gesetzliche Einschränkungen

der direkte Anschluß an das Projekt MHCHAOS gegeben, unter dem von 1962 bis 1974 hunderttausende Amerikaner überwacht wurden, um vermuteten ausländischen „Einflüssen" auf politische Widersprüche in den USA nachzugehen. Natürlich gab es keine greifabren Resultate.

Als MHCHAOS 1972 im Rahmen der allgemeinen Geheimdienstkritik in Mißkredit geriet, wurde es kurzerhand abgeschlossen und dessen Chef Richard Ober startete die „*International Terrorism Group*". Diese Truppe behielt alle Akten der MHCHAOS-Schnüffeleien, erhielt weiterhin Erkenntnisse vom FBI und Ober arbeitete im Nationalen Sicherheitsrat mit.

Eine interessante Wendung erhält die hinlänglich bekannte Einführung des neuen Ziels Terrorismus durch eine Bemerkung des ehemaligen stellvertretenden Außenministers George Ball, der streikende Arbeiter als „Paraterroristen" bezeichnete.

CIA und FBI – gesetzlos ...

Die großzügigere Auslegung der CIA-Rechte im Inland basiert auf einer neuen Anordnung Reagans vom Januar 1981, die erst bekannt wurde, nachdem im März auf widersprüchliche Weise eine geheime Anordnung Carters (No. 12036 vom 24.1.78) an die Medien gelangt war. Carter hatte darin als Punkt 2 „*Restriction on Intelligence Activities*" klare Grenzen für die Befugnisse gesetzt, die zumindest formal Gültigkeit hatten. Diesen Ansatz ersetzt Reagan jetzt durch die Formulierung „*Conduct of Intelligence Aktivities*", d.h. Durchführung von Geheimdiensttätigkeiten und öffnete ausdrücklich Tür und Tor für

– „Eindringliche" Techniken (z.b. Einbrüche usw.);
– Ermittlungen gegen US-Bürger und Ausländer in den USA (dies im klaren Verstoß gegen das Nationale Sicherheitsgesetz von 1947, nach dem die CIA „*keine Polizei-, Ermittlungs-, Vollstreckungs- oder Innere-Sicherheits-Funktion haben soll*");
– Konkrete Personenüberwachung in den USA;
– Einsicht in vertrauliche Papiere (z.B. Steuererklärungen);
– Unterwanderung von US-Organisationen, und „*Beeinflussung ihrer Aktivitäten*" (z.B. Spaltung, Bestechung), von Organisationen, die von Ausländern geführt oder von US-Bürgern getragen werden, welche mutmaßlich „*für oder im Interesse einer ausländischen Organisation oder Regierung*" arbeiten, selbst wenn sämtliche Tätigkeiten der Organisation absolut legal sind; nach der Wertskala der Regierung umfaßt dies zweifellos alle fortschrittlichen Organisationen und Solidaritätsgruppen.

In weiten Teilen widerspricht die neue Anordnung sogar den Empfehlungen der Rockefeller-Kommission, worin es heißt: „*Präsidenten sollten davon absehen, die CIA anzuweisen, wesentliche Ziele der Inneren Sicherheit zu verfolgen*". Delikaterweise gehörte Reagan selbst dieser Kommission an und hat den Bericht mit unterzeichnet.

Nach umfassenden öffentlichen Protesten kamen die üblichen Dementis. CIA-Sprecher Inman und Präsidentenberater Meese überschlugen sich in Verharmlosungen und Entschuldigungen. Indes gestand Inman ein, daß „*vielleicht ein paar neue Maßnahmen zur Kontrolle der Terrorismusgefahren notwendig sein könnten*", sowie, daß „*verschiedene Geheimdienstbehörden*" ihm berichtet hätten, „*gesetzliche Einschränkungen inländischer Aktivitäten und sehr ‚eindringlicher' Techniken*" behinderten deren Möglichkeiten.

Doch selbst wenn die Regierung von einer Freigabe inländischer CIA-Tätigkeit absieht, enthält die Anordnung noch genug brisante Punkte, um die USA einige Schritte näher an den Polizeistaat zu bringen. So soll das FBI ermächtigt werden, Organisationen zu untersuchen und „*deren Aktivitäten zu beeinflussen*" welche möglicherweise (!) für eine fremde Macht handeln und „*in internationalen terroristischen Aktivitäten engagiert*" sind. Unter dieser Klausel könnte das FBI gegen jede Organisation vorgehen, welche dem Weißen Haus ideologisch zuwiderläuft. Das könnte z. B. im Moment die katholischen Bischöfe treffen, welche gegen eine US-Militärintervention in El Salvador opponieren. Die Techniken, die dabei schon angewendet worden sind, reichen von Rufmord bis hin zu Mord – die Enthüllungen der Geheimdienst-„Untersuchungen" von vor zehn Jahren sind noch unvergessen ...

Die neuen Vorstöße Reagans zielen in kein Vakuum. Es ist nur logisch, daß eine Regierung, die ihre militärische Stärke draußen ausbauen will und extrem feindselig gegenüber Befreiungsbewegungen ist, Widerstand im eigenen Land unterdrücken muß. Seine „Spar"politik hat ebenso wie seine „Interventionsabsichten" bereits zu erheblichem Protest geführt. Reagan will dem mit einem gestärkten Geheimdienstapparat entgegentreten.

(Informationen aus „counterspy", May/July 1981)

USA-Kommission

Atlanta (USA):

Rassistische Massenmordserie ohne Ende

28 Tote sind das Ergebnis einer bisher unaufgeklärten Mordserie an der schwarzen Bevölkerung Atlantas. Das jüngste Opfer wurde vor ein paar Tagen in einem Fluß eintdeckt. Das kennzeichnende dieser Serie ist, daß sich der/die Mörder seit knapp zwei Jahren in der Mehrzahl kindliche Opfer zwischen 9 und 15 Jahren heraussuchte(n), die alle ihren Wohnsitz in den schwarzen Ghettos der Stadt haben. Insgesamt sind bisher über 20 Kinder dieser Altersstufe tot aufgefunden worden. Der/die Mörder schein(t)en dabei nach dem sich wiederholenden Prinzip vorgegangen zu sein, die Kinder erst im Ghetto anzulocken, sie dann zu verschleppen und sie schließlich umzubringen. Betrachtet man die Situation der Kinder in den Ghettos, so wird man feststellen, daß sie leicht anfällig sind für einen Mörder, der mit einem Geldschein winkt. Denn diese Kinder müssen im Gegensatz zu den Kindern der Mittelklasse in den weißen Vororten wesentlich zum Lebensunterhalt ihrer Familien beitragen. Sie, die im Soziologen-Jargon als „hochentwickelte Überlebenstechniker" bezeichnet werden, müssen jede Gelegenheit ausnutzen, um Geld zu verdienen. Die Tatsache, daß die sich jeden Tag dem Existenzkampf wieder neu stellen müssen, wird auf menschenvernichtende Weise ausgenutzt und zeigt an, in welchem sozialen Klima diese verabscheulichen Morde stattfinden.



Schwere Vorwürfe gegen die Ermittlungen der Polizei

Erst nachdem acht Morde unaufgeklärt blieben und betroffenen Mütter eine Initiative „Stoppt die Kindermorde" gegründet hatten, begann die örtliche Polizei Verbindungen zwischen den einzelnen Morden zu sehen und richtete ein Sonderkommando ein. Durch diese Nachlässigkeit am Anfang der Mordserie wurden viele Spuren für immer vernichtet. Obwohl seit Juli 1980 FBI, Mordspezialisten aus anderen Städten, Astrologen, Hellseher und ein Computer an der Aufklärung des Falles arbeiten, verstärkt sich bei der schwarzen Bevölkerung Atlantas der Verdacht, daß trotz spektakulärer Einsätze immer noch nicht genug getan wird. „*Wären hier Kinder aus der weißen Mittelklasse verschwunden, würde jetzt an jeder Straßenecke ein Polizist stehen*" (Stellungnahme der Initiative).

Neuen Nährboden für diese Aussage hat das FBI kürzlich selber geschaffen. Ein FBI-Agent erklärte gegenüber der Presse, „*vier der ermordeten Kinder wurden von ihren eigenen Eltern getötet, weil die Eltern ihre Kinder als Plage angesehen hatten*" („New York Times", 16.4.). Gleichzeitig bezeichnete er die Morde „*nicht alle als ungewöhnlich*" und fuhr fort: „*Die geheimnisvollen Todesfälle von 25 Kindern in 20 Monaten würden keine bedeutende Kriminalitätswelle in Atlanta anzeigen*" (s.o.).

keine bedeutende Kriminalitätswelle in Atlanta anzeigen" (s.o.).

Obwohl diese rassistischen Aussagen von der Initiative „Stoppt das Kindermorden" als unverschämte Lüge zurückgewiesen wurden, zeigt sich hier doch ein großes Problem: Diejenigen, die ein rassistisches Verbrechen aufdecken sollen, geben selber rassistische Stellungnahmen ab und begünstigen diese Verbrechen.

Die Reaktionen der schwarzen Bevölkerung

Kaum ein Verbrechen trifft die Menschen in den Ghettos so sehr wie diese Kindermorde, denn der Mörder will zeigen, wie wehrlos sie sind. Der Terror lädiert die Seelen der Kinder und beherrscht auch das Leben der Erwachsenen. Der Schulbesuch sinkt rapide, viele Kinder wagen sich nicht mehr auf die Straße. Kinder unter 14 Jahren dürfen zwischen 19 Uhr und 6 Uhr die Straße nicht betreten. Im Falle eines Verstoßes müssen die Eltern 500 Dollar Strafe bezahlen. Viele Schwarze lehnen diese Maßnahme ab, weil die Kinder während des Tages von der Straße weggegriffen worden seien, und

Kinder während des Tages von der Straße weggegriffen worden seien, und

sie dadurch nur zu Gefangenen in ihrer eigenen Heimat gemacht würden. Neben berechtigter Angst und Verbitterung über das Versagen der Polizei gibt es auch Versuche, die Ohnmacht zu durchbrechen. Neben der schon oben erwähnten Initiative hat es in verschiedenen Städten Protestdemonstrationen gegeben (z.B. in Harlem mit 15000 Teilnehmern). Verschiedene Künstler haben mit dazu beigetragen, daß 155000 Dollar gesammelt wurden, die zur Ergreifung der Täter ausgesetzt worden sind. In Atlanta selber wurden Selbstverteidigungsmilizen gebildet, die aber von der Polizei nicht geduldet werden. Ständig halten sich in der Stadt schwarze Bürgerrechtler auf, die die Bevölkerung vor einer Radikalisierung warnen. Ob dieses gelingt, ist fraglich, da immer mehr Schwarze einen Zusammenhang sehen mit der Kette rassistischer Gewaltakte in den USA. Beispielhaft dafür ist die Aussage einer hohen Beamtin in Atlanta, die für Rassenbeziehungen zuständig ist, die die Kindermorde für einen „*Teil der systematischen Abschlachterei von Schwarzen hält*", die „*wir überall in*

der systematischen Abschlachterei von Schwarzen hält", die „wir überall in

den USA erleben" (nach „Spiegel", 16.3.81).

USA-Kommission

Frauen zahlen Reagans Zeche

Ohne mit der Wimper zu zucken, wird allerorts von Herrn Reagans Sparplänen gesprochen. Ist vom US-Haushalt die Rede, kommen unweigerlich die Sparprogramme zur Sprache. Doch mit Sparsamkeit hat das sicherlich nichts zu tun, wenn allein im laufenden Jahr ein Defizit von 80 Mrd. Dollar entstand. Für das kommende Haushaltsjahr ab 1. Oktober sind trotz 41 Mrd. Dollar „Einsparungen" noch mindestens 45 Mrd. Dollar mehr Ausgaben als Einnahmen vorgesehen. Damit werden die Staatsschulden die gigantische Summe von 1.000.000.000.000 Dollar (1 Billion) erreichen. Gleichzeitig wird der Militäretat auf 189 Mrd. Dollar erhöht (24 % des Haushalts). Die immensen Ausgabensteigerungen sollen an anderer Stelle „eingespart" werden. Neben allen allgemeinen Sozialprogrammen, die für Arbeiter und Arbeitslose, Bildung und Wohlfahrt, Kindergärten und Lebensmittelmarken laufen, sollen dabei besonder die Frauen zur Kasse gebeten werden. Durch zahlreiche Gesetzes„reformen" und Etatkürzungen werden gerade sie getroffen:

– 4,89 Mio. Frauen werden aus der Arbeitslosenhilfe ausgesteuert. Einsparung: (ab 83) 285 Mio. Dollar
– 900.000 Frauen bekommen keine Lebensmittelmarken mehr. Einsparung: 1,2 Mrd. Dollar
– 750.000 Frauen werden aus der staatlichen Gesundheitsfürsorge gestrichen, darunter zuerst Frauen während der ersten Schwangerschaft und Kinder in Familien mit beiden Elternteilen. Einsparungen: 100 Mio. Dollar
– 700.000 arme Frauen, Säuglinge und Kinder erhalten durch das WIC-Programm (Lebensmittel und Beratung) keine Unterstützung mehr. Einsparung: 300 Mio. Dollar
– 360.000 Frauen werden ganz und 232.000 Frauen teilweise aus der Unterstützung für Familien mit hilfsbedürftigen Kindern gestrichen. Einsparung: 520 Mio. Dollar
– 100.000 Frauen verlieren ihren Job durch Streichung im Öffentlichen Dienst. Einsparung: 300 Mio. Dollar
– 32.000 alleinstehende Mütter verlieren einen Mietzuschuß . Einsparung: 10 Mio. Dollar.

Diese wenigen Beispiele zeigen, daß gerade die Frauen als Schlußlichter des US-Wohlstands doppelt herhalten müssen. Doch die Angriffe der Reagan-Regierung beschränken sich nicht auf die Haushaltskassen der Frauen! Durch so harmlos klingende Gesetze wie „Familienschutzgesetz" oder „Gesetz menschlichen Lebens" wird die totale Entrechtung aller US-Frauen angezielt. Das Gesetz zum Schutz der Familie wird de facto Hilfsprogramme für Rassenintegration, geschlagene Frauen und deren Kinder, Vergewaltigungskrisenberatung, Scheidungsfälle, alternative Lebensformen sowie lesbische und schwule Rechte beenden. Das Gesetz zum Schutz des menschlichen Lebens wird festlegen, daß ein Fötus eine Person ist, die unter dem Schutz der Verfassung gestellt wird. Solange das Gleichberechtigungsgesetz ERA noch nicht in Kraft ist, hat damit der Fötus ein höheres juristisches Recht als die Frau. Bei jeder Abtreibung, die bislang noch (seit 1973) in den USA völlig legal ist, soll künftig nicht nur die Frau, sondern auch der/die Mediziner/in sowie helfende Angehörige usw. des Mordes angeklagt werden.

Bereits vor zwei Jahren wurde sozial schwachen Frauen die Möglichkeit einer Abtreibung auf Kosten der staatlichen Gesundheitsfürsorge genommen. Gleichzeitig wurde der Beihilfesatz für Sterilisierungen auf 90 % angehoben. So sind heute bereits 35 % der Puerto Ricanerinnen, 42 % der Indianerinnen und 43 % der armen schwarzen Frauen im gebärfähigen Alter sterilisiert!

(Alle Angaben aus „Workers World", 15.5.81)

USA-Kommission

20 Jahre Invasion in Kuba

Zum 20.Mal jährte sich kürzlich eine Aggression der USA gegen ein mittelamerikanisches Land – die Invasion in die kubanische Schweinebucht am 17.April 1961. Gerade weil gegenwärtig die Gefahr einer militärischen Intervention der US-Imperialisten in mittelamerikanische Länder zunimmt, soll am Beispiel Kubas gezeigt werden,welche Rolle die USA für diesen Raum spielen und welche Bedeutung andererseits die Revolution für die Einschränkung der imperialistischen Herrschaft hat.

Kuba vor der Revolution

Am 31.Dezember 1958 floh der kubanische Diktatur Batista, der in seinen zwei Regierungsperioden ca. 400 Millionen Dollar beiseite geschafft hatte, in die Dominikanische Republik. Sein ohnehin desolates Regime war unter dem Druck der Guerilla zusammengebrochen, die seit zweieinhalb Jahren von der sierra Maestra aus den Kampf gegen die Diktatur immer erfolgreicher geführt hatte. Unter der brutalen Repression,mit der die Diktatur gegen die Bauern vorging, verloren ca. 20 000 Menschen ihr Leben. Bis zu diesem Zeitpunkt war Kuba eine Quasikolonie der USA. Havanna war übersät von Bordellen und Spielkasinos – hier tobten sich die Kapitalisten und andere Gangster der USA aus. Verächtlich wurde die Hauptstadt Kubas das Bordell der USA genannt (Vertreter der „Freien Presse" des Westens weinten diesem Zustand noch Jahre nach).

1956 lag das kleine Kuba in der Rangliste der Direktinvestitionen der USA in Lateinamerika noch auf dem Rang drei, obwohl die US-Auslandsinvestitionen bereits zum größten Teil in Ölländer floß(1). 1957 betrugen die US-Direktinvestitionen 850 mio.Dollar (2). 1959 soll der gesamte US-Besitz in Kuba 1.5 Mrd. Dollar betragen haben (3). Der kubanische Handel war einseitig an den USA ausgerichtet. Nach dem Zuckerabkommen („Zuckerquote") mit den USA bezogen die USA mit ca. 3Mio. Tonnen etwa die Hälfte des kubanischen Zuckers. Kuba war damit wichtigster Zuckerproduzent der USA. Ca. 40% des Profits aus dem Zuckerexport ging an US-Gesellschaften (4). 1955 bezog Kuba 73,4% seiner Importe aus den USA und es exportierte in die USA 68.9% seiner Waren(5). Im gleichen Jahr lag der Zuckeranteil am kubanischen Export bei 79,8%(6). Angesichts dieser Zahlen ist es zunächst erstaunlich,daß der Sturz Batistas in den USA eigentlich mit viel Gleichmut hingenommen wurde, ja Fidel Castro sich dort sogar einer breiten Sympathie erfreute.Der Grund für diese erste Reaktion war wohl, daß man dort nicht glaubte, daß die bärtigen Rebellen ernst machen würden. Das Programm der Revolutionäre war ja auch zunächst nicht detailliert entworfen und wirkte in den allgemeinen Manifesten ge-

nicht detailliert entworfen und wirkte in den allgemeinen Manifesten ge-

mäßigt reformistisch. Und Bewegungen dieser Art,wie die APRA in Peru, hatten noch immer nach der Machtergreifung mehr das persönliche Wohl im Sinn als das des Volkes.

Erste Maßnahmen,wie Senkung der Mieten um 30 bis 50%, Senkung der Hypothekenraten, Währungs- und Importkontrollen (7), ein Arbeitsbeschaffungsprogramm im Umfang von 100 Mio.Dollar wurden noch leicht hingenommen. Je mehr jedoch das Agrarreformgesetz Gestalt annahm, desto unruhiger wurden die US-amerikanischen Investoren und die Regierung und die besitzende Klasse Kubas begann gegen die Revolution zu agieren. In der Sierra de Escambray begannen konterrevolutionäre Banden zu agieren.

Das Gesetz zur Agrarreform

Der Boden in Kuba war völlig ungleich verteilt. Die letzte Bestandsaufnahme von 1945 zeigt, daß 7,9% der Farmen 71,1% des bebauten Bodens ausmachten, 69,9% der Farmen sich aber mit 11,2 bescheiden mußten. Die Zuckerunternehmen kontrollierten 80% des bebauten Bodens (8). Während ein großer Teil des Bodens der Zuckerunternehmen brach lag, mußten große Mengen an Nahrungsmitteln importiert werden (9).Mehr als 200 000 Familien waren gänzlich ohne Land (10). Am 17. April 1959 wurde das Gesetz über die Agrarreform verkündet. Darin wurde das Latifundiensystem verboten und die oberste Bodenbesitzgrenze auf 30 Caballerias (ca.400 ha -d.V.) festgelegt – ausgenommen davon wurden Genossenschaften. Was die Imperialisten aber dann zum Heulen brachte, waren die Artikel 12 bis 15,in denen bestimmt wurde,daß nur Kubaner kubanischen Boden besitzen dürften. Auch mit der Form der Entschädigung waren die Imperialisten überhaupt nicht einverstanden,denn die Entschädigung bestand aus Schuldverschreibungen mit 20jähriger Laufzeit und einer Verzinsung von 4,5%. In Einzelfällen wurde die Entschädigung sofort ausgezahlt (11). Der Besitzwert wurde nach den Steuerveranlagungen fstgesetzt und das konnte den US-Besitzern gar nicht recht sein,da sie zwecks Steuerhinterziehung nur einen Bruchteil des wirklichen Wertes veranlagt hatten.

Sie bekamen zwar die Chance, ihre Steuererklärungen mit den wirklichen Werten zu erneuern, worauf sie aber verzichteten, weil sie dadurch ihren jahrzehntelangen Raub an Kuba zugegeben hätten (12). Natürlich ging die Durchführung der Enteignungen nicht von heute auf morgen vonstatten. So wurden zunächst nur Teile von US-Besitz besetzt, darunter Land der United Fruit Co., der Cuban Amerikan Sugar Co., der West Indies Sugar Co, der Lykes Bros. und Francisco Sugar Co.(13). Im April 1960 schätzte das State Department, daß 5 bis 6 Mio.Dollar US-Besitz enteignet worden seien (14).

Die Aggression beginnt

Im Oktober beschuldigt Fidel Castro die USA, daß von Florida aus mehrere Flugzeugattacken gegen Kuba geflogen worden seien, wobei es zwei Tote und 45 Verletzte gegeben habe. Fidel machte in dieser Erklärung klar, daß die kubanische Revolution nicht bereit sei, sich einschüchtern zu lassen, sei es von den USA oder von kubanischen Konterrevolutionären. Die Kubanische Revolution setzte von Anfang an auf die Mobilisierung des Volkes. Fidel erklärte: *„Unsere Antwort auf diese Luftangriffe muß das Training und die Bewaffnung der Bauern, der Arbeiter, der Berufstätigen und auch der Frauen sein"*(16). Am 26.Oktober protestierten dann in Havanna Hunderttausende gegen die Aggression gegen ihr Land und demonstrierten eindrucksvoll ihre Kampfbereitschaft (17).

In den USA lief zu dieser Zeit immer stärker die psychologische Kriegsvorbereitung. Einen wichtigen Teil spielte dabei die angebliche Bedrohung des US-Flottenstützpunktes Guantanamo, der im Südosten Kubas liegt. Ein typisch imperialistischer Vertrag aus dem Jahre 1903 gibt den USA das Recht, diesen Sützpunkt zu unterhalten, solange s i e es wollen. Der Vertrag ist zeitlich unbegrenzt und kann nur mit gegenseitigem Einverständnis aufgelöst werden. Der mehr als 11 000 ha große Stützpunkt hat wichtige strategische Bedeutung, insbesondere zur Überwachung des Panamakanals. Guantanamo,dieser Stachel im Fleische Kubas, erwies sich nun als Vehikel, um eine Bedro-

Panamakanals. Guantanamo,dieser Stachel im Fleische Kubas, erwies sich nun als Vehikel, um eine Bedro-

hung der USA durch Kuba zu konstruieren. Solch eine Kampagne ist jederzeit wiederholbar, und so bleibt Guantanamo nachwievor eine Bedrohung für die kubanische Revolution. Einen diplomatischen Vorstoß zur Lösung der Spannungen unternahm der kubanische Außenminister Raul Roa am 13.November 1959, als er dem US-Botschafter in Havanna, Bonsal, eine Note überreichte, in der er viele Aspekte der US- kubanischen Beziehungen darlegte. Ein wichtiger Teil war der Protest gegen Angriffe auf Kuba, die vom Boden der USA aus vorgetragen worden waren.Es wurden eindeutige Beweise vorgebracht, daß die US-Behörden von dem Treiben der exilkubanischen Konterrevolutionäre auf US-Boden Kenntnis hatten, aber nichts gegen sie unternahmen, obwohl sie ständig US-amerikanische Gesetze verletzten. Dennoch gab Roa dem Wunsch Ausdruck, die diplomatischen und ökonomischen Beziehungen der beiden Länder zu intensivieren, aber nur auf der Basis gegenseitigen Respekts und Vorteils (18). Die Note blieb unbeantwortet.

Die Wirtschaftsaggression

Stattdessen wurde die wirtschaftliche Aggression gegen Kuba vorbereitet. Im Januar 1960 ersuchte die Eisenhower- Regierung den Kongreß, den Präsidenten zu ermächtigen,im „Notfall" die Zuckerquoten zu steigern oder zu senken (19). (Die Zukkerquoten werden von den USA mit den Ländern,von denen sie Zucker importieren, über größere Zeiträume festgelegt und stellen eine Art Importkontrolle dar – nur der US-Kongreß hat das Recht,die Abnahmemenge kurzfristig zu revidieren, das Produzentenland nicht. Da Kuba die Hälfte des produzierten Zuckers in die USA exportierte (s.o.), war dies ein alarmierendes Signal. Aber die kubanische Revolution ergriff sofort Maßnahmen gegen diese Bedrohung der wirtschaftlichen Existenz. Anläßlich des Besuches des sowjetischen Außenministers Mikojan in Kuba wurde ein Abkommen geschlossen, wonach die Sowjetunion Kuba zunächst für 5 Jahre jährlich eine Mio. Tonnen Zucker abnehmen sollte.Zudem gewährte die SU Kuba einen Kredit von 100 Mio.Dollar. Obwohl dieses Abkommen die US-Zuckerquote überhaupt nicht berührte, erhoben die US-Imperialisten nun ein wildes Geschrei, Kuba sei nun völlig in der Hand des kommunistischen Blocks. Am 6.Juli 1960 war es dann soweit: die USA strichen die kubanische Zuckerquote, doch bis zu diesem Zeitpunkt waren schon 2 der 3 Mio. Tonnen ausgeliefert. Kuba reagierte auf die Streichung der Zuckerquote mit der sofortigen Enteignung aller US-eignen Zuckerplantagen und Weiterverarbeitungsfabriken.

Im September erkannte Kuba als erstes lateinamerikanisches Land die VR China völkerrechtlich an und brach die Beziehungen zu Taiwan ab – damit war die Front, die die USA in der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) gegen die VR China aufgebaut hatte, durchbrochen. Die Wirtschaftsbeziehungen ,die zwischen Kuba und der VR China nun aufgebaut wurden, enthielten auch eine Abnahmeverpflichtung der VR China von einer halben Mio. Tonnen Zukker jährlich für fünf Jahre. Diese Abkommen und weitere mit RGW-Staaten führten dazu, daß Kuba 1960 einen Rekord im Zuckerexport erreichte. Die Zuckeraggression der USA war fürs Erste erfolgreich gekontert worden. Aber die USA hatten schon die nächste Wirtschaftsaggression vorbereitet. Am 19.10.60 wurde ein Embargo für alle US-Exporte nach Kuba, mit Ausnahme von Medikamenten und nichtsubventionierten Nahrungsmitteln verfügt. Der Hintergrund dieser Maßnahme war die Tatsache, daß inzwischen eine beträchtliche Anzahl von US-Fabriken verstaatlicht worden war, die sich der Sabotage schuldig gemacht hatten. So wurden die britischen und US-amerikanischen Erdölraffinerien enteignet, weil sie sich weigerten, sowjetisches Öl zu verarbeiten. Insgesamt wurde 1960 nach Angaben des kubanischen Präsidenten Dorticos US-Besitz im Werte von 1 Mrd.Dollar enteignet. Das begrenzte Embargo durch die USA verfolgte das Ziel, diese Fabriken von Betriebs- und Ersatzteilen abzuschneiden und damit zu ruinieren. Nur wenige Tage nach der Bekanntgabe des Embargos trat Che eine längere Reise in die Sowjetunion und die VR China an(20).

Die Isolierung Kubas

Die Isolierung Kubas

Innerhalb der OAS gelang es den USA jedoch, Kuba zunehmend zu isolieren. Das Ziel formuliert die „Welt" vom 16. April 1960 so: *„Im Fall eines völligen Bruchs (Kubas, – d. Verf.) mit den Vereinigten Staaten würde Washington um die Zuckerinsel einen Quarantänering zu legen suchen, dem die Südamerikareise Eisenhowers diplomatisch vorgearbeitet hat."* Und das„Wall Street Journal" das es ja wissen muß, formulierte am 11. Juli 1960: *„Die grosse US-Kampagne zielt darauf, die politischen und diplomatischen Beziehungen des starken Mannes Kubas (wer das wohl ist, – d. Verf.) mit anderen Lateinamerikanischen Ländern zu kappen."* Dabei hatten die USA es nicht sonderlich schwer, da in der OAS ohnehin viele Länder von erzreaktionären Diktaturen unterjocht wurden und diese sich durch das kubanische Beispiel bedroht sahen. Die Herrschenden in den meisten anderen lateinamerikanischen Ländern waren leicht mit der antikommunistischen Satzung der OAS zu beeindrucken. Das Strickmuster ist denkbar einfach: Man schließt die traditionellen Handelskanäle eines Landes, und wenn es sich dann neue zu kommunistischen Ländern erschließt, wird die Bedrohung der ganzen Hemisphäre durch den Kommunismus behauptet, gegen die alle OAS-Mitglieder zu kämpfen haben. Gleichzeitig aber wird mit dem großen Geldsack zugeschlagen: Anfang 1960 wurde das Budget der US-Export-Import-Bank auf 2 Mrd. Dollar aufgestockt und eine neue Interamerikanische Entwicklungsbank mit einem Budget von 1 Mrd. Dollar gegründet (21). Im Juli gab Eisenhower ein US-Hilfsprogramm für Lateinamerika von 500 Mio. Dollar bekannt, wovon Kuba wegen seiner *„vorsätzlichen Kampagne der Feindseligkeit gegen die Vereinigten Staaten"* (22) ausgeschlossen wurde.

Vorbereitung der militärischen Aggression

Im Jahre 1960 verstärkten sich die Aktivitäten der konterrevolutionären Banden in Kuba selbst sowie in den USA, Guatemala und Nicaragua. In Kuba selbst kam es außerhalb der Basen der Konterrevolutionäre in der Sierra de Escambray zu Bombardierungen durch Flugzeuge sowie zahlreichen Sprenganschlägen. Deren physikalische Wirkung ist zunächst unbedeutend, aber sie tragen zur Verbreitung von Unsicherheit und Angst bei. Ein Journalist zählte an einem Tag mehr als 1.000 solcher Anschläge in Havanna (23). Seit Mitte 1960 wurden die Aktionen der Konterrevolutionären direkt vom CIA angeleitet (24).

Der Kandidat der Demokratischen Partei, Kennedy, setzte sich während des Wahlkampfes 1960 offen für die Unterstützung der Konterrevolutionäre in- und außerhalb Kubas ein (25).

Der Invasion entgegen

Während die US-Regierung bis dahin jegliche Beteiligung an den militärischen Aggressionen gegen Kuba geleugnet hatte, wurde der Ton Anfang 1961 offen aggressiv. Als eine seiner letzten Amtshandlungen brach Eisenhower am 3. Januar 1961 die diplomatischen Beziehungen zu Kuba ab, nachdem die kubanische Regierung gefordert hatte, daß das diplomatische Corps der USA auf 11 Personen reduziert werde, da es sich an *„Spionage, Subversion und terroristischen Aktivitäten"* beteilige (26).

Am 20. Januar übernahm Kennedy das Präsidentenamt. Nun rollte der Countdown der Invasion.

Unverhohlen schrieb das „Wall Street Journal" am 16.2.61, daß manche Woche zwei bis drei Flugzeugladungen Militärmaterial illegal von Florida und Guatemala aus nach Kuba geflogen worden war. Man war sich der Sache so sicher, daß auf Geheimhaltung kaum noch Wert gelegt wurde: *„In Havanna weiß man sehr wohl, wo das Zentrum der gegenrevolutionären Aktionen zu suchen ist, nämlich in Retalhuleu (Guatemala, – d. Verf.), wo gegenwärtig mit Hochdruck der Stützpunkt erweitert wird, damit er große Düsenflugzeuge und Militärtransportmaschinen aufnehmen kann ... Selbstredend blieb es den Diplomaten in Guatemala nicht verborgen, daß die Bauarbeiten von Ratalhuleu mit amerikanischer Hilfe abgewickelt werden und US-Offiziere Spezialverbände ausbilden"* (27). Das Ausmaß der US-Aggression gegen Kuba zeigt folgendes Zitat aus der „Time" vom 28. April 1961: *„In den letzten Wochen* (vor der Invasion, – der

der US-Aggression gegen Kuba zeigt folgendes Zitat aus der „Time" vom 28. April 1961: „In den letzten Wochen (vor der Invasion, – der

Verf.) *wurden 50 Wagenladungen Bomben, Raketen, Munition und Feuerwaffen von nicht gekennzeichneten amerikanischen C-54, C-46 und C-47 nach Puerto Cabezas* (nicaraguanischer Atlantikhafen, – d. Verf.) *befördert, und zwar in solchen Mengen, daß einige Tage lang im vergangenen Monat Flugzeuge in der Luft bleiben mußten, ehe sie landen konnten. Während der Osterwoche gingen 27 amerikanische C-124-Globemasters zu dritt oder zu viert zur gleichen Zeit herunter, um volle Ladungen ... auf einen von den USA erbauten Landestreifen in Retalhuleu in Guatemala City und auf dem Luftstützpunkt San Jose in Guatemala abzuladen."*

Der Plan der Invasion

Wenn die USA eine Invasion mit eigenen Truppen hätten durchführen wollen, hätte sie dafür eine Mehrheit in der OAS benötigt oder OAS-Verträge brechen müssen. In Lateinamerika, so weiß die „New York Times" vom 10. April 61, befürchteten gerade Regierungen in einigen wichtigen Ländern wie Brasilien, Chile, Argentinien, Mexiko, Venezuela, Kolumbien und Ecuador bei einer Beteiligung ihrer Länder an einer militärischen Aggression gegen Kuba ernsthafte Schwierigkeiten im eigenen Land. Wie sehr die Stimmung der Völker Lateinamerikas gegen eine Invasion war, zeigt ein Zitat eines ungenannten „Top Diplomaten" im gleichen Artikel: *„Aber was immer die Vereinigten Staaten zu tun planen, hoffe ich unbedingt, daß es diskret geschieht.Unsere öffentliche Meinung kann kein weiteres Guatemala akzeptieren."*

So sollte dann die Situation einer „legalen" US-Intervention geschaffen werden. Und dazu waren die 5.000 - 6.000 exilkubanischen Konterrevolutionäre in den CIA-Lagern die nützlichen Idioten. Ihnen kam die Aufgabe zu, mit möglichst „reinen" Exilkubaner-Einheiten auf Kuba zu landen, eine möglichst starke Stellung zu errichten und, wenn möglich, das Land zu spalten, um Havanna von Santiago de Kuba zu isolieren. Die OAS hätte dann Kuba zu einem Land im Kriegszustand erklären können, womit die Konterrevolutionäre als gleichberechtigte Kriegspartner die Unterstützung von Anti-Castro-Regierungen hätten erbitten können (28). Bei diesen Plänen ging die CIA davon aus, daß größere Teile der 40.000 Personen starken kubanischen Armee und insbesondere der 200.000 Bewaffnete umfassenden Volksmilizen zu den Konterrevolutionären überlaufen würden.

Die Invasion

Den letzten Schliff bekam die Aggression noch Anfang April, als das State Department ein „White Paper" über Kuba herausgab. Die Kennedy-Administration versprach darin, sie werde die volle Unterstützung gewähren, um *„Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit in Kuba"* zu erreichen (29). Für diese hehren Ideale starteten dann am 15. und 16. April B-26-Bomber der US-Luftwaffe von der „Happy-valley"-Base in Nicaragua, um kubanische Flughäfen und Städte zu bombardieren. Die Hälfte der kubanischen Luftwaffe wurde dadurch am Boden zerstört (30). Aber die Bomber warnten auch das kubanische Volk und als die 1.400 Mann umfassende Einheit der Konterrevolution am 17. April bei Playa Giron und Playa Larga landete , traf sie auf erbitterten Widerstand. Nach 64 Stunden war die Invasion geschlagen (31), und auch die älteren konterrevolutionären Basen waren zerstört worden. Der Sieg wurde am 20. April von der kubanische Regierung bekannt gegeben. Am 24. April 1961 erklärte der US-Präsident Kennedy, er übernähme die *„alleinige Verantwortung für die Ereignisse der letzten Tage"* (32).

Bitter kritisierte am 28.4. die „Time" die CIA-Planer des Debakels: *„Der größte Fehler wurde bei der Einschätzung des politischen Klimas auf Kuba gemacht. Die Berater der Invasionstruppen gaben vor, sie glaubten daran, daß die Bauern und Soldaten auf Kuba ... in Massen zu den Befreiern* (na, na – d. Verf.) *überlaufen würden ... Die Bauern sahen keinen Grund, sich gegen Castro zu wenden, und verstärkten die Militia, die für eine Truppe, von der man Tausende von Überläufern erwartete, hervorragend kämpfte"* (33).

Am 1. Mai demonstrierte das cubanische Volk seine Einheit und Entschlossenheit: Drei Millionen Demonstranten (bei einer damaligen Gesamtbevölkerung von ca. sechs Millionen) riefen: Cuba si, Yanki no!

riefen: Cuba si, Yanki no!

Dieter
Redaktion „Nicaragua Aktuell"

Die Zeitung „Nicaragua Aktuell" erscheint monatlich mit Berichten und Informationen aus Mittelamerika, vor allem Nicaragua. Einzelpreis pro Heft DM 2,–
Bezugsadresse:
Nicaragua-Komitee
Königsweg 7, 23 Kiel 1

Literaturnachweis:

(1) Smith, R.F.: The United States and Cuba. Business and Diplomacy 1917 – 1960, 1960, New York
(2) ebenda
(3) Cuba and the United States – Vol. 2, International Review Service – Analysis and Review of International Problems, Edited by A. G. Meserik
(4) Smith, R.F., a.a.O.
(5) ebenda
(6) ebenda
(7) ebenda
(8) Friedl Trapper: Die Agrarreform in Kuba, Deutsche Außenpolitik, 2. Februar 1961
(9) ebenda
(10) ebenda; Smith, R.F., a.a.O.
(11) Friedl Trapper, a.a.O.
(12) Smith, R.F., a.a.O.
(13) Wall Street Journal, 27.10.59
(14) Smith, R.F., a.a.O.
(15) New York Times, 17.8.59
(16) New York Times, 25.10.59
(17) Wall Street Journal, 27.10.59
(18) New York Times, 14.11.59
(19) New York Times, 23.1.60
(20) New York Times, 24.10.60
(21) New York Times, 11.3.60
(22) Cuba and the United States, a.a.O.
(23) Die Presse, Wien, 25.12.60
(24) Time, 28.4.61
(25) Economist, 5.11.60
(26) Cuba and the United States, a.a.O.
(27) VZ Kieler Morgenpost, 17.3.61
(28) New York Times, 10.4.61
(29) New York Times, 5.4.61
(30) Cuba and the United States, a.a.O.
(31) ebenda
(32) Europa-Archiev, 25.5.61
(33) Cuba and the United States, a.a.O.

Die japanisch-amerikanische »Allianz«

Während des ersten Gipfeltreffens zwischen dem japanischen Ministerpräsidenten Suzuki und dem US-Präsidenten Reagan Anfang Mai in den USA wurde die Beziehung beider Länder erstmals offiziell als eine „Allianz" bezeichnet. Dieser Begriff wurde seit der Unterzeichnung des Dreimächtepaktes Deutschland, Italien, Japan im Kriegsjahr 1940 zur Herstellung einer„neuen Ordnung" in Europa und Ostasien peinlichst vermieden. Der Wortlaut des gemeinsamen Abschlußkommuniqués von Suzuki und Reagan löste daher heftige Auseinandersetzungen im japanischen Parlament sowie innerhalb der Regierungspartei LDP aus, in deren Verlauf Außenminister Ito und sein Vize von ihren Regierungsämtern zurücktraten.

Das Suzuki-Reagan-Kommuniqué aus dem fünftägigem US-Besuch des japanischen Ministerpräsidenten Zenko Suzuki beschrieb die japanisch-amerikanischen Beziehungen erstmalig als eine„Allianz",eine Beziehung, die im geschichtlichen Zusammenhang als ein imperialistisches Militärbündnis verstanden wird. Als Suzuki von Oppositionsparteien im Parlament sowie von Teilen der Presse deswegen kritisiert wurde, behauptete er plump, die Bezeichnung „Allianz" habe keine militärische Bedeutung. Außenminister Masayoshi Ito stellte dagegen richtig,eine Allianz ohne militärische Aspekte sei unsinnig. Der Ampo-Vertrag (US-japanischer Sicherheitsvertrag, der seit 1951 existiert) sei keine einseitige Vereinbarung. Bisher wurde der Begriff der Allianz vermieden, doch hätte sich inzwischen eine enge Verbundenheit mit den USA mit Schwerpunkt auf internationale Sicherheitsfragen entwickelt, so daß diese Bezeichnung nunmehr gerechtfertigt erscheine.

Der Rücktritt Itos sowie seines Vizeministers wird in der Tagespresse auf den Vorwurf Suzukis gegen das Außenministerium zurückgeführt, es hätte den Inhalt der Washingtoner Gespräche nicht richtig wieder gegeben. Abgesehen davon, daß Suzuki den Wortlaut des gemeinsamen Kommuniques bereits vor Veröffentlichung kannte und somit sein Vorwurf gegenstandslos ist, ist auch bekannt, daß die Gespräche mit Reagan in erster Linie militärische Fragen beinhalteten. Dabei ging es nicht nur um die Erhöhung der japanischen Rüstungsanstrengungen. Bezugnehmend auf das Gipfeltreffen mit Reagan wies Suzuki bei einer Pressekonferenz auf die Notwendigkeit hin, die regionale Zusammenarbeit zu verbessern und politische, militärische und wirtschaftliche Aktionen der gesamten Westmächte stärker zu koordinieren („Japan Times", 10.5.81). Diese Forderung nach einer „integrierten Strategie des Friedens" ist nichts anderes als der Ausdruck einer verstärkten Allianz insbesondere mit den USA. Durch den Rücktritt des Außenministers wird aber ganz im Sinne der Bourgeosie der Anschein erweckt, als habe sich die Position der friedlichen Koexistenz und Partnerschaft (Suzuki) gegenüber der militärisch orientierten bündnispolitischen Linie (Ito) durchgesetzt. Noch sind entgegen der veröffentlichten Meinungsumfragen die antimilitaristischen Kräfte und Kriegsgegner in Japan stark genug, als das die Regierung einen offenen militärischen Kurs einschlagen könnte.

Der expansive militärische Kurs Japans wird schon seit etwa vier Jahren bei der Bevölkerung ideologisch vorbereitet. Denn schließlich haben die hohen Opfer im zweiten Weltkrieg, insbesondere durch die Atombomben in Hiroshima und Nagasaki, sowie die unmittelbare Verwicklung Japans als US-Stützpunkt im Korea- und Vietnamkrieg das Antikriegsbewußtsein der japanischen Bevölkerung wesentlich geprägt. Fast täglich wird in den bürgerlichen Medien die wachsende sowjetische Gefahr beschworen. Neben den zunehmenden Aufforderungen und Ermunterungen von Seiten der Westmächte (vor allem der USA) sowie von der VR China wird die Frage der Aufrüstung auch in Japan öffentlich „diskutiert". Sogar die japanische Verfassung wird in Frage gestellt, nach der dem Staat das Recht auf Kriegsführung aberkannt wird. Die Kriegstimmung wird weiter hin durch neue Kriegsliteratur und neue Kriegsfilme eingeheizt, die wieder an Popularität gewinnen. Immer häufiger treten neofaschistische Organisationen öffentlich auf, die das Nationalbewußtsein und den Antikommunismus zu schüren versuchen. Am 15.8.1980, dem 35. Jahrestag der japanischen Kapitulation, stattete Ministerpräsident Suzuki mit weiteren 18 Staatsministern einen offiziellen Besuch beim Yasukuni-Schrein in Tokio ab, der als staatliche Kultstätte den gefallenen japanischen Kriegshelden geweiht ist (darunter auch zum Tode verurteilten Klasse-A-Kriegsverbrechern des Zweiten Weltkrieges).

Konkrete militärpolitische Maßnahmen, die mehr oder weniger unbemerkt von der Öffentlichkeit durch das Suzuki-Kabinett seit dem hohen Wahlerfolg der LDP im Juni 1980 durchgesetzt werden konnten, sind:

- eine Ministerkonferenz für „Gesamtsicherheit", die im Dezember 1980 ins Leben gerufen wurde;

- die überdurchschnittliche Erhöhung des Verteidigungsbudgets für das Fiskaljahr 1981, wobei die Ausgabenschwerpunkte bei der Anschaffung neuer Rüstungstechnologien liegen.

Hohe Ausgabensteigerungen sind für die Kriegsmarine vorgesehen, um der erhöhten militärischen Verantwortung im pazifischen Raum gerecht zu werden und eine stärkere Rolle bei den künftigen gemeinsamen RIMPAC Kriegsübungen mit den USA,Kanada, Australien und Neuseeland zu spielen (vgl. AK 173);

- die Mittelzuweisung für die Errichtung eines zentralen Befehlshauptquartiers für alle Waffengattungen (entsprechend dem kaiserlichen Oberbefehlsstab im Zweiten Weltkrieg);

- ein zweiwöchiges Manöver der japanischen Bodenstreitkräfte gerichtet gegen einen hypothetischen Überfall durch die Sowjetunion (in provozierender Weise begann das Manöver genau am Kapitulationstag (15.8.80) trotz der landesweiten Antikriegsdemonstrationen);

- die feste Ausstattung von Abfangjägern mit Luft-Luft-Raketen sowie die Ausstattung von Kriegsschiffen und U-Boot-Suchflugzeugen mit Torpedos, um für „Notfälle" besser vorbereitet zu sein.

Hinzu kommen die Notstandsübungen, die angesichts der Erdbebengefährdung begründbar sind, gleichzeitig aber ebenso wichtig für die Mobilisierung der Volksmassen im Kriegsfall sind. So wurde am 1.9.8o die größte Katastrophenübung seit Kriegsende in Tokyo und Umgebung durchgeführt, an der sich 4,3 Mio. Einwohner beteiligten.

In diesem Zusammenhang sind die Ergebnisse des Zwischenberichtes über Notstandsgesetze erwähnenswert die am 22.4.81 vom japanischen Verteidigungsministerium veröffentlicht wurden. Bereits zu Beginn der Untersuchungen über die Einführung von Notstands- bzw. Kriegsgesetzen im Jahre 1978 mußte ein sog. Kurisu-Skandal inszeniert werden, um die Notwendigkeit einer solchen Studie der Öffentlichkeit vorzutäuschen. Bezeichnend ist auch, daß die Studienkommission nur aus Beamten des Verteidigungsministeriums und des Militärs (SDF) besteht. In dem jetzt veröffentlichten Zwischenbericht finden sich als Gesetzesvorschläge all die Forderungen wieder, die seit jeher von den japanischen Militärs gestellt werden. Danach sollen alle Befehlsgewalten beim Ministerpräsidenten, dem Verteidigungsministerium und der SDF liegen; das Parlament soll dem Verteidigungsministerium und der SDF liegen; das Parlament soll völlig ausgeschaltet werden- in „Notzeiten" versteht sich. Schon ein Bereitschaftsbefehl durch das Verteidigungsministerium soll die SDF dazu ermächtigen, alle Sondertruppen und Reservisten zu mobilisieren. Damit wird der Verteidigungsfall praktisch überschritten und auf einen Angriffskrieg vorbereitet. Gleichzeitig mit dem Bereitschaftsbefehl ist der Schußwaffengebrauch „zum Schutze der Truppe" freigegeben. Dies ist vor allem für den Fall gedacht, *„daß illegale Elemente oder Guerilla-Kämpfer den in Bereitschaft stehenden Truppen Schaden zufügen"*, so ein hoher Beamter des Verteidigungsministeriums („Sekai kakumei", Nr. 679). So kann jede Antikriegsdemonstration unter dem Vorwand des äusseren Notstandes brutal zerschlagen werden. Ferner enthält der Zwischenbericht Vorschläge zur Einschränkung der persönlichen Freiheit, zur Aufhebung des privaten Eigentums (was natürlich in erster Linie den kleinen Mann auf der Straße betrifft), die Drohung mit Haftstrafen im Falle des Widerstandes etc.

Wohin der militärische Kurs Japans führt, wird aus den Äußerungen des zurückgetretenen Außenministers Ito am 8.3.81 deutlich, als er vor dem japanischen Unterhaus die „Verteidigungs" zusammenarbeit zwischen Japan und den USA erläuterte: *„Die Untersuchungen und Verhandlungen über eine gemeinsame US-japanische Strategie haben die erste Phase, den'japanischen Notstand', abschlossen. Sie treten nun in die zweite Phase,den'Notstand im Fernen Osten', ein"(„Sekai kakumei", Nr.677).* Und diese sind nicht nur Planspiele am grünen Tisch. Als erste Konkretisierung der militärischen Rolle Japans im Bündnis mit den USA muß die Zusage des Ministerpräsidenten Suzuki gegenüber Reagan gewertet werden, daß Japan die militärischen „Verteidigungs"aufgaben in einem Umkreis von„mehreren hundert Meilen" um sein Territorium übernehmen und die Schiffahrtswege bis in eine Entfernung von 1.000 Seemeilen sichern werde. Damit reicht Japans militärische Einflußsphäre bis zu den nördlichen Philippinen und westlich bis zu strategisch wichtigen Insel Guam hin.

Angesichts der derzeit angespannten Haushaltslage kann die japanische Regierung die Rüstungsausgaben nicht nach Belieben in die Höhe treiben. Neue Gesetzesinitiativen für„Notstandszeiten",organisatorische Umstrukturierungen beim Leitungsstab der Streitkräfte, die Übernahme grösserer militärischer Verpflichtungen etc. sollen daher auch dazu dienen, sich gegenüber den USA als verläßlicher Bündnispartner darzustellen. Zum Nachfolger des Außenministers Ito wurde der Gesundheits- und Wohlfahrtsminister Sunao Sonoda ernannt, Dieser war von November 1977 bis November 1979 schon einmal Außenminister und hatte sich durch den Abschluß des Japanisch-Chinesischen Friedens- und Freundschaftsvertrages ausgezeichnet. Als„Friedensminister" dürfte der ehemalige Kamikaze-Pilot Fallschirmjäger- Offizier die derzeit notwendige rüstungspolitische Verschleierungspolitik hervorragend meistern. Besonders wichtig ist dies für die Bewältigung der expansionistischen militärischen Aufgaben der Zukunft. Für 1982 steht die Revision des US-japanischen Sicherheitsvertrages an, die der erstarkten wirtschaftlichen, politischen und militärischen Position Japans Rechnung tragen soll. Auf einem US-japanischen Seminar zum Thema des Sicherheitsvertrages im August vergangenen Jahres in Tokyo, an dem auch der ehemalige US-Präsident Gerald Ford teilnahm, wurden von US Seite für Japan die gleichen Verantwortungsbereiche empfohlen, wie sie von den einzelnen Nato- Bündnispartnern getragen werden. Was das konkret bedeutet, wurde aus den Ausführungen des Sprechers der japanischen Seite, des früheren Verteidigungsministers Mihara Asao, deutlich: *„Das Gebiet, das für die Sicherheit Japans wichtig ist, erstreckt sich nunmehr bis zum Indischen Ozean und zum Persischen Golf hin.....Japan sollte seine Verteidigung nicht nur auf das japanische Inselreich beschränken, sondern jetzt den US- japanischen Sicherheitsvertrag dahingehend revidieren, daß es die Verantwortung zur Erhaltung der militärischen Stabilität insgesamt in Asien und im pazifischen Raum mit übernimmt"*(AMPO, 3/1980).

Für den 7.6.81 ist in Tokyo eine Großdemonstration aller Kriegsgegner angekündigt,gegen die Kriegstreiberei und gegen die auf Expansion gegner angekündigt,gegen die Kriegstreiberei und gegen die auf Expansion zielende Sicherheitspolitik der japanischen Regierung, deren Kernstücke der US- japanische Sicherheitsvertrag sowie das Atomprogramm sind. Mit der Demonstration soll insbesondere die Solidarität mit den Völkern Südkoreas und Asiens zum Ausdruck gebracht werden, die von der Kriegspolitik der Imperialisten am härtesten betroffen sind.

Asien –Australien Kommission

Massenprotest gegen A-Waffen in Japan

Die Rückkehr des mit Atomwaffen bestückten US-Flugzeugträgers ‚Midway' in seinen Heimathafen Yokosuka war begleitet vom Protest tausender Atomgegner in ganz Japan. Zu ähnlichen Protesten war es erst vor einigen Wochen gekommen, als das Atom-U-Boot ‚George Washington' mit einem japanischen Frachter zusammengestoßen war. Dieser Unfall , bei dem zwei japanische Seeleute starben, hatte erneut deutlich gemacht, daß entgegen internationaler Abkommen und trotz ständiger Dementis von Regierungsseite Atomwaffen auf japanischem Hoheitsgebiet lagern !

Auf Hiroshima und Nagasaki anspielend, bestätigte der für seine Offenheit bekannte US-Außenminister Haig die Befürchtungen der japanischen Atomgegner. Die Lagerung von Atomwaffen in Japan *„ist etwas, worüber man wegen der Empfindlichkeit der Japaner nicht sprechen sollte, aber es war kein Geheimnis, und darüber sollte sich jeder Japaner im klaren sein"* (Japan Times, 24.5.81). Schon ähnliche Aussagen früherer US-Botschafter in Tokio hatten die offizielle Regierungspropaganda der immer wieder beteuerten Atomwaffenfreiheit als Lügengeschichten entlarvt. Nun kommt auch noch hinzu, daß japanische AKW-Gegner anhand von Filmdokumenten beweisen können, daß in Japan us-amerikanische Transporter mit Betonbehältern herumfahren, die zur Lagerung von nuklearem Sprengstoff dienen. Die ohnehin mit dem Vertuschen diverser AKW-Unfälle überlastete Regierung sieht sich einer immer breiter werdenden Protestbewegung ausgesetzt. Größere Demos sind aus Nagasaki, Okinawa, Kadena und Iwakuni gemeldet worden, wo sich amerikanische und japanische Militäranlagen befinden. An der Yamaguchi Universität sind 34 Menschen in den Hungerstreik getreten und fordern die unbedingte Einhaltung der nuklearen Verzichtprinzipien. Die japanische Friendensbewegung, die sich in den letzten Jahren auf die alljährlichen Gedenkfeiern in Hiroshima und Nagasaki reduziert hatte, könnte jetzt vor einem neuen Aufbruch stehen.

Asien-Australien Kommission

29.000 bei Sayama-Kundgebung

Am 23.5., dem 18. Jahrestag der willkürlichen Verhaftung von Kazuo Ishikawa, fand im Tokioter Meiji Park eine Kundgebung und eine anschließende Demonstration mit 29 000 Teilnehmern für die Wiederaufnahme des Gerichtsverfahrens gegen Ishikawa statt. Ishikawa wurde unter Folter zu einem Mordgeständnis gezwungen und zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde später in eine lebenslängliche Haft umgewandelt. Ishikawa zählt zu den Burakumin, ein rund 3 Mio. umfassender Bevölkerungsteil in Japan, der in jeglicher Hinsicht diskriminiert und entrechtet ist. Seit Jahren wird der Revisionsantrag der Verteidigung, eine erneute Beweisaufnahme sowie entlastende Beweismaterialien systematisch von dem obersten Gerichtshof zurückgewiesen.

Asien-Australien Kommission

Libanon
Krieg gegen die Palästinenser

Ende Mai/Anfang Juni nahm die israelische Armee ihre schweren Angriffe gegen den Südlibanon und die Stützpunkte der Palästinenser und fortschrittlichen libanesischen Kräfte nach mehr als einem Monat relativer Ruhe wieder auf. Aus der Luft und von der See her begannen 24 Stunden nach Abreise des amerikanischen Vermittlers Habib die Bombardierung der Raketenbasen in der Nähe von Damour und Naameh, Nachtangriffe nördlich von Saida und der Beschuß eines Stützpunktes der PFLP in der Gegend von Tripoli.

Schon Mitte Mai hatte der israelische Ministerpräsident Begin der Zeitung Maariv gegenüber geäußert, daß bald keine palästinensischen Raketen mehr in die Region von Galiläa (Nordisrael) gefeuert würden. Gleichzeitig verstärkte Israel seine Präsenz im Süden Libanons und vermehrte seine „Aufklärungs"flüge über dieses Gebiet. Von palästinensischer Seite waren diese Angriffe erwartet worden; nach Aussagen von PLO-Führer Arafat blieb jedoch der massive Angriff auf die Raketenstellungen bei Damour und Naameh ohne Erfolg. Der Führer der FDLP, Hawatmeh, warnte Begin und den israelischen Generalstabschef Eytan vor Angriffen: Es gebe libysche Kräfte und SAM 9-Raketen im Südlibanon („Palästina-Bulletin", „PB", 15.5.81, „Le Monde", 31.5./1.6.81). Die libyschen SAM 9-Raketen sollen seit Anfang April, auf dem Wege über Damaskus, im Südlibanon stationiert worden sein („Le Monde", 28.5.81).

Von israelischer Seite wurde Befriedigung darüber geäußert, daß die Syrer nicht eingegriffen haben, und betont, daß der Angriff auf die Raketenstellungen eine Warnung an die syrische Regierung gewesen sei („Le Monde", 30.5.81). Die Angriffe der Zionisten und die Duldung durch die Syrer, die sich nicht nur aus dem gespannten Verhältnis zwischen Syrien und Israel erklären lassen, werfen ein bezeichnendes Licht auf die Art des Kompromisses, der zwischen Syrien und Israel ausgehandelt werden soll. Seit der Eskalation des Konfliktes ist Israel, das die volle Unterstützung der USA erhält, keinen Schritt zurückgewichen, während Syrien weitgehend stillgehalten hat, wohl auf Druck Saudi-Arabiens und auf „Rat" der Sowjetunion.

Die Vermittlungsmission Habibs

Über folgenden „Kompromiß" wurde unter Vermittlung des amerikanischen Sonderbeauftragten verhandelt:
– stufenweiser Abzug der syrischen SAM 6-Raketen, keine Verletzung des Luftraums durch Israel über dem Bekaa-Tal, gelegentliche Erkundungsflüge Israels über dem Libanon;
des Luftraums durch Israel über dem Bekaa-Tal, gelegentliche Erkundungsflüge Israels über dem Libanon;
– Kontrolle über Zahle und das Sannin-Gebirge wird von den syrischen Interventionstruppen der regulären libanesischen Armee (auf Seiten der Faschisten) übergeben;
– die arabischen Ölstaaten setzen ihre Zahlungen an Syrien für die Stationierung der syrischen Besatzertruppen fort („Süddeutsche Zeitung", „SZ", 22.5.81).

Die syrische Regierung lehnt diesen Kompromiß ab, da er allein auf die Forderungen Israels eingeht. Syrien sind aber weitgehend die Hände gebunden. Ein Krieg gegen Israel wäre für die syrischen Truppen nicht gewinnbar. Faktisch könnte es wohl kaum mit der Unterstützung der arabischen Staaten rechnen. Zwar haben die Außenminister der Arabischen Liga in Tunis am 23.5. verbal ihre Unterstützung Syriens, des libanesischen Staates und der Palästinenser im Fall eines Krieges mit Israel zugesagt, sogar für diesen Fall die Entsendung von Truppen und schon heute die verstärkte Werbung von Freiwilligen. Allein Libyen hat auf sofortige Sendung von Truppen bestanden und deshalb gegen die Entschließung der Außenminister gestimmt.

Die USA wurden in Tunis aufgefordert, ihre Hilfe an Israel sofort einzustellen, da dies sonst zu *„einem ernsthaften Konflikt zwischen den arabischen Ländern und den USA führen kann."* Gleichzeitig wurden die kämpfenden Parteien im Libanon aufgefordert, das Feuer einzustellen. Die reaktionären Staaten setzten sich darüber hinaus für eine Versöhnung der Syrer mit den Falangisten ein. Saudi-Arabien soll Syrien eine Mrd. Dollar versprochen haben, falls es sich „flexibler" zeigt. Ganz offensichtlich wird die Zuspitzung der Situation im Libanon, und besonders zwischen Syrien und Israel, von den reaktionären Staaten dazu benutzt, Syrien verhandlungsbereiter für die „nationale Übereinkunft", d.h. eines Ausgleichs mit den Falangisten auf Kosten der fortschrittlichen Kräfte, zu machen. Im April noch hatten Saudi-Arabien und Kuwait ihre finanzielle Unterstützung für Syrien ganz eingestellt, weil ihnen das Vorgehen Syriens gegen die Faschisten nicht paßte („Neue Zürcher Zeitung", 31.5./1.6., „SZ", 22.5. und 25.5.81).

Es ist wohl kaum Zufall, daß die Kämpfe zwischen Falangisten und syrischen Truppen noch während der Vermittlungsmission Habibs, der besonders Saudi-Arabien einbezog und dessen mäßigende Rolle lobte, noch im Mai in Beirut und um Zahle wieder aufflammten. Offensichtlich ist ihnen der Rücken gestärkt. Nach ihrer militärischen Niederlage in Zahle im April waren sie verhandlungsbereit.
ihnen der Rücken gestärkt. Nach ihrer militärischen Niederlage in Zahle im April waren sie verhandlungsbereit.
Die Sowjetunion scheint sich ebenfalls mit diesem Kompromiß abgefunden zu haben. Der sowjetische Botschafter im Libanon, Soldatow, hatte noch im April erklärt, eine Bedrohung des syrischen Sicherheitsbereiches (um Zahle) *„durch Israel und ihm verbündete Milizen"* würde Aktionen zur Folge haben, entsprechend den Grundsätzen, die im syrisch-sowjetischen Freundschaftsvertrag festgelegt sind („Neue", 30.4.81). Kurze Zeit später erklärte er dem libanesischen Ministerpräsidenten Wazzan gegenüber, daß sich die Verpflichtungen aus dem syrisch-sowjetischen Freundschaftsvertrag nur auf Syrien, nicht aber auch auf die syrischen Truppen im Libanon erstrecken. Nach Angaben aus US-Kreisen soll die Sowjetunion Syrien vor dem Krieg gewarnt, aber Waffennachschub versprochen haben („SZ", 18.5., „NZZ", 31.5./1.6.81). Breschnew wiederholte seinen schon auf dem Parteitag der KPdSU gemachten Vorschlag, eine neue internationale Nahostkonferenz einzuberufen („NZZ", 30.5.81). Die USA lehnten diesen Vorschlag natürlich ab; eine internationale Konferenz zur Beilegung der Libanon-Krise sei eine Neuauflage einer internationalen Nahost-Konferenz (gemeint ist die sog. Genfer Konferenz Dez./Jan. 1973), an der die USA und UdSSR teilnahmen und die ohne Ergebnis blieb. Der damalige amerikanische Außenminister Kissinger verstärkte stattdessen seine berühmten Nahost-Reisen und erreichte, unter Ausschaltung der Sowjetunion, zweiseitige Abkommen zwischen Israel/Ägypten (Sinai) und Israel/Syrien (Golan). Für a l l e Nahostparteien waren die USA die bevorzugten Verhandlungpartner. Die zweiseitigen Abkommen waren die Vorläufer des Friedensvertrages zwischen Ägypten und Israel. Die USA wollten zwar auch in der Libanon-Krise verhandeln, sähen aber keinen Nutzen in der Ausweitung des *„Engagements von außen in dieser sehr heiklen und gefährlichen Lage"* („NZZ", 26.5.81). Man sieht, die USA betrachten den Nahen Osten als ihr natürliches Einflußgebiet!

Die verhandlungsbereite Haltung der USA Syrien gegenüber, die im Kern Syrien nur erlauben soll, auf die israelischen Vorstellungen einzuschwenken, ohne das Gesicht zu verlieren, liegt eben in der Tatsache begründet, daß die USA eine stärkere Anlehnung Syriens an die Sowjetunion im Nahost-Konflikt verhindern wollen. Die Libanon-Krise braucht ja nicht von heute auf morgen gelöst zu werden – bis jetzt läuft die Entwicklung noch immer zur Zufriedenheit
nicht von heute auf morgen gelöst zu werden – bis jetzt läuft die Entwicklung noch immer zur Zufriedenheit
der US-Imperialisten.

Begin prescht vor

Vor dem Hintergrund dieses Kräfteverhältnisses kann Begin mit der ihm eigenen Unverfrorenheit seine Forderungen stellen und – wie bei den Zionisten so üblich – schon vor Vereinbarungen in die Tat umsetzen.

Mitte Mai erklärte Begin im amerikanischen Fernsehen, daß Israel seine Aufklärungsflüge über den Libanon nicht einstellen werde. *„Das ist kein Kompromiß wie er sein sollte. Das Überfliegen des Libanon ist für uns eine Frage von Leben und Tod, und zwar weil 20.000 Terroristen der sogenannten PLO dort operieren."* Der Rückzug der syrischen Raketen im Libanon reiche nicht aus, sondern müsse auch an *„der syrisch-libanesischen Grenze im Innern Syriens"* erfolgen. Die beiden Bedingungen für eine Normalisierung der Beziehungen mit Damaskus seien: Rückzug der syrischen Truppen aus dem Sannin-Gebirge; Beendigung der Einkreisung der „Christen" in Zahle; Verpflichtung Syriens, niemals mehr seine Raketen (wohlgemerkt: Luftabwehrraketen) gegen Israel einzusetzen („Le Monde", 23.5.81).

Die syrische Regierungszeitung „Al Baath" schrieb, die israelischen Forderungen seien *„gleichbedeutend mit einer Kriegserklärung, die nur durch das Warten aufgeschoben wird, daß sich die amerikanischen diplomatischen Bemühungen erschöpfen"* („NZZ". 24./25.5.81).

Bei ihrer Anmaßung, den libanesischen Luftraum zu kontrollieren, stützen sich die Zionisten nicht nur auf das Argument der „Selbstverteidigung gegen die palästinensischen Terroristen". Hierfür haben sie die offene Unterstützung der USA. Der amerikanische Sicherheitsberater Richard Allan erklärte kürzlich, daß die Vereinigten Staaten von nun an Israel ein *„Verfolgungsrecht"* in seinem Kampf gegen die palästinensischen Fedayin zuerkennen („Le Monde", 27.5.81). Begin stützt sich hierauf bei der Rechtfertigung der letzten Angriffe gegen palästinensische Stellungen. Er hätte den amerikanischen Vermittler Habib wiederholt davon in Kenntnis gesetzt, daß Israel die präventiven Schläge gegen die Palästinenser wiederaufnimmt, ohne gegen die Syrer aktiv zu werden („Le Monde", 4.6.81). Bei der in der Presse hochgespielten amerikanischen Kritik an den Angriffen (Kriegsminister Haig hat angeblich in einem Telegramm protestiert), scheint es sich also nur darum zu handeln, daß die USA den Zeitpunkt für nicht so glücklich ansehen.

Bei der Kontrolle des libanesischen Luftraumes berufen sich die Zioni-
lich ansehen.

Bei der Kontrolle des libanesischen Luftraumes berufen sich die Zioni-
sten außerdem auf ein 1978 mit den libanesischen Faschisten geschlossenes Abkommen. In einem Regierungs-„dementi" – die israelische Presse hatte behauptet, es gäbe ein schriftliches Abkommen – heißt es, daß der israelische Generalstabschef Eytan und der damalige Außenminister Dayan (nicht die unwichtigsten Persönlichkeiten) sich im August 1978 in Jounieh mit Faschistenführern getroffen und den Faschisten zugesichert haben, im Falle eines syrischen Luftangriffs auf die Faschisten würde Israel mit Flugzeugen eingreifen. Diese Übereinkunft sei am 8.4. erneuert worden, d.h. unmittelbar vor Beginn der schweren Kämpfe um Zahle („Le Monde", 26.5.81).

Der israelische Ministerpräsident Begin hat erst am 2.6. im israelischen Fernsehen und Rundfunk gedroht, daß Israel *„die syrischen Raketen innerhalb von zwei Stunden zerstören kann, wenn der diplomatische Verhandlungsweg ohne Erfolg bleibt"* („FR", 3.6.81). Dies ist sicher keine leere Drohung, auch ein Krieg zwischen Syrien und Israel kann möglich sein. Wie sich die jüngste Libanon-Krise auch entwickeln wird, auch jeder „Kompromiß" wird zu Lasten der Palästinenser und der fortschrittlichen libanesischen Kräfte ausgehandelt werden. Der Krieg gegen die fortschrittlichen Kräfte hat wieder begonnen, syrische Unterstützung haben sie nicht zu erwarten, ganz abgesehen von den Widersprüchen im eigenen Lager. Die Progresseve Nationale Bewegung (bestehend aus 15 Organisationen) bemüht sich darum, eine antifalangistische Sammlungsbewegung zu gründen, die auch die Islamische Sammlungsbewegung (Sunniten), AMAL (Schiiten) und verschiedene Persönlichkeiten umfassen soll wie den Faschistenführer und ehemaligen Staatspräsidenten Frangieh, den früheren Parlamentspräsidenten Karame usw.

Differenzen innerhalb dieser Bewegung gibt es einmal über die Beziehungen zu Syrien, aber auch in bezug auf Frangieh, die Zusammenarbeit mit den Palästinensern und den libanesischen Kommunisten. Der kürzlich zwischen Nationaler Bewegung, PLO und AMAL gegründete Koordinationsrat ist wieder zerfallen. In der Nationalen Bewegung gibt es Stimmen, die durchaus einer Revision des Kairoer Abkommens zustimmen würden, weil es den Palästinensern angeblich zu große Privilegien einräumt („Le Monde", 21.5.81).

Nahost-Kommission

Syrien in der Krise

Vor dem Hintergrund der Eskalation der Kämpfe im Libanon (vgl. AK 201) und einer möglichen Konfrontation zwischen Syrien und Israel scheint es uns notwendig, die innenpolitische Situation Syriens genauer zu untersuchen. Seit der Intervention der syrischen Truppen im Libanon befindet sich das Assad-Regime in einer schweren innenpolitischen Krise, die ihre Ursache einmal in breiter Kritik innerhalb der syrischen Gesellschaft an dem damaligen Vorgehen gegen die palästinensischen und libanesisch-fortschrittlichen Kräfte hat (vgl. „Orient", 1/80 u. 2/78), vor allem aber in der sich in der folgenden Zeit verschärfenden wirtschaftlichen und sozialen Situation (u.a. hohe Kosten der Stationierung syrischer Truppen im Libanon, Ausbleiben der Finanzhilfe der arabischen Öllander) und der allgemeinen politischen Unterdrückung. Proteste von Berufsorganisationen, Arbeiterstreiks, Formierung der Opposition linker und nichtreligiöser Kräfte, Serien von Attentaten der reaktionären Muslimbrüder gegen aktive Baathisten, Militärs und Sicherheitsleute waren die Anzeichen einer wachsenden Opposition, die im März/April 1980 in bürgerkriegsähnliche Kämpfe vor allem im Norden des Landes mündeten.

Mit militärischer Gewalt und gesteigerter Repression – zunächst vor allem gegen links – sowie mit einigen Scheinzugeständnissen konnte das Assad-Regime vorerst die Opposition unterdrücken. Das syrische Regime hat stets – wechselweise – Israel, Jordanien und den Irak für die Unterstützung der Opposition und die Schürung von Unruhen verantwortlich gemacht. Diese Vorwürfe haben sicher zum Teil eine reale Grundlage. Erinnert sei in diesem Zusammenhang noch einmal an die Geheimabkommen zu den Camp David-Abkommen, in denen die USA sich verpflichten, Ägypten zu unterstützen, Krisen und Konflikte zu erzeugen, die geeignet sind, den Druck arabischer „Ablehnungs"staaten auf Sadat zu vermindern („afrique-asie", 2.10.78). Die Hauptursache für die innenpolitische Krise liegt allerdings an der Politik des diktatorischen syrischen Regimes.

Ursachen der Opposition

Seit dem Putsch Assads 1970 hat sich die wirtschaftliche und soziale Situation ständig verschärft. Assad betrieb seit dieser Zeit eine Politik der Öffnung gegenüber den westlichen Staaten. Schon im ersten Jahr wurden Investitionsschutzgesetze für ausländisches Kapital erlassen, der Außenhandel liberalisiert. 1975 lieferten die EG-Staaten 40 % aller syrischen Importe. Seit 1971 standen einer Inflationsrate von durchschnittlich 30 % pro Jahr Lohnerhöhungen von weniger als 10 % gegenüber. Seit 1976 dürfte sich diese Entwicklung noch verschärft haben (vgl. AK 87 und „Le Monde", 20.4.79).

Der 1974 vor allem aufgrund massiver Finanzhilfen arabischer Öllander, die Syrien nach dem Oktoberkrieg 1973 als Konfrontationsstaat zu Israel 1974/75 mit vier Mrd. Dollar unterstützt haben, einsetzende Wirtschaftsboom schwächte sich ab. Die Finanzhilfen wurden nach der syrischen Intervention im Libanon eingestellt („Orient", 1/80), was die wirtschaftliche Lage erheblich verschärfte. Später vereinbarte Finanzzusagen wurden nur teilweise eingehalten. Auf dem arabischen Gipfel in Bagdad 1978, unmittelbar nach den Camp-Dabid-Abkommen, wurden 1,85 Mrd. Dollar Finanzhilfe plus 600 Mio. Dollar für die in „arabische Friedenstruppen" umbenannten syrischen Interventionstruppen im Libanon beschlossen. Tatsächlich erhielt Syrien 1979 nur insgesamt 1,4 Mrd. Dollar. Irak stellte seine Zahlungen nach dem Platzen der Vereinigungsbestrebungen im September 80 ein, Libyen zahlt auch nach den wortreich verkündeten Vereinigungsabsichten mit Syrien schlecht. Nach dem Freundschaftsabkommen zwischen Syrien und der Sowjetunion (Ende 80) hielten Saudi-Arabien und einige Emirate ihre Zahlungen vorerst zurück („LM", 14.4.81).

Der Militärhaushalt verschlingt außerdem den größten Teil des syrischen Haushaltes. Die Stationierung syrischer Truppen im Libanon soll täglich drei Mio. Dollar kosten (vgl. AK 158). Für 1981 sollen die Militärausgaben 16 Mrd. Dollar betragen, das sind 53 % des Gesamthaushaltes („Frankfurter Rundschau", 2.1.80), nach der „Neuen Zürcher Zeitung" (22.5.81) sogar 70 %.

Die Kritik an der politischen Unterdrückung und der willkürlichen Machtausübung der Assad-Clique kommt sogar aus den Reihen der – formell – die Regierung bildenden „Progressiven Nationalen Front", zu der neben der Baath-Partei die Arabische Sozialistische Union, die Sozialistische Union und die revisionistische KP (Flügel Bagdashe) gehören. Bagdashe und andere beklagen das vollständige Fehlen elementarer Freiheiten und die Willkür *„eines Regimes, das alles erstickt, was nicht baathistisch ist"* („LM", 12./13.4.81). Längst nicht alle Baathisten werden geduldet. So wurde beispielsweise Bitar, Mitbegründer des Baath und schon jahrelang im Exil, im Sommer 1980 in Paris ermordet. Ihm wurde vorgeworfen, sich den Muslimbrüdern angenähert zu haben. In der „Le Monde" veröffentlichte E. Rouleau nachträglich ein Gespräch mit Bitar (23.7), in dem von einem Treffen Bitars mit Assad im Dezember 77 berichtet wurde. Bitar hatte damals die Abkehr von *„stalinistischen Methoden"* in den Volksorganen, die Erlaubnis für Aktivitäten aller politischen Gruppierungen, volle Meinungsfreiheit, Rückzug aus dem Libanon, da die ryrische Armee dort eine Besatzerarmee sei, gefordert und hatte Assad vorgeworfen, durch seine zweideutige Haltung im israelisch-arabischen Konflikt den israelisch-ägyptischen Separatfrieden gefördert zu haben.

Die Opposition in Syrien betont, daß weder Partei noch Regierung Macht besitze, sondern daß eine Alleinherrschaft von Assad und ihn umgebender hoher Militärs, z.T. seine nächsten Verwandten, herrsche („LM", 12./13.4.81).

Die seit dem Einmarsch im Libanon zunehmende Oppostion wurde brutal unterdrückt. Obwohl auch die reaktionären Moslembrüder seit dieser Zeit verstärkt auftraten und begannen, Attentate auf Assad-Getreue zu verüben, wurde bis Mitte 79 nur die linke und demokratische Opposition verfolgt (vgl. „LM", 20.4.81). Insbesondere wurden die Kräfte, die sich gegen die syrische Intervention wendeten, unterdrückt, hunderte fortschrittlicher Palästinenser und Libanesen wanderten in syrische Gefängnisse („3. Welt-Magazin", 11.12. 76). Besonders seit Mitte 78 wurde die Repression verschärft: Die Baath-Partei wurde gesäubert, ebenso die Armee. Proteste von Berufsverbänden (Ärzte, Schriftsteller, Rechtsanwälte) wurden unterdrückt. Trotz Repressionen und Verhaftungen fortschrittlicher Gewerkschafter wurden die Gewerkschaftswahlen 1978 zu einer totalen Niederlage für die Parteien der regierenden „Progressiven Nationalen Front" („LM", 27. 12.78). Umgehend wurde die Baath-Partei zur *„Partei des Staates und des syrischen Volkes erklärt"*. Jedem, der in der Partei für andere Parteien arbeitet, wurde eine 5- bis 10-jährige Gefängnisstrafe angedroht („Neue", 21.4.81).

Erst nach dem Anschlag auf die Militärakademie in Aleppo, bei dem 60 alawitische Kadetten getötet wurden, begann das syrische Regime auch gegen die Muslimbrüder vorzu-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von S. 39

gehen. (Die Alawiten haben alle wesentlichen Machtpositionen in Syrien besetzt, sie stellen 10 % der Bevölkerung).

Kampf gegen die Muslimbrüder beendet?

„Die Muslimbrüder existieren in Syrien nicht mehr als organisierte Bewegung. Die Führer, denen es gelungen ist, den Ordnungskräften zu entgehen, halten sich in Verstecken auf oder befinden sich im Ausland, wo sie untereinander einen Bruderkrieg führen", äußerte der syrische Informationsminister Iskandar in einem Gespräch mit „Le Monde" (11.4.81). Die kritische Phase, in der sich das Baath-Regime in der ersten Hälfte 1980 befunden hätte, sei beendet, die *„Schlacht gegen den Terrorismus"* definitiv gewonnen. *„Im März 1980 war die wirtschaftliche Aktivität in Aleppo auf Null, Hama war paralysiert, in Damaskus drohte ein Generalstreik, nicht zu reden von anderen Städten im Norden, die praktisch der Kontrolle bewaffneter Banden der Muslimbrüder überlassen waren."*

Seit Beginn dieses Jahres ist von militärischen Aktivitäten der Muslimbrüder nicht mehr berichtet worden. Diese Tatsache ist vor allem auf das massive militärische Eingreifen der syrischen Armee zurückzuführen. Die Ursachen sind allerdings nicht beseitigt. Die allgemeine Unzufriedenheit wurde von den Muslimbrüdern geschickt aufgegriffen. An diesen Kämpfen haben auch linke und nichtreligiöse Kräfte teilgenommen, die allerdings versuchen, sich von den Muslimbrüdern, trotz oberflächlich gleicher Forderungen, abzugrenzen.

Als Beispiel für das Ausmaß der terroristischen Aktivitäten der Muslimbrüder sei Aleppo genannt: Hier wurden allein 1980 300 Intellektuelle, Bazaris, Offiziere, Sicherheitsleute und aktive Baathisten, KP-Mitglieder und sowjetische Berater umgebracht („Süddeutsche Zeitung", 17.12.80). Die syrische Armee reagierte mit gleicher Münze: 1.000 kamen bei nachfolgenden Kämpfen um. Noch im Sommer und Herbst, also nach der militärischen Niederschlagung der aufstandsähnlichen Unruhen wurden in allen Städten Syriens nahezu täglich aktive Baathisten (oder solche, die dafür gehalten werden) umgebracht.

Am 8. März 80, dem 17. Jahrestag der Baath-„Revolution", kam es in allen Städten Syriens zum Streik, für den maßgeblich die Muslimbrüder vor den Augen der Sicherheitskräfte mobilisiert hatten. In vielen Städten beteiligten sich, mit eigenen Aufrufen, linke und nichtreligiöse Strömungen. Beispiele sind Aleppo, Hama, Deir-ez-Zor, Homs, in denen aber auch die Muslimbrüder die wichtigste Rolle spielten. Auch in Damaskus beteiligte sich knapp die Hälfte der Bevölkerung am Streik („Le Monde diplomatique", April 80).

spielten. Auch in Damaskus beteiligte sich knapp die Hälfte der Bevölkerung am Streik („Le Monde diplomatique", April 80).

Das syrische Regime schickte 25.000 Soldaten und Panzer in die Nordregion, die die Städte besetzten und mehrmals im April alle Stadtviertel systematisch durchsuchten. Noch immer werden die Städte von Sicherheitskräften kontrolliert. Die Aufstände endeten angesichts des brutalen Einsatzes der Armee mit einer militärischen Niederlage der Muslimbrüder. Die anderen Kräfte der Opposition, die zu „friedlichen" Mitteln des Protestes gegriffen hatten und sich nicht an den bewaffneten Auseinandersetzungen beteiligt hatten, wurden genauso verfolgt („LM", 12./13.4.81).

Die Muslimbrüder können sich bei ihren Angriffen auf das syrische Regime nicht nur auf die soziale und politische Unzufriedenheit der Bevölkerung stützen, sondern auch auf eine anti-alawitische (Alawiten = schiitische Sekte) Stimmung, die durch die Alleinherrschaft der Assad-Clique alte religiöse Gegensätze zur sunnitischen Mehrheit der Bevölkerung wiederaufbrechen läßt.

Muslimbrüder gibt es seit Anfang der 40er Jahre in Syrien. Sie bildeten niemals eine Partei und verlangen strikte Anwendung der Prinzipien des Islam auf die syrische Gesellschaft. Sie können sich auf große Teile der armen und mittleren Bevölkerungsschichten stützen, obwohl sie sich in der Praxis immer mit den Besitzenden verbündeten. Nach Ergreifung der Macht durch die Baath-Partei 1963 wendeten sie sich 1964/65 gegen die Nationalisierungen und riefen die Gläubigen zum *„Heiligen Krieg gegen die Feinde Gottes"* auf. Als 1966 der linke Flügel des Baath die Macht ergriff, versuchten sie, die Massen dagegen zu mobilisieren. Nach der Verfassungsproklamation 1973 provozierten sie blutige Unruhen in Hama, Homs und Aleppo, weil der Islam nicht als Staatsreligion in der Verfassung verankert wurde.

Die verschiedenen islamischen Strömungen haben sich Ende 1980 in der „Vereinigten islamischen Front" zusammengeschlossen. Im November veröffentlichten sie eine „Erklärung der islamischen Revolution", in der sie eine gewisse Selbstkritik wegen ihrer bisherigen bewaffneten Aktivitäten üben und mit der sie versuchen, wenigstens die Unterstützung eines Teils der nicht-religiösen Opposition zu gewinnen. In der Erklärung kritisieren sie das Einparteienregime, fordern einen Mehrparteienstaat, Gleichheit aller vor dem Gesetz, Abschaffung der Gefängnisse, der Folter und der außerordentlichen Gerichte, Zulassung aller politischen Parteien, Freiheit des Denkens und des Ausdrucks, Achtung religiöser Minderheiten und strikte Gewaltenteilung. Auf wirtschaftlichen Gebiet treten sie für die Förderung des Kapitals und der privaten Initiative, Liberalisierung des Handels ein, in den nationalisierten Betrieben sollen die Arbeiter Aktionäre werden. Die „Vereinigte islamische Front" soll ein erster Schritt zu einer alle Kräfte umfassenden politischen Front sein.

Selbstverständlich werden diese hübschen demokratischen Forderungen, wie es sich für islamische Reaktionäre gehört, eingeschränkt: Sich äußern und denken sowie Parteien bilden dürfen natürlich nur diejenigen „frei", *„die nicht im Gegensatz zum Glauben der Nation stehen und nicht mit dem Ausland verbündet sind."* Das kennen wir doch von Khomeiny!

Selbstverständlich fehlt in der Erklärung jede Kritik an den USA, während die Sowjetunion energisch verdammt wird. Zum Palästina-Problem wird ein ganz radikaler Standpunkt abgegeben: *„Zurückweisung aller Entscheidungen der Vereinten Nationen und anderer internationaler Instanzen"*, Ablehnung jedes Kompromisses mit dem *„zionistischen Gebilde"* („LM", 12./13.4.81). Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang, daß König Hussein, der ja von den Imperialisten und reaktionären arabischen Staaten nach Sadat als zweiter in die friedliche Lösung auf Kosten der Palästinenser einbezogen werden soll, die syrischen Muslimbrüder aktiv unterstützt. Außerdem scheinen diese die besten Beziehungen zu den libanesischen Faschisten zu haben, deren Sender die Nachrichten der Muslimbrüder verbreiten.

Wie in einem Gespräch E. Rouleaus mit einem Mitglied des „Islamischen Revolutionskommandos", Bayanouni, in Paris deutlich wurde, ist die islamische Revolution das große Vorbild der Muslimbrüder („LM", 13.5.81).

Linke und nichtreligiöse Opposition

In Homs gab am 11. März 1980 – in einer der Hochburgen der Muslimbrüder – die demokratische Opposition ihr erstes gemeinsames Kommunique heraus, in dem die *„Freilassung aller politischen Gefangenen, die Wie-*

brüder – die demokratische Opposition ihr erstes gemeinsames Kommunique heraus, in dem die „Freilassung aller politischen Gefangenen, die Wie-

derherstellung der demokratischen Freiheiten, der Rückzug der Interventionstruppen aus allen Städten, die sofortige Entwaffnung der Milizen, ein wirksamer Kampf gegen Inflation und Teuerung, die Verstärkung der nationalen Einheit, Verurteilung jeder konfessionellen Tätigkeit" gefordert werden („Le Monde diplomatique", April 80).

Die demokratische Opposition verfügt vor allem über Einfluß in den Berufsorganisationen und in den Betrieben. Mitte 78 protestierten die Rechtsanwälte gegen Unterdrückung und Folter und forderten die Freilassung der politischen Gefangenen oder ein ordentliches Gerichtsverfahren, Schriftsteller und Journalisten protestierten gegen Zensur („LM", 27.12.78). Bei den im gleichen Jahr stattfindenden Gewerkschaftswahlen siegten trotz massiver Repression, Verhaftungen von Kandidaten und Drohungen in fast allen Betrieben mit mehr als 300 Arbeitern die Kommunisten (Fraktion Riyad Turk) und die unabhängigen Nasseristen – beide nicht an der regierenden „Progressiven Nationalen Front" beteiligt („LM", 27.12.78). 1979 streikten die Arbeiter auf den Ölfeldern von Rumeilan, in Fabriken in Homs und bei Damaskus. Sie konnten sich mit ihren Forderungen durchsetzen.

Im gleichen Jahr erlitten die Regierungsparteien auch bei den Wahllen der Berufsorganisationen schwere Niederlagen („Le Monde diplomatique", April 80). Im Mai 80 wurden viele Verbände vom Regime aufgelöst) „LM", 17.5.80).

Die KP-Fraktion Riyad Turks hat sich 1971 von der KP (Bagdashe) abgespalten. Neben den unabhängigen Nasseristen (Jamal Atassi; eine andere nasseristische Gruppe ist ebenfalls an der Regierung beteiligt) und der KP ist die dritte wichtige oppositionelle Strömung eine linke Baath-Fraktion („Bewegung des 23. Februars"), die zwischen 1966 und 1970 an der Macht war und von Assad gestürzt wurde. Die Führer dieser Fraktion sind entweder im Ausland oder im Gefängnis (wie z.B. Noureddin Atassi (Staatspräsident und Premierminister) oder Salah Jedid (Stabschef).

Nach den Kämpfen im März 80 versuchte sich diese Opposition in einer „Nationalversammlung" zu organisieren, ohne die KP (Riyad Turk). Außerdem versucht sie, sich von den Muslimbrüdern abzugrenzen, obwohl sie ihnen zubilligt, als erste die Mauer des Schweigens gegenüber dem Assad-Regime durchbrochen zu haben. *„Dennoch halten wir daran fest, unsere Unabhängigkeit von den Muslimbrüdern zu betonen und fordern nur den demokratischen Wechsel"* („LM", 12./13.4.81).

Informationsminister Iskandar greift auch diese Opposition, mit der den „sozialistischen" Baath-Regimes eigenen Demagogie, scharf an: *„Man kann nicht zugleich links und gegen das Regime in Damaskus sein."* *„Wer sich dem aktuellen Syrien entgegenstellt, das von der Gesamtheit der fortschrittlichen Kräfte als 'Hochburg der Entschlossenheit'* (gemeint ist gegen die imperialistische Lösung), *steht, ob er will oder nicht, auf der anderen Seite"*, womit er die Muslimbrüder, Israel und die USA meint („LM", 12./13.4.81).

Maßnahmen des Assad-Regimes

Neben Repressionsmaßnahmen versuchte das Regime auch durch „Zugeständnisse" auf die Opposition zu reagieren.

Am 26.9.79 veröffentlichte die „Progressive Nationale Front" ein 37-Punkte-Kommunique, das die Situation in allen innenpolitischen Bereichen kritisierte, insbesondere die Korruption, den Zwischenhandel, den Mangel an Wohnungen und Brot, das Fehlen der Grundrechte und des demokratisch-politischen Lebens, Mängel in der Justiz. Vor allem wurde eine Stärkung der Macht des Ministerrates, des Parlamentes und der führenden Parteien verlangt (der Ministerrat hatte z.B. monatelang nicht mehr getagt). Dem Kommunique folgten Verhaftungen wegen Korruption und Schmuggels, wobei selbstverständlich die führende Clique verschont blieb. Selbst die Regierungszeitung „Al Thawra" kritisierte die *„unverantwortlichen Führer"*, die, statt nach Ursachen der sozialen Probleme und nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen, *„die Verantwortung ans Ausland weisen."* *„Was haben Israel, der US-Imperialismus und die Camp-David-Abkommen mit dem Mangel an Brot und Gas, mit Korruption, Diebstahl und Ausbeutung des Landes und der Bürger zu tun?"*

Dieser „Kritik" folgte allerdings nichts weiter als folgenlose Umbesetzungen in der Parteiführung und der Regierung. Die Mobilisierungsversuche der vom Regime kontrollierten „Massen und Volksorganisationen" gegen die Opposition schlugen vollständig fehl („Le Monde diplomatique", April 80). Das Assad-Regime verfügt derzeit über keinerlei Massenbasis, es stützt sich allein auf die Armee und die Sicherheitsorgane.

setzungen in der Parteiführung und der Regierung. Die Mobilisierungsversuche der vom Regime kontrol-

Inzwischen hat das Regime einige politische Gefangene freigelassen, Neuwahlen in den Berufsorganisationen angesetzt und die Wirtschaft weiter „liberalisiert". Außerdem soll eine weitere Regierungsumbildung stattfinden, Ayyoubi, Premierminister bis zu seinem Rücktritt 1976 – wegen der syrischen Intervention im Libanon –, soll dieses Amt wieder übernehmen. Er erfreut sich des Vertrauens der sunnitischen Bourgeoisie und Saudi-Arabiens („LM", 12./13.4.81). Auf diese Weise soll wohl vor allem den Muslimbrüdern etwas Wind aus den Segeln genommen werden. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung, deren Grundlagen die politische Repression ist, die schwierige wirtschaftliche und soziale Situation sind, wird dadurch keinesfalls besänftigt, im Gegenteil.

Ein Führer der nichtreligiösen Opposition kommentierte die „Reformen": *„Terror und Willkür gibt es immer noch. Es stimmt, es gibt die Freilassungen, aber tausende Gefangene werden immer noch in Gefängnissen gehalten, ohne die geringste Möglichkeit, sich zu verteidigen. Noch schlimmer, die Anzahl der Personen, die 'verschwanden', ohne daß man wüßte, wo sie sich befinden, vermehren die Unruhe. Tatsächlich ist das Regime gefangen in den repressiven Machtzentren, die es selbst geschaffen hat, um sich zu schützen, es ist unfähig, sich zu demokratisieren. Es rechnet vor allem auf die Erschöpfung und Hoffnungslosigkeit seiner Gegner, um die Opposition zu zerstören. Die Auswanderung der Intellektuellen und Jugendlichen nimmt alarmierende Formen an und wird von den Machthabenden unterstützt, die glücklich sind, sich möglicher Oppositioneller zu entledigen. Wen fürchten die Machthaber eigentlich? Im Augenblick sind sie durch die Loyalität der Militärs sicher, die im Augenblick des Sturmes (März 80) treu zu Präsident Assad gehalten haben. Sie haben die stillschweigende Unterstützung der Mächtigen und der Mehrheit der arabischen Staaten, die einzuschätzen scheinen, daß es alles in allem keine annehmbare Alternative zum aktuellen Regime gibt"* („LM", 12./13.4.81).

Hinwendung zur Sowjetunion?

Am 8.10.80 unterzeichnete Assad bei seinem Besuch ein Freundschaftsabkommen mit der Sowjetunion, in dem gegenseitige Hilfen in Lagen, *„welche den Frieden oder die innere Sicherheit eines Partners bedrohen"* festgelegt wurden. Der Pakt solle dann dazu dienen, *„den Frieden wiederherzustellen"* („NZZ", 11.10.80). Nach dem Vertrag verspricht die Sowjetunion Militärhilfe zu gewähren (schon 1979 hatte sie bei einem Assad-Besuch umfassende Militärhilfen versprochen), einschließlich der Entsendung sowjetischer Truppen im Bedarfsfall, so jedenfalls der syrische Informationsminister gegenüber „Al Moustakbal" (26.9.80, nach „LM", 27.9.80).

Dieser Vertrag, der total anders sei als die Verträge zwischen der UDSSR und anderen arabischen Staaten, sei die entsprechende Antwort auf *„die Pläne der Unterzeichner von Camp David"*. *„Wir schätzen, daß das strategische Gleichgewicht zwischen Israel und den arabischen Staaten nicht wiederhergestellt werden kann, ohne die Herstellung eines Gleichgewichtes zwischen den beiden Großmächten in der Region."* Iskandar zog einen Vergleich mit den *„Umständen, unter denen Präsident Nasser 1967* (nach dem Juni-Krieg) *einen Vertrag mit der Sowjetunion unterzeichnet hat"* („LM", 27.9.80).

Die arabischen Ölländer reagierten auf diese „Hinwendung" zur Sowjetunion zunächst mit einer Einstellung ihrer Finanzhilfen, ein Unterausschuß für auswärtige Angelegenheiten in den USA schlug vor, 130 Mio. Dollar Wirtschaftshilfe an Syrien nicht zu zahlen („FR", 11.4.81).

Von einer „Hinwendung" des Assad-Regimes zur Sowjetunion kann allerdings keine Rede sein. Das wird einmal belegt durch die seit Regierungsantritt betriebene Politik Assads, der sich stärker den imperialistischen Staaten zuwendete (vgl. AK 87). Assad hatte die „linken" Baathisten um Jelid und Atassi 1970 u.a. deshalb gestürzt, weil diese sich seiner Meinung nach zu sehr auf die Sowjetunion stützten. Die neueren Tendenzen in der syrischen Politik deuten außerdem darauf hin, daß das private Kapital noch mehr gegenüber dem nationalen Sektor gestärkt wird (s.o.).

Nach dem Oktoberkrieg 1973, mit

dem nationalen Sektor gestärkt wird (s.o.).

Nach dem Oktoberkrieg 1973, mit dem die imperialistische Lösung im Nahen Osten eingeleitet wurde (Sinai-Abkommen zwischen Israel und Ägypten, Jerusalem-Besuch Sadats, Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel), setzte Assad zunächst voll auf d i e s e Lösung. 1974 wurde nach Verhandlungen zwischen Syrien und Israel die Stadt Kuneitra auf den Golanhöhen an Syrien zurückgegeben, die allerdings noch heute eine Geisterstadt ist. Die Bewohner kamen nicht zurück, weil alle zugehörigen Ländereien nach wie vor von Israel besetzt sind. Ein „Zugeständnis" also ähnlich wie das Sinai-Abkommen, das es Syrien ermöglichen sollte, von einer harten Frontstellung gegenüber Israel herunterzukommen und eine Verhandlungslösung einzugehen. Der Einmarsch im Libanon und das harte Vorgehen gegen die fortschrittlichen Kräfte und Palästinenser (mit Israel abgestimmt, s. AK 201) sind Teil dieser Strategie. Die Sowjetunion hatte hingegen schon seit 1973 versucht, mit Syrien einen Freundschaftsvertrag abzuschließen. Noch 1977 traf sich Assad mit Carter in Genf, die USA waren eindeutig sein bevorzugter Partner. Erst der Jerusalem-Besuch Sadats, der die Anerkennung Israels ohne jede Vorbedingung bedeutete und schon jedes weitere militärische Vorgehen Ägyptens gegen Israel ausschloß, brachte eine Wende in die syrische Politik. Sicher spielten dabei auch die gerade begonnen Kämpfe zwischen syrischer Armee und Falangisten im Libanon eine Rolle, die versuchten, Syrien seine Trümpfe bei einer friedlichen Lösung, die Kontrolle des Libanons und der Palästinenser, aus der Hand zu schlagen. Ein Regime-Gegner: *„Ohne die Abkommen von Camp David hätte es niemals das syrisch-sowjetische Abkommen gegeben"* („LM", 12./13.4.81).

Der Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion dient vor allem dazu, Syrien bei einer Verhandlungslösung den Rücken zu stärken und den Druck, den es von seiten der US-Imperialisten, Israels und der reaktionären arabischen Staaten ausgesetzt ist, zu mildern. Die jüngste Krise zwischen Syrien und Israel im Libanon hat dies unter Beweis gestellt.

Interessant sind in diesem Zusammenhang die Einschätzungen zum Stand des Friedensprozesses, der Situation im Libanon sowie zur Politik Jordaniens von Repräsentanten des syrischen Regimes in „Le Monde" (14.4.81): *„Wir haben mit Israel eine 200 km lange Grenze. Wenn Jordanien dem ägyptischen Beispiel folgt, werden wir nahezu 800 km zu verteidigen haben. Das schafft für uns eine nicht zu duldende Perspektive. Wir wollen keinen neuen Sadat an unseren Grenzen, und wir werden alles tun, um eine solche Situation zu verhindern."*

Der Boykott des arabischen Gipfels in Amman im November 1980 (auf dem König Hussein beauftragt wurde, für die Palästinenser in die „friedliche Lösung" einzusteigen) und die gleichzeitige Truppenkonzentration an der Grenze zu Jordanien, sei eine unzweideutige Warnung an die Adresse des jordanischen Regimes gewesen. König Hussein hätte eine Wendung um 180 Grad gemacht. Nach politischen und wirtschaftlichen Abkommen zwischen Syrien und Jordanien mit dem Ziel einer Integration 1975 wäre er 1979 der Achse Riad-Bagdad-Amman beigetreten. Diese Politik solle Syrien isolieren, das zwei Trümpfe der Lösung des israelisch-arabischen Konfliktes in der Hand halte, die *„unwandelbare"* Allianz mit der PLO und die *„privilegierte Position"* im Libanon. *„Es kann keinen Frieden ohne uns im Nahen Osten geben."* Wirkliche Repressionen, damit Syrien sich aus Libanon zurückziehe, seien nicht zu erwarten. Weder die libanesische Regierung, die gemäßigten (sprich pro-imperialistischen) arabischen Länder, noch die westeuropäischen Länder wollten dies, da ein Rückzug das Pulverfaß Libanon in die Luft sprengen würde.

„Alles, was sie wirklich wollen, ist unsere Zusammenarbeit, um den Libanon, nach Beispiel Jordaniens, zu einem neuen Element der Kapitulationspolitik gegenüber Israel zu machen."

Der syrische Informationsminister Iskandar erklärte: *„Das ist eine Erpressung, der wir niemals nachgeben werden."* Selbst eine eventuelle Streichung der Unterstützungsgelder der arabischen Ölstaaten für die syrischen Interventionstruppen („Arabische Friedenstruppe") *„wird an der syrischen Entschlossenheit nichts ändern."* *„Selbst wenn das Mandat für die Arabische Friedenstruppe auf der nächsten Versammlung der arabischen Liga im Juni nicht erneuert wird, werden unsere Streitkräfte im Libanon bleiben, solange die legalen Autoritäten in Beirut nicht unseren Rückzug fordern, trotz aller Opfer, die eine solche Präsenz einschließt."*

wird, werden unsere Streitkräfte im Libanon bleiben, solange die legalen Autoritäten in Beirut nicht unseren

Die syrische Position im „Friedens"prozeß ist zweifellos durch das Freundschaftsabkommen mit der Sowjetunion gestärkt worden, die selbst im Nahen Osten nun wieder eine gewisse Rolle spielen kann. Ob sich die Sowjetunion dabei tatsächlich als ein „wahrer Freund" der Palästinenser erweisen wird, bleibt abzuwarten. (Beispielsweise erhält seit einigen Jahren auch die PFLP reichlich Unterstützung von der Sowjetunion).

Die Haltung der Sowjetunion zum Einmarsch der syrischen Truppen im Libanon und die damit verbundene Niedermetzelung palästinensischer und fortschrittlicher libanesischer Kräfte läßt eine gewisse Skepsis nicht übertrieben erscheinen. Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich just in dieser Zeit in Damaskus auf, die UdSSR lieferte Waffen. TASS kritisierte damals nur, daß es den syrischen Ordnungskräften nicht so recht gelänge, „Ruhe und Ordnung" zu schaffen.

Ein knappes Jahr später wurde diese vornehme Zurückhaltung aufgegeben. Bei dem „Freundschafts"besuch Assads in Moskau am 18.4.77 wurde ein Kommunique veröffentlicht, das in „Horizont" (2.5.77) wiedergegeben ist: *„Die Sowjetunion und Syrien äußerten ihre Befriedigung über den Normalisierungsprozeß im Libanon. Sie stellten fest, daß in diesem Lande Frieden und Sicherheit bei Gewährleistung seiner Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität wiederhergestellt werden. Sie verurteilen die Einmischung Israels in die inneren Angelegenheiten Libanons, die in ständigen Provokationen im Süden des Landes zum Ausdruck kommt."*

Nahost-Kommission

Saudi-Arabien:

Wirtschaftsbeziehungen zwischen Saudi-Arabien und BRD

Führende Vertreter der in Saudi-Arabien engagierten bundesdeutschen Wirtschaftssparten kommen in einer vom Nah- und Mittelostverein ("NuMOV", Interessenverband von Wirtschafts- und Aussenhandelsunternehmungen) für die Waffenexport-Diskussion zusammengestellten Broschüre "Saudi–Arabien - Partner für die Bundesrepublik Deutschland" einmütig zu der Auffassung, daß die lukrativen Wirtschaftsbeziehungen zu Saudi-Arabien keinesfalls gefährdend werden dürften und fordern deshalb, die von Saudi-Arabien gewünschten Waffen zu liefern.An ihre Begründung, daß die Saudis sich andernfalls 'beleidigt' von den bundesdeutschen Wirtschafts-Partnern zurückziehen könnten, werden sie selbst nicht glauben, aber es drückt sich darin schon die Sorge aus, die BRD könnte ihre eroberte Rolle in Saudi-Arabien verlieren. Der Nahe Osten spielt für die Entwicklung der kommenden Jahre eine Schlüsselrolle, wer hier die Macht hat, hat im imperialistischen Wettstreit einen wichtigen Trumpf in der Hand.

Bedeutung Saudi-Arabiens für die Bauindustrie der BRD

Mit den steigenden Einnahmen aus dem Erdölexport seit den 60er Jahren hat sich Saudi-Arabien zum wichtigsten Auftraggeber für die bundesdeutsche Bauindustrie entwickelt. Etwa die Hälfte des Auslandsbaus von Unternehmen der BRD findet in Saudi-Arabien statt; dies waren im letzten Jahrzehnt Kontrakte für rund 33 Mrd. DM. Das Spektrum der Aufträge reicht von Verkehrsbauten wie Flughäfen und Häfen über Krankenhaus-, Wohnungs- und Industriebau bis hin zu Beratungs- und Reparaturaufträgen.

Finanzpolitische Bedeutung

Saudi-Arabien ist der größte Gläubiger der Bundesrepublik, wobei als Kreditnehmer im vergangenen Jahr vor allem der Bund selbst aufgetreten ist. Einzelheiten zu den Beträgen, Laufzeiten etc. der Kredite sind nicht bekannt, aber *"per Saldo hat die öffentliche Hand 1980 fast 20 Millarden Mark mittel- und langfristiges Darlehenskapital importiert - hauptsächlich aus Saudi-Arabien"* (NuMOV-Broschüre, S.21). 1981 soll sich die Kreditaufnahme allein bei Saudi-Arabien auf 28 MRD. DM belaufen, womit fast die gesamte Neuverschuldung des Staates gedeckt würde ("FAZ", 1.6.81).

"Die täglichen saudischen Einnahmen aus Ölexporten lagen 1980 bei ca. 600 Millionen Mark - oder, auf das Jahr umgerechnet, bei rd. 220 Mrd. Mark, wovon fast die Hälfte als echte, also verbleibende Überschüsse auf den internationalen privaten Finanzmärkten, also bei den großen Geschäftsbanken, angelegt wurde... .Auch die großen deutschen Geschäftsbanken - einige traditionell schon seit Jahrzehnten - sind in starkem Maße in das Recycling saudischer Petrodollars eingeschaltet. Nach eher vorsichtigen Schätzungen hatten saudiarabische staatliche und private Banken und Institutionen Ende 1980 bei deutschen Geschäftsbanken etwa 20 bis 25 Milliarden Mark auf Termingeldkonten und Wertpapierdepots angelegt, sie zählen damit zu den größten Einlegern in der deutschen Kreditwirtschaft" (a.a.O.).

Außenhandel der BRD mit Saudi-Arabien

Saudi-Arabien war 1980 mit einem Gesamthandelsvolumen von rund 14 Mrd. DM der bedeutendste arabische Handels-Partner der Bundesrepublik und steht in der Außenhandelsstatistik der BRD insgesamt an 16. Stelle bei den Einfuhren und an 14. Stelle bei den Exporten. Außerhalb Europas ist Saudi-Arabien nach den USA und Japan der größte Käufer westdeutscher Güter (1979 im Wert von 4,4 Mrd. DM), wobei ein Viertel dieser saudischen Importe elektrotechnische Erzeugnisse sind. Die bundesdeutsche elektronische und Kraftfahrzeugindustrie verzeichnen einen Exportanteil nach Saudi-Arabien von je über 20%. An den Importen der BRD aus Saudi-Arabien (1979: Gesamtvolumen 3,9 Mrd. DM) machen die Rohöleinfuhren den Löwenanteil aus (1979: 98% der Einfuhren). Der Ausfall des iranischen Erdöls und die vergleichsweise günstigen Preise für saudisches Erdöl (im Sept. 1980 kostete 1 Tonne Rohöl aus Saudi-Arabien 396 DM, aus Lybien 516 DM und aus den Vereinigten Arabischen Emiraten 458DM) haben 1980 zu einer Steigerung der Rohöleinfuhren aus Saudi-Arabien für ca. 9,7 Mrd. DM geführt und Saudi-Arabien damit zum größten Lieferanten für die BRD gemacht. (Zahlen nach der NuMOV-Broschüre und nach: Wilkens/Ziesing: Die wirtschaftliche Bedeutung des Mittleren Ostens für die Bundesrepublik; in Der Bürger im Staat, März 1981).

Bundesdeutsche Consultingfirmen in Saudi-Arabien

In Saudi-Arabien sind seit den 50er Jahren bundesdeutsche beratende Ingenieurfirmen tätig, zunächst für Infrastrukturplanungen. 1978/79 waren 38 bundesdeutsche Consultingfirmen mit 118 meist Groß- und Größtprojekten (durchschnittliche Dauer 2 1/2 Jahre und einem durchschnittlichen Honorarvolumen von 1,5 Mio. DM) beantragt.Der Vorstandsvorsitzende des "Verbandes unabhängig beratender Ingenieurfirmen" in der BRD, Schnieders, verweist auf den *"Multiplikatoreneffekt für die deutsche Exportwirtschaft aus der Beauftragung deutscher Consultingfirmen: Mehrere Kraftwerke und Entsalzungsanlagen, jeweils in Milliardenhöhe, Infrastrukturvorhaben, wie der Bau von Hafen- und Flughafenanlagen, Anlagen zum Transport und Umschlag, zur Energieverteilung und auch Aufträge an Hochbaufirmen sind in die Bundesrepublik gegangen, nachdem deutsche Ingenieurfirmen die Planung erbracht hatten"* (NuMOV-Broschüre, S. 28).

Das alles braucht ein wenig Sicherheit

An die Waffenexporte knüpft sich die Hoffnung, gemeinsam mit den USA, die seit der iranischen Revolution ihre militärische Präsenz in der Golfregion massiv ausbauen, einen Beitrag zur Stabilität in der Region und in dem Schlüsselland Saudi-Arabien zu leisten, denn - wie das iranische Beispiel lehrt - so blühende Geschäfte wie derzeit in Saudi-Arabien sind nur unter rechter, proimperialistischer Herrschaft zu machen.

Auch wenn die saudischen Herrscher die US-, bundesdeutschen, englischen und anderen Waffen nur teilweise für die "innere",d.h. die eigene Sicherheit benötigen, steht die gewaltige Ausrüstung der saudischen Armee (eine Überausrüstung im Vergleich zur Kampfkraft) in direktem Zusammenhang mit der inneren (und äußeren) Sicherheit und Stabilität, denn die dadurch erzielte dauerhafte Anwesenheit westlicher Militärs und westlicher Waffensysteme setzt Saudi-Arabien - zumindest für eine Weile - auf den freigewordenen Platz des Iran als regionale Vormacht und Wächter der imperialistischen Interessen in der Region. Die 50.000 Mann starke saudische Armee hat schon derzeit 10.000 amerikanische „Berater". Zum Vergleich: In der gut 400.000 Mann starken iranischen Armee gab es zu Schah-Zeiten 50.000 amerikanische „Berater".

Wie stabil ist die saudische Regierung?

Der langjährige Nahostkorrespondent der "Neuen Zür cher Zeitung" Arnold Hottinger vertritt die Auffassung, daß sich das herrschende Regime höchstens noch 5 Jahre wird halten können. Noch wirke - so Hottinger - das Erdölgeld, wenn es auch nur teilweise mit sozialen Zielsetzungen ausgegeben werde und der Bevölkerung zugutekomme, als ein Kissen, daß viele Mißstände und Unzufriedenheiten zu mildern oder zu überdecken vermöge. Die wirtschaftliche und soziale "Entwicklung" ginge aber so rasant vonstatten und brächte soviel sozialen und politischen Zündstoff mit sich, daß eine wachsende Opposition gegen das Herrscherhaus und *"früher oder später ein Umsturz in Saudi-Arabien kommen muß"* (in: Der Bürger im Staat, März 1981). Mit dieser These, die von auch anderen Nahostexperten vertreten wird, werden wir uns vor dem Hintergrund der innenpolitischen Situation in einem Folgeartikel auseinandersetzen.

Nahost-Kommission

Wahlen in Nord- und Südirland

Bei den am 21.5.81 abgehaltenen nordirischen Kommunalwahlen konnten der rechtsradikale Loyalisten-Führer Ian Paisley und seine „Democratic Unionist Party" (D.U.P.) einen erheblichen Zuwachs an Wählerstimmen für sich verbuchen. Gegenüber 1977 gelang es der D.U.P., ihren Anteil an Sitzen in den nordirischen Kommunalparlamenten nahezu zu verdoppeln.

Die gemäßigten, integrationistischen Parteien mußten hingegen allesamt Einbußen hinnehmen.

Zur besseren Beurteilung des Wahlergebnisses sei noch einmal erwähnt, daß sich das konfessionelle Kräfteverhältnis in den 6 Grafschaften der historischen Provinz Ulster 2 : 1 für die Protestanten gestaltet. Historisch bedingt, erfolgt die politische Parteinahme in Nordirland oftmals entlang der jeweiligen konfessionellen Zugehörigkeit.

Im Folgenden nun die Ergebnisse der Kommunalwahlen im Einzelnen: Die D.U.P. erhielt 142 Sitze (25,8 %), 68 mehr als bei den letzten Kommunalwahlen von 1977 (74 Sitze, 12,7 %). Bereits die Europawahlen hatten ein Ansteigen der D.U.P. in der Gunst der protestantischen Wählerschaft signalisiert (29,8 %). Die gemäßigte loyalistisch-protestantische „Official Unionist Party" (O.U.P.) blieb mit 151 (27,2 %) gewonnenen Sitzen stärkste Partei. Mit 27 Sitzen weniger im Vergleich zu 1977 (178 Sitze, 29,6 %) hatte sie jedoch die zweitstärksten Verluste hinzunehmen. Die schwersten Einbußen erlitt die integrationistische „Alliance Party", deren Anteil an Parlamentssitzen sich im Vergleich zu 1977 fast halbierte. Die „Alliance Party", in der sich „gemäßigte Kräfte" beider Konfessionen einfinden, wird zukünftig nur noch 38 Sitze (8,7 %) einnehmen (1977: 70 Sitze, 14,4 %). Dagegen hielten sich die Verluste der katholischen integrationistischen „Social Democratic and Labour Party" (S.D.L.P.) noch in erträglichen Grenzen (1977: 113 Sitze, 20,6 %; 1981: 105 Sitze, 17,5 %).

Die erstmals zu Kommunalwahlen angetretene „Irish Independent Party" (I.I.P.), eine bürgerlich-nationalistische Formation, erreichte auf Anhieb 22 Sitze (bei insgesamt 50 Kandidaten). Die I.I.P. zählt zu den Unterstützern der „Anti H-Block Kampagne". Die „Republican Clubs", nordirische Ausgabe der heruntergewirtschafteten sozialdemokratischen „Sinn Fein – The Workers Party" (im republikanischen Volksmund auch „Sinn Fein The Drinkers Party" genannt) dürfte in den neu gewählten Kommunalparlamenten nicht mehr vertreten sein.

1977 hatten die „Republican Clubs" immerhin noch 6 Sitze eingenommen. Dank ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der „Anti H-Block Kampagne" dürfte sich die „Drinkers Party" nun auch die allerletzten Sympathien in der republikanischen/katholischen Minorität verscherzt haben.

Die „Irish Republican Socialist Party", deren militärischer Arm die „Irish National Liberation Army" (I.N.L.A.) ist, war in Belfast mit 3 Kandidaten angetreten. 2 von diesen gelang der Einzug in den „City Council". Die trotzkistischen „Peoples Democrazy" werden hier zukünftig ebenfalls mit 2 Abgeordneten vertreten sein.

SINN FEIN/Provisional stellte sich, wie gehabt, aus prinzipiellen Erwägungen heraus, nicht zur Wahl. Diesbezüglich wäre es von Interesse, mehr über die Wahlbeteiligung in den republikanischen/katholischen Vierteln zu erfahren. Leider liegen uns hierüber keine Angaben vor.

Großer Verlierer in Belfast war Gerry Fitt, Mitbegründer und ehemaliger Führer der S.D.L.P. Fitt verlor seinen Sitz im Belfaster „City Council", den er zuvor 23 Jahre lang ununterbrochen eingenommen hatte. Lediglich 541 Wähler votierten für Fitt, 1977 waren es noch 3000. Die britischen Medien werten dies als Quittung für seine Mauscheleien mit Thatchers Nordirland-Administration sowie für seine ablehnende Haltung gegenüber den Forderungen der republikanischen Gefangenen (alle Angaben nach „Guardian", 22./23. 5.81).

Das Ergebnis der Kommunalwahlen dürfte in London mit gemischten Gefühlen aufgenommen worden sein. Einerseits bietet der Erfolg der D.U.P. den Briten propagandistisch die Möglichkeit, noch stärker als bisher die Forderungen der republikanischen Gefangenen mit Verweis auf den radikalisierten protestantischen Bevölkerungsteil in den 6 Grafschaften zurückzuweisen.

Andererseits könnte sich die Stärkung der Position Paisley's im loyalistischen Lager als schädlich hinsichtlich jener zeitgemäßen imperialistischen Lösung des Konfliktes erweisen, wie sie Thatcher, Schmidt und Co. bereits seit längerem vorschwebt: eine über „gesamtirische Institutionen" vermittelte „friedliche Wiedervereinigung" der beiden Landesteile, allerdings unter imperialistischem Vorzeichen. Paisley hatte im Wahlkampf insbesondere gegen die „Dubliner Gespräche" (Thatcher/Haughey) polemisiert, die eine „neue Epoche" in den Beziehungen zwischen der Republik und dem Königreich, eben zugunsten einer solchen imperialistischen „Lösung", einleiten sollten. Seit den Dubliner Gesprächen setzt der Reverend wieder verstärkt auf die altbewährte unionistische „no surrender"-Parole, die in der Vergangenheit wiederholt derartige Versuche zum Scheitern gebracht hat.

Bekanntlich waren die gemeinsamen Verhandlungen der nord- und südirischen Administrationen, mit dem Ziel engerer Kooperation vorwiegend im ökonomischen Sektor, in den 60er Jahren Auslöser der neuerlichen Unruhen in den 6 Grafschaften. 1974 brachte ein vom „Ulster Workers Council" initiierter Generalstreik protestantischer Arbeiter das „Sunningdale-Abkommen", das die Einrichtung eines „gesamtirischen Rates" vorsah, zu Fall.

Die gemäßigten und integrationistischen Kräfte (O.U.P., S.D.L.P., A.P.) haben als potentielle Träger einer „politischen Lösung" im Sinne der Imperialisten bei diesen Wahlen an Boden verloren.

Für die republikanische Bewegung bleibt die bittere Erkenntnis, daß der protestantische Teil der nordirischen Arbeiterklasse nach wie vor weit davon entfernt ist, sich des Einflusses ihrer demagogischen Führer zu entziehen.

Neuwahlen in der Republik

Ende Mai hat der südirische Premier Haughey („Fianna Fail") mit dem 11. Juni nun das Datum der bereits seit längerem angekündigten Neuwahlen genannt.

Die wirtschaftliche Situation des Südens wurde zunächst zur Begründung der Neuwahlen herangezogen. Neuerdings kommt noch die sich aus dem „H-Block Konflikt" ergebende angespannte politische Lage hinzu. Die kurzfristige Anberaumung des Wahltermins verfolgt den Zweck, das Zustandekommen einer breiteren, auch auf parlamentarischer Ebene agierenden Front gegen den Kurs der Fianna Fail-Regierung zu verunmöglichen. Haughey will sich am 11. Juni noch einmal des Votums der republikanischen Wähler versichern. Der EG-Beitritt hat die Ökonomie des Landes noch weiter in den Abgrund gestürzt. Die vom „Nationalisten" Haughey noch Anfang des Jahres wiederholt gepriesenen, neuen „einzigartigen" Beziehungen zum Königreich haben bis dato noch keinerlei positive Wirkung gezeigt. Die unnachgiebige Haltung Thatchers in der „H-Block-Frage" hat den forschen Haughey, der die traditionelle (allerdings faktisch nie existente) Neutralität der Republik zugunsten eines irisch-britischen Verteidigungspaktes bzw. eines NATO-Beitritts zu opfern gedenkt, gegenüber seiner Basis in eine mißliche Lage hineinmanövriert. Von daher haben London wie Dublin ein gemeinsames Interesse daran, daß der unvermeidliche Wahlakt möglichst schnell und reibungslos über die Bühne geht.

Eine breite „Anti-Haughey Koalition" ist erwartungsgemäß zu diesen Wahlen nicht zustande gekommen. Hierfür gibt es verschiedene Gründe, zeitliche wie politische. Ein Bündnis, etwa bestehend aus SINN FEIN, I.R.S.P., P.D., der innerparteilichen Haughey-Opposition (Sile de Valera u.a.), Repräsentanten der „Anti H-Block"-Bewegung (Bernadette Mc Aliskey u.a.) und „Unabhängigen" (z.B. Europaparlamentarier Neils Blaney), würde Fianna Fail sicherlich auch auf parlamentarischer Ebene arg in Verlegenheit bringen. Blaney, einst ein Kumpan Haughey's, mit dem er nicht nur gemeinsam Ministerämter in Fianna Fail-Regierungen bekleidete, sondern auch einen nie ganz aufgeklärten Waffendeal zugunsten der I.R.A. tätigte, hat sich inzwischen auf „seine Weise" um eine partielle Füllung des objektiv existierenden Vakuums bemüht. Am 28.5. stellte er die von ihm eigens gegründete „Independent Fianna Fail Republican Party" vor, die ideologisch-programmatisch an die Urzeiten der Fianna Fail des Republikgründers de Valera anknüpft. Insgesamt 8 Kandidaten dieser neuen Partei sollten sich ursprünglich in den stark republikanisch geprägten grenznahen Wahlbezirken zur Wahl stellen. Hauptpunkte der Wahlplattform der „Independent Fianna Fail Republican Party" sind die Forderungen nach Abzug der britischen Truppen aus Ulster und die Erfüllung der 5 Forderungen der I.R.A. und I.N.L.A. Gefangenen („Guardian", 29.5.81).

Im „National H-Block Committee" wurde die Frage einer eventuellen Wahlbeteiligung äußerst kontrovers diskutiert. Während SINN FEIN dafür plädierte, Gefangene aus den H-Blocks (inclusive der sich im Hungerstreik befindlichen) in einigen Wahlkreisen antreten zu lassen, sprachen sich die I.R.S.P., Bernadette McAliskey u.a. für eine Nominierung prominenter Repräsentanten der republikanischen Position aus („Guardian", 29.5.81). Die Vorstellungen der SINN FEIN setzten sich im Bündnis schließlich durch. 9 republikanische Gefangene werden am 11.9. kandidieren. Vier von ihnen werden aussichtsreiche Wahlkreise in der grenznahen Region zugewiesen bekommen. Ermöglicht wird dies dadurch, daß Blaney, wie bereits zuvor von ihm angekündigt, 4 seiner Kandidaten wieder zurückzieht. Toney O'Hara, der Bruder des kürzlich im Hungerstreik verstorbenen I.N.L.A.-Gefangenen, Patsey O'Hara, wird in einem Dubliner Wahlkreis gegen den amtierenden Fianna Fail-Außenminister Brian Lenighan antreten. Maireid Farrell, republikanische Gefangene aus dem nordirischen Frauengefängnis Armagh und beteiligt am ersten Hungerstreik Ende letzten Jahres, wird in einem Wahlkreis in Cork kandidieren, wo seit dem Abtritt des ehemaligen südirischen Premiers Jack Lynch ein gewisses Vakuum existiert. Mit Sean McKenna wird ein weiterer Teilnehmer des ersten Hungerstreiks kandidieren. Die vier republikanischen Gefangenen, die sich im Augenblick im Hungerstreik auf Leben und Tod befinden, werden die grenznahen Wahlbezirke einnehmen.

Mit der Kandidatur der republikanischen Gefangenen müssen die Bemühungen der 3 „großen" südirischen Parteien (Fianna Fail, Fine Gael, Irish Labour Party), die „H-Block-Frage" aus dem Wahlkampf herauszuhalten, als gescheitert betrachtet werden.

Irland/Großbritannien Kommission

Linke Wiedervereiniger

und die Renaissance der Nationalen Frage

„Wir lehnen es ab, das Bild einer europäischen Friedensordnung zu akzeptieren, in dem die deutsche Teilung gleichsam als Dachträger des west-östlichen Gleichgewichts fungiert. Die Überwindung der kontinentalen Spaltung – somit des Status quo – gehört zu den offen ausgesprochenen Zielen aller politisch Denkenden in Ost- und Westeuropa... Die Aufhebung des Ost-West-Gegensatzes in einer europäischen Friedensgemeinschaft setzt nicht zuletzt eine Lösung der deutschen Frage voraus" (1). Diese und ähnlich bemerkenswerte *„Überlegungen zu einer neuen Deutschland- und Friedenspolitik"*, die – nach Meinung des „TAZ"-Rezensenten Dieter Schütte – *„den Horizont bisheriger linker Diskussionen erweitern"* (2), sind in der Einleitung des Buches „Die Linke und die nationale Frage – Dokumente zur deutschen Einheit seit 1945" nachzulesen, das Peter Brandt (SB) und Herbert Ammon (SPD) Anfang dieses Jahres auf den Markt gebracht haben. Eine über 300 Seiten starke Dokumentationssammlung – offizielle Dokumente der KPD, SED und SPD, Reden und Aufsätze führender Politiker dieser Parteien, Stellungnahmen von „eigenwilligen Denkern" aus dem sozialistischen und linksbürgerlichen Lager, unter die sich auch Jakob Kaiser (CDU) und der „Nationalrevolutionär" Henning Eichberg verirrt haben, sowie von Oppositionellen aus SPD und KPD – soll verdeutlichen, *„daß im Zentrum linken Denkens bis heute die Frage der Teilung gestanden hat"*. (S. 12). Auswahlkriterium war für Brandt/Ammon *„die Verbindung von Demokratie und Nation und – wenn auch noch so vage – von nationaler und sozialer Frage..., wobei es immer nur um die Selbsteinschätzung der Betreffenden gehen konnte"* (S.11). In einer umfangreichen Einleitung versuchen sich die Autoren an einem historischen Grundriß über die Stellung der deutschen Linken zur nationalen Frage; *„Reflexionen über die Schwierigkeiten des heutigen linken Selbstverständnisses mit der Nation"* (S.12) sollen dazu animieren, mit der „Tabuisierung der deutschen Frage" zu brechen.

Mit Erfolg: In der „TAZ" wurden die Thesen von Brandt/Ammon bereits als „die bisher differenziertesten Aussagen zum Problem der deutschen Frage aus dem Kreis der neuen Linken" gefeiert. Die Berlin-AG der Alternativen Liste Westberlin, in der Brandt und Ammon mitarbeiten, legte für die Programmdiskussionen der AL-Mitgliedervollversammlung ähnliche Thesen zur Verabschiedung vor und konnte sich dabei zumindest zum Teil durchsetzen (3). Bahro lobte auf dem Juso-Kongreß „Berlin am Tropf?" das Friedens-, Berlin- und deutschlandpolitische Programm der
vor und konnte sich dabei zumindest zum Teil durchsetzen (3). Bahro lobte auf dem Juso-Kongreß „Berlin am Tropf?" das Friedens-, Berlin- und deutschlandpolitische Programm der
AL in den höchsten Tönen; in der Zeitung der Grünen Partei wurde das Berlin-Programm der AL wegen seiner „europäischen Bedeutung" in ausführlichen Auszügen nachgedruckt. Weitere Weggefährten, die schon früher mit vergleichbaren Positionen hausieren gingen, werden sich zweifellos hinzugesellen: aus der „Aktion 18. März", aus dem Freundeskreis der inzwischen aufgelösten vaterländischen „KPD", aus dem Umkreis des sanft entschlafenen „Langen Marsch", und auch der eine oder andere DDR-Dissident wird möglicherweise interessiert vorbeischauen. Allein aus diesem Grund erscheint mir eine eingehendere Beschäftigung mit den Thesen Brandts und Ammons als lohnend. Der erste Teil des Artikels beschäftigt sich mit dem Versuch einer historischen Begründung einer „linken" Wiedervereinigungspolitik und mit der zentralen These Brandts und Ammons, die nationale Frage sei auch in Deutschland nicht bloß ein Thema der Rechten. In einem zweiten Teil will ich auf ihre Auseinandersetzung mit der „Neuen Ostpolitik" und ihre aktuellpolitischen Vorstellungen zur „Lösung der deutschen Frage" eingehen.

Brandts und Ammons Ausflug in die deutsche Geschichte

Brandt/Ammon verstehen ihr Buch *„als Gedächtnishilfe für diejenigen, die beharrlich behaupten, die nationale Frage sei – zumal in Deutschland – ein rechtes Thema"* (S.13). Sie sind angetreten, das Geschichtsbild derjenigen Linken zurechtzurücken, die fast ausschließlich die negativen Traditionslinien der deutschen Geschichte wahrnähmen: Nach dem Scheitern der agrar- und kulturrevolutionären Bewegungen zur Zeit der Reformation und der Verfestigung der deutschen Kleinstaaterei im Feudalabsolutismus Unfähigkeit der „verspäteten Nation", den bürgerlichen Nationalstaat durch eine Revolution von unten zu konstituieren; nach dem Versagen des deutschen Bürgertums vor den Aufgaben der Revolution 1848/49 Kniefall der national-liberalen Bourgeoisie vor der Bismarckschen Realpolitik, von wo der Weg über den wilhelminischen Imperialismus in den Faschismus geführt habe; Unfähigkeit der Deutschen, sich aus eigenen Kräften vom Faschismus zu befreien.

Brandt/Ammon plädieren demgegenüber dafür, *„die Ambivalenz des Begriffs"* Nation zugrundezulegen, die gerade in Deutschland so verheerend zutage getreten sei. *„...Es ist historisch unrichtig, daß die Nation stets nur als Gefühlskrücke gedient hat, die nach innen keinerlei humane Werte realisiert, und allein in ihrem wirklichen oder eingebildeten Gegner nach außen ihre destruktive Wirkung gezeigt habe. Gegenüber der Borniertheit des wilhelminischen Nationalismus und den Exzessen des Nazismus erinnern wir an die freiheitlichen Traditionen der antinapoleanischen Kriege 1813/15, des Vormärz und der Revolution 1848/49 sowie des patriotischen Internationalismus der frühen Arbeiterbewegung"* (S. 24 f).

Nun wird kaum jemand ernsthaft bestreiten, daß das radikale Bürger- und Kleinbürgertum und die fortschrittliche Intelligenz der Befreiungskriege, des Vormärz und der 48er Revolution solche Traditionen begründet haben, und daß es Aufgabe der Linken ist, an diese von der herrschenden Geschichtsschreibung unterdrückten Traditionen zu erinnern. Wer allerdings diese Traditionen beansprucht, um heute eine linke Politik zur „Lösung der nationalen Frage" historisch zu begründen, kann sich nicht damit begnügen, den „negativen Traditionslinien" der deutschen Geschichte trotzig die „freiheitlichen Traditionen" entgegenzusetzen, sondern muß sich zumindest die Mühe machen, diese in ihrer Widersprüchlichkeit – oder, um mit Brandt/Ammon zu reden: ihrer „Ambivalenz" – zu untersuchen.

Wenn Brandt/Ammon z.B. die Befreiungskriege 1813/15 gegen die napoleonische Fremdherrschaft als freiheitliche Tradition verbuchen, so ist ihnen insofern zuzustimmen, als ein militärischer Widerstand maßgeblich erst durch eine Massenbewegung gegen den Willen der (z.T. offen mit
heitliche Tradition verbuchen, so ist ihnen insofern zuzustimmen, als ein militärischer Widerstand maßgeblich erst durch eine Massenbewegung gegen den Willen der (z.T. offen mit
Napoleon kollaborierenden) feudalen Partikularstaaten geschaffen wurde. Als höchsten Gewinn der Befreiungskriege würdigte Engels in diesem Sinne, *„daß wir uns bewaffneten, ohne die allergnädigste Erlaubnis der Fürsten abzuwarten, ja die Machthaber zwangen, an unsere Spitze zu treten, kurz, daß wir einen Augenblick als Quelle der Staatsmacht, als souveränes Volk auftragen"* (4). In den spontanen Aktionen der Massen, den Kämpfen der Freikorps, den Liedern und politischen Schriften der an ihrer Seite kämpfenden Intellektuellen ging es neben dem Kampf um nationale Unabhängigkeit auch um einen von bürgerlichen Grundsätzen beeinflußten einheitlichen Nationalstaat.

Gleichzeitig wurden aber auch mit Begeisterung Verse gesungen, in denen sich blindwütiger Franzosenhaß entlud, wie z.B. Ernst Moritz Arndts „Vaterlandslied" (1812): *„... Wir wollen heute Mann für Mann/ Mit Blut das Eisen röten/ Mit Henkerblut, Franzosenblut – / Oh süßer Tag der Rache / Das klinget allen Deutschen gut / Das ist die große Sache"* (5).

Gerade an den Befreiungskriegen läßt sich verfolgen, daß die so widerwärtige „Borniertheit des deutschen Nationalismus" schon in voller Blüte stand, als von einem einheitlichen deutschen Nationalstaat erst geträumt werden konnte: *„Das ist des Deutschen Vaterland / Wo Zorn vertilgt den welschen Tand / Wo jeder (!) Franzmann heißet Feind / Wo jeder Deutsche heißet Freund – / Das soll es sein / Das ganze Deutschland soll es sein"* (6).

Dieser Doppelcharakter des deutschen Nationalismus – fortschrittlich in seiner antifeudalen und antipartikularistischen, auf einen deutschen Nationalstaat gerichteten Stoßrichtung, reaktionär in seinem Fremdenhaß und seinen chauvinistischen und aggressiven Tendenzen insbesondere gegen „die" Franzosen – läßt sich in der ganzen von Brandt/Ammon vereinnahmten Periode von den Befreiungskriegen über das Wartburgfest und den Vormärz bis zur 48er Revolution nachweisen. Heinrich Heine, wohl der prominenteste „eigenwillige Denker aus dem sozialistischen und linksbürgerlichen Lager" seiner Zeit, setzte sich mit diesem Problem – übrigens sehr viel differenzierter als Brandt/Ammon – wiederholt auseinander. Rückblickend auf die revolutionären Kämpfe in Deutschland im Gefolge der französischen Julirevolution (1830) notierte er z. B.: *„Ja, im Heere der deutschen Revolutionsmänner wimmelte es von ehemaligen Deutschtümlern, die mit sauren Lippen die moderne Parole nachlallten und sogar die Marseillaise sangen ... sie schnitten dabei die fatalsten Gesichter... Jedoch es galt einen gemeinschaftlichen Kampf für ein gemeinschaftliches Interesse, für die Einheit Deutschlands, der einzigen Fortschrittsidee, die jene frühere Opposition zu Markte gebracht. Unsere Niederlage ist vielleicht ein Glück... Man hätte als Waffenbrüder treulich nebeneinander gefochten, man wäre sehr einig gewesen in der Schlacht, sogar noch in der Stunde des Sieges... aber den anderen Morgen wäre eine Differenz zur Sprache gekommen, die unausgleichbar und nur durch die ultima ratio populorum"* (das letzte Mittel der Völker, d.h. die Gewalt – Anm. AK) *„zu schlichten war, nämlich durch die welsche Falle* (die Guillotine – Anm. AK) *... Die Wissenden wußten sehr gut, daß es im Heere der deutschen Revolution eigentlich nur zwei grundverschiedene Parteien gab, die keiner Transaktion fähig und heimlich dem blutigsten Hader entgegenzürnten. Welche von beiden schien die überwiegende? Die Wissenden unter den Liberalen verhehlten einander nicht, daß ihre Partei, welche den Grundsätzen der französischen Freiheitslehre huldigte, zwar an Zahl die stärkere, aber an Glaubenseifer und Hülfsmittel die schwächere sei. In der Tat, jene regenerierten Deutschtümler bildeten zwar die Minorität, aber ihr Fanatismus, welcher mehr religiöser Art war, überflügelte leicht den Fanatismus, den nur die Vernunft ausgebrütet hat; ferner stehen ihnen jene mächtigen Formeln zu Gebot, womit man den rohen Pöbel beschwört, die Worte ‚Vaterland, Deutschland, Glauben der Väter' usw. elektrisieren die unklaren Volksmassen noch immer weit sicherer als die Worte ‚Menschheit, Weltbürgertum, Vernunft der Söhne, Wahrheit...!'. Ich will hiermit andeuten, daß jene Repräsentanten der Natio-*
massen noch immer weit sicherer als die Worte ‚Menschheit, Weltbürgertum, Vernunft der Söhne, Wahrheit...!'. Ich will hiermit andeuten, daß jene Repräsentanten der Natio-
nalität im deutschen Boden weit tiefer wurzeln als die Repräsentanten des Kosmopolitismus, und daß letztere im Kampfe mit jenen wahrscheinlich den kürzeren ziehen, wenn sie ihnen nicht schleunigst zuvorkommen... durch die welsche Falle" (7).

An dieser Stelle mögen Brandt/Ammon nun einwenden, daß es gerade die entscheidende Schwäche der demokratischen Linken und später der deutschen Arbeiterbewegung gewesen sei, daß sie den nationalen Phrasen der Deutschtümler nicht mehr als einen „Kosmopolitismus" entgegenzusetzen hatte, daß in ihren Kämpfen um Demokratie und Nationalstaat, ihrer Stellung zur nationalen und sozialen Frage, die nationale Frage stets zu kurz gekommen sei. So sehen Brandt/Ammon in der Haltung der deutschen Arbeiterbewegung zu den *„praktischen Fragen der nationalen Politik in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts (Stellung zum Ersten Weltkrieg, zum Versailler Frieden und zur Weimarer Republik) ... das Erbe der demokratischen Linken"* des 19. Jahrhunderts nachwirken, *„die, angefangen bei den 'Unbedingten' unter den frühen Burschenschaften, die nationale Frage radikal als Frage der Volkssouveränität... gestellt hatte"* (was – wie oben zitiert – Engels gerade als den entscheidenden Gewinn der Befreiungskriege gewertet hatte – Anm. AK), *„dabei aber immer wieder gescheitert war"* (S.15).

Das „Trauma der deutschen Linken" sehen Brandt/Ammon darin, daß – nachdem die Revolution von 1848/49 gescheitert war und der Nationalgedanke im Zeichen des Bündnisses von Großgrundbesitz und Industriebourgeoisie vom preußisch deutschen Militärstaat als „Konternationalismus" instrumentalisiert worden war – *„die Arbeiterbewegung vom herrschenden Machtblock als 'Reichsfeind' behandelt, gegenüber dem imperialistischen Nationalismus keine eigene national-demokratische Identität entwickeln konnte, sondern zunehmend auf einen abstrakten Internationalismus auswich, der der Sogwirkung nationalistischer Massenbegeisterung im August 1914 letztlich nicht standhielt"* (S.16).

Mir scheint allerdings, daß dieses von Brandt/Ammon gemalte Geschichtsbild kaum den geschichtlichen Tatsachen standhält. Hinsichtlich der „Haltung der deutschen Arbeiterbewegung zum Ersten Weltkrieg" haben sie nicht mehr zu sagen als: *„Die Mehrheit der SPD reagierte mit Anpassung an den bürgerlichen Staat: Hatte man (!?) 1914 den Burgfrieden akzeptiert, so verteidigte man in den Jahren Weimars aus ‚patriotischer Gesinnung' die parlamentarische Republik"* (S.16). Punkt. Nicht ein Wort haben die *„bisher differenziertesten Aussagen zum Problem der deutschen Frage"* dazu zu verlieren, warum „man" 1914 mit Anpassung an den bürgerlichen Staat reagierte. Wer sich auch nur ein wenig die Mühe macht, die geschichtlichen Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen, anstatt sie nach seinem eigenen Geschichtsbild umzumodeln, wird zu dem Ergebnis kommen, daß das Problem der deutschen Arbeiterbewegung bzw. ihrer Partei SPD nicht darin bestand, keine „eigene nationaldemokratische Identität" (was auch immer das sein mag) entwickelt zu haben, sondern daß – wie es Arno Klönne (8) in seinem von Brandt/Ammon dokumentierten Aufsatz stichwortartig aufgelistet hat – bereits 1875 (9) in der SPD „nationale" Momente erkennbar waren, *„die geradewegs in die 'vaterländische' Entscheidung von 1914 hineinführten, ... jene 'nationale' Kombination von Disziplin und Subalternität, die das Kennwort 'Bismarxismus' als für die SPD vor dem Ersten Weltkrieg gar nicht unpassend erweist..."* Das Problem der SPD bestand nicht darin, daß sie vor 1914 auf einen „abstrakten Internationalismus" auswich, sondern daß die SPD-Führung entgegen ihren verbalen Bekenntnissen zum Internationalismus und Antimilitarismus z.B. auf dem Baseler Sozialistenkongreß 1912 in ihrer praktischen Politik (z. B. Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Heeresvorlage 1913) längst vor dem August 1914 zur „Vaterlandsverteidigung" übergegangen war.

Auf weitere von Brandt/Ammon bemühte historische Beispiele will ich hier aus Platzgründen nicht ausführlich eingehen. Insbesondere die
Auf weitere von Brandt/Ammon bemühte historische Beispiele will ich hier aus Platzgründen nicht ausführlich eingehen. Insbesondere die
deutschlandpolitischen Diskussionen Ende der 40er und der 50er Jahre, zu denen das Buch ausführliches Dokumentenmaterial liefert, wären einen Extra-Artikel wert, da sie für die heutigen Auseinandersetzungen um die nationale Frage – namentlich für das politische Konzept Brandts und Ammons – eine aktuelle Bedeutung haben. Hier sei nur noch soviel angemerkt: Wie ein roter Faden zieht sich durch die Ausführungen Brandts und Ammons die Klage durch, daß zumindest bei den großen Parteien der Linken (gemeint sind KPD/SED und SPD) die nationale Frage gegenüber der sozialen Frage der Demokratie immer wieder in den Hintergrund getreten sei. Nach 1945 – so Brandt/Ammon – hätte *„nur eine enge gesamtdeutsche Kooperation der antifaschistisch-antimonopolkapitalistischen Organisationen und Gruppen, in erster Linie der SPD, der KPD, der Gewerkschaften und des linken Flügels der CDU ... ein wirksames Gegengewicht gegen die Spaltungspolitik der Besatzungsmächte schaffen können"* (S. 35). Doch wie *„ein Teil der kommunistischen Spitzenfunktionäre um Walter Ulbricht dem Transformationsprozeß in der Ostzone vor dem Ziel der nationalen Einheit von vornherein Priorität"* (S. 39) eingeräumt habe, sei *„der Gedanke einer kalkulierten Verständigung mit den Kommunisten im Interesse der Erhaltung der nationalen Einheit"* auf der anderen Seite *„Schumacher in der Tat wesensfremd"* gewesen. *„Ein Kompromiß mit der ihm seit der Weimarer Republik als undemokratisch, opportunistisch-nationalistisch und sowjethörig verhaßten KPD wäre ihm als Verrat an der sozialistischen Idee erschienen"* (S. 37). Insofern resultiere die Spaltung Deutschlands nach 1945 maßgeblich aus der Unversöhnlichkeit von SPD und KPD/SED, *„von denen die eine behauptet, sie kämpfe für den demokratischen Sozialismus, die andere, sie habe auf deutschem Boden die sozialistische Demokratie verwirklicht"* (S. 16).

Wohlwollend heben Brandt/Ammon demgegenüber den deutschlandpolitischen Ansatz des damaligen CDU-Vorsitzenden in der SBZ, Jakob Kaiser, hervor, der sich die Zukunft Deutschlands als „Brücke zwischen Ost und West" (S. 37) vorstellte. Unterschlagen wird jedoch, daß nämlicher Kaiser – nach anfänglicher Zusammenarbeit auch mit der SED gegen die drohende Spaltung Deutschlands – Ende 1947 gegen die Initiative zu einem deutschen Volkskongreß auftrat, ohne dessen Verlauf und Ergebnis abzuwarten, und somit auf die Solidarisierung mit den einzig noch verbliebenen Kräften in Deutschland verzichtete, die damals auf die Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit hinarbeiteten und sich in organisierter Form gegen einen separaten westdeutschen Staat wandten (10).

Wenn Brandt/Ammon ausgerechnet das deutschlandpolitische Konzept eines Herrn Kaiser als konstruktivste Initiative seiner Zeit abfeiern, so sei daran die Frage geknüpft, ob sein Schicksal – wobei es dahingestellt sei, ob er an einer fehlenden *„politischen und sozialen Basis"* (S. 37) gescheitert war oder nach seiner Absetzung und Übersiedelung nach Westberlin einfach seine Schuldigkeit getan (11) hatte – nicht symptomatisch ist für eine auch von Brandt/Ammon favorisierte politische Konzeption, die unter den spezifischen historischen Bedingungen in Deutschland der nationalen und sozialen Frage eine eindeutige Priorität einzuräumen versucht. Kaiser jedenfalls paßte sich nach seiner Ankunft in Westberlin mühelos der angelsächsischen Ideologie des Kalten Krieges und dem offiziellen Kurs der westdeutschen CDU an. Von seinen möglicherweise einmal edelmütig gemeinten Zielen einer „Brückenfunktion" Deutschlands und einem „Sozialismus aus christlicher Verantwortung" jedenfalls war keine Rede mehr.

Abschiednahme der SPD/FDP-Regierung von der nationalen Wiedervereinigung?

Um die aktuell-politische Konzeption Brandts und Ammons zur „Lösung der deutschen Frage" in vollem Umfang würdigen zu können, ist es unumgänglich, einmal genauer unter die Lupe zu nehmen, wie sie die Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition kritisieren.

Verworfen wird die starre, vor allem auf juristische Positionen abhebende deutschlandpolitische Haltung
len Koalition kritisieren.

Verworfen wird die starre, vor allem auf juristische Positionen abhebende deutschlandpolitische Haltung
der CDU-geführten Bundesregierungen bis hin zur Großen Koalition, die im eigentlichen Sinne nie Bestandteil einer Wiedervereinigungspolitik gewesen sei (12). Besser kommt da schon die „Neue Ostpolitik" Willy Brandts weg. In wohlwollenden Formulierungen erinnern Brandt/Ammon an eines ihrer *„ursprünglich wesentlichen"* Motive – *„die Einheit der Nation im Zustand der Spaltung zu bewahren"* (S. 54f). Hatte sich bereits in den 60er Jahren (gesicherte Westintegration der BRD; Rückschlag für Wiedervereinigungsbemühungen durch den Mauerbau; drohende außenpolitische Isolierung der BRD auch bei ihren westlichen Verbündeten (13)) eine „mindestens partielle Neuorientierung" in der westdeutschen Deutschlandpolitik als unvermeidlich erwiesen, so war doch *„erst die Regierung Brandt/Scheel ... bereit, die inzwischen unumgängliche Gegenleistung für eine Regelung des Verhältnisses zu den osteuropäischen Staaten und zur DDR zu zahlen: die Anerkennung des – faktisch längst zementierten – Status quo in Europa. Nur mit größter Mühe war es überhaupt noch möglich, einen Wiedervereinigungsvorbehalt aufrechtzuerhalten"* (S. 51).

Den Hauptmangel der sozialliberalen Deutschlandpolitik sehen Brandt/Ammon darin, daß *„die einzige Chance für eine langfristige Lösung der deutschen Frage"* ausgerechnet *„in der Beschleunigung des Entspannungsprozesses, namentlich zwischen den Supermächten"*, gesehen wurde. Die Entwicklungen der letzten Jahre hätten jedoch die *„hypothetische Konstruktion ..., die das Aneinanderrücken der beiden deutschen Staaten von der Interessenallianz der beiden Supermächte in Form bündnisüber-*

wölbender Absprachen erwartet ... widerlegt" S. 55).

Heute – klagen Brandt/Ammon – würden selbst die bei Beginn der „Neuen Ostpolitik" noch hochgehaltenen Wiedervereinigungs ansprüche von den in der SPD *„atmosphärisch dominierenden technokratischen Kräften"* um Helmut Schmidt und jungsozialistischen Studenten und Oberschülern zugunsten einer *„Entnationalisierung des Verhältnisses zur DDR"* (S. 54) ad acta gelegt. Während Schmidt *„zugunsten eines friedenssichernden außenpolitischen Managements"* (S. 55) *„merkliche deutschlandpolitische Zurückhaltung"* S. 21) übe, mache sich bei den Jusos – resultierend aus der Erfahrung, daß die deutsche Frage über Jahrzehnte von der Rechten zu innenpolitischen Zwecken instrumentalisiert worden war – eine *„Position nationaler Enthaltsamkeit"* (S. 54) breit. Die „gesamtdeutsch orientierten" SPD-Politiker stehen infolgedessen lt. Brandt/Ammon vor einer paradoxen Situation: *„Während das gesamtnationale Bewußtsein in der DDR durch die 'neue Ostpolitik' eher gestärkt wurde, droht einer langfristigen Wiedervereinigungspolitik angesichts des vornehmlich in der jungen Generation Westdeutschlands erlahmenden Interesses an der nationalen Frage die Grundlage entzogen zu werden. Die ganze Anlage der sozialdemokratischen Deutschlandpolitik, sofern überhaupt noch nationale Ziele verfolgt werden, verbietet aber eine offene Diskussion über das Deutschlandproblem"* (S. 56).

Soweit Brandt/Ammons Analyse der sozialliberalen Deutschlandpolitik. Bevor ich mich ihren eigenen deutschlandpolitischen Vorstellungen zuwende, will ich zuvor auf einige ihrer Kernaussagen zur „Neuen Ostpolitik" eingehen.

„Die liberale westdeutsche Publizistik, einst Vorreiter einer Entspannungspolitik zwischen den deutschen Staaten, hatte sich nicht zuletzt auf das Argument gestützt, die westdeutschen Ansprüche auf die Wiedervereinigung stellten eine Gefährdung des Friedens dar. Im CDU-Staat der Ära Adenauer, in der man sich eine Wiedervereinigung nur als Ausdehnung der kapitalistischen Demokratie auf die DDR vorstellen konnte, mochten diese Warnungen gerechtfertigt sein. Erstaunlich ist, daß heute diese Publizistik mit dem gleichen Argument – daß eine mit der nationalen Frage ernst machende Deutschlandpolitik den Frieden gefährde – immer noch jede Diskussion blockieren will" (2). Erstaunlich für mich – Dieter Schütte möge dies bitte entschuldigen – ist allerdings viel mehr, welche Naivität und Arglosigkeit solche Linke wie Ammon, Brandt und Schütte immer noch gegenüber dem sozialdemokratisch verwalteten BRD-Imperialismus an den Tag legen. Was, wenn nicht Streben nach „Ausdehnung der kapitalistischen Demokratie", ist es, wenn Willy Brandt als Bonner Kanzler das *„Recht auf Selbstbestimmung"* und das *„Streben nach nationaler Einheit und Freiheit im Rahmen einer europäischen Friedensordnung"* als *„unverzichtbare Orientierungspunkte"* seiner Deutschlandpolitik (14) definiert? Was, wenn nicht imperialistische Ziele, sind es, wenn Willy Brandt es zur Aufgabe der westdeutschen Ostpolitik erklärt, *„die osteuropäischen Staaten in möglichst zahlreiche Kommunikationen zu verweben ..., die Eigenständigkeit der osteuropäischen Nationen zu unterstützen"* und *„Kräfte der Evolution"* zu ermutigen und zu fördern? (15). Wie kann man als Linker etwas Positives darin sehen, daß es Brandt/Scheel gelungen ist, gegenüber der DDR einen Wiedervereinigungsvorbehalt aufrechtzuerhalten? Läßt die – von der Bundesregierung „mit Befriedigung zur Kenntnis genommene" – Interpretation des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag (1973) noch Zweifel daran, daß es sich dabei um einen eindeutig imperialistischen Vorbehalt der BRD gegenüber der DDR handelt? Der Grundlagenvertrag – so das BVG – habe einen Doppelcharakter: „Seiner Art nach" sei er ein völkerrechtlicher Vertrag, „seinem speziellen Inhalt nach" jedoch nicht. Die im Grundlagenvertrag garantierte Grenze zwischen BRD und DDR sei keine wirkliche Staatsgrenze, sondern eher den Grenzen zwischen den Bundesländern der BRD vergleichbar. Die Bürger der DDR seien als „deutsche Staatsangehörige" anzusehen.

Und wie steht es mit der von Brandt/Ammon beklagten angeblich „merklichen deutschlandpolitischen Zurückhaltung" der Regierung Schmidt? Es genügt ein Blick auf die diesjährigen deutschlandpolitischen Bundestagsdebatten, um Brandt/Ammon zu widerlegen: *„Trotz der gegenläufigen politischen Entwicklungen in der Bundesrepublik und der DDR seit 1945 fühlen sich die Menschen noch als Angehörige einer gemeinsamen Nation. Die Deutschlandpolitik muß auf dieses Hauptziel ausgerichtet sein, dieses Zusammengehörigkeitsgefühl zu erhalten und zu stärken. Das war die gemeinsame Meinung von Koalition und Opposition, als der Bundestag gestern den jährlichen Bericht des Bundeskanzlers zur Lage der Nation entgegennahm und debattierte"* (16). In der Etatdebatte kritisierte Schmidt persönlich den früheren Ständigen Vertreter der BRD in der DDR, Gaus, wegen seines Vorschlags, *„im Umgang mit der DDR auf den Begriff 'deutsche Nation' zu verzichten und sich auf die Existenz zweier deutscher Staaten zu konzentrieren"* (17). Die Bundesregierung halte *„mit Nachdruck"* am Begriff der Einheit der deutschen Nation fest (18).

Am sinnfälligsten äußert sich der kontinuierlich aufrechterhaltene Wiedervereinigungsvorbehalt der Bundesregierungen in ihrer kategorischen Weigerung, die DDR-Staatsbürgerschaft anzuerkennen (16). Es gibt schon einigen Aufschluß über Brandts und Ammons Vorstellungen zur nationalen Frage, daß sie hinsichtlich der DDR-Staatsbürgerschaft dem „deutschlandpolitisch zurückhaltenden" Schmidt erheblich näher stehen als den „national enthaltsamen Jusos", die sich seit langem für die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft einsetzen. Eine entsprechende Forderung konnte im AL-Programm nur gegen zähen Widerstand der Berlin-AG, in der Brandt/Ammon mitarbeiten, durchgesetzt werden (19).

Wiedervereinigung – Voraussetzung für deutsche Paktfreiheit?

Es bleibt die Frage, was Brandt/Ammon eigentlich als Alternative zur Deutschlandpolitik von Schmidt und Genscher anzubieten haben. Wie die Parteien des Bundestages meinen sie, hüben wie drüben einen – mehr oder weniger stark ausgeprägten – Willen zur gemeinsamen Nation erkennen zu können. Die sozialliberale Koalition wie ihr „linksliberales Umfeld" seien jedoch unfähig, *„einen praktischen Weg zur Förderung dieses Willens zur Nation ... anzugeben, da das übergeordnete Ziel der Friedensbewahrung in Europa es verbiete, das Ziel staatlicher Einheit direkt anzustreben"* (S. 21f).

Daß die „Friedensbewahrung in Europa" für die SPD/FDP-Regierung keineswegs eine so heilige Kuh ist, wie Brandt/Ammon glauben machen wollen, offenbart sich nicht zuletzt in Bonns führender Rolle bei der Durchsetzung des Nato-„Nachrüstungsbeschlusses" im eigenen Land wie gegenüber den kleineren europäischen Nato-Staaten. Während die Diagnose der Schmidtschen Deutschlandpolitik wie gehabt den Befund „Offenhalten der nationalen Frage" ergab, ist hinsichtlich des „friedenssichernden außenpolitischen Managements" ein merklich verändertes Krankheitsbild festzustellen. An die Stelle früherer euphorischer Bekenntnisse zur Entspannungspolitik sind heute recht unterkühlte Formeln a la Reagan getreten: *„Politik der Minderung von Spannungen und des Interessenausgleichs"* (16); im sogenannten Fünf-Punkte-Programm der SPD-Führung vom Februar dieses Jahres fehlt gar jeglicher Hinweis auf jene außenpolitische Zauberformel, mit der man noch bis zum Herbst 1980 in die Wahlkampfschlachten gezogen war (20). Recht haben Brandt/Ammon natürlich, daß die Bundesregierung keinen Weg habe, das Ziel staatlicher Einheit „direkt" anzustreben. Sie kalkuliert in größeren historischen Zeiträumen. *„Nur die Wiederherstellung des geistigen Zusammenhangs von ganz Europa, nur die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Zusammenhangs von ganz Europa – trotz all seiner gegenwärtig bedrückenden politischen Formen und Krisen"* – so Schmidt in seinem Bericht zur Lage der Nation 1980 – *„bietet eine Chance für die dereinstigen Vereinigung unserer eigenen deutschen Nation unter einem gemeinsamen Dach"* (21). Bis dahin verlegt sich die BRD eben darauf, die DDR wirtschaftlich und kulturell in „zahlreiche Kommunikationen zu verweben", gezielten politischen Druck auszuüben, „Kräfte der Evolution" zu fördern und ansonsten die nationale Frage juristisch und ideologisch offen zu halten.

Brandt/Ammon entwerfen demgegenüber – in Anknüpfung an frühere Positionen der SPD (22) – die Perspektive der „Lösung der deutschen Frage" über den Weg der Loslösung beider deutscher Staaten aus ihren jeweiligen Paktsystemen: *„Anstatt auf eine globale Lösung des Ost-West-Konflikts durch die Weltmächte zu hoffen, sollte die Linke in beiden Staaten darauf drängen, daß die Deutschen ihre Angelegenheiten – gerade im Interesse des Friedens in ganz Europa – selbst in die Hände nehmen: Rückzug aller ausländischen Truppen, Ausscheiden aus den beiden Paktsystemen, Umrüstung der Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee nach dem Vorbild rein defensiver Territorialstreitkräfte.*

(Neuere Militärkonzepte, die auf kleine, hochtechnisierte, selbständig operierende Einheiten abheben, versprechen dabei sogar größere Sicherheit als die heutigen 'Abschreckungsstrategien'). Beide deutsche Staaten könnten dann, unter Modifikation der in den fünfziger Jahren von verschiedener Seite vorgeschlagenen Konföderationspläne, einen Staatenbund bilden, der eine enge Zusammenarbeit auf wesentlichen Gebieten (Wirtschaft, Ökologie, Verkehr, Wissenschaft, Kultur usw.) institutionalisieren würde" (S. 56f).

Hätten Brandt/Ammon mit dieser an Diskussionen der 50er Jahre anknüpfenden Konzeption noch vor fünf Jahren allenfalls das Interesse einiger wehmütiger Nostalgiker wekken können, so mögen einige ihrer Gedanken manchem als hochaktuell erscheinen. Namentlich die neue US-amerikanische Militärstrategie und insbesondere der Nato-„Nachrüstungsbeschluß" haben auch außerhalb der traditionellen Friedensbewegung das Bewußtsein dafür geschärft, daß die Einbindung der BRD in die Nato keineswegs eine Garantie für einen stabilen Frieden in Mitteleuropa ist. Zu recht sehen sich viele von der Aussicht bedroht, daß Europa im Falle eines Konflikts zwischen den USA und der Sowjetunion der akuten Gefahr ausgesetzt ist, in ein atomares Schlachtfeld verwandelt zu werden. Vor diesem Hintergrund wird zusehends lauter über die Perspektive einer europäischen Blockfreiheit, ein militärisches Disengagement (atomwaffenfreie Zone in Europa) und eine (west)deutsche Neutralität nachgedacht. Und je mehr es der Friedensbewegung gelingt, über das linke und sozialistische Spektrum hinaus auch solche Kräfte zu erreichen, die von einem nationalen Standpunkt aus Widerstand gegen die atomare Hochrüstung leisten, könnten in diesen Diskussionen neben traditionellen antiimperialistischen Positionen („BRD raus aus der Nato") auch solche Vorstellungen an Gewicht gewinnen, wie sie von Brandt/Ammon entwickelt worden sind.

Anknüpfend an Vorstellungen einer (west-)deutschen Neutralität versuchen Brandt/Ammon – und ähnlich der berlinpolitische Teil des AL-Programms (3) – auf ihr Konzept einer nationalen Wieder- bzw. Neuvereinigung hinzuorientieren. *„Die Aufhebung des Ost-West-Gegensatzes in einer europäischen Friedensgemeinschaft"* – so behaupten sie – *„setzt nicht zuletzt eine Lösung der deutschen Frage voraus"* (S. 56). Ihre Begründung: Entweder die europäischen Nachbarvölker *„befürworten einen derartigen Prozeß"* (der deutschen Einigung unter gesamteuropäischen Vorzeichen – Anm. AK) *„und setzen Vertrauen in den friedlichen Charakter des deutschen Zentrums in Europa, oder sie verzichten auf dieses Ziel zugunsten einer mechanistischen Sicherheitskonstruktion unter den Fittichen der Supermächte"* (ebd.).

Obwohl mit großer Suggestivkraft vorgetragen, besteht die Alternative, die Brandt/Ammon, wenn schon nicht den „europäischen Nachbarvölkern", so doch der westdeutschen Linken aufschwatzen zu wollen, in der Realität so gar nicht. Entscheidend für die Frage der Blocküberwindung, der Schaffung einer blockunabhängigen Friedensordnung ohne eigene europäische Großmachtambitionen, ist es, wie stark bzw. schwach die Friedensbewegung in den europäischen Ländern ist. Es spricht vieles gegen die These, daß die beiden deutschen Staaten, die jeweils stärksten und geostrategisch wichtigsten Länder ihrer Blöcke, Ausgangspunkt einer blockunabhängigen Politik werden könnten. Im Warschauer Pakt sind es eher Länder wie Rumänien, tendenziell Ungarn, und vor allem Polen, in denen – in unterschiedlicher Weise – Tendenzen zu einer Abkehr von der Sowjetunion erkennbar sind, während die DDR (neben der CSSR) zu den treuesten und hartnäckigsten Verbündeten der Sowjetunion zählt. In der Nato sind es Staaten wie Holland, Norwegen, Belgien, in denen der Widerstand gegen das Hochrüstungsdiktat der USA (und auch der BRD!) und die Bewegung für eine blockunabhängige Politik stärker entwickelt sind als hierzulande. Gerade die Bevölkerung/Bewegungen dieser Länder (in Ost und West) werden sich bestens dafür bedanken, ein mühsam erkämpftes Stückchen Unabhängigkeit von den „Fittichen der Supermächte" gegen die zweifelhafte Perspektive einzutauschen, am deutschen Wesen zu genesen (von wegen „deutsches Zentrum in Europa").

Auch in der BRD speisen sich die noch schüchternen Triebkräfte für eine stärkere Abkoppelung von den USA (Marx sei Dank!) nicht aus einem neuerwachten Wunsch nach Wieder- bzw. Neuvereinigung mit den „Schwestern und Brüdern im anderen Teil Deutschlands", sondern aus einem wachsenden Mißtrauen gegen den waghalsigen Aufrüstungskurs der USA und der Nato. Nicht zufällig bereitet es Schmidt und Genscher die meisten Sorgen, daß der Unmut über einen rigide durchgezogenen „Nachrüstungsbeschluß" in „gefährliche antiamerikanische und Neutralisierungstendenzen" einmünden könnte.

Für die westdeutsche Friedensbewegung gilt es, genau hier den Hebel anzusetzen: durch einen Kampf um einseitige Abrüstung bzw. gegen weitere Aufrüstung den Weg zu ebnen für den Abbau militärischer Spannungen. Im Rahmen dieser Politik sind auf längere Sicht Lösungen möglich und denkbar, um die Lage in Europa, und insbesondere auch zwischen der BRD und DDR, zu entschärfen und so den Spielraum für einen Weg zur Paktfreiheit der BRD zu erweitern.

Ausgerechnet gegen eine solche Politik ziehen Brandt/Ammon mit geballtem Zorn zu Felde: *„An diejenigen, die sich die These von der Notwendigkeit der deutschen Teilung zu eigen machen und in ihrer Kampagne für Frieden, Abrüstung und Entspannung in Europa die 'deutsche Frage' ausklammern, ist die Gegenfrage nach ihrem Friedensbegriff zu richten"* (S. 27). Ja, sie meinen gar, *„die Redlichkeit einer Argumentation bezweifeln (zu müssen), welche die fortdauernden Leiden unseres Volkes im Zustand der Spaltung ignoriert"* (ebd.).

Spätestens hier entpuppen sich Brandts und Ammons „Überlegungen zu einer neuen Friedenspolitik" als Bärendienst an der Friedensbewegung. Teile dieser Bewegung, ja ihre Mehrheit und ihr aktiver Teil, werden der Unredlichkeit und Unglaubwürdigkeit bezichtigt. Wenn Bahro zur Zeit lautstark dafür agitiert, die Teile der Bewegung auszugrenzen, die er für Interessenvertreter der Sowjetunion hält, so wird er von Brandt/Ammon womöglich noch übertroffen: Ihnen gilt nur als glaubwürdig, wer sich zu ihrem Programm einer nationalen Wiedervereinigung bekennt.

Eine Schlußbemerkung noch zu ihren Wiedervereinigungsvorstellungen selbst. Da Brandt/Ammon ihr Buch vorzugsweise einer linken Leserschaft nahebringen möchten, fehlt nicht der Hinweis, daß *„die Neuvereinigung Deutschlands ... nur durch grundlegende demokratische und sozialistische Veränderungen in beiden Staaten möglich"* sei (S. 57). Der Pferdefuß steckt bereits im folgenden Satz: *„Konföderation und Paktfreiheit lösen zwar keinen Automatismus in dieser Richtung aus und können eben deshalb eine viel breitere Basis finden als die unabhängige sozialistische Linke"* (ebd). In dieser Möglichkeit einer „viel breiteren Basis" steckt eine Chance und eine Gefahr. Zweifellos sollte die Linke die Chance nutzen, in die Bewegung gegen atomare Hochrüstung und für eine Politik der Blockfreiheit auch Kräfte aus dem bürgerlichen Lager einzubeziehen. Eine – verkraftbare – Gefahr steckt darin, daß diese national geprägten Kräfte sich auch mit ihren Vorstellungen in die Friedensbewegung einbringen werden. Fatal wäre allerdings eine Politik, die geradezu darauf orientiert, durch die Aufnahme von Wiedervereinigungsforderungen die Bewegung nach rechts auszuweiten und nach links abzugrenzen. Die Gefahr, die Bewegung von Leuten aus der Hand genommen zu bekommen, an deren mangelnder Redlichkeit keine Zweifel bestehen und über deren Friedensbegriff gar keine Fragen offen sind, ist wohl auf absehbare Zeit nicht in Sicht. Porzellan könnte durch eine solche Politik in der Friedensbewegung allerdings schon zerschlagen werden.

J., Westberlin

Anmerkungen

1. Peter Brandt/Herbert Ammon (Hg.): Die Linke und die nationale Frage – Dokumente zur deutschen Einheit seit 1945, Reinbek 1981. Die Seitenzahlen beziehen sich auf dieses Buch.
2. Dieter Schütte: Die Linke und die nationale Frage, „taz", 24.2.81
3. Vgl. AK 195, S. 14; AK 197, S. 15f
4. Friedrich Engels: Ernst Moritz Arndt, in MEW, Erg. Bd., Teil 2, Berlin 1967, S. 121
5. in: Erläuterungen zur deutschen Literatur – Literatur der Befreiungskriege; Berlin 1969, S. 137
6. Ernst Moritz Arndt: Des Deutschen Vaterland (1813), in: a.a.O., S. 138
7. Heinrich Heine: Ludwig Börne, in: Ders.: Werke und Briefe in zehn Bänden, Bd. VI, Berlin 1972, S. 172 f
8. Arno Klönne: Vorsicht, nationale Sozialisten, in: Brandt/Ammon, S. 352f
9. In seiner „Kritik des Gothaer Programms" merkte Karl Marx an: „Und worauf reduziert die deutsche Arbeiterpartei ihren Internationalismus? Auf das Bewußtsein, daß das Ergebnis ihres Strebens 'die internationale Völkerverbrüderung sein wird' – eine dem bürgerlichen Freiheits- und Friedensbund entlehnte Phrase, die als Äquivalent passieren soll für die internationale Verbrüderung der Arbeiterklassen im gemeinschaftlichen Kampf gegen die herrschenden Klassen und ihre Regierungen. Von internationalen Funktionen der deutschen Arbeiterklasse also kein Wort! Und so soll sie ihrer eignen, mit den Bourgeois aller andern Länder bereits gegen sie verbündeten Bourgeoisie und Herrn Bismarcks internationaler Verschwörungspolitik das Paroli bieten!" Und bissig ergänzte er: „Bismarcks 'Norddeutsche' war vollständig im Recht, wenn sie zur Zufriedenheit ihres Meisters verkündete, die deutsche Arbeiterpartei habe in dem neuen Programm dem Internationalismus abgeschworen" (MEW, Bd. 19, Berlin 1973, S. 24).
10. Vgl. Huster, Kraiker, Scherer, Schlotmann, Welteke: Determinanten der westdeutschen Restauration 1945 - 1949, Frankfurt 1973, S. 229ff
11. So war es mit dem Ahlener Programm der CDU (1947), das später offenherzig als Programm zur Verhinderung des Sozialismus gehandelt wurde. Kaiser hatte sein deutschlandpolitisches Konzept zu der Zeit entwickelt, als er – z.T. im Bündnis mit der SED – gegen den Separatismus in der westdeutschen CDU kämpfte. Noch während seiner Tätigkeit in der Ost-CDU kritisierte er heftig die neue Ostgrenze und die angebliche Absicht der SED, „in dem durch Hitler, den Krieg und Zusammenbruch ausgepowerten Land eine Filiale der russischen Revolution" errichten zu wollen (lt. Huster ..., S. 230). Innenpolitisch verfolgte er einen „Sozialismus aus christlicher Verantwortung" als Gegenkonzept zum Marxismus. Nach seiner Übersiedelung in den Westen vertrat er deutschland- und gesellschaftspolitisch den stramm antikommunistischen Kurs der West-CDU (vgl. Huster ..., S. 230f)
12. Die tatsächliche Funktion der CDU-Wiedervereinigungspolitik sei – so Brandt/Ammon – innenpolitischer Art gewesen: „Auf nationale Unabhängigkeit und Blockfreiheit gerichtete Bestrebungen, sei es im Bürgertum, sei es in der Arbeiterbewegung, sollten unbedingt niedergehalten werden" (S. 30)
13. Hintergrund der „Neuen Ostpolitik" in der BRD sei „die neue Konzeption der amerikanischen Außenpolitik" unter Kennedy gewesen, die die Bereitschaft implizierte, „die Großmachtinteressen der UdSSR angesichts globalen strategischen Gleichgewichts als grundsätzlich legitim anzusehen, wie diese Bereitschaft auch umgekehrt gefordert wurde" (S. 47)
14. Willy Brandt: Bericht zur Lage der Nation vor dem Bundestag am 28.1.71, in Brandt/Ammon, S. 316f
15. Willy Brandt, Memorandum vom 25.1.65, zit. lt. UW-Revisionismuskritik 4, S. 5
16. „Tagesspiegel", 10.4.81
17. „Tagesspiegel", 31.1.81
18. Ebd. Wenn man so will – „erstaunlich" ist es doch, daß sich die deutschlandpolitischen Beschwörungsformeln des „national enthaltsamen" Schmidt und der hinsichtlich der nationalen Frage rege aktiven Brandt/Ammon gleichen wie ein Ei dem anderen: „Wer meine, er könne auf den Begriff 'Nation: verzichten, laufe Gefahr, daß 'die Identitätssuche der jungen Generation sich eines Tages in Nationalismus erfüllt' " (Schmidt lt. „Tagesspiegel", 31.1.81). Brandt/Ammon: „Künftige Generationen werden die ihnen zugemutete Verantwortung für die Verbrechen des Hitler-Faschismus nur zu übernehmen bereit sein, wenn sie im Bewußtsein der nationalen Identität heranwachsen, ohne 'auf dem Rücken den Vaterlandsleichnam' (Martin Walser) zu schleppen". Es gelte, sich „zu gegenwärtigen, daß das Phänomen des Nationalismus, das ja keineswegs auf die Ära der nationalstaatlichen Genese einzugrenzen ist, nach langen Latenzperioden unerwartet aufbrechen kann. Wir verstehen unsere Überlegungen nicht als Kassandra-Prophetie – doch sei vor der erneuten Inbesitznahme der ungelösten nationalen Frage durch die chauvinistische Rechte gewarnt ..." (S. 23)
19. „Die bisherigen Vorschläge der etablierten Parteien zum deutsch-deutschen Verhältnis, zur Entspannung, zur DDR-Staatsbürgerschaft klammern den Besatzungszustand in Berlin aus, weil ihnen die politischen Ideen zur langfristigen Lösung der Berlin-Frage fehlen" (Entwurf der Berlin-AG).
20. „Tagesspiegel", 2.81
21. Helmut Schmidt, zit. lt. Brandt/Ammon, S. 359ff
22. Juso-Chef Pieczyk zitierte auf dem Kongreß „Berlin am Tropf?" folgende Passage aus dem Godesberger Programm der SPD (1959): „Die Landesverteidigung muß der politischen und geographischen Lage Deutschlands gemäß sein und daher die Grenzen wahren, die zur Schaffung der Voraussetzungen für eine internationale Entspannung, für eine wirksame kontrollierte Abrüstung und für die Wiedervereinigung Deutschlands eingehalten werden müssen...". 1960 vollzog die SPD lt. Brandt/Ammon aus primär innenpolitischen Gründen einen Kurswechsel: „Die jetzt praktizierte Umarmungstaktik gegenüber der CDU/CSU war hinsichtlich ihres unmittelbaren Ziels, die SPD in die Regierung zu bringen, letztlich erfolgreich. Allerdings wurde dabei weiterer gravierender Zeitverlust in der Deutschlandpolitik in Kauf genommen. Die nunmehr praktisch bedingungslose Festlegung auf die Westintegration erlaubte der SPD aus innenpolitischen Gründen dann auch später nicht mehr, deren Abbau als 'Preis' für eine eventuelle Wiedervereinigung auch nur anzubieten" (S. 49)

(Teil II)

Es gibt viel zu tun — Packen wir's an?

Der im AK 202 abgedruckte Teil I dieses Artikels beschäftigte sich mit der Einschätzung der Lage. Dargestellt wurden u.a. die zunehmenden Tendenzen zum Krieg, einschließlich des Risikos eines atomaren 3. Weltkrieges. Innenpolitisch steht die SPD am Ende ihrer Regierungsfähigkeit. Das deute darauf hin, schrieben wir, „daß in naher Zukunft eine erheblich schärfere, repressivere Form des Regierens ‚notwendig' wird, bei der der SPD wieder die Funktion zufällt, als stärkste Oppositionspartei Teile der Protestpotentiale zu integrieren . . .".
Andererseits sind seit letztem Jahr neue soziale und politische Bewegungen entstanden, alte Bewegungen haben an Breite zugenommen — und es findet insgesamt ein engerer Zusammenschluß der Teilbewegungen statt, wobei der Kampf gegen die Kriegsgefahr der zentrale Punkt ist.
Der folgende Teil II unseres Artikels gibt einige Überlegungen zu den daraus abzuleitenden Aufgaben und Problemen der Linken wieder; wir versuchen damit, an die ‚Krisen-Debatte' anzuknüpfen und insbesondere einige Elemente des 1. KB-Kongresses (Januar 1980) wieder aufzunehmen.

Zwei Hamburger Genossen

Ohne ‚die Massen' läuft nichts...

Daß gesellschaftliche Veränderungen einer Zustimmung und aktiven Unterstützung durch erhebliche Teile der Bevölkerung bedürfen, ist an sich eine Plattheit, da vielfach durch praktische Erfahrungen belegt und selbst auf der einfachen Ebene des „gesunden Menschenverstands" unmittelbar einsichtig. Trotzdem ist es von dieser platten Wahrheit ein weiter Weg zu konkreten politischen Schlußfolgerungen. Dies gilt besonders für die BRD, wo die Linke (außerhalb der SPD) traditionell nur einen minimalen Einfluß hat, ohne sich über diesen Umstand ausreichend Rechenschaft zu geben. Bekannt ist beispielsweise das halbe Dutzend von „Parteien der Arbeiterklasse" (von KPD/ML bis DKP), die allesamt im Namen und als „Avantgarde" der Arbeiterklasse auftreten, obwohl sie meßbar nur einen Bruchteil der Klasse repräsentieren. (Teilweise haben sich diese Organisationen inzwischen aufgelöst oder ihren Anspruch verändert.)

Auf der anderen Seite gibt es aber auch bei den „Undogmatischen" eine ausgeprägte Selbstgenügsamkeit innerhalb der eigenen kleinen „Szene", als ob diese allein auf sich selbst gestützt gesellschaftliche Freiräume erkämpfen oder sogar von diesen aus die Gesellschaft insgesamt umkrempeln könnte.

Die Linke hierzulande neigt immer noch dazu, den eigenen Einfluß und die eigenen Möglichkeiten zu überschätzen und die Handlungsfähigkeit der Gegenseite zu unterschätzen. Auf der anderen Seite — aber nicht unbedingt im Gegensatz zum vorigen — steht die verbreitete Neigung, die Bevölkerung als vorwiegend reaktionär gestimmte oder hirnlos-unpolitische Masse zu sehen. Die sich daraus ergebende Ausweglosigkeit kann Mo-
gestimmte oder hirnlos-unpolitische Masse zu sehen. Die sich daraus ergebende Ausweglosigkeit kann Mo-
tiv zu terroristischen Alleingängen ohne strategisches Ziel sein; sie kann aber auch Motiv zur „inneren Emigration" (in die Passivität oder einen „überschaubaren Bereich") oder zum angewiderten Verlassen dieses schrecklichen Landes sein.

Das alles mag subjektive Befriedigung verschaffen oder auch nicht. Zum Kampf um gesellschaftliche Veränderungen — und im Vordergrund steht dabei aktuell der Kampf gegen die Kriegsgefahr und die atomare Sintflut — ist so jedenfalls kein Beitrag zu leisten. Die zentralen, von der ganzen Linken mit aller Energie und Konzentration zu diskutierenden und praktisch anzupackenden Fragen sind vielmehr: Wie kann der engere Zusammenschluß jenes Teils der Bevölkerung (20-30 % ?) vorangetrieben werden, der heute schon an lebenswichtigen Fragen in Opposition zur herrschenden Politik steht? Wie kann der Bruch dieser 20-30 % mit den etablierten Parteien beschleunigt bzw. vertieft werden? Was kann zur Einbeziehung weiterer Teile der Bevölkerung in ein Bündnis gegen Kriegsgefahr und Polizeistaat getan werden? Was kann gegen die Gefahr eines politischen und ideologischen Roll Back getan werden, die von einer wieder in der Oppositionsrolle befindlichen SPD ausgehen würde?

Daß wir es hierzulande mit einem beängstigend hochgerüsteten und zum rücksichtslosen Einsatz seiner Machtmittel entschlossenen Gegner zu tun haben, wird in der Linken und in den neuen politischen und sozialen Bewegungen kaum jemand bezweifeln. Hinzu kommen die Möglichkeiten der Herrschenden, Teile der Bevölkerung an sich zu binden. Dies bedeutet aber auch — und darüber wird sich noch allzu oft keine Rechenschaft abgelegt — daß es einer echten Massenmobilisierung verbunden mit erheblicher revolutionärer Gewalt bedarf, um diese Verhältnisse zu verändern.

Die Kämpfe in Polen können als aktuelles Beispiel dienen, in welcher Breite und Kontinuität die Massen der Bevölkerung mobilisiert und sensibilisiert werden müssen, um Erfolge durchzusetzen. Dazu ist u.a. die gründliche und ständige Befassung mit allen Aspekten der bürgerlichen Gesellschaft notwendig; es bedarf eines systematischen Hineinwirkens beispielsweise in die Gewerkschaften und in die SPD; es kann auch nicht ohne Eroberung, Ausbau und überlegte Nutzung parlamentarischer ‚Stützpunkte' gehen.

Daß die bundesdeutsche Linke heute nur im Einzelfall und selbst dann recht unzureichend diesen Aufgaben gerecht wird und gerecht werden kann, ist offensichtlich. Trotzdem hat die außerparlamentarische Linke einiges bewirken können, weil sie seit dem Regierungsantritt der SPD (spätestens aber seit 1969) immer eindeutiger zur einzigen konsequenten demokratischen und progressiven Opposition geworden ist. Das könnte sich schlagartig ändern, wenn die SPD nach einem Koalitionswechsel in Bonn die Gelegenheit bekommt, sich in der Opposition zu erholen und teilweise wieder Funktionen einer Linksopposition zu übernehmen.

Was eine solche Konstellation konkret bedeuten würde, läßt sich heute schon an aktuellen und historischen Erfahrungen deutlich ablesen. In Nürnberg beispielsweise ist es der SPD bestens gelungen, sich nach der skandalösen Massenverhaftung des Protestes „anzunehmen". Daß ganz auf die grobe Unrechtmäßigkeit und Pauschalität des Vorgehens, auf die „Unschuld" der „jungen Leute aus guter Familie" etc.pp. abgestellt wurde, erwies sich dabei als nützlich. Das Ergeb-
schalität des Vorgehens, auf die „Unschuld" der „jungen Leute aus guter Familie" etc.pp. abgestellt wurde, erwies sich dabei als nützlich. Das Ergeb-
nis ist auf der einen Seite, daß von der Nürnberger Massenverhaftung selbst kaum noch gesprochen wird und auf der anderen Seite, daß Massenverhaftungen inzwischen zum bundesdeutschen Alltag gehören und kaum noch Protest provozieren.

In der Friedensbewegung kann die SPD auf langjährige Erfahrungen in der Irreführung und Zerstörung von großen Protestpotentialen aufbauen (Hineinwirken in die Anti-Atom-Bewegung Ende der 50er Jahre). In diesem Zusammenhang ist es wichtig, die Schwächen der gegenwärtigen Friedensbewegung zu erkennen und daraus eigene Aufgaben abzuleiten: Die Bewegung konzentriert sich sehr stark auf die geplante Stationierung von Mittelstreckenraketen in der BRD bzw. auf den Kampf zur Verhinderung dieses Planes. Hinzu kommt eine spezielle Tendenz der DKP, Kampagnen ganz stark auf solche, für realisierbar gehaltene Punkte hin zu konzentrieren — und dabei die Gesamtheit der Verhältnisse außer Betracht zu lassen. Motor dieser Bewegung ist vor allem die Furcht, die BRD bzw. „Deutschland" könnte durch die „Nachrüstungsbeschlüsse" zum atomaren Kriegsschauplatz werden und dabei total vernichtet werden. Diese — berechtigte — Furcht führt der Friedensbewegung aktuell auch Kräfte aus den etablierten Parteien und aus dem „nationalen Lager" zu. Das wäre an sich nicht schlecht, sofern nicht erhebliche Teile der Friedensbewegung die Anschauungen solcher bürgerlichen Kräfte übernehmen und selbst propagieren würden. Innerhalb der Friedensbewegung besteht aber eine verhängnisvolle Tendenz zur prinzipiellen Anerkennung der angeblichen Notwendigkeit einer „Vaterlandsverteidigung". In der Konsequenz bedeutet das nichts anderes, als daß die Bedrohungslüge des Imperialismus akzeptiert und die Verteidigungswürdigkeit dieses Staates anerkannt wird. Die dadurch entstehende geistige Verwirrung geht soweit, daß ein Kriegsstratege wie Mechtersheimer (CSU) in der „taz" hofiert und von den Grünen sogar als „Atompazifist" mißverstanden wird. Tatsächlich hat Mechtersheimer gerade jetzt seine Zustimmung zu den NATO-„Nachrüstungsbeschlüssen" erklärt, sofern die Atom-Raketen nicht auf dem Boden der BRD, sondern auf Kriegsschiffen und U-Booten stationiert werden. Daß hierauf auch Teile der „Friedensbewegung" abfahren könnten, denen es in erster Linie „um Deutschland" geht und gar nicht so sehr um die Atomkriegsgefahr allgemein, ist zu befürchten. Hier haben sich auch Teile der SPD und FDP anzuschließen begonnen. —

Dieser kleine Exkurs soll veranschaulichen, wie anfällig für Eingriffe und Beeinflussungen durch ‚bürgerliche' Vorstellungen die sozialen und politischen Bewegungen derzeit noch sind. (‚Bürgerlich' will sagen, daß es sich um Vorstellungen handelt, die den Zielen des Imperialismus und der herrschenden Klasse entgegenkommen bzw. teilweise direkt oder vermittelt von dieser propagiert werden). Umso wichtiger ist, daß eine gut organisierte, handlungsfähige Linke entsteht, die in alle sozialen und politischen Bewegungen ihrerseits eingreift, was erheblich mehr als bloße Teilnahme beinhaltet, was insbesondere systematische und beharrliche Kritik an irreführenden und schädlichen Vorstellungen bedeutet.

Zwei Wege des Spontaneismus

Notwendig wäre eine organisierte und organisierende Kraft, die in den zu erwartenden künftigen politischen Konstellationen die Politik der linken Sozialdemokratie, der Vaterlandsverteidigung, des bürgerlichen Pazifismus usw. von einem revolutionären Standpunkt aus der Kritik unterzieht und zu Konsequenzen zwingen kann und die trotz der Integrationsversuche der SPD/FDP den Aufbau einer allseitig handlungsfähigen Alternative voranzubringen vermag.

Eine solche Kraft gibt es in der BRD gegenwärtig höchstens in Ansätzen. Die Versuche, den spontanen Schub der APO zum Aufbau eine solchen revolutionären Organisation zu nutzen, haben schwere Rückschläge erlitten und müssen vorerst als gescheitert betrachtet werden. Es gibt heute in der BRD keine sozialistische oder kommunistische Organisation, die in der Lage wäre, die Kämpfe planvoll zu leiten. Die radikale Linke ist derzeit
der BRD keine sozialistische oder kommunistische Organisation, die in der Lage wäre, die Kämpfe planvoll zu leiten. Die radikale Linke ist derzeit
weder theoretisch, ideologisch noch organisatorisch in der Lage, in den neuen Massenbewegungen sinnvoll zu arbeiten, d.h. zu versuchen, den Kämpfen eine strategische und taktische Orientierung sowie ein organisatorisches Rückgrat zu geben.

Man kann — trotz einiger hoffnungsvoller Gegentendenzen — für die bundesdeutsche Linke in ihrer Mehrheit noch nicht einmal sagen, daß dieser Zustand der Zerrüttung und Schwäche wenigstens als Mangel empfunden wird. Im Gegenteil: Der Zusammenbruch von Organisationen, das weitverbreitete generelle Mißtrauen gegen Organisiertheit, das Abrücken vom wissenschaftlichen Sozialismus, der Kult der Irrationalität und des Subjektivismus werden weithin immer noch als großer Fortschritt gefeiert und bewußt vorangetrieben. Der Spontaneismus erlebt eine neue Hochblüte. — Zwei scheinbar einander ganz entgegengesetzte Strömungen sind dabei zu unterscheiden:

Zum einen die Strömung des „Anti-Dogmatismus". Die Gemeinsamkeit dieser reichlich bunten Strömung liegt in dem Anspruch, „linke Dogmen" zu „enttabuisieren" und eine „Krise des Marxismus" nicht nur zu konstatieren, sondern zynisch und schadenfroh zu propagieren. Teilen der „Undogmatischen" ist es inzwischen ziemlich gleichgültig, welche Inhalte am Ende herauskommen. Hauptsache, es werden „Tabus gebrochen". Sei es die Forderung nach Freiheit für den Kriegsverbrecher Hess, seien es „witzige" Karikaturen nach dem Massaker von Bologna, sei es die Forderung nach „Peep-Shows statt Feminismus", sei es die Freude, einer Frau in den Bauch zu treten, sei es die Inschutznahme von Nazis und Nazi-Propaganda usw. usf. Die Abrechnung nach dem Motto „Wer glaubt noch an die Revolution" endet im Antikommunismus, im zynischen Nihilismus — und im dumpfen Kompromiß mit den herrschenden Verhältnissen.

Die „Undogmatischen" ziehen aus dem Zusammenbruch der „ML"-Parteiaufbau-Konzeptionen nicht nur den Schluß auf sektiererische und bürokratische Fehler der BRD-Linken, sondern auch auf die grundsätzliche Untauglichkeit des wissenschaftlichen Sozialismus (Marxismus-Leninismus) als Anleitung zum politischen Handeln und auf die grundsätzliche Untauglichkeit einer revolutionären Organisation als Element der Bewußtheit in den Kämpfen.

Tatsächlich hat die revolutionäre und radikal-demokratische Linke der APO-Zeit, Abteilung Parteiaufbau, einiges an sektiererischen Fehlern ihrer damaligen „Massenpolitik" zu bewältigen. So insbesondere die z.T. plakative und theoretisch zu niveaulose Übernahme eines verkürzten „Marxismus-Leninismus-Maoismus" als Mode-Ideologie. So die Betreibung des „Parteiaufbaus" neben und stellvertretend für reale Massenkämpfe. So auch die stramme Verleugnung der eigenen großenteils kleinbürgerlich-studentischen Klasseninteressen und Lebensgewohnheiten zugunsten einer kleinkarierten und intoleranten Arbeitertümelei.

Den „Undogmatischen" geht es aber nicht um kritische Aufarbeitung gemachter Fehler, Korrektur unrealistischer Einschätzungen und Erwartungen und damit evt. eine Stärkung linker Positionen und neue Impulse für eine revolutionäre Politik. Eher schon handelt es sich in vielen Fällen um einen Pendelschlag, mit dem resignierte ‚Revolutionäre' von einst mit ihrer eigenen Geschichte, insbesondere mit ihrer früheren Vergötterung der Arbeiterklasse und ihrer Versimpelung des Marxismus-Leninismus, aufräumen möchten.

Zum „Anti-Dogmatismus" gehört in der Regel die auch die Propagierung einer „Politik in der 1. Person", der „Betroffenheit", der „Dazu-steh-ich"- und „Wie-kann-ich-mich-da-einbringen"-Mentalität. Vermittelt über aus dem Bauch kommende Bekenntnisse zum inneren Schweinehund — sei's der Chauvinismus, sei's der Rassist in uns, sei's der Faschist in uns usw. — kann die Anbetung der Spontaneität leicht in eine Rechtfertigung der bestehenden Verhältnisse umschlagen. Das, was sich spontan durchsetzt, sind zunächst die herrschenden Verhältnisse — denn die sind Jahrtausende, Jahrhunderte, Jahrzehnte verwurzelt und weitaus stärker als die zarten Keime revolutionärer Veränderung und fortschrittlichen Bewußtseins.

Bestandteil des zur neuen Heiligen Kuh erhobenen Subjektivismus der „Undogmatischen" ist eine um sich
chen Bewußtseins.
Bestandteil des zur neuen Heiligen Kuh erhobenen Subjektivismus der „Undogmatischen" ist eine um sich
greifende Ent-Politisierung und Provinzialisierung des Bewußtseins von Teilen der Linken und die Beschränkung auf die unmittelbaren Tagesinteressen der diversen Bewegungen, ist die erklärte Theoriefeindlichkeit, Mißtrauen gegen Organisation überhaupt und die Geringschätzung der politischen Auseinandersetzung.

Eine vergleichbare Haltung russischer Linker, die um 1900 unter der Losung „Freiheit der Kritik" (am Marxismus) eine ähnliche Verherrlichung der Spontaneität praktizierten und zugleich gegen den von Lenin vertretenen Plan einer revolutionären gesamtrussischen Zeitung und organisierten revolutionären Propaganda auftraten, charakterisierte Lenin in „Was tun?" wie folgt: *„Wir sehen also, daß mit den tönenden Phrasen gegen die Verknöcherung des Denkens usw. nur Sorglosigkeit und Hilflosigkeit in der Entwicklung des theoretischen Denkens bemäntelt werden. Das Beispiel der russischen Sozialdemokraten illustriert besonders anschaulich die allgemeine europäische Erscheinung (die auch von den deutschen Marxisten schon lange festgestellt worden ist), daß die vielgerühmte Freiheit der Kritik nicht das Ablösen einer Theorie durch eine andere bedeutet, sondern das Freisein von jeder geschlossenen und durchdachten Theorie, daß sie Eklektizismus* [„Rosinen aus dem Kuchen picken"] *und Prinzipienlosigkeit bedeutet. Wer den tatsächlichen Zustand unserer Bewegung einigermaßen kennt, der kann nicht umhin zu sehen, daß die weite Verbreitung des Marxismus von einem gewissen Absinken des theoretischen Niveaus begleitet war".*

„Neue Militanz" und Schwärmerei für den Terrorismus

Die zweite Variante des Spontaneismus liegt in der scheinbar ganz entgegengesetzten Verherrlichung der „Neuen Militanz" und in der Sympathie für den individuellen Terror.

Entgegen allen historischen Kenntnissen, nach denen Guerilla oder Partisanenkampf der bewaffnete Teilangriff im Rahmen eines allgemeinen Volkskampfes gegen innere oder äußere Unterdrückung ist, und ohne den geringsten Ansatz einer wissenschaftlichen Analyse der gegenwärtigen Lage und der Bewegung werden der „Häuserkampf" und andere Aktivitäten (sogar das Klauen im Supermarkt) zum Motor einer revolutionären Entwicklung erklärt. Die Radikalisierung und Militanz von „Randgruppen" wird als wichtigster Hebel für einen Umsturz der Verhältnisse mystifiziert. Diese „Neue Militanz" ist aber nicht mehr als der spontan, ganz und gar unorganisierte und oft auch allzu ziellose Ausdruck von Wut gegen das bestehende System, von Hilflosigkeit und Hoffnungslosigkeit radikalisierter politischer und sozialer Minderheiten — keinesfalls aber der organisierte Teil einer allgemeinen Volkserhebung oder auch nur eines Volksprotestes.

Militante Teilkämpfe können im Rahmen einer revolutionären Strategie eine wichtige, vorantreibende Rolle spielen. Die Kämpfe von Minderheiten können aber selbstverständlich Aktionen der Massen weder ersetzen noch erzwingen. Im Rahmen einer langfristigen revolutionären Strategie können sie eine mobilisierende, aber keine politisch oder militärisch entscheidende Funktion haben. Das würde selbst dann gelten, wenn diese militanten Teilkämpfe erheblich organisierter und umfangreicher wären, als sie es hierzulande derzeit tatsächlich sind. Im Frontalzusammenstoß mit der Staatsmacht kann die radikale Linke, deren Aktivisten ja überhaupt bloß eine kleine Minderheit des gesamten Protestpotentials sind, nur Niederlagen erleiden. Das spricht nicht generell gegen militante Aktion, wohl aber gegen deren Überschätzung und Verabsolutierung. Militante Aktionen sollen, ihrem Zweck nach, die Kontinuität und Verbreiterung der Kämpfe fördern — nicht aber behindern. Wenn es den Herrschenden gelingt, Bewegungen zu spalten in „Friedliche" und „Gewalttäter", wenn opportunistische Distanzierungen einerseits und Gewaltaktionen eines dahinschwindenden „harten Kerns" andererseits einander hochschaukeln — dann sind Niederlagen kaum zu vermeiden.

Vorankommen kann die Linke nur durch Öffnung gegenüber der Mehrheit der Bevölkerung, d.h. durch die Verbindung von alltäglicher politischer
Vorankommen kann die Linke nur durch Öffnung gegenüber der Mehrheit der Bevölkerung, d.h. durch die Verbindung von alltäglicher politischer
Kleinarbeit mit der Propagierung der Notwendigkeit und Berechtigung revolutionärer Gewalt bzw. des Rechts auf Widerstand.

Eng verbunden mit der Überschätzung der „Neuen Militanz" erleben wir heute eine Neuauflage des individuellen Terrors bzw. erst einmal nur eine Zunahme der Sympathie für diese Kampfform. Die modernen Terroristen nennen sich mit Vorliebe „Stadtguerilla" und beziehen sich damit auf einen in Südamerika entwickelten Begriff. Dieser Begriff, zusammen mit ähnlichen Formeln und Ritualen, dient der Mystifizierung der realen Praxis des Terrorismus in der BRD. Dieser Versuch, sich selbst durch Ausborgen fremder Traditionen und Zusammenhänge Glanz zu verleihen, entspricht bis ins Detail dem Umgang der diversen „ML"-Parteien mit dem „Erbe" der revolutionären Arbeiterbewegung.

Stadtguerilla setzt ein gewisses Niveau sowohl an Verbindung mit den Massenkämpfen wie auch an Kontinuität und Kampfkraft der bewaffneten Gruppen voraus. Nichts davon kann der bundesdeutsche Terrorismus für sich in Anspruch nehmen. Er unterscheidet sich insofern stark von dem italienischen, der z.B. 1980 in einem halben Jahr mehr Anschläge organisierte als RAF etc. in dem gesamten Jahrzehnt ihres Bestehens. Obwohl der italienische Terrorismus ungleich breiter und „massenhafter" ist als die bundesdeutsche Spielart, erweist sich aber selbst dort in der Praxis immer mehr die politische Perspektivlosigkeit und Ohnmacht dieser Kampfform, solange sie verabsolutiert und isoliert betrieben wird.

Hier scheint ein kleiner Rückgriff geboten: Die RAF (Rote Armee Fraktion), trat erstmals 1971 mit der Befreiung des wegen Kaufhausbrandstiftung inhaftierten Andreas Baader in Erscheinung. Parallel zu dieser Aktion erschien die theoretische Gründungserklärung in Form des Buches ,,Das Konzept Stadtguerilla", Autorin Ulrike Meinhof. Später folgte ,,Der bewaffnete Kampf in Westeuropa" (auch bekannt als ,,Straßenverkehrsordnung"), Autor Horst Mahler — heute Sprachrohr des ,,Staatsschutzes". Die Schriften Mahlers und Meinhofs beriefen sich auf Mao Zedong, Lenin, Che Guevara und andere klassische und aktuelle Vorbilder des revolutionären Partisanenkampfes.

Die RAF definierte sich als ,,Fraktion" des internationalen Proletariats, die die revolutionären Kämpfe aus den Befreiungsbewegungen der ,,Dritten Welt" in die Metropolen tragen müsse, da von dem vom Imperialismus bestochenen Industrieproletariat Europas und der USA keine eigenen revolutionären Initiativen zu erwarten seien. Die RAF ging dabei von einer sehr pessimistischen Grundeinschätzung des Kräfteverhältnisses aus. Das Problem ,,Schwache Kräfte der Revolution — starke Kräfte der Reaktion" war die Grundlage, mit der die RAF ihr Konzept der ,,Stadtguerilla" hier und heute, ihr Konzept der ,,beispielhaften Aktion" begründete, die die Massen aufrütteln und ihr die Verwundbarkeit des Gegners vorführen sollte. Die RAF behauptete: ,,*Das Konzept Stadtguerilla stammt aus Lateinamerika. Es ist dort, was es auch hier nur sein kann: die revolutionäre Interventionsmethode von insgesamt schwachen revolutionären Kräften*".

Hieraus folge, daß man auf das Proletariat nicht zu ,,warten" brauche. Das Bewußtsein des Proletariats müsse vielmehr ,,aufgebrochen" werden. Dazu sollte die ,,bewaffnete Propaganda" dienen. ,,*Wir müssen also einen Angriff unternehmen, um das revolutionäre Bewußtsein der Massen zu wecken... Die Bomben gegen den Unterdrückungsapparat schmeißen wir auch in das Bewußtsein der Massen*" (,,Der bewaffnete Kampf"). — Daß es, um in diesem geglückten Bild zu bleiben, einem so komplizierten und empfindlichen Ding wie dem Bewußtsein nicht gut bekommen kann, wenn man es mit Bomben traktiert, liegt auf der Hand. In knapper und präziser Form drückt das Zitat die Weigerung der RAF-Gründer aus, an dem langwierigen politischen Prozeß einer Bewußtseinsbildung teilzunehmen.

Von den RAF-Gründern wurde besonders hervorgehoben, daß in ihrem Verständnis der ,,bewaffnete Kampf" keiner Voraussetzungen und keiner Verbindung mit Massenkämpfen bedurfte: ,,*Die Partisaneneinheit entsteht aus dem Nichts. Jeder kann anfangen. Er braucht auf niemanden zu warten. Einige Dutzend Kämpfer, die wirklich beginnen, und nicht nur endlos disku-*

Verständnis der ,,bewaffnete Kampf" keiner Voraussetzungen und keiner Verbindung mit Massenkämpfen bedurfte: ,,*Die Partisaneneinheit entsteht aus dem Nichts. Jeder kann anfangen. Er braucht auf niemanden zu warten. Einige Dutzend Kämpfer, die wirklich beginnen, und nicht nur endlos disku-*

tieren, können die politische Szene grundlegend verändern, eine Lawine auslösen." Zwar sei die Unterstützung der Bevölkerung notwendig in ländlichen Gebieten wie China, Lateinamerika oder Vietnam. Aber: ,,*Anders ist es in der Großstadt. Sie bietet alle erforderlichen Versorgungsgüter in einer Weise an, die es nicht erforderlich macht, daß die Partisaneneinheiten aus ihrer Anonymität hervortreten. Sie können auch nach ihren Aktionen in vorbereiteten Quartieren untertauchen, ohne auf die Hilfe aus der Bevölkerung angewiesen zu sein*" (Bewaffneter Kampf ...).

Mit solchen Definitionen von ,,Guerilla" war die RAF bereits theoretisch auf einem anderen Stern als ihre angeblichen Vorbilder, die alle — von Mao Zedong bis zu den Tupamaros — den Guerillakampf als Teil eines Volkskrieges definieren, der zur Grundbedingung hat, daß die Kämpfer/innen sich im Volk bewegen wie der ,,Fisch im Wasser". Auch Lenins ,,Der Partisanenkrieg", auf den die RAF sich in ihren Anfängen berief, eignet sich eher als Argument gegen die RAF: Lenin sagte in dieser Schrift, die im September 1906 erschien, also nach dem Barrikadenmassenkampf und bewaffneten Aufstand vom Dezember 1905 und nach den Teilaufständen der Armee, der Flotte und der Bauern: ,,*Der Partisanenkampf ist eine unvermeidliche Kampfform in einer Zeit, wo die Massenbewegung in der Praxis schon an den Aufstand heranreicht und mehr oder minder große Pausen zwischen den 'großen Schlachten' des Bürgerkriegs eintreten.*"

Lenin hob diese Partisanenaktionen, die von den Massen unterstützt wurden, deutlich gegen den alten russischen Terrorismus ab, wie er ihn in ,,Womit beginnen?" und in ,,Was tun?" während der Jahre 1901 und 1902 kritisert hatte. Lenin schrieb in ,,Der Partisanenkrieg": ,,*Der alte russische Terrorismus war eine Sache von Verschwörern aus der Intelligenz; jetzt wird der Partisanenkampf in der Regel von Arbeitern aus den Kampfgruppen oder einfach von erwerbslosen Arbeitern geführt.*"

In Theorie und Praxis der RAF geht es nicht um mit den Massen verbundene Partisanenaktionen, sondern um den individuellen Terror. Es handelt sich um das Mittel des bewaffneten Einzelangriffs, ohne Verbindung mit irgendeiner politischen Strategie. Lenin erklärte 1902 in einer diesbezüglich den heutigen Verhältnissen vergleichbaren Situation: ,,.... *Bei dem Fehlen einer zentralen Organisation und bei der Schwäche der örtlichen revolutionären Organisationen kann ja der Terror auch nichts anderes sein. Und deshalb erklären wir entschieden, daß ein solches Kampfmittel unter den gegebenen Umständen unzeitgemäß und unzweckmäßig ist, daß es die aktivsten Kämpfer von ihrer wirklichen, für die Gesamtbewegung wichtigsten Aufgabe ablenkt, und nicht die Kräfte der Regierung, sondern die der Revolution desorganisiert*".

Weder Abenteuer noch Revolten, weder vereinzelter Widerstand noch aussichtslose Versuche, sich einzeln der Reaktion zur Wehr zu setzen, können der Sache dienen, sondern nur das klare Erkennen der Lage, die Ausdauer und Standhaftigkeit der Avantgarde der Arbeiter, die Vorbereitung der Kräfte zum bewaffneten Aufstand

Lenin

Die Geschichte der RAF bestätigt diese Kritik in der Praxis. Die ersten Aktionen mögen auf Teile der Linken eine gewisse Wirkung gehabt haben, wie z.B. der Anschlag auf das US-Munitionsdepot in Heidelberg, mit dem die RAF die Verstrickung von US- und BRD-Imperialismus hinsichtlich des Vietnamkriegs angreifen wollte. Aber schon mit dem Anschlag auf das Springer-Hochhaus in Hamburg 1972 verloren die RAF-Aktionen diesen Ansatz von Vermittelbarkeit. Die Bomben bei Springer, deren Explosion 18 Kolleg/inn/en, zwei davon schwer, verletzte, hatten durchaus mobilisierende Funktion — allerdings nicht zur Schwächung der Reaktion, sondern zum Nutzen einer reaktionären Verhetzung der Bevölkerung gegen die Linke und als Auftakt für die erste große Verfolgungsjagd gegen die ,,Baader-Meinhof-Bande", in deren Verlauf der alte Kern der RAF verhaf-

rende Funktion — allerdings nicht zur Schwächung der Reaktion, sondern zum Nutzen einer reaktionären Verhetzung der Bevölkerung gegen die Linke und als Auftakt für die erste große Verfolgungsjagd gegen die ,,Baader-Meinhof-Bande", in deren Verlauf der alte Kern der RAF verhaf-

tet und erstmals ein Umkreis von ,,Sympathisanten" kriminalisiert wurde.

Nach der Verhaftung des alten Gründungskerns 1972 und weiteren schnell folgenden Inhaftierungen der ,,ersten Generation" des Terrorismus reduzierte sich RAF-Politik zunehmend auf die Befreiung der ,,gefangenen Fighter" und den Kampf gegen die Haftbedingungen.

Die Schleyer-Entführung hätte Gelegenheit geben können, wenigstens ansatzweise diese Isolation politisch zu durchbrechen. Es hätte sich angeboten, mit Schleyer als Symbol des bundesdeutschen Nachkriegs-Kapitalismus und seiner Nazi-Kontinuität, mit dieser in der Arbeiterklasse weithin verhaßten Figur tatsächlich Politik zu machen, statt ihn nur als Tauschobjekt für ,,Fighter im Knast" zu nehmen. — So aber gerieten die Entführer sehr rasch gegenüber dem Staatsapparat in die Defensive.

Es folgte die Entführung der Lufthansa-Maschine — vollbesetzt mit unbeteiligten Menschen, die — wahrscheinlich sogar zu recht — als Fortführung der Schleyer-Entführung erscheinen mußte und damit auch diese endgültig diskreditierte. Der KB bezeichnete diese Aktion damals als ,,politisch kriminell", weil sie nicht als linke Politik, d.h. gegen Staat, Kapitalismus u.a.m. und für die Interessen der Massen, erkennbar war, sondern sich praktisch gegen die Interessen unbeteiligter Menschen richtete. Das erleichterte die Legitimierung der Eskalation staatlichen Terrors (GSG 9 — Einsatz in Mogadischu, ,,Selbstmorde" in Stammheim, ,,deutscher Herbst").

Der Terrorismus hat zwar dazu beigetragen, hinter der demokratischen Fassade der BRD die Bereitschaft dieses Staates sichtbar zu machen, auf faschistische Herrschaftsmethoden zurückzugreifen; schwerwiegender aber ist, daß der Terrorismus die Bevölkerung der BRD nicht mit der Legitimität und der Machbarkeit bewaffneten Widerstands gegen den Kapitalismus vertraut gemacht hat, sondern im Gegenteil mit dem Terrorismus selbst und seinem politischen wie militärischen Scheitern revolutionäre Gewalt, bewaffneter Widerstand generell diskreditiert werden konnten.

Statt das Scheitern der RAF-Konzeption zur Kenntnis zu nehmen, wird heute immer noch der Mythos des erfolgreichen ,,bewaffneten Kampfes", der ,,Guerilla" und der ,,draußen und drinnen" unbesiegten und unbeugsamen ,,fighter" aufrechterhalten. Wir sind weit entfernt davon, den persönlichen Totaleinsatz solcher Menschen wie der RAF-Mitglieder oder ihrer Sympathisanten, ihre moralische Integrität, ihre Betroffenheit, ihren ,,moralischen Rigorismus" (wie H. Mahler es nannte) und auch ihren persönlichen Heroismus und ihre Opferbereitschaft zu verkennen — nur ersetzt Heroismus und Opferbereitschaft nicht die organisierte politische Überzeugungsarbeit unter den Massen entlang einer revolutionären Strategie. Grundfalsch ist darum ein Idealismus, wie ihn besonders deutlich die Hamburger Gruppe ,,Autonomie" während des letzten Hungerstreiks, angesichts des unmittelbar bevorstehenden Todes von Sigurd Debus, formulierte: **,,Die Unbeugsamkeit der Gefangenen legt Zeugnis ab für ihre Politik, im Widerstand bis zum Tod zu gehen. Darin liegt die historische Bedeutung der RAF. Diese Politik gewinnt im Kampf gegen die Bedingungen von Trakt und Isolation eine neue Größe. Wir müssen uns die Frage stellen, ob wir den Existentialismus und die Konsequenz in der Politik der RAF erst in der Situation des voraussehbaren Todes anerkennen..."** (zit. nach ,,taz", 15.4.).

Bei aller Achtung vor dem Einsatz und der Person Sigurds wie überhaupt der allermeisten Genossinnen

sen uns die Frage stellen, ob wir den Existentialismus und die Konsequenz in der Politik der RAF erst in der Situation des voraussehbaren Todes anerkennen..." (zit. nach ,,taz", 15.4.).

Bei aller Achtung vor dem Einsatz und der Person Sigurds wie überhaupt der allermeisten Genossinnen

und Genossen aus den terroristischen Gruppen hat diese Moral der ,,Autonomie" doch mehr mit den Traditionen der deutschen Romantik und sogar religiöser Eiferei zu tun als mit einer revolutionären Politik. Eine unzweckmäßige, teilweise auch schädliche Politik wie die der RAF wird auch dadurch nicht sinnvoller, daß Menschen dieser Politik das eigene Leben zum Opfer bringen. Die Aussage, daß die ,,historische Bedeutung" der RAF in ihrer Bereitschaft zum Tode liege, drückt insofern einen politischen Bankrott aus. Hier ist die Form (Todes-Bereitschaft) bereits wichtiger geworden als der politische Inhalt. Es gibt im übrigen kaum eine politische oder religiöse Richtung auf der ganzen Welt, die nicht eine größere oder kleinere Anzahl von Märtyrern als ,,Kronzeugen" für ihre spezielle Wahrheit vorweisen kann. Für die Frage nach Sinn und Zweck, nach historischer ,,Richtigkeit" gibt dieses Argument aber unendlich wenig her.

Die Gemeinsamkeit von Anti-Dogmatismus und Terror-Schwärmerei

Die beiden hier skizzierten Strömungen (Anti-Dogmatismus einerseits, Sympathie für den Terrorismus andererseits) sind dem äußeren Anschein nach totale Gegensätze. Immerhin erfordert ja der Terrorismus (sofern er nicht bloß angehimmelt, sondern auch praktiziert wird) ein Höchstmaß an Dingen, die den ,,Undogmatischen" sehr zuwider sind: Disziplin, Organisiertheit, minutiöse Planung, 100%ige Zuverlässigkeit usw. Umgekehrt läßt sich der Terrorismus als Praxis schwer vereinbaren mit solchen für die ,,Undogmatischen" kennzeichnenden Dingen wie Bock-Prinzip, Entpolitisierung, Rückzug auf ,,überschaubare Arbeitsfelder" usw.

Es ist angesichts dieser Gegensätzlichkeit eine auffallende Tatsache, daß die derzeit festzustellende Sympathie für den Terrorismus zu nicht unerheblichen Teilen tatsächlich gerade aus dem Lager der ,,Bauch-Politik" kommt und häufig mit Entpolitisierung (bzw. Kultivierung des ,,Privaten" als das an sich Politische) einhergeht. Das ist aber bei näherem Hinsehen gar nicht so seltsam. Denn die gemeinsame Basis von ,,Bauch-Politik" und Terrorismus liegt in der Ablehnung der Politik als Plan, in der Ablehnung systematischer und langfristig angelegter Arbeit zur Gewinnung von Massen und Mehrheiten. Auch der Irrationalismus, die Überbetonung von ,,Moralismus" und Emotion, der in der deutschen Romantik wurzelnde Kult des heldischen Fighters und der ,,Hingabe des eigenen Lebens an die große Sache" können als Verbindungslinien zwischen ,,Bauch-Politik" und Terrorismus wirken. Die Resignation, die Verhältnisse doch nicht verändern zu können, und das sich einstellende schlechte Gewissen über eben diese Resignation sind gleichfalls Motoren der Schwärmerei für den Terrorismus.

Zu einer ähnlichen Parallelität schrieb Lenin in ,,Was tun?": ,,*Die Ökonomisten und die heutigen Terroristen haben eine gemeinsame Wurzel: das ist eben jene Anbetung der Spontaneität... Die Ökonomisten und die Terroristen sind Anbeter verschiedener Pole der spontanen Richtung: die Ökonomisten der Spontaneität der ,reinen Arbeiterbewegung', die Terroristen – der Spontaneität der leidenschaftlichsten Empörung der Intellektuellen, die es nicht verstehen oder nicht die Möglichkeit haben, die revolutionäre Arbeit mit der Arbeiterbewegung zu einem Ganzen zu verbinden. Wer den Glauben an diese Möglichkeit verloren hat, dem fällt es tatsächlich schwer, für seine Empörung und seine revolutionäre Energie einen anderen Ausweg zu finden als den Terror*" (Werke, Bd. 5, S. 433).

Raus aus der Krise!

Weder die Anbiederung an spontane Massenbewegungen noch die Wiederbelebung des Terrorismus taugen zur Bewältigung der ,,Krise der Linken". Sie sind vielmehr Produkt dieser Krise und müssen in einer Aktualisierung des Marxismus-Leninismus, einer programmatischen und strategischen Neuorientierung und in einer Rationalisierung und Effektivierung der Praxis innerhalb der verschiedenen Massenbewegungen überwunden werden.

Seit Beginn der Krisendebatte Mitte 1978 hat der KB diesen Standpunkt vertreten. Die im KB von Anfang an öffentlich geführte Krisendebatte wurde mit dem Ziel der Aufarbeitung der zurückliegenden Erfahrungen, der Intensivierung der politischen Auseinandersetzung

Seit Beginn der Krisendebatte Mitte 1978 hat der KB diesen Standpunkt vertreten. Die im KB von Anfang an öffentlich geführte Krisendebatte wurde mit dem Ziel der Aufarbeitung der zurückliegenden Erfahrungen, der Intensivierung der politischen Auseinandersetzung

um den weiteren Weg der westdeutschen Linken geführt. Eine über den KB hinausgehende Auseinandersetzung kam aber nicht zustande. Im KB selbst versank die Auseinandersetzung um die weitere Politik in ,,Struktur"- und Selbstverständnisdebatten bzw. versiegte zeitweilig ganz.

Die ,,Zentrumsfraktion" (heute ,,Gruppe Z") unternahm zwischen August und Dezember 1979 einen nervenzerreibenden Kraftakt, um im KB die ,,guten alten Traditionen", speziell auch ,,die Klassiker" des Marxismus-Leninismus, wieder stärker zur Geltung zu bringen. Sie bediente sich dabei politisch ,,krimineller" Mittel (gefälschte Zitate, Lügen, persönliche Diffamierung etc. pp.), mit denen sie ihr Anliegen total diskreditierte. Es blieb schließlich, Mitte Dezember 1979, nur noch der Bruch zwischen KB und ,,Zentrumsfraktion" zu konstatieren. Die nunmehr ganz autonome ,,Gruppe Z" entschloß sich darauf hin, sofort Lenin und Mao samt den ,,guten alten Traditionen" des KB sausen zu lassen und stattdessen im Strom des Opportunismus mitzuschwimmen.

Für den KB hatte die Auseinandersetzung mit der Zentrumsfraktion auch die ernste Folge, daß die innerorganisatorische Tendenz zur Abkehr vom wissenschaftlichen Sozialismus und von geplanter, organisierter Politik sich erheblich verstärkte, was auch – aber keineswegs ausschließlich – daran liegt, daß die Zentrumsfraktion während ihrer ,,leninistischen" Phase gerade diese Dinge enorm kompromittiert hatte. Während bis dahin die ,,Krisendebatte" im Grundsatz immer noch um die Frage geführt worden war, wie revolutionäre, am wissenschaftlichen Sozialismus orientierte Politik gestärkt werden kann, verstärkten sich im Zeitraum 1980/1981 die Angriffe aus dem KB selbst heraus gegen diese Grundorientierung.

Zwar hatte es in dem von LG-Mitgliedern zum 1. KB-Kongreß (Januar 1980) vorgelegten Grundsatzpapier geheißen: ,,*Angesichts der tiefgehenden Identitätskrise der Linken und der modischen Abkehr vom Marxismus ist es die zentrale Aufgabe des KB – als Teil eben dieser Linken – am Marxismus als Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse festzuhalten. Daß der KB gegenwärtig die wichtigste politische Kraft in der BRD ist, die diese Aufgabe organisiert angeht, ist nicht Produkt irgendeines Avantgardeanspruchs, den der KB nie gehabt hat (sondern im Gegenteil von Anfang an bekämpft hat), sondern ist Teil der gesellschaftlichen Wirklichkeit...*

Unser theoretischer Beitrag zur Untersuchung sozialer Prozesse, zum streitbaren Dialog mit anderen ideologischen Positionen, zur Auseinandersetzung mit dem wissenschaftlichen Sozialismus und seiner Verbreitung, war in der Vergangenheit zu gering. Orientierung an praktischen Aufgaben des Moments, die Instrumentalisierung des KB für das Inganghalten von ,,Massen"bewegungen und -initiativen, haben immer wieder entscheidend unsere Kräfte von theoretischen und ideologischen Aufgaben, von der Reflexion unserer eigenen Praxis usw. usf. abgezogen. Hier gilt – ohne voreilige Ausgabe neuer Patentrezepte – auf der Basis unserer noch vorhandenen Kräfte die Seite der Theorie und des ideologischen Streits zu stärken" (Materialmappe für den Kongreß, Seite 37).

Der hierin enthaltene Anspruch und der damit angedeutete Arbeitsrahmen fand auf dem 1. Kongreß überhaupt keinen Widerspruch; auch nachträglich sind an dem zitierten Papier keine Kritiken aus der Organisation bekanntgeworden. Nur sieht die Praxis weithin anders aus: Der KB hat heute mit Wurschtelei in theoretischen, ideologischen und organisatorischen Fragen zu kämpfen. Lenin charakterisierte einen vergleichbaren Zustand der damaligen russischen Sozialdemokratie als ,,Handwerklerei". Er schrieb dazu: ,,*Doch die Anbetung der sich spontan herausbildenden Organisationsformen, die mangelnde Erkenntnis dessen, wie eng und primitiv unsere Organisationsarbeit ist, was für ,Handwerkler' wir auf diesem wichtigen Gebiet noch sind, das Fehlen dieser Erkenntnis, sage ich, ist die wahre Krankheit unserer Bewegung. Das ist selbstverständlich nicht eine Krankheit des Verfalls, sondern eine Wachstumskrankheit. Aber gerade jetzt, wo die Welle der spontanen Empörung uns, den Führern und Organisatoren der Bewegung, sozusagen über den Kopf schlägt, ist es besonders notwendig, den unversöhnlichsten Kampf gegen jede Verteidigung der Rückständigkeit, gegen jede Legalisierung des engen Rahmens auf diesem Gebiet zu führen, ist es besonders notwendig,*

Empörung uns, den Führern und Organisatoren der Bewegung, sozusagen über den Kopf schlägt, ist es besonders notwendig, den unversöhnlichsten Kampf gegen jede Verteidigung der Rückständigkeit, gegen jede Legalisierung des engen Rahmens auf diesem Gebiet zu führen, ist es besonders notwendig,

in jedem, der an der praktischen Arbeit teilnimmt, oder die Absicht hat, sich ihr zu widmen, Unzufriedenheit mit der bei uns herrschenden 'Handwerklerei zu wecken sowie die unbeugsame Entschlossenheit, sich von dieser frei zu machen" (Werke, Bd. 5, S. 456).

Theoretische Arbeit, im Sinn der Erarbeitung strategischer Orientierung auf Grundlage wissenschaftlicher Analysen, liegt im KB nach wie vor am Boden. Das ideologische Niveau der Linken einschließlich des KB, ist erschreckend gesunken. Politische Auseinandersetzung findet kaum statt, ebenso steht es um organisierte Schulung. Organisatorisch und ideologisch grassiert, sofern nicht Sektenzucht herrscht wie z.B. im KAB/D oder anderen Relikten der sektiererischen ,,ML"-Linie, der Liberalismus.

Demgegenüber ist festzuhalten, daß sich das Anwachsen neuer Protestbewegungen zwar nicht in unmittelbar steigenden Zahlen verkaufter AKs (oder anderer revolutionärer Zeitungen) niederschlägt. Der Bedarf an theoretischen Debatten und die Suche nach neuen strategischen Orientierungen hat aber zugenommen. Wir können uns heute z.B. als KB in der Regel durchaus in Diskussionen der Bewegung(en) einbringen. Das Problem liegt oft mehr in unserer Schwierigkeit, eigene Standpunkte und Vorschläge zu formulieren, als etwa in antikommunistischen Vorurteilen bei möglichen Diskussionspartnern.

Um es unmißverständlich zu sagen: Die Krise der Linken ist inzwischen zum guten Teil eine Krise in den linken Köpfen, nicht in der Realität! Die Bedingungen für die Entwicklung einer linken, auch einer revolutionären Politik, einschließlich einer Massenpolitik auf breitester Basis gegen Krieg und Faschismus, waren in der Geschichte der BRD

Fortsetzung nächste Seite

Seltsame Wandlungen des KBW

Der KBW hat seit seiner 1976 mit aller Schärfe ausgebrochenen Krise nicht bloß den größten Teil seiner Mitglieder und Anhänger verloren, sondern sich auch in seinem politischen Erscheinungsbild erheblich gewandelt. Der KBW wurde insgesamt bündnisbereiter, toleranter und nachdenklicher – zugleich aber auch in seinem Verhältnis zu den DGB-Gewerkschften immer angepaßter.

Die Quelle dieses Opportunismus ist die alte Arbeitertümelei des KBW. Früher drückte sich diese Arbeitertümelei in einer phantastischen Überschätzung der realen Kampfkraft und Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse aus, die den KBW einen „Aufschwung" nach dem anderen erfinden ließ. Der KBW sah sich dabei als Avantgarde der Arbeiterklasse – freilich nicht einer real existierenden, sondern einer bloß eingebildeten. Das ging schließlich soweit, daß der KBW sich selbst mit der Arbeiterklasse verwechselte, also seine eigenen Aktivitäten irrtümlich als Aktivitäten der Klasse bzw. „der Volksmassen" ansah und ausgab. Im Gegensatz dazu ist die neue Phase der Arbeitertümelei des KBW durch eine ziemlich realistische Sicht der Arbeiterklasse und ihrer Kampfstärke/Kampfbereitschaft geprägt. Diese realistische Sicht verführt den KBW aber dazu, vor dem gegebenen Zustand und vor dem DGB als Verwalter und Ausdruck dieses Zustands auf dem Bauch zu liegen. Dem alten Mythos vom „Zusammenschluß" der Arbeiterklasse hängt der KBW nach wie vor an; nur daß dieser jetzt nicht primär unter den vom KBW festzulegenden „richtigen Forderungen" gedacht wird, sondern erst einmal im organisatorischen Gewand der DGB-Gewerkschaften. Der KBW verhält sich darum zu sämtlichen Formen und Ansätzen von ‚gewerkschaftsoppositioneller' Arbeit hauptsächlich ablehnend.

Der KBW-‚Sekretär' (=Vorsitzende) Hans-Gerhart (ehemals „Joscha") Schmierer hat in der KBW-Zeitung „KVZ" (Kommunistische Volkszeitung) vom 25.5. 81 versucht, diese opportunistische Praxis stärker zu theoretisieren und, über die bisherige Praxis noch hinausgehend, die seit Lenin bestehenden Vorstellungen von der kommunistischen Partei frontal anzugreifen. Der KBW müsse, schreibt Schmierer, **„mit einigen bisherigen Auffassungen von der Partei der Arbeiterklasse und der Organisation der Kommunisten brechen".** Nur so werde man *„den krisenhaften Charakter des gegenwärtigen Umbruchs überwinden können"*.

In der Hauptsache besteht der von Schmierer geforderte Bruch in folgendem: **„Wir müssen den Gedanken überwinden, als könne es Identität geben zwischen der Partei der Arbeiterklasse und der Organisation der Kommunisten. Die Partei der Arbeiterklasse kann nichts anderes sein als die Arbeiterklasse selber, die entsprechend ihrem Interesse mittels Organen der Klasse mehr oder weniger bewußt und zweckmäßig Partei ergreift."**

Schmierer kann sich dabei in der Tat gegen eine miserable Tradition wenden, die „a priori" (von vornherein) für irgendwelche Organisationen beansprucht, sie seien „die Partei der Arbeiterklasse". Dieser Anspruch ist ganz unabhängig vom realen, praktischen Einfluß der jeweiligen Organisationen in der Arbeiterklasse; er legitimiert sich auch nicht aus einer Fähigkeit, in soziale und politische Bewegungen der Klasse entscheidend einzugreifen. Das einzige Argument für den Anspruch, die Partei der Klasse zu sein, liegt in der Behauptung, das „richtige Bewußtsein" zu verkörpern, also Ausdruck der „wahren" (von der Mehrheit nur noch nicht erkannten) Interessen der Arbeiterklasse zu sein. Insofern kann sich eine sehr kleine Sekte wie die KPD/ML geradesogut als „die Partei der Arbeiterklasse" vorkommen wie die DKP, die sich diesen Aspruch erst kürzlich wieder auf ihrem Parteitag bestätigte.

Diese Sekten-Anmaßung kann aber nicht dem Parteikonzept Lenins

diesen Aspruch erst kürzlich wieder auf ihrem Parteitag bestätigte.
Diese Sekten-Anmaßung kann aber nicht dem Parteikonzept Lenins

angelastet werden. Denn Lenin ging immerhin davon aus, daß die kommunistische Organisation nur unter sehr genau definierten Bedingungen auch „die Partei der Arbeiterklasse" sein könne. Zu diesen Bedingungen gehören die Fähigkeit der Partei, für die Klasse zu sprechen und diese zu „führen", sowie die Anerkennung dieser Partei durch die große Mehrheit des aktiven Teils der Klasse.

Schmierer erteilt in seinem Aufsatz nicht bloß einem verballertsektenhaften Mißverständnis von „Partei der Arbeiterklasse" eine Absage, sondern bestreitet grundsätzlich, unter allen Umständen und für alle Zeiten, die Möglichkeit, daß die Organisation der Kommunisten zur Partei der Arbeiterklasse werden könnte. Denn die Partei der Arbeiterklasse sei identisch mit der *„mehr oder weniger bewußt und zweckmäßig"* handelnden Arbeiterklasse selbst. Es ist also gar nichts anderes als die spontane Arbeiterbewegung, die hier zur Partei erklärt wird. Schmierer knüpft hierbei an Marx (und Engels) an, die den Partei-Begriff tatsächlich oft in diesem Sinne gebrauchten. Nicht zufällig spielte dieser 'Parteibegriff von Marx/Engels auch in Diskussionsansätzen der Ex-„KPD" kurz vor ihrer Selbstauflösung eine dominierende Rolle.

Dieser Partei-Begriff hat nur den Nachteil, daß er unter den konkreten Umständen wenig Sinn macht, dem allgemeinen Gebrauch des Wortes total widerspricht und zumindest doppeldeutig ist. Historisch und praktisch betrachtet sind Parteien die höchste organisatorische Form, in der Klassen und soziale Schichten ihre sozialen und politischen Interessen wahrzunehmen versuchen. Sie sind also Ausdruck der Spaltung der Gesellschaft in Klassen – aber auch Ausdruck der Tatsache, daß die Interessen einzelner Klassen sich nicht einheitlich herstellen, sondern als unterschiedliche (darum auch unterschiedlich organisiert) auftreten. Die Bourgeoisie beispielsweise unterhält einen ganzen Fächer von Parteien, nicht bloß zur Irreführung der Volksmassen, sondern auch zur Vertretung unterschiedlicher Strategien und Interessen. Daß die Arbeiterklasse nicht als solche und insgesamt aktiv wird, sondern in erster Linie „mittels" bestimmter „Organe", ist auch für Schmierer klar. Als solche „Organe" sind ihm allerdings nur die Räte und die Gewerkschaften eingefallen. Das sind nun aber, jedenfalls ihrem Anspruch nach, Organe, die ein gedachtes Gesamtinteresse der Klasse ausdrücken, und dies zudem, soweit es die Gewerkschaften angeht, nur auf einem Teilgebiet des Klassenkampfes, nämlich der Ökonomie. **Es ist sonnenklar, daß es nebenbei auch noch besondere politische Organisationen unterschiedlicher Stömungen der Arbeiterklasse gibt, die üblicherweise als Parteien bezeichnet werden.** (Ein Ausdruck, den Schmierer in diesem Zusammenhang sorgsam vermeidet, da er ihn ja schon für die Klasse ‚an sich' reserviert hat.) Alle historische und praktische Erfahrung zeigt, daß die Rolle solcher Parteien für Bewußtsein und Handeln der Arbeiterklasse von zentraler Bedeutung ist. Ihre Rolle ist sogar größer als die der ‚Einheitsorgane' der Klasse (Räte, Gewerkschaften), insofern diese wesentlich mittels Parteien beeinflußt und gelenkt werden. In den Gewerkschaften beispielsweise tritt uns heute eben nicht einfach die Arbeiterklasse ‚an sich' gegenüber, sondern in erster Linie eine zur Partei organisierte Strömung der Klasse, nämlich die Sozialdemokratie. Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß die Gewerkschaften nur den sozialdemokratischen Teil der Klasse organisieren, sondern nur den alles dominierenden Einfluß, den die SPD in den Gewerkschaften und damit in der Arbeiterklasse insgesamt ausübt. Hierüber sagt Schmierer in seinem Aufsatz jedoch nichts aus, da ihm daran liegt, die Gewerkschaften als „Organe der Arbeiterklasse" zu mystifizieren.

Auf die Spitze treibt Schmierer diese Mystifizierung bei der Darstellung der Räte: *„Letztenendes ergreift die Arbeiterklasse mittels der Räte Partei, die in der proletarischen Revolution als Organe der Eroberung der politischen Macht und nach der Eroberung der politischen Macht als Organe der Diktatur des Proletariats der gesellschaftlichen Verwaltung dienen.* Eine Besonderheit in Westdeutschland als Resultat früherer

als Organe der Diktatur des Proletariats der gesellschaftlichen Verwaltung dienen. Eine Besonderheit in Westdeutschland als Resultat früherer

Klassenkämpfe besteht darin, daß solche Räte in Form der Betriebsräte bereits existieren". Diese seien zwar derzeit *„ihrer Zusammensetzung nach keineswegs revolutionär"* und zudem *„durch die Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes in ihren Funktionen und Rechten entscheidend eingeschränkt"*. Immerhin aber seien sie doch heute schon **„demokratisch gewählte Organe der Klasse, in denen alle Arbeiter und Lohnabhängigen einer Belegschaft vertreten sind, in denen die Kapitalisten nicht vertreten sind".** Es sei *„von großer Bedeutung, daß die Arbeiterklasse solche Organe bereits hat"*; die Arbeiterklasse sammele dank dieser Organe heute schon *„unschätzbare Kenntnisse über die Organisation der Produktion"*.

„Durch demokratische Entscheidung dieser Klassenorgane, die demokratisch gewählt sind, ergreift die Arbeiterklasse heute Partei gegenüber den Kapitalisten und wird sie morgen Partei ergreifen gegenüber der Kapitalistenklasse und ihrem Staatsapparat".

Wie man sieht, ist Schmierer in diesem Zusammenhang das Wörtchen „demokratisch" besonders wichtig – er gebraucht es in dieser Passage gleich dreimal.

Zweimal spricht er davon, daß die Betriebsräte „demokratisch gewählt" werden; einmal spricht er davon, daß die Betriebsräte „demokratische Entscheidungen" fassen. Schmierer scheint gründlich vergessen zu haben, was er jemals bei den ‚Klassikern' über Demokratie und die sonstigen grammatikalischen Ableitungen dieses Wortes gelesen und abgeschrieben hat. Die „reine Demokratie" existiert nur im Reich der Phantasie; die Demokratie unter kapitalistischen Bedingungen ist von der Herrschaft der Bourgeoisie gekennzeichnet. Zusammenarbeit zwischen etablierten Betriebsräten und Kapitalseite, Denunziation und Entlassungen, Druck mit Hilfe von Gewerkschaftsausschlüssen,kriminelle Cliquenwirtschaft usw. usf. – so sehen häufig diese „demokratischen Wahlen" zu den Betriebsräten aus. Mit den „demokratischen Entscheidungen" in diesen Gremien sieht es oftmals auch nicht viel besser aus. Unrecht hat Schmierer zudem, wenn er darauf verweist, daß es sich bei den Betriebsräten um „Organe der Klasse" handele, **„in denen die Kapitalisten nicht vertreten sind".** Rein formal betrachtet stimmt das, praktisch betrachtet stimmt es aber überhaupt nicht. Niemand hindert den Kapitalisten, seine Lakaien und Komplizen in den Betriebsrat wählen zu lassen – in der Praxis geschieht das noch sehr oft. Umgekehrt können wir miterleben, wie entthrohnte Betriebsräte von ihrem Kapitalisten „aufgefangen" und mit Posten in der Hierarchie gut versorgt werden. Schmierer verweist in diesem Zusammenhang auf die „unschätzbaren Kenntnisse", die sich die Arbeiterklasse „mittels" der Betriebsräte z.B. über die Organisierung der Produktion erwerben könne. Tatsächlich werden diese Kenntnisse, sofern sie überhaupt durch die Betriebsräte erworben werden können, durchaus nicht automatisch Eigentum der Klasse, sondern sind erstmal nur Eigentum der Betriebsräte, die sich diese Kenntnisse erwerben können. Ob und wie sie ihre Kenntnisse der Klasse zur Verfügung stellen, ist eine politische Frage.

Wenn Schmierer die Betriebsräte der BRD als *„Resultat früherer Klassenkämpfe"* bezeichnet, ist daran zu erinnern, daß es sich in erster Linie um das Resultat von Niederlagen der deutschen Arbeiterbewegung handelt: Zunächst in den frühen 20er Jahren die Gesetzgebung als Fazit der gescheiterten Novemberrevolution; dann die totale Anbindung der Betriebsräte(bzw. nun „Vertrauensräte") an die Kapitalinteressen durch die faschistische Gesetzgebung **in den 30er Jahren;schließlich das heute geltende Betriebsrätegesetz,das teils auf Weimar, teils auf die Nazis zurückgreift – und das Anfang der 50er Jahre gegen heftige Proteste der Arbeiterklasse und des DGB durchgesetzt wurde. Ihrer ganzen Funktion nach sind diese Betriebsräte nicht einmal wirkungsvolle Mitwirkungsorgane für die Ökonomie ihres Betriebes, geschweige denn daß sie Keimform politischer Machtorgane sein könnten.**

Schmierers phantastische Vorstellungen über die „Organe der Klasse" (konkret: Betriebsräte, Gewerkschaften, Vertrauensleutekörper) dienen dem Zweck, die Rolle von politischen Organisationen innerhalb der Arbeiterklasse künstlich

ten, Vertrauensleutekörper) dienen dem Zweck, die Rolle von politischen Organisationen innerhalb der Arbeiterklasse künstlich

herunterzuspielen. Das ist gut, insofern Schmierer damit einen Schlußstrich unter alle Ansprüche des KBW zieht, Sprachrohr einer eingebildeten Arbeiterklasse oder auch bloß eines „revolutionären Flügels" der Arbeiterklasse zu sein. Das ist andererseits schlecht, indem es zur Mystifizierung der Arbeiterbewegung in ihren vom Kapitalismus korrumpierten realen Formen führt, indem es zu einer neuen Form der Arbeitertümelei und zur Anbetung der spontanen Arbeiterbewegung führt.

Daß zu derartigen Auffassungen nun gerade eine Organisation kommt, die früher alle Rekorde an Selbstüberschätzung, Verdrehtheiten und Intoleranz gehalten hat, ist weiter kein Wunder. Mit den reumütigen Sündern von der Ex-„KPD", die sich heute als Prediger gegen den Leninismus vorführen lassen, haben wir bereits eine ganz ähnliche Wandlung erlebt. **Hier agiert eine soziale Schicht, die zur verballerten Propagierung „extremer" Auffassungen ebenso neigt wie zum Umschwung in großen Katzenjammer und flauen Opportunismus.**

Abzuwarten bleibt, was aus den theoretischen Umwälzungen des Rest-KBW noch praktisch hervorgehen soll. *„Wir müssen dazu beitragen, daß es nach Möglichkeit gelingt, eine Organisation der Kommunisten aufzubauen"*, schreibt Schmierer. Der KBW müsse *„die engen Schranken seiner eigenen Organisation überwinden"*. *„Offene Schulung, offene Arbeitskonferenzen, Diskussionsforen"* schlägt er als geeignete Formen vor, um auch die „Schranken" zu den Mitgliedern *„anderer kommunistischer oder revolutionärer Organisationen"* zu überwinden. Eine Konsequenz daraus könnte sein, daß der KBW jetzt in Vereinigungsprojekte von Teilen der Linken einzusteigen versucht.



Fortsetzung von S. 45

kaum jemals so günstig. Es kommt jetzt wesentlich darauf an, planvolle revolutionäre Politik zu machen – d.h. in die sich entwickelnden Bewegungen mit theoretischen und ideologischen Positionen hineinzuwirken. Die revolutionäre Linke muß ihre eigene Erschlaffung und die Krise in ihren Köpfen überwinden.

Eine Bedingung dafür ist eine bewußte Korrektur der gegenwärtig auch im KB beliebten Politik der „Betroffenheit". Betroffen-

Eine Bedingung dafür ist eine bewußte Korrektur der gegenwärtig auch im KB beliebten Politik der „Betroffenheit". Betroffenheit ist nichts weiter als die Voraussetzung, an der revolutionäre Politik anknüpfen kann und muß, um daran Bewußtsein über die Natur der Klassengesellschaft, über die Notwendigkeit und Möglichkeit des Klassenkampfes zu entwickeln. Besonders fatal ist die in letzter Zeit gerade auch im KB eingerissene Mode, „Betroffenheit" in Widerspruch zu bewußter, langfristig und strategisch angelegter Politik zu setzen. Politische Vernunft wird dabei als unmenschlich, cool, „ML"lig, mackerhaft u.ä. diffamiert. Hier reduziert sich „Betroffenheit" getreu den spontaneistischen Vorbildern auf individuelle Aufregung ohne planvolle Politik und ohne Anspruch auf die Entwicklung einer Gesamtpolitik. Dies ist nicht im Sinne einer revolutionären Perspektive, ja nicht einmal einer effektiven (=wirksamen!) pazifistisch-antifaschistischen Front. Politik wird nun mal in erster Linie mit dem Kopf gemacht. Einfach gesagt, kommt es darauf an, die Betroffenheit vom Bauch in den Kopf zu kriegen, d.h. „Betroffenheit" zum Ausgangspunkt, nicht zum Endpunkt und Zweck revolutionärer Politik zu machen.

Es gibt heute nicht weniger Grund als vor zehn Jahren, anzunehmen, daß die Mobilisierung der Massen gegen Krieg und Faschismus und für die Abschaffung des Kapitalismus ohne eine revolutionäre Strategie und eine sie tragende revolutionäre Organisation zu erreichen wäre. Im Gegenteil: Die vor uns liegende Bedrohung verlangt ungleich mehr bewußte Konzentration der theoretischen und politischen Kräfte und ein Höchstmaß organisatorischer Effektivität, wenn auch nur die geringste Hoffnung bestehen soll, den imperialistischen Kriegstreibern in den Arm fallen zu können.

Wir erlauben uns abschließend noch einmal Lenin zu zitieren und im übrigen „Womit beginnen" und „Was tun?" zur Lektüre zu empfehlen. *„Je stärker der spontane Aufschwung der Massen ist, je breiter die Bewegung wird, desto schneller, unvergleichlich schneller wächst das Bedürfnis nach einer Masse von Bewußtheit sowohl in der theoretischen als auch in der politischen und organisatorischen Arbeit der Sozialdemokratie. Der spontane Aufschwung der Massen in Rußland ist mit einer solchen Schnelligkeit vor sich gegangen (und geht auch jetzt*

Sozialdemokratie. Der spontane Aufschwung der Massen in Rußland ist mit einer solchen Schnelligkeit vor sich gegangen (und geht auch jetzt

noch so vor sich), daß die sozialdemokratische Jugend für die Erfüllung dieser gewaltigen Aufgaben nicht genügend geschult war. Diese mangelnde Schulung ist unser allgemeines Unglück, das Unglück aller russischen Sozialdemokraten. Der Aufschwung der Massen ist unaufhörlich und kontinuierlich vorwärts und in die Breite gegangen, wobei er dort, wo er begonnen hat, nicht nur nicht aufhört, sondern immer neue Gegenden und neue Bevölkerungsschichten erfaßt (unter dem Einfluß der Arbeiterbewegung ist die Gärung in der studierenden Jugend, in der Intelligenz überhaupt und sogar in der Bauernschaft stärker geworden). Die Revolutionäre aber sind hinter diesem Aufschwung sowohl in ihren ‚Theorien' als auch in ihrem Wirken zurückgeblieben, und es ist ihnen nicht gelungen, eine stetige und kontinuierliche Organisation zu schaffen, die fähig wäre, die ganze Bewegung zu leiten" (Werke, Bd. 5, S. 409).

Kleiner Nachtrag: Einen erheblichen Aspekt, der in den heutigen Organisationsdiskussionen meistens bzw. sogar generell „ausgespart" wird, haben auch wir hier nicht berücksichtigt, obwohl er für das Problem eigentlich von großer Bedeutung ist. Wir meinen die Frage der Fortführung des Kampfes auch unter „illegalen" Bedingungen (Organisationsverbot) – eine Möglichkeit, die ja genau besehen gar nicht sooo fern liegt, wie man aufgrund ihrer Ignorierung durch die BRD-Linke vielleicht meinen könnte. Dieser Aspekt verstärkt die Notwendigkeit einer revolutionären Organisierung selbstverständlich noch.

Zwei Genossen aus Hamburg

6. Parteitag bestätigt »Öffnung« der DKP

Die DKP veranstaltete vom 29. bis 31. Mai in Hannover ihren 6. Parteitag. Der Parteitag wurde erwartungsgemäß zu einem grandiosen Familienfest der Selbstgefälligkeit und der Selbstbestätigung. Insofern unterschied er sich absolut nicht von seinen Vorgängern. Schon vor dem Parteitag teilte Georg Polikeit (Chefredakteur der „UZ" und Mitglied des Präsidiums der DKP) mit: „ ... *Die DKP wird sich damit wiederum als eine aktionsfähige und potente politische Kraft in der demokratischen und linken Bewegung der Bundesrepublik erweisen, die über eine klare und realistische Konzeption verfügt und deren Wirksamkeit von Freund und Feind bestätigt wird*" („UZ", 29.5.). Herbert Mies, DKP-Vorsitzender, bestätigte in seinem Schlußwort Polikeits Voreinschätzung vollauf: „*Der 6. Parteitag war ein Parteitag, der die DKP als die bestorganisierte linke Kraft unseres Landes ausweist*"; die DKP sei „*eine konstruktive, eine bewegende, eine einigende, eine dynamische Kraft*" („UZ" vom 2.6.). Zu ähnlichen Schlußfolgerungen kam auch die „UZ" in ihrer abschließenden Wertung: Der 6. Parteitag habe die DKP als eine Partei „gezeigt", „*die offen ist für neue Erfahrungen und Fragen ... und die als revolutionäre Partei der Arbeiterklasse und der Jugend über konkrete Antworten und Alternativen zur herrschenden Politik verfügt*" („UZ", 1.6.).

Aufmerksamkeit verdiente an diesem Festival des Weihrauchs und der Klatschmärsche nur die Frage, ob und wieweit die DKP-Spitze auf diesem Parteitag ihre neue Taktik der „relativen Öffnung" zur Neuen Linken und zur alternativen Wahlbewegung formalisieren würde. Vorweg war klar, daß diese Frage auf dem Parteitag kein Gegenstand der D i s k u s s i o n sein würde. Auf Parteitagen der DKP wird nämlich grundsätzlich nicht kontrovers diskutiert, wozu sich Herbert Mies in seinem Schlußwort sogar noch einmal voller Stolz bekannte: **„Flügelkämpfe überlassen wir den anderen Parteien"**. Was die Tagesordnung von DKP-Parteitagen trotzdem so neckisch als „Diskussion" verzeichnet, sind zu 99 % harmlose Kurzreferate von Delegierten über einen Bereich ihrer Arbeit, über Mitgliederwerbung, „UZ"-Verkauf, Unterschriftensammlung zum Krefelder Appell usw.

Vom 6. Parteitag war demnach keine D e b a t t e zur neuen Taktik der „relativen Öffnung" zu erwarten, sondern nur die Abgabe einer Erklärung der DKP-Spitze, die einen groben Rahmen für die Arbeit der nächsten Zeit abstecken sollte. Das geschah in dem von Mies vorgetragenen „Bericht des Parteivorstands", speziell in den Abschnitten Jugend, Frauen und Aktionseinheiten/demokratische Bündnisse. In diesen deutlich nach außen gerichteten Teilen seiner Vorlesung sprach Mies – in scharfem Kontrast zur sonstigen Atmosphäre heiterer Selbstgefälligkeit – auch „*Schwächen und Berührungsängste*" in der bisherigen Arbeit der DKP an. Die DKP habe „*im Dialog und im Zusammenwirken mit anderen demokratischen Kräften gerade in der jüngsten Zeit manche neue Erfahrung gemacht und vieles hinzugelernt*". Die DKP habe „*durchaus den Mut, Hemmnisse in unseren eigenen Reihen zu überwinden*". Mit den neuen Bewegungen, speziell auch mit Grünen und Bunten, wolle die DKP „Dialog und Zusammenwirken" anstreben. „*Wir denken nicht daran, auf Distanz zu gehen. Wir stellen uns der Mitarbeit und dem sicherlich auch notwendigen positiven Meinungsstreit*". Letzterer solle aber dem „gemeinsamen Anliegen" untergeordnet werden.

Auf den interessantesten Punkt seiner Ausführungen kommend, sagte Mies: Die DKP müsse sich eigenständig an Wahlen beteiligen, „*um die Politik unserer Partei bekanntzumachen, um uns als linke, als sozialistische Alternative darzustellen*". Da diese Selbstdarstellung aber durch krasse Stimmenverluste der DKP in den letzten Jahren ein wenig erbauliches Bild geboten hat, gab Mies in seiner Parteitagsrede offiziell „grünes Licht", sich künftig „*auch anderen Überlegungen nicht zu verschließen*". Es sei „an der Zeit ..., ernsthaft zu prüfen, wo und unter welchen Bedingungen die Möglichkeit eines organisierten parlamentarischen Zusammengehens verschiedener demokratischer und linker Kräfte geschaffen werden könnte. **Als Kommunisten sind wir der Auffassung, daß es nicht nur in außerparlamentarischen Aktionen möglich ist, Bündnisse zu schaffen, sondern auch bei Wahlen**". Konkret denkbar wären z. B. „*Wahlabsprachen über die Unterstützung der Kandidaten des einen Bündnispartners in dem einen Ort oder Stadtteil durch den anderen Bündnispartner oder umgekehrt*". In „konkreten Situationen" und unter „bestimmten Voraussetzungen" sei die DKP von nun an auch zu Wahlbündnissen bereit. Solche Bündnisse setzten ein „*gemeinsames Minimalprogramm*" voraus, das „*jene Fragen aussparen (müsse), in denen die Standpunkte nicht zu vereinbaren sind*".

„*gemeinsames Minimalprogramm*" voraus, das „*jene Fragen aussparen (müsse), in denen die Standpunkte nicht zu vereinbaren sind*".

Die Grünen, als Hauptadressat der DKP-Werbungen, haben freilich postwendend und auffallend schroff durch ihren Bundesvorstand erklärt, daß sie an Wahlbündnisse mit der DKP ihrerseits überhaupt nicht interessiert sind. Das hat wiederum den Hamburger Landesvorstand der Grünen zu einer Gegenstellungnahme veranlaßt, mit der er die Erklärung des Bundesvorstands als unzulässige Einmischung in innere Angelegenheiten der Landesverbände zurückweist. Diese Gegenstellungnahme sollte aber nicht zu falschen Schlußfolgerungen verleiten: Zwar ist nirgendwo die Zusammenarbeit zwischen DKP und Grünen (hier repräsentiert durch die vom KB Ende 1979 abgespaltene „Gruppe Z") so weit gediehen wie gerade in Hamburg (vergl. dazu den ausführlichen Artikel im AK 202), aber das bedeutet noch lange nicht, daß die DKP wenigstens in Hamburg damit rechnen könnte, als Partner eines Wahlbündnisses von den Grünen mit offenen Armen empfangen zu werden. Die DKP muß vielmehr befürchten, mit ihrem inzwischen öffentlich bekundeten „Angebot", sich in Hamburg an einem linken Wahlbündnis zu beteiligen und dafür auf eine Eigenkandidatur zu verzichten, im Regen stehen zu bleiben. Bei den Hamburger Grünen, soweit sie nicht der „Z" angehören, bestehen weithin erhebliche Widerstände gegen ein Zusammengehen mit der DKP. In dieser Situation wird die „Gruppe Z" höchstwahrscheinlich ihre eigene, ohnehin komplizierte und gefährdete Position in der Grünen Partei nicht durch ein offenes Eintreten zugunsten der DKP verschlechtern wollen. Und schon gar nicht wird sie sich für die Forderung der DKP nach einem der sechs vorderen Listenplätze in einem eventuellen Wahlbündnis (zu den Bürgerschaftswahlen 1982) stark machen.

Das eben für Hamburg skizzierte Dilemma der DKP dürfte sich anderenorts meist noch krasser stellen. Als Wahl-Partner ist die DKP nur da bündnisfähig und attraktiv, wo sie durch kommunale Fleißarbeit über eigene Stärkepositionen schon verfügt. Gerade dort wird der DKP aber viel daran gelegen sein müssen, zwecks „Stärkung der Partei" auf ihrer Eigenkandidatur zu beharren. Umgekehrt wird sich dort, wo die DKP aufgrund ihrer eigenen Schwäche gern in ein Wahlbündnis einsteigen möchte, die Frage aufdrängen, welchen N u t z e n die alternative Wahlbewegung von einem solchen Bündnis haben könnte. Würde ein Zusammengehen mit der Werbeagentur des „realen Sozialismus" die Grünen und Alternativen nicht erheblich mehr Stimmen kosten, als es ihnen bringen könnte?! ...

Aus dieser Lage der Dinge ergeben sich zwei mögliche Schlußfolgerungen:

1. Die DKP könnte es dabei bewenden lassen, daß ihre freundschaftlich ausgestreckte Hand zu Wahlbündnissen von den Grünen und Alternativen ausgeschlagen worden ist. Man könnte das auf das bekannte Konto „Antikommunistische Vorbehalte" verbuchen. Partei-internen Kritikern an den Alleinkandidaturen der DKP könnte künftig entgegnet werden, daß die DKP ihrerseits ja Bereitschaft gezeigt habe, aber zurückgewiesen worden sei.
2. Die DKP könnte versuchen, e i g e n e „Wahlbündnisse" zu schaffen, wie es die verbotene KPD ja schon bis zur Gründung der DKP 1968/69 getan hat (Bund der Deutschen, Deutsche Friedensunion, Aktion Demokratischer Fortschritt). Solche „Wahlbündnisse" könnten aus dem traditionellen Bündnisfeld der DKP heraus konstruiert werden. Die politische Logik spricht dafür, daß die DKP in nächster Zeit genau dies versuchen wird, wobei derartige DKP-dominierte „Wahlbündnisse" in Perspektive auch als Sprungbrett zu b r e i t e r e n Wahlbündnissen getestet werden könnten. Dem voraussichtlichen Scheitern der DKP-Bemühungen in Hamburg, als gleichberechtigter Partner eines Wahlbündnisses zu den Bürgerschaftswahlen 1982 akzeptiert zu werden, könnte dabei die Funktion eines Signals und Alibis zukommen.

Herbert Mies zu Polen

„Wenn wir aus Volkspolen Stimmen hören, die den Sozialismus diffamieren, die sogenannte ‚freie Marktwirtschaft' verherrlichen, wenn sich Gewerkschaften entwickeln, die weit davon entfernt sind, in der Tradition der revolutionären Arbeiterbewegung zu stehen, die sich sogar rühmen, der Unterstützung antisozialistischer Kräfte des Auslands sicher zu sein – dann ist für uns klar: Imperialistischen Diversionszentralen und einheimischen konterrevolutionären Kräften ist es unter geschickter Ausnutzung schwerwiegender Fehler der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei gelungen, Volkspolen in einen Zustand zu versetzen, der die sozialistische Ordnung ernsthaft bedroht. Und diese Bedrohung dürfte keinesfalls dadurch gemindert werden, wenn – so scheint es uns – auch in jüngster Zeit antisozialistischen Kräften immer mehr Zugeständnisse gemacht werden ... Wir sprechen es offen aus: Die Interessen der polnischen Arbeiterklasse und der polnischen Nation überhaupt, der ganzen sozialistischen Staatengemeinschaft, aller fortschritt-

polnischen Arbeiterklasse und der polnischen Nation überhaupt, der ganzen sozialistischen Staatengemeinschaft, aller fortschritt-

lichen Kräfte in der Welt und auch die Interessen des Friedens fordern gebieterisch, daß die drohende Gefahr einer Konterrevolution gebannt wird, daß die Frage wer–wen im Sinne des Sozialismus entschieden wird. Und unsere Partei, die sich dem polnischen Volk solidarisch und freundschaftlich verbunden fühlt, steht ohne Wenn und Aber an der Seite der Werktätigen und Kommunisten Volkspolens, die die Sache des Sozialismus verteidigen und sich dabei fest auf ihre Freunde und Verbündeten verlassen können."

(Herbert Mies, Bericht an den 6. Parteitag)

DKP-Spitze bleibt konstant

Die „Neu"wahlen der höchsten Parteigremien auf dem 6. Parteitag zeigen ein insgesamt sehr konstantes Bild. Anders als in Hamburg, wo der unfähige Landesvorsitzende Jan Wienecke gegen den flexibleren Wolfgang Gehrcke ausgewechselt wurde, hat es in den Bundesgremien keine derartigen Veränderungen gegeben. Verglichen mit dem vorhergehenden Parteitag (Oktober 1978) sind ganze neun Personen neu in den Parteivorstand aufgenommen worden, das

vorhergehenden Parteitag (Oktober 1978) sind ganze neun Personen neu in den Parteivorstand aufgenommen worden, das

entspricht 10 % der 90 Mitglieder des Parteivorstands. Im obersten Parteigremium, dem Präsidium, sind vier „Neue" unter den 16 Mitgliedern. Davon gehörten zwei (Werner Cieslak und Karl Heinz Schröder) schon bisher dem Sekretariat des Parteivorstands an, was ungefähr dem Posten eines Präsidiumsmitglieds im Wartestand entspricht. Die beiden anderen „Neuen" (SDAJ-Vorsitzender Werner Stürmann und Ellen Weber) gehören gleichfalls schon seit Jahren dem zentralen Parteiapparat an. Unter 16 Präsidiumsmitgliedern befinden sich nunmehr immerhin z w e i Frauen; bisher war es e i n e Frau unter 15.

Der einzige interessante Vorgang ist das Ausscheiden von drei Spitzenfunktionären aus dem Parteipräsidium, die nunmehr nur noch dem Parteivorstand angehören. Es handelt sich dabei um **Kurt Erlebach, Manfred Kapluck und Heinz Lang.** Ihre „Herabstufung" ist auf den ersten Blick schwer erklärlich. Es mag sein, daß ihnen (z. B. im Rahmen der DKP-Bündnispolitik?) Aufgaben übertragen worden sind, die eine offizielle Mitgliedschaft im obersten Parteigremium der DKP nicht unbedingt wünschenswert erscheinen lassen. Erlebach (58) und Kapluck (52) sind altgediente Funktionäre, die sich, aus der FDJ kommend, vor allem im Einsatz für die illegalisierte KPD Erfahrungen erworben haben. Erlebach war u. a. federführend für einen „Ausschuß" gegen das KPD-Verbot, dessen Tätigkeit allerdings seit Gründung der DKP 1968/69 eingeschlafen ist. Heinz Lang (53) kommt aus der Gewerkschaftsarbeit.

DIE GRÜNEN Presse-Mitteilung

Bundesgeschäftsstelle Friedr.-Ebert-Allee 120 5300 BONN 1 Tel.: 0228 · 233021-22



Stellungnahme des Bundes-Vorstandes der Grünen Partei

Auf einem grotesken Mißverständnis der programmatischen Grundsätze der GRÜNEN beruht nach Meinung des Bundesvorstandes der GRÜNEN die von der DKP ins Auge gefaßte Politik eines wahltaktischen Zusammengehens mit den GRÜNEN.

DIE GRÜNEN formieren sich als eine neue politische Kraft, die für eine Scheuklappenpolitik des Sichabgrenzens kein Verständnis mehr hat. Insofern werden sie nicht auf eine Politik verzichten, von deren Notwendigkeit sie überzeugt sind, nur weil die DKP zufällig aus ihrer Perspektive Ähnliches auch vertritt, wie z. B. die Ablehnung des NATO-Aufrüstungsbeschlusses.

Andererseits aber stehen programmatische Überzeugungen der GRÜNEN, wie die der Basisdemokratie, der Dezentralität, des Primats der Ökologie, der wirtschaftlichen Selbstbestimmung, aber auch der Friedenspolitik in einem eklatanten Widerspruch zu den Vorstellungen der DKP.

Eine Partei, die militärische und politische Interventionen der Sowjetunion in fremden Ländern, wie in der Tschechoslowakei und Polen, mitträgt, ist kein Bündnispartner für die GRÜNEN. Eine Partei, die Atomkraftwerke in der Bundesrepublik ablehnt und jene in der DDR gutheißt, ist nicht glaubwürdig. Sie ist letztlich eine Altpartei mit einem traditionellen Politikverständnis wie die bei uns etablierten Parteien es auch sind.

Im Gegensatz dazu sind unsere natürlichen Bündnispartner die Basis- und Bürgerinitiativen der grünen, alternativen und Friedensbewegung.

Bonn, 1.Juni 1981

DKP und Alternative – so war es bisher

„Wir nehmen an der Bundestagswahl teil, weil die Stärkung der DKP als Partei der Arbeiterklasse unentbehrlich ist... Nicht zuletzt kandidieren wir, um allen nach neuen Wegen suchenden Kräften neue Impulse zu geben, damit sich jene Gruppierungen nicht ungestört als eine Alternative ausgeben können, die in Wirklichkeit gar keine Alternative sind".

„Wo soll das hinführen, wenn Leute wie Gruhl und Haußleiter mit Leuten wie Dutschke, Biermann und Bahro unter einem Hut zusammenfinden? Was soll dabei herauskommen, wenn Überreste maoistischer Gruppen ... unter der 'grünen' oder 'bunten' Flagge versuchen, für sich zu retten, was noch zu retten ist? Bei der Führung der 'Grünen' findet sich – so muß man das wohl offen sagen – ein Sammelsurium von ultrakonservativ bis

findet sich – so muß man das wohl offen sagen – ein Sammelsurium von ultrakonservativ bis

hin zu pseudo- bzw. ultralinks zusammen, das sich im Grunde genommen nur einig ist in der Ablehnung des technischen Fortschritts sowie in der Gegnerschaft zu uns und den Ländern des realen Sozialismus. Und eine solche Gruppierung soll die Belange der Arbeiterklasse, die Forderungen der demokratischen Bewegung zur Geltung bringen können? Das, Genossinnen und Genossen, ist unmöglich". (Aus der Rede des DKP-Vorsitzenden Mies auf der Tagung des DKP-Pateivorstands vom 15./16.12.79 – nach „UZ", 20.12.79).

„...Wir sind davon überzeugt, daß wir damit auch im Interesse der Grünen selbst handeln, denn es wächst die Gefahr, daß die Anhänger der Grünen durch eine falsche Politik in eine Sackgasse hineinmanövriert werden, an deren Ende große Enttäuschung stehen wird. Deswegen machen wir auch gleichzeitig deutlich, daß die Grünen keine Alternative zu den im Bundestag und Landtag vertretenen Parteien sind. Das haben auch Verlauf und Ergebnisse des Saarbrücker Parteitags der Grünen erhärtet". (Aus der Rede des stellv. DKP-Vorsitzenden Gautier auf einer Tagung des Parteivorstands am 18.4.80 – „UZ", 24.4.80).

der Rede des stellv. DKP-Vorsitzenden Gautier auf einer Tagung des Parteivorstands am 18.4.80 – „UZ", 24.4.80).

„Hätten wir nicht kandidiert, so hätten wir mit dazu beigetragen, den Eindruck hervorzurufen, als seien die 'Grünen', die zur Wahl angetreten waren, eine Alternative". (Aus der Rede des Präsidiumsmitglieds Bachmann auf einer Tagung des Parteivorstands am 25./26.10.80 zur Auswertung der Bundestagswahlen – nach „UZ", 30.10.80).

Etwas zu gutgläubig

Kleine Anmerkung zu »Taktikwechsel der DKP«

"Als geradezu sensationell - gemessen an der Vergangenheit" bezeichnen W. Goltermann und T. Langer in der "Z" Nr. 12 *"die Forderung nach Wiederaufnahme ausgeschlossener Gewerkschaftsmitglieder bei Beiersdorf"* in Hamburg durch die DKP-Betriebsgruppe. Überraschend wäre das auf jeden Fall, und so ist denn auch der/die Verfasser/in des AK- Artikels (AK 201, S. 45) möglicherweise allzu gutgläubig und unkritisch dieser Darstellung aufgesessen. Etwas anders hat sich dieser Vorgang schon abgespielt:

In der Märzausgabe des "Sprühkopf", Zeitung der DKP bei Beiersdorf, heißt es dazu :*"Auch die Liste 'Alternativer Gewerkschafter' stellt letztlich keine gewerkschaftliche Liste dar. Ihr gehören Kolleginnen und Kollegen an, die einstmals aus der IG- Chemie ausgeschlossen wurden* **und deren Wiederaufnahme überfällig ist.** *Wir bedauern ihre eigenständige Kandidatur, zumal auch auf dieser Liste Leute kandidieren, die ebenso wie Ganschow und Co.*(Anm.: rechte ehemalige Betriebsratsfürsten) *die Liste der IG Chemie verlassen haben"* (Hervorhebungen von mir).

Der sensationelle Satz ist sicherlich als 'freundliches Zeichen' der DKPler gegenüber den ausgeschlossenen Neu- Grünen bei Beiersdorf zu werten, aber mehr auch nicht. Denn bereits in diesem Flugblatt betont die DKP: *"Die einzigen gewerkschaftlichen Listen sind die Listen 1 und 4 der IG Chemie".* Daß nur diese zu wählen seien, war der ganze Sinn und Zweck des Flugblatts.

Absurd wird die "Sensationsbehauptung" der "Z" vor dem Hintergrund, daß gleichzeitig ein bekannter DKP-Betriebsrat bei Beiersdorf schriftlich den Gewerkschaftsauschluß für a l l e IG- Chemie- Mitglieder gefordert hat, die auf anderen Listen kandidiert haben - also nicht nur für die Rechten, sondern auch für die Kandidaten der fortschrittlichen Alternative, von denen einer ausdrücklich namentlich erwähnt wird (dem Vernehmen nach hat die IG Chemie- Verwaltungsstelle Hamburg dem Antrag mittlerweile stattgegeben und ihn an den Hauptvorstand weitergeleitet).

Dieser Antrag des DKPlers wurde bereits Ende März, also vier Wochen vor Erscheinen der "Z" gestellt.

Ich habe diese Korrektur aufgeschrieben, da ich den Eindruck habe, daß sie "Z" zur Legitimation ihrer spezifischen Politik gegenüber der DKP aus einer Mücke einen gewaltigen Elefanten macht.

Ein Genosse der Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Spendensammlung für die Technik erfolgreich beendet

Zwischenbericht über den Stand der Arbeiten

Im Arbeiterkampf Nr. 182 haben wir zu einer Spendensammlung für ein erforderliches neues Satzsystem und einen Verlagscomputer aufgerufen. Es ging dabei um DM 100.000, die hierfür nach Kalkulationen insgesamt noch benötigt wurden.

Jetzt, nach nicht ganz einem dreiviertel Jahr ist es soweit: Durch viele große und kleine Spendenbeträge ist dieser Betrag erreicht worden. Hierfür ein ganz herzliches Dankeschön an alle Spender! Besonders erstaunt hat uns, daß dieser nicht unerhebliche Betrag in doch so kurzer Zeit zusammengekommen ist. Dadurch ist es möglich gewesen, am Ausbau der Systeme ohne durch Geldmangel verursachte Verzögerungen zügig zu arbeiten, und wir stehen heute auch kurz vor dem Abschluß der Entwicklungsarbeiten.

Hier ein kurzer Überblick über den Stand der Dinge und die bisherige Verwendung der Gelder: Bis heute wurde für den Aufbau des Entwicklungssystems für die Textverarbeitung und den Verlagscomputer einschließlich der Zubehörteile insgesamt DM 63.026,88 investiert. Für den endgültigen Ausbau werden wir, eher großzügig gerechnet, noch einmal rund 50.000 DM benötigen. In der Gesamtrechnung würde dann der Verlagscomputer und das Textsystem mit sämtlichem Zubehör rund 113.000 DM gekostet haben. Das ist etwas weniger als die ursprünglich veranschlagten DM 120.000.

Abgesehen von dieser erfreulichen Einsparung in den Kosten haben wir gegenüber der ursprünglichen Planung einen weitaus umfangreicheren Maschinenpark auf einem komfortableren technischen Niveau aufgebaut. So entspricht beispielsweise der Verlagscomputer, der jetzt vollständig fertiggestellt ist, einer Anlage der mittleren Datentechnik mit sehr weitreichenden Möglichkeiten. Soviel zu den Kosten.

Wann ist nun das System einsatzfähig?

Neben den rein technischen Entwicklungsarbeiten an den Geräten (Hardware) haben sich für uns eine Vielzahl von Problemen gestellt, die in mühevoller und langwieriger Kleinarbeit gelöst werden mußten. Dies betrifft den gesamten Sektor der Systemprogramme, der Übernahme der Daten vom Großrechner auf den Verlagscomputer, das Textprogramm usw. Hinzu kamen ständig neue technische Entwicklungen, die z.T. zu Änderungen im Konzept geführt haben. All dies hat uns viel mehr Zeit gekostet als wir angenommen hatten.

Heute stehen wir allerdings kurz vor dem Ende dieser Entwicklungsarbeiten. So ist der Verlagscomputer inzwischen für bestimmte Arbeiten bereits im Einsatz, die endgültige Übernahme aller bisher im Großrechenzentrum erledigter Arbeiten wird Anfang August erfolgen.

Ähnlich ist es mit dem Textsystem; hier beginnen in Kürze die ersten Testläufe, mit dem Einsatz ist ebenfalls im Sommer zu rechnen. Dann werden auch endlich die monatlichen Mietkosten für die Composer und das Fremdrechenzentrum größtenteils entfallen und die wirtschaftliche Situation des Verlages sich nachhaltig verbessern.

Noch eine Bemerkung zum Schluß: In den Kosten sind nur die Materialeinkäufe für Maschinen und Elektronikbauteile enthalten. Die Hauptarbeit, ohne die der Stand, der heute erreicht ist, gar nicht denkbar wäre, haben Genossen geleistet, die neben ihrer Arbeit in endlosen Nächten und unter Verzicht auf fast jede Freizeit unschätzbare Leistungen erbracht haben. Ihnen allen sei an dieser Stelle besonders gedankt, wie auch nochmals allen Spendern!

Werner Schlegel

Ein amtsinterner Vorgang

Essens Oberbürgermeister Horst Katzor vermochte in allem nur einen *"undramatischen amtsinternen Vorgang"* zu sehen, denn *"überall wo Menschen zusammenarbeiten, ist Korruption möglich"*. Oberstadtdirektor Finkemeyer teilte vermutlich die Einschätzung seines Chefs. Wenigstens wäre dies die harmloseste Erklärung für die Tatsache, daß ein handfester Korruptionsskandal im Liegenschaftsamt der Stadt wochenlang nicht nur allen sensationshungrigen Frühstücks- und Kantinenrunden, sondern auch den Ratsfraktionen samt Ältestenrat vorenthalten worden war. Es könnte auch noch eine andere Erklärung geben, – aber der Chronologie des Falles soll nicht vorgegriffen werden.

Die städtische "Presseamtsmitteilung Nr. 211"vom 26.3.1981 gab sich ungewohnt schlicht. Knappe 34 Zeilen, in ihrer Wortkargheit weit eher an Politikerstatements nach Top-secret-Tagungen, denn an Öffentlichkeitsinformationen erinnernd, und mit zwei Schönheitsfehlern versehen: Erstens benötigte sie einen Spätgeburtshelfer namens Pressemitteilung der DKP Essen ("Bestechungsskandal im Rathaus! ") vom Vortag. Zweitens stimmte sie in einem wesentlichen Punkt nicht. Eine Frau hatte sich,wurde da verkündet, am 5. Januar beim Leiter des Liegenschaftsamtes beklagt, daß sie trotz Mietzahlung an einen Sachbearbeiter noch keinen Mietvertrag erhalten hätte. Ermittlungen seien daraufhin eingeleitet worden, die zwar noch andauerten, aber bereits erkennen ließen, daß der 31-jährige Stadtamtmann Winfried Schmidt "in drei Fällen" städtischen Besitz auf eigene Rechnung vermietet "habe.

Gäbe es die Wahrheit in Person, wäre sie ob der offiziellen Lesart über den Aufdeckungshergang zweifellos schamhaft errötet. Der nämlich spielte sich erheblich anders ab.

Zwar ist Essen nicht Berlin, die Zahl Wohnungssuchender aber überspringt auch hier ohne Atemnot eine Zahl Wohnungssuchender aber überspringt auch hier ohne Atemnot eine Zehntausenderhürde. Zu den Betroffenen gehörten im Sommer 1980 Frau Behler und deren Verlobter. Verzweifelt hatten sie monatelang den freien Wohnungsmarkt abgegrast, waren wie weiland Maria und Joseph von Vermieter zu Vermieterin gepilgert. Vergeblich, denn entweder waren die Wohnungen bereits vergeben oder unerschwinglich. Frau Behler heute:"Wir wußten nicht mehr ein noch aus". Und da geschah das Wunder. Eines Abends erschien ihr Verlobter, freudestrahlend mit einem Wohnungsschlüssel winkend. "Ein Bekannter" hatte ihm einen "tollen Tip" gegeben, wie ganz schnell und günstig an eine Wohnung zu kommen sei. Kein Herbergs- oder Stallbesitzer machte das Unmögliche wahr. Vielmehr trat der scheinbare Schutzpatron aller Wohnraumleidtragenden in einer Gestalt auf, wie sie weltund unwunderlicher kaum denkbar ist. Winfried Schmidt hieß er, seines Zeichens Amtmann im Liegenschaftsamt. Darf es bei soviel weltschlichter Tarnung verwundern, daß er ganz unheilig die segensreiche Hand ausgestreckt hatte, um 500 DM in Empfang zu nehmen? Die Inflation macht eben auch vor Wundern nicht halt. Daß Schmidt "wenig später" direkt vom Arbeitgeber von Frau Behlers Verlobtem - dem bereits erwähntem tipgebenden Bekannten - nochmals 250 DM kassierte, die dann vom Lohn einbehalten wurden - nun ja, wer wird bei Wundern schon auf die Mark schielen? Erst recht bei einer Zweieinhalb-Zimmer-Wohnung für 250 DM im Monat. Altbau zwar, aber Wohnung ist Wohnung. Frau Behler und Verlobter renovierten und zogen ein.

"Leider ist nichts vollkommen. Der zugesagte Mietvertrag traf und traf nicht ein. Frau Behler griff zum Telefon, mehrfach, beschwerte sich bei St. Vermietus, suchte ihn gar persönlich in seiner spartanischen Amtsklause auf.

Der vertröstete sie. Auch die Heiligen sind eben nicht mehr das, was sie einmal waren ...

Ausgerechnet kurz vor Weihnachten wurde es dann extrem weltlich. Frau Behlers Verlobter traf in München zufällig einen Reporter der „Neuen Ruhr Zeitung" (NRZ). Der war weder weihnachtlich noch heilig ambitiös gestimmt, dafür aber mit dem seiner Berufsgattung ureigenen Scharfsinn – „da stimmt etwas nicht" – versehen. Und über Gebühr bescheiden dazu, weshalb seine Zeitung auch drei Monate später, am 27.3.1981, die amtliche Version übernahm, wie man auf die Flecken in des Amtmannes Heiligenschein gestoßen sei.

Man könnte nun von Gerüchten in ungewöhnlich gut unterrichteten Lokalpressekreisen erzählen, wonach besagter Reporter nach den Feiertagen die zuständigen städtischen Stellen informierte, selbst weiter recherchierte und seinem Lokalchef schon bald einen fertigen Artikel auf den Schreibtisch legte, wo er auch blieb. Ersteres scheint beweisbar, denn am 5. Januar erhielt Frau Behler einen Anruf aus dem Liegenschaftsamt (nicht etwa umgekehrt!), sie möge sofort kommen. Das tat sie, um dortselbst ihre Erfahrungen mit Herrn Schmidt protokollieren zu lassen. Die Beantwortung der Frage, weshalb in der mit journalistischen Leckerbissen nicht eben verwöhnten „NRZ" weiterhin Schweigen im Walde herrschte, muß vorerst Gerücht bleiben. Zwar leugnete Lokalchef Kösters auf Anfrage nicht die ihm nachgesagten guten Kontakte zu Stadtverwaltungsspitzen („die hat jeder gute Journalist"), erklärte den Namen Hase jedoch journalistisch unüblich mit einem gemurmelten „schwebendes Verfahren".

Oberstadtdirektor Finkemeyer dürfte diese edle Haltung zu schätzen gewußt haben. Konnte er so doch, ungestört von aufgeschreckter Öffentlichkeit, ermitteln lassen, daß: Erstens der Arbeitgeber von Frau Behlers Verlobtem 14 Monate lang 300 DM Pacht monatlich an Schmidt bezahlt hatte, für ein als Gebrauchtwagenausstellungsplatz genutztes städtisches Grundstück. Zweitens der Amtmann ein Jahr lang monatlich 300 DM für eine Wohnung in einem von ihm selbst für abbruchreif erklärtem städtischen Haus kassierte. Drittens, fünftens und siebtens – aber die Staatsanwaltschaft ermittelt noch, laut eigenen Angaben an „der Spitze eines Eisbergs". Insgesamt soll Schmidt 100.000 DM in die eigene Tasche gesteckt haben.

Schmidt 100.000 DM in die eigene Tasche gesteckt haben.

Ob eine frühzeitige Öffentlichkeitsinformation die laufenden Ermittlungen wirklich beeinträchtigt hätte? CDU-Kreisvorsitzender Heimes ist anderer Auffassung: *„Der Fall hätte sofort an die Öffentlichkeit gemußt, weil dadurch andere Vorgänge hätten bekannt werden können."* Außerdem monierte er es als nicht hinnehmbar *„wenn der Oberstadtdirektor sieben Wochen braucht um (Ende Februar) den Oberbürgermeister zu verständigen"*. Sein Kollege Norbert Königshofen, CDU-Stadtratsfraktionschef setzte nach: *„unverständlich, daß der Oberbürgermeister uns (die Ratsfraktionen) nicht ins Bild gesetzt hat"*. So berechtigt diese Kritik sein mag, sie wirkte weniger ritualhaft, wenn sie auch der „NRZ" gegolten hätte. Mag Gerücht sein was will, Tatsache bleibt, daß sie als einzige Zeitung in der Lage war, Objekte samt Mietsummen und Straßennamen zu nennen, die nicht in der amtlichen Pressemitteilung gestanden hatten. Die Frage, weshalb eine Tageszeitung Informationen in einem Korruptionsfall zurückhält, wäre noch zu untersuchen. Erst recht, seit die Geschichte eine neue Dimension erhielt.

Amtmann Schmidt scheint es mit den Heiligen zu haben. Am 27. Februar spielte er zur Abwechslung einmal St. Nikolaus. Gerade zwei Stunden aus 14-tägiger Untersuchungshaft entlassen, gab er bei seinem Anwalt eine Pressekonferenz, in deren Verlauf vor den Lokalpressevertretern ein umfangreicher Informationsgabensack ausgeschüttet wurde. Zunächst stellte Schmidt klar, daß von einer Spitze des Eisberges nicht die Rede sein könne. Er habe in genau drei Fällen 20.000 DM kassiert. Darüber gäbe es ein Geständnis (das die Staatsanwaltschaft bis heute Teilgeständnis nennt). Die Frage nach dem Grund beantwortete er ohne zu zögern mit: „Schulden". Das Wörtchen Spiel davor vergaß er allerdings nonchalant. Und dann ging es ans Eingemachte. Ein weiterer Liegenschaftsbeamter sei mit 12.000 DM im Geschäft gewesen. Und was den ebenfalls gegen ihn erhobenen Vorwurf, er habe Mietobjekte der Stadt weit unter Wert vergeben, angehe – ha, sagte Schmidt, es sei doch amtsbekannt, daß städtische Grundstücke zu praktisch symbolischen Beträgen abgegeben würden. Die Beispiele folgten:

– Ein sieben Morgen großer Bauernhof mit Wohn- und Nutzgebäuden von 400 qm für 800 DM Jahresmiete, Schmidts Versuch eine Erhöhung auf 700 DM monatlich durchzusetzen scheiterte, „da der Amtsleiter den Vertrag nie unterzeichnete".

– Ein 20.000 qm großes Grundstück mit nutzbaren „baulichen Anlagen" wurde 12 Jahre mietfrei vergeben. Grund: so lange war mit dem betreffenden Unternehmer über einen Mietvertrag verhandelt worden.

Es kam noch dicker: 1972 entdeckte er „zufällig" bei einem Spaziergang, daß auf einem seit 1968 für 69 DM Jahrespacht vergebenen Grundstück ein „schmuckes Einfamilienhaus mit Doppelgarage" errichtet worden war, ohne Baugenehmigung. Schmidt erstattete, laut eigenen Angaben, den zuständigen Stellen Bericht. Aber die sonst in solchen Fällen übliche Abrißverfügung unterblieb. Stattdessen wurde er gar vom eigenen Amtsleiter beim Versuch, eine angemessene Miete durchzusetzen, zurückgepfiffen. Zurückgepfiffen „bis das mit der Baugenehmigung klar ist". Die erhielt der Schwarzbauer, ein bekannter Essener Tierarzt, dessen Ehefrau einer Bauernfamilie entstammt, von der die Stadt so manches Grundstück erworben hatte, denn auch. Nachträglich, 8 Jahre später, im November 1980. Bis es so weit war, zahlte er weiterhin 69 DM pro Jahr.

Schmidt verschwieg in allen Fällen die Namen der Betreffenden. Und seinen Presse-Gabensack – dies betonte er ausdrücklich – habe er auch nur ein Stück weit geöffnet. Er wisse noch viel mehr. Spuren wolle er legen, und der Rest sei Sache der Presse. Die drängte auf Namen. Nein, sprang da des Amtsmanns Anwalt hilfreich ein, man wolle „schließlich niemanden beschuldigen, aber es gehe nicht an, daß die Schlampereien im Rathaus auf dem Rücken" seines Mandanten ausgetragen würden.

Mit Fug und Recht ließe sich nun fragen, ob da einer durch die „Schlampereien" seiner Vorgesetzten zur Tat animiert wurde. Aber kann und darf von Schlamperei überhaupt zur Tat animiert wurde. Aber kann und darf von Schlamperei überhaupt gesprochen werden? Die nach mühseliger Recherche ermittelten Namen von Schmidts Informationsschnitzeljagd sind teilweise weit hochkarätigerer Natur als der des schwarzbauenden Tierarztes. So handelt es sich beim Mieter einer 260-qm-Villa in Exklusivwohnlage, mit 1.400-qm-Gartengrundstück, um den Baudezernenten Steckeweh. Vor Bezug war der Garten mit Steuermitteln für rd. 20.000 DM „verschönert worden". Mietpreis des ganzen: 1.400 DM, Erhöhung vertraglich für fünf Jahre ausgeschlossen. Und dies, nachdem ein Antrag, die Villa als Dienstwohnung zu deklarieren, abgelehnt worden war. Laut Schmidt betrüge die Freimarktmiete für ein derartiges Objekt zwischen zwei- und zweitausendfünfhundert Mark.

Die amtliche Reaktion auf Schmidts Vorwürfe, drei Tage später, war so dürr wie die späte Presseamtsmitteilung Nr. 211 zum Fall Schmidt. „Flucht nach vorne", hieß es da. Statt die Vorwürfe detalliert zu widerlegen, beschuldigte man – zu recht allerdings – den Amtmann weiterer krimineller Handlungen wie Versicherungs- und Beihilfenbetrug. Wenn mit solch dürrer „Erklärung" auf den „Mitarbeiter Zeit" gesetzt wurde, der über alle Skandale bald den Urwald neuer Nachrichten deckt, könnte es sich um eine Milchmädchenrechnung handeln. Schmidt erklärte auf Anfrage, er wolle sich „die dicksten Hämmer" für den Prozeß aufsparen. Darauf darf mit Spannung gewartet werden.

Zurück bleibt vorerst ein übler Geschmack beim Gedanken an Schmidts Kündigung, die zufällig am 9. Januar '81 erfolgte, vier Tage nachdem die Verantwortlichen Frau Behlers Aussage in Händen hielten. Beim Gedanken an des Amtsmanns Verhaftung, die zufällig erst im Februar erfolgte, zu einem Zeitpunkt, als ein DKP-Mitglied – reichlich plump, wie zu hören war – bei verschiedenen städtischen Stellen fernmündlich bohrende Fragen gestellt hatte. Ob sich Schmidt während seines Prozesses vielleicht für Teile der Stadtverwaltung in Knecht Rupprecht verwandeln könnte? Darüber nachzudenken bleibt den Stadtoberen allerdings keine Zeit. Die sind, wie aus ungewöhnlich gut unterrichteten Quellen zu hören ist, momentan voll ausgelastet mit der Suche nach dem DKP-Informanten. Ob die „Neue Ruhr Zeitung" etwas über diesen erzählen könnte ... ?